Die Bundesrepublik stand nach der festen Westbindung Mitte der sechziger Jahre am Scheideweg: Es ging um die Frage, wie eine Ostpolitik geführt werden konnte, an deren Ende die Wiedervereinigung Deutschlands stehen sollte. In der Großen Koalition verfolgten Kiesinger und Wehner, die beiden Initiatoren dieses Regierungsbündnisses, unterschiedliche Zielsetzungen, die zunächst verdeckt blieben. Für den Kanzler stand das Verhältnis zu Moskau im Mittelpunkt; Wehners Weg zur deutschen Einheit führte durch das Brandenburger Tor.

Die Arbeit beschreibt spannend und detailliert den Konflikt um den Kampf der beiden Auffassungen, der erst langsam offenbar wurde, am Ende aber das Schicksal der Koalition besiegelte. Wichtige unveröffentlichte Dokumente sowie zahlreiche Gespräche mit Zeitzeugen lassen ein bislang unbekanntes Bild über die Große Koalition entstehen, das der Autor mit großer Anschaulichkeit präsentiert.

Dirk Kroegel ist Parlamentsreferent in der Staatskanzlei des Landes Berlin.

Dirk Kroegel
Einen Anfang finden!

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 52

R. Oldenbourg Verlag München 1997

Dirk Kroegel

Einen Anfang finden!

Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition

R. Oldenbourg Verlag München 1997

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Kroegel, Dirk:
Einen Anfang finden! : Kurt Georg Kiesinger in der Aussen- und Deutschlandpolitik der Grossen Koalition / Dirk Kroegel.
- München : Oldenbourg, 1997
(Studien zur Zeitgeschichte ; Bd. 52)
Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 1991
ISBN 3-486-56163-4
NE: GT

© 1997 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München
Satz: Meiereder
Druck und Bindung: R. Oldenbourg, Graphische Betriebe, München

ISBN 3-486-56163-4

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung 11

I. Die Gründungsväter und die Entstehung der Großen Koalition 19

1. Kiesingers Weg ins Kanzleramt 19
2. Wehner treibt seine Fraktion in die Große Koalition 37
3. Der ehemalige Kommunist und der ehemalige Pg 46

II. Kiesinger und die Frankreichpolitik 59

1. Grundlagen der Außenpolitik: Kiesinger muß sich gegen Adenauer behaupten . 59
2. Kiesinger und de Gaulle: zwei Staatsmänner – zwei Zielsetzungen 76
3. Außenpolitik gegen Adenauer – Neuer Streit mit den Gaullisten über den Nichtverbreitungsvertrag im Februar 1967 90

III. Das Bündnis beruht auf einem Mißverständnis – Kiesinger, Wehner und der Versuch einer gemeinsamen Deutschlandpolitik 115

1. Wehners Deutschlandkonzept 115
2. „Einen Anfang finden" – Neue Ansätze in der Deutschlandpolitik: vom Stoph-Brief bis zur Deutschlandrede Kiesingers am 17. Juni 1967 141

IV. Brandts erste vorsichtige Schritte in Richtung Ostpolitik und seine aussichtslose Position gegenüber Kiesinger 169

1. Kiesinger und Brandt – Versöhnung und Distanz zwischen dem Parteigenossen und dem Emigranten 169
2. Kiesingers Kampf gegen die Politik des Auswärtigen Amtes 178

V. Zäsur im März/April 1968: Die SPD zwingt den Kanzler noch stärker an die Seite seiner Fraktion 199

1. Die Abkehr der SPD vom Mehrheitswahlrecht – Kiesinger spielt die Bedeutung der Frage herunter 199
2. Vertrauensbruch oder legitimer Alleingang? Die SPD bahnt sich den Weg nach Ost-Berlin über den Brenner 212

VI. Kurze Rückkehr in den Kalten Krieg – Kleine Berlin-Krise und Ende des Prager Frühlings 225

1. Kiesingers geschickte Isolierungspolitik gegenüber der DDR 225
2. Kiesinger verhindert die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages durch die Bundesrepublik 235

VII. Die Außenpolitik der Großen Koalition unter dem Druck der innenpolitischen Ereignisse 265

1. Die innerparteiliche Entwicklung in der CDU/CSU: Kiesinger und die Stimmung in der Union gegen die Fortsetzung der Großen Koalition . . 265
2. Der Anfang vom Ende: Kiesinger verläßt die Grundlage des Bündnisses mit Wehner – Die Chance des Durchbruchs in der Ostpolitik im Frühjahr 1969 284
3. Zwischen Minimalkonsens und Parteiegoismus – Kambodscha und andere Krisenfälle in der letzten Phase der Koalition 310

Schluß 331

Quellen und Literatur 341

I. Ungedruckte Quellen 341
II. Gedruckte Quellen 343
III. Literatur 349

Abkürzungen 359
Personenregister 363

Vorwort

Kurt Georg Kiesinger erlebte den Höhepunkt seiner Popularität während seiner Zeit als Bundeskanzler. Schon im ersten Jahr erreichte er einen Beliebtheitsgrad in öffentlichen Umfragen, wie ihn Konrad Adenauer nur in seinen besten Zeiten aufweisen konnte. Allein während seiner Amtszeit erschienen zwei Biographien. Kiesinger förderte noch zusätzlich das Interesse an seiner Person. Er sorgte dafür, daß das Bundespresseamt seine autobiographische Schrift *Schwäbische Kindheit* an Redaktionen und Verlage verteilte. Nach seiner Kanzlerzeit, als man ihm immer weniger Aufmerksamkeit schenkte, hat er sich um einen angemessenen Platz in der Geschichtsschreibung bemüht. Aber über viele Jahre schien die Historiographie ihn nicht zu beachten. Erst 1984 fand er sich und seine Rolle in einem Buch Klaus Hildebrands[1] richtig beschrieben. Als der Verfasser Kiesinger im Herbst 1985 kurz sprach, meinte dieser zufrieden, man müsse eben nur alt genug werden, dann stelle sich die rechte geschichtliche Würdigung schon noch ein.

Aber auch Hildebrands Buch konnte nicht verschleiern, daß die Amtszeit Kiesingers in der Geschichte der Bundesrepublik nur ein Zwischenspiel war. Schon der Titel macht dies deutlich: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963 – 1969.* Anders als Ludwig Erhard ist es Kiesinger versagt geblieben, daß sein Name die Amtsperiode einer Regierung prägt. Die Regierungskoalition und nicht der Kanzler blieb in der Erinnerung haften. Marion Gräfin Dönhoff hat daher die Große Koalition einfach unter die Ostpolitik Willy Brandts eingeordnet[2]. Das Bündnis der beiden großen Parteien sei in gewisser Weise eine Vorbereitung auf die Ostpolitik gewesen, und sie habe es aus diesem Grund unter der folgenden Regierung abgehandelt, meint die Publizistin. Eine Umfrage im geeinten Deutschland 1990 ergab, daß gerade 2 Prozent der Westdeutschen Kiesinger für den besten Bundeskanzler hielten; in den neuen Bundesländern fiel offenbar niemandem sein Name ein[3]. Zuletzt hat man Kiesinger den „vergessenen Kanzler" genannt[4].

Als Grund dafür verweist Michael Kraft, neben der Kürze der Regierungszeit von zweidreiviertel Jahren, auf das Fehlen einer nachträglichen Lobby für die Große Koalition: Alle Parteien hätten sie im Rückblick negativ beurteilt oder ihre Bedeutung nur gering eingeschätzt. Die Sozialdemokraten hätten das Bündnis nur als Vorspiel zur Verwirklichung ihrer Ziele in der Außen- und Innenpolitik betrachtet. Die FDP habe schließlich das Zusammengehen der beiden großen Parteien von Beginn an mit großer Skepsis betrachtet. Sie habe wegen der drohenden Einführung des Mehrheitswahlrechts um ihr Überleben kämpfen müssen.

Aber die wenig guten Erinnerungen der Parteien an diese Zeit reichen als Begründung für den blassen Eindruck noch nicht aus, den Kiesinger hinterlassen hat. Wie könnte sonst das hohe Ansehen etwa Helmut Schmidts erklärt werden, dessen Regierungskoalition in der Spätphase besonders umstritten war? Offenbar wird die starke und souveräne Persönlichkeit Schmidts weit höher eingeschätzt als die tatsächlich vorweisbaren politischen Ergebnisse seiner Regierungszeit. Was Kiesinger fehlte, scheint daher auch jene bedingungslose Hingabe an sein Amt gewesen zu sein, die viele bei Schmidt so nachhaltig be-

---

[1] Vgl. Hildebrand, Erhard.
[2] Vgl. Dönhoff, Von Gestern.
[3] Vgl. Spiegel-Spezial, 1991, S. 13 (Das Profil der Deutschen); Adenauer erhielt im Westen 37, im Osten 11 %; Erhard 6 bzw. 4 %; Brandt 12 bzw. 23 %; Schmidt 32 bzw. 37 %; Kohl 10 bzw. 20 %.
[4] Kraft, Der vergessene Kanzler, S. 83 ff.

eindruckt hat. Als politischer Intellektueller, als Homme de lettres, schien Kiesinger bisweilen zu distanziert vom Tagesgeschäft, und noch schlimmer: Er erweckte im Laufe der Zeit immer stärker den Eindruck, als wüchsen ihm die Probleme der Koalition über den Kopf. Da half es auch nicht, daß der Schwabe bei seinem Amtsantritt den Ruf eines klugen Außenpolitikers, glänzenden Debattenredners und souveränen Landesvaters von Baden-Württemberg genoß.

Zu seinem Nachteil wirkte sich außerdem aus, daß das Kabinett mit kompetenten und hochkarätigen Politikern besetzt war und die Fraktionsvorsitzenden die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken verstanden. Hier waren alle Politiker versammelt, welche die politische Geschichte der Bundesrepublik bis in die achtziger Jahre hinein prägen sollten: Rainer Barzel, Willy Brandt, Gustav Heinemann, Karl Schiller, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß und Herbert Wehner. Dennoch kann sich die außenpolitische Bilanz Kiesingers sehen lassen. In der Großen Koalition stand sein ostpolitisches Konzept dem deutschlandpolitischen Wehners gegenüber: Wehner verfolgte die Annäherung an das SED-Regime, Kiesinger setzte auf ein verbessertes Verhältnis zur Sowjetunion. Wehner – nicht Brandt, der seine Ostpolitik erst noch entwickeln mußte – war daher der eigentliche Kontrahent Kiesingers in der Großen Koalition. Die Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 hat aber Kiesingers Zielsetzung nachträglich recht gegeben. Dies zu zeigen, ist das Anliegen der Dissertation.

Die Studie entstand auf Anregung von Kiesinger selbst. Anfang der 1980er Jahre überließ er dem Lehrstuhl Baring die Einsicht in die in seinem persönlichen Büro in Bonn untergebrachten Materialien. Nach der Wahlniederlage 1969 waren diese in aller Eile zusammengesucht und im Bundestagsbüro untergebracht worden. Bis zum Tode Kiesingers archivierte Reinhard Schmoeckel das Material und betreute die Übergabe an die Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihm bin ich für seine zahlreichen Hinweise und seine kenntnisreiche Unterstützung sehr dankbar.

Kiesinger hat zwar weder Tagebuchnotizen hinterlassen, noch ist er in seinen Memoiren auf die Zeit der Großen Koalition eingegangen. Dennoch lassen sich über die vielen Artikel, Reden, Interviews und Hintergrundgespräche die Entstehung und Vervollkommnung seiner politischen Philosophie beinahe lückenlos verfolgen. Als besonders wertvoll hat sich seine private Korrespondenz erwiesen. Kiesinger war kein fleißiger Briefeschreiber, aber die vielen von ihm korrigierten Entwürfe und Diktate, die übrigens häufig nicht abgesandt wurden, geben einen Einblick in seine Denkweise und sind für den zeitgeschichtlichen Hintergrund seiner Regierungszeit unentbehrlich. Da mir der direkte Zugang zu den Kabinettsprotokollen und den Protokollen des Kreßbronner Kreises versagt blieb, ist die Korrespondenz die wichtigste Quelle dieser Arbeit.

Daneben haben vor allem die Aussagen von Zeitzeugen manches erhellt oder gar in einem anderen Licht erscheinen lassen. Diese Gespräche waren für mich die Höhepunkte meiner wissenschaftlichen Arbeit. Daher danke ich allen, die sich dafür Zeit nahmen, sehr herzlich: Detlev Ahlers, Hanns Dietrich Ahrens, Hans Apel, Jürgen Arndt, Egon Bahr, Rainer Barzel, Hermann von Berg, Karl Carstens, Günter Diehl, Klaus Rudolf Dreher, Theodor Eschenburg, Wolfgang Gaebler, Wilhelm Grewe, Sebastian Haffner, Bruno Heck, Hans von Herwarth, Peter Kiesinger, Hermann Kreutzer, Georg von Lilienfeld, Karl-Ulrich Majer, Franz Meyers, Hans Neusel, Horst Osterheld, Manfred Rexin, Hermann Rudolph, Otto Rundel, Josef Rust, Klaus H. Scheufelen, Reinhard Schmoeckel, Berndt von Staden, Gerd Stamp, Richard Stücklen, Heinz Weber und Cecilia Wentzel (das „Fröschle").

Der wichtigste Förderer meiner Dissertation aber war Arnulf Baring. Dies nicht nur, weil er mir als Lehrer in all den Jahren mit seinem freundschaftlichen Rat hilfreich zur

Seite stand. Er öffnete zudem den Zugang zu Quellen, vermittelte den Kontakt zu Zeitzeugen und hat auch entscheidenden Anteil an Form und Inhalt der Arbeit, deren Entwicklung er aus einer wohlwollenden und wohltuenden Distanz begleitete. Wolfram „Till" Ritschl hat die Materialien zuerst ausgewertet und sie mir freundlicherweise überlassen. Eva Birkenstock, Matthias Klause, Jacques Schuster und Angelika Tramitz haben die Arbeit sorgfältig gelesen und nützliche Vorschläge zur Textgestaltung unterbreitet.

Großen Anteil an der Dissertation hat meine Frau Alessandra. Sie half mir, Zeiten von Mut- und Ratlosigkeit zu überwinden. Nicht zuletzt ist die Arbeit auch ein Verdienst meiner Eltern, ihrer liebevollen Unterstützung über die Jahre hinweg; sie ist ihnen gewidmet.

Berlin, August 1996 Dirk Kroegel

Einleitung

Mit der Großen Koalition gelangten zwei Politiker an die Macht, die erstmals eine aktive Wiedervereinigungspolitik in den Mittelpunkt deutscher Außenpolitik rückten. Kurt Georg Kiesinger und Herbert Wehner folgten einem Programm, das sie unabhängig voneinander in den fünfziger Jahren entwickelt hatten und das im Widerspruch zur außenpolitischen Orientierung der Adenauer-Ära stand. Die beiden Gründungsväter der Großen Koalition strebten nicht die unauflösliche Integration des deutschen Weststaates in den Westen an, wie Adenauer sie wollte[1]. Der Schwabe Kiesinger setzte sich, ebenso wie der Sachse Wehner, die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates zum Ziel. Wehner hatte beispielsweise im Herbst 1966 ganz im Sinne Kiesingers erklärt, für die Deutschen wie für die Europäer sei es am besten, wenn die Deutschen in einem vereinigten demokratischen Staat leben könnten[2].

Doch wie war dieses Ziel zu erreichen? Beide erkannten schon Mitte der fünfziger Jahre, daß die Wiedervereinigung nur in einer europäischen Gesamtperspektive zu verwirklichen sei und daß zur Aufhebung der Blöcke, in die Europa geteilt war, das gegenseitige Mißtrauen zwischen den Deutschen und den Sowjets abgetragen werden müßte. Ein einiges Europa hatte auch Konrad Adenauer propagiert. Aber dieser wollte Deutschland vorher so fest wie möglich an den Westen binden. Deutschland dürfe niemals wieder Kurs nach Osten nehmen oder zwischen Ost und West pendeln – das war die Maxime des ersten Bundeskanzlers. Kiesinger und Wehner hielten die bestehenden vertraglichen Bindungen der Bundesrepublik, die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und in der Nato, bereits für ausreichend. Sie strebten daher direkt die Einigung Europas durch den Ausgleich mit dem Osten an. Die beiden Führer der Koalition räumten erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik diesem Ziel Priorität ein. Das kam nicht überraschend. Schon am 29. Juni 1956 hatte Kiesinger als außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag festgestellt, wenn die Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion wegfalle, könne das westliche Verteidigungsbündnis sogar aufgegeben werden. „Wir hängen an der Nato nicht als einem Dogma", sagte er damals[3].

Kiesingers Gedanken sind allerdings erst einige Monate später in ein Konzept gezwungen worden, nach der Niederschlagung des Budapester Aufstandes vom November 1956 durch die Rote Armee. Im Dezember schlug er vor, der Westen solle der Sowjetunion ihren Einflußbereich in Osteuropa garantieren, falls diese sich bereit erkläre, die zu stärkerer Unabhängigkeit drängende Entwicklung in den osteuropäischen Staaten hinzunehmen. Moskau solle die Liberalisierungsbemühungen der Osteuropäer dulden, falls sie nicht gegen seine „Lebensinteressen" verstießen. Das war inmitten des Kalten Krieges eine unerhörte Erklärung, die allerdings die Notwendigkeit eines Zusammenlebens von Ost und West ansprach. Und Kiesinger machte gleich im Anschluß klar, worauf ein solches Zugeständnis zielte: „Dabei gewänne auch das deutsche Problem einen neuen Aspekt", schrieb er. Es würde endlich aus dem Teufelszirkel der „Wiedervereinigung ohne Sicherheit" und der „Sicherheit ohne Wiedervereinigung" mit der Aussicht auf eine Lösung entlassen, die beide unverzichtbaren Interessen realistisch

---

[1] Vgl. Baring, Kanzlerdemokratie, S. 57 ff.; Besson, Außenpolitik, S. 56 ff.; Doering-Manteuffel, Ära Adenauer, S. 37 f.; Schwarz, Ära Adenauer 1949-1957, S. 55 ff.; ders., Aufstieg, S. 549 ff.

[2] Vgl. Gaus, Staatserhaltende Opposition, S. 79 f.

[3] Kiesinger, Stationen, S. 20.

verbinde[4]. Ein solches Abkommen sei aber nur in einer umfassenden, globalen Vereinbarung denkbar.

Auch über die Ausgestaltung eines solchen Abkommens zwischen der Sowjetunion und den westlichen Mächten, insbesondere aber der Bundesrepublik, entwickelte Kiesinger in dieser Zeit seine Ideen. Als Bundeskanzler brachte er ein knappes Jahrzehnt später Vorschläge ein, die er bereits damals ausgearbeitet hatte. Schon 1957 hatte er beispielsweise erklärt, man werde mit einem „freien" Polen über die deutschen Grenzen von 1937 verhandeln können. Es war Kiesinger offenbar klar, daß die Deutschen die Oder-Neiße-Linie als Grenze anerkennen mußten, wenn die Sowjets ihrerseits den östlichen Teil Deutschlands aufgeben sollten. Deutschland mußte seinen Teil einbringen, wenn der angestrebte Handel eine Chance haben sollte. In seiner Regierungserklärung vom 12. Dezember 1966 nahm er diesen Gedanken auf und stellte für einen Friedensvertrag, den ein geeintes Deutschland mit den Siegermächten abschließen würde, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze in Aussicht. Ebenso unterstrich der damalige außenpolitische Sprecher seiner Partei immer wieder, die Bundesregierung sei zum Austausch von Gewaltverzichtsverträgen bereit[5].

Auch Wehner schöpfte als Minister für gesamtdeutsche Fragen aus dem Vorrat an Ideen, die er bereits einige Jahre zuvor als Vorschläge zu lancieren versucht hatte. Die Aufforderung an die Bundesregierung aus dem Jahr 1958, Kontakte zu Behörden der DDR und zur SED zu knüpfen, gehörte beispielsweise dazu. Regelungen seien nicht zu umgehen, in welche die Machthaber der Zone einbezogen werden müßten, meinte er damals und blieb bei dieser Meinung. Wehner verstand noch in stärkerem Maße als Kiesinger die Bundesrepublik als ein Provisorium. Seinen politischen Kampf widmete er seit den fünfziger Jahren der Überwindung von Adenauers „Weststaat", als die der stellvertretende SPD-Vorsitzende und viele seiner Genossen die Bundesrepublik betrachteten. Wehner wurde sich im Laufe der Zeit immer stärker bewußt: Nur die Sozialdemokratie und eine sozialdemokratisch geführte Bundesrepublik würden in der Lage sein, die deutsche Einheit herbeizuführen. Er stellte sich vor, daß SED und SPD in einem wiedervereinigten Deutschland um die Regierungsmacht ringen würden, wobei die SPD die Oberhand gewinnen würde. Man mußte also die SED davon überzeugen, beide Staaten in einem demokratischen System zu vereinigen. Unablässig suchte er das Mißtrauen der SED-Führung abzubauen, drängte er daher die Bundesregierung, Gespräche anzubieten und sogar Verhandlungen einzuleiten.

Mit Kiesinger und Wehner kamen 1966 zwei prominente Politiker an die Macht, für die die Wiedervereinigung stets an erster Stelle gestanden hat und die jetzt die Zeit für reif hielten, ihre in den fünfziger Jahren entwickelten politischen Ideen umzusetzen. Diesem Ziel ordneten sie alle anderen außenpolitischen Ziele unter. So gesehen handelt es sich um die Übernahme der Macht durch Kräfte, die auf die Wiederherstellung der nationalen Identität setzten, wenn auch über die endgültige politische und geographische Form dieses Deutschlands unterschiedliche Vorstellungen herrschten. Kiesinger stellte sich dieses geeinte Deutschland unter einer bürgerlich, Wehner unter einer sozialdemokratisch dominierten Regierung vor. Für die Geschichte der Bundesrepublik war es neu,

[4] Kiesinger, Außenpolitischer Ausblick.

[5] Vgl. Kiesinger, Jahre, S. 507. Siehe auch Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, S. 269; bereits im September 1956 hatte die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärt, den gegenüber den westlichen Völkern ausgesprochenen Gewaltverzicht auch auf die östlichen Nachbarländer und die Sowjetunion zu übertragen. Im Juli 1959 wollte Außenminister Brentano während der Genfer Außenministerkonferenz gegenüber Polen und der Tschechoslowakei den Gewaltverzichtsaustausch vorschlagen. Doch das Kabinett verweigerte die Zustimmung.

daß diese Führung mit Entschlossenheit das nationale Ziel an die oberste Stelle des Regierungsprogramms setzte. Die früheren Bundesregierungen unter Adenauer und Erhard hatten zwar von der Einheit Europas gesprochen, sich aber darauf eingerichtet, daß der Kontinent in Ost und West geteilt bleiben würde. Gesamtdeutschland müsse fest im Westen verankert sein, hieß es in der Adenauer-Zeit. Kiesinger dagegen erstrebte, zusammen mit Wehner, erstmals ein gemeinsames „west-östliches" Europa[6].

Es war eine desillusionierte wie optimistische Sicht, die den Gedanken einer „europäischen Friedensordnung" – den Begriff hatte die Sowjetunion 1956 eingeführt – zum Regierungsprogramm erhob. Desillusioniert war sie, weil man sich eingestehen mußte, daß kein anderer Weg zur Wiedervereinigung führen würde als die Überwindung der europäischen Spaltung; optimistisch schien sie, weil man glaubte, den Prozeß aktiv beeinflussen zu können, und sich die Einigung in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen vorstellte. Was die beiden Politiker von ihren jeweiligen Vorgängern unterschied, war die Hoffnung, die sie in die Errichtung dieser europäischen Friedensordnung setzten. Nur in einem Europa ohne starr gegeneinandergerichtete Verteidigungsbündnisse, ohne trennende Grenzen, ohne aggressive politische Absichten würde es auch Platz für ein geeintes Deutschland geben. Dieser Weg, so räumte zwar Kiesinger am 17. Juni 1967 in einer seiner besten, aber wenig beachteten Rede ein, werde vielleicht nicht ans ersehnte Ziel führen. Die Möglichkeit des Scheiterns könne er nicht ausschließen, aber „es ist der einzige Weg, der uns die Chance des Erfolges verspricht"[7].

Die vorliegende Studie rückt das Bündnis zwischen Kiesinger und Wehner vor dem Hintergrund ihrer politischen Absichten in den Mittelpunkt. Es war bestimmend für Aufbau und Entwicklung der Großen Koalition und zugleich für die Formung der Deutschland- und Ostpolitik. Es soll gezeigt werden, daß bei der Entscheidungsfindung in der Regierungskoalition Kiesinger und Wehner als oberste Instanz fungierten, aber nicht allein im Interesse des Erhalts der Koalition zusammenarbeiteten. Das Schicksal der Großen Koalition wurde vor allem durch die inhaltliche Übereinstimmung und die Verständigung über den deutschlandpolitischen Kurs der beiden entschieden. Das Bündnis der Protagonisten der Koalition ruhte also nicht allein auf machtpolitischen Erwägungen, sondern auch auf einer Übereinkunft ihrer Ziele. Daher stehen sowohl das persönliche Verhältnis als auch die Anschauungen und Theorien, die Kiesinger und Wehner vertraten, im Zentrum der Betrachtung. Das ist ungewöhnlich, denn die enge Zusammenarbeit der beiden wurde bislang ausschließlich unter dem Aspekt der notwendigen Einrichtung eines sozialdemokratischen Ansprechpartners für den Unionskanzler untersucht. So hat Arnulf Baring etwa behauptet, da Brandt nicht der Partner Kiesingers sein wollte, hätte Wehner diese Rolle übernehmen müssen. „Wenn Brandt nun einmal Kiesinger nicht leiden mochte, das auch offen zeigte, was ihm Wehner übelnahm, weil Brandt damit alles aufs Spiel setzte, dann mußte eben er, Wehner, die Koalition zusammenhalten [...]."[8] Hauptmotive für Wehner sind nach Barings Auffassung die unbedingte Loyalität zu seiner Partei und der Wille, die SPD an der Regierung zu halten. Ähnlich haben Klaus Hildebrand sowie Reinhard Schmoeckel und Bruno Kaiser das Motiv Wehners für das enge politische Verhältnis zu Kiesinger eingeschätzt. Für Hildebrand hat sich Kiesinger vor allem an Wehner gehalten, weil er in Wehner die „treibende Kraft" in der SPD für eine Große Koalition sah[9]. Wehner wiederum habe allein um der Regierungsfähigkeit seiner

[6] Vgl. Garton Ash, Im Namen Europas, S. 85.
[7] Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 79.
[8] Baring, Machtwechsel, S. 201.
[9] Hildebrand, Erhard, S. 244 und 250.

Partei willen mit Kiesinger die Koalition verabredet. Ein anderes Bündnis erschien dem Architekten der Großen Koalition zu riskant. Schmoeckel und Kaiser schreiben, Wehner habe aus „taktisch-strategischen Überlegungen" für seine Partei die Große Koalition angestrebt. Die tiefe Loyalität gegenüber der SPD, aber auch gegenüber den Vereinbarungen mit dem Koalitionspartner hätten ihn zur „verläßlichsten Stütze der Großen Koalition auf seiten der SPD werden" lassen[10].

Die vorliegende Studie fügt einen weiteren Aspekt hinzu. Nicht nur der Wille verband die Gründungsväter, eine gemeinsame Regierung zu lenken und zu erhalten, sondern das Bündnis fußte zudem auf einem Übereinkommen in der Ost- und vor allem in der Deutschlandpolitik. Dieses Übereinkommen hatte eine überragende Bedeutung. Die Studie zeigt, daß nach einem Bruch zwischen beiden Führungspersönlichkeiten, der im Frühjahr 1969 über die politische Zielsetzung entstand, Wehners Engagement für die Große Koalition spürbar erlahmte und er sich ab diesem Zeitpunkt enttäuscht und kritisch über Kiesinger zu äußern begann. Als Brandt im September 1969 entschlossen auf die sozialliberale Koalition zusteuerte, hatte Wehner dem nichts entgegenzusetzen. So folgte dem Ende des gemeinsamen politischen Zielkurses auch das Ende des gemeinsamen Regierungsbündnisses.

Die Große Koalition entschied darüber, wer die Ostpolitik durchführte

Ein weiteres Interesse gilt der Einschätzung und Bilanz von Kiesingers Außenpolitik. Die Historiographie hat hier frühzeitig ein eindeutiges Urteil gesprochen. Es wurde geprägt von der Einschätzung Brandts, der großzügig über Kiesinger urteilte[11], und Wissenschaftlern wie Waldemar Besson[12], die die neue Ostpolitik für richtig und vernünftig hielten. Sie hoben als bleibende Leistung Kiesingers hervor, daß er die sozialdemokratische Ostpolitik – in Grenzen – unterstützte und selbst eine neue Politik nach Osten gesucht habe. Allerdings betonen und kritisieren diese Autoren zugleich die Unbeweglichkeit der starken konservativen Kräfte in der Union, die sich einer zukunftsweisenden Politik verschlossen hätten[13]. Daran sei Kiesinger schließlich gescheitert. Diese Sicht ist immer wieder aufgegriffen, wiederholt und variiert worden. Die eigentliche Crux Kiesingers, behauptet etwa Thilo Vogelsang, habe in seiner Wahl zum Vorsitzenden der CDU bestanden. So habe Kiesinger ab dem Frühjahr 1967 noch stärker Rücksicht auf die in der Außenpolitik auf den „angestammten Positionen beharrenden Kräfte seiner Partei" nehmen müssen[14]. Der deutsch-amerikanische Historiker Wolfram Hanrieder verweist auf die konservativen Kräfte in Kiesingers Partei, die diesen in seinem ostpolitischen Engagement gebremst hätten[15], und Baring betont, daß im Laufe der Koalition das „Blei-

[10] Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 65.

[11] Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 183; Kiesinger habe die Normalisierung des Verhältnisses zu den Nachbarn im Osten gewollt, nur über die Wahl der Mittel und Wege zu einer realistischen Ostpolitik habe man gestritten, meint Brandt in seinen Memoiren. Dies jedoch nicht nur, weil es Kiesinger schwerer geworden sei, sich von den „Formeln und ideologischen Verengungen der ersten Nachkriegszeit" zu lösen; dieser habe sich, was schlimmer gewesen sei, vor „verdächtigenden Einflüsterungen nicht zu schützen" gewußt, an denen auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, beteiligt gewesen sei.

[12] Vgl. Besson, Außenpolitik.

[13] Vgl. ebenda, S. 429 und 407. Besson meint, manche Gruppen in der CDU hätten den Führungsanspruch Kiesingers in Frage gestellt.

[14] Vogelsang, Das geteilte Deutschland, S. 340.

[15] Vgl. Hanrieder, Die stabile Krise, S. 184 f.

gewicht der Hinterbänkler" in der Fraktion „immer stärker spürbar" gewesen sei[16]. Hildebrand hat erstmals ein differenziertes Bild gezeichnet und die besondere Lage Kiesingers als Vermittler und Konsenssuchender gewürdigt. Der Regierungschef der Großen Koalition habe beispielsweise in der Deutschlandpolitik auf einem schmalen Grat zwischen den Parteien wandeln müssen, und die Komplexität dieser Aufgabe – „nicht die oft monierte Entschlußlosigkeit" – sei für das Zögern und Lavieren Kiesingers verantwortlich gewesen[17]. Dennoch hat auch Hildebrand die Schwierigkeiten mit der Union nicht verschwiegen. Christian Hacke hat Kiesingers Dilemma darin gesehen, daß er zwischen zwei Parteien agieren mußte. Die Bremser und Zweifler in der Union hätten den Optimisten in der SPD gegenübergestanden. Die Folge sei gewesen, daß der Bundeskanzler mehr und mehr in Zweideutigkeiten Zuflucht gesucht habe[18]. Hacke faßt Kiesingers geschichtliche Bedeutung aber so zusammen: „Kiesinger war der erste Kanzler der CDU, der mit Blick nach Osten erkannte, daß schonungslose Neueinschätzung not tat. Erst durch ihn, zugegebenermaßen auf Druck der SPD, wurde der Weg frei für eine Politik der kleinen Schritte. Die Unionsparteien verdanken Kiesinger das Bewußtsein für eine eigene entspannungspolitische Tradition."[19]

Eine radikal andere Sichtweise haben nur der langjährige Leiter des Büros des Altbundeskanzlers, Schmoeckel, und Kaiser in der jüngsten Betrachtung der Großen Koalition vertreten. Beide Autoren billigen Kiesinger ausdrücklich einen eigenen ostpolitischen Beitrag zu. Kiesinger wird als unabhängig handelnder Außenpolitiker dargestellt. Der Bundeskanzler habe es sich nicht nehmen lassen, in der Ostpolitik „immer wieder höchst aktiv werbend, präzisierend, aber auch zur Vorsicht und zur Geduld mahnend einzugreifen". Die Behauptung, die neue Ostpolitik sei in der Großen Koalition gegen den Widerstand der Union von der SPD durchgesetzt worden, sei daher eine „wahrheitswidrige Legende"[20].

Die vorliegende Arbeit will zeigen, daß in der Großen Koalition tatsächlich die Frage weniger im Vordergrund stand, wie weit Kiesingers Bereitschaft ging, die sozialdemokratische Ostpolitik zu unterstützen und mit zu verfolgen. Vielmehr lagen zwei Sichtweisen mit gleicher Zielsetzung im Wettstreit miteinander. Die Große Koalition entschied nicht darüber, ob überhaupt eine ostpolitische Initiative ergriffen werden sollte. Die Parteiführungen waren sich darüber einig, daß die Politik nach Osten erneuert und erweitert werden mußte. Am Ende ging es nur darum, wer unter den Parteien diese neue Ostpolitik nach eigenen Maßstäben und Prioritäten umsetzen würde.

Die Ostpolitik Brandts stand in der Großen Koalition nicht zur Debatte

Egon Bahr, der Konstrukteur von Brandts Neuer Ostpolitik, hat im Rückblick festgestellt, daß die Grundlagen in der Zeit der Großen Koalition entwickelt wurden[21]. Nach dem Ende der Adenauer-Ära habe es eine Neuorientierung geben müssen. In der Geschichtsschreibung ist diese Sicht weithin akzeptiert worden, gemeinsam mit der Erklärung Richard Löwenthals[22], daß vor allem die Westmächte die Bundesregierung dazu gedrängt

[16] Baring, Machtwechsel, S. 200.
[17] Hildebrand, Erhard, S. 339.
[18] Vgl. Hacke, Weltmacht wider Willen, S. 152.
[19] Ebenda, S. 155.
[20] Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 168.
[21] Vgl. Bahr, Gespräch mit dem Verfasser, 4.7.1988; siehe auch Bender, Neue Ostpolitik, S. 135.
[22] Vgl. Löwenthal, Vom Kalten Krieg, S. 677 f.

hätten. Diese These beruhte auf der Feststellung, daß sich die Bundesrepublik mit der Sowjetunion in einem Konflikt befunden habe, der sich aus der ungeklärten Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkrieges ergab. Anlaß seien die deutschen Forderungen nach Wiedervereinigung und Revision der Grenzen im Osten gewesen. Der Kalte Krieg zwischen den Supermächten sei dagegen auf andere Wurzeln zurückzuführen, die weiter zurück, bis zur Oktoberrevolution 1917, reichten. Während die Bundesrepublik im Kalten Krieg die Unterstützung der Westmächte besaß, so Löwenthal, habe sich Bonn bei seinem Sonderkonflikt mit Moskau immer weniger auf die Bündnispartner verlassen können. Je stärker der Wille dieser Staaten zur Entspannungspolitik gewesen sei, desto stärker hätten diese auch die Bundesregierung auf diesen Kurs gezwungen. Für die Bundesrepublik habe am Ende die Isolierung von ihren westlichen Alliierten gedroht, falls sie sich der Entspannung noch länger verschlossen hätte.

Der Kern von Löwenthals These liegt in der Behauptung, daß die Ostpolitik von außen angestoßen worden sei, und zwar nicht durch die Sowjetunion, sondern im Gegenteil von den eigenen Bündnispartnern. Sie seien nicht länger bereit gewesen, die „revanchistischen" Ziele der Bundesrepublik zu unterstützen. Die Bündnismächte, vor allem Frankreich und die Vereinigten Staaten, seien in ihren ostpolitischen Handlungen nicht von irgendwelchen Hemmnissen behindert worden. Charles de Gaulle hatte die Oder-Neiße-Linie schon 1944 anerkannt, und auch der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson habe im Oktober 1966 erklärt, daß die USA die Integrität der Grenzen respektierten – gemeint war die Oder-Neiße-Grenze. Aus der Gefahr einer Isolierung habe sich – so Löwenthal – die Notwendigkeit ergeben, diesen „Sonderkonflikt" mit der Sowjetunion und Polen „abzuschleifen", d. h. den Status in Europa zu akzeptieren, die Grenzen im Osten und zur DDR anzuerkennen.

Kiesinger hat diese These abgelehnt. Er gab zwar zu, daß das Interesse der Westmächte, insbesondere der USA, am deutschen Problem einfach „einzutrocknen" drohte[23], aber dies allein sei mit der Diskussion um eine mögliche Isolation der Bundesrepublik im Westen gemeint gewesen. „Eine andere Isolierung ist sehr schwer denkbar", sagte er wörtlich, „denn daß man uns als Bündnispartner brauchte, daß man auf uns angewiesen war, daß wir andererseits auf das Bündnis angewiesen waren, ist ja selbstverständlich." Kiesinger widerspricht also der Behauptung, durch einen angeblichen Druck der westlichen Partner auf die Bundesrepublik sei die Notwendigkeit einer neuen ostpolitischen Orientierung und Verständigung entstanden. Dazu seien die Verbündeten zu sehr voneinander abhängig gewesen. Kiesinger dreht sogar die These um und erklärt, man habe eine neue Ostpolitik führen müssen, um sich die Unterstützung der westlichen Partner für die deutschen Anliegen weiter zu erhalten. Diese Studie will zeigen, daß die spätere Ostpolitik Brandts in der Großen Koalition nicht aufgrund eines Drucks der westlichen Bündnispartner entstanden ist, sondern sich aus einzelnen Komponenten zusammensetzte, die in der Großen Koalition zunächst an der Kooperationsunwilligkeit der Sowjetunion scheiterten. Eine Brandtsche Politik hat es während der Großen Koalition noch nicht gegeben. Sie kristallisierte sich aus einzelnen Forderungen und Initiativen heraus und formte sich erst später zu einem schlüssigen Konzept.

---

[23] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 21; dort auch das folgende Zitat. Günter Diehl (Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989), der Leiter des Bundespresse- und Informationsamtes, behauptet, daß die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik im Westen nicht bestanden habe. Die Bundesregierung habe die vertraglichen Verpflichtungen der Westmächte gekannt und sich auf sie berufen.

In der Zeit der Koalition standen sich vor allem zwei ostpolitische Optionen gegenüber, ohne daß über sie öffentlich diskutiert oder gestritten worden wäre. Die eine vertrat Kiesinger, die andere Wehner. Während der Kanzler die Annäherung an die Sowjetunion suchte, von Kontakten zur DDR dagegen wenig hielt, setzte sich der Sozialdemokrat vor allem für Gespräche und Verhandlungen mit den Führern der DDR ein. Vor diesem Hintergrund war absehbar, daß gemeinsames ost- und deutschlandpolitisches Handeln nur eine beschränkte Zeit lang möglich sein würde. Auf Dauer ließ sich dieser Zielkonflikt nicht überspielen und verbergen. Die Geschichte der Großen Koalition ist daher vor allem auch die Geschichte des vergeblichen Ringens zwischen Kiesinger und Wehner um den Kurs der deutschen Ostpolitik. Das Scheitern besaß nicht nur außenpolitische Konsequenzen: Das Ende der Großen Koalition war mit der Entzweiung seiner Protagonisten über den deutschlandpolitischen Kurs nicht mehr aufzuhalten.

I. Die Gründungsväter und die Entstehung der Großen Koalition

1. Kiesingers Weg ins Kanzleramt

Am Abend des 27. Oktober 1966 trafen sich in der Bonner Vertretung Baden-Württembergs an der Welckerstraße der Ministerpräsident, der Vorsitzende der CDU Nordwürttembergs, Klaus Scheufelen, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftsrats der Partei, Alphons Horten und Josef Rust, der Landesminister Baden-Württembergs, Adalbert Seifriz, und der Geschäftsführer und stellvertretende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues. Alle waren aus ähnlichen Gründen in die Bundeshauptstadt gekommen, denn es fanden Sitzungen verschiedener Ausschüsse, des Wirtschaftsrats und anderer Parteigremien statt. Kiesinger reiste aus Stuttgart wegen einer am nächsten Tage anberaumten Bundesratssitzung an; Scheufelen hatte eine Verabredung mit dem bereits im September zurückgetretenen, aber noch immer amtierenden Staatsminister im Bundeskanzleramt, Ludger Westrick. Im Bundeskanzleramt wurde ihm allerdings mitgeteilt, Herr Westrick halte sich im Bundestag auf. So begab sich der CDU-Vorsitzende Nordwürttembergs ins Parlament, wo er die anderen im Foyer versammelt fand.

An diesem Donnerstag war die Regierung Erhard, die christlich-liberale Koalition, auseinandergebrochen. Erich Mende, der FDP-Vorsitzende und Vizekanzler, hatte gegen ein Uhr mittags den Bundeskanzler aufgesucht, um ihm den Rücktritt der vier FDP-Minister anzubieten. Der Kanzler nahm ihren Rücktritt an, die verwaisten Ressorts sollten aber zunächst durch amtierende CDU/CSU-Minister mitverwaltet werden. Erhard hoffte, daß die Liberalen wieder in das Kabinett zurückkehren würden. Aber von der Runde, die sich zufällig im Foyer des Bundestages versammelte, glaubte keiner mehr an eine Fortsetzung der Regierungskoalition – im Gegenteil. Auf Rust machte der Vorschlag, in die Vertretung Baden-Württembergs umzuziehen, den Eindruck einer „gezielten Abendunterhaltung", um Kiesinger ins Gespräch für die Nachfolge Erhards zu bringen. Daß da eine „Schwabensache" im Gange war, ahnte er schon aufgrund des Hinweises, man wolle in die Landesvertretung einkehren, angeblich „wegen des guten Weines", den man dort vorrätig halte. Der frühere Staatssekretär erinnerte sich, daß Theodor Heuss ihm gegenüber einmal scherzhaft bemerkt hatte: „Den guten Wein trinken wir eh allein und nicht mit euch Preußen." Nun schenkten die Schwaben den Preußen ihren guten Wein ein. Da schien etwas dahinterzustecken[1].

An diesem Abend wurde Kiesinger gefragt, ob er nicht glaube, daß Erhards Fähigkeiten als Politiker überschätzt worden seien. Erhard habe den Kontakt zur Partei und zu den politischen Strömungen in der öffentlichen Meinung verloren. Aber Kiesinger nahm den amtierenden Kanzler in Schutz: Eigentlich sei die Krise nicht durch Erhard verschuldet worden, sagte er. Nur die unbefriedigende Nachfolge von Staatssekretär Hans Globke im Bundeskanzleramt habe sie verursacht[2]. Kiesinger betonte, ein neuer Kanz-

[1] Rust, Gespräch mit dem Verfasser, 3.2.1988.

[2] Scheufelen (Gespräch mit dem Verfasser, 27.11.1987) erinnert sich zum Beispiel daran, daß Globke dafür sorgte, daß führende Parteipolitiker aus den Landesverbänden spätestens innerhalb von zwei Tagen einen Termin bei Adenauer bekamen, wenn sie darum baten. In der Regierung Erhard sei das nicht möglich gewesen.

ler müsse unbedingt auf die Klärung dieser Frage – der Nachfolge Westricks im Kanzleramt – dringen und fügte scheinbar beiläufig hinzu: „Ich würde nicht Bundeskanzler werden wollen, wenn ich die Stelle nicht mit einem erstklassigen Fachmann besetzen könnte." „Wollen Sie denn eigentlich Bundeskanzler werden?" fragte jemand zurück[3]. Bis zu diesem Zeitpunkt war über die Kanzlernachfolge noch nicht geredet worden. Aber man spürte, daß es einzig und allein um diese Frage ging. Kiesinger zögerte nicht: „Ja, Sie aber, Herr Rust, waren Stellvertreter von Herrn Globke. Sie kennen den Laden. Wären Sie bereit, Staatssekretär zu werden?" An diesem Abend sagte Rust spontan zu. Später kam er aber darauf nicht mehr zurück. Für Kiesinger war dennoch der erste Schritt getan: Er hatte seine Bereitschaft erklärt, sich um das Kanzleramt als Kandidat der Union zu bewerben[4].

Auf dem Weg ins Palais Schaumburg – Unterstützung der CSU

Seit seinem Weggang nach Stuttgart 1958 hatte Kiesinger darauf gehofft, eines Tages als Minister oder gar als Bundeskanzler nach Bonn zurückzukehren. Nach der Bundestagswahl 1961 sollte er auf Wunsch des württembergischen Landesverbandes der FDP zum Außenminister einer christlich-liberalen Regierung gemacht werden. Kiesinger sei informiert und habe zugesagt, hieß es damals. Falls die Union sich damit einverstanden erkläre, werde es für die Liberalen leichter sein, einen Kanzler Adenauer zu akzeptieren[5]. Am Ende wurde Gerhard Schröder Außenminister, Kiesinger blieb in Stuttgart. Aber er rechnete auch weiterhin damit, daß eines Tages der Ruf an ihn ergehen werde. Um sich in Erinnerung zu bringen, schrieb er Anfang 1964, auf Anraten des Altbundespräsidenten Heuss, einen kurzen Abriß seiner *Schwäbischen Kindheit*, der im gleichen Jahr zusammen mit einigen Reden veröffentlicht wurde[6].

Zwei Jahre später – Erhard hatte inzwischen Adenauer als Bundeskanzler abgelöst – geriet die christlich-liberale Bundesregierung wegen einer Haushaltslücke von vier Milliarden DM in eine Krise, die zu ihrem Sturz führte. Die Koalitionspartner vermochten sich nicht zu einigen, ob der Haushalt durch Kürzungen im Sozialetat oder durch Steuererhöhungen ausgeglichen werden solle. Eine Reise Erhards Ende September 1966 nach Washington verschlechterte die Lage dramatisch, da der Kanzler den amerikanischen Präsidenten Johnson nicht von einem dringend benötigten Aufschub der Devisenausgleichszahlungen überzeugen konnte. Damit war das Ende der Regierung abzusehen. Kiesinger begann sich allerdings schon im Juli 1966, als die Union bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen eine schwere Niederlage erlitt[7], auf die Möglichkeit vorzube-

---

[3] Scheufelen, Gespräch mit dem Verfasser, 27.11.1987.

[4] Vgl. Gerstenmaier, Streit und Friede, S. 535; dort heißt es, Scheufelen habe die Kandidatur Kiesingers über den Landesverband Baden-Württemberg zur Debatte gestellt. Damit bestätigt Gerstenmaier indirekt, daß die Unterredung am Abend des 27.10.1966 Teil einer gezielten Aktion gewesen ist.

[5] Die FDP war mit der Aussage in die Wahl gegangen, in ein Kabinett unter der Führung von Erhard oder einem anderen Nachfolger Adenauers aus den Reihen der Union einzutreten. Siehe Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, S. 355, zu dem Vorschlag, Kiesinger zum Außenminister zu berufen. Der baden-württembergische Justizminister Wolfgang Haußmann regte das am 11.10.1961 Krone gegenüber an. Am selben Tag erklärte Kiesinger auf einer Pressekonferenz, das Amt des Außenministers interessiere ihn; vgl. Süddeutsche Zeitung, 12.10.1961. Krone (Aufzeichnungen, zitiert nach Baring, S. 355) hielt in seinen Notizen über Kiesinger fest, der den Liberalen schon eine Zusage gegeben hatte: „Den läßt der Ehrgeiz auch nicht schlafen."

[6] Vgl. Kiesinger, Ideen.

[7] Die CDU verlor 3,6 % und sank auf 42,8 %, die SPD aber gewann 6,2 % der Stimmen, stieg auf 49,5 % und blieb nur ein Mandat unter der absoluten Mehrheit.

reiten, bei einer Kabinettsumbildung als Minister benannt zu werden oder gar als Kanzler selbst eine Regierung bilden zu müssen. Aus Bonn ließ er Akten zur Außenpolitik herbeischaffen, um sich über die Entwicklung im Verhältnis zu den wichtigsten Bündnispartnern und über den Stand der Ostpolitik zu informieren. Er nutzte zudem die letzte Phase der Regierungskrise im Oktober dazu, um sich nach der Stimmung bei den süddeutschen Landesverbänden der Union hinsichtlich seiner Kandidatur als Kanzler zu erkundigen. Am wichtigsten war dabei die Haltung der CSU. Ohne ihre Unterstützung hätte es der Schwabe nicht gewagt, zu kandidieren.

Die Schwesterpartei der CDU besaß bei der parteiinternen Auswahl das entscheidende Votum. Ihr Vorsitzender, Franz Josef Strauß, kam nach dem schmählichen, 1962 im Zuge der *Spiegel*-Affäre von der FDP veranlaßten Abgang als Verteidigungsminister für das Amt des Kanzlers noch nicht in Frage. Daher war vollkommen offen, für wen sich die CSU, die immerhin ein Fünftel der Unions-Abgeordneten stellte, am Ende entscheiden würde. Allen Kandidaten war von vornherein klar, daß das Münchner Votum den Ausgang bestimmte.

Über Scheufelen, den Vorsitzenden des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg, ließ Kiesinger bei den Münchnern vorfühlen, wie der Verband die Chancen seiner Kanzlerkandidatur beurteile. Scheufelen wandte sich nicht an den Vorsitzenden Strauß, sondern sprach mit dem Generalsekretär der Partei, Anton Jaumann. Anfang November brachte der Münchner die Antwort[8]: Die Christlich-Soziale Union werde hinter Kiesinger stehen, versicherte er.

Was sprach aus Münchner Sicht für den baden-württembergischen Ministerpräsidenten? Neben Kiesinger gab es noch drei weitere Bewerber um die Kandidatur: Schröder, den Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier. Weder der frühere Außenminister Schröder noch der Fraktionsführer Barzel besaßen – aus unterschiedlichen Gründen allerdings – eine Chance. Mit dem Protestanten Schröder hatten die katholischen Bayern wenig im Sinn; gegen ihn sprach nicht nur, daß er der FDP nahestand, sondern auch seine offen demonstrierte Distanz gegenüber Paris und der Politik de Gaulles. Ein enges Zusammengehen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik strebte dagegen der CSU-Vorsitzende an. Die Unterstützung der CSU für Barzel kam schon deswegen nicht in Frage, weil der 42jährige als Kanzler den neun Jahre älteren Strauß möglicherweise für immer von diesem Amt fernhalten konnte. Falls Barzel gewählt werde, so rechnete man in der CSU, könnte sich die nächste Gelegenheit für Strauß, ins Palais Schaumburg zu ziehen, vielleicht erst nach fünfzehn oder gar zwanzig Jahren ergeben – nach Barzels Amtszeit und einer Oppositionsperiode von CDU/CSU.

Anders sah es mit Kiesinger aus, der elf Jahre älter war als Strauß. Der Schwabe würde dem Bayern nicht auf lange Sicht im Wege sein. Diesen „Vorzug" besaß auch Gerstenmaier. Tatsächlich war der Bundestagspräsident der ernsthafteste Konkurrent des Ministerpräsidenten. Aber gegen Gerstenmaier sprachen einige andere Faktoren. Zunächst: Er besaß kein Gespür für Opportunität. Nach der Wahlniederlage der Union in Nordrhein-Westfalen im Juli 1966 war Gerstenmaier mit der Erklärung vorgeprescht, er stehe als Kanzler zur Verfügung. Damals war die Partei zu einem Sturz Erhards noch nicht bereit. In seiner Jagdhütte im Vier-Herren-Wald überredeten ihn Dufhues, Bruno Heck

[8] Vgl. Knorr (Entscheidungsprozeß, S. 69), der behauptet, Kiesinger habe sich schon im August 1966 mit Jaumann getroffen und sich ihm in Erinnerung gebracht. Von Eschenburg (Gespräch mit dem Verfasser, 7.12.1987) kommt der Hinweis, daß sich im November 1966 Vertreter der CSU mit Kiesinger in Tübingen getroffen hätten.

und Strauß gemeinsam dazu, diese „Kandidatur" zurückzuziehen[9]. Hinzu kam beim Bundestagspräsidenten die Unsicherheit, ob er als Kanzler Wählerstimmen auf sich ziehen könne. Die Bayern brauchten einen populären Mann. Am 20. November 1966 standen die Landtagswahlen bevor, bei denen auch über die Entscheidung in Bonn mit abgestimmt werden würde! Kiesinger hatte seine Fähigkeiten als Wahlkämpfer mit seinem glänzenden Sieg von 1964 bewiesen, als er für die CDU in Baden-Württemberg das erste Mal die absolute Mehrheit gewann. Vor allem aus dieser Perspektive schien der Ministerpräsident der aussichtsreichste Kandidat zu sein. Schließlich wurzelte Kiesinger in einem süddeutschen Land und war nicht Teil der Bonner Politik. Als Landespolitiker würde er die Belange der Länder gegenüber Bonn besser verstehen und stärker unterstützen, als das von Gerstenmaier zu erwarten war[10]. In München war man außerdem daran interessiert, den eigenen, unbequemen Parteivorsitzenden zusätzlich mit einer anderen Aufgabe zu beschäftigen. Deshalb zeigte sich der CSU-Parteivorstand daran interessiert, daß der Kanzlerkandidat auf jeden Fall Strauß auf einen Kabinettsposten berief. Kiesinger hatte das zugesagt.

Strauß verrechnet sich

Strauß befand sich in der tröstlichen Situation, zwar nicht selbst Kanzler werden zu können, aber zu bestimmen, wer dafür in Frage kam. Von zweihundertfünfzig Stimmen gehörten 49, also gut ein Fünftel, der Unions-Fraktion, der CSU. Sie konnte zwar selbst keinen Kanzler küren, aber den Sieg jedes Kandidaten verhindern. Daher fühlten alle vier Kandidaten beim Vorsitzenden der CSU vor. Selbst einem Gespräch mit Schröder – es hatte nie zuvor eines stattgefunden – ging Strauß jetzt nicht mehr aus dem Weg, und er überraschte seine Parteifreunde nach diesem Treffen mit der Feststellung, in der Sache seien sie beide zwar weit auseinander, menschlich verstehe er sich aber mit Schröder ganz gut[11]. Ein ganz neuer Zug war im November 1966 an dem sonst so unberechenbaren und aggressiven CSU-Landesvorsitzenden zu erkennen. Wenn er durch die Gänge des Bundeshauses schlendere, Hände schüttelnd, Termine ausmachend, Erkundungen nach dem Wohlbefinden der Frau Gemahlin einholend, beobachtete der Journalist Hans Ulrich Kempski, dann müsse er jedem als Mann ohne Feinde vorkommen, als „ein rundherum netter Kerl"[12].

Strauß verstellte sich nicht. Er sah der Zukunft gelassen entgegen. Alles lief anscheinend in seine Richtung. Gesetzt hatte er auf den Bundestagspräsidenten. Er könne sich darauf verlassen, daß die CSU ihn unterstützen werde, versicherte er Gerstenmaier. Strauß erzählte das auch Kiesinger. Für ihn komme nur Gerstenmaier in Frage – aus Gründen des Konfessionsproporzes[13]. Er sei nicht gegen ihn, erklärte Strauß seinem baden-württembergischen Kollegen, er respektiere ihn, aber er sei lediglich sein zweiter Kandidat.

Das war für Kiesinger eine bittere Auskunft. Würde es Strauß am Ende doch gelingen, die CSU auf seinen Kandidaten einzuschwören? Kiesinger sicherte sich ab. Öffentlich erklärte er am 6. November, drei Tage vor der Nominierung, sein Ehrgeiz zwinge ihn

---

[9] Vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.

[10] Gerstenmaier (Streit und Friede, S. 538) klagte später, der starke Parteichef Max Huber [gemeint ist vermutlich der stellvertretende Parteivorsitzende und Landtagsfraktionsvorsitzende der CSU, Ludwig Huber] habe ihn als Zentralisten, nicht als Föderalisten eingeschätzt und daher seine Wahl nicht unterstützen wollen.

[11] Vgl. Christ und Welt, 4.11.1966.

[12] Süddeutsche Zeitung, 7.11.1966.

[13] Vgl. Knorr, Entscheidungsprozeß, S. 69.

keineswegs dazu, nach Bonn zu gehen[14]. Für sich selbst dachte er daran, zumindest den Posten des Außenministers zu übernehmen, falls Gerstenmaier mit Unterstützung der CSU zum Kandidaten gewählt würde. Drei Tage vor der Abstimmung in der Fraktion suchte der Ministerpräsident den Bundestagspräsidenten auf. Auf den Kanzlerstuhl ziehe es ihn nicht, begann Kiesinger vorsichtig, ob er nicht bei ihm, Gerstenmaier, Außenminister werden könne?

Das war zwar nicht ganz glaubwürdig. Aber mit dem entwaffnenden Argument, dem alten Kollegen den Vortritt lassen zu wollen, hatte Kiesinger Erfolg. Sein schwäbischer Landsmann analysierte die Lage zunächst skeptisch: Eine neue Koalition mit der FDP käme offensichtlich nicht in Frage. Von der SPD und einem Teil der CDU könne er aber keine hinreichende Unterstützung erwarten, was er innenpolitisch für unbedingt notwendig halte. Zudem könnten die Folgen einer Großen Koalition für die CDU recht bedenklich werden[15]. Dennoch wolle er nicht immer nein sagen. Er, Gerstenmaier, wolle antreten, sofern er die ihm zugesagte Unterstützung der CSU tatsächlich erhalte. Ohne diese werde er nicht kandidieren. In diesem Fall werde Kiesinger Kanzler. Und er, Gerstenmaier, wäre bereit, Kiesingers Außenminister zu werden. Kiesinger sei sofort darauf eingegangen, schreibt Gerstenmaier im Rückblick. „Wir versprachen uns, wenn der eine von uns Bundeskanzler werde, solle der andere sein Außenminister werden."[16]

Alles hing also von Strauß und seiner Partei ab. Gerstenmaier traute den Zusagen ihres Vorsitzenden. Es gab für ihn keinen Grund anzunehmen, daß die CSU ihm ihre Gefolgschaft verweigern würde. Aber es kam anders. Von den Überlegungen, die Jaumann und der Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Ludwig Huber, im Hinblick auf Kiesinger inzwischen angestellt hatten, wußte Strauß offenbar nichts. Als er Scheufelen im Rahmen einer CDU-Wirtschaftsratssitzung Anfang November in Berlin traf, fragte er seinen Kollegen, wer denn die Nachfolge Erhards antreten werde. Auf die Antwort Scheufelens: „Na, der Kiesinger", schüttelte Strauß seinen Kopf: „Ah geh, du immer mit deinem Kiesinger."[17] Es überraschte den Schwaben, daß der bayerische Parteivorsitzende allem Anschein nach nicht über die Vorgänge in seiner Partei informiert war. Er schlug Strauß vor, erst einmal selbst nach München zu fahren und sich über die Stimmung in seiner Partei zu informieren.

Ob er es getan hat? Noch zwei Tage vor der Entscheidung gab Strauß dem Journalisten Kempski vertraulich zu erkennen: Alles laufe nun auf Barzel oder Schröder als Kandidaten hinaus. Aber als am 9. November 1966 der CSU-Vorstand in München über seine Kandidaten-Empfehlung beriet, verwendete sich Strauß für keinen der vier, nicht einmal für Gerstenmaier. Zu Beginn der Sitzung machte er lediglich klar, daß Schröder für ihn als Kandidat nicht in Frage komme. Heck, der als Beobachter an der Sitzung teilnahm, erklärte später, daß es Strauß lediglich darauf angekommen sei, das Votum seiner Partei für sich selbst als Kanzlerkandidaten zu erhalten. Es handelte sich um ein reines Vertrauensvotum; denn als Kandidat stand Strauß nicht zur Verfügung. Als der Vorstand sich für ihn als Kanzler ausgesprochen hatte, habe er die Parteinahme für Kiesinger toleriert, ohne selbst zu sprechen[18]. In einer geheimen Abstimmung unterstützten

[14] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.11.1966.
[15] Vgl. Gerstenmaier, Streit und Friede, S. 537. Damit meinte er vermutlich, daß die SPD durch eine Regierungsbeteiligung aufgewertet würde und die Union vielleicht allmählich in die Opposition gedrängt werden könnte.
[16] Gerstenmaier, Streit und Friede, S. 537.
[17] Scheufelen, Gespräch mit dem Verfasser, 27.11.1987.
[18] Vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.

etwa 90 Prozent der sechzig Anwesenden die Bitte, Strauß möge sich zur Kanzlerkandidatur bereit erklären. Der Vorsitzende nahm das zur Kenntnis, lehnte aber ab. Dann fiel die Wahl auf Kiesinger. Gleichzeitig forderte die Partei einen Kabinettsposten für ihren Vorsitzenden. Ein Ministeramt lehnte Strauß natürlich nicht ab. Das war die Gegenleistung, die Kiesinger erbringen mußte.

Damit war die Bonner Wahl schon am Vortag entschieden. Gerstenmaier hörte die Nachricht über den Rundfunk in seinem Bundestagsbüro. Er wußte, daß er jetzt keine Chance mehr besaß, vielmehr Kiesinger der Mann der Stunde war. Sofort erklärte er in einem Brief an die Fraktion, daß er seine Kandidatur zurückziehe. Er habe sich zu einem Zeitpunkt bereit erklärt, am Auswahlwettbewerb teilzunehmen, als die Stellungnahme der CSU noch nicht zu übersehen gewesen sei. Außerdem sei er nicht bereit, gegen den Ministerpräsidenten seines eigenen Landes zu kandidieren[19].

Der gefährdete Kandidat: Die Vergangenheit holt Kiesinger ein

Das mögliche Votum der CSU für Gerstenmaier stellte nicht die einzige Unwägbarkeit für den baden-württembergischen Ministerpräsidenten auf dem Weg ins Palais Schaumburg dar. Kaum war sein Name in der Debatte um die Nachfolge von Kanzler Erhard gefallen, da kam aus der Schweiz die Mahnung, die nahe Vergangenheit nicht zu vergessen. Die *Neue Zürcher Zeitung* verwies darauf, daß kurz zuvor dem Bundesratsdirektor Albert Pfitzer, der als Nachfolger von Westrick im Bundeskanzleramt vorgesehen war, als ehemaligem SS-Mitglied der Staatssekretärsposten verweigert worden war, während jetzt ein Parteimitglied der NSDAP zum Bundeskanzler gewählt werden solle. Damit nicht genug. Kiesingers Kandidatur schien wirklich gefährdet zu sein, als ein Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in Bonn Gerüchte über eine angebliche SA- oder sogar SS-Mitgliedschaft nach Washington übermittelte. Die *Washington Post* verbreitete am 5. November 1966 die unzutreffende Behauptung, daß Kiesinger als SA-Offizier und Politischer Kommissar der Wehrmacht gedient hatte[20].

Tatsächlich war Kiesinger von April 1940 bis zum Kriegsende als dienstverpflichteter Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt beschäftigt. Den Gestellungsbefehl in der Tasche und somit das düstere Schicksal als Frontsoldat vor Augen, hatte der Privatlehrer und Rechtsanwalt die vielleicht moralisch anfechtbare, aber menschlich verständliche Entscheidung getroffen, sich dem Kriegsdienst durch die Dienstverpflichtung zu entziehen. „Ich hatte mir geschworen, sie [*Kiesingers Ehefrau Marie-Luise*] und das erwartete Kind [*Viola*], was an mir lag, heil durch den Krieg zu bringen. Das Wort des Horaz, daß es süß und würdig sei, fürs Vaterland zu sterben, hatte schon im Ersten Weltkrieg seinen Sinn verloren."[21] In der Abteilung des Auslandrundfunks Kult R wurde er Verbindungsmann zum Propagandaministerium und stieg schließlich 1942 sogar zum stellvertretenden Abteilungsleiter auf. Diese Beförderung verdankte Kiesinger wesentlich seinem überzeugenden Auftreten und besonderen Verhandlungsgeschick, das ihn unter den anderen Mitarbeitern herausragen ließ – nicht so sehr seiner Parteizugehörig-

[19] Vgl. Die Welt, 10.11.1966, und Süddeutsche Zeitung, 11.11.1966; Gerstenmaier nannte es gegenüber Journalisten einen „unglaublichen Vorfall", daß sich die CSU öffentlich vor der Wahl zu einem der Kandidaten bekannt hatte.

[20] Vgl. Washington Post, 5.11.1966. Wörtlich heißt es dort: „A Nazi Party member from 1933 to May 8, 1945, served as a liaison officer between the Foreign Office and Josef Goebbels, Propaganda Ministry, and later as an SA officer and political commissar with the Wehrmacht."

[21] Kiesinger, Jahre, S. 215.

keit[22]. Für Kiesinger war die Position im Amt in zweifacher Hinsicht wertvoll. Sie schützte ihn nicht nur vor dem Kriegsdienst, sondern erlaubte es ihm, seine Distanz zum herrschenden Regime zu bewahren. Denn eine Hochburg der NSDAP war das AA nicht. Günter Diehl, selbst Mitglied im AA, erläutert, die Leute im Auswärtigen Dienst hätten aus oft jahrelanger persönlicher Erfahrung im Ausland ein zutreffendes Bild von den Interessen anderer Völker gewonnen. Dies habe zwangsläufig zu einer kritischen Bewertung des Nationalsozialismus als politischer Bewegung wie seiner Führer geführt[23]. Auch der Historiker Hans-Jürgen Döscher bestätigt dieses Bild. Sein Buch handelt von dem schließlich gescheiterten Versuch der Nationalsozialisten, das Auswärtige Amt durch Besetzung der Schlüsselpositionen grundlegend zu reformieren. Er gelangt zu dem Schluß, die Abhängigkeit von der „traditionellen" Berufsdiplomatie wie das „Anpassungs- und Beharrungsvermögen der meisten Berufsdiplomaten gegenüber dem NS-Regime" hätten radikale Reformen der Nationalsozialisten im Auswärtigen Dienst verhindert[24].

Man hat sich schwer getan, die Tätigkeit Kiesingers im Auswärtigen Amt nachträglich zu bewerten. Sie wurde auch unter denen als Makel, als trüber Punkt auf einer sonst glanzvollen Karriere empfunden, die Kiesinger gegenüber freundlich gesonnen blieben[25]. Diehl, ein Vertrauter Kiesingers, meint abschließend, als stellvertretender Abteilungsleiter habe Kiesinger eine „wichtige Funktion" ausgeübt[26]. Es sei vielleicht der große Irrtum Kiesingers gewesen, schreibt Martin Hirsch, der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht und Schüler des Privatlehrers, daß dieser gehofft habe, „das Naziregime könne doch erträglicher werden oder gar sich selbst kurieren"[27].

Kiesinger selbst sah das freilich anders. Was ihn an der plötzlich im November 1966 aufkommenden Debatte am stärksten erbitterte, war die Tatsache, daß die Anschuldigungen aus dem Ausland und aus der DDR nicht nur in den bundesdeutschen Zeitungen weitergegeben, sondern von der Öffentlichkeit in ihrem Wahrheitsgehalt nicht angezweifelt wurden. Er litt darunter, daß man seinem Wort nicht mehr Glauben schenkte. „Die Redlichkeit wird einem bestritten", klagte er später. „Das ist das Schlimmste. Die Redlichkeit wird bestritten."[28]

---

[22] Vgl. Diehl, Kiesinger, S. 180.

[23] Vgl. ebenda sowie Thielenhaus, Anpassung und Widerstand, S. 24 ff.; über die Ziele und das Schicksal des Kreises junger Diplomaten um Staatssekretär Ernst von Weizsäcker siehe Thielenhaus und Blasius, Großdeutschland.

[24] Döscher, Auswärtiges Amt, S. 309. Ob dies auch für die Abteilung Kult R zutrifft, zieht zumindest Peter Longerich (Propagandisten) in Zweifel. Zwar liegt für Longerich die Leistung des Referats von Kiesinger wesentlich im organisatorischen Bereich, im Aufbau eigener Rundfunkeinrichtungen im Ausland, die sich der Kontrolle des Propagandaministeriums entziehen sollten (S. 49). Über die Inhalte der Propagandaarbeit des Amtes stellt er allerdings insgesamt fest (S. 330): „Trotz gewisser Unterschiede in Methode und Schwerpunktsetzung war die Propaganda des AA doch durch eine große inhaltliche Übereinstimmung mit der vom Propagandaministerium verfolgten Linie gekennzeichnet und nicht durch einen durchgehend eingehaltenen alternativen Kurs. [...] War es generell ein Hauptanliegen nationalsozialistischer Selbstdarstellung, nach außen hin den Anschein größtmöglicher Geschlossenheit zu erwecken, so waren auch die Bemühungen in der Kriegspropaganda vordringlich darauf gerichtet, das Nebeneinander unterschiedlicher Positionen zu vermeiden. Die Vorstellung, mit differierenden Propagandaaussagen vor das Publikum zu treten, gehörte zu den größten Ängsten der NS-Propagandisten."

[25] Vgl. etwa Henkels, Der dritte Bundeskanzler, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.12.1966; Hans Werner Kettenbach, Mit Verspätung auf den Schild gehoben, Kölner Stadtanzeiger, 1.12.1966. Würdigungen aus Anlaß des Todes von Kiesinger enthielten kaum noch eine Wertung seiner Tätigkeit im AA, mit einer Ausnahme: Der Bundeskanzler der Großen Koalition, Der Tagesspiegel, 10.3.1988.

[26] Diehl, Kiesinger, S. 180.

[27] Oberndörfer (Hrsg.), Begegnungen, S. 100.

[28] Hermann Schreiber, Keine Rede von Kraft und Herrlichkeit, in: Geo Special Bonn 6 (1985), S. 45.

Das Mißtrauen ihm gegenüber schien dem langjährigen Abgeordneten und Ministerpräsidenten nicht nur wegen seiner Verdienste als hervorragender Politiker in der Aufbauphase der Bundesrepublik ungerechtfertigt zu sein. Kiesinger nahm für sich auch in Anspruch, nie Nationalsozialist gewesen zu sein. Er sei zwar im Mai 1933 der Partei beigetreten. Aber Freunde und Bundesbrüder seiner und anderer katholischer Verbindungen hätten das auch getan. Gab es nicht Chancen, verteidigte sich Kiesinger später, die Richtung dieser neuen Bewegung mitzubestimmen? Das habe man damals naiv gehofft[29].

Aber dann 1934, nach dem „Röhm-Putsch", als Hitler den Mord an Mitgliedern der SA und einigen anderen, wichtigen Persönlichkeiten der Weimarer Zeit nachträglich legalisierte und damit die Rechtsstaatlichkeit aufhob – da habe er sich innerlich vom Nationalsozialismus abgewandt. Nicht nur habe er die Partei nicht mehr unterstützt, sondern – wo es ging – auch ihre Autorität untergraben. „Wenn ich auch nur ein sogenannter Mitläufer gewesen wäre, wenn ich nicht wirklich Widerstand geleistet hätte und Kopf und Kragen riskiert hätte, hätte ich mich nicht um die Kanzlerwürde beworben", machte der Kanzler gegenüber Alfred Wolfmann, dem Korrespondenten einer israelischen Zeitung, im Dezember 1966 deutlich[30]. Er habe von 1934 an ständig gegen die nationalsozialistische Bewegung gelebt, sich in die „innere Emigration" zurückgezogen[31].

Zweimal hat er sich in der Zeit von 1934 bis 1939, in der er als Repetitor privat Jurastudenten unterrichtete, tatsächlich erfolgreich für bereits Inhaftierte bei der Gestapo eingesetzt. Um den Schüler Ernst Wolf aus der Gewalt der politischen Polizei des NS-Regimes zu befreien, sprach Kiesinger dreimal im Reichssicherheitshauptamt vor. Man hatte Briefe des jungen Studenten abgefangen, in denen dieser das nationalsozialistische Regime anklagte. Es gelang Kiesinger schließlich, Wolf freizubekommen. Auch einen Prokuristen, dem man Devisenvergehen zur Last legte, konnte Kiesinger vor einer Verlängerung der Haft retten. Trotz strenger Devisenbewirtschaftung hatten einige katholische Ordensgemeinschaften größere Reichsmarkbestände nach Holland zu transferieren versucht. Da die Verantwortlichen geflohen waren, machte man den Prokuristen haftbar und stellte ihn vor Gericht. Die Nationalsozialisten nutzten den Prozeß zu einem Generalangriff gegen die katholischen Mönchsorden. Es gelang aber dem Anwalt Kiesinger, die schon verbüßte Zeit des Angeklagten in der Untersuchungshaft bei der Urteilsverkündung anrechnen zu lassen. Der Prokurist kam daher sofort auf freien Fuß.

Trotz seines Engagements in diesen beiden Fällen und trotz seiner grundsätzlich skeptischen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus, die ihm von vielen seiner Schüler aus jener Zeit bestätigt worden ist, erkannte Kiesinger, daß er sich nicht von der Schuld freisprechen konnte, die das deutsche Volk durch die NS-Verbrechen auf sich geladen hatte. „Das ist schlimm, daß wir – meine Generation – diese Zeit haben mitmachen müssen", sagte er 1979 in einem Interview. „Auch wenn man noch so sehr anerkennt, daß

---

[29] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/1.2., A 008, Gespräch mit Wolfmann, 8.12.1966, und Hoff, Kiesinger, S. 57 f. In der „Askania", der katholischen Verbindung Kiesingers in Berlin, drängten eine Reihe von führenden Vertretern verschiedener katholischer Vereine und Organisationen darauf, die NSDAP zu unterwandern, auf sie einen mäßigenden Einfluß auszuüben. Auf dieses Argument berief sich, laut Hoff, beispielsweise der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei, Martin Spahn, der für den Eintritt vieler Brüder der Verbindung „Burgundia", einer benachbarten Organisation der Askania, verantwortlich gewesen sein soll.

[30] Vgl. Weg und Ziel, 1.2.1967.

[31] Vgl. BDC, Kiesinger, Mitglieds-Nr. 2633930, Eintritt: 1.5.1933. Die NSDAP-Mitgliedskarte Kiesingers zeigt, daß er offenbar nur bis zum November 1936 Mitgliedsbeiträge bezahlte. Oberndörfer (Begegnungen, S. 83 ff.) hat als Herausgeber einige der Schüler Kiesingers, wie etwa Jürgen Arndt, Wolf und Hirsch, zu diesem Thema zu Wort kommen lassen; siehe auch Diehl, Kiesinger, S. 175 f.

das Zwänge waren, gegen die der einzelne tatsächlich nichts unternehmen konnte, man war eben ein Teil dieses Volkes, das sich geschichtlich in eine Situation hineinmanövriert hat, die schrecklich ist. Schrecklich nicht, daß sie den Krieg verloren hat, sondern schrecklich das, was eben in seinem Namen begangen worden ist. Deswegen kann ich mir nicht auf die Schulter klopfen. Das ist für mich das große Handikap gewesen."[32]

Kiesinger sah sich als Repräsentant der Mehrzahl der Deutschen, die unverschuldet in die Zeit des Nationalsozialismus hineingeraten und trotzdem im Land geblieben waren. Es waren die Mitläufer, die das Regime durch Mitgliedschaft in der Partei oder einfach nur durch ihre Gleichgültigkeit stützen halfen, die aber weder die Vernichtung der Juden wollten noch etwas mit ihr zu tun hatten. Dieser größte Teil der Deutschen sollte durch seine Kanzlerkandidatur mit dem neuen Staat versöhnt werden. Nicht ohne Selbstgerechtigkeit behauptete er damals: „Ein Mann mußte das einmal tun für alle die Deutschen, die in ähnlicher Lage sind, damit um so schärfer die Grenze gezogen wird zu den Verbrechern."[33] Hervorragende deutsche und jüdische Repräsentanten teilten diese Sicht und ermutigten Kiesinger, sich um das Amt zu bewerben. Bundespräsident Heuss schrieb bereits 1964 in seinem Tagebuch, daß Kiesinger als Nachfolger Erhards sein Kanzlerkandidat sei. Der jüdische Verleger Karl Marx und der Berliner Propst und Widerstandskämpfer Heinrich Grüber, ein Überlebender des Vernichtungslagers Auschwitz, hatten Kiesinger im Herbst 1966 in der Schwarzwälder Villa von Marx zugeredet, daß gerade er als ehemaliges Mitglied der NSDAP im Sinne einer Aussöhnung mit der jüngsten Vergangenheit die politische Führung des Landes übernehmen müsse[34].

Das Weiße Haus ist mit einer Kandidatur Kiesingers einverstanden

Aber Kiesinger war nicht der Mann, an dem die Polemik einfach abprallte. „Ich stehe das nicht durch", soll er einmal während der Wochen im Herbst gesagt haben[35]. Grüber erklärte er die Ohnmacht seiner Lage damit, daß er sich gegen die Vorwürfe nicht wehren könne: Wer sich zu rechtfertigen suche, der klage sich an[36]. Ob Kiesinger eine gegen ihn gerichtete Kampagne wegen seiner NS-Vergangenheit aushalten würde, schien auch Kempski, einem Journalisten und hervorragenden Kenner der Bonner Szene, fraglich. Würde Kiesinger sich überhaupt in einen Kampf mit unsicherem Ausgang einlassen? „Wer ihn gut kennt, ist geneigt, beide Fragen spontan zu verneinen", meinte er[37].

Aber mittlerweile war sich Kiesinger seines Erfolges sicher. Diese persönliche Überzeugung stellte den Grund dar, zu bleiben und weiter auszuharren. Nach der öffentlichen Debatte über seine politische Vergangenheit mußte er nun klären, ob die amerikanische Regierung Vorbehalte gegen seine Kanzlerkandidatur hege und ob sie ihn akzeptieren würde. Scheufelen begab sich zum amerikanischen Botschafter in Bonn, George C. McGhee, und erklärte ihm, man würde gerne erfahren, wie Präsident Johnson zur Kandidatur Kiesingers stehe. McGhee sagte zu, sich mit Washington in Verbindung zu setzen. Scheufelen solle am nächsten Tag zum Mittagessen wiederkommen. Noch bevor der CDU-Vorstand am Nachmittag des 8. November zusammentrat, um die Kandidatenliste zu beschließen, wurde der Vertrauensmann Kiesingers von McGhee über

---

[32] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/, A 404, Gespräch mit Majer und Degen, 24.11.1979, S. 38.
[33] Weg und Ziel, 1.2.1967.
[34] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 27.
[35] Der Spiegel, 14.11.1966, S. 37.
[36] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 27.
[37] Süddeutsche Zeitung, 7.11.1966.

die amerikanische Haltung informiert. Der Botschafter empfing seinen Gast mit einer Entschuldigung für das Durchsickern kritischer Informationen aus seinem Haus und richtete dann lediglich einen einzigen Satz aus: „Präsident Johnson lasse Kiesinger grüßen."[38]

Überraschende Wendung: Entlastung durch das Denunziationspapier

Völlig unerwartet kam Hilfe auch von anderer Seite. Aus dem Archiv des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* erhielt Kiesinger am Tag vor der entscheidenden Wahl in der Unionsfraktion ein Dokument, daß ihn politisch entlastete. Das Papier war im Rahmen von Recherchen für Heinz Höhnes SS-Buch *Der Orden unter dem Totenkopf* in den Washingtoner *National Archives* ausgegraben worden. Der stellvertretende Chefredakteur des Hamburger Blattes, Conrad Ahlers, beschloß, das Dokument Kiesinger zuzuschicken. Ahlers konnte persönliche Gründe für diese Entscheidung anführen. Während der *Spiegel*-Affäre im Herbst 1962 hatte sich der baden-württembergische Ministerpräsident für den damals Angeklagten öffentlich eingesetzt. Der stellvertretende Chefredakteur war damals als Autor eines Artikels, der angeblich geheimes Material aus dem Verteidigungsministerium enthielt, auf Verlangen von Verteidigungsminister Strauß in seinem spanischen Ferienort Torremolinos verhaftet und von den spanischen Behörden nach Deutschland ausgeliefert worden. Einen Tag danach, am 9. Oktober 1962, nahm Kiesinger in einer Pressekonferenz den Journalisten in Schutz. Er wisse nicht, was im einzelnen gegen Ahlers vorliege, für einen Landesverräter halte er ihn aber nicht. Dankbar nahm Ahlers diese Worte zur Kenntnis. Aus der Haft in der Nähe von Bonn schrieb er an Kiesinger und schloß mit der Bemerkung: „Schade, daß Sie Ihre Praxis nicht mehr ausüben. Ich hätte Sie gerne als Verteidiger gewonnen."[39]

Jetzt, fast genau auf den Tag vier Jahre später, war es Ahlers, der nicht nur zur Verteidigung Kiesingers beitrug, sondern mit der Übersendung des Dokumentes auch die Nominierung durch die Fraktion sicherstellte. Kiesinger nutzte die unerwartete Gunst der Stunde sofort. Über das Staatsministerium Baden-Württemberg ließ er das Dokument an die Fraktionsmitglieder verteilen. Aus einem vorangestellten, erläuternden Blatt ging hervor, daß dem Ministerpräsidenten die Abschrift eines am 7. November 1944 aufgenommenen Protokolls des Reichssicherheitshauptamtes zur Verfügung gestellt worden sei. Es betreffe seine Tätigkeit während des Krieges[40]. Nicht erwähnt wurde in der Abschrift der Name des Verfassers, Ernst Otto Dörries, eines Wissenschaftlichen Hilfsarbeiters (WHA) der Rundfunkpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

Worum ging es? Am 7. November 1944 verfaßte Dörries eine Denkschrift über die angebliche Sabotage antijüdischer Aktivitäten in der deutschen Auslandsinformation[41]. Er „enthüllte" in dem Papier eine Verschwörung in verschiedenen Organisationen wie

[38] Scheufelen, Gespräch mit dem Verfasser, 27.11.1987. Der Botschafter machte den für das Gerücht verantwortlichen Mann ausfindig, der daraufhin seinen Posten verlassen mußte.

[39] Oberndörfer (Hrsg.), Begegnungen, Ahlers an Kiesinger vom 10.11.1962, S. 286.

[40] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/V.2, A 303, Anlage zum Schreiben des Staatsministeriums Baden-Württemberg vom 9.11.1966.

[41] Vgl. Ahrens, Gespräch mit dem Verfasser, 9.8.1988. Noch heute ist unklar, welchem Zweck die Denunziation diente. Ahrens vermutet, daß es sich bei dem Schriftstück um eine Art Memorandum handelt. Der fanatische Dörries habe damit eine fixe Propagandaidee durchsetzen wollen. Das Dokument muß auch im Zusammenhang mit der Reichspolitik im Osten und dem Kampf zwischen den Konzeptionen Alfred Rosenbergs und Himmlers gesehen werden. Das Auswärtige Amt suchte nach einer eigenständigen Konzeption und nach Argumenten gegen die Politik des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete. Vier Tage vor der Niederschrift, am 3. November 1944, hatte in einem

dem Propagandaministerium, der Reichsrundfunkgesellschaft, der Rundfunkpolitischen Abteilung und anderen Abteilungen des Auswärtigen Amtes. Besonders Kiesinger stand im Blickpunkt der Kritik. Dörries behauptete: „In der rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, der ich angehöre, ist es der frühere Verbindungsmann der Abteilung zum Pro[*paganda*]mi[*nisterium*] und zur Reichsrundfunkgesellschaft und jetzige stellvertretende Abteilungsleiter Kiesinger, der nachweislich die anti-jüdische Aktion hemmt."[42]

Kiesinger, so gab Dörries an, habe die Durchführung einer Störmeldungsaktion um die Person Henry Fords verhindert, die zum Ziel hatte, die „antijüdische Debatte" zu beleben. Ferner habe er eine Aktion („Offener Brief der europäischen Jugend an Roosevelt mit dem Angebot der Übernahme der europäischen Juden") sowie die Einrichtung eines Geheimsenders „zur Förderung des Antijudaismus in den USA" vereitelt. Darüber hinaus listete Dörries einige pessimistische Bemerkungen seines Vorgesetzten auf, so etwa Kiesingers Reaktion auf die von Dörries geäußerte Zuversicht in das Durchhaltevermögen des deutschen Volkes: „Da schätzen Sie aber die Leidensfähigkeit des deutschen Volkes sehr hoch ein." Um den Defätismus Kiesingers zu unterstreichen, erwähnte der Verfasser, daß Kiesinger offensichtlich auf eine Verständigung mit den Engländern gehofft hatte. Diese Möglichkeit bestehe aber jetzt nicht mehr – so deutete der Autor zumindest die von Kiesinger an ihn gerichtete „befremdende Suggestivfrage": „Sie wissen doch sicher, daß die Leute vom 20. Juli auch mit England Kontakt aufzunehmen versucht haben, aber abgeblitzt sind?"[43]

Warum wurde Kiesinger nicht sofort nach der Eingabe der Denunziation durch die SS verhaftet? Solche ungeschützt gesprochenen Äußerungen konnten gerade in der Zeit nach dem mißglückten Attentat vom 20. Juli leicht zur Verurteilung führen. Aber es geschah nichts. Kiesinger erhielt von der Existenz des Dokuments erst im November 1966 Kenntnis. Die Niederschrift mußte während der Fliegerangriffe auf Berlin verbrannt oder verschollen sein, so zumindest seine Erklärung[44].

Ob es sich wirklich so zugetragen hat, muß auch dann offenbleiben, wenn ein anderes Dokument herangezogen wird, das sich auf der Mikrofilmrolle direkt hinter dem Dörries-Papier befindet[45]. Es handelt sich um einen Brief des SS-Verbindungsmannes Friedrich Klumm an den persönlichen Referenten Heinrich Himmlers, Rudolf Brandt.

Berliner Café ein Gespräch stattgefunden. Dort hatten sich Dörries und der SS-Obersturmbannführer Friedrich Klumm mit einem Verbindungsmann zum Leiter des SS-Hauptamtes Gottlob Berger getroffen. Zudem nahm an dem Gespräch Graf Fürstenberg aus Riga teil, der im Papier von Dörries erwähnt wird, und schließlich kam ein Referent aus der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ahrens, hinzu. Thema der Unterhaltung war Andrej Wlassow – jener sowjetische General, der 1942 in Kriegsgefangenschaft geraten war und eine russische Nationalarmee gegen Stalin aufstellen wollte. Wlassow sollte Teil einer neuen deutschen Politik im Osten werden. Im Oktober 1944 war das Wlassow-Komitee als Vertretung eines nationalen Rußlands anerkannt worden, was vor allem auf Himmlers Betreiben zurückzuführen war. Vgl. Hillgruber, Weltkrieg, S. 116 f., sowie zu Bergers differenzierter ostpolitischen Konzeption Höhne, Der Orden, S. 384 ff. Dörries versucht in seinem „Memorandum" eine Verbindung herzustellen zwischen denjenigen, die seine Propagandaidee angeblich torpedierten, und den Zielen, die Himmler mit Wlassow verfolgte.

[42] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/V.2, Staatsministerium von Baden-Württemberg vom 9.11.1966, S. 2.

[43] Ebenda, S. 4.

[44] Vgl. Kiesinger, Jahre, S. 254. In seinen Memoiren hat Kiesinger keine weitere Erklärung gefunden. Dort heißt es lediglich: „Fest steht, daß die Niederschrift von Dörries vom ‚Chef des SS-Hauptamtes' an den ‚Persönlichen Stab des Reichsführers SS' Himmler weitergeleitet worden ist." Siehe dazu auch Oberndörfer (Hrsg.), Begegnungen, S. 125.

[45] Vgl. NA, Washington, Akten des Reichsführers-SS, Rolle T 175/125, Chef des SS-Hauptamtes an den Persönlichen Stab Reichsführer-SS vom 20.11.1944.

Klumm schickt darin das Dörries-Papier im „Nachgang" zu einem Schreiben Gottlob Bergers an Himmler, in dem Berger das Nachreichen der Niederschrift angekündigt hatte. Tatsächlich entsteht hier der Eindruck, daß das Papier direkt in die Hände der SS fiel. Doch hat Himmler, der sonst alle wichtigen, auf dem Mikrofilm abgelichteten Dokumente mit seiner Paraphe zeichnete, das Papier von Dörries gar nicht gelesen. Das Original ist nicht von ihm abgezeichnet, und man muß davon ausgehen, daß die Archivaufnahme das Original zeigt, was Dörries übrigens nach dem Krieg selbst bestätigt hat[46]. Hinzu kommt, daß das Büro Rudolf Brandts mit dem Dokument nichts anzufangen wußte – das Papier löste offenbar bei Brandt keinerlei Gedanken an eine „Sicherheitsgefährdung" durch die genannten Personen aus. Die Denunziationsschrift wurde nicht weiter an die Gestapo, an den Chef des Sicherheitsdienstes, Walter Schellenberg, geleitet. Es verblieb vielmehr in der Stabsabteilung. Dort wußte man nicht so recht, wie mit dem Schriftstück umzugehen sei. Die Ablage der Dörries-Schrift bereitete den Sachbearbeitern Kopfzerbrechen. Man ließ sich den Brief von Berger an Himmler vom 4. November 1944 kommen und stellte fest, daß „diese beiden Schreiben nicht zusammengehören"[47]. Der Archivleiter Berg muß wohl noch einmal bei Klumm nachgefragt haben, bevor er handschriftlich paraphierte: „Abl., Berg 23/1." Danach ist das Dokument nicht mehr hervorgeholt worden.

Der persönliche Hintergrund der Denunziation

Wie immer der tatsächliche Vorgang ausgesehen haben mag, Kiesinger fühlte sich verraten, als er im November 1966 von dem Dokument erfuhr. Er habe damals den Referenten Dörries unvorsichtigerweise ins Vertrauen gezogen, schreibt er in seinen Memoiren[18]. Und in einem Fernsehgespräch erklärte Kiesinger, er habe sich in diesem Mitarbeiter getäuscht. Dörries hatte zum engeren Kreis des stellvertretenden Leiters der Rundfunkpolitischen Abteilung gezählt. Eine kleine Gruppe von Mitarbeitern traf sich regelmäßig zu einer Kaffeerunde. In diesem Zirkel sei beschlossen worden, wen man in die Abteilung aufnehmen solle und wen nicht, meint Hanns Dietrich Ahrens[49]. Diese Runde sei von Dörries beherrscht worden. Er besaß ein rhetorisches Talent, wußte seine Zuhörer zu faszinieren. Dörries sprach von Visionen eines in der Welt dominierenden Deutschen Reiches. Er glaubte an die Bestimmung des germanischen Volkes zu herrschen und an die Verderbnis und Bedrohung, die vom jüdischen Volk ausgehe. Er ließ sich durch mystische Literatur inspirieren, etwa durch die Bücher von Mathilde Ludendorff wie *Die Judenmacht – ihr Wesen und Ende*[50]. Es war eine eigene, abgeschottete Welt,

[46] Vgl. Ahrens, Gespräch mit dem Verfasser, 9.8.1988; dort auch das folgende Zitat. Im Jahre 1967 erklärte Dörries Ahrens in Leichlingen, es habe lediglich eine Kopie für seinen Privatbesitz gegeben.

[47] NA, Washington, Akten des Reichsführers-SS, Rolle T 175/125, Aktenvermerk vom 19.1.1945.

[48] Vgl. Kiesinger, Jahre, S. 252.

[49] Vgl. Ahrens, Gespräch mit dem Verfasser, 9.8.1988. Mitglieder waren der für England und das Empire zuständige Professor Reinhard Haferkorn und der Orientexperte Kurt Munzel. Ahrens gehörte nicht dazu. Kiesinger (Jahre, S. 252) schreibt, er habe Dörries vertraut, weil dieser ihn gebeten habe, den Schriftsteller Otto Rombach vor dem Propagandaministerium zu retten. Rombach weigerte sich, einen Propagandaroman zu verfassen. Er wurde in die Abteilung aufgenommen, wo man ihn in Ruhe ließ.

[50] Es war die Witwe „unseres Feldherrn" Erich Ludendorff, wie sie in ihren Büchern schrieb. Beide gründeten 1926 den streng antisemitischen, antimarxistischen, antiklerikalen Tannenberg-Bund, der sich nach dem Verbot 1933 die „Deutsche Gotterkenntnis" nannte.

in der Dörries lebte, und man muß wohl auch hier nach Motiven für die Denunziation suchen.

Als das Auswärtige Amt Ende 1944 aus Berlin Richtung Westen verlagert werden sollte, um nicht länger den ständigen Bombenangriffen ausgesetzt zu sein, entschloß sich der Mitarbeiterkreis um Kiesinger, mit dem Amt umzuziehen. Nur einer wollte nicht mittun, sondern meldete sich an die Front. Dörries verstand die Argumentation Kiesingers nicht: Er wolle für eine verloren geglaubte Sache nicht sein Leben riskieren. Dieses Bekenntnis hat Dörries Kiesinger nicht verziehen. Die Bewunderung Dörries für den belesenen und redegewandten Juristen schlug in Verachtung um. Kurz darauf fertigte er die Niederschrift an, die Ahrens unterschrieb, angeblich ohne das Papier gelesen zu haben[51]. Kiesinger selbst hat dagegen in dem Schriftstück ein Instrument gesehen, das im Kampf um die Propagandakonzeption eingesetzt worden sei. In seinen Memoiren wertet er es als eine Reaktion auf seinen Versuch, den Plan des Außenministers für einen antijüdisch ausgerichteten Sender in den USA abzuwehren[52].

Da der ehemalige stellvertretende Abteilungsleiter im AA bis zu seiner Kanzlerkandidatur nichts von der Denunziationsschrift ahnte, hielt er auch nach dem Krieg lockeren Kontakt zu dem Verfasser. Zuletzt traf man sich zu einer gemeinsamen Wanderung auf der Schwäbischen Alb Anfang der sechziger Jahre. Ob er Kanzler werden solle, fragte der ehrgeizige Ministerpräsident seinen früheren Mitarbeiter. Dörries riet zu[53].

Zwang zur schnellen Koalitionsbildung: Barzels Kampfansage

Am 10. November 1966 wurde Kiesinger nach drei Durchgängen zum Kandidaten von CDU/CSU gewählt. Aber Kiesinger konnte sich auf seinem Erfolg nicht ausruhen. Der Sieg über seine Konkurrenten würde erst mit einer Regierungsbildung besiegelt werden, und wie sich dabei Barzel und Schröder verhalten würden, war nicht vorherzusehen. Ihre Reaktionen ließen für den frisch gekürten Kandidaten nichts Gutes erwarten. Das galt insbesondere für den Fraktionsführer. Barzel war durch seine eigene Fraktion gedemütigt worden. Vierzehn Stimmen bedeuteten ein katastrophales Ergebnis. Alle Hoffnungen, die sich auf Versprechungen an Abgeordnete vor der Wahl stützten, waren vergebens geblieben. Auch der Brief Adenauers, den die nordrhein-westfälischen Freunde Barzels unter der Hand zirkulieren ließen, verfehlte offenbar seine Wirkung. In ihm hatte der Altbundeskanzler den Fraktionschef aufgefordert, als Kanzler erneut eine christlich-li-

[51] Vgl. Ahrens, Gespräch mit dem Verfasser, 9.8.1988. Kiesinger soll im kleinen Kreis auf Ahrens geschimpft haben: Ahrens müsse endlich mal diesen Colin Ross abwimmeln. Ross, ein damals bekannter Schriftsteller, hatte 1936 sein wichtigstes Buch „Unser Amerika" (Leipzig) publiziert, in dem er den deutschen Einfluß in den USA in euphorischer Weise darstellte. 1942 veröffentlichte er „Die Westliche Hemisphäre als Programm und Phantom des amerikanischen Imperialismus" (Leipzig), eine polemische Abrechnung mit der Politik Roosevelts, die in der These gipfelt, der Kriegseintritt der USA sei Teil einer jüdischen Weltverschwörung gegen Deutschland. Ross wurde von Ribbentrop engagiert, um seine Standardthesen propagandistisch umzusetzen. Es war offensichtlich schwierig, Ross „abzuwimmeln". Daraufhin sei Dörries zu ihm, Ahrens, gekommen und habe gesagt: „Sie müssen sich absichern."

[52] Vgl. Kiesinger, Jahre, S. 252.

[53] Dörries starb Ende der sechziger Jahre. Ahrens sei nach wie vor „persona grata", erklärte ihm der Landesminister Baden-Württembergs, Seifriz, am Telefon im November 1966. Er, Ahrens, solle sich keine Sorgen machen: Man müsse auch einmal ein dickes Fell haben. Eine Kopie des Dokuments könne er allerdings nicht erhalten. Er, Seifriz, habe Weisung, die Niederschrift von Dörries nicht aus der Hand zu geben. Vgl. Ahrens, Gespräch mit dem Verfasser, 9.8.1988.

berale Koalition zu bilden[54]. Ohnmächtig mußte der Fraktionsvorsitzende mit ansehen, wie der parlamentarische Geschäftsführer der CSU, Leo Wagner, im Saal durch die hinteren Reihen ging und darauf achtete, daß die Abgeordneten der CSU den richtigen Namen auf die Wahlzettel schrieben, den Namen Kiesinger[55].

Barzel schien nicht der Mann zu sein, der eine solche Niederlage einfach hinnehmen konnte. Er ließ den gewählten Kandidaten nicht im unklaren darüber, daß er das Kanzleramt für sich reserviert glaubte: „Sie haben sich in das Bett gelegt, das für mich gemacht war", sagte er Kiesinger offen[56]. Und es gab noch andere Hinweise, die darauf deuteten, daß der Gewählte um den endgültigen Sieg erst ringen mußte. Die Norddeutschen in der Fraktion hatten schon seit Monaten gegen ihn Stimmung gemacht, um die Chancen ihres Kandidaten im Falle des Sturzes der Regierung zu erhöhen. Der parlamentarische Geschäftsführer Will Rasner, ein enger Freund Barzels, sagte Anfang 1966 zu Heinrich Krone, Kiesinger dürfe Bonner Boden nicht mehr betreten[57]. Nach der Wahl ließ die Kampfansage an Kiesinger nicht lange auf sich warten. Barzel halte die Wahl Kiesingers für eine offene Fehlentscheidung, die sich zuungunsten der Union auswirken müsse, meldete der der SPD nahestehende *Parlamentarisch-Politische Pressedienst* am Wochenende[58]. Der Hinweis verfehlte seine Wirkung nicht. Schon wenige Tage später spekulierte die Presse über eine vorzeitige Rückkehr Kiesingers nach Stuttgart. Am 16. November berichtete etwa die *Frankfurter Rundschau*, in der Union werde erwogen, den gewählten Kanzlerkandidaten wieder zurückzuziehen und Bundesinnenminister Paul Lücke mit der weiteren Verhandlungsführung zu betrauen. Man hoffe, durch ein Auswechseln der Kandidaten die Bildung einer SPD/FDP-Koalition vielleicht doch noch verhindern zu können. Kiesinger habe mit der öffentlichen Ankündigung, Strauß werde in seinem Kabinett einen Ministerposten bekommen, sich selbst die Tür zu SPD wie FDP verbaut. Und wörtlich hieß es: „In Bonn sah man am Dienstag Kiesingers Auftrag bereits als gescheitert an."[59]

In den nächsten Tagen überschlugen sich die Nachrichten. Am 18. November schrieb der *Münchner Merkur*, führende CSU-Politiker hätten der SPD ihre Bereitschaft erklärt, Kiesinger fallenzulassen, falls seine Kandidatur einer Großen Koalition im Wege stehe. Und einen Tag später berichtete *Die Welt*, maßgebliche Persönlichkeiten der CDU hätten die SPD buchstäblich gebeten, „in den kommenden Verhandlungen mit der Union so zu taktieren, daß Kiesinger keine Mehrheit bekomme"[60]. Die Sache ging so weit, daß sich die Union gezwungen sah, sich noch einmal öffentlich für Kiesinger zu erklären.

Gefahr drohte auch durch die eigene Verhandlungskommission. Davor warnte zumindest der Generalsekretär der CDU. Die Kommission sei nicht mehrheitlich auf Kiesinger verpflichtet, behauptete sein schwäbischer Landsmann. Kiesinger sei in ihr weitgehend isoliert. Strauß müsse sich in den ersten Wochen vorwiegend im bayerischen Wahl-

---

[54] Vgl. Barzel, Streit, Adenauer an Barzel vom 29.10.1966, S. 108. Zwei Tage nach dem Bruch der Koalition schrieb Adenauer: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie Bundeskanzler würden und wenn die bisherige Koalition fortgesetzt würde." Als Adenauer klar wurde, daß Kiesinger am Ende siegen würde, riet er dem Fraktionsführer, auf seinem Posten zu bleiben, sich nicht zur Wahl zu stellen. Er schätze im Moment dessen Wahlchancen sehr niedrig ein; vgl. Stuttgarter Nachrichten, 10.11.1966.

[55] Vgl. Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.

[56] Kiesinger, Gespräch mit Baring, 12.5.1982.

[57] Vgl. Gerstenmaier, Streit und Friede, S. 536.

[58] Vgl. PPP, 219, Nachtrag, 11./12.11.1966, S. 1.

[59] Frankfurter Rundschau, 16.11.1966.

[60] Vgl. Münchner Merkur, 18.11.1966, und Die Welt, 19.11.1966.

kampf engagieren und könne dadurch Kiesinger nicht zur Seite stehen. Durch diesen Umstand verschiebe sich das Gewicht innerhalb der Delegation zuungunsten Kiesingers, stellte Heck alarmierend fest. Das alles sei nur entstanden, weil er, der Bundesgeschäftsführer und wichtige Berater Kiesingers, nicht in die Kommission aufgenommen worden sei. Heck vermutete, daß ihn Barzel bewußt ausgeschlossen hatte. Dieser habe ihn für seinen Gegner gehalten. Der Fraktionsvorsitzende habe daher durchgesetzt, daß die Verhandlungskommission nach evangelisch-katholischer Parität besetzt wurde[61]. Neben Kiesinger bildeten Strauß als CSU-Vorsitzender und Barzel als Fraktionsführer die katholische Gruppe der Kommission. Daher blieb für Heck kein Platz übrig.

Für die evangelische Seite nahmen der stellvertretende Fraktionsführer, Peter-Wilhelm Brand, und der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Rasner, teil. Brand und Rasner stünden hinter Barzel und unterstützten dessen Ziele, warnte Heck Kiesinger. Falls Kiesinger etwa die Große Koalition anstrebe, könnten diese Mitglieder den Erfolg des Unternehmens leicht in Frage stellen. Heck wußte, wo die verwundbare Stelle bei den Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten lag: beim Mehrheitswahlrecht. Man werde versuchen, prophezeite er, Kiesinger auf die Forderung nach dem Mehrheitswahlrecht festzulegen. Dazu mußten sich die Kommissionsmitglieder lediglich auf die Stimmung in den Kreisverbänden berufen. Heck selbst berichtete am 20. November 1966, am Tag der Bayernwahl, im *Deutschlandfunk*, daß die Orts- und Kreisvereine „recht verstimmt sind über die Art und Weise, wie nun die Freien Demokraten zum wiederholten Male eine Regierungskrise ausgelöst" hätten[62]. Und in den Zeitungen waren Stimmen wie diese zu lesen: Falls die eigene Kommission eine Koalition mit der SPD vorschlage und nicht sagen könne, „ob in Übereinstimmung mit der SPD das Wahlrecht geändert wird, dann dürfte sie auf Widerstand stoßen"[63].

Heck behielt recht. Die Kommission einigte sich darauf, wie 1962 bei den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten, ein neues Wahlrecht für unbedingt erforderlich zu erklären. Unbesorgt stimmte Kiesinger dem zu. Was außer Heck und ihm aber niemand wußte: Der stellvertretende SPD-Fraktionsführer Wehner hatte beim ersten Gespräch im kleinen Kreis zugesichert, daß die SPD das Mehrheitswahlrecht akzeptieren werde[64]. Doch Kiesingers vorsichtiger Berater hielt das für eine Falle. „Seien Sie vorsichtig," riet er seinem Landsmann, „die SPD kann kaum eine definitive Zusage geben!" Eines war sicher: Die Festlegung auf das Mehrheitswahlrecht verbaute jede Aussicht auf eine Neuauflage der CDU/FDP-Koalition. Der Kanzlerkandidat hatte sich frühzeitig auf das Bündnis mit der SPD festgelegt.

Rückkehr zur Kleinen Koalition? Kiesingers Zielsetzung als Kandidat

Kiesinger hat seine Ausrichtung auf die Sozialdemokratie nach seiner Wahl zum Kandidaten im November 1966 später nicht mehr zugeben wollen, sondern seine Bemühungen um die Wiederzusammenführung der Kleinen Koalition bis zum letzten Verhandlungstag am 25. November hervorgehoben. In allen wissenschaftlichen Darstellungen wie auch in einer persönlichen Beschreibung der Ereignisse, die Kiesinger 1974 veröf-

---

[61] Vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.

[62] BPA, Heck im DLF, Interview der Woche, 20.11.1966, Anhang XI, S. 2.

[63] Rheinische Post, 25.11.1966. Auch Wehner faßte die Einführung des Mehrheitswahlrechts als Vorbedingung für eine Große Koalition auf; vgl. Terjung (Hrsg.), Der Onkel, Wehner in der ARD am 5.1.1980, S. 159.

[64] Vgl. Gerstenmaier, Streit und Friede, Krone vom 25./26.11.1966, S. 543.

fentlichen ließ, ist bisher die Behauptung vertreten worden, daß bis zum letzten Verhandlungstag der Kommissionen eine Neuauflage der FDP-CDU/CSU-Koalition noch möglich gewesen sei[65]. Kiesinger schrieb 1974: „Die letzte Unterredung mit der Verhandlungskommission der FDP verlief ergebnislos, ohne daß sachliche Probleme aufgetaucht wären, die den Weg zu einer Koalition versperrt hätten. Man spürte: Die FDP wollte einfach nicht mehr."[66] Kiesinger hat auch später immer wieder betont, daß es ihm von Anfang an um die Kleine Koalition gegangen sei[67]. Die FDP habe aber keinen klaren Kurs erkennen lassen; niemand habe in diesen Tagen die Richtung der Partei bestimmt. Symptomatisch erschien ihm das Verhalten des Parlamentarischen Geschäftsführers Hans-Dietrich Genscher, mit dem er sich am 25. November vergeblich verabredet hatte. Genscher ließ Kiesinger im Bonner Gästehaus von Baden-Württemberg eine Stunde warten, bevor er telefonisch mitteilte, er habe eine dringende Verabredung und könne nicht kommen. Auch am nächsten Tag habe er wegen einer wichtigen Parteiversammlung in Nordrhein-Westfalen keine Zeit. Darauf mahnte Kiesingers Begleiter Scheufelen: „Herr Genscher, Sie müssen sich über eines klar sein, dann steht am Samstag, 24 Uhr, die schwarzrote Koalition."[68] Aber Genscher habe das nicht glauben wollen.

Die Kontakte, die zwischen Wehner und dem Kandidaten der Union gleich nach seiner Wahl zum Kanzlerkandidaten der Union stattfanden, sind dagegen von Kiesinger nicht erwähnt oder beschrieben worden. Sein Verhältnis zur SPD in dieser Zeit hat er im dunkeln gelassen. Lediglich Mende, der FDP-Vorsitzende, verwies später auf die Bedeutung der persönlichen Gespräche zwischen dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und dem Ministerpräsidenten. Die eigentliche Koalitionsabsprache, so Mende, habe am 21. November, dem Montag nach der bayerischen Landtagswahl, stattgefunden[69], als sich Kiesinger und Wehner das politische Jawort gegeben hätten. Die FDP sei dadurch schon vor den Verhandlungen der Chance beraubt worden, an einer Regierung teilzunehmen.

Tatsächlich sprechen einige Fakten für die Annahme, daß Kiesinger sich schon bald nach seiner Wahl auf das Regierungsbündnis mit der SPD innerlich eingestellt und gegenüber Wehner darauf festgelegt hatte. Ganz allgemein schloß seine offene Haltung gegenüber den Sozialdemokraten seit 1949 eine solche Koalition nicht von vornherein aus, sondern rückte dieses Bündnis in den Bereich des Möglichen. Er betrachtete die SPD als notwendige, andere Kraft des Parlaments neben der Christdemokratischen Union. In seinen Memoiren erklärt er: Von den beiden großen Parteien habe 1949 abgehangen, was aus der Bundesrepublik werde. Falls CDU/CSU und SPD in einen unversöhnlichen Streit geraten wären, dann wäre künftiges Unglück für die Republik sicher gewesen[70]. Eine Zer-

---

[65] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 250 und 253, sowie Knorr, Entscheidungsprozeß, S. 76 und 88 f. Beide verweisen auf die Absicht Kiesingers bei seiner Ankunft in Bonn, die Koalition mit der FDP zu erneuern. Erst die letzte Sitzung der Kommissionen von CDU/CDU und FDP hätte die Entscheidung zugunsten der Großen Koalition gebracht. Hildebrand meint, daß bis zum 25.11.1966 eine Wiederauflage „noch im Bereich des Möglichen" gewesen sei. Knorr weist auf eine Vorentscheidung hin, die am 24.11.1966 gefallen sei, als CDU/CSU und SPD zu einer weitgehenden Einigung in den Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gekommen seien.

[66] Kiesinger, So war es, I, Bild am Sonntag, 17.11.1974.

[67] Vgl. Scheufelen, Gespräch mit dem Verfasser, 27.11.1987. Noch vier Monate vor seinem Tod war Kiesinger sich mit Scheufelen darüber einig. Beide besprachen sich aus Anlaß des bevorstehenden Gesprächs Scheufelens mit dem Verfasser. Scheufelen solle deutlich machen, schlug Kiesinger vor, daß er eine Koalition mit der FDP angestrebt habe.

[68] Ebenda.

[69] Vgl. Mende, Die FDP, S. 218.

[70] Vgl. Kiesinger, Jahre, S. 365.

splitterung des Parteiensystems, wie es in der Weimarer Zeit geschehen war, dürfe es nicht wieder geben. Im ersten Bundestag hielt der junge Abgeordnete daher beispielsweise die Wahl eines Bundespräsidenten für notwendig, den SPD und CDU/CSU gemeinsam trugen. Aber er setzte sich vergeblich für diesen Vorschlag ein.

Als außenpolitischer Experte seiner Fraktion entwickelte Kiesinger in den fünfziger Jahren gute Beziehungen zu Führern der Oppositionspartei. Mit Fritz Erler beispielsweise verband ihn ein freundschaftliches Verhältnis. Sein liebster Diskussionspartner, bekannte Erler 1965, sei Kiesinger. Gemeinsam traten sie bei Wahlkundgebungen des jeweils anderen auf[71]. Auch in den Bundestagsgremien – Kiesinger hatte den Vorsitz des Außenpolitischen Ausschusses und des Vermittlungsausschusses inne – kam es zur engen Zusammenarbeit mit SPD-Parlamentariern, vor allem mit Wehner. Die Meinung scheint nicht abwegig, Adenauer habe deshalb gezögert, den begabten Schwaben in ein Ministeramt zu berufen, weil dieser eine zu große Bereitschaft zur überparteilichen Verständigung gezeigt habe. Erich Strätling, der spätere erste Botschafter in Bukarest, war Mitte der fünfziger Jahre Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum Auswärtigen Ausschuß. Kiesinger, so sein Eindruck, habe sich, manchmal auf Kosten der CDU-Position, in vielen Fragen mit der SPD geeinigt[72].

Als Kiesinger 1958 die Bundeshauptstadt verließ, um in Stuttgart für das Amt des Ministerpräsidenten zu kandidieren, schickte ihm Wehner ein Telegramm, das in seiner verkürzten Fassung berühmt geworden ist: „Bonn wird ärmer. Wehner." Dazu hatte der parlamentarische Kollege geschrieben, er verstehe gut, daß Kiesinger jetzt nach Baden-Württemberg gehe, um in Bonn nicht mehr an den „Gladiatorenkämpfen" teilnehmen zu müssen. „Er hat mir das Wort ‚Gladiatorenkämpfe' besonders positiv angerechnet, der Herr Kiesinger", meinte Wehner später[73]. Das Verhältnis zu Wehner verlor auch in Stuttgart für Kiesinger nicht seine Bedeutung. Als der Ministerpräsident die SPD 1960, nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit im „Ländle", aus der gemeinsamen Regierung ausschloß und eine christlich-liberale Regierung bildete, verfaßte er einen Entschuldigungsbrief an den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden in Bonn[74]. Im Dezember 1962 soll Kiesinger bereits mit der Bildung einer Großen Koalition einverstanden gewesen sein, nachdem die FDP-Minister infolge der *Spiegel*-Affäre das Kabinett verlassen hatten[75]. Aber dazu kam es nicht; wieder bildeten FDP und CDU/CSU ein Regierungsbündnis. Als vier Jahre später diese Koalition in die Krise geriet, dachte Kiesinger offenbar auch an die Bildung einer Großen Koalition. Während eines Telefonats gab Kiesinger dem Tübinger Politologen Theodor Eschenburg recht, als dieser behauptete, die Finanzkrise werde ins Unermeßliche steigen, falls sich die beiden großen Parteien

---

[71] Vgl. ebenda, S. 371, und Vorstand der SPD (Hrsg.), Bestandsaufnahme, S. 90-93; von seinem Krankenbett aus schrieb der Fraktionsführer im November an den SPD-Parteivorsitzenden, er plädiere für die Bildung einer Großen Koalition. Kiesinger schickte am 1.12.1966 ein Dankes- und Genesungstelegramm an Erler, das dieser wenig später beantwortete: „[...] Für Ihr telegrafisches Gedenken am Tage Ihrer Wahl danke ich Ihnen besonders herzlich. Es hat mir wohl getan. Mit den besten Grüßen und Wünschen Ihr ergebener [...]." (AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Erler an Kiesinger vom 6.12.1966). Kiesinger schrieb zurück: „[...] ich danke Ihnen für Ihre guten Wünsche, die Sie mir zum Antritt meines neuen Amtes übermittelt haben herzlich. Sie wissen, wie gern ich Sie jetzt an meiner Seite gehabt hätte. [...] In alter Verbundenheit stets Ihr [...]." (AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Kiesinger an Erler vom 23.12.1966). Erler starb am 22.2.1967.

[72] Vgl. Stamp, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1987. Oberst Stamp war der Verbindungsmann im Bundeskanzleramt zum Verteidigungsministerium.

[73] Wehner, Gespräch mit Bruhns, 15.10.1973, S. 7.

[74] Vgl. Der Spiegel, 5.12.1966, S. 32.

[75] Vgl. Mende, Wende, S. 67 f.

weiterhin gegenseitig wie im Wahlkampf bekämpften. Union und SPD betrieben eine Politik der Geldversprechungen, um die Wählergunst zu gewinnen. Wenn beide Parteien aber zusammenarbeiteten, könnten sie sich gegenseitig kontrollieren und die Finanzausgaben einschränken, meinte Eschenburg. Kiesinger ging darauf ein und erklärte: „Sie haben recht. Das einzige, was jetzt hilft, ist die Große Koalition."[76]

Im November 1966 lief die Entwicklung schnell auf das Bündnis zwischen den beiden großen Parteien zu. Zwar äußerte sich Wehner öffentlich zurückhaltend zur Entscheidung der Unionsfraktion, Kiesinger zum Kandidaten zu küren. Mit der Nominierung seien die Chancen für die Entstehung einer Großen Koalition weder gestiegen noch gesunken, erklärte er gegenüber dem *ZDF* am 10. November. Und im *Deutschlandfunk* äußerte er sich sogar skeptisch: „Herr Kurt Georg Kiesinger wird es nicht leicht haben, in dem ihm ungewohnt gewordenen Gelände der Bundesrepublik sich zurechtzufinden. Ob er imstande sein kann, die ihm von der Mehrheit der Fraktion der CDU/CSU auferlegte Arbeit zu erfüllen, steht dahin."[77]

Dennoch konnten sich die beiden im ersten persönlichen Gespräch, das noch vor den offiziellen Verhandlungen der Kommissionen diskret in einem Bonner Gästehaus der Vertretung Nordrhein-Westfalens stattfand[78], schnell über die wesentlichen Voraussetzungen einer Großen Koalition einigen. Natürlich mußte Wehner dort die Forderung akzeptieren, daß Strauß ein Ministeramt erhalten sollte. Und welches Amt sollte der SPD-Vorsitzende übernehmen? Man könne davon ausgehen, versicherte Wehner, daß dieser nicht Außenminister werden wolle, sondern sich mit einem kleineren Posten zufriedengeben werde. Brandt habe davon gesprochen, vielleicht das Wissenschaftsministerium zu übernehmen. Das würde ihm erlauben, sich nebenher stärker seiner Parteiarbeit zu widmen.

Kiesinger wurde durch die Übereinstimmung mit Wehner in den wesentlichen Fragen frühzeitig von der Möglichkeit einer Großen Koalition überzeugt. Das lag vor allem am Geschick des stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden, der taktisch sehr klug mit dem Christdemokraten umging. Wehner schmeichelte dem Ministerpräsidenten, sprach ihn bereits zu diesem frühen Zeitpunkt mit „Herr Bundeskanzler" an. Über die eigene Parteiführung sprach er sich abschätzig aus. Insgesamt vermittelte Wehner eine Atmosphäre künftiger Koalitionszusammenarbeit, wie sie Kiesinger zusagte. Je länger die Verhandlungen dauerten, desto sicherer wurde der CDU/CSU-Kanzlerkandidat in der Überzeugung, nur die SPD käme als Partner in Frage. Am Donnerstag, dem 24. November, kurz bevor die Fraktionen von CDU/CSU und SPD zur entscheidenden Sitzung zusammentrafen, vertraute er Kempski an: „Der Zustand unseres Staates macht die Große Koalition zwingend. Ich bin deshalb für die Große Koalition, seit ich den Auftrag zur Regierungsbildung angenommen habe."[79]

Schon frühzeitig hat sich Kiesinger also für das Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten entschlossen. Aus welchem Grunde beharrte er später darauf, daß es ihm vor-

---

[76] Eschenburg, Gespräch mit dem Verfasser, 7.12.87.

[77] BPA, 14.11.1966, Anhang XI, S. 1, und Pressestelle der SPD-Fraktion, Nr. 479, 10.11.1966, S. 1.

[78] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 130. In einem abgelegenen Hause in der Argelanderstraße, das dem Land Nordrhein-Westfalen als festes Bonner Gästequartier diente, so Baring, hätte sich Wehner, begleitet vom getreuen Jürgen Weichert (SPD), mit Johannes Schauff und Heck heimlich zu koalitionsentscheidenden Vorsondierungen und personellen Absprachen in den kritischen Wochen mehrfach getroffen. Weichert erklärte später, um den 17./18.11.1966 sei die Große Koalition „fast komplett" gewesen; vgl. Weichert, Gespräch mit Baring, 19.5.1977.

[79] Süddeutsche Zeitung, 26.11.1966.

wiegend um die Wiederherstellung der alten Koalition mit den Liberalen gegangen sei? Die Beantwortung dieser Frage hat mit dem Vorwurf zu tun, die Vernachlässigung der Liberalen durch den Kanzler in der Zeit der Großen Koalition sei dafür verantwortlich, daß es nach der Wahl von 1969 nicht zu einer Neuauflage der Kleinen Koalition gekommen sei und die Union in die Opposition gehen mußte. Die Kritik an Kiesingers nachlässiger Haltung gegenüber den Liberalen ab 1966 wurde von FDP-Mitgliedern, die der CDU nahestanden, wie etwa Mende, aber auch von Walter Scheel bestätigt. Vor allem aber die eigene Partei hielt es für einen Fehler, daß der Kanzler sich nicht um Kontakte zur FDP bemühte. Heck, der Vertraute Kiesingers und spätere Generalsekretär der CDU, klagte, es habe nur ein Gespräch zwischen dem Kanzler und dem Vorsitzenden Scheel gegeben. Und, was noch schlimmer war: Man habe Kiesinger angemerkt, daß er es aus Routine geführt habe[80]. Scheufelen riskierte einen handfesten Krach, als er im Frühjahr 1969 dem Kanzler klarmachte, er solle nicht die FDP vergraulen, indem er weiterhin auf die Einführung des Mehrheitswahlrechts dränge[81].

Von all dem wollte Kiesinger später nichts mehr wissen. Er entwickelte eine starke Neigung, seine ursprünglichen Absichten zu verschleiern oder umzudeuten. In der Koalitionsfrage konnte ihm das um so leichter gelingen, als über die heimlichen Kontakte mit der SPD nie ein Wort an die Öffentlichkeit drang. Seine Erklärung erschien daher durchaus glaubwürdig, er habe bis zuletzt vergeblich auf eine Zusage der FDP gewartet. Dann habe er mit der SPD abgeschlossen. Kiesinger konnte das behaupten, weil sein früheres Engagement für die Liberalen, etwa die Aufnahme in die Regierung Baden-Württembergs, diese Aussage stützte und glaubhaft erscheinen ließ. Er konnte es sich auch weiterhin leisten, seine Bemühungen um die FDP herauszustreichen und die Absprachen mit Wehner einfach zu unterschlagen.

Dabei sprach im Herbst 1966 vieles für das Bündnis von SPD und CDU/CSU. Die Übereinstimmung in sachlichen Fragen, vor allem im Hinblick auf die Überwindung der Rezession und den damit zusammenhängenden sozialen Fragen, ließ die Bildung dieser Koalition ratsam erscheinen – ganz anders übrigens 1969, als die größeren Gemeinsamkeiten zwischen SPD und FDP in der Ost- und Deutschlandpolitik zum Tragen kamen. Nicht nur aus diesem Grunde drängte Wehner seine Partei im November 1966 entschlossen in die Koalition mit der Union.

2. Wehner treibt seine Fraktion in die Große Koalition

Noch entschlossener als Kiesinger arbeitete Wehner seit langer Zeit auf die Große Koalition hin. Von der FDP hielt der stellvertretende SPD-Vorsitzende seit Beginn der sechziger Jahre nicht mehr viel. In den fünfziger Jahren hatte er noch gehofft, die Liberalen würden unter ihrem Vorsitzenden Reinhold Maier eines Tages eine SPD-FDP-Koalition bilden, so wie Maier sie 1952/53 als Ministerpräsident in Baden-Württemberg geführt hatte[82]. Aber seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Mende suchte die Partei ausschließlich das Bündnis mit der CDU/CSU und wurde als eine Art „Nebenregierungspartei" gesehen. Die FDP, so sagte Wehner mit seinem beißenden Spott im Februar 1966, sei wie die Sahne, die zur Schokoladentorte gehöre. Und er fügte hinzu: In Deutsch-

[80] Vgl. Heck, Gespräch mit Dreher, 6.12.1983, S. 2.
[81] Vgl. Scheufelen, Gespräch mit dem Verfasser, 27.11.1987.
[82] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 46.

land werde ja Sahne zur Torte geschätzt[83]. Der Sinn der Liberalen bestehe vor allem darin, erklärte er acht Monate später, unzufriedene CDU-Wähler aufzufangen und sie dadurch der CDU wieder zuzuführen. Das sei der Grund, warum sie neben der CDU mitregieren dürfe. FDP und CDU/CSU gehörten zum selben Lager. Für die SPD ergebe sich als Konsequenz daraus: „Die Sozialdemokraten haben diese Kombination zu behandeln, als wäre es eine Partei."[84]

Der Bruch der Regierung Erhard am 27. Oktober markiert jenen Zeitpunkt, auf den Wehner und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lange gewartet hatten. Seit dem Godesberger Programm 1959 und dem Bekenntnis der Partei zum außenpolitischen Fundament von Adenauers Weststaat durch Wehners Rede vom 30. Juni 1960 versuchte die SPD, für breite Wählerschichten attraktiv zu werden. Als Volkspartei glaubte die Führung der traditionsreichen Arbeiterpartei, die Union aus der Regierung verdrängen zu können. Aber der Erfolg blieb lange aus. 1961 reichte es nur zu 36,2 Prozent der Stimmen, und 1965 erzielte Erhard das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der CDU/CSU (47,6 Prozent); die SPD blieb – den Umfragen und Erwartungen entgegen – knapp unter der 40-Prozent-Marke und lag bei 39,3 Prozent. Da die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung nicht auf direktem Weg durch Wahlen erreicht werden konnte, mußte sie indirekt angestrebt werden. 1962 wäre mit Adenauers Hilfe beinahe eine Große Koalition zustande gekommen. Die Grundlagen waren bereits zwischen Wehner und den beiden Vertretern der Union, Lücke und Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, ausgehandelt, als sich die SPD-Bundestagsfraktion dem Vorhaben versagte. Die Abgeordneten nahmen es ihrer Führung übel, vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein.

Trotzdem blieb das Thema Große Koalition auch über die folgenden Jahre aktuell. Prominente Unionsmitglieder befürworteten ein Regierungsbündnis der beiden großen Parteien – aus Opposition gegen den eigenen Bundeskanzler Erhard oder aus dem Wunsch nach größerer innenpolitischer Stabilität der noch jungen parlamentarischen Demokratie. Eine Reihe wichtiger Gesetzesvorhaben, wie die Notstandsverfassung oder das Mehrheitswahlrecht, konnte ohne eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag nicht durchgebracht werden. Adenauer unterstrich daher in einem Aufsatz kurz vor der Wahl von 1965 die Notwendigkeit einer solchen Koalition[85]. Daneben galten auch Bundestagspräsident Gerstenmaier und Bundespräsident Heinrich Lübke, der Wehner persönlich schätzte, als Befürworter eines solchen Regierungsbündnisses. Gerstenmaier wäre gerne schon 1961 Chef einer Allparteienregierung geworden, und bei dem ehemaligen Abgeordneten des preußischen Landtages Lübke war es die Erinnerung an die Weimarer Koalition als stabilisierender Faktor der ersten deutschen Republik, die eine entscheidende Rolle für sein Engagement zugunsten der Großen Koalition spielte. Als die christlich-liberale Regierung 1966 immer schneller an Popularität verlor und mit einer erstmals in der Bundesrepublik auftretenden Rezession nicht fertig wurde, schien der Augenblick für das Regierungsbündnis zwischen den beiden großen Parteien gekommen zu sein. Die Union hatte sich in eine Lage manövriert, aus der sie ohne die Hilfe der SPD nicht wieder herauskam.

[83] Vgl. Stern, 2.2.1966.
[84] Gaus, Staatserhaltende Opposition, S. 102.
[85] Vgl. Adenauer, Möglichkeiten einer Koalition, S. 13-17.

Wehners Kurs und sein Einfluß auf die Fraktion

Wehner hatte die ihm von der eigenen Fraktion erteilte Lektion von 1962 nicht vergessen. Auf die Situation im Herbst 1966 angesprochen, traf er noch Jahre später die Feststellung, sein Bestreben sei gewesen, der Fraktion die freie Entscheidung über die Bildung einer Koalition „mit welcher Partei auch immer" zu überlassen. Sein einziger Grundsatz „hinsichtlich des Wie-Führens und Wie-Verbindlichmachens" sei gewesen, daß die Beschlußkörperschaften der Sozialdemokraten, also Parteivorstand, Parteirat und Bundestagsfraktion, bis zum vorletzten Tag für eine Entscheidung frei waren[86]. Einschränkend gab er allerdings zu verstehen, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Verhandlungskommission die Aufgabe hatten, die Richtung anzugeben. Die Kommission habe der Fraktion „immer sagen müssen, in welchen Punkten die einen [...] entgegenkommender waren" als die anderen.

Wehner läßt in dieser Darstellung den Einfluß unerwähnt, den er selbst im Herbst 1966 auf die Partei ausübte. Von allen SPD-Führern besaß sein Wort das größte Gewicht. Die Abgeordneten schauten auf ihn – aus Bewunderung und auch aus Respekt. Damals nahm er jene Stellung ein, in die 1969, in seiner Art allerdings verbindlicher, Brandt hineinwuchs. Er profitierte von einer günstigen Personalkonstellation: Erich Ollenhauer, der langjährige Parteivorsitzende, war 1964 gestorben. Erler, der Fraktionsvorsitzende und bedeutende außenpolitische Experte der Partei, lag todkrank in einer Freiburger Klinik. Brandt selbst regierte als Bürgermeister in Berlin. Der SPD-Vorsitzende trug lange an der unerwarteten Bundestagswahlniederlage von 1965. Ohne ein Wort zu sagen, hatte er damals das Handtuch geworfen und die Partei sich selbst überlassen. Helmut Schmidt war noch zu jung und erst seit ein paar Monaten wieder Abgeordneter im Bundestag. Auch er hatte bei der Wahl zum Landesvorsitz in Hamburg eine Niederlage einstecken müssen, an der Wehner nicht schuldlos gewesen sein soll. Aber Wehners Einfluß auf seine Fraktion im Herbst 1966 war nicht nur einer glücklichen Personalkonstellation zu verdanken. Er besaß auch die stichhaltigsten Argumente. Zur Bildung einer Großen Koalition, davon war er überzeugt, gab es damals keine Alternative. Und dieses Bündnis konnte nur unter einem Bundeskanzler Kiesinger zustande kommen.

Von Beginn an ließ Wehner keinen Zweifel daran, daß er auf den Kanzlerkandidaten Kiesinger setzte. Nur mit Kiesinger werde es eine Große Koalition geben, erklärte er seinen Parteifreunden. Seine Argumentation war einfach: In der Unionsfraktion besaß nach Kiesinger Schröder die Mehrheit, und ein Kanzler Schröder war nur in einer Neuauflage der christlich-liberalen Koalition denkbar. Vor der eigenen Fraktion wandte sich Wehner daher am 26. November 1966 an diejenigen, die kurzfristig mit Unterstützung der FDP einen sozialdemokratischen Kanzler wählen wollten, auch wenn diese Koalition nur über eine hauchdünne Mehrheit verfügen sollte. „Personelle Alternativen sind nach wie vor möglich", sagte er, „wenn man nach wie vor glaubt, es gäbe noch die Chance für ein konstruktives Mißtrauensvotum. Ich meine das gar nicht polemisch, sondern sage es nur, um die Situation klarzustellen. Nach einem gescheiterten sozialdemokratischen Bundeskanzler wäre Schröder die nächste Figur, und dies ist gleichbedeutend mit der Wiederherstellung der alten FDP-CDU/CSU-Koalition."[87]

Die Fraktion stimmte schließlich der Bildung der Großen Koalition zu. Es bedurfte allerdings harter Arbeit, viel Geduld und Geschick, bis der stellvertretende Fraktions-

[86] Terjung (Hrsg.), Der Onkel, Wehner in der ARD am 5.1.1980, S. 157.
[87] AdsD, Protokolle interner Sitzungen der Führungsgremien, SPD-Fraktionssitzung vom 26./27.11.1966, S. 23.

führer „seine" Abgeordneten auf den Kurs des Bündnisses mit der Union gebracht hatte. Eine vielleicht schwierigere Aufgabe bestand für Wehner darin, die Union von der Notwendigkeit des Bündnisses mit der SPD zu überzeugen. Die strategische Begabung Wehners hat sich in keiner anderen Situation so deutlich gezeigt wie in dieser Lage. Im November 1966 galt es, einerseits die eigene Partei in seine Richtung zu führen, andererseits die trotz des Bruches mit der FDP noch weiter amtierende Regierungspartei, die CDU/CSU, in eine Koalition mit der SPD zu zwingen.

Die Union mürbe machen

Am 2. November, nur wenige Tage nach dem Ausstieg der FDP aus der Regierung, legten die Sozialdemokraten einen Katalog politischer Zielsetzungen vor, der Grundlage einer künftigen Bundesregierung unter sozialdemokratischer Beteiligung sein sollte. Das Acht-Punkte-Programm enthielt vier außenpolitische und vier wirtschaftspolitische Grundsätze. Im außenpolitischen Bereich forderte die SPD nicht sehr viel mehr als das, was bereits die CDU/CSU selbst verfolgte oder zumindest diskutierte: erstens die Neubelebung des Verhältnisses zu Frankreich und den USA, zweitens den Verzicht auf den „Ehrgeiz auf atomaren Mitbesitz", also die Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag, drittens die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Staaten Osteuropas, „die dafür keine unannehmbaren Bedingungen" stellten, viertens die Suche nach Kontakten zwischen Behörden in beiden Teilen Deutschlands[88]. Bis auf den Sperrvertrag handelte es sich alles in allem um relativ moderate Forderungen. Sie wiesen darauf hin, daß das Programm an die Adresse der Christdemokraten gerichtet war: Die SPD stellte ihr Programm auf die bisherige Regierungspartei ab. Am Schluß der öffentlichen Vorstellung der acht Punkte im Bundeshaus rief Wehner aus: „Wir wollen nicht mitregieren, wir wollen regieren, und der Tag wird kommen, wo wir regieren."[89]

Kempski ist der aggressive Ton im Ohr geblieben: Wehner habe beinahe geschrien, so als müsse er sich selbst Mut machen. Die Äußerung vom 2. November sollte vermutlich Hinweis und Warnung an die CDU/CSU zugleich sein. Hinweis, denn damit sagte der Sozialdemokrat: Auch in einer Großen Koalition werde man sich nicht als Juniorpartner behandeln lassen; Warnung, denn gleichzeitig machte er deutlich, es sei auch eine andere Regierungskonstellation für die SPD – ohne die Union – nämlich mit der FDP, denkbar. Zwar glaubte Wehner nicht an diese Möglichkeit. Aber in den folgenden Tagen brachte die SPD-Führung das Instrument eines Mißtrauensvotums gegen Erhard, der ja weiterhin als Kanzler einer Minderheitsregierung fungierte, ins Gespräch und verlieh somit ihrem Anspruch Nachdruck, die Regierung zu übernehmen. Rein rechnerisch konnte der Bundestag mit vereinten Kräften von SPD und FDP dem Kanzler das Mißtrauen aussprechen. Insgesamt verfügten beide Parteien über eine Mehrheit von sechs Mandaten (251 Abgeordnete gegenüber 245 von CDU/CSU). Allerdings bedarf es nach Art. 67 des Grundgesetzes beim konstruktiven Mißtrauensvotum eines Kanzlerkandidaten der Antragsteller, der mit neuer Mehrheit eine Regierung bilden muß. Dazu war aber die Mehrheit von SPD und FDP zu keinem Zeitpunkt im November 1966 in der Lage.

Während Wehner mit dem Einsatz eines Mißtrauensvotums drohte, das er aber nicht hätte durchführen können, überlegte er, durch welche Maßnahmen die Position der Union weiter erschüttert werden konnte. Bemühungen der Union um ein Regierungsbündnis mit der SPD gab es nicht, obwohl die Regierung Erhard nur über eine Minderheit im

[88] Vorstand der SPD, Bestandsaufnahme, S. 19 ff.
[89] Süddeutsche Zeitung, 7.11.1966.

Parlament verfügte. Nach Wehners Meinung mußte den anscheinend noch nicht genug verunsicherten Mitgliedern von CDU/CSU deutlich vor Augen geführt werden, daß sie die Mehrheit verloren hatten. Sein Mißtrauen gegen die scheinbar arrogante Staatspartei war groß. In einem Gespräch mit Günter Gaus, das nur wenige Wochen zuvor geführt worden war, hatte der Sozialdemokrat erklärt, die Union weigere sich, demokratischen Regeln auch dann zu folgen, wenn dies nicht zu ihrem unmittelbaren Vorteil ausschlage. „Alle Wortbekenntnisse der führenden CDU-Leute zur Demokratie sind bis heute – nehmen Sie das ganz so, wie ich das sage – Schall und Rauch, solange sie sich nämlich nicht daran gewöhnen können, daß zur Demokratie auch der Wechsel der Regierung gehört." Das sei ganz einfach die Gewöhnung der Partei an eine „Erbhofpolitik" erklärte der Oppositionspolitiker diese Haltung und ergänzte: „Hier wird die CDU umlernen müssen."[90]

Diese letzte, selbstbewußte Äußerung war auf die politische Situation in Nordrhein-Westfalen gemünzt, wo die Union im Juli 1966 eine herbe Niederlage hatte hinnehmen müssen und zusammen mit der FDP im Parlament nur noch über die knappste Mehrheit von einem Mandat verfügte. Erbittert registrierten die Sozialdemokraten, daß die Landesregierung trotz des Vertrauensentzugs der Wähler so weiterregierte, als ob nichts geschehen sei. Jetzt, nur drei Monate nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, dachte der stellvertretende SPD-Fraktionsführer über Wege nach, der Union ihre Ohnmacht spüren zu lassen. Sie sollte auf unsanfte Weise an die Tatsache gemahnt werden, daß sie künftig auf die SPD angewiesen war. Da ein konstruktives Mißtrauensvotum für Wehner ausschied – eine Regierungskoalition mit der FDP lehnte er ab –, verfiel er auf den Gedanken, einen Antrag auf „Stellung der Vertrauensfrage" einzubringen[91]. Das war etwas Neues, eine von den Verfassungsvätern nicht vorgesehene Variante des Art. 68 im Grundgesetz. Danach kann der Kanzler den Bundestag auflösen und Wahlen anberaumen, falls ihm der Bundestag das Vertrauen versagt. Mit dem Antrag kehrten die Oppositionsparteien den Sinn des der Exekutive zur Verfügung stehenden Instrumentes um. Natürlich konnten sie den Kanzler nicht zwingen. Der Zweck lag vielmehr darin, die existierenden neuen Mehrheitsverhältnisse deutlich zu machen und den Abgeordneten von CDU/CSU zu zeigen, daß sie sich im Parlament in der Minderheit befanden.

Die Union suchte zunächst nach rechtlichen Mitteln, um den Vorgang zu blockieren. Sie bezweifelte, ob das Ganze verfassungskonform sei. Nach dem Grundgesetz gilt die Vertrauensfrage lediglich als Instrument des Kanzlers. Das Gegenstück, die Waffe der Opposition, ist das konstruktive Mißtrauensvotum. Wenn die Sozialdemokraten dazu nicht in der Lage seien, so argumentierte man, dann solle man die Sache besser auf sich beruhen lassen. Aber von diesen Argumenten ließ sich die SPD nicht beeindrucken. Nachdem die Experten der CDU/CSU keine Möglichkeit sahen, den Antrag mit juristischen Mitteln zu verhindern, versuchten führende Unionspolitiker in persönlichen Gesprächen, Wehner umzustimmen. Bundestagspräsident Gerstenmaier warnte vor den möglichen Folgen, die ein solcher Antrag auf kommende Koalitionsverhandlungen haben könne. In der Fraktionssitzung am 8. November berichtete Wehner über sein Gespräch vom Vortag: Gerstenmaier habe angedeutet, daß „eine Sachdebatte über diesen Antrag unter Umständen die Geneigtheit von Teilen der CDU, mit der SPD Koalitionsver-

[90] Gaus, Staatserhaltende Opposition, S. 101.

[91] Terjung (Hrsg.), Der Onkel, Wehner in der ARD am 5.1.1980, S. 156; „[...] also gab es die zweitbeste Lösung, um sie so zu nennen, die habe ich an einem Montag, da mir keiner helfen wollte, herausgetüftelt und zu Papier gebracht; die war einwandfrei, nämlich ein Antrag mit genauer Begründung, ohne daß man ihn antasten konnte, daß er die Vertrauensfrage stellen soll. Man konnte ihn dazu nicht zwingen, aber der Antrag konnte beschlossen werden."

handlungen zu führen, erschweren könne"[92]. Wehners Ziel sei schon erreicht, soll der Bundestagspräsident deutlich gemacht haben. Er habe auf eine Entschließung des Präsidiums der CDU verwiesen, die dem Gespräch vorausgegangen war. Darin habe, so Gerstenmaier, das Präsidium im Einvernehmen mit der Fraktion den Vorschlag gebilligt, Verhandlungen mit beiden Parteien, also auch der SPD, aufzunehmen.

Aber Wehner besaß noch andere Informationen. Von Lübke erfuhr er, daß über das Kommuniqué im Präsidium nicht einmal abgestimmt worden war. Lübke beschrieb dem Sozialdemokraten folgenden Hergang der CDU-Präsidiumssitzung: Schröder und Theodor Blank, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende[93], hätten es kategorisch abgelehnt, mit der SPD überhaupt zu verhandeln. Der Parteivorsitzende Erhard sei völlig unentschlossen gewesen, ob er solchen Verhandlungen zustimmen oder sie ablehnen sollte[94]. Und seither, meinte Wehner gegenüber den eigenen Abgeordneten, habe auch niemand der SPD ein Angebot für Verhandlungen unterbreitet. Es seien lediglich Einzelpersonen an die SPD herangetreten, um die Lage zu sondieren. Sie hätten nur für sich selbst gesprochen und nicht für die Fraktion oder eine Mehrheit in der Union. Aus diesem Grund hielt Wehner an seinem Vorhaben fest. Er sähe keine Möglichkeit, den Antrag zurückzuziehen, erklärte er Gerstenmaier. Aber er sei auch nicht an einer hitzigen Debatte interessiert und werde daher mäßigend auf seine Fraktion einwirken, fügte er versöhnlich hinzu.

Nun lag der Erfolg des Unternehmens in den Händen der Liberalen. Nur wenn sie geschlossen für den Antrag votierten, konnte die Union überstimmt werden. Am Abend vor der Abstimmung beriet die FDP-Fraktion in einer fünfstündigen Debatte, bis sich eine Mehrheit für die Zustimmung zum SPD-Antrag ausgesprochen hatte. Mit 255 zu 246 Stimmen wurde er am 8. November tatsächlich durch den Bundestag angenommen. Damit konnte die SPD und mit ihr Wehner den ersten Triumph über die Union verbuchen.

„Liquidation einer gescheiterten Politik" – Wehner verpflichtet die Fraktion auf seine Strategie

Nach dem Abstimmungssieg wurden in der SPD Hoffnungen geweckt, beide Parteien könnten Erhard stürzen und einen Kanzler wählen, wenn auch nur für einen kurzen Zeitraum, der durch Neuwahlen abgeschlossen werden sollte. Nach einem Mißtrauensantrag würden SPD und FDP einen Sozialdemokraten zum Kanzler wählen. Dieser sollte anschließend die Vertrauensfrage stellen und, da er diesmal keine Mehrheit erhalten würde, den Bundespräsidenten zur Auflösung des Parlaments auffordern. Vermutlich würde die SPD vom desolaten Zustand der CDU/CSU profitieren und die Wahl gewinnen. Die Enttäuschung unter den SPD-Abgeordneten war daher groß, als Brandt am 9. November die Fraktion von einem ersten Zusammentreffen mit Führern der FDP unterrichtete und mitteilte, er habe in dem Gespräch mit den Liberalen den Eindruck gewonnen, daß

---

[92] AdsD, Protokolle, Fraktionssitzung vom 8.11.1966, S. 2.

[93] Theodor Blank (1905-1972) war bis 1950 Beauftragter der Bundesregierung für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen („Dienststelle Blank") und wurde anschließend der erste Bundesverteidigungsminister. Zwischen 1957 und 1965 übte er das Amt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung aus. Von 1965 bis 1969 nahm Blank die Position des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion ein.

[94] Vgl. AdsD, Protokolle, Fraktionssitzung, 8.11.1966, S. 2.

die FDP „an einer Prozedur zur Herbeiführung von Neuwahlen nicht mitwirken wolle“[95]. Aber für Wehner, der seine Fraktion unter allen Umständen von diesem Schritt abhalten wollte, genügte die Erklärung der Liberalen noch nicht. Er fürchtete, daß diese „Absage“ von einigen Fraktionsmitgliedern als ein Signal gedeutet werden konnte. Danach sollte die SPD allein mit der Absicht vorangehen, ein konstruktives Mißtrauensvotum einzuleiten, die FDP würde dann schon folgen. Sie hatte dies gerade bei der Abstimmung über den Antrag auf die Stellung der Vertrauensfrage bewiesen. Wehners Befürchtung schien sich zu bestätigen, als der Ulmer Abgeordnete Friedrich Rau in der Sitzung am 11. November vorschlug, die Fraktion solle sich sogleich und unabhängig von den Liberalen zur Einführung eines Mißtrauensantrages entschließen. Damit war der Moment für den amtierenden Fraktionsführer gekommen, die Zügel energisch in die Hand zu nehmen und die Fraktion von der Zustimmung zu jenem Vorschlag abzubringen, den Rau gerade unterbreitet hatte. Dem Plan eines Mißtrauensvotums stellte Wehner vor den Abgeordneten seine eigene Strategie gegenüber: Man solle sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Modell einer bestimmten Regierungskonstellation verfangen, riet er. Es bestehe kein Grund, die bisherige Entwicklung zu bedauern. Es komme eher im Gegenteil darauf an, die Krise weiter voranzutreiben. Ziel sei es, das Programm der „Liquidation einer gescheiterten Politik der Regierungskoalition“ so erfolgreich wie bisher weiter durchzuführen, und Wehner brachte dieses Programm auf die Formel: „Jeder Zug jeder Seite muß von der SPD beantwortet werden.“[96]

Vor allem in der Öffentlichkeit solle sich die SPD als drängende und ausdauernde politische Kraft der Erneuerung erweisen. Nur über einen solchen Druck werde die Partei in die Regierung gelangen, behauptete der Fraktionschef. Im öffentlichen Bewußtsein dürfe es am Ende überhaupt gar keine andere Lösungsmöglichkeit mehr geben als eine Regierung unter Beteiligung der SPD! Wehner spekulierte darauf, daß die Verlängerung der Krise nur der Union schaden würde. Solange CDU/CSU sich weigerten, mit der SPD konstruktiv zu verhandeln, mußte sich beim Wähler der Eindruck von Unentschlossenheit, sogar von Hilflosigkeit der amtierenden Minderheitsregierung verstärken. Gleichzeitig würde das Ansehen der Opposition wachsen. Die SPD mußte lediglich darauf achten, genau den gegenteiligen Eindruck zur regierenden Partei zu erwecken. „Zug um Zug“ hieß, zunächst auf Gespräche mit allen Fraktionen zu drängen, dabei gleichzeitig deutlich zu machen, daß es den anderen Parteien an Klarheit und Entschlossenheit für die Beantwortung zukünftiger Fragen fehle. Die SPD sollte und mußte in dieser Lage die Sachthemen bestimmen. Der Anfang war schon gemacht. Das Acht-Punkte-Programm lag vor. Die SPD sei zwar nicht die größte Partei im Bundestag, aber sie könne sich als die politisch stärkste Kraft ansehen, meinte etwa auch Schmidt, da „wir die einzige politisch einige und geschlossene Partei sind, die einzige, die klare Ziele hat“[97].

Die Genossen zeigten sich beeindruckt. Die Strategie wurde einstimmig gebilligt. Mit wenigen Worten hatte Wehner die Ansätze einer sozialliberalen Zusammenarbeit in der Fraktion unterlaufen und den Vorschlag eines Mißtrauensvotums abgewehrt. Damit war Zeit gewonnen für die Vorbereitung einer Großen Koalition. Ab jetzt lief auch in der SPD-Fraktion alles auf dieses Bündnis zu.

---

[95] Die SPD-Fraktion teilt mit, 9.11.1966, S. 1; zu denjenigen, die auf ein Mißtrauensvotum hofften, zählte übrigens auch der Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Möller, vgl. Möller, Generaldirektor, S. 302.

[96] AdsD, Protokolle, Fraktionssitzung, 11.11.1966, S.2.

[97] Abendzeitung, München, 2.11.1966.

Das Dilemma der FDP

Hinzu kam, daß die Liberalen es der Sache Wehners und Kiesingers einfach machten. Die Flügel paralysierten die Partei im November 1966. Auf der einen Seite standen die Anhänger der gerade zerbrochenen Regierungkonstellation mit der Union unter der Führung Mendes[98]. Ihnen gegenüber befanden sich die Verfechter eines Bündnisses mit der SPD, vor allem die Führer des mächtigen Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen, Willi Weyer und Scheel. Beide Kräfte schienen gleich stark zu sein. Hätte es im November 1966 eine offene Wahl gegeben, erklärte Scheel zehn Jahre später, dann wäre das Ergebnis 50 zu 50 ausgegangen[99]. Die Verfechter beider Positionen neutralisierten sich. Die Liberalen waren weder handlungs- noch verhandlungsfähig. Sie seien mit zwanzig Mann in die Verhandlungen gegangen, beschrieb Barzel den desolaten Zustand: „Jeder stand gegen jeden!"[100]

Das Ergebnis der Bayernwahl vom 20. November verstärkte die Apathie der FDP. Von ihrem Wahlerfolg hatten die Liberalen ursprünglich das weitere Vorgehen abhängig machen wollen. Insgesamt erzielten sie 5,1 Prozent der Stimmen. Aber nach dem bayerischen Wahlgesetz genügte allein die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde nicht, um in den Landtag einzuziehen. Es mußten zusätzlich noch in einem der Wahlkreise über 10 Prozent der Stimmen erzielt werden. Bisher war der FDP das immer in Franken gelungen. Aber jetzt votierten hier viele ihrer früheren Wähler für die rechtsextreme NPD. Damit mißlang der FDP die Rückkehr in das Münchner Maximilianeum.

In Bonn fühlten sich beide Parteiflügel durch die Niederlage bestätigt. Die Anhänger der alten Koalition zogen daraus den Schluß, daß die Hinwendung zur SPD ein Schritt in die falsche Richtung sei. Diese Diskussion habe der Partei geschadet. Die andere Fraktion erblickte in dem unzureichenden Ergebnis den Beweis dafür, daß man nicht weit genug auf die Sozialdemokratie zugegangen sei. Man müsse diesen Kurs jetzt weiter verfolgen. In dieser fatalen Konstellation ging die Partei in die Verhandlungsrunden mit den Kommissionen von CDU/CSU und SPD. Vor allem die Sozialdemokraten ließen sich schnell davon überzeugen, daß mit den Liberalen keine Regierung möglich sei. Die Unsicherheit der FDP-Vertreter nahm manchmal groteske Züge an. Ihre Angst, sich auf wirtschaftlichem Gebiet zu kompromittieren, führte etwa zur Weigerung, Begriffe und Wortschöpfungen des volkswirtschaftlichen Experten der SPD, Karl Schiller, zu akzeptieren wie beispielsweise „Wachstum", „konzertierte Aktion" oder sogar „Mitbestimmung". Schiller erklärte seinem Parteirat kopfschüttelnd, die FDP habe damit den Eindruck vermeiden wollen, sie sei jetzt „umgefallen vor den Begriffen der SPD"[101]. Und vor der Fraktion fügte der baden-württembergische Landesvorsitzende Alex Möller hinzu,

---

[98] Vgl. Kiesinger (Gespräch mit Baring, 16.6.1977), der später die Lage der Liberalen in der Mitte der sechziger Jahre mit viel Verständnis analysiert hat: Als Folge einer nüchternen Bilanz habe die FDP im Herbst 1966 die Koalition verlassen müssen. Denn in der Regierung mit der Union habe sie immer stärkere Verluste hinnehmen müssen. Zuletzt verlor sie 1965 achtzehn Mandate. Damit sei das Ende der Koalition Erhard/Mende voraussehbar gewesen.

[99] Vgl. Scheel, Gespräch mit Baring, 9.3.1977.

[100] Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.

[101] Vorstand der SPD (Hrsg.), Bestandsaufnahme, S. 76 f. Der Vorwurf, die FDP sei „umgefallen", kam zuerst nach der Bundestagswahl 1961 auf, als die Partei erneut unter Bundeskanzler Adenauer in eine Koalition eintrat. Der FDP-Vorsitzende Mende hatte zuvor öffentlich erklärt, die FDP werde nur eine Koalition mit der Union ohne Adenauer bilden. Es kam anders. Immerhin stimmte dann Adenauer auf Druck der FDP nach der Spiegel-Krise 1962 einer Begrenzung seiner Amtszeit bis zum Herbst 1963 zu.

es sei nicht einmal gelungen, den haushaltspolitischen Standpunkt der SPD der FDP-Expertenkommission deutlich zu machen[102].

Wehner stellte vor allem die fehlende Praxis und mangelnde Erfahrung der Liberalen in der Verantwortlichkeit von Kommunen und Gemeinden heraus. Noch Jahre später meinte er, die langjährige gemeinsame Verantwortlichkeit von CDU/CSU und SPD für Kommunen und Gemeinden habe eine Übereinkunft erleichtert. Die FDP hatte „damals keine sehr glückliche Hand in bezug auf die Behandlung von gemeindepolitischen Problemen, und das schien uns bei der entstandenen Unruhe und im Industriegebiet bei den Betriebsstillegungen und so weiter das Wesentliche, die Sache mit den Gemeinden sauber in Ordnung zu bringen"[103].

Selbst die Berliner Sozialdemokraten, die seit 1963 mit der FDP gemeinsam den Senat stellten, verloren bald ihr Interesse, in Bonn die Grundlage eines sozialliberalen Bündnisses zu schaffen. Dabei spielten auch persönliche Antipathien eine Rolle. Brandt wollte am Ende nicht länger auf die Bedenken des ehemaligen Finanzministers Heinz Starke eingehen. Starke sei ein komplizierter Mann, der an sich selbst leide, hieß es später in der FDP. Er sei ein Mann immer neuer Ideen und damit auch immer neuer Zweifel. Der Finanzexperte, so seufzte Mende einmal, habe alles genau wissen, alles schriftlich haben wollen. Nachdem die Sachthemen mit der SPD bereits festgelegt waren, brachte er noch einmal die Sozialpolitik auf, deren Konzeption er nicht verstanden zu haben glaubte oder kritisierte.

Ein Problem für die Liberalen stellte auch die Person Brandts dar. Einige Abgeordnete sperrten sich gegen einen Kanzler Brandt. Das galt im besonderen für den Bayern Josef Ertl und den hessischen Abgeordneten W. Alexander Menne. Beide seien „ums Verrecken nicht" für eine Kanzlerschaft Brandts zu gewinnen gewesen, berichtet Mende[104]. Aber man habe im Bundestag jede Stimme benötigt, bei einer so knappen rechnerischen Mehrheit von insgesamt sechs Stimmen. Menne habe sich dann an den hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn und an Carlo Schmid mit der Bitte gewandt, sich anstelle Brandts für das Kanzleramt zu bewerben. Aber beide hätten abgelehnt. Brandt wiederum bekannte, am Ende habe er es seinerseits mit den Liberalen satt gehabt[105].

Bei der CDU/CSU war das ganz anders. Die Gespräche zwischen den großen Parteien verliefen intensiver und führten zu genaueren Resultaten. Der *SPD-Pressedienst* betonte, daß im Vergleich zu den Verhandlungen mit den Liberalen die „Konkretisierung der zu ergreifenden Maßnahmen [...] nicht zuletzt zur Entwicklung einer konstruktiven Deutschland- und Außenpolitik" mit der CDU/CSU „detaillierter und in der Substanz eindeutiger" gewesen sei[106]. In der Außenpolitik hatte es überraschend wenig Unstimmigkeiten gegeben. Der SPD-Vorsitzende gestand am 28. November 1966 vor dem Parteirat, er sei erstaunt darüber, „in wie umfassendem Maße der Prozeß, der bei der CDU im Gange ist, dazu führte, daß die, mit denen wir zu tun haben, den wesentlichen Teil der Punkte 1 bis 4 unserer 8 Punkte [...] zur Grundlage der künftigen Politik" gemacht hätten – „was die Deutschlandpolitik angeht mit einer einzigen Ergänzung, die den Sinn nicht ändert, sondern lediglich noch etwas deutlicher macht, daß dort, wo wir von völkerrechtlicher Nichtanerkennung sprechen, im Ausland nicht der Eindruck

---

[102] Vgl. Möller, Generaldirektor, S. 307: „Als Vorsitzender und persönlich war ich an einem positiven Ergebnis stark interessiert. Es ist nicht gelungen, Vernünftiges zu erreichen."
[103] Terjung (Hrsg.), Der Onkel, Wehner in der ARD am 5.1.1980, S. 158.
[104] Mende, Gespräch mit Baring, 30.3.1977.
[105] Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 174.
[106] SPD-Pressedienst, 28.11.1966, S. 1a.

aufkommen soll, wir betrachteten das als einen zweiten deutschen Staat"[107]. So war es nicht verwunderlich, daß die anderen SPD-Verhandlungsführer Möller, Schiller, Schmidt und am Ende auch Brandt mit Wehner zu dem Schluß kamen, ihrer Fraktion ein Regierungsbündnis mit der Union vorzuschlagen.

3. Der ehemalige Kommunist und der ehemalige Pg

Die politische Entwicklung begünstigte das von Kiesinger und Wehner angestrebte Bündnis. Zwar mußte der SPD-Politiker seine Fraktion an der Klippe des Mißtrauensvotums vorbeiführen, was ihm mit Raffinesse gelang. Aber die Übereinstimmung in der Sache zwischen den Verhandlungskommissionen von SPD und CDU/CSU ließ in der sozialdemokratischen Führungsgruppe keinen Zweifel darüber aufkommen, für welchen Regierungspartner man sich entscheiden würde. Damit hatte sich die Vereinbarung zwischen Kiesinger und Wehner als realistisch erwiesen. Aus der privaten und persönlichen Übereinstimmung in den Gesprächen entstand zwischen den beiden bald eine Partnerschaft. Der Schwabe und der Sachse fanden sich künftig nicht nur in Krisenzeiten zusammen, um die Optionen der Regierung durchzusprechen und den gemeinsamen Kurs zu verabreden. Besonders im ersten Jahr der Koalition kamen beide häufig im Palais Schaumburg, später im Bungalow zusammen. Der Wille, die Koalition unter allen Umständen weiterzuführen, prägte diese Gemeinschaft. Wenn die Parteien nicht mehr miteinander verhandeln konnten, dann blieb nur noch dieses Gespann übrig, um einen Ausweg aus einer verfahrenen Situation zu finden. Manche der Treffen dauerten bis weit nach Mitternacht. Was neben der Tagespolitik besprochen wurde, wie persönlich die Themen waren, kann man nur erahnen. Die engen Berater des Kanzlers, wie der Persönliche Referent Hans Neusel oder der Staatssekretär im Presseamt Diehl, die Wehner im Kanzleramt erlebten, zeigten sich von seiner privaten, oft humorvollen Seite überrascht. Sie hatten den SPD-Parlamentarier im Bundestag anders erlebt: ruppig, aufbrausend, mit verbissener Miene zuhörend, dann wieder ganz in sich versunken, scheinbar abwesend und plötzlich wieder da – einem vulkanischen Ausbruch gleich, eruptiv. Im privaten Gespräch konnte er dagegen unterhaltend sein, gelöst, sogar heiter wirken. Wehner besaß daneben die Eigenschaft, den langen Monologen, die Kiesinger liebte, geduldig zuzuhören.

Der aus der Kleinstadt Ebingen stammende Schwabe war fasziniert von dem Dresdner. Der Christdemokrat hielt den Sozialdemokraten schon 1964 für den „bedeutendsten Politiker" in der Bundesrepublik nach Adenauer[108]. Für Kiesinger war Wehner zwar ein Utopist, der aber dennoch den Kontakt zur Realität nicht verloren hatte. Wehner wisse genau, daß er für sein Programm die parlamentarische Mehrheit brauche, meinte er. Deshalb sah er in Wehner auch keinen verkappten Kommunisten. In einem Gespräch erklärte Kiesinger 1978: „Ich habe ihn nie für einen Krypto-Kommunisten gehalten."[109] Der Kanzler hat daher seinen Minister häufig vor Verleumdungen in Schutz genommen, gerade auch vor Angriffen der konservativen Presse. So beschwerte er sich etwa beim Leiter des Katholischen Büros im Kommissariat der Deutschen Bischöfe, dem Weihbischof Heinrich Tenhumberg, als die *Neue Bildpost* im April 1967 in Wehner das „Trojanische Pferd der Kommunisten in der Regierung" sehen wollte[110]. Schriftlich bedau-

[107] Vorstand der SPD (Hrsg.), Bestandsaufnahme, S. 57.
[108] Majer, Gespräch mit dem Verfasser, 16.12.1988.
[109] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3. A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 43.
[110] Neue Bildpost, 30.4.1967.

erte er gegenüber Wehner die Veröffentlichung. Der Katholik erklärte, er habe mit Entrüstung den Artikel gelesen, in dem Wehner in „unglaublicher Weise" angegriffen werde. Daß die *Neue Bildpost* in und vor katholischen Kirchen zum Verkauf feilgeboten werde, mache für ihn die Sache noch gravierender. Er könne hierin nur „den Versuch Unbelehrbarer sehen, den Geist der Zusammenarbeit in der Großen Koalition zu zerstören"[111]. Dankbar nahm Wehner diese Erklärung zur Kenntnis.

Für Wehner, so sah es Kiesinger, standen 1966 nicht so sehr die Inhalte im Vordergrund, sondern der Wunsch, die SPD an die Macht und in die Regierung zu bringen: „Das war das für ihn wirklich Wichtige."[112] Kiesinger ortete hier zugleich die Schwäche des Sozialdemokraten. Denn Wehners Drang in die Regierung habe ihn dazu geführt, „alle möglichen" Konzessionen zu machen. Er habe gewußt, was Wehner wollte, wie er sich die Dinge dachte, betonte Kiesinger immer wieder. Sein Gesamteindruck über den anderen Gründungsvater der Großen Koalition blieb daher auch im Rückblick positiv. „Ich habe mich über Wehner in keiner Weise zu beklagen", faßte er 1978 zusammen[113].

Daß das Verhältnis der beiden auch von gegenseitiger Bewunderung für die jeweils andere Persönlichkeit und Stellung geprägt war, ist schon angeklungen. Kiesinger zeigte sich etwa von der scheinbar schier unerschöpflichen Energie des SPD-Politikers beeindruckt. Von Wehner hieß es, und Kiesinger stellte dies nicht in Frage, er stehe um fünf Uhr auf und beantworte Briefe aus seinem Wahlkreis oder woandersher auf seiner kleinen Reiseschreibmaschine „Erika". Kiesinger war da anders, ein Spätaufsteher. In seiner Zeit als Ministerpräsident pflegte er erst gegen elf Uhr in der Villa Reitzenstein einzutreffen. Auch den Abend ließ er sich nicht gerne durch Geschäfte verderben. In Stuttgart konnte er sich das erlauben, als Kanzler durfte er es sich – zu seinem Bedauern – nicht mehr leisten, wann er wollte Konzerte, Oper oder Schauspiel zu besuchen.

Dem Kanzler gefielen auch die Umgangsformen des Politikers. Wehner, im Jahre 1906, nur zwei Jahre nach Kiesinger, geboren, hatte offensichtlich Sinn für bürgerliche Höflichkeit. Die sozialdemokratische Abgeordnete Marie Schlei beschrieb einmal, wie Wehner auf einem Fraktionsfest einer Sängerin Rosen überreicht und ihr mit einer sehr galanten Verbeugung die Hand geküßt habe, „wie das Polen oder Wiener so gut können"[114].

Auf korrekte, manchmal überkorrekte Weise bemühte sich Wehner um Kiesinger. Er sprach ihn, wie bereits erwähnt, schon mit „Herr Bundeskanzler" an, als man noch um die Koalition verhandelte. Auch im privaten Gespräch blieb es bei der höflichen Form[115]. Da Wehner spürte, wie empfänglich der Kanzler für Schmeicheleien war, behandelte er Kiesinger auch mit einer gewissen Unterwürfigkeit, der „vermeintlichen Demut", wie Günter Grass das genannt hat. Aber Unterwürfigkeit und Forderungen fielen bei ihm immer zusammen. Er wirkte dann so, als ob er sagen wollte: Ich muß das fordern, aber das hat mit meiner Person nichts zu tun, und, bitte, mache mich nicht dafür verantwortlich. Wenn Kiesinger seinen Vorschlägen etwa in der Deutschlandpolitik folgte, wie das im Jahr 1967 oft der Fall war, dann lobte er den Kanzler. Er stellte seine eigene Leistung dabei zurück, betonte die geschichtliche Dimension, in die eine Entscheidung des Kanz-

---

[111] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Kiesinger an Wehner vom 27.4.1967. Tenhumberg entschuldigte sich persönlich bei Wehner. Tatsächlich unterblieben künftig in dieser Zeitung entstellende oder diffamierende Berichte über ihn.

[112] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 43.

[113] Ebenda.

[114] Jahn (Hrsg.), Wehner, Schlei im Gespräch mit Dettmar Cramer, S. 256.

[115] Vgl. Diehl, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989. Übrigens duzten sich auch die anderen sozialdemokratischen Minister am Kabinettstisch nie. „Das kam nur vor nach Beendigung der Sitzung, im Gespräch, beim Hinausgehen."

lers gestellt werden müsse. Für Wehner zählte der Bundeskanzler zur Kategorie der „vernünftigen", Menschen, also zur höchsten der von ihm erstellten drei Kategorien[116]. Wehner respektierte Kiesinger und schätzte ihn auch menschlich. Kiesinger sei eine „ehrliche Haut" vertraute er seinem Mitarbeiter Hermann Kreutzer an. Schade war nur, daß der Schwabe als Repräsentant des Bürgertums für den ehemaligen Kommunisten soziologisch zu einer politisch vorübergehenden Erscheinung gehörte[117].

Diese Bemerkung Wehners verweist auf einen Widerspruch. Er bewunderte Kiesinger als Vertreter des althergebrachten Bildungsbürgertums. Wehner selbst war – den Vorstellungen der sozialistischen Tradition entgegen – dem Bürgerlichen sehr verhaftet. Bürgerlich erschien vor allem die private Umgebung des Politikers seinen Beratern. Kreutzer erinnert sich an einen Sonntagsbesuch im Winter 1970 am Heiderhof. Da habe Wehner im Ledersofa gesessen, eingepaßt, Lotte gemütlich neben Wehner. „Er mit seinen Filzpantoffeln, gelb karierten, wie man sie von Thüringen her kennt, und man hatte nicht den Eindruck, daß es sich hier um einen der mächtigsten Männer handelt." Für Wehner schien es vor diesem Hintergrund etwas Besonderes zu sein, mit dem christdemokratischen Politiker zusammenzuarbeiten. „Man konnte mit ihm [*Kiesinger*] über alles ernsthaft reden, er mit mir, und ich mit ihm. Das Verhältnis hatte ich vorher nie gehabt mit einem Mann in entsprechender Stellung, noch nachher."[118] Kiesinger in seinem Amt schien für Wehner etwas Unnahbares zu haben. Der Respekt vor dem hohen Amt ließ für den Schuhmachersohn noch nach vielen Jahren das Verhältnis zu Kiesinger in einem besonderen Licht erstrahlen. Aber es waren auch persönliche Fähigkeiten Kiesingers, die Wehner bewunderte. Dem Schwaben schien einfach alles von selbst zuzufliegen. Kiesinger strahlte eine Sicherheit und ein Zutrauen in den guten Fortgang seines Schicksals aus, das seine Umgebung verblüffte. Daß diese Sicherheit in seiner schwäbischen Heimat wurzelte, sahen seine Berater deutlich. Es habe ihn immer wieder, gerade auch in der Zeit der Kanzlerschaft, von Bonn nach Tübingen gezogen, schreibt Diehl. Er habe sich dort „irgendwie sicherer" gefühlt, „gestärkt im gewohnten Umfeld seiner Heimat"[119]. Selbst die harte Kindheit im schwäbischen Ebingen, wo er 1904 geboren worden war, die kargen Verhältnisse, die Armut, den frühen Verlust seiner Mutter, hat Kiesinger im Rückblick als ein stilles Glück beschrieben – in liebevollen, anrührenden und bewegenden Worten, die die bittere Wahrheit in den Hintergrund drängen[120]. Die *Schwäbische Kindheit* ist daher ein offenes Buch, weil es die Stärke Kiesingers zeigt, das Schöne zu beschreiben und in Erinnerung zu behalten, die üblen Erfahrungen aber ins Vergessen zu drängen. Mit Stolz hat er immer wieder seine Streiche der Jugendzeit erzählt. Ganz anders als Wehner, der seiner in Dresden gebliebenen Kusine später sogar ausdrücklich verbot, über seine Jugendstreiche zu berichten. Kiesinger hat sich Mühe gegeben, die Bedeutung seiner schwäbischen Heimat als Quelle seiner Lebenskraft zu schildern. Es war eine Erdverbundenheit, die ihm offensichtlich aus dem kargen Boden der schwäbischen Alb unerwartete und ungeahnte Kraft zu geben schien. Auch dies hatte Kiesinger Wehner voraus. Für Wehner selbst war zwar Dresden als Heimat wichtig. Aber sie blieb ihm, der früh hatte ins Exil gehen müssen, entfernt. Schon in seiner Kindheit mußte Wehner mit seinen Eltern oft umziehen, zunächst innerhalb Dresdens, bald aus der Residenz-

---

[116] Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988. Die zweite Kategorie bezeichnete er als die „Arschlöcher", dann kamen die „Verlorenen".

[117] Vgl. ebenda.

[118] Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, Kiesinger im Gespräch mit Kaiser, 1983, S. 65.

[119] Diehl, Kiesinger, S. 202.

[120] Vgl. Kiesinger, Schwäbische Kindheit.

stadt in einen Vorort. Dies habe bei ihm Spuren hinterlassen, meint sein Biograph, „vor allem als Gefühl dauernder Nichtzugehörigkeit, gesteigerter Lebensunsicherheit“[121]. So konnte sich eine enge Verbundenheit, wie sie bei Kiesinger so deutlich wurde, bei ihm nicht entwickeln.

Daß Dresden für Wehner dennoch ein wichtiger Bezugspunkt gewesen ist, zeigen seine Gesten, etwa wenn er Dresdner Stollen an Freunde verschickte oder auch verschiedene heimische Küchenrezepte beherrschte. Aber letztlich blieb ihm die Vaterstadt nicht nur geographisch fern. Kiesinger dagegen zelebrierte seine Heimat- und auch Naturverbundenheit, die Wehner ihm neidete. Als der Kanzler auf einem Spaziergang mit den Spitzen der Koalitionsparteien in Kreßbronn am Bodensee nebenbei ein vierblättriges Kleeblatt fand, kommentierte Wehner tief beeindruckt: „Dem gelingt auch alles!“

Kiesingers Weg

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Kiesinger und Wehner bestand in der Distanz zur Politik, die Kiesinger auszeichnete. Wehner war von Jugend an ein politisch denkender und auch handelnder Mensch; Kiesinger bewahrte sich eine Unabhängigkeit von der Politik, einen spielerischen Umgang, was wiederum auf Wehner provozierend wirkte: Kiesinger war auf die Politik nie angewiesen. Wenn er wollte, vernachlässigte er sie, kümmerte sich um die schönen Seiten des Lebens, las, genoß. Diese innere Souveränität erklärt sich aus seiner Biographie.

Kiesinger wuchs auf als ältester Sohn eines kaufmännischen Angestellten in der evangelisch geprägten, nur wenige Seelen zählenden Gemeinde Ebingen im Altwürttembergischen. Seine Mutter starb nur ein halbes Jahr nach seiner Geburt. Aber nach eigener Aussage ist ihm dieser Verlust erst als Neunjährigem bewußt geworden, und er selbst ist schnell darüber hinweggekommen[122]. Dafür ist ihm die konfessionelle Herkunft bedeutsam erschienen. Anders als Wehner, der über die Religiosität seiner Eltern wenig gesagt hat – so selbstverständlich erschien ihm der lutherische Hintergrund, vor dem er aufwuchs –, fehlt bei Kiesinger in dessen Kindheitsbeschreibungen nie der religiöse Rahmen. Dieser war auch nicht unkompliziert. Sein Vater zählte zur evangelischen, seine Mutter, auch seine Stiefmutter zur katholischen Konfession – beide gingen eine der ersten zwischenkonfessionellen Ehen ein. Auf Drängen der katholischen Kirche wurde auch Kurt selbst katholisch getauft, und zwar auf den Namen Konrad. Noch eindrucksvoller aber erschien dem Jungen die pietistische Atmosphäre, die ihn als Kind überall begleitete und eine mystische und phantastische Stimmung hervorrief, an die er sich sein Leben lang erinnerte. So blieb die Erinnerung an die Furcht beim Erscheinen des Halleyschen Kometen im Jahre 1910 und insbesondere vor künftigem Unheil beim Erdbeben im folgenden Jahr auch im Alter wach. Unter klarem Sternenhimmel hätten die aus den Häusern geeilten Menschen die ganze Nacht lang fromme Choräle gesungen. „Ich erwartete den Untergang der Welt und blickte suchend zu den Sternen auf, wo bald das flammende Zeichen des Kreuzes erscheinen mußte.“[123]

Kiesinger lernte bald, sein Leben als unter einem besonderen Stern stehend zu begreifen. Und wirklich: Was er sich vornahm, meist gelang es ihm. 1922 war beispielsweise durch die schnell wachsende Geldentwertung der weitere Besuch des katholischen Lehrerse-

---

[121] Soell, Wehner, S. 93.
[122] Vgl. Kiesinger, Jahre, S. 24.
[123] Ebenda, S. 26.

minars in Rottweil und damit der notwendige Abschluß des damals Achtzehnjährigen in Frage gestellt. Kiesinger verfiel auf den naheliegenden Gedanken, sich das notwendige Geld als Werkstudent zu verdienen. Aber die kurze Ferienzeit von wenigen Wochen hätte ihm nicht erlaubt, genug Geld zusammenzutragen. Daher machte er beim „Kultministerium" – so wurde es damals in Württemberg genannt – eine Eingabe und bat um eine Verlängerung seiner Ferienzeit. Tatsächlich gewährte ihm die Landesregierung die Verlängerung. Sein Antrag war eine unerhörte, dreiste Sache – und wurde etwa bei seinen Lehrern auch als solche verstanden. Immerhin wandte er sich an die höchste Stelle im Lande. Wahrscheinlich war derartiges kaum jemals vorgekommen.

Der Erfolg bestärkte Kiesinger in dem Glauben, er könne auf ungewöhnlichem Wege alles erreichen. Wie selbstverständlich ist ihm später beispielsweise der Gedanke gewesen, eines Tages Bundeskanzler zu werden. Vieles schien ihm scheinbar ohne eigenes Zutun zu gelingen. Bei einem seiner Ferienjobs entdeckte der Industrielle Friedrich Haux den Lernwilligen, der sich fortan finanziell um den Schützling kümmerte. Kiesinger begann sein Studium und konnte es sich leisten, von der Universität Tübingen nach Berlin zu wechseln. Das trug weiter zum unerschütterlichen Vertrauen in das eigene Schicksal bei. In einem Gespräch erklärte Kiesinger 1981, er habe immer das Gefühl gehabt, daß ihm „nie etwas passieren" könne. Haux kam 1928 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben; Kiesinger war eingeladen worden, an diesem Flug teilzunehmen, er aber hatte abgelehnt. In seinen Memoiren heißt es, er habe nie das Vertrauen verloren, daß „mein Leben letztlich von einer gütigen Macht gelenkt werde"[124].

Kiesinger hat seinen Lebensweg als vorbestimmt begriffen. So glaubte er, daß die Zahl „6" eine besondere Bedeutung für sein Leben besitze. Am 6. April war er geboren, sechs Monate später seine Mutter gestorben. Ab dem Jahr 1928 habe sich sein Leben im Sechs-Jahre-Rhythmus abgespielt – von kleinen Lücken abgesehen. Damals verunglückte der Mentor Haux tödlich. 1934 legte Kiesinger in Berlin sein Assessorexamen ab; 1940 wurde er im Auswärtigen Amt dienstverpflichtet, und sein erster Sohn wurde geboren; 1946 entließ man ihn aus dem Internierungslager, 1958 übernahm er das Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg; 1964 erlebte er den großen Wahlsieg in diesem Bundesland, 1976 hatte er einen schweren Autounfall[125].

Wehner hat dieses tiefe Zutrauen Kiesingers in das Leben gespürt und bewundert. Sein Leben war anders verlaufen und vom Kampf um politische Ideale und deren Verwirklichung bestimmt worden. Dieser Kampf führte den jungen Wehner zunächst 1923 zur Sozialdemokratie, dann 1927 zur KPD, und schließlich zwang er ihn ins Exil. Die Auseinandersetzung zwischen dem Nationalsozialismus und der Sowjetunion brachte den Kommunisten Wehner und das NSDAP-Mitglied Kiesinger in unangenehme und bedrohliche Situationen. Während Kiesinger, der unpolitische Mitläufer, zunächst in Berlin als erfolgreicher Repetitor arbeitete, hatte Wehner auch hier das schwerere Los getroffen. In Moskau entkam er nur knapp der willkürlichen Mordmaschinerie des stalinistischen Systems, überlebte aber um den hohen Preis des Verrats[126]; Kiesinger entging dem drohenden Kriegseinsatz durch eine Dienstverpflichtung des Auswärtigen Amtes.

---

[124] Ebenda, S. 57 f.

[125] Vgl. Kiesinger, Gespräch mit Baring, 12.5.1982.

[126] Vgl. BStU, ZA, SdM 1856, Bl. 1-243, insbesondere die Akten, die das MfS vorwiegend über Wehner als Funktionär der KPD im Zeitraum 1937-1942 zusammenstellte. Siehe dazu auch Reuth, Gefährlich, den Verräter in einer Art zu analysieren, die dazu führen wird, daß man ihn versteht. Herbert Wehners Verstrickungen in Moskau. Dokumente der Denunziation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.1.1994.

Sie rückte ihn aber derart in die Nähe des Naziregimes, daß er sich später gegen Vorhaltungen nicht entscheidend zur Wehr setzen konnte. Beide, Kiesinger und Wehner, haben sich wegen ihrer Rolle wiederholt rechtfertigen müssen. Wehner schwor zwar dem Kommunismus ab, aber er wußte, daß man ihm „die Haut in Streifen abziehen" werde, wie er dem SPD-Parteivorsitzenden Kurt Schumacher erklärte, als er 1949 für den Bundestag kandidieren sollte[127].

So kamen Wehner und Kiesinger, die beide 1949 in den Bundestag einzogen, aus ganz unterschiedlichen Richtungen. Schnell übernahmen beide wichtige Aufgaben und Funktionen. Kiesinger wurde sofort in den Fraktionsvorstand der CDU gewählt – ein unerwarteter Aufstieg des nur wenige Monate zuvor in die Politik eingetretenen Juristen. Im Bundestag bewies er sein Talent für die Rechtspolitik wie für die auswärtigen Angelegenheiten. Als außergewöhnlich gewandter Rhetor machte sich Kiesinger dann auch bald einen Namen. Er galt als wichtigster außenpolitischer Sprecher der Christdemokraten, und man räumte ihm hervorragende Chancen auf ein Ministeramt ein. Auch Wehner gelang ein erstaunlicher Einstieg. Er wurde auf Anhieb zum Vorsitzenden des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen gewählt.

Beide Politiker lernten sich in ihren neuen Funktionen kennen und respektieren. Kiesinger erwähnt in seinen Erinnerungen ausdrücklich, daß Opposition und Regierungsparteien schon damals weitgehend in deutschlandpolitischen Fragen übereingestimmt hätten. Wehner habe für die SPD beispielsweise im September 1951 den Plan der Bundesregierung für freie gesamtdeutsche Wahlen begrüßt. Er, Kiesinger, habe daraufhin erreichen können, daß der gesamte Bundestag mit Ausnahme der Kommunisten „nicht nur der Regierungserklärung, sondern auch einem Antrag der SPD zu freien Wahlen in ganz Berlin" zugestimmt habe[128]. Es war also etwas daran, wenn es später hieß, Kiesinger habe sich häufig, manchmal auf Kosten von CDU-Positionen, mit der SPD geeinigt. Die Große Koalition antizipierte er bereits als Abgeordneter im Bundestag.

Wehners Geschick im Umgang mit Kiesinger

Im Verhältnis zwischen Kiesinger und Wehner gab es von Beginn an ein gewisses Ungleichgewicht. Wehner schien den persönlichen Umgang dazu zu nutzen, den Kanzler von seiner Deutschlandpolitik überzeugen zu wollen. Dies schien um so leichter zu sein, als Kiesinger ein wenig um Wehner warb. Er war stolz darauf, daß ihm der SPD-Politiker das häufig zitierte Telegramm, „Bonn wird ärmer. Wehner", 1958 nach Stuttgart hinterher geschickt hatte. Kiesinger glaubte, darin habe sich die persönliche Verbundenheit Wehners gezeigt. Aber das täuschte. Wehner schrieb viel, gerade auch Widmungen in Bücher, die Kiesinger regelmäßig während und nach dem Ende der Koalition erhielt und auf die er mit besonderem Stolz hinwies. Allerdings, was Kiesinger nicht wußte, sie waren gleichlautend an fünfzig andere Adressaten gegangen[129].

Kiesinger ließ sich in seiner Politik jedoch nicht allein vom persönlichen Verhältnis beeindrucken. In den Gesprächen über die Deutschlandpolitik gab er sich von Beginn

---

[127] Scholz, Wehner, S. 75.

[128] Kiesinger, Jahre, S. 422.

[129] Vgl. Majer, Gespräch mit dem Verfasser, 16.12.1988. Majer erinnert sich, daß Kiesinger ihn am 24.12.1966 „sichtlich bewegt" auf die Widmung Wehners in den gerade erschienenen Gesprächen Wehners mit Gaus aufmerksam gemacht habe: „Mit Respekt und Zuneigung" lautete der Text. Gaus habe Majer dann später erzählt, daß ihm Wehner die gleiche Widmung in sein Exemplar geschrieben habe.

an aufgeschlossener als die meisten CDU-Politiker. Wehner und die anderen Sozialdemokraten bekamen den Eindruck, als ob sich ihre Politik der Annäherung und Umarmung Ost-Berlins mit den Absichten des Kanzlers durchaus vereinbaren ließ. Aber das erwies sich später als falscher Eindruck. Kiesinger lag vor allem das Verhältnis zu Moskau am Herzen. Solange die Deutschlandpolitik dem Ziel der Annäherung an die Sowjetunion diente, konnte er unbesorgt die Initiativen Wehners begrüßen und unterstützen. Sobald aber diese Politik an ihr Ende gelangt war, blockierte Kiesinger jede weitere Bemühung. Aber Kiesinger verschwieg diesen Vorbehalt, solange er konnte. Daher machte er zunächst dem Koalitionspartner gegenüber den Druck der eigenen Partei für seine Zurückhaltung geltend oder verschanzte sich, ab August 1968, hinter den allgemein skeptischen Haltungen im Westen nach dem Einmarsch der Sowjets in die ČSSR. Auf jeden Fall schenkte er Wehner erst dann reinen Wein ein, als es sich nicht mehr vermeiden ließ – im Frühjahr 1969.

Vielleicht war es klug, Wehner jahrelang im Glauben zu lassen, daß er uneingeschränkt dessen Politik unterstütze. Vielleicht lag gerade darin das Geheimnis seiner Fähigkeit zur Führung eines Regierungsbündnisses starker Persönlichkeiten. Dennoch mußte diese Haltung auf lange Sicht zum Bruch des Bündnisses führen. Das Verhältnis der Gründungsväter stand also von Beginn an auf einem schmalen Fundament: Wehner ging es vor allem um seine deutschlandpolitischen Ziele; Kiesinger tat am Anfang so, als ob er diese Politik billige und unterstütze, obwohl er in Wahrheit etwas anderes anstrebte. Sobald sich die teilweise widersprüchlichen Interessen nicht mehr deckten, würde auch der Zusammenhalt wegfallen. Aber zunächst hielt das Bündnis eng zusammen, und die Belastbarkeit wurde schon in den ersten Wochen vor der Regierungsbildung auf eine harte Probe gestellt.

Die Rolle Hecks am Ende der Koalitionsverhandlungen

Drei Tage vor der endgültigen Entscheidung in den Fraktionen wäre das Unternehmen beinahe noch gescheitert. Die Gefahr kam, was Kiesinger nicht hatte vorausahnen können, aus seiner unmittelbaren Umgebung. Der CDU-Generalsekretär Heck, der auch an den ersten Gesprächen zwischen Wehner und Kiesinger teilgenommen hatte, frühstückte am Mittwoch, dem 23. November 1966, in der Wohnung Wehners. Beide besprachen die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, die sich in den Tagen zuvor zugespitzt hatte. Dort war seit der Juliwahl keine Ruhe eingekehrt. Zwar bestand die CDU/FDP-Koalition formal weiter mit der Mehrheit von einem Mandat. Aber die SPD lebte mit der Zuversicht des Siegers. Als stärkste Fraktion konnte sie sich Zeit lassen und abwarten, bis die Koalition in Düsseldorf zerbröckelte. Gleichzeitig mit der Entwicklung zur Großen Koalition in Bonn verdichteten sich Gerüchte, wonach eine sozialliberale Koalition in Nordrhein-Westfalen unmittelbar bevorstand. Ohne sich vorher mit Kiesinger abgesprochen zu haben[130], erklärte nun Heck Wehner, wenn die Entwicklung in Düsseldorf nicht aufgehalten werde, seien alle bisherigen Bemühungen auf Bundesebene um ein Bündnis der beiden Parteien gegenstandslos. Auch in Düsseldorf müsse eine Große Koalition gebildet werden. Falls die SPD dort die Gegenkoalition abschließen wolle, sei alles hier zwischen ihnen hinfällig![131]

---

[130] Vgl. Meyers, Gespräch mit dem Verfasser, 25.10.1989. Die CDU hatte ihren Ministerpräsidenten nicht instruiert, wie er sich in dieser Lage verhalten solle.

[131] Vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988; siehe auch Heck, Gespräch mit Dreher, 6.12.1983, S. 2.

Wie kam Heck dazu, in eigenmächtiger Weise zu handeln? Zunächst empfand es der Generalsekretär als selbstverständlich, für Kiesinger die harten Verhandlungen im Hintergrund zu führen. Heck kannte die Schwächen und Stärken seines Landsmannes gut. Zum 60. Geburtstag hatte er über Kiesinger geschrieben, der Mensch und Politiker sei zum Intrigieren unfähig. Kiesinger liebe das Spiel hinter den Kulissen nicht. Der politische Rhetor vertraue vielleicht zu sehr der Macht seiner Argumente[132]. Er selbst war da anders. Als Persönlichkeit wirkte er bescheiden, beinahe unscheinbar. Aber er war ein unermüdlicher Organisator, der die Interessen seiner Partei über alles stellte und sie hartnäckig zu vertreten wußte. Heck kannte die Partei seit Beginn der fünfziger Jahre. Als ihr erster Bundesgeschäftsführer hatte er die CDU mit und unter Adenauer zum Erfolg geführt. Die berühmten Plakate „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau" (1953) und „Keine Experimente" (1957) entstanden in Hecks Wahlkampfkontor. In der Partei selbst festigte sich seine Stellung mit dem Gewinn der Bundestagswahl von 1953 und besonders mit der 1957 erzielten absoluten Mehrheit. Von den Medien beinahe unbeachtet, wuchs Heck langsam zu einem geachteten Führer der CDU heran. Seit 1957 war er Mitglied des Bundestages, ab 1961 für ein Jahr Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, anschließend Bundesminister für Familie und Jugend. 1966 wurde er zum Generalsekretär der CDU gewählt.

Erstmals trat Heck im Herbst 1966 auch öffentlich hervor. Am 6. November kommentierte er das schlechte Abschneiden seiner Partei bei den Landtagswahlen in Hessen vor den Fernsehkameras. Die CDU war von 28,8 auf 26,4 Prozent der Stimmen abgerutscht. Im Präsidium wollte sich niemand bereit erklären, zu diesem Ergebnis Stellung zu nehmen. Alles war erleichtert, als jemand meinte, das sei doch die Pflicht des Generalsekretärs. Heck trat vor die Kameras und schlug sich leidlich, wie er später selbst fand[133]. Vierzehn Tage später gab er an gleicher Stelle zur Bayernwahl seinen Kommentar ab. Jetzt hatte sich die Situation umgekehrt. Die CSU konnte nicht nur ihr vormalig erreichtes Ergebnis halten, sondern sogar verbessern. Vier Jahre zuvor hatte sie 47,5 Prozent erhalten, jetzt waren es 48,1. Die SPD gewann zwar auch einen halben Prozentpunkt dazu, erhielt aber insgesamt nur 35,8 Prozent der Stimmen. Im Fernsehen erklärte Heck: „Ich sehe darin erstens eine Bestätigung dafür, daß eben wirklich in Bayern recht solid regiert worden ist, und auch dafür, daß in Bonn die CDU/CSU wieder Tritt gefaßt hat."[134] Das war „aufmunternd" für die eigenen Leute gemeint, sagte Heck hinterher. Aber jene Äußerung weckte das Mißtrauen Wehners. An diesem Abend wollte sich der amtierende SPD-Fraktionsvorsitzende über den Ausdruck „Tritt gefaßt" nicht beruhigen. Drohend und grimmig sagte er im Fernsehen kurz vor Mitternacht zu Heck: „Wenn Sie dabei bleiben, dann gibt es hier keine Lösung, dann müssen Sie mit Ihrer Minderheitsregierung den Tritt, den Sie geglaubt haben, gefaßt zu haben, auch durchhalten. Dann müssen Sie die ganze Wucht der Last tragen, das ist alles sehr einfach: Der ganze Ernst des Bonner Lebens kommt jetzt auf alle Beteiligten zu."[135]

Drei Tage später – unmittelbar nach dem Frühstück mit Heck – hielt Wehner während der Haushaltsdebatte im Bundestag eine, wie Kiesinger sie kennzeichnete, „hysterische" Rede. Der CDU/CSU rief er zu: „Sie können mit uns nicht umgehen wie mit Schulbuben." Mit der Sozialdemokratie könne die Union kein Spiel treiben, wie sie es bisher mit ihren Koalitionspartnern getan habe. Den politischen Konkurs, den sie verschuldet habe,

---

[132] Vgl. Heck, Der Europäer als Landesvater.
[133] Vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.
[134] BPA, Heck in der ARD am 20.11.1966, Anhang III, S. 2.
[135] BPA, Wehner in der ARD am 20.11.1966, Anhang I, S. 2.

müsse sie selbst verantworten. Daß die Union sich so verhalten habe, wie sie sich auch jetzt wieder zu verhalten suche, sei genau jene Einstellung, an der das bundesdeutsche Volk und der bundesdeutsche Staat litten[136].

Die Rede löste Verwirrung aus. Niemand aus der SPD kannte den Anlaß. Die Abgeordneten der Fraktion reagierten verstört. Was denn die Rede habe bedeuten sollen, fragte Hans Apel den amtierenden Fraktionsführer in einer Sondersitzung. In der Fraktion sei man über die Möglichkeit beunruhigt, daß sie in ihrer Entscheidung nicht mehr frei sei. Der Berliner Abgeordnete Klaus Dieter Arndt kritisierte, die Rede habe sich angehört, als ob die Sozialdemokraten keine Regierungsbeteiligung anstrebten[137]. Wehner aber gelang es durch die Fürsprache anderer Redner, vor allem Schmidts und Gustav Heinemanns, die Fraktion zu einer einmütigen Billigung seiner Rede zu veranlassen. Von Hecks Bedingung am Frühstückstisch, ohne ein Bündnis auf Landesebene in Düsseldorf werde es keine Große Koalition in Bonn geben, erfuhr die Fraktion allerdings kein Wort. Inzwischen hatte sich auch das Gemüt Wehners wieder beruhigt. Nach der Rede am Vormittag hatte Kiesinger mit Wehner telefoniert. Der Christdemokrat wollte wissen, was es mit der Rede auf sich habe. Doch Wehner ließ sich auf keine Diskussion ein. „Es ist aus, es ist aus!" rief er. Die Absprachen seien hinfällig, wenn die Forderung Hecks nach einer Großen Koalition in Düsseldorf weiter bestehenbliebe. Wehner schien einem Nervenzusammenbruch nahe. „Was haben Sie denn mit dem Wehner gemacht?", kritisierte Kiesinger Heck anschließend, „Der Mann ist ja mit seinen Nerven am Ende."[138] Der Kanzlerkandidat entschuldigte sich bei Wehner, er habe nichts von Hecks eigenmächtiger Vorgehensweise gewußt. Die alten Zusagen seien weiterhin gültig, egal, ob in Nordrhein-Westfalen eine sozialliberale Koalition gebildet werde oder nicht.

Damit war das Thema erledigt. Am späten Abend traten die beiden Parteiführer gemeinsam vor die Kameras. Kiesinger, der sich bis dahin in der Öffentlichkeit mit eindeutigen Aussagen zurückgehalten hatte, stellte eine für die Journalisten überraschend optimistische Prognose: Er habe die Hoffnung, daß vielleicht noch im Lauf der Woche ein endgültiges Ergebnis erzielt werden könne. Diese Zuversicht habe sich bei ihm an diesem Tag gefestigt[139]. Sehr viel nüchterner wirkte Wehner, der erstaunlich offen erklärte: „Für uns handelte es sich [...] darum, [...] zu verhüten, daß der Versuch, auf einer sauberen Grundlage über die neu zu bildende Regierung zu sprechen und schließlich auch zu verhandeln – vom Verhandeln sind wir ja noch weit entfernt –, daß dieser Versuch nicht wieder schon in den Anfängen verwischt wird."[140] Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um den Haushalt am Vormittag im Parlament mußte das so klingen, als ob es der Sozialdemokratie gelungen sei, den angeblichen Versuch der CDU/CSU zu verhindern, ihre Verantwortlichkeit für die katastrophale Haushaltslage zu leugnen. An Kiesinger und Heck enthielt die Äußerung eine Warnung, das gemeinsame Bündnis werde nicht nach Sonderbedingungen der Union zu haben sein. Falls CDU/CSU dennoch Bedingungen stellten, werde nämlich aus der Koalition nichts werden.

---

[136] VdDB, 5. Wahlperiode, 73. Sitzung, 23.11.1966, S. 3442 ff.
[137] Vgl. AdsD, Protokolle, Fraktionssitzung vom 24.11.1966, S. 3.
[138] Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988, und Kiesinger, Gespräch mit Baring, 16.6.1977.
[139] Vgl. BPA, Kiesinger im ZDF am 23.11.1966, Anhang I, S. 1.
[140] BPA, Wehner im ZDF am 23.11.1966.

Brandt statt Gerstenmaier als Außenminister

Kaum hatte Wehner diesen Versuch, die Absprachen einseitig zu ändern, abgewehrt, war er es, der seinerseits die Bedingungen für das Bündnis einseitig zugunsten der SPD abwandelte. Als alles schon besprochen war, erklärte Wehner Kiesinger am 27. November 1966 kleinlaut, der Vorsitzende Brandt bestehe nun doch darauf, Außenminister einer Großen Koalition zu werden. Das schien sie noch einmal zu gefährden. Der SPD-Fraktionsführer persönlich hatte in den Vorgesprächen behauptet, Brandt werde nur ein kleines Ressort übernehmen, um sich besser der Parteiarbeit widmen zu können. Gedacht war an das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, was der Regierende Bürgermeister von Berlin im persönlichen Gespräch mit Kiesinger zunächst bestätigte[141]. Als aber andere SPD-Vorstandsmitglieder – insbesondere Schmidt[142] – darauf drangen, der Parteivorsitzende müsse das Amt des Außenministers übernehmen, ließ sich Brandt überzeugen. Wehner überbrachte allerdings die neue Forderung zu einem Zeitpunkt, als Kiesinger sich längst anderweitig gebunden hatte. Mit seinem Landsmann Gerstenmaier hatte er, wie schon erwähnt, vor der Wahl in der Fraktion ausgemacht, daß der gewählte Kanzlerkandidat den Unterlegenen zum Außenminister berufen würde. Gleich nach dem Gespräch mit Brandt vom 25. November 1966 telefonierte Kiesinger daher mit dem Bundestagspräsidenten. Man habe sich mit Brandt auf das Wissenschaftsressort geeinigt. Ob er, Gerstenmaier, jetzt Außenminister werden wolle? Gerstenmaier zögerte nicht, nahm an, bat allerdings um ein offizielles Angebot. Kiesinger schickte es noch am selben Tag, und die Antwort kam umgehend. Sein Brief enthielt sogar erste Anregungen für eine Umgestaltung der Ressorts. Er wolle das für die FDP eingerichtete Entwicklungshilfeministerium wieder auflösen, schrieb Gerstenmaier[143].

Auch außenpolitische Richtlinien übersandte er in der Anlage „zur vertraulichen Kenntnis". Gerstenmaier visierte zwei Ziele an: einmal die Überwindung der Gegensätze in der Unionsfraktion, also des Gegensatzes zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten". Zum anderen unterstützte er moderate Zugeständnisse in der Ostpolitik, die „eine allgemeine Übereinstimmung auch mit dem Koalitionspartner herbeiführen" könnten. Er sei bereit, in der Deutschlandpolitik, und das heiße auch „im Verhalten zu Ost-Berlin, genau erwogene neue Schritte zu tun", und außerdem, „mit dem Kreml zu neuen Gesprächen und Verhaltensweisen zu kommen"[144].

In erster Linie wollte Gerstenmaier harmonische Beziehungen zu Frankreich wiederherstellen. Zum Thema „Konzeption eines geeinten Europas" hieß es in dem Text, man könne an de Gaulles Europa der Vaterländer nicht vorbeigehen. Aber Robert Schumans Entwurf des geeinten Europa sei die bessere Konstruktion. Gerstenmaier gab also der supranationalen Lösung eines geeinten Europas den Vorzug vor de Gaulles Europa der Nationalstaaten[145]. Zu weiteren, detaillierten Vorschlägen Gerstenmaiers kam es dann nicht mehr. Nur zwei Tage nach seiner schriftlichen Zusage rief ihn Kiesinger am Sonn-

[141] Vgl. Knorr, Entscheidungsprozeß, S. 89. Das Gespräch fand am 25.11.1966 statt; siehe auch Witter, Prominentenportraits, S. 18; dort findet sich Brandts Erläuterung auf einem Spaziergang im September 1968.

[142] Vgl. Witter, S. 18: „Wenn du schon Vormann der SPD bist, mußt du auch die zweitwichtigste Aufgabe im Kabinett übernehmen."

[143] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Gerstenmaier an Kiesinger vom 25.11.1966.

[144] Gerstenmaier, Streit und Friede, S. 541.

[145] Ebenda, S. 534.

tag, den 27. November an und erklärte bedrückt die neue Lage. Wehner sei bei ihm gewesen und habe dargelegt, daß die SPD nunmehr doch das Außenministerium und das Amt des Vizekanzlers für ihren Vorsitzenden fordere. Ob die Partei diese Frage zur Koalitionsfrage erklärt habe, fragte Gerstenmaier überrascht. Kiesinger bejahte. Gerstenmaier gab nach: Wenn es anders nicht gehe, entlasse er ihn aus seinem Wort.

Damit hatte die SPD ihren zweiten wichtigen Erfolg bei der Regierungsbildung erzielt. Gerstenmaier hat später enttäuscht sein Nachgeben damit gerechtfertigt, daß Kiesinger damals, im November 1966, nicht auf Kampf gestimmt gewesen sei. Vielleicht hat Gerstenmaier mit dieser Behauptung recht. Wenn sich Kiesinger für seinen Außenministerkandidaten eingesetzt, also beispielsweise ein Ultimatum gestellt hätte, dann hätte die SPD möglicherweise nachgegeben. Andererseits hätte ein Scheitern der Koalitionsverhandlungen auch das Ende seiner Kanzlerkandidatur bedeutet. Diesen Preis empfand Kiesinger als zu hoch.

Das Kabinett: Abgrenzung der Ministerien

Mit der Übernahme des Außenministeriums durch Brandt gerieten die Pläne in Unordnung, wer von beiden Parteien wie viele Minister stellen sollte. Ursprünglich hatte Kiesinger vorgehabt, seinem Koalitionspartner eine Parität der Ministerposten anzubieten: Beide Seiten sollten die gleiche Anzahl von Ministern stellen, aber die Christdemokraten im Besitz der wichtigeren Ämter sein. Das Auswärtige Amt sollte von Gerstenmaier geleitet werden, das Wirtschaftsministerium von Strauß. „Ich wollte Strauß als Wirtschaftsminister", sagte Kiesinger später, „aus der Erwägung: Wenn wir die Rezession überwinden, wird das dem Wirtschaftsminister zugeschrieben werden."[146] Schmidt hätte Verteidigungs- oder Finanzminister werden können, aber man sei um den versierten Experten, den früheren Wirtschaftssenator in Berlin, Schiller, als Wirtschaftsminister nicht herumgekommen. Und Strauß sei zudem mit „heraushängender Zunge" dem Amt des Finanzministers hinterhergelaufen. Darüber hinaus wollte der Kanzlerkandidat den Regierenden Bürgermeister Berlins für das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen gewinnen[147].

Doch dann kam alles anders: Brandt verlangte das Außenministerium, und damit geriet die Arithmetik durcheinander. In einer langen Nachtsitzung am 29. November wurde eine Einigung erzielt. Die Sozialdemokraten erhielten das Außenministerium und das Wirtschaftsministerium, dafür verzichteten sie insgesamt auf ein Ministerium. Die CDU/CSU stellten insgesamt zehn, die SPD noch neun Amtschefs. Offen blieb die Frage, ob Umgliederungen von Referaten oder anderen Einrichtungen von einem ins andere Ministerium möglich sein würden oder nicht. Dieses Problem war vor allem durch den neuen Verteidigungsminister aufgeworfen worden. Schröder hatte seit Beginn der Verhandlungen Bedingungen gestellt. Zunächst ließ er keinen Zweifel daran, daß nur das Außenministerium für ihn in Frage komme[148]. Als er dieses Ziel nicht erreichen konnte, suchte er das ihm angebotene Verteidigungsministerium aufzuwerten. Wie eine Zeitung meldete, sollte dem früheren Außenminister für den Wechsel auf die Bonner Hardthöhe auch noch die Kontrolle über den Bundesnachrichtendienst übertragen und der Bun-

[146] Kiesinger, Gespräch mit Baring, 16.6.1977.
[147] Vgl. Der Spiegel, 5.12.1966, S. 34. „Dafür sind Sie doch durch Ihr Berliner Amt prädestiniert", soll er Brandt gesagt haben.
[148] Vgl. Rheinische Post, 25.11.1966.

desverteidigungsrat in sein Ministerium eingegliedert werden[149]. Der Verteidigungsrat war deswegen eine wichtige, einflußreiche Institution, weil er die Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik koordinierte. Die Diskussionen um den Atomsperrvertrag beispielsweise fanden in den Jahren der Großen Koalition in diesem Gremium statt. Aber es gab noch andere Gerüchte: *Der Spiegel* berichtete, daß Schröder das Nato-Referat aus dem Außenministerium in das der Verteidigung eingliedern wolle[150].

Kiesinger hatte allerdings kein Interesse daran, die Machtposition seines künftigen Verteidigungsministers zu stärken. Es ging ihm im Gegenteil darum, Schröder in die Kabinettsdisziplin einzubinden. Das persönliche Verhältnis hatte sich noch verschlechtert, als Kiesinger von Heck erfuhr, daß Schröder – ein ehemaliges SA-Mitglied – nicht davor zurückgeschreckt war, nach Kiesingers Wahl auf dessen Vergangenheit als Parteigenossen hinzuweisen. Das Klima blieb daher zwischen beiden Rivalen frostig. Als Schröder davon Wind bekam, daß einer seiner profiliertesten Gegner, der CSU-Politiker Guttenberg, als Staatsminister für das Kanzleramt vorgesehen war, bemerkte der Verteidigungsminister gegenüber dem künftigen Regierungschef empört, das sei ja wohl ein Himmelfahrtskommando. Darauf soll Kiesinger kühl geantwortet haben: „Das fragt sich nur, für wen!"[151]

Vor diesem Hintergrund ließ Kiesinger das Ministerium für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates auflösen. Aber anstatt den Rat wie gefordert auf die Hardthöhe zu verlagern, gliederte der Regierungschef ihn in das Bundeskanzleramt ein. Die beiden Koalitionsparteien kamen schließlich überein, daß ein Austausch oder eine Umgliederung bestimmter Referate nur innerhalb jener Ministerien zulässig sei, die von Parteikollegen geführt würden. Dadurch war auch die Erfüllung von Schröders zweiter Forderung ausgeschlossen; das Nato-Referat verblieb im Außenministerium.

Mehr Erfolg erzielte dagegen Schröders Vorschlag, den früheren Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel – einen „Atlantiker" – in die Regierung aufzunehmen. Wie bei der Besetzung der Verhandlungskommission spielte die konfessionelle Zugehörigkeit auch bei der Verteilung der Ministerposten eine wichtige Rolle. Die Tatsache, daß die katholischen Mitglieder Heck, Hermann Höcherl, Hans Katzer, Lücke, Strauß durch die Hinzunahme des früheren Wirtschaftsministers Kurt Schmücker mit sechs Ministern die Mehrheit bildeten, sprach für eine Berufung des Protestanten von Hassel. Schmücker hatte versucht, für sich ein sogenanntes Europaministerium zu fordern. Dazu schrieb Schröder Kiesinger unter dem 29. November zum Stichwort „v. Hassel": „Ich weiß nicht, ob Sie auf die Vorschläge von Schmücker eingehen wollen oder können. Eine Zustimmung der SPD dazu halte ich für unwahrscheinlich. Sollte es aber zu der Bildung eines solchen Ministeriums kommen, wäre die Einbeziehung von Entwicklungshilfe nicht nötig oder gar zwingend. Ich möchte mich sehr dafür aussprechen, von Hassel mit Blick auf die evangelische Seite im Kabinett zu behalten. Das E-Ministerium wäre für ihn (und er dafür) besonders geeignet."[152]

Der neue Verteidigungsminister behielt recht mit der Annahme, daß die SPD einem Europaministerium nicht zustimmen werde, und für den Bereich Entwicklungshilfe übernahm die SPD selbst die Verantwortung. Das Amt wurde mit dem Abgeordneten Hans-Jürgen Wischnewski besetzt. Am Ende zog Schmücker in das Schatzministerium ein,

---

[149] Vgl. Frankfurter Rundschau, 30.11.1966.
[150] Vgl. Der Spiegel, 5.12.1966, S. 33.
[151] Ebenda, S. 34; siehe auch Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.
[152] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, Schröder an Kiesinger vom 29.11.1966.

von Hassel wurde Vertriebenenminister. Damit schien alles für die Vereidigung des neuen Kabinetts am 1. Dezember 1966 im Bundestag geklärt zu sein. Bundestagspräsident Gerstenmaier forderte die Ministeraspiranten auf, schriftlich zu erklären, ob sie ihre Eidesformel „religiös" oder „freigeistig" wünschten. Doch alle Minister wählten die christliche Formel.

Auf dem traditionellen Regierungsphoto auf der Treppe vor der Villa Hammerschmidt, dem Sitz des Bundespräsidenten, standen die wichtigsten Personen ganz hinten. In der obersten Reihe links blickte ein scheinbar in sich versunkener Strauß, der neue Finanzminister, zwischen den Köpfen von Schiller und von Hassel hindurch auf Bundeskanzler und Vizekanzler, die vorne links, voneinander abgewendet, neben Bundespräsident Lübke posierten. Auf der anderen Seite war Wehner, der sich, aufgeräumt und heiter wirkend, mit dem neuen Familienminister Heck unterhielt. Die Krise, die Heck noch wenige Tage zuvor ausgelöst hatte, schien völlig vergessen. Schröder stellte sich ganz nach links in die zweite Reihe; anders als drei Jahre zuvor – damals konnte man ihn noch in der Mitte neben Bundespräsident Lübke sehen – stand er jetzt im Abseits. Die scherzhafte Unterhaltung, die er mit Arbeitsminister Katzer zu führen schien, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Verteidigungsminister nicht so recht in das Gesamtbild der neuen Regierung paßte[153].

[153] Vgl. Der Spiegel, 5.12.1966, S. 29, und Hildebrand, Erhard, S. 262, hier allerdings weniger deutlich.

II. Kiesinger und die Frankreichpolitik

1. Grundlagen der Außenpolitik: Kiesinger muß sich gegen Adenauer behaupten

Die Erneuerung der Frankreichpolitik war die zentrale Aufgabe zu Beginn der Großen Koalition. So sahen es Altbundeskanzler Adenauer und der neue Kanzler Kiesinger. Doch je mehr Kiesinger in sein neues Amt hineinwuchs, desto deutlicher zeichnete sich ein Konflikt zwischen beiden um die außenpolitischen Grundlagen der Koalition ab, in deren Verlauf Kiesinger unter starken Druck geriet, sich aber am Ende behaupten konnte. Um den Ausgangspunkt, die Kritik an der Frankreichpolitik Schröders, zu verstehen, muß die Bedeutung der Frankreichpolitik in der Ära Adenauer kurz beschrieben werden.

Die Bedeutung Frankreichs für die Außenpolitik der Bundesrepublik

Am Anfang der Außenpolitik der Großen Koalition stand der Wunsch nach Versöhnung mit dem französischen Staatspräsidenten. Es waren kaum vier Jahre vergangen, seitdem Frankreich und die Bundesrepublik den deutsch-französischen Vertrag unterzeichnet hatten. Für de Gaulle wie für den damaligen Bundeskanzler Adenauer verbanden sich mit dem Vertrag vom 22. Januar 1963 große, aber unterschiedliche Hoffnungen. De Gaulle sah in dem Werk eine Form der politischen Zusammenarbeit zwischen den beiden alten Völkern, den Germanen und Galliern, die auf der Souveränität beider Staaten aufbaute. Eine gemeinsame Politik sollte von den Regierungen abgesprochen werden. Auch Adenauer sah im Vertrag die Grundlage von politischer Kooperation, die allerdings später alle westeuropäischen Staaten umfassen sollte. Er erstrebte eine europäische Politik, die am Ende durch supranationale Institutionen gelenkt werden sollte. Mit dem Vertrag sollte zudem die Aussöhnung zweier Völker besiegelt werden, die sich in den vergangenen zwei Jahrhunderten fünfmal auf dem Schlachtfeld begegnet waren. Adenauer, der seinen Landsleuten zutiefst mißtraute, hatte schon im März 1950 für eine Zusammenlegung von Deutschland und Frankreich – ihrer Wirtschaft, ihrer Parlamente, ihrer Nationalitäten – geworben. Durch die totale Integration hoffte er zu verhindern, daß die Deutschen noch einmal nationalen Führern in den Krieg folgen würden. Und er hatte Erfolg. Zwar war das Echo in Frankreich auf seinen Vorschlag gering; doch die Initiative Schumans für eine gemeinsame Montanunion im Mai 1950 bot Anlaß für den Aufbau einer Institution, die erstmals auf dem Prinzip der gegenseitigen Kontrolle basierte. Die Behörde war mit souveränen Rechten ausgestattet und arbeitete erfolgreich[1]. Um sie herum entstand 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Die EWG war als erster Teil einer noch zu bildenden politischen Union verstanden worden. Allerdings war der Versuch, eine integrierte europäische Armee mit deutschen Truppen, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), zu gründen, bereits 1954 an der französischen Nationalversammlung gescheitert.

---

[1] Vgl. Herbst, Option, S. 74 ff.; Loth (Europa, S. 81 f.) ist der Meinung, daß der Schuman-Plan im wesentlichen aus der Befürchtung Frankreichs heraus vorgeschlagen wurde, Engländer und Amerikaner könnten eine Initiative für einen deutschen Wehrbeitrag und die Erhöhung der deutschen Stahlproduktion starten und könnte Frankreich jeglichen Einfluß verlieren.

Als de Gaulle 1958 erneut an die Macht kam, schien das Ziel einer Europäischen Union in weite Ferne zu rücken. In der Vierten Republik hatten die Gaullisten die Montanunion, die EVG und die Römischen Verträge bekämpft. De Gaulle war ein scharfer Gegner supranationaler Institutionen. Er warb dagegen für ein „Europa der Vaterländer". Es ging ihm um die Annäherung und Abstimmung souveräner Staaten mit den Mitteln der Diplomatie. Er strebte ein Konzert der europäischen Mächte an. Als die sechs Mitgliedstaaten 1961 und 1962 über eine Union verhandelten, wurden daher schnell die Gegensätze offenbar. Die Union diente de Gaulle vor allem dazu, ein europäisches Gegengewicht zu den übermächtigen USA zu bilden. Der Staatspräsident schloß daher aus, daß die Briten daran teilnehmen konnten. Er betrachtete England als „trojanisches Pferd", durch das die Amerikaner heimlich Eingang zu den europäischen Mächten finden würden. An dieser Haltung scheiterten 1962 die Verhandlungen[2].

Als es auf der europäischen Ebene zum Stillstand kam, zielte de Gaulle auf ein enges deutsch-französisches Verhältnis, dessen Wurzeln auf das legendäre erste Treffen mit Adenauer auf seinem Landsitz in Colombey-les-deux-Églises zurückgingen. Die Tatsache, daß de Gaulle danach nie mehr einen Staatsmann in seinem Haus in Lothringen empfing, läßt auf die Bedeutung schließen, die er dem Treffen zuwies. Über das Gespräch haben beide Staatsmänner unterschiedliche Beschreibungen in ihren Memoiren gegeben[3], aber heraus kam ein Gentlemen's Agreement: De Gaulle sicherte den Deutschen die französische Unterstützung für den bestehenden Status Berlins und für die Forderung der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung zu. Im Gegenzug verpflichtete sich Adenauer, in der Wiedervereinigungsfrage Langmut zu bewahren und die Frage nach der Ostgrenze zurückzustellen, um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in der Zukunft vorzubereiten. Außerdem sollte Bonn auf Atomwaffen verzichten[4]. Erstmals wurde während des Treffens angeregt, zwischen den beiden Staaten ständig Konsultationen auf Botschafterebene einzuführen[5]. Der Gedanke an regelmäßige Kontakte war auch in den folgenden Gesprächen immer wieder Thema. Als de Gaulle im September 1962 eine triumphale Deutschlandreise unternahm, ging er auf das Drängen Adenauers ein, die Kontakte zwischen Paris und Bonn in einem Konsultativvertrag zu regeln.

Es war ein günstiger Zeitpunkt für den General. Die wichtigsten Ziele, die er sich bei seinem Regierungsantritt gesetzt hatte, waren inzwischen erreicht worden[6]. Für das Algerienproblem hatte er eine Lösung gefunden, indem der ehemaligen Kolonie 1962 die Unabhängigkeit zugestanden wurde. Die notorischen wirtschaftlichen Probleme der Vierten Republik hatte er beseitigt, der Franc war stabil, Frankreich profitierte vom Markt der Europäischen Gemeinschaft. Schließlich hatte de Gaulle auch außenpolitisch an Bedeutung hinzugewinnen können. Seitdem Frankreich ab 1960 eine eigene Atomstreitmacht aufbaute, war es zum wichtigsten und stärksten Staat in Westeuropa aufgestiegen, hatte darin die Bundesrepublik trotz deren wirtschaftlicher Potenz überholt. De Gaulle hatte Frankreich somit einen außenpolitischen Spielraum geschaffen, den die Bundesre-

---

[2] Vgl. Grosser, Außenpolitik, S. 234.

[3] Vgl. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 218 ff., und Adenauer, Erinnerungen 1955-1959, S. 417 ff. Ziebura (Beziehungen, S. 109) urteilt, daß sich das Verhältnis Adenauers zu de Gaulle letztlich einer rationalen Analyse entzogen habe. Der Bundeskanzler habe geglaubt, trotz der unterschiedlichen Beurteilung der meisten Probleme, den Staatspräsidenten auf seine Linie in der Europa- und Natopolitik verpflichtet zu haben.

[4] Vgl. Herbst, Option, S. 197.

[5] Vgl. Jansen, Die Entstehung, Protokoll der Unterredung, S. 250.

[6] Vgl. Herbst, S. 204 f.

gierung niemals besitzen würde und nach seinem Willen auch nicht bekommen sollte. Diese Überlegung sprach aber nicht gegen den geplanten deutsch-französischen Vertrag. Im Gegenteil: Der Staatspräsident rechnete sich aus, daß Frankreich mit Hilfe der ökonomischen Produktivität Deutschlands noch an Macht gewinnen konnte, falls die Bundesrepublik von ihren engen Beziehungen zu den USA abrückte und sich fest an Frankreich anlehnte.

Aber es kam anders. Adenauer mußte sich dem starken Druck aus Washington[7], aber auch der Überzeugung vieler Unionspolitiker beugen, die die atlantischen Bindungen nicht zugunsten eines deutsch-französischen Sonderverhältnisses opfern wollten. De Gaulle zog sich den Ärger des Bundestages vor allem dadurch zu, daß er eine Woche vor Unterzeichnung des Vertrages ein Veto gegen den Beitritt Englands zu den Europäischen Gemeinschaften einlegte. Der Bundestag ratifizierte daher den Vertrag im Mai 1963 mit einer Präambel, die sich auf jene Ziele verpflichtete, welche den Vorstellungen de Gaulles diametral entgegenstanden. Dort bestätigte die deutsche Seite, daß sie von dem Willen erfüllt sei, „durch die Anwendung dieses Vertrages die großen Ziele zu fördern, die die Bundesrepublik Deutschland in Gemeinschaft mit den anderen ihr verbündeten Staaten seit Jahren anstrebt und die ihre Politik bestimmen; nämlich die Erhaltung und Festigung des Zusammenschlusses der freien Völker, insbesondere einer engen Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika, [...] die gemeinsame Verteidigung im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses und die Integrierung der Streitkräfte der in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Staaten, die Einigung Europas auf dem durch die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften begonnenen Wege unter Einbeziehung Großbritanniens“[8].

Die Auseinandersetzung in der Union nahm an Schärfe zu, als Adenauer im Herbst 1963 abtrat und Erhard seinen Platz einnahm. Von einem deutsch-französischen Sonderverhältnis wollte Schröder, der jetzt mächtiger gewordene Außenminister, nichts wissen. Frankreich verdiene das weltweite Gehör nicht, daß man de Gaulle schenke, erklärte er dem französischen Botschafter. Frankreich leide vielmehr an Schwächen, die der letzte Weltkrieg an den Tag gebracht habe und die auch durch den politischen Schwung de Gaulles nicht ausgeglichen werden könnten[9].

Der General war bald verärgert und enttäuscht über die neue Bonner Regierung, die ihn mit Gleichgültigkeit behandelte. In seiner Neujahrsbotschaft am 31. Dezember 1963 nannte er den Vertrag lediglich einen „Versuch“, den Beziehungen zur Bundesrepublik eine neue Basis zu geben[10]. Zu Ostern 1964 wurde Strauß durch französische Mittelsmänner beauftragt, Erhard darauf vorzubereiten, daß de Gaulle im Juli zum letzten Mal die Frage stellen werde, ob Deutschland bereit sei, eine enge Kooperation einzugehen. Sie sollte – das war der Köder – auch eine Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet ein-

---

[7] Vgl. Schwarz, Ära Adenauer, 1957-1963, S. 293. Der frühere Außenminister Acheson ließ Adenauer mitteilen, die Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages sei einer der schwärzesten Tage für ihn in der Nachkriegszeit gewesen. Schwarz weist allerdings darauf hin, daß sich Adenauer zur gleichen Zeit für eine Nuklearpolitik im Rahmen der atlantischen Partnerschaft entschieden hatte. Amerikanischen Diplomaten war es damit gelungen, das militärpolitische Kernelement aus dem gaullistischen Konzept einer deutsch-französischen Partnerschaft herauszuoperieren.

[8] EA 18 (1963), Folge 14, Gesetz vom 15.6.1963, S. D 347.

[9] Vgl. Seydoux, Botschafter, S. 52.

[10] Vgl. Grosser (Außenpolitik, S. 230), der erklärt: „Das Verhältnis Gerhard Schröders zu seinem französischen Amtskollegen sowie zu de Gaulle war von Anfang bis Ende ihrer Mandatszeit [...] vollends getrübt. Und der Kanzler selbst [...] war in den Augen des französischen Präsidenten kein ebenbürtiger Gesprächspartner.“

schließen. Falls Erhard zustimme, werde man unverzüglich die Einzelheiten festlegen; falls der Kanzler ablehne, werde Frankreich eine Kursänderung vornehmen. Dann werde sich de Gaulle verstärkt auf den Osten konzentrieren und besonders das Verhältnis zu den Polen vertiefen. Als de Gaulle im Juli 1964 nach Bonn kam, erteilten ihm der Kanzler und sein Außenminister eine Absage. In der Abschlußsitzung unternahm der Franzose einen letzten Versuch. Als glänzender Redner hielt er ein emphatisches Plädoyer für eine deutsch-französische Zusammenarbeit, das viele Zuhörer ergriff. Doch Schröder reagierte nüchtern: „Ich danke dem Herrn Präsidenten, wir fahren fort in der Tagesordnung." Als de Gaulle später sein Flugzeug bestieg, sagte er: „Je suis décu, découragé, mais furieux."[11] Dabei blieb es. Das Verhältnis verharrte in diesem Schwebezustand. De Gaulle erhielt nach wie vor sein Angebot aufrecht, aber sein Mißtrauen verstärkte sich. Im Dezember 1965 erklärte er in einem Fernsehinterview: „Wir wissen absolut nicht, wohin Deutschlands Ehrgeiz geht. Wir hoffen natürlich, daß es im Sinne der Vernunft verläuft, und wir haben Gründe, es zu hoffen. Man kann jedoch nicht sagen, daß man dessen absolut sicher ist."[12]

Das war die Lage, als im Herbst 1966 die Regierung Erhard auseinanderbrach. Kiesinger hielt die Entwicklung im deutsch-französischen Verhältnis wie Adenauer für katastrophal. Auch er beteiligte sich an der Diskussion um die Außenpolitik Schröders in der eigenen Partei.

Kiesingers Kritik an Schröder

Drei Tage nach dem Austritt der FDP aus dem Bündnis, am 30. Oktober 1966, beendete der Ministerpräsident mit einer Rede den Parteitag der südbadischen CDU in Bad Krozingen, in der er auch auf die Außenpolitik einging. Er wolle keine neuen Auseinandersetzungen in die Öffentlichkeit tragen, sagte Kiesinger dort, sondern aufrütteln und darauf hinweisen, daß es „tödlich" sein könne, in der Außenpolitik eine „geschichtliche Chance durch Untätigkeit, Ratlosigkeit oder Phantasielosigkeit zu versäumen". Und er fügte hinzu: „Ich hoffe, daß ich verstanden worden bin!"[13]

Er war verstanden worden. Die Südbadener klatschten begeistert Beifall. Zwei Wochen später, Kiesinger war gerade zum Kanzlerkandidaten der Union gewählt worden, forderte er auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in den Würzburger Huttensälen dazu auf, den großen Augenblick der Geschichte zur Aussöhnung und Zusammenarbeit mit Frankreich nicht tatenlos vorübergehen zu lassen[14]. Mit diesen Äußerungen stellte er sich in eine Reihe mit Adenauer und Strauß, den Führern der „Gaullisten" in der Union. Aber der Kanzlerkandidat machte ebenfalls deutlich, daß er nicht einseitig auf Frankreich setzen wolle. Er lasse sich nicht die Alternative zwischen Gaullisten und Atlantikern aufzwingen, sondern wolle einen „Weg der Mitte" gehen. Und tatsächlich bewies er durch die Aufnahme Schröders in die Regierung, daß er den innerparteilichen Mehrheitsverhältnissen mehr Bedeutung beimaß als den außenpolitischen Folgen, die dieser Schritt im Verhältnis zu Frankreich haben konnte.

---

[11] Strauß, Erinnerungen, S. 433; siehe auch Osterheld, Gespräch mit dem Verfasser, 6.10.1988.
[12] Stercken (Hrsg.), Vive la France, S. 91.
[13] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.10.1966; vgl. CDU-Landesverband, Von der CDU in Baden-Württemberg, 1986, S. 33.
[14] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.11.1966.

Adenauer freilich sah das anders. Nachdem es gelungen war, Erhard endlich aus dem Kanzleramt zu vertreiben, setzte der CDU-Ehrenvorsitzende seine ganzen Hoffnungen auf Kiesinger. Vom ersten Tag der Regierungsbildung an warb er beharrlich beim Kanzler für die Vollendung des politischen Bündnisses mit de Gaulle. Dabei schreckte er auch nicht vor Drohungen zurück.

„Das Kabinett des Dr. K." – Mißtrauen Adenauers

„Na, die Zusammensetzung, wenn ich dat so sehe – ein bißchen jespenstisch muß ich schon sagen", kommentierte Adenauer das Kabinett der Großen Koalition nach seiner Vereidigung am 1. Dezember 1966 im Bundestag[15]. Gespenstisch wirkte es auf den Altbundeskanzler, Brandt, Heinemann, Strauß und Wehner in der Regierung vereint zu sehen. Brandt war nur fünf Jahre zuvor, im Wahlkampf 1961, sein Konkurrent um das Kanzleramt gewesen. Heinemann, der neue Justizminister, hatte im ersten Bundeskabinett aus Protest gegen Adenauers Angebot einer deutschen Wiederbewaffnung an die Westmächte sein Amt als Innenminister aufgegeben und war 1957 zu den Sozialdemokraten übergetreten. Strauß galt bei der SPD und der FDP seit seinem erzwungenen Rücktritt als Verteidigungsminister 1962 im Zusammenhang mit der *Spiegel*-Affäre als unzumutbare Belastung für die Bundespolitik[16]. Schließlich war da noch Wehner, den Adenauer schon 1959 als „führende[*n*] Mann in der Sozialdemokratie" bezeichnet hatte[17]. Während Adenauer allerdings 1957 verhindern wollte, daß Wehner den Vorsitz im Gesamtdeutschen Ausschuß des Bundestages erhielt, weil er den Zielen des ehemaligen Kommunisten mißtraute, schien er jetzt davon überzeugt, der Sozialdemokrat müsse unbedingt an der Regierung teilnehmen. Wehner solle die Koalition zusammenhalten. „Hoffentlich wird uns der Wehner nicht krank", erklärte er Anfang Januar 1967 dem stellvertretenden Pressesprecher Ahlers, aber wenige Wochen später warnte er erneut, Wehner sei der „stärkste Mann im Kabinett", auch Kiesinger suche es ihm in erster Linie „recht zu machen"[18].

Für einen schweren Fehler hielt es Adenauer dagegen, daß jener Mann ins Kabinett aufgenommen worden war, den er für die außenpolitische Fehlentwicklung der Regierung von Erhard verantwortlich machte. In persönlichen Gesprächen hatte er Kiesinger in den Tagen der Koalitionsverhandlungen nachdrücklich davor gewarnt, seinem früheren Innen- und dann Außenminister das Verteidigungsressort zu überlassen. Die Aufnahme Schröders in die Regierung, besonders aber in den sensiblen Bereich der Verteidigung, setze ein falsches Signal für Frankreich. Staatspräsident de Gaulle werfe den Deutschen vor, in der Verteidigung sich völlig in die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten begeben zu haben. Den deutschen Willen zu einem engeren Verhältnis mit Frankreich,

---

[15] Spiegel, 5.12.1966, S. 37.

[16] Vgl. Schwarz, Ära Adenauer, 1957-1963, S. 271. Der CSU-Vorsitzende hatte vor dem Bundestag im November 1962 seine Rolle bei der Verhaftung Ahlers' zunächst verschwiegen und erst später Stück für Stück zugegeben. Das kostete ihn sein Ministeramt. Nachdem die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD im November 1966 bereits abgeschlossen waren, forderten die Sozialdemokraten von Strauß eine öffentliche Entschuldigung für sein damaliges Verhalten. Aber Strauß weigerte sich, und die SPD mußte dies akzeptieren, wenn sie nicht die gerade getroffenen Absprachen wieder gefährden wollte. Dafür berief sie den Spiegel-Redakteur Ahlers zum stellvertretenden Regierungssprecher.

[17] Morsey/Schwarz (Hrsg.), Adenauer, Teegespräche 1959-1961, S. 113.

[18] Krone, Aufzeichnungen, S. 190, und Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, Adenauer im Gespräch mit Otto A. Friedrich im März 1967, S. 977.

meinte Adenauer, werde der General nach dem Stand der Kooperation zwischen Paris und Bonn auf diesem Gebiet beurteilen. Daher dürfe Kiesinger nicht ausgerechnet einen Mann in das Verteidigungsministerium berufen, der in den drei Jahren der Regierung Erhard de Gaulles Werben um die Bundesrepublik enttäuscht und dadurch die Annäherung Frankreichs an die Sowjetunion mitverursacht habe. Adenauer sprach mit bissiger Kälte über Schröder. Bei Kiesinger setzte sich der Eindruck fest, daß der „alte Herr" Schröder „bis aufs Blut" hasse[19].

Der Druck auf Kiesinger, Schröder nicht in das Kabinett aufzunehmen, verstärkte sich bis zur Vereidigung der Regierung. Nicht nur Adenauer bedrängte den Kanzlerkandidaten. Aus der Umgebung des Altbundeskanzlers meldeten sich warnende Stimmen. Globke, der ehemalige Staatssekretär im Kanzleramt und Vertraute Adenauers, telefonierte am 29. November 1966 mit dem baden-württembergischen Staatsminister Seifriz. Seifriz operierte in der ersten Zeit als Kiesingers Sekretär und Verbindungsmann in Bonn. In einer Aktennotiz teilte Seifriz Kiesinger mit, Globke habe „schwerste Bedenken" gegen die Berufung von Bundesminister Schröder zum Verteidigungsminister. Wenn Brandt Außenminister werde und Schröder Verteidigungsminister, werde dies die Stellung von Schröder im künftigen Kabinett wesentlich stärken. Er sehe in dieser gestärkten Position Schröders „den Keim für den künftigen Zerfall des neuen Kabinetts". Frankreich werde durch verstärkte Annäherung an Moskau reagieren. „Er bittet deshalb dringend, von einer Berufung von Herrn Schröder als Verteidigungsminister abzusehen. Gegebenenfalls bringe er Herrn Stoltenberg in Vorschlag."[20]

Kiesinger teilte die Ansicht, daß die vordringlichste Aufgabe der deutschen Außenpolitik darin bestand, die Beziehungen zu Paris zu stärken. „Als ich die Regierung übernahm, war [...] das Verhältnis zu Frankreich gestört", stellte er fest. Das sollte sich ändern, denn „ohne ein erträgliches Verhältnis zu Frankreich war unsere ganze Politik gefährdet"[21]. Trotzdem ordnete er den möglichen Rückschlag, den die Berufung Schröders auf einen Ministerposten im Verhältnis zu Paris auslösen konnte, bei der Entscheidung um die Besetzung des Kabinetts innenpolitischen Interessen unter. Kiesinger sah in Schröder in erster Linie seinen stärksten Konkurrenten. Bei der Abstimmung in der Fraktion hatte eine Gruppe von rund achtzig Fraktionsmitgliedern den norddeutschen Protestanten beharrlich in drei Wahlgängen unterstützt. Schröder war zwar unterlegen, aber die protestantische Hausmacht blieb ihm erhalten. Sie bildete auch weiterhin einen Machtfaktor, und Kiesinger mußte dies in seine Bemühungen um die Bildung der Großen Koalition mit einkalkulieren. Er glaubte, daß ihm Schröder als Fraktionsvorsitzender mehr Schwierigkeiten bereiten konnte, als wenn dieser der Kabinettsdisziplin unterläge. Daher erläuterte Kiesinger Wehner, man müsse Schröder einbinden, um zu verhindern, daß er den Fraktionsvorsitz übernähme[22]. Nach außen tarnte der Kanzler dieses Motiv. Er habe versucht, beiden Mitbewerbern um die Kandidatur gegenüber eine loyale Haltung zu zeigen, „indem ich dem einen ein wichtiges Ressort anbot", sagte er in einem Interview. Dem anderen, dem Fraktionsvorsitzenden Barzel, habe er bescheinigt, daß er ihn bei den schwierigen Koalitionsverhandlungen loyal und geschickt unterstützt habe[23].

---

[19] AdKASt, Kiesinger I - 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 11.

[20] AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 007, Seifriz an Kiesinger, Vermerk vom 29.11.1966.

[21] AdKASt, Kiesinger I - 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 19.

[22] Vgl. Wehner, Gespräch mit Baring, 25.1.1977. Wehner schien diese Überlegung übrigens nicht überzeugend zu sein, ihm habe das nicht eingeleuchtet.

[23] Stuttgarter Zeitung, 5.12.1966. Barzel war für Kiesinger nach dessen blamabler Abstimmungsniederlage kein ernsthafter Konkurrent mehr.

Trotz deutlicher Mahnungen gehörte Schröder also dem neuen Kabinett an. Diese Tatsache beunruhigte Adenauer. Für ihn stand Kiesingers Entscheidung im Gegensatz zu dessen persönlichen und öffentlichen Erklärungen, die Beziehungen zu Paris in Ordnung zu bringen. Er vermutete, daß sich der neue Regierungschef übernommen hatte und den oftmals nur geringen Einfluß des Kanzlers auf die einzelnen Ressorts möglicherweise aus seiner Stuttgarter Perspektive unterschätzte. Schon am Tag nach der Vereidigung, am 2. Dezember 1966, schrieb Adenauer unter dem Vermerk „persönlich!" an Kiesinger:

„Wir waren uns in den Gesprächen, die der Regierungsneubildung vorausgingen, darüber einig, daß neben den außerordentlich schweren innenpolitischen Problemen, deren Lösung entschlossenes und auch unpopuläres Handeln erfordert, vor allem die Außenpolitik ein Prüfstein für Erfolg oder Mißerfolg der neuen Bundesregierung sein werde. Ich habe mich gefreut, Übereinstimmung mit Ihnen vor allem in der Überzeugung feststellen zu können, daß eine Verbesserung unserer außenpolitischen Position die Neuordnung und Intensivierung unseres Verhältnisses zu Frankreich und den USA voraussetze. Beides, unser Verhältnis zu den USA und zu Frankreich, wird durch die Arbeit von zwei Ressorts, des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums der Verteidigung, maßgeblich beeinflußt.

Zu Ihnen und Ihrer Entschlossenheit, Ihre Richtlinienkompetenz wahrzunehmen, habe ich volles Vertrauen. Aber ich kann nicht verhehlen, daß ich wegen der personellen Besetzung dieser beiden Ressorts in großer Sorge bin. Ich weiß genau, wie wirksam ein Ressortminister an den Richtlinien des Bundeskanzlers ‚vorbeiregieren' kann, wenn es an der vollen Übereinstimmung fehlt. Vor allem aber frage ich mich, wie wird und muß es auf Frankreich wirken, wenn ein Minister, der es als Außenminister nicht vermocht, ja nicht einmal versucht hat, den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag mit wirklichem Leben zu erfüllen, jetzt die Leitung eines Ressorts innehat, dessen Bereich entscheidende Elemente zur Wiederanknüpfung eines engeren und vertrauensvolleren Verhältnisses dieser beiden Nachbarländer umfaßt. Ich glaube nicht, daß das Ihre Aufgabe und die Verwirklichung Ihrer Absichten im Blick auf Frankreich erleichtert. Dabei scheint mir die Lösung dieser zentralen Frage unserer Außenpolitik auch aus folgendem Grunde so brennend wichtig zu sein:

Unsere Ostpolitik, vor allem unser Verhältnis zu der UdSSR, muß immer stärker im Zusammenhang mit unserem Verhältnis zu Frankreich gesehen werden. Ich brauche nur auf den Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Frankreich hinzuweisen, um zu verdeutlichen, was ich meine, die bedrohliche Vision unserer Umklammerung, aber auch die Chance, über ein enges Zusammengehen mit Frankreich, dessen Staatspräsident bei seinem Besuch in Moskau und wiederum in den vergangenen Tagen zu der Wiedervereinigungsfrage loyal und mit unbeirrbarer Entschiedenheit Stellung genommen hat, schließlich zu einer Verringerung der Spannungen in Europa zu kommen, ohne die unser großes deutsches Anliegen nicht gelöst werden kann.

Sie werden es verstehen, wenn ich diesen Sorgen Ihnen gegenüber Ausdruck verleihe. Ich fühle mich verpflichtet dazu, sowohl als ehemaliger Bundeskanzler, der die Versöhnung mit Frankreich und die Herbeiführung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit auf möglichst vielen Gebieten als eine seiner wesentlichsten Aufgaben und Leistungen ansah, wie auch als Freund und als Ehrenvorsitzender der Partei, der wir gemeinsam zu einem Wahlsieg im Jahre 1969 verhelfen wollen."[24]

Interessant an dem Brief war der für Adenauer wichtige und typische Hinweis am Schluß auf seine Legitimität als Freund und Ehrenvorsitzender der CDU. Dieser Satz mußte trotz des freundlich säuselnden Tones auf Kiesinger wie ein Schlag wirken: Adenauer wies Kiesinger darauf hin, daß er gar keinen anderen Weg sehe, als den von ihm vorgezeichneten, um die nächsten Wahlen für die Union zu gewinnen. Darin steckte auch eine unverhohlene Drohung: Falls Kiesinger sich nicht entschiedener um das Verhältnis zu Frankreich kümmerte, könnte er, Adenauer, sich gegen den Kanzler stellen. Der Ehrenvorsitzende mahnte, seine Sorgen nicht einfach abzutun, sondern ernst zu nehmen. Bis zum letzten Absatz konnte das Schreiben tatsächlich von Kiesinger „nur" als Ausdruck gewisser Sorgen eines älteren, erfahrenen Politikers aufgefaßt werden, dem man

[24] AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 001, Adenauer an Kiesinger vom 2.12.1966.

gerne zuhört, dessen Rat aber, gerade weil er ungebeten erteilt wurde, beiseite geschoben werden durfte. Die Drohung am Schluß dagegen sollte Kiesinger von dem Ernst Adenauers überzeugen. Das war der Sinn des Schreibens.

Kiesingers Verhältnis zu Adenauer

Eine Antwort Kiesingers auf den Versuch Adenauers, sich in die Politik der Koalition einzuschalten, ist nicht vorhanden. Aber eine persönliche Aussprache muß stattgefunden haben, denn am 5. Dezember, drei Tage nach seinem ersten Schreiben, folgte ein weiterer Brief des Altbundeskanzlers. Darin nahm dieser auf ein Gespräch „vor ein paar Tagen" Bezug und schlug den CSU-Politiker Guttenberg als Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt vor. „Meines Erachtens brauchen Sie für diese Stelle einen Mann von überlegenem Urteil, klaren politischen Vorstellungen und der Fähigkeit, sich durchzusetzen und andere zu überzeugen. Alle diese Eigenschaften hat der Abgeordnete von Guttenberg in hohem Maße." Wichtig war auch in diesem Schreiben der Schlußsatz, der ganz wie im Brief vom 2. Dezember in scheinbar harmlosen Formulierungen die Erwartung Adenauers ausdrückte, daß er von Kiesinger die Befolgung seines Rates erwarte: „Ich glaube, daß ich in manchen Sorgen, die ich mit Ihnen teile, beruhigter sein könnte, wenn Ihnen dieser Mann zur Seite stehen würde."[25]

Es ist raffiniert, wie der Altbundeskanzler in diesem Satz scheinbar die gemeinsam geteilten Sorgen ansprach und den Eindruck vermittelte, als ob beide dieselben Probleme nicht in Ruhe schlafen ließen. Kiesinger hatte ihm bei seinem Besuch ein paar Tage zuvor vermutlich erklärt, er sehe die gleichen Probleme im Verhältnis zu Frankreich, wie sie Adenauer beschrieben habe. Tatsächlich zeigte aber der Schlußsatz, daß Adenauer es für notwendig hielt, Kiesinger noch einmal mit „sanftem" Nachdruck die Bedeutung der Lösung in seinem Sinne nahezulegen. Adenauer erwartete, daß der seit fünf Tagen amtierende Bundeskanzler den CSU-Abgeordneten zum Parlamentarischen Staatssekretär bestellen werde. Guttenberg war zusammen mit Strauß außenpolitischer Experte der CSU und ein strenger Verfechter eines engen Bündnisses mit de Gaulle. Mit ihm hoffte Adenauer einen Mann im Kanzleramt zu plazieren, der Kiesinger auf den richtigen politischen Weg führen sollte.

Adenauer hat, wie zu den meisten Politikern, mit denen er zusammenarbeiten mußte, auch zu Kiesinger Distanz gewahrt. Er schätzte die rhetorischen Fähigkeiten des schwäbischen Abgeordneten, aber besaß kein Verständnis für die innere Unabhängigkeit, die sich Kiesinger leisten zu können glaubte. Auf dem ersten Bundesparteitag in Goslar 1950 sollte der junge Abgeordnete nach dem Willen des damaligen Kanzlers zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt werden. Tatsächlich erhielt Kiesinger im Parteiausschuß die Mehrheit, doch er nahm die Wahl nicht an. „Und Sie wollen 'ne Politiker sein", soll ihn Adenauer daraufhin kopfschüttelnd gefragt haben. Kiesinger rechtfertigte sich damit, daß die Berliner CDU und eine starke norddeutsche Truppe gegen in gestimmt hätten. „Gegenüber den sich deutlich abzeichnenden Widerständen wäre ich daher in eine zu starke Abhängigkeit vom Bundeskanzler geraten. Bei allem Respekt vor Konrad Adenauer: Dazu fühlte ich mich doch auch wieder nicht schwach genug."[26]

Tatsächlich liebte es Kiesinger nicht, sich in Situationen zu begeben, die einen ständigen kämpferischen Einsatz verlangten. Er brauchte das Gefühl, von einer deutlichen Mehr-

[25] AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 001, Adenauer an Kiesinger vom 5.12.1966.
[26] Kiesinger, Erlebnisse mit Konrad Adenauer, S. 64.

heit getragen zu werden. Einer Auseinandersetzung suchte er grundsätzlich aus dem Wege zu gehen, wenn es sich vermeiden ließ. Das galt insbesondere für sein Verhältnis zu Adenauer. Er sah deutlich, daß ein Streit mit dem „alten Herrn", wie Adenauer respektvoll genannt wurde, seine Position frühzeitig schwächen konnte. Es traf sich daher gut, daß Adenauer Guttenberg zu einem Zeitpunkt vorschlug, als Kiesinger dem CSU-Politiker schon den Posten angeboten hatte[27].

Adenauer bekam somit, was er wollte. Er wußte eben mit dem neuen Kanzler umzugehen. Seine Briefe waren dabei bewußt eingesetzte Instrumente zur freundlichen Disziplinierung. Sie erlaubten ihm auch, die Distanz aufrechtzuerhalten. Seine Anreden lauteten durchgängig „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler", während Kiesinger zwischen Verehrung und Distanz schwankte und sich bisweilen abzugrenzen suchte. Am 12. Dezember schrieb er beispielsweise „Sehr verehrter Herr Altbundeskanzler"[28], aber eine Woche später benutzte Kiesinger die kühlere Anrede „Sehr geehrter Herr Altbundeskanzler"[29]. Damit reagierte er sehr deutlich auf den Charakter der Briefe, die er von Adenauer bekam: Wenn dieser freundlich schrieb, schickte Kiesinger freundliche, sogar verehrungsvolle Worte zurück. Drohte Adenauer gar, dann zeigte sich Kiesinger abweisend, trotzig, stritt alles ab, wies Vorwürfe von sich. Trotzdem suchte und fand Adenauer Wege, seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Adenauer wußte genau, wie empfindlich Kiesinger reagierte, wenn er auf die Vergangenheit als NSDAP-Mitglied angesprochen wurde. Und Adenauer machte sich diese Empfindsamkeit zunutze.

Das NSDAP-Mitglied und die Juden – Adenauer nutzt Kiesingers Schwäche

Denn während der Unterhaltung, die Kiesinger nach dem 2. Dezember 1966 mit Adenauer geführt hatte, legte ihm der Altbundeskanzler ein Schreiben des bekannten Autors und Wahrers der Interessen jüdischer Verfolgter, Simon Wiesenthal, vor. Wiesenthal behauptete, er habe Informationen, wonach Kiesinger auf der Jahrestagung der Donauschwaben am 3. und 4. September 1966 in Sindelfingen angeblich eine „Festansprache zum Lobe" einer NS-Gruppe gehalten haben solle. Kiesinger reagierte heftig auf diese Unterstellung. In einem Brief, den er einen Tag vor der Regierungserklärung verfaßte, bestritt er die Vorwürfe energisch und schrieb: „Weder wußte ich etwas von angeblichen Streitigkeiten zwischen ehemaligen NS-Funktionären und Katholiken unter den Donauschwaben, obwohl ich diese seit Jahren als Ministerpräsident des Patenlandes kenne, noch habe ich eine Festansprache zum Lobe dieser NS-Gruppe gehalten, noch haben auf meine Ansprache hin Wahlen stattgefunden. An dem nachfolgenden Festessen habe ich überhaupt nicht teilgenommen und besonders empört bin ich, über das angebliche Gespräch über das internationale Judentum. Hier sind üble Subjekte am Werk!"[30]

Den Kanzler ärgerten die Vorwürfe. War nicht gerade durch das Denunziantenpapier bewiesen, daß ihn keine Schuld traf? Dort stand es schwarz auf weiß: Er hatte sich lautstark gegen die Ziele der Nazis ausgesprochen und war bei der SS dafür denunziert worden. Und die Verbrechen der Nazis an den Juden? Gerade weil er mit ihnen nichts zu tun,

---

[27] Vgl. Guttenberg (Fußnoten, S. 82), der schreibt, Kiesinger habe ihn kurz vor seiner Wahl zum Bundeskanzler, also vor dem 1.12.1966, gefragt, ob er sein Parlamentarischer Staatssekretär werden wolle.

[28] AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Adenauer vom 12.12.1966.

[29] AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Adenauer vom 22.12.1966.

[30] AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Adenauer vom 12.12.1966, S. 1.

sie weder gewollt noch von ihnen gewußt hatte, war er Kanzler geworden[31]. Er fühlte sich als Repräsentant all derer, die im Land geblieben waren, sich mit den Nazis arrangiert hatten, aber für die Verbrechen nicht die Verantwortung trugen und mit ihnen nichts zu tun haben wollten. Um ihrer Versöhnung mit der neuen Republik willen übernahm er das Amt des Bundeskanzlers. In diesem Sinne war Kiesinger durch den Rat einiger führender Persönlichkeiten ermutigt worden, darunter der Herausgeber einer jüdischen Wochenzeitung in Deutschland, Karl Marx, und der Propst Heinrich Grüber[32]. Das Wort des Kirchenmannes zählte viel. Denn der Überlebende der KZs von Sachsenhausen und Dachau galt als eine über die Grenzen hinaus geachtete moralische Autorität. Im November 1966 wagte er es beispielsweise, die Kritik amerikanischer Juden an Kiesinger zurückzuweisen[33]. An die amerikanischen Juden gewandt, die „jetzt eine antideutsche Stimmungsmache betreiben", erklärte er, wer als Jude außerhalb des Machtbereiches von Hitler sein Leben nicht gewagt und sein Vermögen nicht geopfert habe, solle sich als „Mitschuldiger" fühlen und sich nicht über „Mitläufer" ein Urteil erlauben[34]. Später dankte ihm Kiesinger und erklärte wörtlich: „Ich glaube, daß ich ohne seinen [*Karl Marx*] und Ihren Rat den Mut nicht gehabt hätte, die Bürde meines jetzigen Amtes auf mich zu nehmen."[35]

Trotz dieses Einsatzes, der Ermutigung und des Zuspruchs von moralisch integren Männern muß der von Wiesenthal an Adenauer übermittelte Brief bei Kiesinger Unbehagen ausgelöst haben. Beschuldigungen, die mit seiner Vergangenheit als Mitglied der NSDAP in Zusammenhang standen, auch wenn sie aus der Luft gegriffen waren, brachten ihn besonders gegenüber Adenauer in eine unangenehme Lage. Und es schien kein Zufall zu sein, daß der Altbundeskanzler, mit Hilfe dieser Vorwürfe, Kiesinger genau in dem Augenblick in die Defensive zu drängen suchte, in dem er politische Forderungen erhob.

Das war übrigens kein Novum. Schon einmal hatte sich Adenauer der „Schwäche" Kiesingers für seine Ziele bedient. Kiesinger erinnerte sich an die Situation im Jahre 1954. Damals ging es um die Nachfolge des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers. Die Parteivorsitzenden von FDP und SPD, Thomas Dehler und Ollenhauer, wollten Adenauer dazu überreden, Kiesinger zum Bundestagspräsidenten zu wählen. Der Kanzler wischte aber mit einer Bemerkung diesen Vorschlag zur Seite: „Dat jeht doch nich, dat alte Nazi!"[36] Wie anfällig Kiesinger aus diesem Grund gerade auch während seiner Kanzlerschaft war, ist Adenauer immer bewußt geblieben. Kiesinger könnten bei internationalen Schwierigkeiten – die er als Kanzler zu bestehen habe – Vorgänge aus seiner politischen Vergangenheit entgegengehalten werden, meinte er noch Mitte März 1967[37].

Kurz vor seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 befand sich Bundeskanzler Kiesinger politisch also unter starkem Druck. Adenauer nutzte alle ihm zu Gebote stehenden Mittel, um seinen außenpolitischen Forderungen Gewicht zu verleihen. Trotz-

---

[31] Vgl. Kiesinger, Jahre, S. 19. Kiesinger korrigiert die zuvor oft gemachte Äußerung, er habe von den Verbrechen der Nazis nichts gewußt. Während des Zweiten Weltkrieges habe er seinem Vater „erschüttert" von den Gerüchten über die Vernichtung der Juden berichtet und gesagt: „Unser Land wird von Verbrechern regiert."

[32] Vgl. AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 003, Grüber an Kiesinger vom 6.12.1966, S. 1.

[33] Zur Kritik aus den USA an Kiesinger siehe etwa HIoWRP, Acc. 741058 M. 47/48, Box 83, Kissinger an Emmet vom 14.12.1966: „I am still not happy about making an apologia for someone joining the Nazi Party." Kissinger hatte die Johnson-Administration wegen deren Deutschlandpolitik attackiert und die Bundesregierung verteidigt, seine Haltung zu Kiesinger war aber ambivalent.

[34] Der Tagesspiegel, 25.11.1966.

[35] AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 003, Kiesinger an Grüber vom 29.12.1966.

[36] Majer, Gespräch mit dem Verfasser, 12.12.1988. Das Zitat ist Majer von Kiesinger berichtet worden.

[37] Vgl. Schwarz, Der Staatsmann, Adenauer, Gespräch mit Friedrich, S. 934.

dem ließ sich Kiesinger bei der Abfassung der Erklärung davon nicht beirren. Sie war keineswegs ganz auf Frankreich ausgerichtet. Die Passage über das Verhältnis zu Frankreich kam fast am Schluß, und der Kanzler betonte dort, das Verhältnis zu Frankreich und den Vereinigten Staaten besitze für die Bundesrepublik die gleiche Bedeutung!

Die Regierungserklärung: Mit dem Scheitern der Regierung Erhard wird die Große Koalition geboren

Am 12. Dezember behandelte und billigte das Kabinett die Regierungserklärung. Obwohl sie wesentlich von Kiesinger formuliert worden war, hatte sie wenig Kritik des Koalitionspartners ausgelöst. Der Regierungschef las den Text seiner versammelten Ministerrunde vor. Es habe nur kleinere Textkorrekturen gegeben, sprachliche, stilistische Änderungen seien vorgenommen worden, berichtete Kiesinger danach[38]. Einen Tag später trug er sie im Bundestag vor. Die Rede eröffnete mit einer Rechtfertigung der neuen Regierungsbildung: „Der Bildung der Bundesregierung [...] ist eine lange, schwelende Krise vorausgegangen, deren Ursachen sich auf Jahre zurückverfolgen lassen", hieß es. „Ihr offener Ausbruch erfolgte kaum ein Jahr nach den Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag, die einen eindrucksvollen Vertrauensbeweis für meinen Vorgänger, Professor Ludwig Erhard, erbracht und den Parteien der bisherigen Regierungskoalition deren Fortsetzung ermöglicht hatten. In der Folge belasteten innenpolitische Schwierigkeiten, innerparteiliche Auseinandersetzungen und außenpolitische Sorgen die Arbeit der Regierung."[39]

Das harte Wort von der „schwelenden Krise", das einige Unionsmitglieder Kiesinger übelnahmen, fiel aus mehreren Gründen. Kiesinger hat später darauf hingewiesen, daß er mit diesem Begriff die zunehmende Bedeutung der FDP im Parteiensystem seit 1961 als „Zünglein an der Waage" und ihre gleichzeitig wachsende Labilität angesprochen habe. In der Koalition mit der Union hätten die Liberalen ständig an Stimmen verloren. Bei der Bundestagswahl des Jahres 1965 büßten sie 18 Bundestagsmandate ein. Die Partei habe daraufhin eine Profilneurose entwickelt. In der Koalition entfernte sie sich bei innen- und außenpolitischen Themen immer weiter von der Union. Ein Regieren wurde fortan schwerer und schwerer, der Bruch der Koalition Erhard/Mende schien unausweichlich. Die Große Koalition sei notwendig geworden, erläuterte Kiesinger im Rückblick, um die Handlungsfähigkeit und die Stabilität der Bundesregierung wiederherzustellen[40].

Hinzu kam, daß Kiesinger gerade auch in außenpolitischer Hinsicht die Große Koalition als Gegenregierung zum christlich-liberalen Bündnis sah. Das galt nicht nur für die Wiederbelebung des deutsch-französischen Verhältnisses, sondern auch für neue, ernsthafte Bemühungen um die Sowjetunion. Schon im ersten Satz sollte diese neue Ausrichtung seiner Regierung zum Ausdruck kommen. Die SPD besaß ein starkes Interesse an dieser Formulierung, um sich vor den Kritikern der Koalition in der eigenen Partei zu rechtfertigen. Die Entscheidung der sozialdemokratischen Führung würde ihren Mitgliedern nur dann plausibel erscheinen, wenn man behaupten konnte, die „Krise" habe es notwendig gemacht, aus Pflichtgefühl gegenüber dem Staat Regierungsverantwortung zu übernehmen. So dachte man zumindest das Bündnis mit dem jahrelang bekämpften Rivalen zu erklären.

---

[38] Vgl. AdKASt, Kiesinger I - 226, F/, A 322, Zeugen der Zeit, ARD-Sendung, aufgezeichnet am 8.6.1972, S. 100.
[39] VdDB, 5. Wahlperiode, 80. Sitzung vom 13.12.1966, S. 3656.
[40] Vgl. Kiesinger, So war es, I, 17.11.1974.

Ein persönlicher Groll Kiesingers auf Erhard mochte auch noch eine Rolle gespielt haben. Der noch amtierende Kanzler hatte wenige Stunden vor der endgültigen Besiegelung der Großen Koalition am 25. November 1966 versucht, die Verhandlungen mit der SPD zu torpedieren. Pressesprecher Karl-Günter von Hase bestritt da öffentlich den sozialdemokratischen Vorwurf, die Regierung habe Mißwirtschaft zu verantworten. Diese Behauptung entbehre jeglicher Grundlage, erklärte er. Die Öffentlichkeit sei von der tatsächlichen Lage auf innen- und außenpolitischem Gebiet mangelhaft unterrichtet. „Zu einem Offenbarungseid ist keinerlei Anlaß." Wer ihn fordere, zersetze die allen Parteien gemeinsame Grundlage der demokratischen Politik[41].

Diese letzte Handlung des scheidenden Kanzlers wirkte daher so provozierend, weil sie nicht mit der CDU/CSU-Fraktion abgesprochen war[42], die einer solchen Erklärung auch nicht zugestimmt hätte. Kiesinger mußte das als grobe Einmischung in seine Bemühungen um die Regierungsbildung auffassen. Er reagierte prompt und scharf. *Der Spiegel* kolportierte das böse Wort vom „mumifizierten Kanzler", der ihn endlich in Ruhe lassen solle[43]. Der noch amtierende Kanzler war dem Kandidaten lästig geworden. Es schien schicksalhaft zu sein, daß beide Politiker sich in wichtigen Abschnitten ihrer persönlichen Karriere begegneten. 1957 hatte Adenauer Erhard als Hiobsboten auserkoren. Er sollte Kiesinger darüber informieren, daß es mit dem schon versprochenen Justizministerium nichts werden würde. „Der Kanzler winde sich in Qualen", hatte der sanftmütige Erhard damals zu Kiesinger gesagt. Jetzt, acht Jahre später, war es Kiesinger, der von einem erbitterten Erhard das Kanzleramt übernahm.

Die Friedensformel und Kiesingers Zurückhaltung beim Thema Frankreich

Der erste und größte Teil der Regierungserklärung befaßte sich mit der konjunkturellen und haushaltspolitischen Lage der Bundesrepublik. Er stammte in den wesentlichen Zügen aus der Feder des neuen Wirtschaftsministers Schiller. Das hat Kiesinger später allerdings bedauert. „Der schwächste Teil ist der wirtschaftspolitische, da war ich am entgegenkommendsten gegenüber den Formulierungen, die Herr Schiller vorgeschlagen hat", erklärte er im Rückblick[44]. Des Kanzlers nachträgliche Kritik läßt sich aus der Tatsache erklären, daß er darauf angewiesen war, die Sanierung der Wirtschaft dem brillanten Fachmann zu überlassen. An Schiller, seinen Gedanken und Wortschöpfungen kam man damals nicht vorbei, als man den Kandidaten für das Amt des Wirtschaftsministers auswählte, betonte Kiesinger immer wieder. So wurde die wirtschaftspolitische Passage zwangsläufig von den Vorstellungen des Ministers bestimmt.

Die übrigen Teile waren im Sonderzug von Bonn nach Tübingen von Kiesinger redigiert und formuliert worden. Die einzelnen Ressorts der Bundesregierung hatten Papiere vorbereitet und an das Bundeskanzleramt geleitet. Auf der Zugfahrt wurden die Exposés gelesen, diskutiert und schließlich gekürzt. Es habe sich im Grunde um ein „Streichorchester" gehandelt, beschrieb der Verbindungsmann zum Verteidigungsminister im Kanzleramt, Oberst Gerd Stamp, den Vorgang. Manche Ministerien gestalteten ihren Entwurf weitschweifig. Über Stunden mußte der Kanzler all „das Zeug" lesen[45]. Dann wurde ge-

---

[41] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.1966.

[42] Vgl. Knorr, Entscheidungsprozeß, S. 283, Fn 166. Nicht einmal alle Minister sollen den Text der Erklärung gekannt haben.

[43] Der Spiegel, 5.12.1966, S. 37.

[44] AdKASt, Kiesinger I - 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 99.

[45] Stamp, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1987: „Tausendmal gesagt und immer wieder neu aufgewärmt."

strichen, das Wesentliche neu formuliert und der Sekretärin Helga Franke diktiert. Satz für Satz habe er die Texte durchgesprochen und sie dann neu formuliert, erklärte Kiesinger später[46].

Auch die Idee, den außenpolitischen Teil mit dem Gedanken des „Friedens" zu beginnen, stammte vom Kanzler. Kiesinger wollte in dieser Regierungserklärung andere Akzente setzen als seine Vorgänger. Zuviel Gewicht sollte den Nato- und Verteidigungsfragen nicht zukommen. Er wolle den Eindruck vermeiden, als drehe sich in Deutschland immer „alles ums Militär", erläuterte er dem Kabinett[47]. So begann dieser Part mit den Worten: „Alle unsere Bemühungen um die innere Ordnung, um wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit [...] haben freilich nur Sinn und Bestand, wenn es gelingt, den Frieden und eine freiheitliche Lebensordnung zu bewahren. Daß der Friede bewahrt werde, ist die Hoffnung aller Völker, und das deutsche Volk wünscht dies nicht weniger als die anderen. Darum ist der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker das erste Wort und das erste Grundanliegen der Außenpolitik dieser Regierung."[48]

Die Betonung des Begriffs Frieden kam nicht von ungefähr. Schon als Ministerpräsident Baden-Württembergs sah Kiesinger es als seine Aufgabe an, die Bedürfnisse des Bürgers nach Kultur und Erziehung zu befriedigen und zu fördern. Das Ziel des Staates sollte die Vervollkommnung seiner Bürger sein. Der Staat mußte den äußeren Rahmen sichern und den Frieden bewahren, damit der Bürger seiner kulturellen Erziehung nachgehen und seine Sitten verfeinern konnte. Besonders stolz war der Ministerpräsident daher auf die beiden Universitäten Konstanz und Ulm, deren Gründungen in seine Regierungszeit fielen. Jetzt oblag ihm als Kanzler die Pflicht, den inneren und äußeren Frieden zu bewahren und zu sichern. Daher galt – auch dies war ein neuer Akzent – das erste Wort dem potentiellen Feind, der Sowjetunion. Das deutsche Volk hege weder Feindschaft noch Haß gegen die Völker der Sowjetunion, sagte er, es wolle im Gegenteil in guter friedlicher Nachbarschaft leben[49]. Der Kanzler stellte bewußt die Sowjetunion an die erste Stelle des außenpolitischen Teils. Er zeigte damit, daß er sich verstärkt um das Verhältnis mit Moskau bemühen wollte. Das Angebot eines Gewaltverzichts an die Adresse Moskaus wurde wiederholt. Die Regierung Erhard hatte es erstmals in ihrer Friedensnote vom März 1966 eingebracht, und Kiesinger fügte jetzt hinzu, in einen Gewaltverzicht solle das ungelöste Problem der deutschen Teilung mit einbezogen werden. Mit anderen Worten: Er war zur Garantie der innerdeutschen Grenze bereit.

Neu und überraschend war auch die Bemerkung zur polnisch-deutschen Grenze. Die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands könnten zwar nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden, versicherte Kiesinger. Aber den Polen bot er die Bereitschaft zu einer Regelung an, „einer Regelung, die die Voraussetzung für ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen soll". Kein Kanzler hatte sich bis dahin zu diesem heiklen Punkt so offen geäußert und war so weit gegangen. Kiesinger versprach zwar nichts, was einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten bleiben mußte, also etwa die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Aber er ging doch auf die polnischen Sorgen

[46] Vgl. AdKASt, Kiesinger I - 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 45.
[47] Der Spiegel, 5.12.1966, S. 29.
[48] VdDB, 5. Wahlperiode, 80. Sitzung vom 13.12.1966, S. 3661 f.
[49] Vgl. ebenda, S. 3662.

ein, indem er immerhin für den Fall eines Friedensschlusses und einer Wiedervereinigung eine Anerkennung der gegenwärtigen Grenze in Aussicht stellte.

Es handelte sich in dieser Frage um keinen Gedanken, den Kiesinger für seine Kanzlerschaft neu ersonnen hatte. Viele seiner Vorschläge stammten – wie dieser auch – bereits aus seiner Zeit als Abgeordneter. Im April 1957 erklärte er anläßlich einer Diskussion zwischen englischen und deutschen Parlamentariern in Königswinter, die Grenzen von 1937 könnten eines Tages zur Diskussion gestellt werden, nämlich dann, wenn diese Diskussion mit einem „freien" Polen geführt werde. Mit diesem freien Polen müsse „im Geiste freundlichster Nachbarschaft" verhandelt werden. Er gehe mit der Forderung bewußt über das Angebot des bloßen Gewaltverzichts hinaus[50]. Damit hatte Kiesinger schon zehn Jahre vor seiner Kanzlerschaft die Bereitwilligkeit angedeutet, das Problem der Oder-Neiße-Grenze im Sinne der polnischen Erwartungen zu lösen.

Als drittes beschäftigte sich der Bundeskanzler mit den USA. Er bekannte sich zur Fortsetzung und Vertiefung der Beziehung zum atlantischen Partner, eine Erklärung, wie sie General de Gaulle sicherlich enttäuschen mußte. Kiesinger sagte wörtlich: „Mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind wir durch vielfache freundschaftliche Beziehungen und im Nordatlantischen Pakt eng verbunden, dessen Festigung und zeitgerechte Fortentwicklung uns ein wichtiges Anliegen ist. Diese Regierung wird keine der großen Hilfen vergessen, die uns die Vereinigten Staaten in den vergangenen beiden Jahrzehnten geleistet haben. Sie weiß, daß das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und den übrigen Partnern des nordatlantischen Paktes auch heute und in der Zukunft, die wir zu überblicken vermögen, für uns lebenswichtig ist."[51]

De Gaulle wird diese Passage stirnrunzelnd gelesen haben. Noch mißtrauischer sollte ihn aber die anschließende Erklärung zu den bestehenden Europäischen Gemeinschaften gemacht haben. Vehement hatte sich de Gaulle gegen den Beitritt Englands gewandt, ihn im Januar 1963 durch sein Veto verhindert. Mit England, so einer seiner Gründe gegen den britischen Beitritt, werde auch der Einfluß der Vereinigten Staaten – durch die „Hintertür" – in die Europäische Gemeinschaft hineingebracht werden. Daher muß ihn enttäuscht haben, daß der Kanzler zu diesem Thema vorbrachte, besonders würde die Bundesregierung eine Teilnahme Großbritanniens und anderer EFTA-Länder[52] an den Europäischen Gemeinschaften begrüßen.

Erst jetzt, an fünfter Stelle, befaßte sich der Bundeskanzler mit Frankreich, nachdem er das Verhältnis zu den USA bekräftigt und nachdem er sich zur Aufnahme Englands in die Europäische Gemeinschaft bekannt hatte. Schon diese Erklärungen dämpften etwaige Hoffnungen de Gaulles auf die neue Regierung. In sechs Unterpunkten erläuterte Kiesinger die Lage und die Möglichkeiten. Erstaunlich ist, wie offen er hier das Interesse Bonns formulierte. Das war kein überzeugendes Plädoyer für einen einseitigen Gaullismus, wie man es von ihm erwartet hatte. Im ersten Absatz betonte er das „besonders hohe Maß an Übereinstimmung der Interessen" beider Völker aufgrund der Geographie und aus der „Bilanz der Geschichte" – ein insgesamt noch sehr allgemein gehaltenes Bekenntnis. Aber der folgende Absatz enthielt die entscheidende Aussage. Kiesinger erklärte, gemeinsam mit Frankreich, dem ältesten Verbündeten Amerikas in Europa, halte die neue Regierung ein solides Bündnis zwischen den freien, sich einigenden Nationen

[50] DzD (1957), Band 3, S. 586 f.
[51] VdDB, 13.12.1966, S. 3662 f.
[52] Der Europäischen Freihandelsgemeinschaft (EFTA) gehörten zu dieser Zeit an: England, Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich, Schweiz, Portugal, Irland.

Europas und den Vereinigten Staaten von Amerika für unerläßlich. Dies sei unabhängig davon, wie immer auch „die Struktur dieses Bündnisses angesichts einer gewandelten Welt künftig gestaltet" werde. „Wir weigern uns, uns eine falsche und gefährliche Alternative der Wahl aufreden zu lassen."[53]

Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle Beifall bei den Regierungsparteien. Die SPD, aber offensichtlich auch Teile von CDU/CSU begrüßten, daß Kiesinger eine einseitige Orientierung auf Frankreich oder die Vereinigten Staaten ablehnte. Aber die Äußerung war auch als ein Angebot an den Staatspräsidenten de Gaulle gedacht. Kiesinger formulierte geschickt, indem er so tat, als ob die Bündnisse der europäischen Staaten sich wandeln könnten. Damit nahm er scheinbar den Standpunkt de Gaulles ein, der in seiner Ostpolitik seit 1964 versuchte, für die Auflösung der Blöcke in Europa zu werben, und dabei besonders bei den Polen und den Rumänen ein positives Echo fand[54]. Kiesinger bezog die sich wandelnde Struktur der Nato in diese „französische Perspektive" mit ein. Er spielte damit auf den Auszug Frankreichs aus der militärischen Organisation des Bündnisses wenige Monate zuvor an. Auch wenn die französischen Truppen der Befehlsgewalt der Nato entzogen worden waren, so plädierte Kiesinger jetzt für die Beibehaltung des Nordatlantischen Vertrages. Auf diese Weise verband er das deutsche Interesse an den atlantischen Beziehungen mit dem französischen Wunsch nach Unabhängigkeit und zeigte einen Weg auf, der beiden Aspekten so gerecht wie möglich wurde.

Auch in den folgenden Punkten betonte Kiesinger den „gaullistischen" Charakter seiner Frankreichpolitik. Kernsatz der vierten Aussage war: Die deutsch-französische Zusammenarbeit richte sich gegen kein anderes Volk und Land. „Europa kann nur mit Frankreich und Deutschland, nicht ohne oder gar gegen eines der beiden Länder, gebaut werden", verkündete er. Damit sollte vermutlich einerseits die Sowjetunion gemeint sein. Der Kanzler drückte seinen Wunsch aus, das Zusammengehen von Bonn und Paris solle von Moskau nicht als Bedrohung aufgefaßt werden. Andererseits dürfte Kiesinger allerdings auch an England gedacht haben. Es bestand die Gefahr, daß die Briten die Bundesregierung eines Tages dazu drängen konnten, eine europäische Einigung ohne Frankreich anzustreben. Solche Pläne hielt Kiesinger allerdings für utopisch und für gefährlich. Deutschland hätte sich in diesem Fall der Gefahr einer Umklammerung durch die Sowjetunion und durch Frankreich ausgesetzt, die der Alptraum Adenauers war.

Die Punkte fünf und sechs skizzierten den Rahmen, in dem künftig eine verstärkte deutsch-französische Kooperation stattfinden sollte. Das galt für die Verbesserung des Verhältnisses zu den osteuropäischen Nachbarn sowie für eine konkret koordinierte Politik beider Länder. Am Schluß appellierte der Kanzler an Frankreich, die existierenden Probleme nicht allzu hoch einzuschätzen. „Die besonderen Gegebenheiten unserer beiden Nationen werden auch in Zukunft in manchen Fragen Unterschiede von Interessen und Meinungen aufweisen. Die Bundesregierung ist jedoch überzeugt, daß solche Probleme geringer wiegen als die für das Schicksal unserer beiden Völker und Europas gebieterische Notwendigkeit zu einer immer weitere Bereiche umfassenden wirtschaftlichen, technologischen, kulturellen, militärischen und politischen Zusammenarbeit."[55]

---

[53] VdDB, 13.12.1966, S. 3663.

[54] Vgl. Schütze, Die Ostpolitik Frankreichs, S. 166-174; Grosser, Außenpolitik, S. 254 ff.; siehe dazu auch Görner, Vom Atlantik.

[55] VdDB, 13.12.1966, S. 3664.

Die Regierungserklärung enthielt bezüglich der Vorstellungen de Gaulles also widersprüchliche Botschaften[56]. Zwar zeugte der Abschnitt über die Frankreichpolitik von gaullistischem Geist. Aber die zuvor genannten, eindeutigen Bekenntnisse des neuen Bundeskanzlers zur Bindung der Bundesrepublik an die Vereinigten Staaten sowie zur Aufnahme Englands in die EG widersprachen dieser Tendenz. Beide Punkte erachtete de Gaulle im Verhältnis zur Bundesregierung als entscheidend. Sein Angebot galt nur unter der Vorbedingung, daß Bonn seine Abhängigkeit von Washington verringerte und den Beitritt Londons in die Gemeinschaft nicht länger unterstützte.

Kiesingers Distanz zur gaullistischen Konzeption im Juni 1966

Die Widersprüchlichkeit ergab sich aus der Verbindung von zwei Elementen: Einerseits sollte das Regierungsprogramm – besonders nach den mit Adenauer geführten Gesprächen – gaullistische Züge tragen, andererseits wollte Kiesinger der außenpolitischen Konzeption de Gaulles nicht uneingeschränkt folgen[57]. Schon seit langer Zeit stand er dem Angebot des Generals eher skeptisch gegenüber. Als einfacher Abgeordneter hatte sich Kiesinger, der selbst ein wenig Französisch sprach, für die Reden und Schriften der wichtigen französischen Politiker interessiert. Dazu zählten auch die Texte des im selbstgewählten Exil in Colombey-les-deux-Églises verweilenden de Gaulle.

De Gaulle besaß damals in Deutschland einen schlechten Ruf. Er stand für die harte Deutschlandpolitik der Franzosen in der unmittelbaren Nachkriegszeit: der Forderung nach Abtrennung des Saarlandes, nach der Internationalisierung der Ruhr und der Dezentralisierung Deutschlands. Die Oder-Neiße-Grenze hatte er bereits 1944 Stalin gegenüber anerkannt. Bei dieser Haltung blieb er auch später in der Zeit der deutsch-französischen Aussöhnung, am Anfang der sechziger Jahre. Aber in den anderen Punkten hatte er sich der europäischen Entwicklung angepaßt. Nachdem der General 1958 an die Regierungsspitze zurückgekehrt war, setzte er sich für ein neues Europa vom Atlantik bis zum Ural ein, in dem Deutschland – die Bundesrepublik mit Sachsen und Preußen, wie er die DDR nannte – wiedervereinigt sein würde.

Kiesinger behauptet, dieser Sinneswandel des großen Franzosen habe sich schon 1950 angekündigt. De Gaulle hätte im März 1950 auf die Anregung Adenauers enthusiastisch reagiert, eine deutsch-französische Union mit einem gemeinsamen Wirtschaftsparlament zu gründen[58]. „Was wiegt gegenüber solchen Perspektiven der Streit um die Saar!" hatte de Gaulle damals ausgerufen. Man stehe geradezu geblendet von dem Gedanken, was deutsche Tüchtigkeit und französische Valeurs vereinigt zu schaffen vermöchten, meinte er damals[59]. Er zeigte sich tief beeindruckt von der Perspektive einer gemeinsamen Union der beiden Nachbarvölker. Wie sah aber das Angebot des französischen Staatspräsiden-

---

[56] Vgl. Ziebura, Beziehungen, S. 135; Ziebura spricht vom „Janusgesicht" der Regierungserklärung: „Neben Verhandlungsangeboten an die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten tritt ein langer Passus, in dem fast überschwenglich festgestellt wird, daß sich die Interessen der Bundesrepublik und Frankreichs durch ‚ein besonders hohes Maß an Übereinstimmung' auszeichnen, was im Klartext bedeutete, daß man bereit war auf die gaullistische Linie stärker als in der Vergangenheit einzuschwenken." Besson (Außenpolitik, S. 383) behauptet, daß die Bundesregierung weniger daran dachte, Frankreich einen „Vorrang" einzuräumen, als vielmehr daran, wieder ein „ausgewogenes Verhältnis zu den beiden wichtigsten Bündnispartnern herzustellen".

[57] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 317.

[58] Vgl. Kiesinger, Jahre, S. 388.

[59] Vgl. Kiesinger, Stationen, S. 189. Im Juni 1966 hatte Kiesinger als Ministerpräsident in einer Rede auf diesen Satz des Generals hingewiesen.

ten an die Bundesregierung im Herbst 1966 aus? Kiesinger suchte die Zielsetzung de Gaulles so zu erklären: Es gäbe theoretisch drei Möglichkeiten, die deutsche Wiedervereinigung zu erlangen. Die erste führe am Ende zu einem Deutschland, das die Nato verlassen und neutral sein würde. Aber gegen diese Lösung sprächen viele Argumente, meinte der Ministerpräsident in einer Rede in Hohenheim am 7. Juni 1966. Abgesehen davon, daß auch die Sowjetunion sich nicht bereit erklärt hätte, die Wiedervereinigung in Freiheit zuzugestehen, sei das eine für Europa nicht akzeptable Lösung. Denn ein solches Deutschland werde in den Sog des Einflusses der Sowjetunion geraten.

Die zweite theoretisch mögliche Lösung bestehe darin, fuhr Kiesinger fort, daß man „eine weltgeschichtliche Stunde abwarte, in der die Sowjetunion in irgendeine schwere Krise – sei es im Gebiet ihres europäischen Herrschaftsbereichs, sei es gegenüber China – gerate". Aber auch auf eine solche Möglichkeit wollte der deutsche Politiker nicht zu große Hoffnungen setzen. Eine Politik, die dieses Ziel verfolge, werde von den Franzosen als lebensgefährlich bezeichnet und – er glaube mit Recht – abgelehnt. Es bleibe also nur ein dritter Weg, und hier versuche de Gaulle die Deutschen zu überzeugen, daß Frankreich die einzige Macht sei, der es „wirklich um die Wiedervereinigung nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts", wenn auch in realistisch entworfenen Etappen, gehe. Wenn aber diese Politik verfolgt werden solle, dann setze sie selbstverständlich eine Regelung der deutschen Grenzen, damit meine de Gaulle die Oder-Neiße-Grenze, und eine Vereinbarung über die deutsche Bewaffnung voraus. Und der französische Staatspräsident erwarte, die Deutschen sollten sich von einer direkten oder indirekten Mitbeteiligung an einer atomaren Bewaffnung distanzieren. „Das ist die Offerte, die de Gaulle uns macht und die er bei seiner Reise in Moskau den Russen machen möchte."[60]

Kiesinger hielt es also schon 1966 für möglich, daß eine innere Krise die Sowjetunion dazu zwingen könne, die Wiedervereinigung Deutschlands zuzugestehen. Es handelte sich aber um keine politische Option, die zu verfolgen gar einer deutschen Regierung offenstand. Diese Krise konnte nur von selbst im Innern des Imperiums ausbrechen, ohne Einwirkung von außen. Daher ließ sich diese Möglichkeit in keinen Fahrplan zur Erlangung der deutschen Einheit einbeziehen.

Dagegen bot Frankreich eine interessante Perspektive, die Kiesinger schon vor seiner Kanzlerzeit deutlich gesehen hat. Es lief auf ein Arrangement mit den Sowjets hinaus. Als Voraussetzung für eine europäische Ordnung sollten die Deutschen zwei Bedingungen erfüllen: einmal die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie den Verzicht auf eine atomare Bewaffnung. Im Gegenzug würde Deutschland seine Einheit wiedererlangen. Das war eine einfache Rechnung, die aber für Kiesinger nicht glatt aufging. Auch er war von der Möglichkeit eines Arrangements mit Moskau überzeugt. Daher lehnte der Ministerpräsident den Vorschlag de Gaulles nicht von vornherein ab. Aber er wies in der zitierten Rede auch auf das Wort Maurice Schumanns, des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im französischen Parlament, hin, keine deutsche Regierung werde sich bereitfinden, leichtfertige Vorleistungen zu erbringen. Keine deutsche Regierung, ergänzte Kiesinger, könne einer solchen Politik zustimmen, ohne dafür Garantien von Moskau zu erhalten.

Kiesinger erteilte de Gaulle also schon zu diesem Zeitpunkt eine Absage. Zwar schloß er nicht aus, daß sich eines Tages de Gaulle mit seiner europäischen Vision durchsetzen

---

[60] Kiesinger, Stationen, Rede vom 7.6.1966 in Hohenheim, S. 196 f. Die Aussagen zu de Gaulle gehen auf dessen Äußerungen am 4.2.1965 zurück. In der Rede bezieht sich Kiesinger fälschlicherweise auf den 4.1.1965; vgl. EA 20 (1965), Folge 4, S. 94 ff.

werde[61]. Doch dafür fehlten jetzt die Voraussetzungen – Bedingungen, die nicht Frankreich, sondern die sowjetische Führung schaffen mußte. Mit anderen Worten: Erst wenn Moskau erklärte, es werde der Vereinigung zustimmen, unter Bedingungen, die Bonn zu erfüllen habe, konnte sich die Bundesregierung auf die Vision de Gaulles einlassen. Alles andere kam zu früh.

Adenauers positive Reaktion auf die Erklärung

Trotz der zwiespältigen Aussagen der Regierungserklärung zeigte sich Adenauer befriedigt. Kiesinger vermerkt im Rückblick, daß der Altbundeskanzler seine Regierungserklärung und die darauf folgenden Entscheidungen ausdrücklich begrüßt habe[62]. Noch am 13. Dezember schickte Adenauer an den Bundeskanzler den zweiten Band seiner gerade erschienenen *Erinnerungen*. Im Begleitschreiben hieß es mit freundlichen, fast warmen Worten: „Der zweite Band meiner ‚*Erinnerungen*', der jetzt der Öffentlichkeit übergeben wurde, behandelt eine Zeitspanne, in welcher Sie als eines der maßgebenden Mitglieder unserer Bundestagsfraktion mitgewirkt haben, den Beginn einer eigenständigen Außenpolitik neu zu gestalten. Ich würde mich freuen, wenn Sie das beigefügte Exemplar als Zeichen meines Dankes für Ihre damalige Hilfe und in Erinnerung an unsere gemeinsame Arbeit betrachten würden."[63]

Aber Adenauer wird die Leistung Kiesingers nicht zu hoch eingeschätzt haben. Denn der damalige Abgeordnete ist nur ein einziges Mal im Text namentlich erwähnt worden[64]. Kiesinger fühlte sich dennoch geschmeichelt. In seinem Dankesschreiben zeigte er sich demutsvoll. Es werde für ihn immer eine große Freude bleiben, schrieb er, daß „ich zu meinem bescheidenen Teil im Bundestag an der Entwicklung einer eigenständigen deutschen Außenpolitik, die Ihren Namen trägt, teilnehmen konnte". Er unterschrieb mit „Ihr ergebener Kiesinger"[65]. Über Weihnachten 1966 hatte sich das Verhältnis der beiden christdemokratischen Führer entspannt. Jetzt bereitete sich der Kanzler auf den ersten Gipfel im Rahmen der im deutsch-französischen Vertrag geregelten Konsultationen vor. Er fand Anfang Januar 1967 in Paris statt.

2. Kiesinger und de Gaulle: zwei Staatsmänner – zwei Zielsetzungen

De Gaulle erkannte die Reserviertheit Kiesingers gegenüber seinem Angebot sofort, als er die Regierungserklärung studierte. Dem neuen Außenminister Brandt, der sich auf seiner ersten Auslandsreise nach Paris begeben hatte, erklärte der Staatspräsident am 15. Dezember 1966, die Regierungserklärung habe er mit Interesse gelesen. Er halte die Aussagen bezüglich einer Entspannung des sowjetisch-deutschen Verhältnisses sowie zur Politik gegenüber der Tschechoslowakei für gut. „Was Polen anbelangt, ist die Bundesregierung allerdings nicht sehr bestimmt", mäkelte er, „sondern sagt nur, daß man später über diese Dinge zu

[61] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 317.
[62] Vgl. Kiesinger, So war es, Teil I, 17.11.1974.
[63] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Adenauer an Kiesinger vom 13.12.1966.
[64] Vgl. Adenauer, Erinnerungen, S. 490. Kiesinger wird hier lediglich als Begleiter der Moskaureise 1955 erwähnt.
[65] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Adenauer vom 22.12.1966.

sprechen haben werde." Er sei nicht sicher, daß dies die Situation verändern werde[66]. Der General brauchte das Bonner Zugeständnis hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie für seine Politik gegenüber den Sowjets. Ihnen versprach er die Anerkennung der Grenze durch die Deutschen; den Deutschen versprach er die sowjetische Zustimmung zur Wiedervereinigung. Solange die Bundesrepublik ihre Einwilligung verweigerte, konnte de Gaulle nicht als Vermittler auftreten. Daher lag ihm soviel an diesem Thema.

Brandt war trotzdem mit guten Nachrichten aus Paris zurückgekehrt. De Gaulle sei ganz auf die Linie der Regierungserklärung eingeschwenkt. Vor allem wolle er sich in Moskau für Bonn verwenden. Wörtlich habe der Staatspräsident erklärt: „Wenn Deutschland es will, wird Frankreich – es hat damit sogar schon begonnen – ihm auf diesem Weg gern helfen, vor allem in Moskau." Darüber hinaus versicherte das französische Staatsoberhaupt der neuen Bundesregierung, daß er in der Politik der Entspannung nichts tun werde, was Deutschland schaden könnte[67]. Das waren gute Voraussetzungen für das erste Treffen in Paris am 13. Januar 1967. Der Staatspräsident plante allerdings, sich bei dem bevorstehenden Gipfeltreffen zurückzuhalten. Er werde zu seinen Gesprächspartnern sehr nett, aber unverbindlich sein, erklärte de Gaulle bei der Vorbereitung des Treffens seinen Beratern. Er habe genug getan, jetzt seien die Partner dran, ihre Karten offenzulegen[68]. Sein Angebot an die Bundesregierung sei bekannt, taktische Scheingefechte könne er anderen überlassen. Mochten die Deutschen jetzt endlich entscheiden, welchen Standpunkt sie einnehmen wollten.

Doch man täuscht sich, wenn man annimmt, de Gaulle habe dem Besuch gelassen entgegengesehen. Er hatte mit großem Interesse die Regierungsbildung verfolgt und die Regierungserklärung studiert. Besonders die Tatsache hatte er begrüßt, daß die Sozialdemokraten in die Regierung aufgenommen worden waren und daß Brandt das Außenministerium übernommen hatte. Beeindruckt von der Persönlichkeit des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, hatte er nach der ersten Begegnung 1958 richtig vorausgesehen: „Monsieur, wir werden uns wiedersehen."[69] Und, wie Adenauer vorausgesagt hatte, nahm es der General auch keineswegs gleichgültig hin, daß der frühere Außenminister Schröder als Bundesminister der Verteidigung mit in der neuen Regierung saß. „Mais Gerhard Schröder reste une force politique", lautete die Überzeugung der französischen Regierung, wie es in einem Hintergrundbericht des Intendanten des Saarländischen Rundfunks, Franz Mai, an den Kanzler hieß[70].

Über seine Haltung zu diesem Minister ließ de Gaulle auch während dieses ersten Staatsbesuches von Anfang an keine Zweifel aufkommen. Kanzler und Verteidigungsminister flogen in getrennten Maschinen nach Paris. Als der Jet des Ministers auf dem Flughafen Orly landete, lotste ihn das Protokoll an die falsche Ecke des Flugplatzes, so daß der Empfang der deutschen Delegation ohne Schröder stattfand[71].

Kiesinger und de Gaulle

Trotz der Reserviertheit, die Kiesinger der ostpolitischen Konzeption de Gaulles entgegenbrachte, sah der Kanzler keine andere Chance für die Bundesrepublik, als zusammen

---

[66] Brandt, Begegnungen, S. 157.
[67] Ebenda, S. 153.
[68] Vgl. Seydoux, Botschafter in Deutschland, S. 97.
[69] Der Spiegel, 19.12.1966, S. 53.
[70] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Mai an Kiesinger vom 15.2.1967, S. 1.
[71] Vgl. Stamp, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1987.

mit Frankreich nach einer Verständigung mit dem Osten zu suchen. Frankreich war und blieb für die Bundesrepublik der Schlüssel zur Außenpolitik. Eine Einigung zwischen West- und Osteuropa – die einzige Chance für die Wiedervereinigung – schien ohne de Gaulle nicht möglich zu sein. Davon war zumindest Kiesinger überzeugt. Mit Frankreichs Fürsprache konnten erste Barrieren des Mißtrauens im Osten abgebaut werden. Und ein weiterer Gedanke kam hinzu: Ohne das Wohlwollen von Paris konnte die Lage für Bonn sogar gefährlich werden. Es habe einmal eine Zeit gegeben, erklärte Kiesinger 1978, in der die Engländer eine Ersatzkonstruktion für das vereinigte Europa forderten, in der sie gesagt hätten, Frankreich solle ausgeschlossen bleiben; das lasse man jetzt einfach auf der Seite liegen. Er habe aber davor gewarnt und erklärt: „Seid ihr noch bei Trost?" Wenn de Gaulle von seiner Konzeption nicht abgehe, dann könne er als Kanzler nur dafür sorgen, daß Frankreich sich nicht Rußland zuwende. Dies hätte für Deutschland und für Europa katastrophale Folgen. Man müsse eben in Gottes Namen warten, bis einmal ein anderer Regierungschef Frankreich regiere[72]. Kiesinger sah deutlich eine Gefahr, die im Herbst 1966 in der neu erwärmten Beziehung zwischen Elysee-Palast und dem Kreml lag. Es bestand die Möglichkeit, daß Frankreich sich wie vor dem Ersten Weltkrieg mit Rußland gegen Deutschland verbündete und es damit in die Zange nahm. Ein im Westen isolierter de Gaulle konnte die Bundesrepublik noch stärker schädigen: Er hatte die Oder-Neiße-Grenze anerkannt, warum nicht auch die DDR? Man konnte de Gaulle alles Mögliche zutrauen, erklärte Kiesinger später[73].

Der Kanzler sorgte sich auch um das persönliche Verhältnis zwischen ihm und dem General. Es war immerhin sein erster Auftritt im Ausland. Von der Übereinstimmung mit dem Franzosen hing auch die Einschätzung der Großen Koalition in der deutschen Öffentlichkeit ab. Wie würde aber de Gaulle, der Führer der französischen Exilregierung in London während der deutschen Besatzung Frankreichs, ihm als ehemaligem Mitglied der NSDAP gegenübertreten? Kiesinger war sich nicht sicher, ob das Treffen gut ausgehen werde. Doch davon, daß er sich um das Verhältnis gesorgt hatte, wollte er hinterher nichts wissen. Beide Staatsmänner hätten sich immer gut verstanden, erklärte Kiesinger. Und zwar seit der Zeit, als sie sich kennengelernt hatten – also seit dem triumphalen Deutschlandbesuch des Franzosen im September 1962[74]. Damals sprach de Gaulle in Ludwigsburg vor deutschen Jugendlichen und hinterließ einen tiefen Eindruck, da er seine Rede in deutscher Sprache hielt. Auch Kiesinger hatte im Anschluß an die Ansprache des Franzosen, der die Deutschen ein „großes Volk" genannt hatte, gesprochen, und zwar so, daß ihm hinterher de Gaulle das Kompliment machte, Kiesinger sei ein „richtiger Volksredner". Den Franzosen hatte vor allem beeindruckt, daß der Ministerpräsident frei redete[75].

Von dieser ersten Begegnung rührt Kiesingers Urteil über de Gaulle her. Der Franzose übte auf ihn eine nachhaltige Wirkung aus. De Gaulle sei eine Mischung aus einerseits weit vorausschauend, andererseits „tief verstrickt" in alte Vorstellungen, meinte er.

---

[72] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 37.

[73] Vgl. ebenda, S. 19 f.

[74] Vgl. Herwarth, Gespräch mit dem Verfasser, 23.10.1986. Beide hatten sich später wiedergetroffen, als Kiesinger an den Verhandlungen der Regierung seines Vorgängers, Erhard, als Beauftragter der Länder teilgenommen hatte. Im Außenministerium erinnerte man sich noch des zähen Ringens um das Bundesbanner am Auto des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, ohne das der rangbewußte Kiesinger nicht an den Verhandlungen teilnehmen wollte.

[75] Rundel, Gespräch mit dem Verfasser, 6.8.1989. Kiesinger hatte die Rede noch bis kurz vor dem Eintreffen des Generals auf dem Flughafen immer wieder eingeübt.

Kiesinger bemerkte aber auch eine Schwäche des Franzosen. Er lasse sich von Emotionen fortreißen. Das könne man an seinen Reden sehen und durch seine unbedachten Äußerungen belegen. De Gaulle sei ein ungewöhnlich kluger Mann, der aber, insbesondere wenn er vor Massen stehe, sich zu ungewollten Äußerungen hinreißen lasse. Er, Kiesinger, habe ja gesehen, wie de Gaulle ständig „mit der Masse gemurmelt" habe, als er in Ludwigsburg zum ersten Mal vor einem ausländischen Publikum aufgetreten sei. De Gaulle vor einer Masse – das sei ein ganz besonderes Phänomen: Es spräche dann aus ihm heraus – de Gaulle verliere die Kontrolle, wollte Kiesinger damit sagen[76]. Kiesinger glaubte, die rhetorischen Ausbrüche des Franzosen in Quebec wie in Hindenburg seien solche Improvisationen gewesen. Am 25. Juli 1967 hatte der Staatspräsident in einer Rede den französischen Charakter einer kanadischen Provinz beschworen, am Ende Hochrufe auf dieses französische Kanada, das „freie Quebec" ausgerufen, worauf die kanadische Regierung verärgert reagierte, de Gaulle seine Reise abbrach und nach Paris zurückkehrte. Im Ton vergriffen hatte sich der Präsident auch in Zabrze, dem früheren Hindenburg. Dort behauptete er Anfang September 1967, die Stadt sei die „schlesischste aller schlesischen und daher polnischste aller polnischen Städte", womit er die Deutschen erzürnte. Die Bundesregierung wies de Gaulle zurecht: Seit Jahrhunderten sei dieses Gebiet deutsch gewesen! Der französische Staatspräsident habe sich wegen des rhetorischen Ausbruches in Hindenburg zweimal entschuldigt, hieß es später, nachdem Kiesinger ihn brieflich auf den Fehler hingewiesen habe. Die Tatsache der Entschuldigung wertete der Kanzler als Indiz dafür, daß die Masse de Gaulle zu seiner Aussage verführt habe.

Auch de Gaulle beobachtete seinen Gast, insbesondere das Verhältnis des Kanzlers zu seinem Außenminister. Am Abend des 13. Januar tauschte man beim ersten Zusammentreffen im Elysee-Palast zunächst Komplimente aus. Kiesinger sagte schmeichelnd, verglichen mit de Gaulles souveräner Art, politische Probleme zu behandeln, sei er selbst ein Anfänger. Der Franzose antwortete galant: „Wenn Sie so gut anfangen, wo werden Sie in vierzehn Jahren sein!" Er spielte auf die Dauer der Regierungszeit Adenauers an. Intern fiel sein Urteil zurückhaltender aus, wie der französische Botschafter François Seydoux berichtet: „Seiner Umgebung sagte allerdings der General, er habe den Eindruck, daß sich Kanzler und Außenminister zwar gut verständen, doch die Entspannung oder vielmehr deren Tempo nicht im selben Lichte sähen: Kiesinger wünsche sie sich langsamer, Brandt schneller. Hierin läge wahrscheinlich eine Quelle zukünftiger Konflikte. Dieser schlummernde Gegensatz rate zur Vorsicht."[77]

Zweideutige Bilanz

Trotz des freundlichen, herzlichen Empfangs, den Kiesinger durch de Gaulle erhielt, war die Bilanz der drei persönlichen Gespräche zwischen dem Staatspräsidenten und dem Kanzler im Elysee-Palast eher mager. Kiesinger betonte im Anschluß zwar, daß vor allem Geist und Inhalt des deutsch-französischen Vertrages und die Kooperation auf außenpolitischem Gebiet „wirklich einen guten Schritt nach vorn gemacht" hätten. Der Vertrag sei wiederbelebt worden[78]. Aber wer genau hinschaute, konnte erkennen, daß in den allermeisten Fragen Differenzen vorherrschten. Das galt gerade auch für den Bereich der Außenpolitik, den die neue deutsche Regierung als gemeinsame Basis herauszustellen

[76] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 9.
[77] Seydoux, Botschafter, S. 97.
[78] BPA, Kiesinger im SWF, 15.1.1967, Anhang II, S. 1.

versucht hatte: die Ostpolitik. Schon nach dem ersten Tag formulierte Kiesinger vorsichtig die unterschiedlichen Standpunkte: „Für Frankreich sieht die europäische détente, entente et coopération – um eine Formel General de Gaulles zu gebrauchen – natürlich leichter aus als für uns; denn für uns muß ja diese Entente schon einschließen jenen Prozeß der Wiedervereinigung, der in irgendeiner Weise synchronisiert sein muß mit dieser Détente, die wir zusammen mit Frankreich durchführen wollen." Einen Fahrplan dafür gebe es nicht. Man sei nüchtern und realistisch, aber man sehe auch keinen anderen Weg, um beides zu bewahren und zu erreichen: „Den Frieden, auf den wir nicht verzichten können, und die Lösung der deutschen Frage, auf die wir nicht verzichten wollen."[79]

Kiesinger sorgte sich um die Frage, wie die Wiedervereinigung als Ziel einer Entspannung erreicht werden könne. Für ihn hatte das entscheidende Problem der Ostpolitik bisher in der Tatsache bestanden, daß die Sowjetunion eine Wiedervereinigung selbst für den Fall nicht in Aussicht stellte, daß sich die deutsche Politik ihr gegenüber radikal änderte. Für Moskau zählte nur die Anerkennung der polnischen Westgrenze und des Status quo in Europa. Darüber hinaus wollten die Sowjets die Deutschen vom Besitz der Atomwaffen ausschließen. Eine Ostpolitik, wie sie sich de Gaulle vorstellte, schien für die Bundesregierung vor diesem Hintergrund unrealistisch.

Aus vielen Gründen befand sich die französische Regierung aber in einer besseren Lage als die Bundesregierung. Man sei im Ziel einig, erklärte Kiesinger in Paris. Aber für Frankreich sei das natürlich alles viel leichter. Frankreich habe keine unmittelbaren Probleme mit den osteuropäischen Ländern. Deutschland dagegen habe „diese Probleme, all die ungelösten Probleme, die wir als Erbe einer vergangenen Zeit haben übernehmen müssen"[80]. Daher konnte und wollte Kiesinger de Gaulle nicht so weit entgegenkommen, wie es der Franzose erwartete, erhoffte. Der Kanzler war nicht bereit, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu versprechen oder vor einem Friedensvertrag in Aussicht zu stellen. Das war aber nicht der einzige Bereich in der Außenpolitik, in dem die Kooperationsmöglichkeiten beschränkt blieben. So fand sich beispielsweise im Rüstungssektor kein Ansatzpunkt für die angestrebte Zusammenarbeit – auf Grund anderweitiger deutscher Verpflichtungen. Die *Neue Zürcher Zeitung* kommentierte: Bonn sei auf diesem Gebiet, das einmal als Kernstück gemeinsamen Handelns gedacht war, zu stark auf Washington ausgerichtet und durch Waffenbestellungen in den USA festgelegt. Es bleibe kein großer Spielraum für neue Abmachungen mit Frankreich[81]. Besonders diese Tatsache mußte auf de Gaulle ernüchternd wirken. Er hatte die enge Verbindung der Deutschen zu den Amerikanern durch ein noch engeres Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Frankreich ersetzen wollen.

Der amerikanische Einfluß auf die Bundesrepublik stand auch bei den anderen umstrittenen Problemen zwischen Deutschen und Franzosen im Mittelpunkt. Neben den Rüstungsgütern, die die Bundesregierung in großem Umfang als Ausgleich für die amerikanischen Truppenstationierungskosten in den USA bestellen mußte, konnte auch in der Frage des Währungssystems und der von Frankreich propagierten Einführung des Goldstandards zwischen den beiden Ländern keine Einigung erzielt werden. De Gaulle verfolgte das Ziel, die amerikanische Reservewährung, den Dollar, durch Gold zu ersetzen. Als zweitgrößter Goldbesitzer – Frankreich hatte 1967 5,2 Milliarden Dollar in

[79] BPA, Kiesinger für die DW, 14.1.1967, Anhang II a, S. 1 f.
[80] Ebenda.
[81] Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 14.1.1967.

Gold gehortet – hätte Frankreich in der Währungspolitik, etwa bei der Vergabe von Krediten, im Kreis der anderen europäischen Staaten die führende Position übernommen. Mit Hilfe des Goldes sollte der Glanz der „Gloire de la France" wieder zurückkehren[82]. Aber die Deutschen dachten anders und unterstützten das Konzept der Franzosen nicht, das sich gegen die Herrschaft des Sterling-Blocks richtete.

Unterschiedliche Standpunkte blieben auch in der Frage des Beitritts von Großbritannien zur Europäischen Gemeinschaft bestehen. De Gaulle lehnte ihn ab, während Kiesinger ihn begrüßte. Der Kanzler teilte nicht die Ansicht des Staatspräsidenten, England suche in Europa allenfalls eine Freihandelszone, aber keine politische Union. Und es blieb zwischen beiden auch umstritten, wie denn das Ziel einer politischen Union des geeinten Europa zu erreichen sei. De Gaulle erklärte Kiesinger, er sei nicht länger geneigt, den deutschen Präsidenten der Europäischen Kommission, Walter Hallstein, in seinem Amt zu bestätigen. Hallstein war ein Befürworter des supranationalen Charakters der Gemeinschaft – ein Gedanke, den der Präsident strikt abgelehnt und sogar boykottiert hatte. Nicht von einem Europa der Technokraten, wie er gegenüber Kiesinger abschätzig formulierte[83], sondern von einem europäischen Bund der Staaten und Völker erwarte er die Kraft, gemeinsam die Zukunft zu meistern. Monsieur Hallstein solle in Ruhe seine Weihnachtsgans zu Hause verzehren, erklärte daher der Staatspräsident[84].

So überwogen die Meinungsunterschiede zwischen beiden Regierungen. Die Deutschen hatten es sich zur Aufgabe gemacht, den deutsch-französischen Vertrag wiederzubeleben. Doch selbst bei allem guten Willen war nicht zu übersehen, daß beide Staatschefs mehr trennte als nur unterschiedliche Ansichten zu einigen Fragen. Es verwundert daher, daß die Bekenntnisse zu einer vertieften Zusammenarbeit in der Entspannungspolitik nur von wenigen Beobachtern skeptisch kommentiert wurden. In einem Heft der angesehenen Zeitschrift *Europa-Archiv* kam der Generalsekretär des Centre d'Études de Politique Étrangère in Paris, Jacques Vernant, zu dem Schluß, der Besuch Kiesingers habe den Willen bekräftigt, den deutsch-französischen Beziehungen „die Vertraulichkeit und Bedeutung – wenn nicht den Vorrang" – wieder zurückzugeben. Und der Bonner Völkerrechtler Ulrich Scheuner meinte, es sei in der Bundesrepublik mit Befriedigung aufgenommen worden, daß künftig dem Verhältnis zu Paris in der deutschen Außenpolitik ein besonderer Platz eingeräumt werde[85]. Lediglich die *Neue Zürcher Zeitung* blieb in ihrer Kommentierung skeptisch: Es herrsche in Paris der Eindruck vor, daß die Politik der neuen deutschen Regierung noch der Formung bedürfe. De Gaulle wolle zwar an diesem Prozeß mitwirken. „Bei der praktischen Anwendung dieser Politik könnten allerdings wieder alte oder auch neue Gegensätze zwischen der Bundesrepublik und Frankreich hervortreten."[86]

De Gaulle und Kiesinger: Zwei unterschiedliche Konzeptionen

Nie ist der Unterschied in den politischen Auffassungen der beiden Regierungschefs so deutlich geworden wie durch Kiesingers Beschreibungen der Vier-Augen-Gespräche bei diesem Besuch. Es existieren zwei Quellen, einmal das Hintergrundgespräch mit Gisel-

[82] Schellhaaß, Internationale Währungsprobleme, S. 456.
[83] Vgl. Kiesinger, So war es, IV, 8.12.1974.
[84] Vgl. Stamp, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1987; siehe auch Der Spiegel, 15.5.1967, S. 28.
[85] EA 22 (1967), Folge 5, S. 157 und 165.
[86] Neue Zürcher Zeitung, 14.1.1967.

her Wirsing vom Oktober 1967[87]; zum anderen sind einige Artikel vorhanden, die Kiesinger im Jahre 1974 als Altbundeskanzler für *Bild am Sonntag* verfaßt hat, wobei offensichtlich Notizen und Protokolle als Grundlage dienten[88]. Beide Beschreibungen ergänzen sich, aber in den Schlußfolgerungen, die hier interessieren, verrät die Rückschau von 1974 genauer, wo sich beide Staatsmänner im Denken unterschieden. Zunächst die Darstellung der Gespräche, wie sich Kiesinger nach fünf Jahren erinnerte:

General de Gaulle begann mit der Werbung für seine Idee einer gemeinsamen Außenpolitik unter Führung Frankreichs. Dabei verwies er auf sein Angebot: Frankreich setze sich für die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten ein. „Die Franzosen kennen die Qualitäten des deutschen Volkes und fühlen sich zu ihm hingezogen", sagte er wörtlich. „Nachdem wir das Stadium der Feindschaft überwunden hätten, gebe es für die beiden Länder ganz besondere Gründe, miteinander auf gutem Fuß zu stehen, ja Bande zu knüpfen, die stärker seien als mit irgendeinem anderen Volk. Frankreich wolle Deutschland freilich nicht wiedersehen in der Gestalt des Hitlerreiches mit übertriebenen Ambitionen in bezug auf Grenzen und Waffen. Aber es wisse, daß es, um des Friedens willen und wenn es mit Deutschland auf lange Sicht in großem Stil zusammenarbeiten wolle, sich der deutschen Einheit nicht widersetzen könne. Frankreich, so sagte er eindringlich, will Deutschland vereinigt sehen."

Zwar wollten die Russen zu diesem Zeitpunkt davon noch nichts wissen. Sie hätten im Gegenteil vor, die Spaltung aufrechtzuerhalten. Aber sie wüßten, daß dies nicht immer so bleiben könne. Wenn Frankreich und Deutschland mit dem Osten auf eine echte politische Entspannung hinarbeiteten, würde der Osten allmählich seinen Widerstand aufgeben, Kontakt suchen und von Deutschland jenen Nutzen zu gewinnen trachten, den er insbesondere im wirtschaftlichen Bereich erwarten könne. „Immer wieder versicherte mir der General später dasselbe", betont Kiesinger. Er habe es auch den Russen in Moskau gesagt. Der Tag werde kommen, an dem die Bundesregierung die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze Polens anerkennen müsse. Aber bei der friedlichen Rückgewinnung der Einheit des deutschen Volkes hätten die Deutschen „keinen verläßlicheren Verbündeten als Frankreich, vielleicht [...] den einzigen, der sie ehrlich wolle und nicht nur Lippendienste leiste"[89].

Dann sprach de Gaulle von dem, was die Bundesrepublik für den gemeinsamen Kurs zu tun habe. Er forderte eine „fundamentale Unabhängigkeit" von den Vereinigten Staaten – wie „eh und je", merkt Kiesinger gelangweilt an. Frankreich wolle keine amerikanische Hegemonie, also keine atlantische Integration, weder militärisch noch politisch, noch wirtschaftlich. Die Bundesrepublik habe sich zu leicht mit dieser Abhängigkeit abgefunden, kritisierte de Gaulle, selbst unter Adenauer.

Kiesinger sah das anders. Zwar wolle auch die Bundesrepublik kein Satellit Amerikas sein. Aber ohne den Schutz dieses mächtigen Landes und ohne die Anwesenheit seiner Truppen in Europa seien die Deutschen schutzlos gegenüber der Sowjetunion, widersprach der Kanzler. De Gaulle ließ dieses Argument nur teilweise gelten. „Nicht der Wodka, sondern der Whisky erobert die Welt", erklärte er Kiesinger. Mit ihren Ideen seien die Russen überhaupt nicht mehr im Vormarsch, sondern auf einem Rückzug. Aber er, de Gaulle, gebe zu, daß die russische Armee und ihre Atomrüstung nach wie vor eine erhebliche Drohung für Europa darstellten. Deshalb werde er auch aus der politischen

[87] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967.
[88] Vgl. Kiesinger, So war es, I-IV, in: Bild am Sonntag, 17.11.-8.12.1974.
[89] Kiesinger, So war es, IV, 8.12.1974.

Organisation der Nato nicht ausscheiden. Der Kanzler deutete dem Staatspräsidenten an, daß „sein übertriebener Antiamerikanismus für uns eine unerträgliche Lage schafft". De Gaulle gab dies zu, erwiderte aber, das französische Volk sei in einer so miserablen Verfassung gewesen, daß er ein weiteres Ansteigen des Atlantismus und Amerikanismus in Frankreich nicht habe dulden können. Diese Bemerkung sei wohl als deutliche Spitze gegen die europäischen Pläne Jean Monnets gedacht gewesen, meinte Kiesinger gegenüber dem Journalisten Wirsing[90].

Der Kanzler zeigte sich vor allem beeindruckt von den skeptischen Worten, die de Gaulle gebrauchte, wenn er auf den Zustand Frankreichs vor seiner Zeit als Staatspräsident zu sprechen kam. Ihm blieb der Begriff „mépris" in Erinnerung. Frankreich sei sehr schlecht in Form gewesen, es habe sich in einem verachtenswerten Zustand (mépris) befunden[91]. Andererseits hatte de Gaulle Kiesinger deutlich zu verstehen gegeben: Frankreich sei abgesunken, aber es könne wieder emporsteigen, wenn es gelänge, ein einiges Europa zu schaffen, dessen Herz wiederum Frankreich sein würde. „Er sagte dies nicht mit dürren Worten, aber ich weiß, daß er es meinte und erhoffte. Die Franzosen müßten nur groß genug sein, dies zu wollen, und die Deutschen müßten erkennen, daß es keinen anderen Weg für Europa gäbe", faßt Kiesinger in dem Artikel zusammen.

Dem deutschen Kanzler machte der General damit klar, daß Frankreich in einem gemeinsamen Europa den Mittelpunkt bilden werde. Auch die Deutschen müßten das akzeptieren. Nur über Europa könne Deutschlands Einheit erreicht werden. Nur über Europa könne die Bundesrepublik ihr staatspolitisches Ziel verwirklichen. Dieses Europa gäbe es nur gemeinsam mit Frankreich, unter Frankreichs Führung. Aber der Bundeskanzler zeigte keine Bereitschaft, auf den Vorschlag des Staatspräsidenten einzugehen[92]. Er schien nicht einmal verstanden zu haben, daß sich die Bundesrepublik nach dem Willen de Gaulles Frankreich unterordnen sollte – zumindest weigerte sich Kiesinger, diesen Gedanken ernsthaft in Erwägung zu ziehen. „Ich empfand die Warnungen vor einer möglichen französischen Hegemonie als lächerlich und verstand den General durchaus, wenn er uns, die wir an Bevölkerung und an Wirtschaftskraft Frankreich überlegen waren, vor ‚übertriebenen Ambitionen in bezug auf Waffen und auf Grenzen' warnte." Diese Aussage konnte doch nur bedeuten, daß Kiesinger glaubte, in einem deutsch-französischen Bündnis werde die Bundesrepublik mit ihrer größeren Bevölkerungszahl und stärkeren Wirtschaftskraft ein Übergewicht Frankreichs verhindern. Und der General warnte vor dem Versuch, eine deutsche Vorherrschaft in Europa zu begründen. Eine Rückkehr zur Großmacht Deutschland wollte allerdings auch Kiesinger nicht, denn nichts habe ihm ferner gelegen, als „für Deutschland in einem geeinigten Europa die führende Rolle anzustreben". Er sah deutlich, daß nichts sicherer die Einigung Europas verhindert hätte, als „wenn wir wegen solcher Pläne hätten verdächtigt werden können". Zu schwer habe die Last der jüngsten Geschichte gewogen, der Wahnsinn einer nationalistischen Politik, die eine Flut von Elend über die Deutschen und über einen großen Teil der Welt gebracht hätte. Er habe daher während seiner Regierungszeit jede Kraftmeierei, jede Geste des „Wir sind wieder wer!" sorgfältig vermieden.

---

[90] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 9.

[91] Kiesinger, So war es, IV, 8.12.1974; dort heißt es allerdings, de Gaulle habe für das Frankreich von 1958 das Wort „abimée" [zugrunde gerichtet, verdorben] gebraucht.

[92] Vgl. Hildebrand (Erhard, S. 317), der zwar zu Recht darauf hinweist, daß Kiesinger sich dem Angebot de Gaulles „geschickt" entzogen habe. Der Historiker beschreibt allerdings einen vordergründigen Teil der Motivation des Kanzlers und gewichtet dabei den individuellen Hintergrund geringer, vor dem Kiesinger das Konzept des Franzosen betrachtete und ablehnte.

Kiesingers politische Weltanschauung

Ähnlich wie de Gaulle dachte auch Kiesinger in den Kategorien des 19. Jahrhunderts. Auch er glaubte an die Kraft der Nationalstaaten und an ihr Zusammenspiel: das Konzert der Mächte. Ein geeintes Europa war für ihn nur als Zusammenschluß souveräner Nationen vorstellbar. Er sah Deutschland als Teil des zukünftigen Europa, als einen europäischen Staat unter vielen. Zwar würde Deutschland keine Vorherrschaft anstreben, aber es mußte rehabilitiert werden. Es erhob den Anspruch auf eine den anderen Staaten ebenbürtige Position. Im Grunde wollte der neue Kanzler die Fortsetzung von Bismarcks Reich – ohne die östlichen Territorien, aber mit dem Gebiet der DDR. Die Identität der deutschen Nation sollte nicht in einem europäischen Einheitsstaat aufgehen, sondern mußte erhalten bleiben. Diese Distanz zum einheitlichen Europa, in dem alle Nationalstaaten aufgehen sollten, hat er frühzeitig entwickelt. „Als ich als einer der Europabegeisterten gleich von Anfang an mich umsah, da hat mich eines manchmal unheimlich berührt, nämlich die Sucht mancher Deutschen, mancher europabegeisterten Deutschen in dieser Flucht nach Europa in ein anonymes, vages Europa hinein ihre nationale Identität zu verlieren, aufzugeben", bekannte Kiesinger am Beginn seiner Kanzlerschaft[93]. Das sei eine gefährliche Entwicklung gewesen. Nach wie vor habe die Nation den Kern der staatlichen Gemeinschaft gebildet. Daher brauchte die Republik das Bekenntnis zur deutschen Nation. „Wir leben nun einmal in einer Welt der Nationen und müssen in dieser Welt unseren Platz, den uns gebührenden Rang, mit Würde und Entschiedenheit zu finden versuchen", erklärte er Klaus Harpprecht[94].

Es ist kein Zufall, daß Kiesinger sich hier eines Wortes de Gaulles bediente. Frankreich mochte mit den Ergebnissen der beiden Weltkriege seinen „Rang" eingebüßt haben, aber Deutschland hatte alles verloren, und Kiesinger war diese Tatsache nicht gleichgültig. Um das zu verstehen, ist es sinnvoll, sich den familiären und biographischen Hintergrund des Bundeskanzlers zu vergegenwärtigen. Kiesinger war als Junge nicht in der Tradition der Württemberger aufgewachsen, die jahrhundertelang den Habsburgern näherstanden als den Hohenzollern. Die Familie der Mutter, Domenika Grimm, stammte zwar aus dem Dorf Bubsheim, einem der katholischen vorderösterreichischen Gebiete, aber Kurt Georg nahm die in diesem Teil Deutschlands weitverbreiteten Vorbehalte gegen Preußen trotzdem nicht an. Er mochte von den alten Ressentiments gehört haben, beispielsweise von der Distanz der Württemberger gegenüber Friedrich II., dem der freche Beutezug gegen die österreichische Kaiserin Maria Theresia nie verziehen worden war. Ein solches Geschichtsbild machte auf den jungen Kiesinger aber keinen Eindruck. Dagegen lernte er das von Preußen dominierte, kleindeutsche Reich verehren. „Das deutsche Kaiserreich, so hörten wir es in der Schule und lasen es in den Büchern, war ein mächtiges Land, auf das wir stolz sein durften", heißt es in seinen Erinnerungen[95]. Die Kopfzahl seiner Bevölkerung würde nur von China, Rußland und den Vereinigten Staaten übertroffen. Andere Mächte, so war zu lesen, besäßen freilich viel größere Kolonien, die Franzosen und gar die Briten mit ihren gewaltigen Imperien. Aber auch „unsere" überseeischen Besitzungen regten die Phantasie des Schülers mächtig an: Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika, Kamerun, Togo und die pazifischen Gebiete. Während des Ersten Weltkrieges spielte der Elfjährige einen begeisterten Patrioten. Mit einer kleinen Gruppe von Knaben, einer „Kompanie", die er anführte, zog er durch den Geburtsort

[93] BPA, Kiesinger im ZDF, 5.1.1967, Anhang I, S. 11 (Gespräch mit Harpprecht).
[94] Ebenda.
[95] Kiesinger, Jahre, S. 35.

Ebingen mit schwarz-weiß-roter Fahne. „Der Letzte mit vier oder fünf Jahren wackelte hinterher", erinnert er sich später. „Einer hatte eine Trommel, der andere eine Flöte, und wir sangen dann ‚O Deutschland hoch in Ehren' mit dem Refrain ‚Haltet aus, haltet aus im Sturmgebraus'."[96]

Als der Erste Weltkrieg verlorenging, stürzte auch für Kiesinger eine Welt zusammen, „denn ich hatte bis zuletzt an die gute Sache und an den Sieg Deutschlands geglaubt". Die Niederlage konnte die Treue zu Bismarck, dem Reichsgründer, nicht erschüttern. Als Student in Tübingen zog er jedes Jahr zum Bismarckturm hinauf, „um bei lodern-dem Feuer den Reichsgründer zu feiern"[97]. Besonders beeindruckend verlief für Kiesinger der Besuch im Berliner Palais des Reichskanzlers im Jahre 1927. Der damalige Reichskanzler Wilhelm Marx hatte einige Mitglieder seiner alten Studentenverbindung Askania in das Palais in der Wilhelmstraße eingeladen. „Da ich damals Senior der Askania war, erhielt ich vom Reichskanzler einen Ehrenplatz angewiesen: den Stuhl, auf dem einst Bismarck gesessen habe."[98]

Die Bewunderung für Bismarck hielt an. Seine Nachfolger hätten das Deutsche Reich zugrunde gerichtet, behauptete Kiesinger im Januar 1967. Sie seien einfach mit dem Phänomen dieses Reiches und seiner Eingliederung in ein europäisches Mächtekonzert nicht fertig geworden. Anders als der Gründer: „Er hat es noch gemeistert, und ich bin auch überzeugt, er hätte es auch noch meistern können."[99] Der Reichsgründer habe gewußt, was selbst die Paulskirche 1848 völlig vergessen hatte, daß die deutsche Verfassung immer eine europäische Angelegenheit gewesen sei. Nur eine außergewöhnliche Gunst der Umstände konnte es den Deutschen erlauben, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, schreibt Kiesinger in seinen Memoiren[100].

Diese Erkenntnis galt auch für die Bundesrepublik. Ohne die Zustimmung der anderen Staaten Europas und der Welt konnte Deutschland die Einheit nicht erreichen. Man mußte wieder von vorn beginnen, um Vertrauen werben und eine günstige Lage in Europa abwarten. Kiesinger verglich die Bundesrepublik mit Preußen nach der Niederlage von Jena und Auerstedt. In einem Gespräch zu Beginn seiner Kanzlerschaft erklärte er, der außenpolitische Spielraum Bonns sei verhältnismäßig klein geworden – „Ich erinnere an Preußens Fall und Aufstieg zwischen 1806 und 1813."[101] Der Vergleich klingt bei aller Abschwächung und Vorsicht interessant. Das Territorium Preußens war nach der katastrophalen Niederlage gegen Napoleon, in der schwächsten Phase seit der Erlangung des Großmachtstatus in Europa, auf die Hälfte reduziert worden. Die gesamten westelbischen Territorien gingen verloren, ferner Westpreußen und die ehemalig polnischen Gebiete.

Mit umgekehrtem Vorzeichen muß man sich die Konstellation nach dem Zweiten Weltkrieg denken. Spekulativ könnte man behaupten, daß die Amerikaner 1945 die Rolle Rußlands für Preußen 1807 übernahmen. Rußland bildete das Gegengewicht zu Frankreich. Nur das Zarenreich, in einer Funktion wie die Vereinigten Staaten eineinhalb Jahrhunderte später gegenüber der Sowjetunion, konnte dem Expansionismus des napoleonischen Frankreichs Einhalt gebieten. Wenn man die – zugegeben nur halb treffende Analogisierung – fortsetzen wollte, taucht die Frage auf, ob sich de Gaulles' Frankreich und

[96] Kiesinger, Fügung und Verantwortung, S. 12.
[97] Kiesinger, Jahre, S. 88.
[98] Ebenda, S. 102.
[99] BPA, Kiesinger im ZDF, 5.1.1967, Anhang I, S. 11.
[100] Vgl. Kiesinger, Jahre, S. 89.
[101] BPA, Kiesinger im ZDF, 5.1.1967, Anhang I, S. 13.

die Rolle Österreichs unter dem Außenminister und späteren Staatskanzler Klemens Fürst von Metternich vergleichen lassen. Tatsächlich lag in de Gaulles' Streben nach einer europäischen Einheit vom Atlantik bis zum Ural etwas von den Gleichgewichtsvorstellungen Metternichs. Der Fürst verfolgte nicht die Vernichtung Napoleons und der Macht Frankreichs, sondern seine Unterordnung in ein europäisches System ausbalancierter Einflußzonen[102]. De Gaulle war wie Metternich an einem Gleichgewicht in Europa interessiert. Während der Österreicher den Kontinent in Einflußzonen von fünf Großmächten aufteilen wollte, dachte der Franzose an ein Gleichgewicht von Nationalstaaten, wobei Frankreich im Westen Europas, die Sowjetunion im Osten jeweils die Führungsposition einnehmen sollte.

Ein Vergleich der innenpolitischen Lage zwischen dem Preußen der napoleonischen Zeit und der Bundesrepublik läßt sich ebenfalls nur oberflächlich durchführen. Die Niederlage hatte die inneren Schwächen des preußischen Systems offenbart und damit den Weg geebnet für den Reformprozeß Steins und Hardenbergs. Die Gefährdung der Bundesrepublik im Innern lag woanders. Preußen hatte damals einen Krieg verloren, aber sein Regierungssystem behalten. Das war bei der Entstehung der Bundesrepublik anders. Kiesinger verglich Bonn mit der Weimarer Republik. Weimar sei an der fehlenden Unterstützung seiner parlamentarischen Demokratie durch die Mehrheit der politischen Kräfte zugrunde gegangen. Kiesinger sah 1967 diese Gefahr auch für die Bundesrepublik heraufziehen. Anlaß war der plötzliche Erfolg einer national-konservativen Partei, der NPD, die in einigen Ländern der Republik große Stimmengewinne für sich verbuchen konnte[103]. In Bayern hatte sie die FDP bereits aus dem Landtag gedrängt. Zur gleichen Zeit begann sich auf der linken Seite die studentisch geprägte Außerparlamentarische Opposition unter sozialistischem Vorzeichen zu formieren. Kiesinger glaubte hier eine Entwicklung zu beobachten, die der von Weimar ähnlich war. „Auch da weht[*e*] natürlich der Geist, wo er [*wollte*]. Und damals wäre ja diese gewaltige Entwicklung in den wenigen Jahren nicht möglich gewesen ohne das, was eben in der Zeit selbst an mächtigen Impulsen vorhanden war."[104] Mit den „mächtigen Impulsen" meinte Kiesinger den Nationalsozialismus, der die schwachen und eingeschüchterten bürgerlichen Kräfte der Weimarer Republik überspielen konnte. Auch in der Bundesrepublik – so fürchtete Kiesinger – könnten beide Entwicklungen an den rechten und linken Rändern des politischen Spektrums der Bundesrepublik eine neue, verhängnisvolle Bewegung vorbereiten. Es gehe darum, sagte der Kanzler im Januar 1967, daß auch von seiten der Politik eine geistige Erneuerung des politischen Bewußtseins betrieben und gefördert werde. Das geistige Fundament der demokratischen Ordnung müsse gestärkt werden, damit der Fanatismus sie nicht wieder mit sich fortreißen könne.

Seiner Furcht, daß die Menschen des modernen Zeitalters durch die Ideologie vereinnahmt werden könnten, setzte Kiesinger eine Hoffnung entgegen: Der Staat müsse dafür

---

[102] Vgl. Kissinger, Das Gleichgewicht.

[103] Bei der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19.9.1965 erzielte sie zwar nur 2 % der Stimmen, und im März 1966 waren es bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen noch 3,9 %. Aber am 6.11.1966 konnte die NPD in Hessen schon 7,9 % gewinnen und erstmals mit 8 Mandaten in einen Landtag einziehen. Bei den folgenden Landtagswahlen erreichte sie in Bayern 7,4 %, in Berlin 7,1 %, in Schleswig-Holstein 5,8 %, in Rheinland-Pfalz 6,9 %, in Niedersachsen 7,0 %, am 1.10.1967 in Bremen 8,8 % und schließlich am 28.4.1968 in Baden-Württemberg 9,8 %. Bei den Bundestagswahlen am 28.9.1969 scheiterte sie knapp mit 4,3 %. Dieses Ergebnis leitete den Niedergang ein.

[104] BPA, Kiesinger im ZDF, 5.1.1967, Anhang I, S. 13.

sorgen, daß die individuellen Fähigkeiten jedes Menschen ausgebildet würden. Das Individuum brauche die Freiheit, sich selbst kulturell zu vollenden. Die höchste Stufe der Entwicklung habe übrigens Frankreich erreicht. Frankreich war ihm daher ein Vorbild in der Ausbildung von höfischen und höflichen Formen[105]. Nur in der Schaffung des Individuums und seiner Verankerung in der Demokratie könnten die Nachteile und Gefahren der Massengesellschaft ausgeglichen und vermindert werden. Kiesinger selbst versuchte, nach diesem Ideal zu leben. Von seinen Mitarbeitern forderte er Verständnis für das Lyrische und Kenntnisse der Lyrik. Die politischen Berater in Stuttgart waren gehalten, Gedichte auswendig zu kennen und gelegentlich aufzusagen. Wer gar Hölderlin zitierte, konnte des Beifalls des Ministerpräsidenten sicher sein. Und die Poesie war nur ein Teil der umfassenden Bildung, die in der Nähe Kiesingers erwünscht, wenn nicht verlangt wurde. Kiesinger fragte die Mitarbeiter nach Daten und Fakten der Literatur und Geschichte sowie der Geologie ab. „Hölderlin oder Mörike-Gedichte mußte man kennen", berichtet ein enger Mitarbeiter, „sogar Erdformationen, den Trias, Keuper, Buntsandstein – wie eine solche Landschaft aussah, das mußte man wissen, das wurde abgefragt und gefordert."[106]

Die Aufgabe der Außenpolitik und ihre Bedeutung für Kiesinger wird nur vor dem Hintergrund des innenpolitischen Zieles verständlich. Und im Mittelpunkt seiner Außenpolitik stand die Beziehung zu Frankreich. Ein möglichst ungetrübtes, gutes Verhältnis zwischen Bonn und Paris sah Kiesinger als Voraussetzung für seine Strategie an, die zur Wiedervereinigung Deutschlands führen sollte. Gegen den Willen der französischen Regierung konnte die Bundesregierung nicht erfolgreich sein. Daher maß er dem ersten Staatsbesuch in Paris besondere Bedeutung bei. Daß beide Staatsmänner sich grundsätzlich in ihren Auffassungen und Plänen unterschieden, wurde unmittelbar nach dem Besuch noch nicht deutlich. In der Historiographie ist dieses erste Treffen daher frühzeitig als Zeichen der Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses gewertet worden, wenn auch zunächst nur im „atmosphärischen" Bereich[107].

Nach dem Staatsbesuch: Hoffnungen für die Ostpolitik, aber keine positive Reaktion aus Moskau

Der Bundeskanzler war bemüht, die positive Seite, seinen Willen zur Verbesserung der Beziehungen, herauszustreichen. Frankreich, so hoffte Kiesinger, werde als Vermittler in Moskau und den Hauptstädten der osteuropäischen Staaten auftreten. Diese Zusicherung hatte der französische Staatspräsident dem Bundeskanzler gegeben. Das Verhältnis zu de Gaulle habe sich nicht nur im atmosphärischen Bereich gebessert, verkündete Kiesinger daher bei der ersten großen Pressekonferenz in Bonn, wenige Tage nach

---

[105] Vgl. Rundel, Gespräch mit dem Verfasser, 6.8.1989.

[106] Ebenda. „Wenn man ein Hölderlin-Gedicht wußte, war man schon fein heraus!"

[107] Grosser, Außenpolitik, S. 231; Besson (Außenpolitik, S. 402 und 374 f.) stellt fest, daß das „Klima des Verkehrs" freundlicher geworden sei. Der im Zeichen einer gemeinsamen Ostpolitik stehende neue deutsch-französische „Frühling" habe aber einige „handfeste Mißverständnisse" enthalten. Hildebrand (Erhard, S. 315) meint, was die Atmosphäre zwischen Paris und Bonn angehe, sei man im Vergleich zur Erhard/Schröder-Ära besser miteinander ausgekommen. „Freilich hatte ‚der freundliche Realismus der Regierung Kiesinger/Brandt' kaum mehr etwas mit der herzlichen Exklusivität des deutsch-französischen Verhältnisses in der Adenauer-Zeit zu tun." Dem Werben de Gaulles um ein politisches Zusammenwirken zwischen Bonn und Paris habe sich die neue Regierung geschickt entzogen.

seiner Rückkehr. Dennoch waren die Reaktionen Moskaus auf die Signale aus Bonn alles andere als ermutigend. Kaum zwei Wochen nach Kiesingers Rückkehr erhielt die Bundesregierung eine Note der Sowjetunion mit dem polemischen Titel: „Erklärung über den Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland". Der Kreml wollte in Westdeutschland den Geist des Nationalsozialismus ausgemacht haben. In der Note hieß es, in vielen Städten würden Kundgebungen, Demonstrationen und Fackelzüge veranstaltet, die an die Naziaufmärsche der dreißiger Jahre erinnerten. Die Mitglieder der NPD seien „alle vom Geiste des offenen Chauvinismus, der Revanchegier, der Eroberung fremder Territorien sowie dem Bestreben durchdrungen, das Dritte Reich wiederherzustellen und es zum ‚ersten Staat Europas' zu machen". Eine Warnung am Schluß fehlte nicht: Die Sowjetunion sei bereit, „entsprechend den aus dem Potsdamer Abkommen und anderen internationalen Abkommen erwachsenden Verpflichtungen, erforderlichenfalls gemeinsam mit anderen friedliebenden Staaten, alle Maßnahmen zu treffen, die sich aus der Situation ergeben"[108].

Die Schärfe des Tons der sowjetischen Note kam nicht überraschend. Seit der Diskussion im Jahr 1963 um eine mögliche multilaterale Atomstreitmacht der Nato warf die Sowjetregierung in öffentlichen Erklärungen und Noten der Bundesregierung vor, sie verfolge eine Politik des Revanchismus und des Militarismus. Denn das sogenannte MLF-Projekt sah eine Beteiligung der Bundesrepublik vor. In einer Rede erklärte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Breschnew, beispielsweise im September 1965, man habe es bei der Bundesrepublik mit dem „Hauptzentrum der Reaktion und des Militarismus in Europa, mit dem Hauptverbündeten der aggressiven imperialistischen Kreise der Vereinigten Staaten zu tun". Unter diesen Umständen gäbe es keine Möglichkeiten für eine fruchtbare Entwicklung der Beziehungen zu Westdeutschland[109]. Lediglich die Antwort auf die schon oben erwähnte Friedensnote der Regierung Erhard vom 25. März 1966 schlug einen versöhnlicheren Ton an. In dieser Note hatte die Bundesregierung erstmals das Angebot eines gegenseitigen Gewaltverzichts unterbreitet, den der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Carstens, bereits auf seiner Moskauer Reise im September 1965 angeregt hatte. Carstens' Besuch stellte den ersten offiziellen Kontakt auf hoher Ebene dar, seitdem Adenauer 1955 in die sowjetische Hauptstadt gekommen war[110].

Kiesinger ließ sich von Ton und Inhalt der Sowjetnote vom Januar 1967 nicht beirren. Es ging ihm um die Verbesserung des Verhältnisses zu den Sowjets. Seine Regierungserklärung war daher als Signal an die Sowjetunion gedacht gewesen. Im außenpolitischen Teil hatte er sie an erster Stelle, noch vor allen Bündnispartnern, genannt, und Kiesinger hoffte, daß Moskau dieses Zeichen günstig aufnehmen werde. Nicht ohne Hintergedanken erwähnte der Kanzler in dieser Erklärung die Reise Adenauers von 1955, an der er als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages teilgenommen hatte. Damals habe er zu denjenigen gehört, die mit Nachdruck für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion eingetreten seien[111].

---

[108] EA 22 (1967), Folge 5, Erklärung vom 28.1.1967, S. D 111 f.

[109] EA 20 (1965), Folge 21, S. D 531.

[110] Vgl. ebenda, S. D 484. Ministerpräsident Kossygin sagte vor dem Obersten Sowjet am 3.8.1966: „Was die Bundesrepublik Deutschland betrifft, so ist die Sowjetunion keineswegs bestrebt, die Bundesrepublik aus dem Kreis der Länder auszuschalten, die wir als Teilnehmer der Festigung der europäischen Sicherheit sehen möchten." Zu Carstens' Besuch in Moskau siehe Baring, Machtwechsel, S. 225 f.

[111] Vgl. VdDB, 80. Sitzung vom 13.12.1966, S. 3662, und Diehl, Kiesinger, S. 187.

Außerdem habe er bei Gesprächen in den mit Sicherheit abgehörten Moskauer Hotelzimmern „stets laut und offen" seine Meinung gesagt: Deutsche und Russen müßten sich aussöhnen[112].

Daher wies Bundeskanzler Kiesinger zwar die Vorwürfe mit Entschiedenheit zurück, die die sowjetische Note vom Januar 1967 enthielt, beschwor aber gleichzeitig den guten Willen Moskaus. In einer Festrede anläßlich des zehnten Jahrestages der Rückgliederung des Saarlandes an Deutschland verwahrte sich der Kanzler am 30. Januar in Saarbrücken gegen die Behauptung, kaum ein Tag vergehe ohne nazistische und antisemitische Exzesse. Dieses Land sei offen für die Menschen aus aller Welt, rief Kiesinger aus. Hunderttausende, Millionen Besucher hätten die Gelegenheit, im Unterschied zu den Bürgern manch anderer Länder, die Wirklichkeit zu sehen. Alle diese Menschen rufe er als Zeugen dafür auf, daß die deutsche Wirklichkeit nicht so aussehe wie in der sowjetischen Note beschrieben. Er appelliere an die Sowjetunion, den Friedenswillen der Bundesrepublik ernst zu nehmen[113]. Kiesinger konnte sich nicht vorstellen, daß der Kreml den plötzlich wieder angeschlagenen, unversöhnlichen Ton beibehalten werde. Er halte die Führer der Sowjetunion für zu klug, als daß sie in diesem Augenblick eine solche Politik versuchen würden, meinte er drei Tage später[114].

Aber Kiesinger täuschte sich. Die wohlwollende, werbende Haltung der Bundesregierung wurde von der anderen Seite nicht erwidert. Die Sowjetunion verhielt sich auch weiterhin diplomatisch keineswegs freundlich gegenüber der Bundesrepublik. Im Gegenzug für die ersten Gewaltverzichtsentwürfe, die das Auswärtige Amt erarbeitet hatte, übergab der sowjetische Botschafter Semjon K. Zarapkin Staatssekretär Klaus Schütz am 7. Februar 1967 eine weitere Note, in der erneut eine Drohung enthalten war: Die Staatsmänner und Politiker der BRD begingen einen „groben Fehler", wenn sie nicht auf die Warnungen hörten, die von der Sorge um den Frieden in Europa diktiert seien, hieß es in der kurzen Erklärung[115]. Das bedeutete: Bonn solle zuerst die Forderungen Moskaus erfüllen, bevor über anderes gesprochen werden konnte. Aber welche?

Seit der Initiative Nikita Chruschtschows für ein internationales Abkommen vom Dezember 1963, dessen Unterzeichner sich verpflichten sollten, auf Anwendung von Gewalt bei territorialen Konflikten zu verzichten, hatte Moskau einen Katalog von politischen Forderungen aufgestellt[116]. Auf diese Weise hofften Chruschtschow und auch seine Nachfolger, die territorialen Eroberungen des Zweiten Weltkriegs abzusichern. Im Februar 1967 verlangte die Sowjetunion daher erstens die Anerkennung der DDR, zweitens die Hinnahme der bestehenden Grenzen in Europa, drittens die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches und schließlich eine Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von 1938 von Anfang an (ex tunc)[117]. Falls die Bundesrepublik ihre Beziehungen zur Sowjetunion verbessern wolle, solle sie zuerst diese Bedingungen erfüllen.

Aber nur zwei Tage nach der Übergabe dieser Forderungsliste, am 9. Februar 1967, wurde deutlich, worauf es der sowjetischen Regierung neben den erwähnten Bedingungen in erster Linie ankam: auf die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages durch die Bundesregierung. Während einer Pressekonferenz sagte Ministerpräsident Alexej Kos-

[112] Der Spiegel, 6.2.1967, S. 15.
[113] Vgl. Bulletin, 2.2.1967.
[114] Vgl. Bulletin, Kiesinger im DLF am 3.2.1967, 8.2.1967.
[115] DzD, 1966-1967, S. 484.
[116] Vgl. EA 19 (1964), Folge 2, Schreiben an Erhard vom 31.12.1963, S. D 23-32.
[117] Vgl. EA 22 (1967), Folge 6, Note der sowjetischen Regierung vom 7.2.1967, S. D 119 f.

sygin in London zum Thema: „Was die BRD betrifft, so muß ich sagen, daß sie sich dem Kernwaffensperrvertrag anschließen muß, ob sie will oder nicht."[118] Das waren verletzend offene Worte. Auch der von der Bundesregierung anschließend über den Botschafter Moskaus angeforderte offizielle Wortlaut versuchte nicht, die Deutlichkeit der Aussage Kossygins zu verschleiern. Der Bonner Pressesprecher Ahlers gab am 13. Februar den von Moskau an die Bundesregierung übermittelten Text öffentlich bekannt: „Was die Bundesrepublik anlangt, so muß ich sagen, daß, unabhängig davon, ob sie dazu gewillt ist oder nicht gewillt ist, sie sich dem Atomstoppabkommen wird anschließen müssen."

Diese Aussage löste eine heftige Diskussion in der Bundesrepublik über Ziel und Zweck des Nichtverbreitungsvertrages aus, die das Fundament der Koalition erschütterte und in deren Folge sich die Große Koalition unter ihrem Kanzler zu bewähren hatte.

3. Außenpolitik gegen Adenauer – Neuer Streit mit den Gaullisten über den Nichtverbreitungsvertrag im Februar 1967

Die Einigung zwischen den USA und der Sowjetunion überraschte die Deutschen. Der Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen[119] war zwar seit einigen Jahren zwischen den Supermächten im Gespräch gewesen, doch ein Abkommen schien nicht in Sichtweite zu sein. Beispielsweise stritten sich Amerikaner und Sowjets am Anfang des Jahres 1966 darüber, für welche Gebiete die Nichtweitergabe geregelt werden sollte. Zunächst wollten die Amerikaner unter dem Begriff „Weitergabe" ausschließlich die „nationale Verfügungsgewalt" fassen. Atomwaffen sollten nicht in die Hände von Staaten gelangen, die bisher keine atomare Bewaffnung besaßen. Das war den Sowjets nicht genug. Sie lehnten diese Interpretation mit Blick auf die Westdeutschen ab. Da die Bundesregierung eine Beteiligung an einer multilateralen, westeuropäischen Atomstreitmacht anstrebte, wollte der Kreml das Weitergabeverbot auch auf solche Bündnisse oder Gemeinschaften ausweiten. Die Bundesrepublik dürfe niemals Zugang zu Kernwaffen besitzen, weder auf direktem noch auf indirektem Weg, erklärte der sowjetische Delegierte[120].

Im März 1966 entschloß sich die US-Regierung zu einer neuen Offerte, die der sowjetischen Forderung nahekam. Jetzt wollte man den Begriff „nationale Verfügung" so verstanden wissen, daß grundsätzlich kein Kernwaffenstaat die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen an größere Gemeinschaften wie die EG übertragen dürfe. Aber es blieb auch bei dieser Formulierung eine kleine Hintertür offen. Sie hätte es der Bundesrepublik erlaubt, indirekt am westlichen Atomwaffenpotential teilzuhaben. Falls in einem Verteidigungsbündnis der europäischen Union eine der beiden Atommächte, Frankreich oder Großbritannien, ihr atomares Arsenal vollständig einbringe, dann – so die Überlegung – würde das theoretisch nicht die Anzahl der atomar bewaffneten Staaten erhöhen. Eine solche Fusion wäre daher kein Verstoß gegen den NV-Vertrag[121]. Aber gerade aus diesem Grund wollte der Kreml auch dieser Interpretation nicht zustimmen. Schließlich gaben die Amerikaner im Oktober 1966 ihre Bemühungen auf, es den Deutschen in dieser

[118] DzD, S. 505 f.
[119] Die Bezeichnung „NV-Vertrag" steht für „Nichtverbreitungsvertrag". Im Text werden auch die Begriffe Nichtweitergabevertrag, Kernwaffen- oder Atomsperrvertrag verwendet.
[120] Vgl. Birrenbach, Sondermissionen, S. 215.
[121] Vgl. ebenda, S. 217.

Hinsicht recht zu machen und eine Klausel auszuhandeln, die eine europäische atomare Streitmacht nicht von vornherein ausschloß. Das Zeichen für die größere Kompromißbereitschaft der USA gab am 7. Oktober 1966 der amerikanische Präsident Johnson in New York. In einer Rede erklärte er, die Vereinigten Staaten suchten die Aussöhnung mit der Sowjetunion. Das Ziel sei der Übergang von „der engen Konzeption der Koexistenz zu der größeren Vision des friedlichen Engagements"[122]. Die USA wollten einen Kontinent aufbauen helfen, in dem sich die Allianzen nicht mehr feindselig gegenüberstünden, sondern die Bündnisse gemeinsam die Sicherheit aller europäischer Staaten gewährleisten würden.

Johnson kündigte zudem einige Erleichterungen im Handel zwischen den osteuropäischen Staaten und den USA an. Auch versicherte er, daß seine Regierung die Integrität der existierenden Grenzen respektiere. Diese Äußerung bezog sich auf die Oder-Neiße-Linie. Ohne den deutschen Bündnispartner verletzen zu wollen, habe er Polen und Russen damit wissen lassen, daß die Vereinigten Staaten niemals mit Gewalt darauf dringen würden, allgemein akzeptierte Grenzen zu verändern[123]. Erstmals bekannte sich damit ein US-Präsident zu dieser deutschen Ostgrenze und versicherte, daß die atlantischen Nationen sich gegen die Anwendung von Gewalt zur Änderung bestehender Grenzen überhaupt wandten. Schließlich erklärte Johnson am Ende der Liste freiwilliger Zugeständnisse, die USA wollten sich verstärkt um ein Abkommen bemühen, das die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen banne[124].

Unmittelbar darauf kam es bei den Genfer Verhandlungen über den Nichtverbreitungsvertrag zu einer Annäherung der Vertreter beider Supermächte und einem ersten, gemeinsamen Vertragsentwurf[125]. Dieser Entwurf, den Außenminister Brandt im Dezember 1966 bei der Nato-Tagung in Paris von seinem amerikanischen Kollegen, Dean Rusk, erhielt, schloß jetzt auch für den Fall der europäischen Union eine Weitergabe aus. Der entscheidende Passus lautete: „Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen."[126]

Das war noch nicht der ganze Entwurf, den Brandt einsehen durfte. Es fehlte Artikel III, von dem der Bundesregierung auch im Februar 1967 noch keine offizielle Fassung vorlag. Der Inhalt war aber bereits bekannt und kursierte unter den Experten des

---

[122] EA 21 (1966), Folge 20, Rede vor der Konferenz amerikanischer Leitartikler, S. D 519. Sie stammte aus der Feder seines Beraters Zbigniew Brzezinski, der seit Beginn der sechziger Jahre eine „Brücke zwischen Ost und West" in Europa forderte.

[123] Vgl. Johnson, The Vantage Point, S. 475.

[124] Vgl. EA 21 (1966), Folge 20, S. D 512.

[125] Welche Gründe die Sowjetunion davon überzeugten, auf das Angebot einzugehen, kann nur vermutet werden. Diesel (Die Verhandlungen, S. 295) meint, vielleicht habe Moskau aus Furcht vor einer chinesischen und indischen Nuklearwaffe so plötzlich zugestimmt. Möglicherweise sollte auch den USA Kooperationsbereitschaft signalisiert werden – trotz der weiterbestehenden Konflikte. Wettig (Funktionen eines Sperrvertrages, S. 18) schließt aus der sowjetischen Propaganda, daß es sich um ein Mittel gehandelt habe, die Bundesrepublik aus dem atlantischen Verteidigungssystem herauszuziehen (daher die Polemik gegen die Präsenz amerikanischer Waffen in der Bundesrepublik) und zugleich die Entfaltung eines nuklearen Potentials von Bonn zu verhindern.

[126] EA 23 (1968), Folge 14, S. D 321 ff.

Bundestages. Immerhin genügten die ersten beiden Artikel, um das CDU-Vorstandsmitglied Kurt Birrenbach zu alarmieren. Birrenbach war zuvor als Sonderbeauftragter der Bundesregierung zur Sondierung des MLF-Projektes in den Vereinigten Staaten unterwegs gewesen. Er begriff sofort, daß es sich bei der neu angebotenen Vorlage darum handelte, die Möglichkeit einer nuklearen Bewaffnung eines Zusammenschlusses („Assoziation") von europäischen Staaten ganz auszuschließen. Birrenbach informierte in diesem Sinne Bundeskanzler und Auswärtiges Amt. Die Experten bestätigten Kiesinger, daß die Interpretation Birrenbachs richtig sei. Nach diesem Vertrag bliebe einer künftigen Union theoretisch nur noch die Sukzession, d. h. ein Staatengebilde Europa müßte die Nachfolge eines der Kernwaffenstaaten Frankreich oder England antreten. Nur für einen solchen Fall, so die Experten, könne auch der NV-Vertrag die atomare Rüstung einer europäischen Streitmacht nicht verhindern, an der die Bundesrepublik teilnehmen wolle.

Die erste öffentliche Kritik an der Vereinbarung stammte allerdings nicht von deutschen Politikern, sondern kam aus der Europäischen Gemeinschaft. Der Vertrag berührte und beeinflußte nämlich die bestehenden Abmachungen der Gemeinschaft auf direkte Weise. Drei Tage nach der Erklärung Kossygins in London, die Deutschen müßten den Vertrag unterschreiben, teilte die Kommission der europäischen Atombehörde EURATOM dem ihr übergeordneten Ministerrat mit, daß die vorgeschlagenen Bestimmungen des Kontrollartikels das Prinzip der Gleichheit unter den Mitgliedstaaten verletzten[127]. Die Mitglieder würden in atomwaffenbesitzende und nichtatomwaffenbesitzende unterteilt. Nur die letzteren müßten sich aber einer Kontrolle unterwerfen, was die Erforschung und Produktion der friedlichen Atomenergie in diesen Ländern behindern könne.

Diese kritische Beurteilung gab den Ausschlag für eine Diskussion in der Bundesrepublik, die gerade deshalb so brisant verlief, weil sie alten parteipolitischen Positionen entsprach. Erst jetzt meldete sich jene Fraktion hoher Unionsrepräsentanten zu Wort, die seit der Wahl Kiesingers verstummt zu sein schien: die sogenannten Gaullisten. Der CSU-Vorsitzende Strauß, prominentes Mitglied der Gruppe, gab dem Kanzler unter dem 15. Februar eine Stellungnahme, die Kiesinger nur als Kampfansage auffassen konnte. Er habe den Eindruck, hieß es in dem Schreiben, daß Bundesminister Brandt in Amerika die deutsche Unterschrift in Aussicht gestellt habe. Er kenne das Argument, daß ein Nein zu diesem Vertrag die Bundesrepublik in völlige Isolierung bringen werde. Angeblich drohe man auch mit Entzug des angereicherten Kernbrennstoffs von seiten der Vereinigten Staaten. „Wir dürfen hier weder aus Furcht vor der ‚Weltmeinung' noch unter dem Druck der amerikanischen Erpressung eine Unterschrift unter einen Vertrag leisten, der Deutschland endgültig zum geteilten Objekt eines Superkartells der Weltmächte abwertet, Europas Aussichten auf eine politische Einigung zerschlägt und den Bündnisgeist innerhalb der Nato noch restlos zerstört", polterte Strauß dann los. Eine deutsche Regierung, für die es noch den Begriff Nation und Geschichte gebe, könne und dürfe diesen Vertrag nicht unterzeichnen. Eine Regierung, die diesen Vertrag unterschreibe, habe das wesentlichste Recht der Souveränität „aus Schwäche oder aus Blindheit" hinsichtlich der Tragweite preisgegeben. Er warne mit allem Nachdruck vor den außen- und innenpolitischen Folgen.

Dann folgte die Drohung: „Aus Gründen der Ehrlichkeit sage ich im voraus, daß ich auf keinen Fall hier einem unter weiß Gott welchen Bedingungen zustande gekomme-

[127] Vgl. EA 22 (1967), Folge 5, S. Z 56.

nen Kabinettsbeschluß (‚wir können ja doch nicht anders') mich beugen würde. Ich werde gegen das Ja zu diesem Vertrag zunächst innerhalb der gegebenen Gremien, dann aber auch in der Öffentlichkeit mit letztem Nachdruck kämpfen. Hier ist für mich und für viele andere die Grenze dessen erreicht, was man Gewissen nennt. Hier endet Opportunismus und Taktik, hier beginnt der Bereich der letzten Verantwortung."[128] Daß es Strauß durchaus ernst war mit der Drohung, zeigt die Äußerung Adenauers vom März 1967, er sei sicher, daß der Finanzminister aus dem Kabinett „demonstrativ ausscheiden" werde, wenn der Atomsperrvertrag ohne die für die Deutschen wesentlichen Änderungen angenommen werde[129].

Kiesinger nahm das Schreiben zur Kenntnis – eine schriftliche Antwort erfolgte nicht. Zu diesem Zeitpunkt, Mitte Februar 1967, hatte der Kanzler selbst noch keine Entscheidung getroffen, wie er sich zu dem Vertragsprojekt stellen sollte. Ernste Bedenken – neben der Frage, ob die Möglichkeit, eine künftige europäische Atomstreitmacht zu bilden, durch den Vertrag beeinträchtigt oder gar verhindert werden könne – waren bis dahin nicht formuliert worden. Am 11. Januar hatte das Kabinett sogar dem Vertrag „im Prinzip" zugestimmt[130]. Endgültig Stellung wollte Kiesinger erst nach reiflicher Überlegung und Diskussion der Expertenmeinungen beziehen.

Offensive der Gaullisten

Die Gefahr, die der NV-Vertrag für die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie bedeutete, war den deutschen Politikern erst durch die sowjetische Note vom 28. Januar bewußt geworden. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Barzel meinte, man sei durch sie erst ernsthaft auf die Idee gekommen. Denn in ihr sei die zivile Forschung und die wirtschaftliche Nutzung für die deutsche Technik und Industrie in Zweifel gestellt worden, „weil sie diskreditiert wurde als mindestens paramilitärisch"[131]. Die sowjetische Führung hatte in ihrer Note vor der Verbindung von deutscher Wirtschaft, deutscher Forschung und dem angeblichen militaristischen Streben der Bundesregierung nach atomarer Bewaffnung gewarnt. Die Note enthielt beispielsweise die folgende Behauptung: „Die militaristischen Kreise der BRD, die sich dadurch tarnen, daß sie von der Notwendigkeit des ‚Anschlusses an den technischen Fortschritt' reden und die enge Verflechtung der Möglichkeiten, die neuesten Errungenschaften der Atom-, Raketen- und kosmischen Technik sowohl zu friedlichen als auch zu militärischen Zwecken anzuwenden, ausnutzen, führen umfangreiche Arbeiten militärischen Charakters auf diesen Gebieten durch."[132] In Verbindung mit der Londoner Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten wirkte das vor allem auf Unionspolitiker wie ein Plan zur Kontrolle der Bundesrepublik durch ihren größten Feind. Strauß sprach davon, der Nichtverbreitungsvertrag sei eine „Vergewaltigung der atomaren Habenichtse", eine Mißachtung der nationalen Souveränität, ein Diktat. „Das ist ein neues Versailles, und zwar eines von kosmischen Ausmaßen."[133]

---

[128] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 285, Strauß an Kiesinger vom 15.2.1967.
[129] Schwarz, Der Staatsmann, Adenauer, Gespräch mit Friedrich, S. 977.
[130] McGhee, Botschafter, S. 312; dem amerikanischen Botschafter war dies in Bonn mitgeteilt worden.
[131] BPA, Barzel im ZDF, 23.2.1967, Anhang, S. 7.
[132] DzD, (1966-1967), S. 405.
[133] Ebenda.

In der Kritik schwang Verbitterung über die USA mit. Jetzt schien sich zu bewahrheiten, wovor Adenauer seit Jahren gewarnt hatte: Die Supermächte verständigten sich auf Kosten der Deutschen. Die USA hatten einst den Westdeutschen zur Souveränität verholfen. Strauß, der erste Atomminister der Bundesrepublik, erinnerte sich später mit Dankbarkeit der Hilfe der Vereinigten Staaten für die private Atomforschung in Deutschland. Diese wäre ohne amerikanische Lieferungen von angereichertem Uran anfangs unmöglich gewesen[134].

Der CSU-Vorsitzende war nicht die einzige Persönlichkeit aus dem Lager der Gaullisten, die sich jetzt zu Wort meldete. Auch aus Spanien kamen alarmierende Worte. Nur einen Tag, nachdem Strauß seine deutliche Warnung an Kiesinger geschickt hatte, sprach Adenauer auf seiner letzten Auslandsreise im Atteneo von Madrid von der „schicksalhaften Bedeutung", die eine deutsche Unterschrift haben werde. Wenn dieser Vertrag durchkomme und man ihm zustimme, dann lege man sich selbst den Strick um den Hals[135]. „Sowjetrußland will über das gesamte atomare Gebiet in Deutschland die Kontrolle erhalten, weil es damit die Kontrolle jeder Herstellung von atomarer Kraft in der Bundesrepublik erhält und damit bei der rapiden Steigerung der Verwertung von Atomkraft im wirtschaftlichen Leben auch die Kontrolle in größtem Umfang über die deutsche Wirtschaft."[136] Wenig später erläuterte Adenauer seine Haltung zum Nichtverbreitungsvertrag. In einem Interview nannte er das Werk einen „Morgenthau-Plan im Quadrat", spielte somit auf den Plan des Amerikaners Henry Morgenthau aus dem Jahre 1944 an, Nachkriegsdeutschland in einen dezentralisierten Staat mit einer reinen Agrargesellschaft umzuwandeln[137].

In die Reihen der Gegner des Vertrages gesellte sich auch das jüngste Kabinettsmitglied, Wissenschaftsminister Gerhard Stoltenberg. Er war vom Kanzler beauftragt worden, mögliche Diskriminierungen der deutschen Atomforschung durch den Vertragsentwurf festzustellen. Stoltenberg kritisierte den Grundgedanken des Abkommens ebenso wie Strauß und Adenauer. Ein System, in dem die Großmächte den nichtnuklearen Mächten so weitreichende Verpflichtungen politischer und administrativer Art auferlegen wollten, ohne selbst vergleichbare Pflichten zu übernehmen, sei bedenklich und werfe Fragen völkerrechtlicher Problematik auf. Französische Stimmen sprächen gar von einer „nuklearen Apartheid", betonte Stoltenberg[138].

Um ganz zu verstehen, warum der Nichtverbreitungsvertrag diese heftigen Reaktionen der Gaullisten hervorrief, ist es notwendig, sich die Herkunft dieser deutschen außenpolitischen Grundrichtung zu vergegenwärtigen.

Die Entstehung der deutschen Fraktion der Gaullisten

Der deutsche Gaullismus war eine Reaktion auf die amerikanische Entscheidung zu Beginn der sechziger Jahre, der Bundesrepublik nicht die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zuzugestehen. Die Kernfragen der atomaren Strategie innerhalb der Nato hätten

---

[134] Vgl. Strauß, Erinnerungen, S. 235.
[135] Poppinga, Meine Erinnerungen, S. 358.
[136] Adenauer, Erinnerungen 1959-1963, Rede vom 16.2.1967, S. 245.
[137] Der Spiegel, 27.2.1967, S. 41. Das Stichwort „Morgenthau" wurde übrigens insbesondere deshalb aufgegriffen, weil der amerikanische Bankier am 6.2.1967 im Alter von 78 Jahren gestorben war. Aus diesem Anlaß waren Würdigungen in zahlreichen deutschen Zeitungen erschienen.
[138] Ebenda.

sich im Grunde nie grundlegend verändert, hat Strauß in seinen *Erinnerungen* behauptet. Es sei immer darum gegangen, das nukleare Risiko zwischen den Europäern und den USA auszugleichen[139]. Aus der Sicht der deutschen Gaullisten diente der Atomsperrvertrag einem einfachen Zweck: Er war dazu erdacht, eine unabhängige, atomar aufgerüstete europäische Streitmacht zu verhindern, um die Vormacht und die Stellung der beiden Supermächte in der Welt zu festigen. Das Mißtrauen gegenüber den USA, dem wichtigsten Bündnispartner der Bundesrepublik, war die Wurzel für die Entstehung der deutschen Gaullisten, jener Gruppe von Befürwortern eines engeren Bündnisses mit Frankreich, die gleichzeitig die Abhängigkeit Bonns von Washington zu verringern strebte.

Unter dem „nuklearen Risiko" verstand Strauß vor allem: die Gleichbehandlung der Bundesrepublik mit den anderen Atommächten des westlichen Bündnisses. Als Bundesverteidigungsminister hatte er in seiner Amtszeit von 1957 bis 1962 die Frage nach der Verfügungsgewalt über den Einsatz von Atomwaffen gestellt und auf eine Antwort von amerikanischer Seite gedrängt. Er forderte die Abschaffung jeglicher Diskriminierung und die Anerkennung Bonns als gleichberechtigten Partner im Bündnis. Er gab der Schutzmacht zu bedenken, wie denn eine gemeinsame Verteidigung aussehen solle, wenn sie in unterschiedliche Frontabschnitte gegliedert wäre. „Das berechtigte Wort von der ‚Aufgabenverteilung' innerhalb der Nato", schrieb er, „kann doch nicht so verstanden werden, daß an den Abschnitten, wo angelsächsische Truppen beziehungsweise andere nichtdeutsche Verbündete stehen, die abschreckende Wirkung durch taktische Atomwaffen gegeben ist – dort, wo deutsche Nato-Verbände stehen, aber nicht."[140] Kurz: Die deutsche Verteidigung müsse eine nukleare Verteidigung sein, die Atomwaffe müsse sich in den Händen auch deutscher Truppen befinden.

Vor diesem Hintergrund bereitete der Verteidigungsminister seine entscheidende Anregung vor. In einer Rede an der Georgetown Universität in Washington D.C. sprach er am 27. November 1961 von der historischen Bestimmung des Bündnisses, von Kooperation zur Koordination fortzuschreiten, hin zu einer Konföderation und endlich einer „Föderation partieller Art". Aufgabe dieser Föderation solle die Festlegung einer gemeinsamen Strategie für die Nato sowie eine gemeinsame Kontrolle und Entscheidungsgewalt über Kernwaffen sein[141]. Strauß schwebte vor, daß der Oberbefehlshaber der Alliierten in Europa dazu ermächtigt werden sollte, über den Einsatz von Kernwaffen zu entscheiden, falls die Regierung eines Mitgliedslandes für die Verteidigung ihres Staatsgebietes darum ersuche. Der Minister forderte also nichts anderes, als die Entscheidungsbefugnis über den Einsatz von Atomwaffen von Washington nach Europa zu transferieren. Die WEU, das Organ der westeuropäischen Nato-Mitgliedstaaten, sollte vierte Atommacht werden. Auf diese Weise hoffte Strauß, die Bundesrepublik ihrer ständigen Sorge über die Frage zu befreien, ob die Vereinigten Staaten im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa tatsächlich in Deutschland eingreifen würden. Und der Vorschlag hatte zudem den Vorteil, daß die Bundesrepublik sich nuklear würde verteidigen können, ohne selbst im Besitz von Atomwaffen zu sein. Aber aus der Anregung wurde nichts. Die amerikanische Regierung verzögerte eine endgültige Antwort. Mit der Zeit wuchs das Mißtrauen bei Bundeskanzler Adenauer und seinem Minister. Der Rüstungswettlauf zwischen den Supermächten nährte den Zweifel, ob denn die Vereinigten Staaten überhaupt die bestehende Verteidigungsgarantie aufrechterhalten wollten.

---

[139] Vgl. Strauß, Erinnerungen, S. 361.
[140] Politisch-Soziale Korrespondenz, 15.10.1960.
[141] Mahncke, Nukleare Mitwirkung, S. 111.

Die USA sahen sich zu Beginn der sechziger Jahre mit der Tatsache konfrontiert, durch sowjetische Trägersysteme erreichbar und daher selbst verwundbar geworden zu sein. Konnte die Bundesrepublik angesichts dieser Veränderung sicher sein, daß „der amerikanische Präsident im Ernstfall auf den roten Knopf drücken würde", fragte sich Adenauer[142]. Wenn also Europa angegriffen würde, könnten die USA nicht einen Einsatz von Atombomben verweigern, um so ihr eigenes Territorium zu schützen? Was ein Jahrzehnt lang außer Frage gestanden hatte, verlor nun an Selbstverständlichkeit. Alarmiert sahen sich der deutsche Kanzler und sein Verteidigungsminister, als General Maxwell Taylor, ein pensionierter General, von Präsident John F. Kennedy reaktiviert wurde. 1962 berief man ihn zum Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs. Zwei Jahre zuvor hatte der General das Buch *The Uncertain Trumpet* veröffentlicht, in dem er behauptete, kein Staat, der Atomwaffen besitze, werde angesichts der drohenden Zerstörung des eigenen Landes diese Waffen zur Verteidigung seiner Bündnispartner anwenden[143].

Der französische Staatspräsident bestärkte das Mißtrauen des Bundeskanzlers gegenüber den Vereinigten Staaten und machte darauf aufmerksam, daß die Bundesregierung noch immer – zu Unrecht – an dem Gedanken festhalte, daß die Nato eines Tages mit nuklearen Waffen ausgerüstet sein werde. Aber in Wirklichkeit geschehe nichts; es gäbe weder eine gemeinsame Haltung noch ein gemeinsames Handeln in der Verteidigung[144]. De Gaulle offerierte dagegen eine enge deutsch-französische Kooperation im militärischen Bereich, die – aus der Sicht von Strauß – eine nukleare Komponente einschloß. In seinen *Erinnerungen* faßte Strauß diese Perspektive folgendermaßen zusammen: Es sei damals um eine deutsch-französische Armee gegangen, „eine Armee mit gemeinsamen Atomwaffen", mit gemeinsamer politischer und militärischer Führung. „Frankreich wäre primus inter pares, wir die Nummer zwei."[145]

Adenauer öffnete sich dieser Sichtweise immer stärker, denn neben den strategischen Differenzen traten politische Unstimmigkeiten mit den USA hinzu. Es mißfiel dem Kanzler, daß die Amerikaner nach dem Mauerbau 1961 und der Kubakrise ein Jahr später zu sanft auf die Drohungen Moskaus gegenüber Berlin reagiert hatten. Nach wie vor suchten die Sowjets den Status West-Berlins zu verändern, die Truppen der Westmächte aus der Stadt zu drängen. Die Vereinigten Staaten hatten anscheinend gar nicht begriffen, daß jeder Anschlag auf einen Teil der freien Welt auch als ein Anschlag auf die USA angesehen werden mußte. Adenauer besann sich in dieser Lage verstärkt auf Europa, auf Frankreich und General de Gaulle. Der deutsch-französische Vertrag vom Januar 1963 wurde zum Symbol dieser Haltung, aber provozierte bei den Andersgesinnten eine Reaktion der Distanz gegenüber Paris. Denn die vom Bundestag später, am 15. Juni 1963, hinzugesetzte Präambel widersprach dem Geist des Vertrages und betonte im Gegenteil die atlantische Grundlage der Bundesrepublik. Die Präambel wurde zum Manifest der Atlantiker.

Als de Gaulle im Juli 1964 bei seinem Bonner Besuch von Erhard eine Entscheidung über sein Angebot einer engen politischen Zusammenarbeit verlangte und voll Enttäuschung und Wut über die ausgebliebene Antwort abreiste, teilte sich die Regierungspartei

---

[142] Adenauer, Erinnerungen 1959-1963, S. 60, Gespräch mit de Gaulle vom 29.7.1960 in Rambouillet.

[143] Strauß (Erinnerungen, S. 364) nahm daher Taylor das bei einem Besuch des Generals beteuerte Bekenntnis zur Nato-Doktrin nicht ab.

[144] Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1959-1963, Gespräch mit de Gaulle vom 15.2.1962, S. 138.

[145] Strauß, Erinnerungen, S. 434.

und die öffentliche Meinung in zwei Lager. Erhard, Schröder und Verteidigungsminister von Hassel bildeten die prominente Front derjenigen, die sich gegen „eine allzu exklusive Beziehung mit Paris zu Lasten der Bindung an Amerika aussprachen", wie Hildebrand die Zielsetzung der Atlantiker definiert hat[146]. Ihnen gegenüber standen die Führer von CDU und CSU, Adenauer und Strauß. Auch der außenpolitische Experte der CSU Guttenberg und der geschäftsführende CDU-Vorsitzende Dufhues zählten zu den Gaullisten. Die Diskussion zog so weite Kreise, daß sich selbst einzelne gesellschaftliche Gruppierungen zum einen oder anderen Lager bekannten. Anfänglich standen die Mehrheit der Mitglieder von CDU, SPD und FDP sowie Repräsentanten aus Unternehmerschaft und Gewerkschaft den Atlantikern nahe[147]. Die Befürworter einer stärkeren Bindung Bonns an Paris nahmen aber an Zahl zu, je stärker der französische Staatspräsident seine Enttäuschung über die Regierung Erhard offen zeigte.

Auch die SPD hatte inzwischen ihre Hilfe für Schröder eingestellt. Zeitweilig war er als Gegenspieler Adenauers unterstützt worden. Aber die Hoffnungen der Sozialdemokraten, der Christdemokrat könnte eine Art Verbindungsmann zwischen beiden Parteien in der Außenpolitik werden, hatten sich nicht erfüllt. Außerdem betrachtete die SPD die Entspannungspolitik de Gaulles als wichtigen Ansatzpunkt für die deutsche Ostpolitik. Bei den Teilnehmern der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU/CSU im November 1966 herrschte die übereinstimmende Meinung vor, das Verhältnis zu Paris müsse wieder in Ordnung gebracht werden. Barzel beeindruckte, daß insbesondere Brandt eindringlich für ein harmonisches Verhältnis der deutschen Bundesregierung zum französischen Staatspräsidenten plädierte[148]. Die SPD legte bei den Gesprächen Wert darauf, im einzelnen darzulegen, was sie Bundeskanzler Erhard und seinem Außenminister vorzuwerfen hatte. Sie wies auf zwei Versäumnisse hin, die Wehner am 28. November vor dem SPD-Parteirat noch einmal unterstrich: Zum einen habe die vormalige Regierungskoalition es unterlassen, Gegenvorschläge auszuarbeiten, als Frankreich aus der Organisation der Nato ausgetreten sei. Sie hätte sich etwa überlegen müssen, unter welchen neuen Bedingungen die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen auf deutschem Boden gehalten werden konnten. Zum anderen hätten Erhard und Schröder die Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen, die sich für die Bundesrepublik aus der Ostpolitik de Gaulles ergeben habe. Mit Hilfe des französischen Staatspräsidenten hätte die Position der Bundesrepublik im Osten gestärkt werden können. Diese Chance sei durch die desinteressierte Haltung der Bundesregierung ausgelassen worden[149].

Größer konnte die Einmütigkeit der Delegationen übrigens nicht sein. Wehner sprach auch den Mitgliedern der Unionsdelegation aus dem Herzen. Aber die Harmonie mit den SPD-Führern vom November 1966 endete für Strauß bereits im Februar 1967. Ab diesem Zeitpunkt zeichnete sich die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Nichtweitergabevertrag ab, den man jetzt auch polemisch Atomsperrvertrag nannte.

---

[146] Hildebrand, Der provisorische Staat, S. 287.

[147] Vgl. Griffith, Ostpolitik, S. 112. Bei der Zusammensetzung der einzelnen Gruppen betont Griffith den konfessionellen Hintergrund. Es habe sich um den Gegensatz zwischen dem katholischen Süden und dem protestantischen Norden gehandelt.

[148] Vgl. Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.

[149] Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Bestandsaufnahme, S. 70.

Strauß, die SPD und die nukleare Frage

Strauß hatte in seinem Brief an Kiesinger richtig vermutet: Trotz einiger Vorbehalte hatte Brandt in den USA tatsächlich dem Vertrag im Namen der Bundesrepublik grundsätzlich zugestimmt. Bundeskanzler Kiesinger bestätigte dies im Oktober 1967. In seinem Hintergrundgespräch antwortete Kiesinger auf die Frage, ob es wahr sei, was die Amerikaner hätten durchblicken lassen, daß die Bundesregierung den Vertrag schon „in Bausch und Bogen" angenommen hätte: „Ich fürchte leider, daß es weitgehend stimmt. Ich fürchte, daß sich Brandt bei seinem ersten Besuch in den USA ganz erheblich festgelegt hat."[150] Für Strauß wog diese Tatsache um so schwerer, als die Sozialdemokraten in den Koalitionsvereinbarungen sein Konzept einer europäischen Atomstreitmacht akzeptiert zu haben schienen. Der CSU-Vorsitzende vermutete einen Bruch der gemeinsam getroffenen Absprachen vom November 1966. Damals hatte die Oppositionspartei in ihrem kurzfristig verfaßten Acht-Punkte-Programm zwar gefordert, dem Nichtweitergabevertrag nicht nur zuzustimmen, sondern auch seine Zielsetzung zu unterstützen. Dennoch war die SPD-Delegation aufgrund der Hartnäckigkeit der CDU/CSU-Vertreter gezwungen gewesen, diese Forderung am Ende zu modifizieren.

Zu den Plänen des CSU-Vorsitzenden hatte Schmidt für die SPD am 4. November 1966 in einem Artikel des *Rheinischen Merkur* Stellung bezogen – jener Zeitung, die in den Jahren zuvor die gaullistische Seite unterstützt hatte. Die positive Beurteilung des Strauß-Plans darin überwog die wenigen kritischen Einwände. Schon deswegen signalisierte der Artikel die Bereitschaft der SPD zur Bildung einer Großen Koalition. Mehrmals berief sich Schmidt auf die Gemeinsamkeiten beider Politiker, und der SPD-Abgeordnete akzeptierte in seinem Artikel den Plan von Strauß für eine europäische Atomstreitmacht. Angesichts von 750 auf Westeuropa gerichteten, sowjetischen Mittelstreckenraketen wäre eine europäische nukleare Abschreckungsstreitmacht durchaus erwünscht, schrieb er. Allerdings solle man sich vor zu großen Erwartungen hüten. Eine solche Streitmacht setze voraus, daß die Deutschen die Franzosen von ihrem Anspruch auf nationale Verteidigung würden abbringen können, was äußerst unwahrscheinlich zu sein schien[151].

Der CSU-Vorsitzende griff die Anregung auf. Im Beisein Wehners betonte er am 14. November 1966 vor den laufenden Kameras des *Deutschen Fernsehens*, dem Gedanken eines von Schmidt vorgeschlagenen deutschen Vetorechts für den Einsatz nuklearer Atomwaffen könne er sich anschließen, sofern sie von deutschem Boden aus gezündet würden oder auf deutschen Boden gerichtet seien. Ein Veto käme auch seinem ursprünglichen Ziel, einem deutschen Mitbestimmungsrecht beim Einsatz von Atomwaffen, nahe[152]. Wehner, der sich bis dahin in der Runde unzugänglich und mürrisch gezeigt hatte, ließ daraufhin gegenüber Strauß eine gewisse Dankbarkeit anklingen. Das sozialdemokratische Vetorecht sei eben „ordentlich von Herrn Strauß interpretiert worden", lobte er verhalten. Erleichtert registrierte der amtierende SPD-Fraktionsführer, daß der CSU-Politiker durch seine Erklärung einen Stein aus dem Weg räumte, der die Bildung einer Großen Koalition bis dahin behindert hatte.

Grundsätzlich hatten die Parteien sich in den Koalitionsverhandlungen auf ein Tauschgeschäft verständigt. Die Union verzichtete auf die Forderung nach „physischem Mitbesitz" atomarer Waffen, die SPD akzeptierte im Gegenzug den Plan einer nuklea-

---

[150] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 6.
[151] Vgl. Rheinischer Merkur, 4.11.1966.
[152] Vgl. BPA, Wehner in der ARD, 14.11.1966, Anhang II, S. 9.

ren europäischen Streitmacht eines zukünftigen bundesstaatlichen Westeuropas. Blieb noch der Nichtverbreitungsvertrag. In ihrem Acht-Punkte-Programm stellte die SPD fest, der Atomwaffensperrvertrag müsse unterstützt werden, da andernfalls die Verständigung und Entspannung zwischen Ost und West blockiert werde. Aber hier trennten sich schon im November 1966 die Vorstellungen der beiden Parteien.

Wenn das Ziel ein europäischer Staat mit nuklearer Verteidigung sei, müsse alles getan werden, um sich diese Möglichkeit nicht von vornherein verstellen zu lassen, argumentierte Strauß gegen den Vertrag. Die Amerikaner seien gerade im Begriff, ungewollt dieser Zielsetzung einen Riegel vorzuschieben. Denn der Nichtverbreitungsvertrag verhindere den Aufbau einer nuklearen Macht selbst bei einem westeuropäischen Zusammenschluß. Strauß hatte schon ein Jahr zuvor, im November 1965, die eigene Regierung davor gewarnt, die Forderung nach „physischem Mitbesitz" dadurch zu retten, daß man die Unterschrift unter einen Nichtverbreitungsvertrag setze. Für Strauß wäre das ein „Kuh-Handel" gewesen. Man könne nicht ein „Erstgeburtsrecht der deutschen Souveränität verkaufen für ein Linsengericht einer temporären physischen Lösung"[153]. Jetzt – ein Jahr später – befürchtete der Politiker, daß ein deutscher Beitritt zum Sperrvertrag der kommenden europäischen Macht die Chance auf atomare Bewaffnung raube.

Die anderen Unionsmitglieder teilten diese Sorge, und die Delegation der CDU/CSU wollte sich daher nicht auf eine Unterschrift von vornherein festlegen lassen. Die SPD mußte sich daher bei den Verhandlungen erneut mit einem Kompromiß zufriedengeben. Vor dem Parteirat zitierte Wehner am 28. November 1966 aus seinen Notizen das Ergebnis: Beide Seiten seien sich klar darüber gewesen, daß die Bundesrepublik „in eine schwierige Lage" gerate, wenn sie ihre Zustimmung zu der Nichtweitergabe von Atomwaffen verweigere[154].

Der Brief von Strauß an Kiesinger vom Februar 1967, in dem er seine Opposition gegen den Kernwaffensperrvertrag angekündigt hatte[155], richtete sich vor allem gegen die SPD-Führung. Das Schreiben steht am Beginn einer polemischen Auseinandersetzung des CSU-Vorsitzenden mit der ostpolitischen Zielsetzung der Sozialdemokraten. Sie löste den innerparteilichen Gegensatz in der Union zwischen Atlantikern und Gaullisten ab. Bisher hatte sich die Kritik von Strauß aus seiner westeuropäischen Zielsetzung ergeben. Indem Brandt das Einverständnis zum Vertrag mit dem Hinweis rechtfertigte, die Zustimmung der Bundesregierung werde die Beziehung zu Moskau verbessern, wurde sie jetzt mit der Ostpolitik verknüpft. Für den CSU-Vorsitzenden bedeutete Brandts Argument die Aufgabe souveräner Rechte zugunsten einer Geste des guten Willens gegenüber der Sowjetunion. Bei dieser Ausgangslage war der kommende, unüberbrückbare Disput zwischen SPD und CSU vorhersehbar.

Brandt stimmt dem Nichtweitergabevertrag im Januar 1967 zu

Brandt hatte von Beginn an keinen Zweifel daran gelassen, daß er den Vertrag unterschreiben wollte. Als ihm US-Außenminister Rusk bei der Nato-Konferenz im Dezember

[153] Zitiert nach EA 20 (1965), Folge 24, S. Z 230.

[154] SPD (Hrsg.), Bestandsaufnahme, S. 71.

[155] Der Inhalt geriet bald in die Öffentlichkeit. Der Spiegel (20.2.1967, S. 25) zitierte sogar einen Satz wortwörtlich und erweckte somit beim Leser den Eindruck, er sei im Besitz einer Kopie. Tatsächlich war er es nicht. Strauß hatte nicht behauptet, wie in dem Magazin zu lesen stand, daß die CSU „mit allen demokratischen Mitteln" gegen den Vertrag zu Felde ziehen werde; vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 285, Strauß an Kiesinger vom 15.2.1967.

1966 in Paris die ersten beiden Artikel überreicht hatte, nahm er die Akten mit in den Winterurlaub nach Sizilien. Dort schrieb er nieder, worauf es ihm bei dem Vertrag ankam. Er formulierte drei Punkte: Erstens wolle er nicht, daß sein Land über nukleare Waffen verfüge. Aber zweitens dürfe Europa nicht schutzlos sein; das Risiko eines Angriffs müsse für die Sowjetunion groß genug bleiben. Drittens müsse die Bundesregierung in jenen Bereichen mitsprechen können, in denen sie betroffen sei. Dieser letzte Punkt bezog sich auf den Vorschlag Schmidts, ein Vetorecht einzuführen. Es müsse der Bundesrepublik die Möglichkeit offenstehen, sich an der Entscheidung über Ziele taktischer Atomraketen auf deutschem Territorium zu beteiligen[156]. Als der amerikanische Botschafter McGhee ihn am 10. Januar 1967 besuchte, sah der Außenminister offenbar gar „keinen Grund der Besorgnis". Dieser lege lediglich Wert darauf, daß die USA den Deutschen eine offizielle Interpretation des Vertragstextes zugänglich machten, berichtete der Amerikaner[157]. In der deutschen Öffentlichkeit führte Brandt zwei Gründe für seine zustimmende Haltung an: Erstens betonte er den Zusammenhang zwischen der Unterschrift der Bundesrepublik und der daraus resultierenden Erleichterung für die deutsche Ostpolitik. Zweitens gestand er den beiden Supermächten im Bereich der nuklearen Waffen eine Sonderstellung gegenüber den Nichtatomstaaten zu, die er mit Einschränkungen befürwortete.

Nach der Rückkehr von seiner ersten Reise in die USA, wo er sich vom 7. bis zum 11. Februar 1967 aufgehalten hatte, griff der Außenminister den in der deutschen Diskussion am heftigsten umstrittenen Punkt der Kontrollen auf und bekannte sich zu deren Notwendigkeit: „Mir kommt es sehr auf diesen Punkt an: Kontrollen ja, aber eindeutig und jeden Zweifel ausschließend zur Sicherung gegen einen Mißbrauch des Atoms zu militärischen Zwecken. Dies ist deshalb so wichtig, weil damit den bis zum Überfluß grundlos vorgebrachten Verdächtigungen [*gegen die*] Bundesrepublik Deutschland der Boden entzogen wäre und wir im Sinne unserer Politik der Entspannung einen Schritt weiter wären zur Normalisierung unseres Verhältnisses mit der Sowjetunion. Hier ergibt sich durchaus ein Zusammenhang zwischen unserer Osteuropa-Politik und einem sauberen Nichtverbreitungsvertrag." Wenn die andauernde sowjetische Propaganda in diesem Punkt unterlaufen werde, sei durch den Nichtverbreitungsvertrag die Möglichkeit gegeben, den politischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik zu vergrößern und nach Osten hin auszuweiten[158].

Damit hatte Brandt erstmals eine Perspektive aufgezeigt, wie die von der Koalition angestrebten, verstärkten ostpolitischen Bemühungen in einem konkreten Fall umgesetzt werden konnten. Es sollte sich bald zeigen, daß der Kernwaffensperrvertrag die einzige Chance einer neuen Ostpolitik der Großen Koalition darstellte. Denn die Bundesregierung war noch nicht bereit, die anderen Forderungen Moskaus zu erfüllen. Hingegen reichten dem Kreml die von der Regierung Kiesinger offerierten Kompromißvorschläge nicht, um auf eine Annäherungspolitik zwischen Bonn und Moskau einzugehen. Am Ende war von allen Problemen, die das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion belasteten, lediglich die Zustimmung zum Nichtverbreitungsvertrag zwischen SPD

---

[156] Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 225.

[157] Vgl. McGhee, Botschafter, S. 312 f.; dort heißt es: „Charakteristischerweise schien er [Brandt] eher an Probleme zu denken, die auf seiten der nichtatomaren Länder, besonders der Neutralen entstehen könnten. Ob wir wohl bereit wären, eine Erklärung abzugeben, daß die Atommächte sie durch ihre Nuklearwaffen nicht erpressen würden, fragte er."

[158] Die Welt, 18.2.1967.

und Union konsensfähig. Nur in dieser Frage schien eine Übereinkunft der beiden Koalitionsparteien möglich. Aber das war im Februar 1967 noch nicht vorherzusehen.

Es existierte für Brandt noch ein weiterer Grund für seine Bereitschaft, dem Vertrag zuzustimmen. Brandt billigte den beiden Supermächten eine gewisse Interessengemeinschaft bei der Kontrolle von Nuklearwaffen ausdrücklich zu. Am 10. Februar 1967 hatte er vor dem Adlai Stevenson Institute on International Affairs in Chicago festgestellt, wenn es richtig sei, daß die Atomwaffe das letzte Zeichen der Souveränität ist, so erkenne die Bundesregierung, daß hieraus gewisse gemeinsame Interessen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erwüchsen[159].

Mit dieser Behauptung unterschied sich Brandt allerdings von dem konservativen Parteiführer und Koalitionspartner Strauß auf fundamentale Weise. Er teilte die Meinung des ehemaligen Verteidigungsministers der Bundesrepublik nicht, daß man alles tun müsse, um der Republik die Möglichkeit atomarer Bewaffnung zu erhalten. Strauß beabsichtigte, wie er in seinen *Erinnerungen* schreibt, hinsichtlich „unserer vorhandenen militärischen Mittel und Möglichkeiten auf allen Ebenen vertreten zu sein". Man dürfe sich nicht freiwillig aus Etagen zurückziehen, „aus denen die anderen uns rausha-ben wollen, nur um ihre eigene Sicherheit zu erhöhen"[160].

Eine solche Sichtweise hielt Brandt für antiquiert. Die Diskussion über den Atomsperrvertrag habe gezeigt, hielt er im Rückblick fest, daß das Bonner Denken in überholten Vorstellungen verhaftet sei[161]. Bisher habe sich dieses Denken halten können, weil die Bundesrepublik über ihre Verhältnisse gelebt habe, beinah wie eine Siegermacht[162]. Die Perspektive des Außenministers sah anders aus. In einem Interview erklärte er am 18. Februar 1967: „Wir oder die meisten von uns sind in diesen Jahren davon ausgegangen, daß Deutschland keine Großmacht im militärischen Sinn mehr ist. Die Rolle Deutschlands und sein künftiges Gewicht liegt darin, ob es uns gelingt, wirtschaftlich und wissenschaftlich, technisch und qualitativ mit an der Spitze zu bleiben oder in die Spitzengruppe zu kommen. Und dafür darf ein Nichtverbreitungsvertrag kein Hindernis sein."[163]

Deutschlands Rolle in Brandts Denken vor dem Hintergrund seiner Biographie

Deutschland als Nation besaß nach dem Zweiten Weltkrieg in der Vorstellung des SPD-Vorsitzenden vor allem eine friedensstiftende Aufgabe. Brandt war sogar bereit, das nationale Ziel der Deutschen, die Wiedervereinigung, dem höheren Streben nach Frieden unterzuordnen. „Gemessen am Frieden ist die Nation nicht mehr das höchste aller Güter", sagte er in einem Gespräch 1967. Das bedeute, daß die nationale Einheit zurückstehen müsse, wenn sie dem Aufbau einer Friedensordnung im Wege stehe. Brandt konnte und wollte sich die Zukunft der Bundesrepublik nur in der Hinwendung zu einer moralisch positiven Rolle vorstellen. Sie mußte durch ihre Mitwirkung an der Aussöhnung und Verständigung zwischen den europäischen Völkern zeigen, daß sie die richtige Lehre aus zwei verlorenen Kriegen gezogen hatte. Dabei verstand der Sozialdemokrat diese neue Rolle nicht als Buße für die Schuld der Greueltaten im Dritten Reich. Im Gegen-

[159] Vgl. Bulletin, Rede vom 10.2.1967, 14.2.1967.
[160] Strauß, Erinnerungen, S. 192 f.
[161] Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 188.
[162] Siehe dazu auch Wehners Meinung (Die Welt, 20.2.1967): „Wir haben bisher über unsere Verhältnisse gelebt, so als ob wir eine adoptierte Siegermacht wären."
[163] Die Welt, 18.2.1967.

teil, Brandt war einer der ersten, der forderte, die Deutschen müßten wieder den aufrechten, normalen Gang lernen: „Wir Deutschen dürfen nicht die Geschichte vergessen. Aber wir können auch nicht ständig mit Schuldbekenntnissen herumlaufen, die junge Generation noch weniger als die ältere."[164]

In diesem Punkt unterschied sich Brandt übrigens nicht von Strauß, der in seinen Memoiren behauptet, er habe sich durch das Dritte Reich „im Sinne einer persönlichen Schuld nicht betroffen" gefühlt und auch die These von der Kollektivschuld stets zurückgewiesen[165]. Was Strauß, aber auch Kiesinger von Brandt trennte, waren die Einsichten aus den voneinander abweichenden Erfahrungen. Die beiden Christdemokraten hatten die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg als katastrophal empfunden, obwohl sie den Nationalsozialismus ablehnten. Sie erlebten den Tag der Landung alliierter Streitkräfte in der Normandie vom Reich aus – Strauß als junger Offizier in Frankreich, Kiesinger in Berlin. Für sie stellte die Invasion eine Bedrohung der eigenen Existenz dar. Sie wollten die Niederlage nicht, schon aus Furcht vor den Folgen, vor der Vergeltung des Siegers. Beide haben übrigens den 6. Juni 1944, den D-Day, in ihren Erinnerungen daher auch nicht erwähnt.

Anders Brandt. Für ihn, den Emigranten, bedeutete die sich ankündigende Niederlage Deutschlands und die Zerschlagung des Nationalsozialismus Sieg, Überleben, Freiheit! Der knapp Zwanzigjährige hatte 1933 seinen Geburtsort Lübeck verlassen müssen, weil er als Mitglied einer sozialistischen Partei, der SAPD, um sein Leben fürchtete. Sein Weg führte ihn nach Norwegen, dann nach Schweden, wo er den größten Teil des Krieges als Journalist verbrachte. Ein Glücksgefühl durchfuhr daher Brandt, als er von der Landung erfuhr. An den Tag der Invasion erinnerte er sich genau: „Als ich am 6. Juni 1944 von der Landung der Alliierten in der Normandie hörte, stiegen mir die Tränen in die Augen."[166] Für Brandt schien damit die Befreiung vom nationalsozialistischen Joch nahe zu sein. Und mit den Nazis ging auch das Reich. Er habe die These vom ungeschmälerten Fortbestand des Deutschen Reiches für Unfug gehalten, bekennt Brandt in seinen *Erinnerungen.* Aber die Beschränkung Deutschlands auf den Westen, auf die Bundesrepublik, hat er auch nicht hinnehmen wollen. Sein Protest gegen das reduzierte Deutschland, Adenauers Weststaat, zeigt sich in den Brandt-Memoiren des Jahres 1989, die noch vor den Novemberereignissen erschienen: „Ich, in einer Hansestadt an der Wasserkante aufgewachsen", heißt es da, „auch kein Preuße, höchstens ein angelernter, aber auch heute noch protestierend, wenn man mich einen Westdeutschen nennt; ich sage dann, nicht in West Germany oder l'Allemagne de l'Ouest sei ich geboren, sondern in Deutschland, und falls man es genauer hören will – in Norddeutschland."[167]

Das Reich existierte nicht mehr, und die Bundesrepublik mußte sich eine neue Bestimmung suchen. Davon war Brandt überzeugt. Er sei stolz darauf, daß die Bonner Republik eine Friedenspolitik verfolge, heißt es in seinen *Erinnerungen.* Auch aus diesen Überlegungen heraus läßt sich Brandts Eintreten für die deutsche Unterschrift unter den Nichtweitergabevertrag verstehen. Jetzt konnte die Bundesrepublik beweisen, daß es ihr in erster Linie darauf ankam, den Frieden sicherer zu machen. Öffentlich wandte er sich daher gegen die warnenden Stimmen von Strauß und Adenauer. Falls der Vertrag tatsäch-

[164] Harpprecht, Brandt, S. 143; siehe auch Braunmühl, Kalter Krieg, S. 55.
[165] Strauß, Erinnerungen, S. 240 f.
[166] Brandt, Erinnerungen, S. 134.
[167] Ebenda, S. 153 und 38.

lich eine Neuauflage des Morgenthauplans sei, äußerte Brandt am 25. Februar 1967 gereizt, so wäre erstens die Bundesregierung klug genug, das selbst zu bemerken. In diesem Fall „würden wir zweitens über einen solchen Vertrag nicht eine Minute sprechen, geschweige denn so intensiv weltweit diskutieren"[168].

An anderer Stelle beschuldigte er den Altbundeskanzler – ohne ihn beim Namen zu nennen –, maßlose „Scheinargumente" vorzubringen. Man könne sich draußen nur schwer vorstellen, daß sich in der Bundesrepublik auch Leute mit respektablem Namen äußerten, ohne die Materie zu kennen, über die sie sprächen[169]. Was die Einwände im einzelnen betraf, die auch Brandt für „verhandlungswürdig" betrachtete, so bemühte er sich, in Washington auf die deutschen Vorbehalte hinzuweisen[170]. Es war ihm allerdings vom amerikanischen Außenminister Rusk bedeutet worden, daß der Textentwurf, wie er jetzt kurz vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Genf am 21. Februar 1967 vorlag, als endgültig betrachtet wurde. Vor der Auslandspresse bilanzierte Brandt am 23. Februar seine Gespräche mit den Amerikanern: Washington gehe davon aus, daß man den Text des Vertrages als weitgehend unabänderlich betrachte und den Schwerpunkt auf „befriedigende Interpretationen" verlagert habe[171]. Im Bundestag versicherte der Außenminister den Abgeordneten am gleichen Tag, die Regierung werde das „vitale Interesse der Bundesrepublik an einer friedlichen Nutzung der Atomenergie" durchsetzen können. Die Vereinigten Staaten seien zu einer Interpretation des Vertrages bereit, für die bereits Konsultationen eingeleitet worden seien.

Zufriedenstellende Auskünfte aus Washington: Konzessionen für die Deutschen

Das Auswärtige Amt war nicht untätig gewesen und hatte bereits Anfang des Jahres 1967 einen Fragenkatalog zu den Vertragstexten an das State Department in Washington geschickt. Von deutscher Seite führten die erläuternden Gespräche Botschafter Karl H. Knappstein und sein Botschaftsrat Berndt von Staden. Ihnen saß der amerikanische Chefdelegierte William Forster gegenüber. Der Abrüstungsexperte zählte zusammen mit dem US-Botschafter in Moskau, Llewellyn Thompson, der als Unterhändler beim Nichtverbreitungsvertrag hinzugezogen wurde, zu den Experten des amerikanischen Außenministeriums.

Die Verhandlungen verliefen nicht einfach. Zusätzlich wurde die gespannte Atmosphäre dadurch belastet, daß die beiden Amerikaner in Botschaftskreisen als nicht deutschfreundlich galten. Sie zählten zu jenem Teil des „Ostküstenestablishments", das in Europa lieber Paris, vor allem aber London besuchte, ohne nach Bonn zu kommen. Die Deutschen mußten sich denn auch den Vorwurf der Amerikaner gefallen lassen, ihr Land habe den Zweiten Weltkrieg entfesselt und wolle jetzt als einziger Staat die Unterzeichnung des Vertrages verweigern. Trotzdem gaben sich die Amerikaner Mühe, das Mißtrauen der Deutschen zu zerstreuen. Sie ließen sich Kritik gefallen, erklärte später von Staden. Sie betrachteten das Vertragswerk als ihr „Kind" und taten alles, damit es sich weiter „entwickeln" konnte[172]. In den ersten Wochen suchten die Deutschen zunächst die amerikanische Interpretation der Begriffe des geplanten Abkommens zu verstehen.

---

[168] Bulletin, Rede vor der Parlamentarischen Arbeitskonferenz der SPD vom 25.2.1967, 1.3.1967.
[169] Neue Zürcher Zeitung, 27.2.1967.
[170] Vgl. Brandt, Atomsperrvertrag.
[171] Neue Zürcher Zeitung, 25.2.1967.
[172] Staden, Gespräch mit dem Verfasser, 5.11.1986.

Wie würde die sowjetische Regierung die einzelnen Punkte in ihrem Sinne auslegen? Insbesondere ging es zunächst um deutsche Bedenken in der Frage, ob der Vertrag eine mögliche Atomstreitmacht innerhalb der geplanten Europäischen Union ausschließe oder nicht. Die Amerikaner gaben ihren Gesprächspartnern eine zufriedenstellende Auslegung. Ein politisch vereintes Europa werde durch den Vertrag nicht gebunden sein, versicherten sie. So hatte auch Brandt bei seinem Besuch in Washington die amerikanische Haltung verstanden[173]. Die US-Regierung zeigte sich davon überzeugt, daß auch Moskau sich mit dieser Interpretation einverstanden erklären würde. Allerdings hatten die Amerikaner einen kleinen Vorbehalt: Man solle die Sowjetregierung nicht dazu drängen, dies auch öffentlich zu erklären.

Daß zwischen den beiden Supermächten über einen künftigen westeuropäischen Zusammenschluß unterschiedliche Standpunkte existierten, wurde schnell in den Medien bekannt. *Der Spiegel* machte am 27. Februar 1967 auf folgende Abweichung aufmerksam: „Ein vereinigtes Europa kann unter Berufung auf die Rücktrittsklausel Atommacht werden, da es als neues Völkerrechts-Subjekt die Verpflichtungen seiner Vorgänger nicht übernimmt."[174] Nur die USA allein billigten den Rücktritt auch für den Fall zu, daß sich ein europäischer Bundesstaat oder Staatenbund stufenweise entwickeln würde. Bei den meisten Fragen konnten die Amerikaner den Deutschen nur ihre Interpretation darlegen, ohne die sowjetische Einschätzung zu kennen. Vielleicht vermittelten sie deswegen den Eindruck, als ob den Deutschen durch den Vertrag kaum ein Nachteil entstünde. Eine deutsche Mitsprache bei der Atomstrategie im McNamara-Komitee, die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen unter dem sogenannten Zwei-Schlüssel-Verschluß (ein Schlüssel befand sich im Besitz der deutschen, der andere bei amerikanischen Soldaten), sogar eine multilaterale Atommacht – all das sei erlaubt, sagten sie. Für die Bundesregierung wirkte zudem beruhigend, daß der Vertrag nicht die Nato-Verteidigung auf deutschem Boden berührte. Die Bestimmungen sollten nicht auf die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in der Bundesrepublik angewendet werden, versicherten Forster und Thompson. Der Bundeskanzler selbst bestätigte diese amerikanische Auslegung. Die Gespräche hätten ergeben, daß bestehende Sicherheitsabmachungen im Nato-Bündnis von dem Atomsperrvertrag nicht berührt würden, erklärte Kiesinger am 21. Februar im *Westdeutschen Rundfunk*[175].

Damit schienen deutsche Bedenken über mögliche militärische Nachteile zunächst ausgeräumt. Bundesaußenminister Brandt machte allerdings bei seinem Besuch im Februar 1967 deutlich, daß die bisherigen Erläuterungen und Erklärungen rechtlich verbindlich sein müßten. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion müßten die Auslegung notifizieren. Der amerikanische Außenminister soll diesem Verlangen zugestimmt haben. Ohne die Notifizierung durch die sowjetische Führung werde es keinen Vertrag geben. Darüber hinaus verwies Brandt auf die Schwächen des Vertrages im Bereich der Forschung und wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie. Hier müßten noch Verhandlungen stattfinden. Die Bundesrepublik stehe dem Grundgedanken einer Nichtweitergabe von Kernwaffen positiv gegenüber und werde den Vertrag unterstützen, aber nur dann, wenn ihre industrielle Entwicklung dadurch nicht behindert werde[176].

---

[173] Vgl. Welt am Sonntag, 12.2.1967.
[174] Der Spiegel, 27.2.1967, S. 27.
[175] Vgl. Bulletin, Kiesinger im WDR, 22.2.1967.
[176] Vgl. Der Spiegel, 27.2.1967, S. 27.

Kiesinger zwischen SPD und Gaullisten

Weniger entschlossen als sein Außenminister, den Vertrag ganz zu akzeptieren, zeigte sich der Bundeskanzler. Auf seiner ersten Pressekonferenz im Januar 1967 formulierte er seine Vorbehalte: „Wir haben, wie alle nichtnuklearen Mächte, ein Sicherheitsinteresse. Wir haben ein Interesse daran, nicht eines Tages Objekt von Erpressungen durch irgendeine Nuklearmacht zu werden." Es gäbe auch wirtschaftliche Interessen, die berücksichtigt werden müßten, sagte er. Die Entwicklung von Nuklearwaffen bringe viele Nebenprodukte für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hervor. Damit werde wieder das Thema der nuklearen „gap", einer Lücke zwischen den atomaren und nichtatomaren Mächten, und die Frage einer nuklearen Zusammenarbeit aufgeworfen[177].

Kiesinger teilte also die Bedenken, aber lehnte in diesen ersten Monaten eine Unterschrift nicht grundsätzlich ab. Der Kanzler war noch von der Notwendigkeit einer deutschen Zustimmung überzeugt. Er pflichtete der Ansicht seines Außenministers bei, daß man in der Ostpolitik nicht weiterkomme und der sowjetischen Propaganda in die Hände spiele, wenn man die Zustimmung versage. Die Bundesrepublik sah er allerdings einem außerordentlich starken Druck ausgesetzt. Die Londoner Äußerung des sowjetischen Ministerpräsidenten erschwerte eine positive Stellungnahme des Kanzlers. Kiesinger erklärte am 11. Februar in Oberhausen, die Bundesrepublik habe ein großes Interesse daran, daß der Besitz an atomaren Waffen beschränkt bleibe. Aber er sagte auch: „Wenn wir einen solchen Vertrag unterschreiben, dann zwingt uns niemand zu dieser Unterschrift, als unsere eigene Einsicht und unser eigenes Gewissen."[178]

Natürlich war diese Bemerkung als Erwiderung auf das grobe, ungeschickte Wort des sowjetischen Politikers gemeint und zuerst an die Adresse des Kreml gerichtet. Aber schon bald wurde deutlich, daß der Kanzler beide Atommächte, also auch die USA, im Visier hatte. Ähnlich wie Brandt war Kiesinger darauf bedacht, die Vereinigten Staaten an die Pflicht zu gemahnen, selbst Abrüstungsvereinbarungen auf dem nuklearen Sektor einzuleiten. Der Atomsperrvertrag sei keine wirkliche Abrüstungsmaßnahme, kritisierte Kiesinger einige Tage später im Rundfunk. Trotz des Vertrages würden die Atommächte nicht nur ihr Potential erhalten, sie könnten es auch vergrößern. Es müßten daher Wege gefunden werden, die zu einer zunehmenden Einschränkung des Wettrüstens der Atommächte führten[179].

Zunächst bemühte sich der Kanzler um eine eindeutige Stellungnahme der Bundesregierung. Am 16. Februar 1967 rief Kiesinger die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien, Barzel und Schmidt, sowie den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe Richard Stücklen zusammen. Etwas später kam auch Brandt hinzu. Die Runde war sich schnell darin einig, daß man nicht umhinkommen werde, den Vertrag zu unterzeichnen. Kiesinger forderte nach dieser übereinstimmenden Beurteilung durch die Fraktionschefs, man solle die Fraktionen auf diese Linie einschwören. Damit erklärten sich die Anwesenden einverstanden. Selbst der Vertreter der CSU, Stücklen, meinte angeblich, es müsse nicht sein, daß „bei diesen Sachen die ganzen deutsch-nationalen Töne wieder hochkämen"[180]. Der Kanzler wollte auch Strauß einbinden, den er im Anschluß an die Koalitionsabsprache empfing. Aber dieser Versuch mißlang. Strauß, der am Tag zuvor den Droh-

[177] Bulletin, Kiesinger auf einer Bundespressekonferenz, 18.1.1967.
[178] Bulletin, 15.2.1967.
[179] Vgl. ebenda, 22.2.1967.
[180] Der Spiegel, 27.2.1967, S. 29.

brief geschrieben hatte, habe ständig gedrängt, klagte Kiesinger später: „Ich solle sagen, wir würden das nie unterzeichnen."[181]

Strauß wiegelte allerdings ab und erklärte sich einverstanden, die Diskussion um den Atomsperrvertrag nicht weiter anzuheizen. Der Kanzler schickte dann seinen Außenminister vor den Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion, um die Gemüter zu beruhigen – was nur halb gelang. Zweifel am Vertrag blieben. Vor allem war das Mißtrauen groß, daß die Weiterentwicklung von Forschung und Wirtschaft im eigenen Land behindert werden könnte. Am 21. Februar erläuterte dann der Kanzler vor der Unionsfraktion seine Position. Die Diskussion müsse schnell verstummen, sagte er. Wenn man schließlich doch unterzeichne, gerate man in die Gefahr, als „Verzichtpolitiker" bezeichnet zu werden[182]. Aber im Kabinett gab es anderntags keine eindeutige Stellungnahme. In der Fragestunde am 23. Februar formulierte Brandt vorsichtig, wie das Kabinett den Nichtweitergabevertrag beurteilte: Ihm sei kein Kabinettsmitglied bekannt, das grundsätzlich gegen das Ordnungselement der Nichtverbreitung von Atomwaffen sei.

Das war nicht viel. Wie dünn das Eis tatsächlich war, auf dem sich die Koalition bewegte, zeigte sich in den Äußerungen der beiden Fraktionsvorsitzenden vom selben Abend. Barzel erklärte zwar, daß es der Bundesregierung gelingen werde, die erwünschte Unterschriftsleistung der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen. Aber er kritisierte die schwache Seite des Vertrages: die Aussparung der atomaren Mächte von allen Abrüstungsschritten. Die Friedensnote der Bundesregierung vom März 1966 sei wesentlich weiter gegangen als der jetzige Vertrag, behauptete Barzel. Man habe damals einen Vorschlag unterbreitet, „einen Vorschlag, den ich, erlauben Sie, dies zu sagen, nach wie vor für vernünftiger halte und für wirksamer als das, was jetzt in Genf erörtert wird"[183].

Aber ein scheinbarer Kompromiß im Kabinett war zunächst erreicht, ohne daß freilich eine endgültige Entscheidung getroffen worden wäre. Mit diesem Ergebnis in der Tasche hoffte Kiesinger, daß sich auch die Diskussion in der Öffentlichkeit wieder beruhigen würde. Bei aller Kritik, fand der Bundeskanzler, müsse die nüchterne Analyse überwiegen. Die scharfen Attacken von Mitgliedern der Union fand er überzogen. Am Freitag, dem 24. Februar, empfahl der Kanzler in Stuttgart der deutschen Öffentlichkeit eine „maßvolle Diskussion" und das „rechte Augenmaß". Die Bundesregierung sehe die Probleme des Atomsperrvertrages genau. Die bisherige Diskussion sei „zu aufgeregt" geführt worden. Dabei erwähnte Kiesinger auch den Namen Adenauer[184].

Adenauers Kritik an Kiesinger

Es dauerte nicht lange, bis der Ehrenvorsitzende der CDU auf diese Mahnung reagierte. Nur zwei Tage später schrieb Adenauer in strengem Ton an Kiesinger: „Allgemein gesagt, steht Ihnen natürlich das Recht zu, Kritik an mir auch in der Öffentlichkeit zu üben.

---

[181] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 10.

[182] Der Spiegel, 27.2.1967, S. 30.

[183] BPA, Barzel im ZDF, 23.2.1967, Anhang, S. 3; EA 21 (1966), Folge 7, Note der Bundesregierung vom März 1966, S. D 175 ff. Tatsächlich hatte die März-Note einen Vorschlag enthalten, mit dem man hoffte, das Wettrüsten der atomaren Waffen einschränken zu können. Die Bundesregierung erklärte sich bereit, einem Abkommen zuzustimmen, „in dem die in Frage kommenden Staaten sich verpflichten, die Zahl der Atomwaffen in Europa nicht weiter zu erhöhen, sondern sie stufenweise zu verringern. Ein solches Abkommen müßte sich auf ganz Europa erstrecken, das Kräfteverhältnis insgesamt wahren, eine wirksame Kontrolle vorsehen und mit entscheidenden Fortschritten bei der Lösung der politischen Probleme in Mitteleuropa verbunden werden."

[184] Die Welt, 25.2.1967.

Ich darf aber darauf hinweisen, daß auch mir das Recht der Kritik an Ihren Reden oder Handlungen zusteht. Ich habe das bisher nicht getan, weil ich glaube, daß es nicht gut ist, wenn Sie und ich uns gegenseitig öffentlich kritisieren. Ich würde es für richtig halten, wenn wir vor öffentlicher Kritik uns gegenseitig schriftlich oder mündlich aussprächen. Ich habe sehr ernste Sorgen wegen der flauen Haltung Ihrer Regierung und Ihrer selbst, die Sie gegenüber der US und SU in dieser lebenswichtigen Frage einnehmen. Wenn Sie und Ihre Regierung und die von dieser beeinflußten Presse, Funk und Fernsehen eine solch euphoristische Sprache haben, wird Ihre Stimme kein Gehör finden. Ich bitte Sie, mir das aufgrund meiner langjährigen Erfahrung zu glauben. Auch das, was wir unter der Kanzlerschaft Erhards erlebt haben, bestätigt diese meine Meinung."

Gerade „Ihre Haltung" habe ihn zu seinen scharfen Reden veranlaßt, in denen er übrigens den Bundeskanzler namentlich nie erwähnt habe. Um seinen Worten Nachdruck zu verleihen, fügte Adenauer einige Zeitungsartikel bei und meinte, die an diesem Tag in der Presse gemeldete Erklärung des amerikanischen Verhandlungsführers bestätige die Richtigkeit seiner Auffassung. Welchen Einfluß die Haltung der Deutschen auf Frankreich ausübe, könne der Kanzler einer Äußerung von *Agence France Press* entnehmen. „General de Gaulle zieht daraus Schlüsse für unsere Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, die nicht günstig für uns sind", warnte Adenauer zum Schluß[185].

Die öffentliche Kritik Kiesingers an seiner politischen Meinung muß den Ehrenvorsitzenden der CDU besonders irritiert haben. Denn Adenauer hatte am selben Tag, an dem ihn Kiesinger in Stuttgart angriff, den Kanzler als Kandidaten für den Vorsitz der Partei vorgeschlagen. In dieser Frage hatte Adenauer seine Meinung revidiert. Noch Anfang Februar erklärte er, es sei am besten, wenn nicht der Bundeskanzler als Nachfolger Erhards das Amt des CDU-Vorsitzenden übernähme. Vielmehr empfehle er eine Ämtertrennung. Doch bald darauf sparte Adenauer nicht mit Lob für die neue Regierung und ihren Kanzler. Er könne „nur im Falle Kiesingers" die Personalunion von Kanzler und Parteivorsitz empfehlen, hieß es jetzt. Kiesinger mache seine Sache gut, und die Große Koalition lasse sich gut an. Das Lob galt auch dem Koalitionspartner. Adenauer rühmte den Fleiß der sozialdemokratischen Minister[186].

Aber jetzt hatte Kiesingers Bemerkung das Klima verändert. Die öffentliche Kritik Kiesingers an Adenauers Warnungen vor dem NV-Vertrag führte dazu, daß der Altbundeskanzler sofort einen scharfen Ton gegenüber dem Regierungschef anschlug. Der Brief enthielt bewußt provozierende Worte: Wenn Adenauer die Haltung Kiesingers gegenüber den USA als „flau" bezeichnete oder vor einer „euphoristischen" Sprache warnte, dann sollten diese Worte beleidigen, demütigen, verletzen. Immer dann, wenn Adenauer die Auseinandersetzung suchte, so hat es Baring formuliert, habe er die Distanz gesucht, dann habe sich seine Unnahbarkeit, seine Kühle und Härte gezeigt. Auseinandersetzung habe für Adenauer immer auch Demütigung für den anderen bedeutet[187].

Den Streit mit dem Kanzler suchte Adenauer auch deshalb, weil die Zeitungen vom 25. und 26. Februar sein Mißtrauen zu bestätigen schienen, Washington selbst stecke hinter den Kontrollbestimmungen des Vertrages. Über den schwierigen Anfangsdialog in Genf zwischen den beiden Supermächten hatte sich nämlich inzwischen auch der Chefunterhändler Forster enttäuscht geäußert. Die Vereinigten Staaten könnten bereit sein,

---

[185] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Adenauer an Kiesinger vom 27.2.1967.

[186] Neue Zürcher Zeitung, 25.2.1967. Siehe auch die vertrauliche Einschätzung Adenauers bei Schwarz (Der Staatsmann, S. 977), Wehner sei heute der stärkste Mann im Kabinett. Selbst Kiesinger suche es ihm in erster Linie recht zu machen.

[187] Vgl. Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 172.

auf jegliche obligatorische Kontrolle der Ausführungsbestimmungen zu verzichten, hatte Forster vor der Presse erklärt. Und dann folgte der Satz, den Adenauer für bezeichnend hielt: „Auf bohrende Fragen amerikanischer Journalisten gestand Forster, daß die Kontrollforderung ein amerikanisches Kind ist und sich die Sowjetunion daran immer desinteressiert gezeigt habe."[188] Da stand es schwarz auf weiß: Nicht dem expansiven sowjetischen Streben nach Kontrolle über Westeuropa verdankte die Bundesregierung den gefährlichen Kontrollartikel, sondern dem eigenen Bündnispartner, der eigenen Schutzmacht! Das Mißtrauen Adenauers, das sich schon Ende der fünfziger Jahre nach dem Tode von John Foster Dulles, dem früheren amerikanischen Außenminister, gebildet hatte, verstärkte sich noch. Schließlich hatte auch – worauf Adenauer Kiesinger ebenfalls hinwies – der Pariser Korrespondent im *Rheinischen Merkur* dargelegt, wie die Amerikaner in der Vergangenheit verhindert hatten, daß Frankreich unkontrolliert in den Besitz von Plutonium gelangen konnte[189].

Adenauer fürchtete vor allem Rückwirkungen auf das Verhältnis zu de Gaulle. Falls die Bundesregierung den Vertrag unterzeichnete, konnte der französische Staatspräsident dies nur so deuten, daß sich die militärische Abhängigkeit der Deutschen von den Amerikanern noch vergrößerte. Die Berichterstattung in den französischen Medien erweckte tatsächlich diesen Eindruck. Unter der Überschrift „In Genf und Washington: Deutsch-amerikanische Gespräche" meldete die Agentur *AFP*, die Gespräche am Rande der Abrüstungskonferenz zwischen dem deutschen Beobachter in Genf, dem Diplomaten Swidbert Schnippenkoetter, und dem Chef der amerikanischen Delegation, Forster, stellten die eigentlichen Verhandlungen dar. Das Zusammentreffen der beiden sei von größter Diskretion umgeben gewesen, berichtete die Agentur. Es sei keine öffentliche Erklärung erfolgt. „Wenn es wahr ist, was eine vertrauensvolle Quelle inzwischen angedeutet habe, dann habe der Bonner Beobachter in Genf die Haltung seiner Regierung deutlich gemacht, daß die wirklichen Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten über eine mögliche Ratifizierung eines künftigen Vertrages gegenwärtig in Washington stattfänden."[190]

Für Adenauers Argument, Bonns Zustimmung zum Sperrvertrag könne das Verhältnis zu Paris schnell wieder abkühlen, sprachen auch Hinweise, die Kiesinger im Februar 1967 von einem Informanten außerhalb der Diplomatie zugetragen worden waren. Kiesinger hatte zwar öffentlich betont, daß der General ihm bei seinen Gesprächen keine Empfehlung gegeben habe. Dennoch mahnten französische Stimmen die Deutschen zur Vorsicht. Der Intendant des Saarländischen Rundfunks, Mai, ein früherer Mitarbeiter Adenauers, schickte dem Kanzler am 15. Februar einen Bericht über eine Begegnung mit französischen Politikern, darunter einem früheren Minister. „Es schien mir im Hintergrund auch die Sorge wach zu sein", schilderte Mai den Gesprächsablauf, „daß die gemeinsame Verteidigungspolitik in Europa bei seiner Unterzeichnung erhebliche Schwierigkeiten machen würde. Man wird zwar von französischer Seite Deutschland niemals den Mitbesitz nuklearer Waffen einräumen, weil man dies offenbar Moskau und den Ostblockstaaten versprochen hat. Auf der anderen Seite scheint der Weg einer nuklearen Verteidigungsgarantie durchaus möglich zu sein, wobei man allerdings offenbar auf unsere wissenschaftliche und technische Hilfe hofft."[191] Die deutsche Unterschrift unter

[188] Die Welt, 25./26.2.1967
[189] Vgl. Rheinischer Merkur, 24.2.1967.
[190] Le Monde, 26./27.2.1967.
[191] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Mai an Kiesinger vom 15.2.1967, Blatt 2.

den Vertrag konnte also einer Verbesserung und Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen im Wege stehen, sie vielleicht sogar behindern. Das war zumindest der Schluß, den Kiesinger aus dem Bericht ziehen mußte. Adenauers Mahnung, daß die Unterzeichnung durch die Bundesrepublik negative Rückwirkungen bei de Gaulle haben könnte, schien daher berechtigt.

Der Brief Adenauers verfehlte seine Wirkung auf Kiesinger nicht. Der Kanzler fühlte sich in die Defensive gedrängt. Diesmal äußerte sich das auf eine spektakuläre Art und Weise.

„Atomares Komplizentum" – Kiesinger behauptet sich gegenüber den Gaullisten

Bundeskanzler Kiesinger war am Montagmorgen, dem 27. Februar 1967, wie in den Anfangsmonaten gewöhnlich aus Tübingen mit dem Zug in Bonn eingetroffen. Er begab sich sofort in das Bundeskanzleramt. Für den späten Vormittag war eine Rede vor dem Verein der Union-Presse vorgesehen, einer Vereinigung von Journalisten, die für die CDU/CSU schrieben oder ihr zumindest nahestanden. Das war für den zukünftigen Parteivorsitzenden ein ideales Forum: Hier konnte er offen sprechen. Kiesinger machte sich keine Sorgen um seinen Vortrag. Er wollte das Aktuelle ansprechen, die Aufnahme der Beziehungen zu Rumänien, den Appell an Moskau, den an Ost-Berlin und zum Abschluß einige Worte zum Atomsperrvertrag. Doch es kam anders.

Im Palais Schaumburg eingetroffen, sah er die Post durch. Ein Brief von Adenauer war dabei – vom gleichen Tage, nur wenige Stunden zuvor diktiert und getippt. Der Kanzler öffnete, las, und seine Stimmung verdüsterte sich. Es war jener – bereits oben wiedergegebene – Brief, in dem der Altbundeskanzler seine Politik gegenüber den USA tadelte. Der Ton des Schreibens traf ihn unvorbereitet. Die privaten Beziehungen zu Adenauer hatten sich seit der Abgabe der Regierungserklärung Mitte Dezember 1966 gut entwickelt. Auf Wunsch des CDU-Ehrenvorsitzenden hatte das Parteipräsidium zum Geburtstag Adenauers am 5. Januar keinen Gratulationsempfang gegeben, sondern nur ein Abendessen im kleinen Kreis ausgerichtet. Kiesinger hatte es übernommen, die Leistung des verdienten Bundeskanzlers zu würdigen. Am nächsten Tag schrieb ihm Adenauer freundlich und dankte, er möchte noch einmal wiederholen, „was ich im Kreise unserer Parteifreunde schon sagte, daß ich Ihnen für die Lösung der großen, für das Schicksal unseres Landes so bedeutungsvollen innen- und außenpolitischen Aufgaben Glück und Segen wünsche"[192]. Kiesinger besaß den Segen Adenauers. So schien es.

Inzwischen waren fünf Wochen vergangen, und beide Unionspolitiker hatten sich seit dieser Zeit nicht mehr getroffen. Auch wegen der wohlwollenden Worte, mit denen Adenauer öffentlich die Große Koalition bedachte, mußte Kiesinger annehmen, daß sich an dem guten Einvernehmen nichts geändert hatte. Um so mehr war er von der Schärfe des Tons überrascht, den Adenauer jetzt anschlug. Flaue Haltung? Dieses Urteil fand Kiesinger schlicht falsch. Die USA hatte er seit Beginn seiner Amtszeit eher stiefmütterlich behandelt. Er war nicht überstürzt nach Washington gereist, wie es Adenauer 1961 und Erhard nach seiner Wahl 1963 getan hatten. Und er hatte sich deutlich von seinen beiden Vorgängern abgehoben, als er von den „amerikanischen Interessen in Europa" sprach, um zu verdeutlichen, daß sich die Interessen der Bundesrepublik nicht automatisch mit denen der USA deckten. Die Worte „flaue Haltung" empfand er als verletzend. Und was sollte schon mit „euphoristischer" Sprache gemeint sein?

---

[192] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Adenauer an Kiesinger am 6.1.1967.

Vor der Union-Presse äußerte er sich wenige Stunden später in der Beethoven-Halle über Fragen der Außen- und Innenpolitik. Mit Sorge betrachte er das Verhältnis zu den westlichen Verbündeten, insbesondere zu den Vereinigten Staaten, leitete Kiesinger zum Thema über. So könne es nicht weitergehen, rief er aus: „Wir reden ja überhaupt nur noch über Streitfragen miteinander. Wir reden ja gar nicht mehr über gemeinsame Politik. Was wir einmal aufgebaut haben und was angefüllt war mit einem unbändigen Willen zur Freiheit der Welt, das droht zum leeren Gehäuse, zum bloßen Apparat zu werden: Nato, Bündnisgeist der Nato."[193]

Was hier wie die Klage über den existierenden Zustand der Nato klang, war in Wahrheit als Vorwurf an die Adresse der USA gedacht. Kiesinger wollte offensichtlich zeigen, daß die Behauptung Adenauers einer „flauen" Haltung gegenüber Washington nicht zutraf. Und gleich anschließend wandte sich Kiesinger mit der folgenden Bemerkung direkt an Adenauer: „General de Gaulle wirft uns Deutschen vor, wir seien den Amerikanern gegenüber zu gehorsam; alle, auch Adenauer."[194]

Das war ein Satz, dessen Inhalt freilich niemand im Saal verstehen konnte. Kiesinger bereitete diese kleine Spitze gegen den CDU-Ehrenvorsitzenden eine gewisse Genugtuung. Machte es sich Adenauer nicht zu leicht, wenn er die Probleme mit Frankreich jetzt allein der Großen Koalition anzulasten schien? Schließlich war es Adenauer selbst gewesen, der die enge Bindung zu den USA mit dem damaligen Außenminister Dulles eingegangen war. Jetzt traute Kiesinger Adenauer sogar zu, bewußt einen Bruch mit den USA herbeiführen zu wollen[195]. Für Kiesinger drohte der Altbundeskanzler den Boden der deutschen Realität zu verlassen.

Zum Teil stimmte Kiesinger dem Gründer der westdeutschen Republik in seiner Rede allerdings zu: Es sei seine Aufgabe als Kanzler, festzustellen, inwieweit die amerikanischen Interessen mit den deutschen und denen der anderen Europäer noch übereinstimmten. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges seien die Interessen weithin identisch gewesen. Seitdem habe sich allerdings „diese merkwürdige, fast paradoxe Situation herausgebildet, die offenbar von keiner Diplomatie so richtig in den Griff genommen worden ist. Das Bündnis besteht weiter. Der Antagonismus besteht weiter. Aber darüber hat sich so eine Form des atomaren Komplizentums oder der gemeinsamen atomaren Verantwortlichkeit gebildet, die diese Antagonisten immer näher und näher zusammenzwingt."[196] Im Falle des Atomsperrvertrages habe keine gründliche Beratung zwischen den Verbündeten stattgefunden, mahnte Kiesinger. In Zukunft werde er auf einer umfassenden und gründlichen Beratung der politischen Zusammenhänge bestehen, kündigte er an.

Tatsächlich hatte sich der Kanzler darüber geärgert, auf welche Weise der amerikanische Botschafter, McGhee, ihn über die einzelnen Punkte des Atomsperrvertrages informiert hatte. McGhee habe buchstäblich aus seiner Brusttasche kleine Zettel mit einzelnen Formulierungen hervorgeholt, berichtete der Persönliche Referent des Kanzlers, Neusel, später. Diese unprofessionelle Vorbereitung des amerikanischen Botschafters empörte Kiesinger[197]. Sie schien ihm kein Einzelfall zu sein. Schon einmal, am 8. Oktober 1963, hatte er die amerikanische Regierung rügen müssen, weil die Bundesregierung über das Teststoppabkommen nicht hinreichend unterrichtet worden war. Damals traf

[193] Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 36.
[194] Ebenda.
[195] Schwarz (Staatsmann, S. 976) berichtet, Kiesinger habe dies Ahlers gegenüber bemerkt.
[196] Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 36.
[197] Vgl. Neusel, Gespräch mit dem Verfasser, 30.9.1989.

er als Bundesratspräsident im Weißen Haus mit Präsident Kennedy zusammen – nur wenige Wochen vor dessen Tod. Kennedy wies seinen Sicherheitsberater an, auf verbesserte Konsultationen zu achten[198]. Aber es hatte sich offensichtlich nicht viel geändert, wie Kiesinger jetzt, vier Jahre später, feststellen mußte.

Den direkten Anlaß für Kiesingers Vorwurf, es bestehe eine Art „atomares Komplizentum" zwischen den Supermächten, lieferte allerdings der Brief von Adenauer. Das verriet Kiesingers Antwortschreiben, obwohl es in scheinbar gelassenem Ton verfaßt wurde. Aber schon die Tatsache, daß Kiesinger die Anrede „Sehr verehrter" wegließ, deutete darauf, daß er gleich zu Beginn eine Distanz aufbauen wollte. Kiesinger hatte ernste, unerfreuliche Dinge mitzuteilen:

„Ich bin mit Ihnen darin einig", hieß es, „daß wir uns nicht öffentlich kritisieren oder jedenfalls vor einer solchen öffentlichen Kritik uns gegenseitig aussprechen sollten. Ich habe in meinen bisherigen Stellungnahmen Ihre eigenen Äußerungen, die für jeden intelligenten Leser eine deutliche Kritik an der Politik meiner Regierung darstellen, kaum berührt. Sie schreiben mir, Sie hätten sehr ernste Sorgen wegen der ‚flauen Haltung' meiner Regierung und meiner selbst gegenüber der US und der SU in der Frage des Atomsperrvertrages. Ich muß dieser Auffassung auf das Entschiedenste widersprechen; wer eine maßvolle Sprache spricht, treibt deswegen noch lange keine ‚flaue' Politik. Was ich in Oberhausen sagte, gilt für mich nach wie vor: Die Entscheidung darüber, ob wir den Atomsperrvertrag unterschreiben oder nicht, wird ausschließlich durch unsere eigene Einsicht und durch unser eigenes Gewissen bestimmt. Wenn Sie meine Äußerungen genau gelesen haben, werden Sie übrigens kaum einen Anlaß finden festzustellen, ich hätte ‚euphoristisch' gesprochen. Im übrigen halte ich mich über alles, was mit diesem Vertrag zusammenhängt, und auch über die Meinungen in den verschiedenen Hauptstädten dazu auf das Genaueste unterrichtet." Dann schloß Kiesinger mit Worten, die noch immer seinen Zorn verrieten: „Seien Sie überzeugt, daß meine Sorgen gegenüber diesem Vertrag nicht geringer sind als die Ihrigen. Und nicht geringer ist auch meine Entschlossenheit, die lebenswichtigen deutschen Interessen gegenüber diesem Vertrag zu wahren. Es wäre, auch um des Zusammenhalts unserer Partei willen, gut, wenn wir uns bald über dieses schwierige Problem unterhalten würden."[199]

Kiesinger unterzeichnete mit „hochachtungsvollen Grüßen", ließ das „Ihnen sehr ergebener" früherer Briefe weg. Er wollte keinen Zweifel daran lassen, wer in der Großen Koalition die Richtlinien deutscher Außenpolitik entschied. Wie sehr ihn die Vorwürfe, eine „flaue" Haltung zu haben und eine „euphoristische" Sprache zu verwenden, dennoch getroffen und geärgert hatten, zeigte die Wortwahl: Da er seine Äußerungen „maßvoll" nannte, konnte die Kritik daran nur von der Maßlosigkeit des CDU-Ehrenvorsitzenden zeugen. Kiesinger wollte also auch verletzen, wollte mit gleicher Münze heimzahlen. Trotz dieser scheinbar versteckten Spitzen war der Kanzler darum bemüht, die Gemeinsamkeiten zu betonen: Seine Sorgen gegenüber dem Vertrag seien nicht geringer als diejenigen Adenauers. Auch er sei entschlossen, die lebenswichtigen deutschen Interessen zu wahren. Der letzte Satz, ein Angebot eines persönlichen Gespräches, gab dem Brief eine versöhnliche Wendung. Am guten Einvernehmen mit dem „Alten" war dem Kanzler nicht nur aus Respekt vor dem Politiker und Staatsmann gelegen. Kiesin-

---

[198] Vgl. Lilienfeld, Besuch bei Kennedy, S. 292.

[199] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Kiesinger an Adenauer vom 28.2.1967. Der Spiegel (24.4.1967, S. 31) berichtet, Kiesinger habe den letzten Briefwechsel mit Adenauer einen „heftigen Briefwechsel" genannt.

ger hatte mit ansehen müssen, wie die Kritik Adenauers dazu beitrug, die Position Erhards langsam, aber nachhaltig zu schwächen. Diese Gefahr drohte auch ihm. Daher war er darauf bedacht, daß das Verhältnis zwischen beiden nicht dauerhaft belastet würde.

Aus diesem Grund suchte er bei Adenauer den Eindruck zu erwecken, als ob beide am Ende doch dieselbe Politik verfolgten. Das galt für seine Frankreichpolitik ebenso wie die Haltung gegenüber dem Sperrvertrag. Den entscheidenden Beitrag dazu hatte er bereits in der Pressekonferenz vom Vortag geleistet, indem er die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem Vorwurf des „atomaren Komplizentums" bedachte. Hier zeigte sich eine Eigenart von Kiesinger: Ganz offensichtlich hatte Adenauers Kritik diese scharfe Sprache ausgelöst. Eigentlich zwang das Naturell Kiesingers ihn eher dazu, abzuwiegeln, herunterzuspielen, Polemik beiseite zu lassen und um Ausgleich bemüht zu sein. Aber wenn er kritisiert oder gedrängt wurde, konnte er impulsiv reagieren und handeln. Das fiel besonders nach Gesprächen mit Staatsmännern oder anderen bedeutenden Persönlichkeiten auf, denen Kiesinger scheinbar unbefangen gegenübertrat, sich jedoch sichtlich von ihnen beeindrucken, ja beeinflussen ließ. Das war etwa bei Adenauer, General de Gaulle und auch bei Wehner der Fall. Kaum vier Wochen waren vergangen, als Kiesinger auf seiner ersten großen Pressekonferenz, unmittelbar unter dem Eindruck der Gespräche mit de Gaulle, erklärt hatte, Amerika vertrete in Europa amerikanische Interessen, aber es gebe daneben auch europäische Interessen[200]. Kein Bundeskanzler hatte das vorher zu sagen gewagt. Beide Male schien Kiesinger mit seinem öffentlichen Auftreten sich selbst bestätigen zu müssen. Diese ungewöhnlich scharfen und provozierenden Äußerungen entstanden aus dem Augenblick, waren nicht wie sonst sorgfältig durchdacht.

Adenauers letzter Appell

Aber Adenauer genügten Kiesingers öffentliche und private Beteuerungen nicht. Drei Wochen nach der Mahnung, nicht zu weich gegenüber den USA aufzutreten, schrieb er am 22. März 1967 erneut. Er berichtete Kiesinger vom Besuch des französischen Staatspräsidenten im Sommer 1966. Damals habe er in einem persönlichen Gespräch in seinem Bonner Büro de Gaulle prophezeit, daß im Herbst eine Änderung der Regierung eintreten werde. Dann werde auch Schröder nicht mehr Außenminister sein. Die Grundhaltung des neuen Kabinetts werde den „Freundschaftsvertrag mit Leben erfüllen". De Gaulles Aufgabe werde es sein, die Politische Union Westeuropas herbeizuführen. „Frankreich müsse darangehen, wir gingen mit. Er hat meinen Ausführungen nicht ausdrücklich zugestimmt, aber erkennen lassen, daß sie ihn beeindruckten."[201]

Und das war noch nicht alles. Am 3. April besuchte der Kanzler Adenauer zum letzten Mal[202]. Im Mittelpunkt der Unterhaltung sei es um das deutsch-französische Verhältnis gegangen. „Er sprach mit einer Dringlichkeit, als wolle er noch vom Krankenbett aus in der letzten ihm vergönnten Frist eine günstige Wendung erzwingen", schrieb Kiesinger später[203]. Die Chancen eines Richtungswechsels der deutschen Politik schienen Adenauer durch eine Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Hubert Humphrey

---

[200] Vgl. Bulletin, 18.1.1967.

[201] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Adenauer an Kiesinger vom 22.3.1967.

[202] Vgl. Kiesinger, So war es, sowie Kiesinger, Gespräch mit Baring, 16.6.1977. Dort heißt es, man habe dem Altbundeskanzler das nahe Ende schon ansehen können. Zusammengefallen habe er auf einem Stuhl gesessen. Sein Hals bedeckte ein Tuch, das eine offene Wunde verbergen sollte.

[203] Ebenda.

gestiegen. Wenige Tage zuvor hatte der Amerikaner ein starkes und unabhängiges Europa gefordert und eine gleichberechtigte Partnerschaft mit dem atlantischen Bündnis anvisiert. Adenauer habe sich von den Vorschlägen Humphreys neue Impulse für das Bündnis ebenso wie für die Einigung Europas erhofft, erzählt Kiesinger. Die deutsche Ostpolitik müsse stärker im Zusammenhang mit dem Verhältnis zu Frankreich gesehen werden. Nur in einem Zusammengehen mit Frankreich könnten die Spannungen in Europa verringert und dann auch das große deutsche Anliegen gelöst werden. Auf de Gaulle sei in der Wiedervereinigungsfrage Verlaß. Er habe vor allem in Moskau unbeirrt in unserem Sinne Stellung genommen.

Kiesinger verabschiedete sich von Adenauer. Einen Tag später erhielt er überraschend einen weiteren Brief des Altkanzlers mit einer Botschaft de Gaulles: „Als Sie gestern bei mir waren, hatte ich noch keine Antwort. Ich wollte erst, wenn ich sie in meinem Besitz hätte, sie Ihnen mitteilen. Heute mittag kam sie; ich finde sie sehr gut und aussichtsreich. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie erlauben, die weitere Entwicklung in Ihre Hand zu nehmen. Ich danke Ihnen für den gestrigen Besuch und unsere Aussprache, über die ich sehr froh und glücklich bin."[204] Nicht nur die Aufforderung, Kiesinger solle die Entwicklung in die Hand nehmen, auch die zittrige Handschrift, mit der der Altbundeskanzler die außergewöhnlich lange und herzliche Grußformel schrieb, zeigte, daß Adenauer langsam seine feste Haltung verlor, sein Leben Stück für Stück aufgeben mußte. Noch deutlicher wird dies im Gratulationsbrief vom folgenden Tag, dem letzten Schreiben Adenauers an Kiesinger. Der sonst so saubere Eindruck der Briefe Adenauers wurde dadurch gestört, daß er „wie immer" mit dicker Feder durchgestrichen hatte. Seinen Namen schrieb er nicht mehr aus, nur ein großes, am Ende abgebrochenes A blieb übrig[205]. Kiesinger verstand, daß der Altbundeskanzler noch soviel wie möglich in kurzer Zeit erreichen wollte. Und Adenauer tat nichts anderes, als ihm sein Vermächtnis anzubieten! Kiesinger beurteilte die außenpolitische Lage jedoch anders. Im Verhältnis beider Staaten hatte sich auch durch das Telegramm de Gaulles nichts verändert. Den entscheidenden Satz des nur vier Sätze umfassenden Antworttelegramms an Adenauer hatte de Gaulle so formuliert: „Wie Sie bin auch ich davon überzeugt, daß für unser Europa der Weg zur Einheit über den Fortschritt in die Unabhängigkeit führt."[206]

Dem Kanzler war die Diskrepanz zwischen der Aussage de Gaulles und der Interpretation Adenauers nicht entgangen. Das Schlüsselwort für die Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und Bonn lautete: Unabhängigkeit. Offenbar hatte Adenauer diesen deutlichen Hinweis im Brief des Staatspräsidenten nicht bemerken wollen. Es schien für die Beziehung Adenauers zu de Gaulle charakteristisch zu sein, daß Adenauer noch an die politische Gemeinsamkeit glaubte, selbst als offenbar geworden war, daß sich ihre Politik konzeptionell unterschied. Das galt für das Ziel einer bundesstaatlichen europäischen Union mit supranationalen Elementen, die Adenauer anstrebte, oder einen Staatenbund, wie ihn de Gaulle wollte. Über die Jahre sah es immer mehr danach aus, als ob die beiden führenden Staatsmänner aneinander vorbeiredeten und sich trotzdem

---

[204] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Adenauer an Kiesinger vom 4.4.1967; vgl. Kiesinger, So war es, 17.11.1974.

[205] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Adenauer an Kiesinger vom 5.4.1967. Kiesinger (So war es, 17.11.1974) verschweigt diesen Brief – vermutlich aus Pietät. In seinem Artikel heißt es, der Brief vom 4. April sei „das letzte Wort" gewesen, „das ich von Konrad Adenauer empfing".

[206] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Adenauer an Kiesinger am 4.4.1967, Abschrift eines Telegramms de Gaulles vom 4.4.1967; vgl. Kiesinger, So war es, I, 17.11.1974.

versicherten, daß sie beide das gleiche Ziel verfolgten. So war es auch hier. Zumindest schien Kiesinger von dem Mißverständnis beider Politiker überzeugt zu sein. Der letzte Tausch persönlicher Botschaften, meinte er später, habe klar gezeigt, daß Adenauer de Gaulle nicht verstanden habe. Es bliebe nur die Frage offen, ob der Altbundeskanzler vielleicht schon so krank gewesen sei, daß er die Wirklichkeit nicht mehr wahrgenommen habe. Doch diesen Erklärungsversuch akzeptierte selbst Kiesinger nicht. Er habe Adenauers Methode gekannt: Dieser habe einfach zugegriffen, wo er geglaubt habe, „hier kanns weitergehen". Wichtig sei für Adenauer lediglich gewesen, daß es in einer Richtung Fortschritte gab[207].

Aber Kiesinger verschleierte mit dieser Deutung, die allein den überhöhten Forderungen de Gaulles die Schuld am Stillstand des deutsch-französischen Verhältnisses anlastete, daß seine eigene Frankreichpolitik ein enges Bündnis nach gaullistischen Vorstellungen nicht zuließ. Er wollte auf keinen Fall die Abhängigkeit von Washington gegen eine Abhängigkeit von Paris eintauschen. Insofern machte sich Adenauer falsche Hoffnungen, wenn er Kiesinger das Vermächtnis in die Hand legte, mit de Gaulle die politische Union auf den Weg zu bringen.

Als Adenauer zwei Wochen darauf in Rhöndorf starb, endete auch jene Debatte zwischen Atlantikern und Gaullisten, die die außenpolitische Diskussion der Bundesrepublik seit Beginn der Großen Koalition bestimmt hatte. Mit Adenauer verlor sie ihren prominentesten Vertreter. Kiesinger aber verlor zugleich seinen schärfsten und gefährlichsten Kritiker. Künftig wurde der Streit um den Atomsperrvertrag nur noch im Zusammenhang mit der Ostpolitik und den konzeptionellen Vorstellungen der Sozialdemokraten geführt. Kiesinger entschied sich jetzt gegen die Annahme des Vertrages. Diese Haltung, und nicht die Fortentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen, war das eigentliche Erbe Adenauers, das er antrat. Zunächst drängte sich aber das Deutschlandproblem in die Außenpolitik der Großen Koalition.

[207] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 18. Auch der Pressesprecher von Hase (Rhöndorfer-Gespräch, 26.10.1989) bestätigt die Geschichte. Adenauer habe ihn ein letztes Mal angerufen, als Vizepräsident Humphrey seine Rede in Bonn vortrug. Diesen Faden müsse man unbedingt aufnehmen, habe der auf dem Totenbett liegende Adenauer an ihn appelliert.

III. Das Bündnis beruht auf einem Mißverständnis – Kiesinger, Wehner und der Versuch einer gemeinsamen Deutschlandpolitik

1. Wehners Deutschlandkonzept

Wehner verfolgte mit der Großen Koalition vor allem ein Ziel: die Überwindung der Bundesrepublik. Im Innern sollte sie durch die Errichtung einer „sozialen Gesellschaft" verbessert und nach außen durch die Einheit neu geformt werden. In der 1968 erschienenen Festschrift für Alex Möller hat er seinen Plan schriftlich niedergelegt. Dieser Artikel sollte vermutlich zudem den Eintritt der SPD in die Regierung rechtfertigen[1]. Kiesinger hat den Aufsatz für das „heimliche Manifest" Wehners gehalten. Dessen Aussagen seien sehr aufschlußreich, meinte er später; sie seien so offen wie selten bei Wehner[2].

Der Kernpunkt des Artikels bestand in einer programmatischen Forderung, die ihrer Formelhaftigkeit wegen an das Abschlußkommuniqué einer Konferenz sozialistischer Staaten erinnert. Immer wieder verwandte Wehner die Formulierung „der demokratischen Lösung der deutschen Frage", allein schon auf den ersten drei Seiten zehnmal. Hinter dieser Formel steckte zunächst eine eigenwillige Interpretation der politischen Entwicklung in den vergangenen, reichlich eineinhalb Jahrzehnten Bundesrepublik. Wehner verstand unter „Demokratie" das Ringen politischer Kräfte – also von Parteien und anderen Organisationen – um die Gestaltung der westdeutschen Gesellschaft. Nach dem Kriege habe die SPD zuerst Selbständigkeit gewinnen müssen, das hieß: Unabhängigkeit von den Kommunisten. Schumacher sei es zu verdanken, wenn die Partei eine politische Richtung eingeschlagen habe, die sich von derjenigen der KPD unterschied. Zu diesem Zwecke habe die Notwendigkeit bestanden, den Marxismus als ideologische Grundlage aufzugeben: „Dabei blieb kein Raum für ‚ein bißchen' von der Ideologie der ‚Diktatur des Proletariats' oder von der Ideologie der ‚klassenlosen Gesellschaft'"[3].

Die Entscheidung der SPD für die Demokratie sei auch eine Entscheidung für einen langwierigen Prozeß zur deutschen Einheit gewesen. Die Wiedervereinigung werde erst nach einem zähen Ringen der politischen Parteien und Gruppierungen zustande kommen. Hätte sich die SPD unter Schumacher nicht für den eingeschlagenen Weg entschieden, dann wäre es zur „totalitären Lösung der deutschen Frage" gekommen. Was Wehner damit meinte, wird erst nach einigen weiteren Erläuterungen verständlich. Zunächst muß man wissen, daß für ihn innenpolitisch nur zwei Kräfte existierten, die bürgerlichen Parteien und die sozialistische Bewegung. Aber durch das Dritte Reich sei die Bourgeoisie entkräftet, gebrochen gewesen – ihre Ideologie habe gerade noch zum „sterilen Anti-Kommunismus" gereicht. Übrig blieb die sozialistische Bewegung. Und in ihr habe nur die eigenständige Politik der SPD verhindert, behauptet Wehner, daß sich das deutsche Volk zerklüftet und zersplittert habe. Denn die Bourgeoisie habe nach wie vor eine Gefahr für das deutsche Volk dargestellt. Um weiterhin bestehen zu können, habe sie so-

[1] Wehner, Entscheidungen.
[2] Kiesinger, Gespräch mit Baring, 12.5.1982.
[3] Wehner, Entscheidungen, S. 27.

gar nicht ausgeschlossen, in der nationalen Frage mit den Kommunisten, über den Kopf der SPD, hinweg zu paktieren. Wehner ist leider gerade in diesem Punkt nicht präzise. Daß er mit der Bourgeoisie die bürgerlichen Parteien, vor allem CDU/CSU, FDP, DP usw., meinte, läßt sich vermuten. Aber welche Persönlichkeiten er damit ansprach, ist nur zu erahnen. Der SPD-Politiker kann damit nur an jene national gesinnten Männer gedacht haben, die selbst um den Preis einer Neutralisierung Deutschlands die Einheit anstrebten, also etwa verdiente Führer der Ost-CDU wie Jakob Kaiser oder Ernst Lemmer. Falls es zu einer Vereinigung Deutschlands durch den Pakt beider Kräfte gekommen wäre, fährt Wehner fort, hätten aber am Ende die Kommunisten den Sieg davongetragen. Denn ihre Ideologie sei der bürgerlichen überlegen gewesen. Die Kommunisten hätten dann Gesamtdeutschland beherrscht. Diese Konstellation nannte Wehner die totalitäre Lösung der nationalen Frage. Die gesamtdeutsche Gesellschaft wäre nach kommunistischen, planwirtschaftlichen und nicht nach marktwirtschaftlichen und sozialen Kriterien gestaltet worden.

Aber die SPD habe diese Entwicklung verhindert. Ihr sei es zu verdanken, wenn die deutsche Frage noch immer auf der Tagesordnung stünde: „Vis-à-vis Dr. Konrad Adenauer, dem machtbewußten und die List nicht verschmähenden Staatsmann alter Schule, der die Umstände zielbewußt seinem politischen Wollen nutzbar zu machen verstand, hat die Sozialdemokratie in der Rolle der Opposition die Impulse gegeben und stellenweise auch die Korrekturen erzwungen, die erforderlich waren, damit die Bundesrepublik auch unter ungünstigen weltpolitischen Verhältnissen für die demokratische Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes offen und geeignet blieb."[4]

Seit dem Godesberger Programm von 1959 befinde sich die sozialdemokratische Partei in einem Erneuerungsprozeß, der sie darauf vorbereite, die Führung der demokratischen Kräfte zu übernehmen und die gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu formen. Ziel des Programms sei es, den mündigen Bürger, den Citoyen, hervorzubringen. Wehner verwandte nicht ohne Absicht diese Bezeichnung Georg Friedrich Hegels: Die Sozialdemokratie wolle nicht den egoistischen Bourgeois, sondern den Bürger, der das staatliche Ziel seinen privaten Interessen überordne.

Die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik habe mit dem Eintritt in die Große Koalition begonnen. Lange Zeit hätte die SPD keine programmatische, kaum eine praktische Politik betreiben können. Dies sei durch die Mißerfolge bei den Wahlen, aber auch durch das Verhalten der Siegermächte verhindert worden. Mit der Großen Koalition habe sich die Situation geändert. Die Entscheidung der SPD für das Bündnis im November 1966 sei aus dem Gefühl der Verantwortung getroffen worden, die „Bundesrepublik politisch handlungsfähig zu machen"[5], handlungsfähig vor allem nach außen. Denn die anderen Staaten Europas würden eine Wiedervereinigung Deutschlands nur tolerieren, wenn dabei die Spaltung des Kontinents überwunden werden könne. An der Intensität, mit der Deutschland sich dem Fernziel widme, den Ost-West-Konflikt zu überwinden, würden die Deutschen gemessen und bewertet. „Dieses Urteil wird entscheidend sein für die Möglichkeiten, die der Vereinigung des deutschen Volkes in Europa schließlich gegeben sein werden."[6]

Aus diesem Grund ergriff Wehner Anfang 1967 beispielsweise in der Debatte um den Nichtverbreitungsvertrag mit Nachdruck das Wort. Am 19. Februar bedauerte er die

[4] Ebenda, S. 28.
[5] Ebenda, S. 32.
[6] Ebenda, S. 30.

„monotone Art des Klagens" über den Sperrvertrag. Und in deutlichen Worten fügte er hinzu: „Wir sollten nicht den Verdacht erwecken, als würden wir jedesmal in die Bütt' steigen, wenn die anderen etwas regeln, was der Entspannung dient. [...] Wir haben bisher über unsere Verhältnisse gelebt, so, als ob wir eine adoptierte Siegermacht wären."[7] Der Minister hob sich mit dieser Warnung deutlich von den Vorstellungen der Union ab. Er verlangte, die Bundesrepublik solle versuchen, „ohne viel Geschrei" mit den anderen betroffenen Mächten eine annehmbare Regelung der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zu erreichen. Nur in dieser kooperativen Haltung sah Wehner auch eine Chance, mit den Kommunisten eine Regelung für das geeinte Deutschland zu finden. Dieser im Jahre 1968 skizzierte Plan faßte die Erfahrungen des prominenten SPD-Abgeordneten seit den frühen fünfziger Jahren zusammen.

Wehners Zielsetzung: Die Überwindung von Adenauers Staat

Man kann Wehners gedankliche Entwicklung zur deutschen Frage in Phasen unterteilen. Der erste Abschnitt endete mit dem Scheitern der Genfer Konferenz 1959. Bis dahin glaubte er an die Möglichkeit, die Siegermächte würden Deutschland wiedervereinigen. Er bekämpfte die Westbindung, sah in ihr den entscheidenden Hinderungsgrund. In der zweiten Periode, die bis zum Bukarester Appell des Warschauer Pakts im Jahre 1966 dauerte, suchte er die Anpassung an die bestehenden Verhältnisse der Bonner Republik. Die SPD akzeptierte die Westbindung – allerdings nur als Übergangszustand, solange sich keine Chance zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten bot. In dieser Zeit entstand auch die Einsicht, daß man sich mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, der SED, arrangieren müsse, um die staatliche Einheit Deutschlands zu erreichen. Aber erst ab 1966 – dies der dritte Abschnitt – entwickelte Wehner hierfür eine praktisch umsetzbare Konzeption.

Am schärfsten kritisierte der Abgeordnete die Versuche des ersten Bundeskanzlers der Republik, sich – trotz aller Appelle zur Wiedervereinigung – mit dem Status der Zweistaatlichkeit dauerhaft abzufinden. Als Adenauer im Sommer 1957 in Wien erklärte, ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland sei nicht annehmbar, selbst wenn die Neutralität garantiert werden sollte, verwahrte sich der damalige Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen gegen eine Beschränkung möglicher Wiedervereinigungsformen. Falls es möglich wäre, unter den oben genannten Bedingungen die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen, müsse das deutsche Volk darüber entscheiden. Und er zweifle nicht, daß es sich für die Wiedervereinigung aussprechen werde. Dafür sei lediglich eine Bedingung unerläßlich: die Gewährleistung der vollen staatsbürgerlichen und persönlichen Freiheit für alle Deutschen. Wer aber wie der Bundeskanzler erkläre, an der Zugehörigkeit Deutschlands zur Nato sei nicht zu rütteln, der verhindere die Wiedervereinigung[8].

Gegen eine solche Position setzte Wehner frühzeitig Ziele, die die spätere Deutschlandpolitik vorwegnahmen. Verhandlungen mit den Sowjetzonenbehörden „zu dem Zweck, die Lage der Zonenbevölkerung zu erleichtern", forderte Wehner schon im Mai 1958 auf einer Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Bad Godesberg. Die Regierung müsse bereit sein, ein Instrument zu schaffen, das zur Verklammerung der Teile Deutschlands dienen könne. Regelungen seien dabei nicht zu umgehen, in die man

[7] Die Welt, 19.2.1967.
[8] Vgl. Vorwärts, 5.7.1957.

die Machthaber der Zone einbeziehen müsse. Die Bundesregierung müsse gedrängt werden, hier „bis an die Grenzen des Möglichen" zu gehen[9]. Dieser ersten Phase ist der Deutschlandplan vom März 1959 zuzuzählen. Danach sollte eine Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Ziel einer Angleichung der Währungen in einem Zeitraum von zwölf bis fünfzehn Jahren geschaffen werden[10]. Aber die Genfer Außenministerkonferenz, für die der Plan konzepiert worden war, ging ohne eine Lösung der Deutschlandfrage am 5. August 1959 auseinander. Es sah so aus, als ob die Supermächte sich mit dem bestehenden Zustand abgefunden hatten.

In diesem Moment wurde dem Sozialdemokraten deutlich, daß seine bisherige Annahme nicht mehr realisierbar war, die Wiedervereinigung werde sich mit Hilfe eines Arrangements zwischen den USA und der Sowjetunion vollziehen. Wehner schien die Zeit reif zu sein für neue, realistischere Einschätzungen. Jetzt hielt er es für eine „gefährliche Illusion", sich die Wiedervereinigung als „Anschluß" der Sowjetzone an den Westen vorzustellen. Eine „reale Betrachtung der Lage" lasse keine andere Möglichkeit offen, behauptete der stellvertretende SPD-Vorsitzende, als daß sich beide „irgendwo auf der mittleren Linie" zusammenfänden, wobei jede Seite Deutschlands ihre wirtschaftliche und soziale Position teilweise aufzugeben habe[11]. Um überhaupt einmal an die Regierung zu gelangen, mußte sich die SPD als erstes im Weststaat einrichten – aber nur, wie gesagt, um ihn zu verändern und schließlich zu überwinden. Es machte jetzt keinen Sinn mehr, die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis abzulehnen. Jahrelang hatte man das getan, um die Wiedervereinigung nicht zu behindern und das Interesse der Sowjetunion an einem geeinten Deutschland wachzuhalten. In einem Gespräch mit Ahlers nahm Wehner zwei Wochen vor seiner berühmten Rede im Bundestag das Wesentliche vorweg: „Die Frage war immer nur, in welche Beziehungen die Bundesrepublik zur Nato treten sollte", sagte er dort[12]. Diese Frage sei jetzt entschieden, und die SPD rüttele nicht an der Gültigkeit der Pariser Verträge. Allerdings bleibe das Problem, ob die Bindungen, die die Bundesrepublik eingegangen ist, auch das wiedervereinigte Deutschland binden würden. Das Völkerrecht und auch wiederholte Erklärungen der Westmächte stimmten darin überein, daß dies nicht der Fall sei.

Es sei die Aufgabe der deutschen Politik, dafür zu sorgen, daß die Zugehörigkeit zur Nato nicht als eine Art Selbstzweck erscheine, sondern den Erfordernissen der besonderen deutschen Situation angepaßt werde, hieß es weiter. „Die furchtbarste Form einer Neutralisierung Deutschlands ist doch die, daß die beiden deutschen Teile in ihrer jeweiligen Einbeziehung in das westliche und östliche Bündnissystem festgenagelt werden." Die Anerkennung der Westverträge verstand Wehner als einen notwendigen, aber provisorischen Zustand. Und der werde sich nur so lange halten, wie das Angebot der Vereinigung nicht auf die Tagesordnung zurückkehre. Sollte das aber der Fall sein, und Wehner war sicher, daß dies eines Tages geschehen werde, dann durften die Verträge, das Bündnis, dieser Möglichkeit nicht im Wege stehen. Als Beispiel verwies Wehner im Juli 1960 auf Dänemark. Die Dänen hätten eine Sonderstellung, meinte er in einem Ar-

---

[9] Die Welt, 9.5.1958.

[10] Bender (Wehner und die Deutschlandpolitik, S. 44) ist der Meinung, daß die SPD bis 1955 davon ausgegangen sei, die Vereinigung werde in einem Akt stattfinden. Als Bonn der Nato beigetreten sei, habe sich dies geändert. Seit den Pariser Verträgen hätten sich die Sozialdemokraten um eine Einigung in Etappen bemüht.

[11] Weser-Kurier, 16.5.1959; Wehner sprach am 15.5.1959 vor gewerkschaftlich organisierten Metallarbeitern.

[12] Frankfurter Rundschau, 18.6.1960.

tikel der Wochenschrift *Die Zeit*. Sie hätten es abgelehnt, auf Bornholm militärisch-technische Einrichtungen bauen zu lassen. Niemand werfe ihnen das vor. Und aus dieser Tatsache schloß Wehner: „Sollte es also einmal für eine Wiedervereinigungssituation in Deutschland Möglichkeiten geben, vielleicht nur hauchdünne, so wäre zu bedenken, was wir im Rahmen des Nato-Bündnisses in irgendeinem Punkte tun oder auch nicht unbedingt tun sollten. Denn im Nato-Bündnis können ja die Rollen durchaus verteilt gespielt werden."[13]

Und was sollte solange mit der Ostzone geschehen? Wehner meinte, es käme darauf an, „unter Vermeidung alles dessen, was eine spätere Wiedervereinigung erschweren würde", zumindest einen Modus vivendi zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu erreichen, damit wenigstens die menschlichen Beziehungen erhalten blieben[14]. Im Januar 1962 erinnerte Wehner an die gescheiterte Pariser Außenministerkonferenz, die am Tag der Inkraftsetzung des Grundgesetzes, dem 23. Mai 1949, begann und einen Monat später auseinandergegangen war. Damals hätten die Außenminister zumindest Konsultationen zwischen der Bundesrepublik und der Ostzone vorgesehen, um die Folgen der Spaltung Deutschlands zu mildern. Wehner regte an, ob nicht zu erwägen sei, „im Ringen um einen Modus vivendi unter Aufrechterhaltung des Rechtsanspruches auf Wiedervereinigung" auf dieses Konferenzergebnis von 1949 zurückzugreifen[15].

So hat Wehner in der Opposition wieder und wieder angeregt, die vier Mächte in der Frage der Vereinigung Deutschlands zusammenzubringen. Er drängte darauf, den Zustand der Zweiteilung zu überwinden, die Republik endlich in ihren „höheren" erlösten Zustand zu überführen. Er unternehme es, die deutsche Frage vom toten Punkt herunterzubringen, auf den sie unglücklicherweise manövriert worden sei und „auf dem sich leider manche wohl zu fühlen scheinen", bekannte er dem Journalisten Gaus im Herbst 1966. „Für die Deutschen und wahrscheinlich auch für Europa wäre es am besten, wenn die Deutschen in einem vereinigten demokratischen Staat leben und ihre Verhältnisse zur übrigen Welt ordnen könnten."[16]

Wie stellte sich Wehner im Herbst 1966 die Wiedervereinigung vor? Für die erste Etappe griff er auf den Gedanken einer Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft zurück, man könne auch an die äußere Form eines Deutschen Bundes denken. Allerdings verwarf der ehemalige Parteigefährte Walter Ulbrichts den Plan der SED, der eine Konföderation beider Staaten vorsah. Diese solle ja einzig zu dem Zweck gebildet werden, „kommunistische Impulse zur politischen und gesellschaftlichen Veränderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik wirksam werden zu lassen"[17]. Das allerdings wollte Wehner verhindern. Dagegen schwebte ihm eine Annäherung der beiden Regierungen von gleich zu gleich vor. Als Verhandlungsgrundlage nannte er einen vom Nationalökonomen und Sozialpolitiker Oswald von Nell-Breuning formulierten Vorschlag. Danach sollten im Falle einer Wiedervereinigung die Menschen im anderen Teil Deutschlands alles behalten dürfen, was sie nicht ausdrücklich geändert haben wollten. Wehner betonte, daß Nell-Breuning vom Fall der Wiedervereinigung gesprochen habe. Er dagegen suche nach einer Grundlage für das mögliche Nebeneinander von zwei unterschiedlichen Systemen. Aber auch der preußische Staatssekretär Arnold Brecht habe in seinen Schriften die Möglichkeit geprüft und bejaht, daß zwei unterschiedliche Wirtschaftsformen auf Jahre, selbst

[13] Die Zeit, 8.7.1960.
[14] Frankfurter Rundschau, 18.6.1960.
[15] pui – SPD, 26.1.1962.
[16] Gaus, Opposition, S. 87 und 79 f.
[17] Ebenda, S. 81.

Jahrzehnte nebeneinander existieren könnten. Allerdings sei dies nur unter der Voraussetzung realisierbar, habe Brecht eingeschränkt, daß die Grundrechte der Menschen in beiden Staaten gleich seien.

Für Wehner stellte dieses Nebeneinander nicht den endgültigen Zustand, sondern die erste Phase, den ersten Schritt auf dem Weg zum geeinten Nationalstaat dar. Man müsse das kommunistische Regime dazu verpflichten, eine gewisse Verantwortung gegenüber dem ganzen deutschen Volke zu übernehmen. Notfalls müsse man die SED dazu nötigen, indem man ihr die „dialektischen Auswege" verbaue. Die Strategie Wehners unterschied sich damit scharf von den Konzeptionen, die ihre Hoffnung auf einen inneren Wandel des Systems der DDR setzten. In strikter Abgrenzung zu Bahrs „Wandel durch Annäherung", dem Wehner vorwarf, sein Ziel sei die „Unterminierung" der DDR[18], warnte er einerseits davor, allwissend zu tun, als ob die innere Entwicklungsmöglichkeit eines Landes unter einem kommunistischen Regime im vorhinein leicht auszumachen sei. Andererseits „diesen Begriff Wandlung zu etwas werden zu lassen in unserem eigenen Kopf, mit dem dann in der Praxis nichts anzufangen sein wird", weil dies ein künstlicher Maßstab wäre, der angelegt werde. „Wenn wir das Regime so nehmen, wie es ist, so gibt es wohl kaum andere Möglichkeiten als die, immer wieder zu versuchen [...], das erreichbare Höchstmaß innerdeutscher Regelungen zustande zu bringen."[19] Er wolle versuchen, eine Situation zu schaffen, die ein „offenes Spiel" zwischen den beiden Regierungen ermögliche, bei dem keine Seite der anderen etwas vorzumachen brauche. Erlaubt sei alles, was nicht ausdrücklich einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten sein müsse.

Die Zukunftsaussichten schätzte Wehner optimistisch ein. Die Wiedervereinigung werde kommen. Aber nur dann, wenn die Bundesrepublik endlich alles unternehme, was einer möglichen Annäherung dienlich sei. Zusammenfassend sagte er: „Wann diese Einheit kommt, das bestimmen die Mächte. Ob sie kommt und daß sie überhaupt kommt, das bestimmen wir allein."[20]

Moskaus untergeordnete Rolle in Wehners Wiedervereinigungskonzept

In Wehners Wiedervereinigungskonzept spielte Ost-Berlin also die Hauptrolle, Moskau dagegen nur einen untergeordneten Part. Doch der SPD-Politiker war realistisch genug, um zu sehen, daß Deutschland nur im Einvernehmen mit der Sowjetunion vereinigt werden konnte. Und plötzlich schien es Bewegung bei den Sowjets zu geben. Im April 1966 hatte die sowjetische Regierung mit ihrem Beschluß des XXIII. Parteikongresses der KPdSU eine neue Zielsetzung formuliert. Der zentrale Gedanke war die Bildung einer „europäischen Friedensordnung", in der zwei deutsche Staaten existieren sollten. Die Sowjetunion hatte den Begriff einer europäischen Friedensordnung schon 1956 verwandt. Doch erst jetzt, in der Phase der Entspannungsbemühungen zwischen den beiden Supermächten, nahm der Gedanke konkrete Formen an. Moskau verfolgte mit ihm ein doppeltes Ziel: die Konsolidierung des eigenen Herrschaftsbereichs, die Anerkennung der Gebietsgewinne nach dem Zweiten Weltkrieg, bei gleichzeitigem Rückzug der Ameri-

---

[18] Freudenhammer/Vater, Wehner, S. 214. Er sah in Bahr einen Nationalisten mit mangelndem sozialistischen Bewußtsein, der, wie er einem Besucher anvertraute, ebenso wie Brandt zwar die Nation wünsche. Aber: „Sie wollen nicht für die Nation zahlen durch Auslösung von Gefangenen und die Zusammenführung getrennter Familien. Sie wollen die DDR unterminieren."

[19] Gaus, Opposition, S. 82.

[20] Ebenda, S. 79.

kaner aus Europa. Was Wehner hoffnungsvoll registrierte, war der sowjetische Vorschlag, in diese europäische Ordnung die beiden deutschen Staaten einzuschließen. In einem Interview am 16. April 1967 zitierte der Minister aus dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden des ZK der KPdSU, Breschnew, die Sowjets strebten auf einer internationalen Konferenz an, „weiter nach Wegen zur Lösung eines Kardinalproblems der deutschen Sicherheit, der deutschen Friedensregelung zu suchen, damit auf der Grundlage der Anerkennung der jetzt bestehenden Grenzen der europäischen, einschließlich der beiden deutschen Staaten, die Überreste des Zweiten Weltkrieges in Europa völlig beseitigt werden"[21].

Das war die erste konkrete Aussage der Sowjets über Deutschlands Rolle in Europa, seitdem die Kremlführung 1955 erstmals von der Existenz zweier deutscher Staaten gesprochen hatte. Damals war die Bundesrepublik gerade in das westliche Verteidigungsbündnis, die Nato, integriert worden. Chruschtschow erklärte daher auf dem Rückflug von der Genfer Gipfelkonferenz auf einem Zwischenstopp im Ost-Berliner Lustgarten am 26. Juli: In der entstandenen Situation sei der einzige noch gangbare Weg zur Vereinigung Deutschlands die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa, gleichzeitig die Festigung und Entwicklung wirtschaftlicher und politischer Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands[22]. Seit damals hatte Moskau versucht, die DDR als eigenständigen Staat zu etablieren. In der Berlin-Krise von 1958 bis 1962 hatte der Kreml damit gedroht, einen separaten Friedensvertrag mit Ost-Berlin zu schließen. Aber dazu kam es nicht. Ersatzweise unterzeichneten die Regierungen der DDR und der UdSSR am 12. Juni 1964 einen Beistandsvertrag. Nach dem Sturz Chruschtschows wenig später wurden dann keine weiteren Hinweise auf sowjetische Vorstellungen mehr publik.

Zwar gefiel Wehner die Tatsache nicht, daß die Erklärung vom April 1966 von zwei deutschen Staaten in Europa sprach. Aber auf der anderen Seite ergab sich mit dem Appell für eine Konferenz, die die „Überreste des Zweiten Weltkrieges" beseitigen helfen sollte, die Möglichkeit, endlich auch die Lösung der deutschen Frage in Angriff zu nehmen. Wehner lag vor allem daran, daß sich in der Erklärung von Bukarest die eurasische Supermacht erstmals mit einer Perspektive einverstanden erklärte, die auf eine Auflösung der Blöcke hinauslief. Die politische Aufteilung des Kontinents in zwei Hälften war dem Sozialdemokraten grundsätzlich als eigentliche Ursache der Spaltung Deutschlands erschienen. Jetzt war endlich ein Ansatzpunkt für einen Prozeß der Vereinigung erkennbar und zum Greifen nahe. Allerdings hatte die Sache einen Haken: Die Kommunisten hatten den Plan so angelegt, als ob es bei der Formung dieses Europa auf die Bundesrepublik gar nicht ankomme. Bonn sollte sich fügen und die Zweiteilung Deutschlands anerkennen. Das wollte Wehner unter allen Umständen verhindern. Die Bundesregierung mußte daher zunächst erreichen, als Verhandlungspartner akzeptiert zu werden. Das war ein weiterer Grund für den Vorschlag des Ministers, einen Kontakt mit Ost-Berlin herzustellen. Überhaupt würde die Bundesrepublik bei der neuen Gestaltung Europas übergangen werden, falls sie nicht eigene Vorstellungen entwickelte. Diese Aufgabe habe die Regierungserklärung der Großen Koalition erfüllt, meinte Wehner am 21. April 1967[23].

Die Lage war also klar, als Wehner sein Ministeramt antrat. Das Problem sei, daß Moskau zwei deutsche Staaten in ein geeintes Europa einbeziehen wolle, meinte er am 9. Fe-

[21] pui – SPD, Wehner im DLF, 16.4.1967, S. 8; vgl. EA, 21 (1966), Folge 10, S. D 265.
[22] Vgl. Steininger, Deutsche Geschichte, Band 2, S. 495.
[23] BPA, Wehner im NDR, 21.4.1967, Anhang XII, S. 4.

bruar im *Zweiten Deutschen Fernsehen*. Die Bundesregierung sage umgekehrt, daß nur durch die Überwindung der Teilung der Deutschen in Ost und West eine Friedensordnung denkbar sei. An diesem Punkt würden sich die Meinungen noch lange aneinander reiben. Aber schließlich werde man zu Brücken finden müssen, und diese Brücken würden Bonn und Ost-Berlin schlagen[24].

Wehner schien durch die sowjetische Absicht also eher ermutigt. Immer wieder wies er darauf hin, wie wandelbar Positionen der sowjetischen Politik sein konnten. Im Zentralorgan der Partei, dem *Vorwärts*, erklärte der Minister für gesamtdeutsche Fragen im Dezember 1966, die Einschätzung der Sowjetunion relativierend: „Ich bin mir bewußt, daß jeder Versuch, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, nur im Einvernehmen mit der UdSSR verwirklicht werden kann. Dabei darf jedoch nicht verkannt werden, daß die sowjetische Deutschlandpolitik sowohl auf der diplomatischen wie auf der Parteiebene in der Einschätzung der innerdeutschen Verhältnisse nicht selten an wesentlichen Tatsachen vorbeigegangen ist, was auch der Sowjetunion selbst schon schweren Schaden zugefügt hat."[25] Das Mißtrauen gegenüber der sowjetischen Politik war daher auch ein Motiv für die Konzentration Wehners auf die ostdeutschen Kommunisten. Es war seine persönliche Tragik, daß die SED diesem abtrünnigen Kommunisten in seiner exponierten Stellung als Minister für gesamtdeutsche Fragen nicht trauen wollte. Tatsächlich plante man bei Amtsantritt in Ost-Berlin eine Kampagne gegen Wehner und ließ sich dazu vom KGB Material aus Moskau kommen.

Die geplante Kampagne der DDR gegen Wehner

Während sich Wehner darum bemühte, Kontakte zum Regime in Ost-Berlin anzuknüpfen, dachte das Ministerium für Staatssicherheit darüber nach, wie es dem Bundesminister öffentlich schaden und ihn kompromittieren konnte. Schon im August 1966 hatte in der Hauptabteilung IX/10 Major Rolf Schwabe vorgeschlagen, aus den bereits angesammelten Dokumenten über den „Komplex Wehner" Materialien zu erarbeiten, mit dem Ziel, daß eine strafrechtliche Verfolgung möglich werde, „auch aus Sicht der bürgerlichen Rechtsprechung des westlichen Auslandes"[26]. Allerdings war sich der Berichterstatter darüber im klaren, daß die Dokumente dazu offenbar nicht ausreichten. Außerdem seien, so der Major, die Prozeßunterlagen aus Schweden, wo Wehner 1942 verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, wiederholt von den verschiedensten Vertretern des westdeutschen Presse eingesehen und deren Inhalt bereits veröffentlicht worden.

Im März 1967 wurde der Komplex Wehner daher mit neuer Dringlichkeit vorgenommen. Denn es war der Staatssicherheit klar, daß die „Feindtätigkeit Wehners wachsen" werde und daß diese „nicht nur gegen unsere DDR, unsere Arbeiter- und Bauernmacht, sondern grundsätzlich gegen die KPD, die Arbeiterklasse" schlechthin gerichtet sein würde[27]. Im April 1967 wurde daraufhin in der Moskauer KGB-Zentrale beraten, wie Wehner durch Maßnahmen der Geheimdienste KGB und MfS bekämpft werden könne. Es sei zweckmäßig, „gegen Wehner vorzugehen", wegen dessen „besonders gefährlicher Rolle", die er „bei der Ausarbeitung der gegen die DDR und UdSSR gerichteten Politik der westdeutschen Regierung und der SPD" spiele. Mit dieser Einschätzung sandte der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der

[24] Vgl. BPA, Wehner im ZDF, 9. 2.1967, Anhang II, S. 6.
[25] Vorwärts, 14.12.1966.
[26] BStU, ZA, SdM, Nr. 1858, Informationsbericht vom 12.8.1966, Blatt 254.
[27] Ebenda, Nr. 1858, 21.3.1967, Blatt 258.

UdSSR, Wladimir E. Semitschastny, daher an Erich Mielke detaillierte Berichte aus Moskauer Archiven des ehemaligen Kommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD)[28]. Es handelte sich um brisante Dokumente. Insgesamt, heißt es da in einem Begleitschreiben, habe Wehner 1937 ausführliche Charakteristiken über mehr als 20 Personen verfaßt, von denen einige später inhaftiert, „zur Höchststrafe verurteilt und 1957/59 rehabilitiert" worden seien. Außerdem habe Cornelius dem NKWD „seine Dienste bei der Bearbeitung deutscher Trotzkisten und deutscher Emigranten in Moskau" angeboten. Da sich die Berichte des NKWD bei ungeschickter Nutzung nicht nur gegen Wehner, sondern auch – durch die Einblicke in die Terrorherrschaft Stalins – gegen die Sowjetunion selbst auswirken konnten, stellten sie allerdings nur eine untergeordnete Komponente des strategischen Kampfes gegen Wehner dar[29]. So wollte die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) Wehner etwa nachweisen, daß er sich seine Zeit im schwedischen Gefängnis durch den Verrat deutscher und westeuropäischer Antifaschisten in Hitlers Machtbereich erleichtert habe. Ob und inwieweit die „aktiven Maßnahmen" durchgeführt wurden, wird durch die Akten nicht mehr ersichtlich. Erhalten blieb eine Aktennotiz des Leiters der HVA Markus Wolf vom Februar 1968, in dem von einem Teilplan die Rede ist, der „z.T. realisiert ist, bzw. an dem noch gearbeitet wird, neben anderen Fragen"[30]. Wehner wurde in diesem Jahr 1968 plötzlich für die DDR wichtig. Jetzt sah man in ihm nicht mehr den Feind, den es zu bekämpfen galt, sondern man suchte ihn für die eigenen Zwecke zu nutzen. Es fanden mittlerweile auch geheime Treffen zwischen Wehner und Beauftragten der SED in Berlin-Steglitz statt, die vom Stoph-Mitarbeiter Hermann von Berg im ZK der SED koordiniert worden sein sollen[31].

Daß Wehner durch die belastenden Dokumente aus seiner Moskauer Zeit erpreßbar blieb, ist dem SPD-Politiker immer bewußt gewesen. Er lebte mit diesem Handikap. Der tiefste Grund, nicht sein Ministeramt nach der Großen Koalition 1969 weitergeführt zu haben, bekannte er später, sei die Voraussicht gewesen, daß seine Person als Vorwand der kommunistischen Regierung hätte benutzt werden können, den Entspannungsprozeß weiter zu blockieren[32]. Wehner stand seiner eigenen Politik also im Wege. Dennoch war von Resignation bei seinem Amtsantritt nichts zu spüren. Im Gegenteil. Innerhalb weniger Wochen lancierte er mehrere Vorschläge, wie mit der SED Kontakte zu knüpfen seien. Den Koalitionspartner überraschte er mit solchen Vorstößen, die Kiesinger frühzeitig zwangen, nach Kompromissen zwischen den Regierungsparteien zu suchen. Welche Bedeutung diese Initiativen besaßen und welche Emotionen damit geweckt wurden, wird nur vor dem Hintergrund der Deutschlandpolitik Bonns seit der Gründung der DDR deutlich.

---

[28] BStU, ZA, SdM, Brief vom 10.5.1967, Blatt 264.

[29] Vgl. Reuth, Ralf Georg, Die Feindtätigkeit Wehners wird wachsen. Warum das Ministerium für Staatssicherheit 1967 die Akten des NKWD über Herbert Wehner erhielt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.12.1993.

[30] BStU, ZA, SdM, Nr. 1858, Blatt 257.

[31] Vgl. Die Welt, 9.1.1994, sowie Kreutzer und von Berg, Gespräche mit dem Verfasser, 22.8.1988 bzw. 18.5.1989. Es soll sich um mindestens acht Gespräche zwischen 1967 und 1969 gehandelt haben.

[32] Vgl. Wehner, Gespräch mit Bruhns, 15.10.1973, Blatt 33. Barzel (Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988) wurde frühzeitig auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Zwei französische Journalisten hatten ihn zu Beginn der Koalition aufgesucht und während des Interviews erklärt, in der Deutschlandpolitik werde sich nichts bewegen. Man könne ja nicht erwarten, daß die Kommunisten mit diesem Renegaten verhandelten oder sich sogar einigten.

Die Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR von 1949 bis 1966

Nicht die Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1949, sondern die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der ostdeutschen und der polnischen Regierung in Zgorzelec, dem polnischen Teil von Görlitz an der Neiße, am 6. Juni 1950, zwang die Bundesregierung zur später sogenannten „Alleinvertretungserklärung". Bundeskanzler Adenauer hob am 21. Oktober 1950 vor dem Bundestag hervor, daß die Sowjetzone von keinem freien Willen getragen sei, die Bundesregierung sich dagegen auf die Wahl von 23 Millionen stimmberechtigten Deutschen stützen könne. Er betonte daher, die Bundesrepublik Deutschland sei bis zur Erreichung der deutschen Einheit die einzig legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Sie allein sei befugt, für das deutsche Volk zu sprechen. Dies gelte insbesondere für Erklärungen über die Oder-Neiße-Linie[33].

Schon am 22. März desselben Jahres hatte die Bundesregierung eine programmatische Erklärung zur Wiedervereinigung abgegeben. Danach sollten freie Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung stattfinden. Mit dieser Formel erklärten sich nicht nur die Westmächte, sondern auch die Parteien einverstanden. Für lange Zeit sollte diese Forderung offizielle Regierungspolitik bleiben[34]. Als im Juni 1950 der Korea-Krieg ausbrach und die Gefährdung des westlichen Europas durch die Armeen des Ostens auf drastische Weise verdeutlichte, zeichnete sich bald unter den westlichen Führungsmächten die Zustimmung für einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik ab. Um diese Wehrbeteiligung zu verhindern, leiteten die Sowjetunion und das ostdeutsche Regime einige diplomatische Offensiven ein. Dazu zählt der Brief Otto Grotewohls an Adenauer, in dem der DDR-Ministerpräsident ein Treffen zwischen Vertretern beider Regierungen zur Ausarbeitung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vorschlug. Der Bundeskanzler lehnte in einer Regierungserklärung das Angebot ab[35].

Auch künftig ließ sich der Kanzler auf keinen Handel ein, selbst wenn die andere Seite Konzessionsbereitschaft demonstrierte. Am 15. September 1951 erklärte sich Ost-Berlin damit einverstanden, auf frühere Vorbedingungen zu verzichten, wie etwa auf die Forderung nach paritätischer Besetzung der die Wahlen vorbereitenden Kommission. Auch auf das Prinzip der freien Wahlen ging der neue Vorschlag ein: Alle Parteien sollten sich frei betätigen dürfen, alle Zeitungen zugelassen werden sowie Personen innerhalb Deutschlands frei verkehren dürfen. Diesmal gab sich das ostdeutsche Regime keine Mühe, den Zusammenhang zwischen den Integrationsbemühungen der Bundesregierung und der Offerte zu verschleiern. Denn zur selben Zeit hatte eine westliche Außenministerkonferenz in Washington das Junktim zwischen dem deutschen Wehrbeitrag im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der im Deutschlandvertrag zugestandenen Souveränität der Bundesrepublik akzeptiert[36]. Grotewohl bezeichnete diesen Beschluß als unmittelbare Bedrohung des Weltfriedens. Das deutsche Volk werde zudem durch die Bildung einer Kolonialarmee ausgenutzt. Man könne auf Wahlen eingehen, wie sie die Bundesregierung wünsche, lockte er, aber nur wenn die Verhandlun-

[33] Vgl. VdDB, 1. Wahlperiode, 13. Sitzung vom 21.10.1949, S. 308.

[34] Besson (Außenpolitik, S. 117) bemerkt, dies sei einem „Verzicht auf eigene Aktivität" gleichgekommen.

[35] Vgl. Adenauer, Erinnerungen, S. 33 f. und 37. Langfristig strebe die Sowjetunion, so Adenauer, die „Einverleibung Deutschlands und schließlich ganz Europas in die kommunistische Machtsphäre" an.

[36] Siehe zu der mit der EVG verfolgten Zielsetzung Adenauers: Baring, Kanzlerdemokratie; Schwarz, Adenauer; ders., Ära Adenauer, 1949-1957.

gen der Bundesregierung mit dem Westen abgebrochen würden. Der Kanzler reagierte, indem er am 27. September dem Bundestag das Konzept für eine Wahlordnung vorlegte, aber gleichzeitig darauf hinwies, daß sich die Bundesregierung über die tatsächlichen Voraussetzungen der Wahlen Gewißheit verschaffen müsse. Daher wünsche sie die Untersuchung in beiden Teilen Deutschlands und Berlins durch eine neutrale, internationale Kommission unter der Kontrolle der Vereinten Nationen[37].

Eine solche Bedingung machte ein Einvernehmen zwischen beiden Regierungen allerdings von vornherein unwahrscheinlich. Im Westen wußte man ja, daß die Sowjetzone ihren Bürgern nicht die Rechte und Erfordernisse für freie Wahlen einräumen würde. Der Bericht einer UN-Kommission würde also die willkürlichen Zustände in der sowjetischen Zone vermutlich öffentlich anprangern. Es schien ausgeschlossen, daß sich die Sowjetunion und die DDR auf diese Sache einlassen würden. Und so kam es auch. Die Vereinten Nationen stellten zwar eine Kommission zusammen, aber ihr verweigerte Ost-Berlin die Einreise. Der erste propagandistische Kampf zwischen der Bundesregierung und dem DDR-Regime war zugunsten Bonns ausgegangen[38].

Die Rivalität blieb, und erst Jahre später wurde Bonn gezwungen, sein Verhältnis zu Ost-Berlin rechtlich zu definieren, als 1955 diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion aufgenommen wurden. Moskau war es nicht gelungen, Bonns Wehrbeitrag und seine Westintegration zu verhindern. Auch auf das Angebot für ein neutrales Gesamtdeutschland durch Joseph Stalin im Jahre 1952 gingen die Westmächte nicht ein[39]. Zwar scheiterte die EVG an einem Votum der französischen Nationalversammlung, aber im Herbst 1954 stimmte Frankreich der Aufnahme Bonns in die Nato zu. Im Mai 1955 erhielt die Bundesrepublik die Souveränität; sie wurde zugleich als Mitglied in den Nordatlantikpakt aufgenommen. Während seiner Moskaureise vereinbarte Adenauer die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Schon auf dem Rückflug beschäftigte den Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Grewe, die Frage, ob die Regierung künftig – da es jetzt zwei deutsche Botschafter in Moskau gab – die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten hinnehmen müsse. Sie tat es nicht. Die Bundesregierung betrachte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR auch weiterhin als unfreundlichen Akt, erklärte Adenauer am 22. September 1955 vor dem Bundestag[40]. Die Isolierungspolitik der Bundesregierung, nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Hallstein-Doktrin benannt, hielt sich bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein[41] – trotz einiger vergeblicher Offerten Adenauers, für politische Zugeständnisse die Lebensbedingungen der ostdeutschen Bevölkerung zu verbessern. Im März 1958 unterbreitete er dem sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow den Vor-

---

[37] Vgl. EA 6 (1951), S. 4398-4403, und VdDB, 165. Sitzung vom 27.9.1951, S. 6700 f.

[38] Vgl. Baring (Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, S. 86), der behauptet, daß sich der deutsche Außenminister Brentano über „den ausschließlich propagandistischen Zweck des ganzen Unternehmens von vornherein nicht im unklaren gewesen ist". Foschepoth (Deutsche Frage, S. 45) bezeichnet die Bedingung freier Wahlen als einen geschickten politischen Schachzug Adenauers. Er sieht darin einen Beleg für seine These, daß Adenauer die Wiedervereinigung bewußt verhindert habe.

[39] Zur These von der verpaßten Gelegenheit siehe Steininger, Eine vertane Chance. Anderer Meinung sind Grewe, Die deutsche Frage; Graml, Legende; Wettig, Deutschland-Note; ders., Standpunkt, S. 165.

[40] Vgl. VdDB, 2. Wahlperiode, 101. Sitzung vom 22.9.1955, S. 5647; Grewe, Rückblenden, S. 251 f.; Schwarz, Ära Adenauer, 1949-1957, S. 279 f.

[41] Vgl. Bender (Neue Ostpolitik, S. 110 f.): „Rund um den Globus ging der Kleinkrieg um Wimpel, Stander, Schilder, Bezeichnungen, Symbole, Einladungen, Rangfolgen und Diplomatenpässe, um das Exequatur, um offizielle und inoffizielle und andere Befugnisse."

schlag, man solle die DDR nach dem Vorbild Österreichs umgestalten. Adenauer hoffte auf eine pragmatische Lösung der deutschen Frage, so wie sie sich erfolgreich bei der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik entwickelt hatte. Aber die Sowjets gingen nicht auf die Anregung ein – ebensowenig wie auf das Angebot des Kanzlers vom Juni 1962, das im Oktober 1963 öffentlich gemacht wurde. Diesmal prüfte Adenauer, ob Moskau an einem zehnjährigen „Burgfrieden" interessiert sei. Für menschliche Verbesserungen in der Zone würde man die deutsche Frage ein Jahrzehnt lang auf sich beruhen lassen, bot er an[42].

Das mangelnde sowjetische Interesse zwang die Bundesrepublik, die Isolationspolitik gegen die DDR fortzusetzen, obwohl sich jetzt Bonn langsam bewußt wurde, daß diese Politik auch eine Einengung des eigenen diplomatischen Handlungsspielraums zur Folge hatte: Annäherungsversuchen, wie sie sich seit 1963 in der Errichtung von Handelsmissionen in den osteuropäischen Hauptstädten zeigten, war durch die Nichtanerkennung der DDR ein enger Rahmen gesetzt. Zwar galt für die Staaten Osteuropas die vom Auswärtigen Amt entwickelte „Geburtsfehlertheorie", die auf der Feststellung beruhte, die osteuropäischen Staaten hätten die DDR bei ihrer Geburt anerkennen müssen – könnten mithin nichts dafür. Doch die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten stellten ab 1964 selbst eine Doktrin auf: Nur wenn Bonn Ost-Berlin anerkenne, dürfe es auch Beziehungen zu den Osteuropäern aufnehmen. Zwar lehnte die Bundesregierung dieses Ansinnen ab, aber im Laufe der Jahre verschlechterte sich die deutschlandpolitische Lage. Die Hallstein-Doktrin verlor langsam ihre Wirkung. Einige Jahre lang hatte Bonn vorwiegend aufgrund der wirtschaftlichen Stärke erfolgreich Staaten abgeschreckt, die DDR anzuerkennen. Aber diese Waffe schien in der Welt stumpf zu werden. Vor allem die in die Unabhängigkeit entlassenen ehemaligen Kolonialstaaten, insbesondere Indien, ließen sich nicht länger durch die Doktrin abschrecken und drohten zu Beginn der Großen Koalition, ihren Botschafter nach Ost-Berlin zu entsenden. Bisher hatten außer den osteuropäischen Staaten nur Kuba und China die DDR anerkannt, 1965 gesellte sich Ägypten hinzu. Ein Jahr später kam ein im Auswärtigen Amt verfaßtes Memorandum zu dem Ergebnis, die bisherige Wiedervereinigungspolitik lasse sich nicht weiter fortsetzen[43].

Was sich die Regierung 1966 eingestehen mußte, daß die bisherige Vereinigungspolitik nicht weitertrug, sondern ergänzt, angepaßt, möglicherweise neu entworfen werden mußte, hatten andere schon Jahre zuvor erkannt. Im März 1962 hatte der aus Potsdam stammende, in der FDP-Bundesgeschäftsstelle tätige Wolfgang Schollwer sein erstes von

---

[42] Vgl. Schwarz (Ära Adenauer, 1949-1957, S. 66), der darauf hinweist, daß Adenauer – der übrigens erst im Jahre 1967 mit der Publizierung des dritten Bandes seiner Memoiren die Öffentlichkeit von dem Gespräch mit Smirnow in Kenntnis setzte – nicht als Kanzler der Teilung Deutschlands in die Geschichte eingehen wollte. Für Gotto (Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 37 und 40) hat Adenauer so viele unverzichtbare Prinzipien wie möglich retten wollen, vor allem Freiheit und Selbstbestimmung der DDR-Bevölkerung, während er gleichzeitig der sowjetischen Forderung nach der Anerkennung einer Zweiteilung Deutschlands entgegenkam. Baring (Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, S. 226) behauptet, Adenauer sei der Sowjetunion mit der Anregung erheblich entgegengekommen. Sie habe den Verzicht auf Wiedervereinigung und militärische Einbeziehung der DDR in die Allianz bedeutet. Klessmann (Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 68, in: Foschepoth) bemerkt hingegen, die von Adenauer vorgeschlagene Österreichlösung habe der Sowjetunion Konzessionen und Vorleistungen zugemutet, denen „keine substantiellen Gegenleistungen von westlicher Seite gegenüberstanden".

[43] Vgl. Der Spiegel, 18.2.1974, 62 Thesen zur Deutschlandpolitik, Auszüge, S. 24; Krone (Aufzeichnungen, S. 190) berichtet im Oktober 1966, Carstens habe im Kabinett erklärt, es laufe auf jene Politik hinaus, wie sie Präsident Johnson in seiner Brückenrede vom 7.10. formuliert habe – also auf eine Anerkennung des Nachkriegsstatus in Europa.

mehreren Papieren verfaßt. Die Wiedervereinigung, hieß es darin, sei ein Fernziel, das in mehreren Etappen zu erreichen sei. Daher müsse man sich auf die Annäherung der beiden deutschen Staaten konzentrieren. Die Bundesrepublik müsse Zugeständnisse machen, um ein normales politisches Verhältnis mit den Ostdeutschen einzuleiten[44]. Im Juli 1963 prägte der Pressesprecher des Berliner Senats und enge Berater Brandts, Bahr, während einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing das Wort vom „Wandel durch Annäherung"[45]. In Berlin hatte sich seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 die Erkenntnis auf schmerzliche Weise durchgesetzt, daß man mit den bestehenden Tatsachen zu leben habe. Trotz aller Proteste, vor allem auch bei den westlichen Alliierten, blieb die Mauer stehen. Brandt und sein Berater zogen daraus den Schluß, daß man sich auf das Regime im Osten einlassen, sich arrangieren müsse[46]. Bahr rechtfertigte in Tutzing seine Forderung nach politischer Normalisierung und erweiterten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zum DDR-Regime – unterhalb der juristischen Anerkennung, aber bei Aufgabe der Hallstein-Doktrin – mit dem Gedanken, nur ein Vertrauensverhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin werde zum inneren Wandel der DDR, zur Liberalisierung ihrer Gesellschaft führen. Die Mauer sei ein Zeichen der Schwäche und des Selbsterhaltungstriebes des Regimes. Man müsse daher nach Möglichkeiten suchen, der Führung die Sorgen soweit zu nehmen, daß „die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel" werde[47]. Obwohl es Bahr nicht ausdrücklich sagte, war diese scheinbar illusionslose Politik des gebürtigen Thüringers von der Hoffnung geprägt, mit Hilfe des vorgestellten Konzeptes eines Tages die Wiedervereinigung zu erreichen[48].

Auch Wehner strebte die Einheit Deutschlands an. Aber er sah sie unter anderen Bedingungen entstehen. Zwar wollte er das Vertrauen der SED gewinnen. Aber er glaubte nicht daran, daß die „Sandkastenspiele", wie er Bahrs Konzepte respektlos nannte[49], eine Wirkung haben würden. Wie sollte denn Ost-Berlin Vertrauen zur Bundesrepublik gewinnen, wenn Bahr öffentlich erklärte, Bonn wolle damit nur das Regime langfristig untergraben? Der ehemalige Kommunist schüttelte angesichts dieser scheinbaren Realitätsferne den Kopf. Er sah nur die Chance eines anderen, härteren Weges.

Wehner im Amt: Neuer deutschlandpolitischer Schwung

Kaum hatte Wehner auf seinem Ministersessel Platz genommen, als er auch schon in der Woche vor Weihnachten 1966 für erste Unruhe sorgte. Über die Massenmedien begann

---

[44] Vgl. Mende, Wende, S. 34 ff.; Schollwer hatte die Studie im Auftrag Mendes erstellt. Zur Motivation Schollwers siehe Baring, Machtwechsel, S. 211 ff.

[45] AdG, 15.7.1963, S. 10700 f.

[46] Vgl. Prowe (Der Brief Kennedys, S. 373-383), der behauptet, daß der im Ton und Inhalt scharfe Antwortbrief Kennedys auf Brandts Aufforderung an die USA, den Mauerbau nicht einfach tatenlos hinzunehmen, diesen Wandel bewirkt hat und damit am Anfang der Ostpolitik steht.

[47] AdG, S. 10701.

[48] Vgl. Guttenberg, Fußnoten, S. 93. Ausgerechnet dem Parlamentarischen Staatssekretär Guttenberg bekannte Bahr im Herbst 1967: „Sie und Ihre Parteifreunde schätzen mich falsch ein. Sie halten mich für unzuverlässig in Sachen Wiedervereinigung. Dabei bin ich eigentlich ein Nationalist." Guttenberg antwortete: „Sehen Sie, Herr Bahr, dies ist genau der Punkt, an dem sich unsere Wege trennen; ich bin kein Nationalist – ich bin für die Freiheit."

[49] Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988. Wehner habe keinen Sinn für Planspiele gehabt, wie Bahr sie führte, meint Kreutzer. Bahr habe ihn einmal gefragt, ob nicht auch „ihr [die Mitarbeiter des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen] in eurem Ministerium mal was [einen Plan] aushecken wollt". Aber Kreutzer habe abgelehnt: „Wehner wird das nicht zulassen, die Beamten sind dazu da, ihm zuzuarbeiten, Planspiele läßt er sie nicht machen."

er regelrecht einen Dialog mit der DDR. Am 14. Dezember erläuterte er in dem oben erwähnten Interview mit dem *Vorwärts* seine deutschlandpolitischen Ziele. Dabei verzichtete die Wochenzeitung darauf, wie bisher üblich die Bezeichnung „DDR" mit Anführungsstrichen zu schreiben. Auch das Wort „sogenannte" tauche nicht mehr auf, meldete die *Frankfurter Rundschau* in großer Aufmachung[50]. Wie die Auguren deuteten Korrespondenten und Journalisten solche Änderungen als Hinweis auf eine neue politische Ausrichtung der Führung in Bonn. Selbst die Tatsache wurde registriert, daß der alte und vorerst auch neue Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär von Hase, die Ostzone jetzt als „Ostdeutschland" bezeichnete.

Über der Diskussion von fehlenden Anführungsstrichen geriet die Deutlichkeit der Aussagen des Ministers an den Rand des Interesses. Wie niemand vor ihm hatte Wehner hier die Lage Deutschlands analysiert und festgestellt, bisher seien alle Pläne zur Wiedervereinigung an unerfüllbaren Maximalforderungen gescheitert. Allmählich habe sich jedoch unter den Deutschen die Einsicht durchgesetzt, daß beide Seiten „einen Schritt zurück tun sollten, um endlich den Weg für eine realistische Wiedervereinigungspolitik freizumachen". Nach allgemeiner Überzeugung gerade der Menschen im anderen Teil Deutschlands könne die Lösung der nationalen Frage nur über den Weg eines Kompromisses angestrebt werden. „Einen Schritt zurück" – das konnte vieles heißen. Aber Wehner gab präzise Hinweise: Die Nichtanerkennung der Ulbrichtgruppe als DDR-Regierung sei ausschließlich eine Folge der bisherigen kommunistischen Deutschlandpolitik, meinte er. „Sollte sich das gegenwärtige System demokratisieren, das heißt, sollte der Bevölkerung die Möglichkeit freier und geheimer Wahlen gegeben werden, sollte die Volkskammer die gleichen Rechte erhalten, wie der Bundestag sie hat, sollte die DDR-Regierung also eine demokratische Legitimation durch die Bevölkerung erhalten, so sehe ich keinen Grund, warum nicht die seitens der Bundesregierung mit Recht geübte Politik der Nichtanerkennung einer Revision unterzogen werden könnte."[51]

Schon bei der Passierscheinfrage für Weihnachten 1966 verfolgte Wehner diese neue Perspektive mit großer Energie. Die DDR-Führung hatte darauf beharrt, daß auf den Passierscheinen für Besuche von West-Berlinern im Ostteil der Stadt die Bezeichnung „Staat DDR" aufgedruckt werden sollte. Dahinter steckte der Gedanke, daß die Berliner durch ihre Unterschrift die Existenz des zweiten deutschen Staates bestätigten – ein kleines Stückchen Anerkennung. Aber der Berliner Senat als Verhandlungspartner verweigerte deshalb seine Zustimmung. Dennoch liefen in Ost-Berlin die organisatorischen Vorbereitungen für die Ausgabe von Passierscheinen an. Alles deutete auf eine Passierscheinausgabe ohne ein Abkommen hin. Moskau dränge Ost-Berlin, in jedem Fall Besuche von West-Berlinern zu erlauben, vermutete man im Westen; der Kreml wolle das Verhältnis zur neuen Koalition in Bonn nicht gleich zu Anfang belasten. Es festigte sich der Eindruck, als ob in einer einseitigen Aktion den West-Berlinern Passierscheine ausgestellt werden könnten. In dieser Lage meinte Wehner im Gespräch mit der Tageszeitung *Rheinische Post*, daß man es den West-Berlinern nicht verargen solle, wenn sie beim „eventuellen Betreten" Ost-Berlins „die dort üblichen Formulare" ausfüllten. Das hätte mit Anerkennung nichts zu tun. Der Minister bringe der Forderung der DDR sogar ein gewisses Verständnis entgegen, hieß es in dem Artikel. Ost-Berlin verlange nur, was andere osteuropäische Staaten bei Besuchsregelungen schon längst durchführten[52]. Mög-

[50] Frankfurter Rundschau, 15.12.1966.
[51] Vorwärts, 14.12.1966.
[52] Rheinische Post, 22.12.1966.

licherweise konnte an diesem Detail geprüft werden, wie ernsthaft die neue Bundesregierung ihre Politik verfolge. Man dürfe also die West-Berliner nicht daran hindern, trotz der geforderten Formalitäten nach Ost-Berlin einzureisen.

Es kam dann doch nicht zur Passierscheinausgabe. Das SED-Politbüro lehnte die einseitige Ausgabe ab, wahrscheinlich aus dem von Wehner vermuteten Grund: Die SED wolle verhindern, daß die Bundesrepublik durch diese Aktion bei den Bruderländern an Kredit gewann. Während die DDR-Führung auf die Abschottung ihres Herrschaftsbereiches gegenüber der Bundesrepublik bedacht war, suchte der Minister für gesamtdeutsche Fragen unablässig nach weiteren Anknüpfungspunkten zwischen beiden deutschen Regierungen. Dazu gab ihm die Neujahrsrede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht Gelegenheit. Ulbricht hatte darin in zehn Punkten einen „Minimalkatalog" aufgestellt, der die Grundlage einer möglichen Konföderation beider deutschen Staaten bilden sollte. Vorbedingung sei eine Neuordnung, die die Bundesrepublik erst für die Wiedervereinigung „reif" mache, sagte er. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, erklärte Ulbricht, sei abhängig von einer durchgreifenden demokratischen Umwälzung in Westdeutschland[53]. Im einzelnen führte der Erste Sekretär folgende von Bonn zu erfüllende Bedingungen an: einen Vertrag über beiderseitigen Gewaltverzicht, die Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen in Europa, die Bereitschaft zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, die Bemühungen beider deutscher Staaten um Herstellung normaler Beziehungen zu allen anderen europäischen Staaten, eine Erklärung zum besonderen, eigenständigen Status West-Berlins, einen Vertrag, in dem sich der West-Berliner Senat verpflichtete, den „Kalten Krieg gegen die DDR" einzustellen, die Kürzung des Militärhaushaltes um die Hälfte und schließlich die Einführung eines neutralen Status – also den Austritt aus der Nato.

Das war keine ermutigende Ausgangslage für den Minister. Wehner kommentierte den Forderungskatalog aus Ost-Berlin seufzend: Welch ein seltsames Bild böten die Deutschen der übrigen Welt? Sollten denn die Deutschen von ihren europäischen Nachbarn als die perfekten und von „Spaltungssucht besessenen Störenfriede Europas" angesehen werden, fragte er? Aber in diese Kritik an Ost-Berlin bezog Wehner auch Bonn mit ein. Auch die Bundesrepublik dürfe nicht länger auf Maximalpositionen beharren. Es müsse gemeinsames Ziel werden, an Stelle von Polemik eine größtmögliche Erleichterung der innerdeutschen Lage zu erreichen. Dabei solle man sich darüber im klaren sein, daß „wir uns die Gesprächspartner auf der anderen Seite nicht aussuchen können"[54]. Es gehe darum, daß beide Seiten in Deutschland „parallel zueinander das in ihren Kräften Stehende tun", um den Prozeß der fortschreitenden Entspannung voranzubringen, erläuterte Wehner an anderer Stelle. Dann werde es auch zwischen den Deutschen möglich werden, „nicht mehr nur über Mauer und Drahtzäune hinweg aufeinander einzureden, sondern zu Regelungen zu gelangen, die allen dienlich sein werden"[55].

Besonders ärgerte den Minister an der Rede Ulbrichts das bewußte Ignorieren der bundesdeutschen Haltung in den Fragen des Gewaltverzichts und des Verzichts auf den Mitbesitz von Atomwaffen, wie sie in der Regierungserklärung fest umrissen worden war. In einer Rundfunkansprache im Berliner *RIAS* vom 7. Januar 1967 antwortete Wehner der SED-Führung, gemeinsame Gespräche wären nur dann nützlich, wenn der Eindruck aus der Welt geschafft werde, „als käme es Herrn Ulbricht im Grunde genommen dar-

[53] DzD, 1966-1967, S. 232.
[54] Rhein-Zeitung, 18.1.1967.
[55] BPA, Wehner im NDR, 24.1.1967, Anhang A, S. 2.

auf an, seine rhetorischen Attacken gegen die Bundesregierung unter Verschweigen der tatsächlichen Handlungen und Absichten eben der Bundesregierung selbst wirkungsvoll vorzubringen"[56]. Um nicht polemisch zu erscheinen und überhaupt einen Ansatz zu finden, griff der Minister einen Punkt aus Ulbrichts Katalog heraus. Der Staatsratsvorsitzende hatte in seiner Rede zuletzt vorgeschlagen, eine Kommission zu bilden, welche die Durchführung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in beiden Staaten prüfen solle. Das Gremium, in das beide deutsche Staaten die gleiche Anzahl von Mitgliedern entsenden sollten, hatte über das Prüfungsergebnis Bericht zu erstatten und Vorschläge für eventuell notwendige, einzuleitende Maßnahmen auszuarbeiten. Wehner bezeichnete den Gedanken als „nachdenkenswerten Vorschlag". Worin aber das Nachdenkenswerte lag, machte er erst einige Wochen später deutlich, als er in einem groß aufgemachten Interview die Verantwortlichkeit der Siegermächte für Deutschland einklagte.

Wehners Vorschlag: Die vier Siegermächte in die Verantwortung nehmen

Ulbrichts Vorstoß schien nur Propaganda gewesen zu sein. Die SED fürchte sich vor der Bereitschaft der Großen Koalition zu Gesprächen, vermutete Wehner. Ein tatsächliches Problem, räumte er im *RIAS* am 21. Januar 1967 ein, sei die Zwangsvorstellung der Einheitspartei, jedes Grad Verständigung zwischen West und Ost bedrohe den Anspruch, den die SED auf staatliche Anerkennung stelle, oder anders ausgedrückt: Jede Verständigung zwischen West und Ost isoliere die SED-Führung[57]. Damit sprach der Minister an, was westlichen Beobachtern schon Anfang des Jahres aufgefallen war: So lobenswert die Bemühungen der Großen Koalition für eine offensive Ostpolitik auch waren, sie trafen im Osten auf keine günstigen Voraussetzungen. Es gebe Anzeichen dafür, daß Westdeutschland bei dem Versuch, das Terrain einer neuen Ostpolitik zu erkunden, es steiniger finden werde als erwartet, stellte die Londoner *Times* fest. Ulbricht habe bei seinen östlichen Nachbarn durchgesetzt, daß diplomatische Beziehungen nicht geknüpft werden dürften, bevor der Westen die DDR anerkenne. Das Blatt warnte jedoch die SED, die Bonner Avancen nicht zu leichtfertig abzulehnen. Wenn Bonn sich tatsächlich zu einer neuen Politik durchringe und dann zurückgewiesen werde, würden sich die DDR und die anderen osteuropäischen Länder selbst ins Unrecht setzen[58]. Für den Verfasser des Leitartikels in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 8. Januar, Fred Luchsinger, lag allerdings die Schuld nicht in Ost-Berlin, sondern in Bonn. Ihm ging die aktive Ostpolitik noch nicht weit genug. Solange Bonn innerhalb der Entspannungspolitik weder die Oder-Neiße-Grenze anerkenne noch auf den Alleinvertretungsanspruch in Deutschland verzichte oder einen Modus vivendi mit der DDR suche, sei die Ostpolitik ein wenig nach dem Motto konzipiert: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.

Die DDR wiederum fürchte sich vor einer Präsenz der Bundesrepublik in Osteuropa, weil sie zum Ziel habe, das ostdeutsche Regime zu isolieren. Denn der Bundesregierung gehe es darum, die DDR bei ihren östlichen Nachbarn als das eigentliche Hindernis einer gesamtdeutschen Politik hinzustellen. Luchsinger zog daraus den Schluß: „Es liegt auf der Hand, daß eine solche Strategie die DDR und ihren Protektor in Moskau auf den Plan rufen und Gegenwirkungen provozieren muß."[59]

---

[56] DzD, 1966-1967, S. 270.
[57] Vgl. Bulletin, 24.1.1967.
[58] Vgl. Times, 4.1.1967.
[59] Neue Zürcher Zeitung, 8.1.1967.

Da das Politbüro der SED sich gegen die Politik der Großen Koalition sperrte, versuchte Wehner, auf anderen Wegen zum Ziel zu gelangen. Am 28. Januar erinnerte der Minister an einen Vorschlag, den er fünf Jahre zuvor schon einmal gemacht hatte: eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage. Der Anlaß hierfür war die Erschießung von zwei DDR-Bürgern, die nach West-Berlin flüchten wollten, durch DDR-Grenztruppen im Teltowkanal. Wehner appellierte an die vier Siegermächte, insbesondere die drei Westmächte: „Es wird Zeit, alle Beteiligten an die Realitäten zu erinnern." Es gehöre zu den Realitäten, daß die vier Mächte am Ende des Weltkrieges eine besondere Verantwortung übernommen hätten. Sie müßten dafür sorgen, daß „das Nebeneinander der auf deutschem Boden bestehenden Machtverhältnisse friedlich geregelt" werde. Die Deutschen müßten „ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden internationalen Bestimmungen voll souverän ordnen" können[60]. Das war der Auftakt für einen größeren Plan, den Wehner nun öffentlich skizzierte – übrigens ohne Absprache mit dem Koalitionspartner. Am 1. Februar 1967 erschien in der Tageszeitung *Die Welt* ein Bericht über ein Interview Wehners mit dem Korrespondenten der amerikanischen Zeitung *Washington Post*, Anatole Shub, vom Vortag. Darin hatte der Minister seine Vorstellungen präzisiert, wie es zur Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik kommen könne: Über eine erste Stufe der Konföderation solle die Anerkennung schließlich zur Wiedervereinigung führen.

Wehner forderte die Einberufung einer Viermächtekonferenz, an der Vertreter Bonns und der Ostzone teilnehmen sollten. Vier Punkte sollten auf der Konferenz beraten werden: der gegenseitige Austausch von Erklärungen, in denen auf jede Gewaltanwendung in Mittel- und Osteuropa verzichtet werde, die Möglichkeit einer gegenseitigen Vereinbarung über Truppen- und Rüstungsstärken in den beiden Teilen Deutschlands, neue Mittel zur „Normalisierung" und Regulierung des Verkehrs und der Reisen zwischen den beiden Teilen Deutschlands sowie nach Berlin. Darüber hinaus sollte eine gemeinsame Kommission aus Vertretern der Bundesrepublik wie der Sowjetzone zum Studium der Verwirklichung der Potsdamer Verträge eingerichtet werden. Laut Bericht hielt es Wehner für durchaus möglich, daß man am Ende eine „Österreich-Lösung" finden könne, die für die Sowjetzone annehmbar sei. Das bedeutete: Unabhängigkeit, Neutralität, Entmilitarisierung, politische Demokratie und offene Grenzen für die Zone. Aber Wehner stellte die Anerkennung sogar für eine weniger weitreichende Veränderung in Aussicht: „Tatsächlich wage ich zu sagen, daß wir die Frage einer Anerkennung sogar eines kommunistischen Mitteldeutschlands zu überprüfen beginnen würden, wenn es nach dem Vorbild des heutigen Jugoslawien liberalisiert werden könnte."[61]

Wehner hatte hier eine Mixtur aus vielen Ingredienzen zusammengebraut, die sich im Laufe seiner ersten Ministerwochen ergeben hatten. Fast alle auf der Viermächtekonferenz zu besprechenden Punkte berührten Forderungen aus Ulbrichts Minimalprogramm. So griff der Minister für gesamtdeutsche Fragen den vom Staatsratsvorsitzenden propagierten Austausch von Gewaltverzichtserklärungen als erste gemeinsame Zielsetzung auf. Seit der Friedensnote vom März 1966 offerierte die Bundesregierung einen solchen Austausch allen osteuropäischen Staaten. Die Koalition hatte bei ihren Verhandlungen zudem vereinbart, in den Gewaltverzicht auch die Grenze zwischen beiden Teilen des gespaltenen Deutschland miteinzubeziehen. Ein größeres Zugeständnis bot Wehner den Ost-Berlinern beim zweiten Verhandlungsgegenstand. Während Ulbricht die Senkung

[60] Bulletin, Wehner im RIAS, 31.1.1967.
[61] Die Welt, 1.2.1967.

des Militärhaushaltes der Bundesrepublik um die Hälfte forderte und mit der Schaffung eines neutralen Status auch die Armeen der Siegermächte von westdeutschem Boden vertreiben wollte, sprach Wehner immerhin von „gegenseitigen Vereinbarungen über Truppen- und Rüstungsstärken" in den beiden Teilen Deutschlands, schloß also eine Regelung der Truppenstärke in Westdeutschland nicht aus.

Auch beim dritten Punkt berücksichtigte der Minister den Standpunkt Ost-Berlins, obwohl es das heikelste Problem für die Bundesrepublik betraf: den Zugang nach Berlin. Im Austausch mit einem Vertrag des Senats, der sich verpflichten solle, den „Kalten Krieg gegen die DDR einzustellen" – damit meinte die Führung der DDR Spionage, Propagandaaktivitäten, auch die Tätigkeit von Fluchthelfer-Organisationen –, hatte Ulbricht am 31. Dezember 1966 offeriert, die DDR verpflichte sich im Gegenzug, den Transitverkehr bis zur Bildung einer Konföderation zu gewährleisten. „Wir erkennen an", sagte jetzt Wehner, „daß ein völlig freier, unkontrollierter Verkehr für Ost-Berlin aus politischen Gründen unannehmbar ist, und wir sind bereit, neue Vorschläge zu erörtern, die menschliche Härten lindern können und dabei beiderseitig annehmbar sind."[62]

Insgesamt forderte Wehner eine weitgehende Umwandlung der DDR, auch wenn er ihr, anders als Adenauer mit seinem Österreich-Vorschlag, eine gewisse Nähe zum sozialistischen Lager zugestand. Der österreichische Journalist Klaus Emmerich kommentierte daher zu Recht: „Was Wehner im einzelnen unter Übertragung des jugoslawischen Beispiels auf die ‚DDR' meint, ist weitreichend genug: Abzug der 22 russischen Divisionen, Austritt aus dem Warschauer Pakt, Verzicht auf Waffenlieferungen und Waffenproduktion."[63] Mit diesem Vorschlag erntete Wehner beim Koalitionspartner allerdings Sturm. Besonders der Berliner CDU-Landesverband protestierte heftig gegen die Vorschläge. „Gedankenspiele" nannte sie der Vorsitzende Franz Amrehn. Es könne nicht das Ziel der Deutschen sein, in der Zone einen titoistischen Staat zu errichten. Und sein Stellvertreter, der aus Böhmen stammende Josef Stingl, bezeichnete Wehners Anregungen als „Irrwege"[64]. Auch inoffiziell reagierte die Union verärgert. Wehners Vorschläge, wollte eine andere Zeitung gehört haben, seien mit der Politik der Bundesregierung schlechthin unvereinbar. Der eigenwillige Minister könne die Christlichen Demokraten dazu bringen, die Koalitionsfrage zu stellen[65].

Über die heftige Reaktion beim Koalitionspartner erschrocken, dementierte Wehner. Das Interview mit dem Korrespondenten der *Washington Post*, Shub, sei als Hintergrundgespräch gedacht gewesen. Der Minister ließ öffentlich verlautbaren, daß er über diesen Vorfall „erbost" sei. Und der Kanzler griff diese Erklärung auch sofort zur Verteidigung seines Ministers auf. Im *Deutschlandfunk* stellte er fest: „Ich habe mit Herrn Wehner inzwischen darüber gesprochen. Es handelt sich um kein für die Veröffentlichung bestimmtes Interview, sondern um einen privaten Gedankenaustausch mit einem Journalisten, bei dem eine Reihe von Gesichtspunkten und Kombinationen etwa in Form von ganz unverbindlichen Planspielen erörtert wurde, wie das gelegentlich so geschieht. Ich bedaure, daß eine Veröffentlichung erfolgt ist."[66]

In einer ersten Reaktion war Kiesinger allerdings deutlich ablehnend gewesen. Er bezeichnete die Vorschläge als „interessante Anregung", auch wenn der Gedanke einer Viererkonferenz nicht ganz spruchreif sei. Pressesprecher Ahlers erläuterte: Diese Aussage

---

[62] Ebenda.
[63] Die Presse, 9.2.1967.
[64] Süddeutsche Zeitung, 6.2.1967.
[65] Vgl. Die Tat, 3.2.1967.
[66] Bulletin, Kiesinger im DLF, 8.2.1967.

solle nicht als Dementi verstanden werden. „Die wiedergegebenen Auffassungen sind im großen und ganzen identisch mit der Meinung Wehners."[67]

Lange Unterredung Kiesingers mit Wehner

Am folgenden Tag regte Wehner ein persönliches Gespräch an, und Kiesinger legte es auf den Abend des 3. Februar. Es war der Zeitpunkt gekommen, sich auf eine zukünftige Politik zu verständigen. Dazu hatten der Kanzler und sein Minister in den ersten zwei Monaten kaum Gelegenheit gefunden. Seit Dezember hatten die Gründer der Großen Koalition nur zwei Abende miteinander verbracht[68]. Gegen 18 Uhr traf Wehner im Palais Schaumburg ein. Über den unangenehmen Anlaß des Treffens, die Indiskretionen über die deutschlandpolitischen Vorstellungen Wehners, unterhielten sich beide Politiker ausführlich. Wehner verteidigte seine Vorschläge, aber betonte immer wieder, wie sehr er sich bemüht habe, seinen Plan auf der Grundlage von Kiesingers Regierungserklärung zu formulieren. Er entschuldigte sich für die Veröffentlichung des Gesprächs mit Shub, die gegen seinen Willen geschehen sei. Er lobte den Kanzler und seine erfolgreiche Frankreichpolitik und dankte ihm für die Bemühungen um die gemeinsame Koalition.

Bis nach Mitternacht, insgesamt siebeneinhalb Stunden, blieben sie beim Rotwein zusammen. Wehner konnte bei diesen Zwiegesprächen sehr locker wirken, humorvolle Geschichten aus seinem Leben erzählen oder auch, dies natürlich düster, über seine Erfahrungen während des Krieges in Moskau berichten. Meistens jedoch hörte er zu. Kiesinger liebte es, lange Monologe entweder über politische oder philosophische Fragen zu halten. Der Bundeskanzler verfügte über ein zuverlässiges Gedächtnis für Zahlen wie für Thesen, die er sich angelesen hatte und die er kunstvoll in einer langen Kette zu verknüpfen verstand. So berührte das Gespräch viele Themen[69].

Der Brief, den Wehner erst zwei Tage nach diesem Abend an Kiesinger schrieb, ist ein perfektes Beispiel dafür, wie der Minister seine einerseits demutsvoll entschuldigende Seite gleichzeitig mit der kompromißlos fordernden zu verbinden wußte. Daher soll er hier vollständig wiedergegeben werden:

„Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Erlauben Sie mir, bitte, Ihnen auf diesem Wege nochmals zu danken für das verständnisvolle Gespräch, das Sie mit mir am Freitagabend geführt haben. Es tut mir aufrichtig leid, daß meine Plauderei mit dem *Washington Post*-Korrespondenten so viel Mißverständnisse und manche Mißdeutung ausgelöst hat. Es kränkt mich dies um so mehr, als ich mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln während der ganzen Zeit intensiv darum bemüht gewesen bin, Ihre Regierungserklärung und die richtungsweisenden Erklärungen nach Ihrem Besuch bei Präsident de Gaulle auf dem mir speziell anvertrauten Arbeitsgebiet konstruktiv zu verwerten.

Wenn Sie es für notwendig und möglich halten, so geben Sie bitte Gelegenheit, am Mittwoch im Kreise der Bundesminister einige Erklärungen vortragen zu dürfen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie nochmals herzlich darum bitten, bei nächster Gelegenheit den Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen (anstelle des Kontaktausschusses der Staatssekretäre) bilden zu lassen. Ich versteife mich nicht auf den Namen, er steht hier nur als Arbeitstitel. Es kommt mir darauf an, gewisse Fragen eingehender erörtern und zur Klärung bringen zu können, bevor sie im Kabinett vorgelegt, beraten und entschieden werden. So, wie es zur Zeit noch läuft, sollte es nicht lange weiter gehen.

Sie, Herr Bundeskanzler, sollten auch hier den Vorsitz führen. Als ständige Mitglieder müßten dem Ausschuß neben dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen folgende Bundesminister an-

---

[67] Die Welt, 2.2.1967.

[68] Kiesinger sah dagegen häufig Brandt, was vor allem auf die Vorbereitung zur Durchführung des Frankreichbesuches zurückzuführen ist.

[69] Vgl. Neusel und Scheufelen, Gespräche mit dem Verfasser, 30.11.1989 bzw. 27.11.1987.

gehören: Der Bundesminister des Innern, des Auswärtigen, der Justiz, der Finanzen, für Wirtschaft, für Verkehr, für das Post- und Fernmeldewesen. In diesem Kabinettsausschuß hätte es um die konkreten Fragen zu gehen, die sich aus dem Bedürfnis nach innerdeutschen Regelungen zugunsten der Menschen im gespaltenen Deutschland ergeben. Naturgemäß hätten hier die Schwierigkeiten, die von der Gegenseite mit großer Hartnäckigkeit und Systematik geschaffen werden, Gegenstand der Beratungen zu sein. Der Vorsitz des Bundeskanzlers und die Mitwirkung des Bundesministers des Auswärtigen sollen gewährleisten, daß die gesamtpolitischen Notwendigkeiten und die Berücksichtigung der außenpolitischen Gegebenheiten gebührend beachtet werden können.

Mir liegt sehr daran, daß dieser Ausschuß doch bald tätig zu werden beginnt. Die Fragen des innerdeutschen Handels dulden eigentlich keinen Aufschub; schon die im März stattfindenden Messen erfordern Vorschläge. Eine Reihe von Überlegungen auf den Gebieten des Verkehrs und des Post- und Fernmeldewesens sind ebenfalls dringlich."

Wehner schloß den Brief mit „vorzüglicher Hochachtung" und als dem Bundeskanzler „ergebener"[70]. Was im ersten Teil des Briefes so künstlich wirkte, war die übertriebene Bitte um Vergebung, der Ton eines scheinbar zerknirschten, aber loyalen, unterwürfigen Mitarbeiters: Es tat Wehner nicht nur „aufrichtig" leid, sondern er fühlte sich durch die Mißdeutungen seiner Äußerungen „gekränkt". Wehner betonte seine Bemühungen, „Ihre" Regierungserklärung auf seinem Arbeitsgebiet „konstruktiv zu verwerten". Das war eine freundliche Untertreibung des tatsächlichen Sachverhaltes. Der Minister hatte sich erlaubt, ohne Absprachen mit dem Kanzler eigene Vorschläge und Pläne zu lancieren, die wegen ihrer Tragweite nicht in seiner Entscheidungskompetenz lagen. Wehner wußte das genau, und er wählte daher den Ton, der bei Kiesinger schon in den Vorbereitungsgesprächen der Großen Koalition die größte Wirkung erzielt hatte: Er schmeichelte dem Kanzler. Besonders im zweiten Teil, in dem Wehner die Forderung nach einem Kabinettsausschuß durchsetzen wollte, kam das zum Ausdruck, wenn der Minister mit großer Selbstverständlichkeit anregte: „Sie, Herr Bundeskanzler, sollten auch hier den Vorsitz führen."[71] Wehner erweckte immer den Eindruck, als ob ihm daran gelegen sei, die erste Position des Bundeskanzlers in der Koalition zu stärken. So mußte es Kiesinger zumindest vorkommen. In Wahrheit suchte er seine eigenen Einflußmöglichkeiten zu vergrößern. So auch hier bei der Bildung des Koordinierungsausschusses. Einige Tage später behauptete der *Spiegel*, die Tatsache, daß Kiesinger dem Ausschuß vorsitze, beweise, daß die Spitzenpolitiker der CDU sich darauf verständigt hätten, die gesamte Politik auf den Kanzler zu konzentrieren[72]. Es war aber im Gegenteil so, daß Wehners Einfluß damit wuchs. Der Journalist Claus Dreher erinnerte an die Deutschlandpolitik unter Bundeskanzler Erhard, als etwa in der Frage von Passierscheinverhandlungen der Berliner Senat und das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen gemeinsam gegen das Bundeskanzleramt argumentiert hatten. Das jetzige Vorhaben werde zumindest dazu führen, daß die Bundesregierung nicht immer wieder in aller Öffentlichkeit „Bedenken gegen die Bedenken" des Ministers werde anmelden müssen[73]. Mit anderen Worten, der Ausschuß diente der Zentralisierung der deutschlandpolitischen Entscheidungen in Wehners Ministerium. Denn mit Hilfe des Kanzlers, dessen Wohlwollen der Minister sich sicher sein konnte, vermochte sich Wehner bei Querelen zwischen den Ministerien durchzusetzen. Sein Spielraum weitete sich also aus.

[70] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 5.2.1967.
[71] Ebenda.
[72] Vgl. Der Spiegel, 13.2.1967.
[73] Bremer Nachrichten, 11.2.1967.

Der Unterschied zu Wehner – Neue deutschlandpolitische Ansätze Kiesingers

Kiesinger ließ Wehner gewähren. Das war auf eine Übereinstimmung zwischen beiden insbesondere am Anfang der Koalition zurückzuführen. In den ersten Monaten zeigte sich der Kanzler Gedanken gegenüber aufgeschlossen, die eine Aufnahme von Kontakten mit der SED-Führung empfahlen. Sie paßten zu seinem Konzept, den entspannungsfreundlichen Willen der Bundesregierung unter Beweis zu stellen und damit vor allem Moskau zu beeindrucken. Erst im Laufe der Amtszeit wich er von dieser Linie ab. Von Anfang an glaubte Kiesinger nicht an die Möglichkeit, über Kontakte mit der DDR die Einheit zu erlangen. Er mißtraute den Kommunisten zutiefst. Trotzdem erklärte er sich zunächst mit den Vorschlägen Wehners einverstanden. Für Wehner habe er nur gute Worte, berichtete der Soziologe Ralf Dahrendorf über ein Gespräch mit dem Kanzler vom 4. Dezember 1966. Die Wiedervereinigung sei zweitrangig gegenüber der Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse in der DDR, „darin sei er mit Wehner einig"[74]. Darüber hinaus solle die Bundesrepublik vor allem in der Ostpolitik zu einem Akteur werden. Ein neues Verhältnis zu den Osteuropäern sei notwendig, die Hallstein-Doktrin müsse aus ihrer Erstarrung gelöst werden.

Diese neuen Ziele bestätigte der Kanzler in seinem ersten Interview mit einer Tageszeitung. Eine halbe Stunde vor dem offiziellen Antrittsbesuch des Kabinetts beim Bundespräsidenten in der Villa Hammerschmidt, am 1. Dezember 1966, hatte sich Kiesinger von Journalisten der französischen Tageszeitung *Paris Match* befragen lassen. Nur wenige Stunden zuvor war er als Bundeskanzler gewählt und vereidigt worden. Die Franzosen zeigten sich beeindruckt von der Persönlichkeit Kiesingers. Sie sahen sich einem feinsinnigen Intellektuellen gegenüber, einem homme de lettres. Wirklich Neues schien der Regierungschef allerdings nur in der Deutschlandpolitik anzukündigen. Hier sprach zum ersten Mal ein Bundeskanzler davon, er werde eine offensive, direkte Politik gegenüber der DDR betreiben: „Die Hallsteindoktrin wird abgeschwächt werden", verkündete Kiesinger. „Das versteht sich von dem Augenblick an von selbst, da wir die Aufnahme von Beziehungen zu Pankow ins Auge fassen. Zunächst werden die menschlichen Kontakte intensiviert, dann so schnell wie möglich Begegnungen zwischen offiziellen Persönlichkeiten herbeigeführt werden."[75]

Als der Kanzler diesen Text hinterher noch einmal überprüfte, war er selbst überrascht, wie stark er da an den heiligen Grundsätzen der Deutschlandpolitik gekratzt hatte. Er ließ das Interview noch einmal redigieren, um etwas von der Brisanz der Botschaft herauszunehmen. Diese Version wurde dann in der späteren Ausgabe der Zeitung übernommen. Kiesinger äußerte sich jetzt vorsichtiger: Wenn die Absicht bestehe, Beziehungen mit Pankow aufzunehmen, lautete es jetzt einschränkend – als ob es da Zweifel gäbe. „Die Hallsteindoktrin wird gelockert werden müssen, sobald wir selbst beabsichtigen, die Beziehungen mit der sowjetischen Besatzungszone zu verstärken."[76]

Der Kanzler und sein Minister gingen von der Erkenntnis aus, daß die Wiedervereinigung nur in einem langen Prozeß erreichbar sei. Also mußte eine Zwischenlösung für die beiden deutschen Teile gefunden werden. Dem Journalisten Reinhard Appel erklärte Kiesinger am 5. Dezember: „Wir wollen versuchen, daß sich die beiden Teile Deutschlands in den kommenden Jahren nicht immer weiter auseinander leben. Das wäre das Schlimmste, was passieren könnte. Um unser Ziel zu erreichen, müssen wir in Kauf neh-

[74] Dahrendorf, Der Politiker und die Intellektuellen, S. 272.
[75] Paris Match, 10.12.1966.
[76] Frankfurter Rundschau, 7.12.1966.

men, daß gewisse Fühlungnahmen und Kontakte zu Behörden hüben und drüben notwendig sind."[77]

Kontakte setzten aber eine veränderte Haltung zur DDR voraus. Die SED forderte vor allem die Aufgabe des sogenannten Alleinvertretungsanspruches. Kiesinger war sich bewußt: Ohne ein Zugeständnis von seiten Bonns würde Ost-Berlin sicher nicht auf Avancen reagieren. Den Rechtsanspruch, das war dem Kanzler klar, würde er aber nicht aufgeben. Dagegen stellte er eine Lockerung der Hallstein-Doktrin in Aussicht. Im Auswärtigen Amt erwartete man, daß eine Anerkennung der DDR durch viele Staaten auf lange Sicht nicht mehr verhindert werden konnte, die Hallstein-Doktrin verlor an Wirkung. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie, die 1966 von Staatssekretär Carstens in Auftrag gegeben worden war[78]. Bundeskanzler Kiesinger mußte auch diese Prognose in seine politischen Zielsetzungen mit einbeziehen.

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien macht eine neue Deutschlandpolitik scheinbar überflüssig

Doch in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 hielt sich Kiesinger mit Versprechungen zurück – auf Anraten des sozialdemokratischen Partners übrigens. Kiesinger solle in der Regierungserklärung „nicht zu viele Kringel an den Weihnachtsbaum hängen", riet der Minister für gesamtdeutsche Fragen[79]. Zu viele konkrete Angebote könnten im Verhältnis zu dem übervorsichtigen, äußerst mißtrauischen Regime im Osten Chancen eher blockieren als eröffnen. Und der Kanzler hielt sich an diesen Rat. Vor dem Bundestag betonte Kiesinger, daß es der Bundesregierung in erster Linie um den Versuch der Annäherung gehe. „Wir wollen, soviel an uns liegt, verhindern, daß die beiden Teile unseres Volkes sich während der Trennung auseinanderleben", erklärte der Kanzler. Und weiter: „Wir wollen entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen."[80] Das war eine Formulierung, die, wie Kiesinger später selbst zugab, von Wehner stammte. In der Deutschlandpolitik schien Kiesinger sich mit dem Minister darin einig zu sein, neue Wege beschreiten zu müssen. Diese Absicht hielt aber genau zwei Monate. Am 31. Januar 1967 begann sich mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien ein erster Wandel anzukündigen. Das Abkommen zwischen Deutschen und Rumänen bestärkte den Kanzler darin, die in seiner Regierungserklärung angekündigte Suche nach verbesserten Beziehungen zu Ost-Berlin erst einmal wieder zurückzustellen. Er war sogar bemüht, sich von der Politik seines sozialdemokratischen Partners wieder zu distanzieren, um den eigenen Anteil an dem außenpolitischen Erfolg herauszustreichen.

Die Entsendung eines deutschen Botschafters nach Rumänien, dem ersten osteuropäischen Land nach der Sowjetunion, mit dem Bonn volle diplomatische Beziehungen aufnahm, war von Kanzler Erhard und Außenminister Schröder vorbereitet worden. Aber die ehemalige Regierung hatte, vor allem infolge ihrer Haushalts- und dann Koalitionskrise, am Ende nicht mehr die Kraft zur Entscheidung. Es gelang in ihrer Zeit nicht, diplomatische Beziehungen zu Rumänien herzustellen. Jetzt, im Januar 1967, drängte Bukarest darauf, den Austausch von Botschaftern endlich durchzuführen. Anläßlich des

---

[77] Stuttgarter Nachrichten, 5.12.1966.
[78] Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 182; Carstens, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989.
[79] Der Spiegel, 19.12.1966, S. 29.
[80] VdDB, 5. Wahlperiode, 80. Sitzung vom 13.12.1966, S. 3664.

Besuches von Außenminister Corneliu Manescu in Bonn stimmte die Bundesregierung zu. „Wir hatten keine Veranlassung, die kalte Schulter zu zeigen", schrieb Außenminister Brandt später[81].

Die Hinwendung zu Rumänien bedeutete noch keine Ostpolitik im späteren Brandtschen Sinne. Für Osteuropa galt die Hallstein-Doktrin nicht. Im Zuge der Ostpolitik Schröders, der zu Beginn der sechziger Jahre Handelsmissionen in osteuropäischen Staaten eingerichtet hatte, war im Auswärtigen Amt die sogenannte „Geburtsfehlerdoktrin" entwickelt worden. Sie besagte, daß die sozialistischen Staaten von Beginn an – mit der Geburt – die DDR anerkennen mußten und mithin nicht unter die strenge Doktrin Hallsteins fielen. Die erfolgreiche Aufnahme von Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest fiel also der Großen Koalition wie eine reife Frucht in den Schoß. Brandt selbst hat dieses Verdienst ganz seinem Vorgänger zugestanden[82].

Kiesinger fühlte sich trotz dieser Tatsache in seiner Auffassung der Ostpolitik bestätigt. Im *Deutschlandfunk* erklärte er stolz, er wolle das Ereignis nicht dramatisieren, obwohl er „es für ein bedeutsames Ereignis halte". Man habe entsprechend dem Programm der Regierungserklärung gehandelt, rasch gehandelt, und man werde fortfahren zu versuchen, „im Rahmen unserer Politik des Friedens, der Verständigung und der Überwindung des europäischen Antagonismus auch mit anderen östlichen Nachbarstaaten die Beziehungen zu normalisieren und, wo die Umstände dies erlauben, diplomatische Beziehungen aufzunehmen". Kiesinger machte damit deutlich, daß es ihm nicht in erster Linie auf ein enges Verhältnis mit Ost-Berlin und die Deutschlandpolitik Wehners ankam. Im Gegenteil, er freute sich, insbesondere der DDR-Führung den Wind aus den Segeln genommen zu haben. Man habe die Politik der Bundesrepublik bisher als Politik des Kalten Krieges beschimpft, die sich jeder Annäherung, jeder Auflockerung, jeder Entspannung zwischen Ost und West widersetze. „Und nun, da wir wirklich durch die Tat beweisen, daß es keineswegs so ist, nimmt man uns das plötzlich übel", erklärte er und fügte hinzu: „Das eröffnet interessante Aspekte für die Zukunft. Ich denke, Ost-Berlin lebt einfach von diesem west-östlichen Gegensatz und fürchtet, wenn dieser Gegensatz überwunden ist, daß es dann seine Existenzberechtigung nun schon gar nicht mehr vor der Welt überzeugend darstellen könnte."[83]

Die Aufnahme von Beziehung zu Rumänien bestätigte, daß sich das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten ohne Zugeständnisse an die Regierung der DDR verbessern ließ. Bisher war Kiesinger von der Annahme ausgegangen, man müsse die DDR in die Ostpolitik mit einbeziehen, andernfalls werde sie in Moskau versuchen, diese Bemühungen zu blockieren. Das Beispiel Rumänien zeigte aber offenbar, daß die Macht der Ost-Berliner Führung beschränkt war. Die Fortsetzung der Ostpolitik „um die DDR herum" schien möglich. Mit dieser, für ihn erfreulichen Erkenntnis begann der Kanzler die Politik der Annäherung zum SED-Regime in einem anderen Licht zu sehen: Erstmals suchte er seine Zielsetzung von der des Koalitionspartners abzuheben. Im Rundfunk bekannte er: „Wir wollen ja, wie wir gesagt haben, ‚entkrampfen', das andere Wort, das man an Stelle des schon etwas programmatischen Wortes vom ‚geregelten Nebeneinander' stellen kann."[84]

---

[81] Brandt, Begegnungen, S. 224; vgl. Bender, Neue Ostpolitik, S. 139; Stehle, Nachbarn im Osten, S. 225 ff.

[82] Vgl. Brandt (Begegnungen, S. 227 f.): „Dies entsprach den Plänen meines Vorgängers Gerhard Schröder, der – ohne Rücksicht auf die Hallstein-Doktrin – die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen vorbereitet hatte." Siehe auch Baring, Machtwechsel, S. 236.

[83] Bulletin, Kiesinger im DLF, 8.2.1967.

[84] Ebenda.

Beide Begriffe hatten zwar Sozialdemokraten geprägt – das Wort „entkrampfen" stammte von Wehner, das „geregelte Nebeneinander" ging auf die Dortmunder Parteitagsrede Brandts von 1966 zurück[85] –, aber Kiesinger setzte sie voneinander ab. Er wollte „entkrampfen", aber noch keine Regelungen treffen. In dem Begriff „geregeltes Nebeneinander" stecke ein Programm, hatte Kiesinger betont. Aber es war nicht sein Programm. Gerade weil sich mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Rumänien erwiesen hatte, daß die Ostpolitik ohne Zugeständnisse an Pankow funktionierte, sah der Kanzler zunächst keine Notwendigkeit, an den existierenden deutschlandpolitischen Grundsätzen der Bundesrepublik zu rütteln. Bei seiner Ankündigung im Bundestag am 1. Februar 1967 unterstrich der Bundeskanzler daher, der Alleinvertretungsanspruch durch die Bundesregierung werde durch die Aufnahme der Beziehungen zu Rumänien nicht berührt[86]. Über diese Aussage sei Außenminister Manescu nicht gerade „begeistert" gewesen, schrieb Brandt später[87]. Auch den deutschen Außenminister irritierte der Hinweis des Kanzlers. Rumänien war weit genug gegangen, hatte die Beziehungen aufgenommen, ohne auf den Willen Moskaus zu achten. Weshalb sollte man es jetzt dem Land noch schwerer machen, indem alte Standpunkte wiederholt wurden, fragte Brandt[88].

Aber die Dinge sahen für den christdemokratischen Kanzler etwas anders aus als für den Vorsitzenden der SPD. Nach wie vor bestanden starke Vorbehalte innerhalb der CDU/CSU-Fraktion gegenüber dem Botschafteraustausch mit Bukarest. Der CDU-Abgeordnete Erik Blumenfeld aus Hamburg sprach von einem „starken Bodensatz" von Abgeordneten in der Fraktion, die sich gegen diesen Schritt ausgesprochen hatten. Daneben hatte Wehners Anregung, bei einer Umwandlung der DDR nach dem Modell Jugoslawiens könne die Bundesregierung den zweiten Staat Deutschlands anerkennen, Proteste vor allem des Berliner Landesverbandes der Union ausgelöst. Aber Kiesinger suchte die protestierenden Abgeordneten zu beschwichtigen. Es gäbe keinen Zweifel, erklärte er am 3. Februar im *Deutschlandfunk*, „daß der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herr Wehner, völlig auf dem Standpunkt der Regierungserklärung und der Erklärung steht, die ich aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien im Bundestag abgegeben habe, daß heißt auf dem Standpunkt, daß die Bundesrepublik der einzige deutsche Staat ist, der berechtigt ist und verpflichtet ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen"[89].

Den „Schwarzen Peter" nach Osten geschoben – Bestätigung der Deutschlandpolitik aus Paris

Über den Umweg aus Paris erhielt Kiesinger eine Bestätigung für seine Politik, die DDR als Störer einer friedlichen Öffnung der Bundesrepublik gegenüber Osteuropa hinzu-

---

[85] Brandt, Zinne, S. 129.

[86] Vgl. VdDB, 5. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 1.2.1967, S. 4170.

[87] Brandt, Begegnungen, S. 228; Bender (Neue Ostpolitik, S. 140) urteilt schärfer und nennt dies eine „grandiose Unfähigkeit".

[88] Vgl. Brandt (Begegnungen, S. 228), der nach eigenen Angaben selbst versucht hatte, die Aussage des Kanzlers zu relativieren; vgl. VdDB, 90. Sitzung vom 1.2.1967, S. 4169. Zu Kiesingers Position siehe Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 34, Anmerkung. Kiesinger empfand vor dem Hintergrund der Skepsis eines Teils der Fraktion seine Erklärung vor dem Bundestag zu Rumänien als keineswegs aufbauschend oder dramatisierend. Im Gegenteil: „Meine Erklärung im Bundestag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit diesem Land beschränkte sich zur Verblüffung vieler Abgeordneter auf einige Sätze. Ich wollte dieses wichtige Ereignis mit Rücksicht auf unsere angebahnte Ostpolitik so wenig sensationell wie möglich behandeln."

[89] Bulletin, Kiesinger im DLF, 8.2.1967.

stellen. Der frühere Persönliche Referent Adenauers, Mai, berichtete von einem Gespräch mit der Regierung Georges Pompidou nahestehenden französischen Politikern. „Sie verfügen zur Zeit über einen ungewöhnlichen Vertrauenskredit", hieß es da einleitend. Dann schilderte Mai die Eindrücke der Franzosen von dem Besuch des polnischen Außenministers Adam Rapacki im Januar 1967. Sehr eindringlich habe man darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung alles unternehmen solle, um die menschlichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der „Zone" zu verbessern. Man habe von einer Äußerung Rapackis gesprochen: Wenn die Bundesregierung die DDR schon nicht de jure anerkennen könne, so müsse man doch von ihr erwarten können, daß sie deren „faktische Realität" sehe und bemüht sei, den psychologischen Krieg zu reduzieren. „Ich [*Mai*] machte darauf aufmerksam, daß es aber gerade die Zone sei, die diesen Krieg führe. Man gab dies zu, bemerkte aber, daß man den Versuchen, die der Minister für gesamtdeutsche Fragen zur Zeit unternehme, sehr positiv gegenüberstehe; die Bundesregierung müsse versuchen, der Zone den Schwarzen Peter für diesen kalten Krieg zwischen beiden Teilen Deutschlands zuzuschieben."[90]

Kiesinger unterstrich im Text die Bemerkung, daß der psychologische Krieg zwischen Ost- und Westdeutschen reduziert werden müsse. Das entsprach auch seiner Vorstellung. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen und auch politischen Lebensbedingungen in der Zone erhoffte sich Kiesinger allerdings nicht, wie das Wehner tat, von direkten Kontakten mit den SED-Führern. Der Kanzler erwartete vielmehr eine politische Liberalisierung in der DDR, falls es den anderen osteuropäischen Staaten wie Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien gelingen sollte, den Spielraum im Innern wie nach außen langsam zu vergrößern und an Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu gewinnen. Einen ersten Schritt in diese Richtung sah Kiesinger in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Staaten.

Dahinter steckte ein wichtiger Gedanke: Ähnlich wie die Völker Osteuropas könnte auch das deutsche Volk eines Tages die Selbstbestimmung erreichen. Das Schicksal Deutschlands war für Kiesinger eng mit dem der anderen osteuropäischen Staaten verbunden. Es mußte daher das Ziel der Deutschen sein, den Befreiungskampf der Ungarn, Polen, Tschechoslowaken und Rumänen zu unterstützen. Die Sowjetunion werde am Ende gar nicht umhinkönnen, die Unabhängigkeit der Völker in Osteuropa zu akzeptieren. Die wichtigste Grundlage für den Erfolg dieses Freiheitskampfes sah der Politiker darin, der Supermacht eine eigene Einflußzone ausdrücklich einzuräumen, damit deren Sicherheitsinteressen gewahrt blieben. Erstmals hatte Kiesinger das westliche Zugeständnis einer solchen Einflußzone an Moskau angeregt, als die Rote Armee im November 1956 den Budapester Aufstand blutig niedergeschlagen hatte. Der Westen sei bereit, mit der Sowjetunion eine „umfassende Regelung" zu treffen, falls Moskau den „Willen der Völker Osteuropas" respektieren werde, schlug Kiesinger damals vor. Der Westen solle den Einflußbereich der Supermacht in Osteuropa anerkennen. Gemeinsam könnten alle Sicherheitsfragen gelöst werden. „Dies setzt allerdings voraus, daß Sowjetrußland die zur Unabhängigkeit drängende Entwicklung in Osteuropa hinnimmt, wenn sie sich nicht gegen seine Lebensinteressen wendet", schrieb der Abgeordnete. „Etwas derartiges ist nur im Rahmen einer umfassenden, um nicht zu sagen globalen Vereinbarung denkbar. Dabei gewänne auch das deutsche Problem einen neuen Aspekt. Es würde endlich aus dem Teufelszirkel der ‚Wiedervereinigung ohne Sicherheit' und der ‚Sicherheit ohne Wie-

[90] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Mai an Kiesinger vom 15.2.1967, Blatt 4.

dervereinigung' mit der Aussicht auf eine Lösung entlassen, die beide unverzichtbaren Interessen realistisch verbindet."[91]

Im Kern steckte hier der Gedanke von Kiesingers späterer Ostpolitik. Er war überzeugt, daß die Freiheit der osteuropäischen Völker die Vorbedingung für die deutsche Einheit sein werde. Aber er beging nicht den Fehler, den Schröder gemacht hatte, als er die DDR einfach auszuklammern suchte. Kiesinger stellte die Sowjetunion in den Mittelpunkt seiner Politik. Denn er erkannte, daß die Vorbedingung einer Wiedervereinigung die Aufhebung des Ost-West-Konflikts sein mußte. Nur wenn der Gegensatz zwischen den sozialistischen Staaten Osteuropas und den freien Gesellschaften der westlichen Länder verschwinde, könne es zur Vereinigung der Deutschen kommen. Dafür war Kiesinger sogar bereit, die Existenz der Nato in Frage zu stellen. Am 29. Juni 1956 erklärte er als außenpolitischer Sprecher seiner Partei: „Wenn die allgemeine Weltlage sich grundsätzlich ändert, dann ändert sich auch das Bedürfnis nach Sicherheit, und dann ändert sich auch die Notwendigkeit, bestimmte Verteidigungsvorkehrungen von seiten der westlichen Welt aufrechtzuerhalten. Wir hängen an der Nato nicht als einem Dogma."[92] Er sei seit damals überzeugt gewesen, schreibt Kiesinger in seinen Memoiren, daß „die gemeinsame Heimat für alle Deutschen" erst dann friedlich gewonnen werden könne, wenn der große Weltkonflikt zwischen den sogenannten Supermächten beendet werde[93].

Ein zweites Hindernis der Wiedervereinigung bestand für den Bundeskanzler in der ungeklärten Frage, ob die Sowjetunion überhaupt bereit sei, sich aus ihren im Krieg errungenen Positionen zurückzuziehen. Auch auf dieses Problem hatte Kiesinger schon 1956 hingewiesen. Die Sowjets sähen in einem wiedervereinigten Deutschland, das sich für die freie Welt entscheiden könne, eine erhebliche moralische Stärkung des Westens und damit ein Hemmnis auf dem Wege zum „kommunistischen Siege", hatte er damals erklärt. Aber selbst für ein neutrales Deutschland hätte der Kreml bisher versäumt, die Wiedervereinigung in Aussicht zu stellen[94]. Die Unterstützung der Osteuropäer und vor allem der Sowjets betrachtete der Bundeskanzler als wichtigstes ostpolitisches Ziel. Direkte Kontakte mit den Kommunisten in Ost-Berlin sah er dagegen als notwendiges Übel, um das Mißtrauen der Sowjetunion zu zerstreuen, die Bundesregierung wolle das ungelöste Problem DDR einfach übergehen. Die neue Deutschlandpolitik sollte daher ein Zeichen der Umorientierung für Moskau sein. Zugleich sollten Kontakte mit der SED auch das Verhältnis zu den sogenannten Satellitenstaaten verbessern. Damit unterschied sich die Konzeption Kiesingers fundamental von der Wehners. Wenn Kiesinger diesen politischen Willen vor Wehner, dem wichtigsten Partner in der Großen Koalition, über Monate verschleiern konnte, dann lag das an der guten Verträglichkeit der beiden Zielsetzungen am Anfang. Je länger die Koalition aber andauerte, desto deutlicher kristallisierte sich heraus: Während für Kiesinger Ost-Berlin nur ein möglicher Umweg zu den osteuropäischen Hauptstädten und vor allem nach Moskau darstellte, lag für Wehner das eigentliche Ziel hinter dem Brandenburger Tor.

---

[91] Kiesinger, Außenpolitischer Ausblick.

[92] Kiesinger, Stationen, S. 20.

[93] Kiesinger, Jahre, S. 443 f. Der entsprechende Teil im Programm der CDU vom Februar 1953 stammt aus Kiesingers Feder.

[94] Bonner Rundschau, 18.9.1956; Kiesinger lehnte ein neutrales Deutschland ab: „Für uns ist aber die Wiedervereinigung unter dem Risiko unannehmbar, schutzlos in den sowjetischen Sog zu geraten."

2. „Einen Anfang finden" – Neue Ansätze in der Deutschlandpolitik: vom Stoph-Brief bis zur Deutschlandrede Kiesingers am 17. Juni 1967

Am selben 1. Februar 1967, an dem die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien aufgenommen wurden, behandelte das Kabinett den Vorschlag der SPD, eine Änderung des Nationalfeiertages herbeizuführen. Brandt und Wehner waren der Ansicht, der 17. Juni habe in der Zwischenzeit seine politische Bedeutung eingebüßt. Er sollte an den Arbeiteraufstand in der DDR 1953 erinnern, der durch den brutalen Einsatz sowjetischer Panzer zerschlagen worden war. In den ersten Jahren war der Gedenktag noch auf besondere Weise gefeiert worden. In den Betrieben wurde gearbeitet, der erzielte Lohn aber einer Hilfsorganisation gespendet. Studenten sammelten in den Wäldern Holz oder halfen, Heu einzufahren. Das an diesem Tag Erarbeitete wurde Berliner Kindern für ihre Ferien in der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt. Aber dieser Einsatz erlahmte während der sechziger Jahre beinah vollständig. Künftig blieben die Westdeutschen am 17. Juni bei ihren Familien zu Hause und betrachteten den Feiertag als Gelegenheit zur Erholung. Die Änderung des politischen Feiertages, der den Machthabern in der DDR ein Dorn im Auge war, sollte von den SED-Führern als Zeichen des guten Willens der Bundesregierung gedeutet werden. Vielleicht werde sich dann Ost-Berlin konzilianter zeigen, hoffte zumindest Wehner. Ende Februar 1967 wollte er erste Schritte zu einer Abschaffung des Feiertages einleiten. In einem Brief an den Bundeskanzler erinnerte er an die Kabinettsentscheidung wenige Wochen zuvor: „Am 1. Februar haben Sie über Ihre Absichten bezüglich des 17. Juni gesprochen. Sie fanden allseitig Zustimmung. Ich habe mir erlaubt, heute Herrn Kollegen Lücke zu bitten, eine Vorarbeit zu ermöglichen. Meine Bitte wäre hinfällig, falls Sie schon selbst weiteres veranlaßt haben sollten. Weil ich aber fürchte, die nächsten Wochen könnten verloren gehen, so daß wir erst in den April hineinkämen, möchte ich doch daran erinnern." In einem in der Anlage beigefügten Schreiben an Innenminister Lücke vom selben Tag meinte Wehner, er gehe davon aus, daß dieser mit ihm gemeinsam die Vorarbeit leisten solle. Der Minister für gesamtdeutsche Fragen dachte dabei an eine politische Begründung für das Vorhaben, „in der zugleich ausgedrückt werden muß, daß das Geschehen dieses Tages im Jahre 1953 damit nicht verdrängt wird". In der Erklärung sollte auch festgehalten werden, daß man des Aufstandes in „vielfältiger und würdiger Weise" gedenken solle, schrieb Wehner. Außerdem müsse ein Text für die Gesetzesänderung vorgelegt werden[95].

Aber die Anregung wurde nicht aufgegriffen. Kiesinger und Lücke besprachen am folgenden Tag zwar die Umwandlung des Nationalfeiertages. Sie kamen aber zu dem Schluß, daß es kurzfristig kaum gelingen könne, die Änderungen in dem notwendigen Umfang einzuleiten. Wehner nahm das hin, erklärte – etwas enttäuscht – am 23. März in einem Interview, eine Umwandlung des Tages noch 1967 sei schon aus Gründen der Terminnot sehr schwierig. Aber, setzte er hinzu, um die Aufgabe als solche komme man nicht herum[96].

Doch da irrte sich der Minister. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Barzel weigerte sich, das Ansinnen – wie er empfand – der SPD auch nur in Erwägung zu ziehen. Brandt habe

[95] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Lücke vom 28.2.1967, Anlage zu Wehner an Kiesinger vom 28.2.1967.
[96] Vgl. BPA, Wehner im NDR, 25. März 1967, Anhang IV, S. 3.

ihm in einem Gespräch erklärt, er wolle dem 17. Juni seinen Feiertagscharakter nehmen, erzählte Barzel später. Der Feiertag habe seine ursprüngliche Bedeutung verloren, habe Brandt als Begründung genannt. Die Menschen gebrauchten den Tag zur Erholung im Freien. Das könne ja nicht der Sinn des Tages sein. Aber Barzel ließ dieses Argument nicht gelten. Er fragte spitz: „Was machen Sie denn am Karfreitag? Hören Sie auf, das kommt nicht in Frage! Wir werden uns nicht daran beteiligen, den Feiertag gegen die Gewerkschaften abzusetzen."[97] Damit war der Vorschlag abgelehnt. Ohne die Unterstützung der Unionsfraktion war das Unternehmen aussichtslos. Als politische Forderung brachte selbst Wehner die mögliche Umwandlung des Nationalfeiertages später nicht mehr auf. Damit war sein Vorrat an Ideen, wie der Kontakt zu Ost-Berlin geknüpft werden könne, allerdings nicht erschöpft. Die überfällige Antwort auf den Brief Ulbrichts zum Dortmunder Parteitag der SPD vom Juni 1966 eröffnete ihm eine weitere Möglichkeit. Die Auseinandersetzung zwischen den Koalitionsparteien um diese Antwort zeigt zudem, wie geschickt Wehner die Annäherung an die SED vorbereitete, ohne eine allzu heftige Kritik des Koalitionspartners herauszufordern.

Wehners Brief an die SED – die Vorgeschichte des Stoph-Briefes

Als sich die Sozialistische Einheitspartei auf ihren Ost-Berliner Parteitag im April 1967 vorbereitete, hielt Wehner die Zeit für gekommen, den Brief des Ersten Sekretärs der SED, Ulbricht, anläßlich des SPD-Parteitages in Dortmund 1966 zu beantworten. „Einen Nachtusch auf den gescheiterten Redneraustausch" nannte Brandt die Wehner-Initiative[98]. Denn zwischen beiden Parteien war im Jahr zuvor der Auftritt prominenter Vertreter der SPD in Karl-Marx-Stadt, dem früheren und späteren Chemnitz, sowie der SED in Hannover vereinbart worden. Ende Juni 1966 kündigten die Kommunisten plötzlich ohne Angabe von Gründen das Vorhaben auf. Die großen Erwartungen, die das Projekt in den Kreisverbänden der SED offenbar geweckt hatte, schreckten das Politbüro ab. Außerdem begann das Ministerium für Staatssicherheit in diesem Zeitraum, Propagandamaterial gegen Wehner zusammenzustellen[99].

Dem SPD-Parteivorstand legte Wehner nach den Osterfeiertagen Ende März 1967 einen ersten Entwurf für sein Schreiben an die SED vor. Aber als sich das Präsidium nach einigen Tagen wieder zusammenfand, hatte Wehner seinen Text bereits fünf Politikern der anderen Parteien zugestellt. Kiesinger, Heck, Strauß, Barzel und sogar der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick erhielten eine Abschrift. An der Regierungsverantwortung beteiligt, könne man eine solche Initiative nicht mehr im Alleingang starten, rechtfertigte er den Schritt vor seinen Genossen. Als das Schreiben bei den Christdemokraten eintraf, alarmierte es sofort die Führung der Union. Der frühere Sonderminister Krone vertraute seinem Tagebuch an, was viele CDU-Vorstandsmitglieder dachten: „Das Kabinett und der Kanzler können der Koalitionspartei diesen Sondergang nicht gestatten." Kiesinger, so habe ihm Heck gesagt, teile diese Auffassung und sagt, hier könne es zu einer Regierungskrise kommen, wenn die SPD auf diesem Vorgehen bestünde[100].

---

[97] Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.

[98] Brandt, Begegnungen, S. 245.

[99] Vgl. Wettig, Ost-Berlin im Schatten, S. 262; Moskau soll das Unternehmen zunächst unterstützt und die SED dazu angehalten haben, die Sache weiter zu verfolgen. Vgl. ders. (The SED-SPD Dialogue) allgemein zum Hergang des Dialogs.

[100] Vgl. Krone, Aufzeichnungen, S. 192.

Auch für den Kanzler stand zunächst der parteipolitische Aspekt im Vordergrund. Er lud seinen Minister am 5. April zum Frühstück ein und setzte ihm auseinander, es sei das beste, wenn die beiden Regierungsparteien die Sache gemeinsam durchführten. Wehner versprach, sich beim SPD-Präsidium für diesen Vorschlag stark zu machen. Bezeichnenderweise kommentierte der *Süddeutsche Rundfunk* nach dem Treffen, es werde immer deutlicher, daß die Koalition im wesentlichen ein Bündnis zwischen Kiesinger und Wehner sei. Denn die SPD-Parteiführung weigerte sich, einem gemeinsamen Vorgehen zuzustimmen. Brandt wandte sich dagegen, daß CDU und SPD so aufträten, als ob sie eine „Einheitspartei" seien[101]. Im SPD-Präsidium nahm man außerdem mit Unmut zur Kenntnis, daß Wehner inzwischen auf Einwände des Koalitionspartners hin seine erste Fassung revidiert hatte.

Wehner lehnte sich bei der Ausarbeitung seines ersten Briefentwurfs sehr an Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden Schmidt an. Schmidt hatte am 20. März 1967 im Hamburger Überseeclub einen Vortrag über *Die deutsche Frage im nächsten Jahrzehnt* gehalten. Dort skizzierte der Fraktionsvorsitzende nicht nur sechs Komponenten einer zukünftigen Friedensordnung in Europa, sondern unterbreitete auch neun Vorschläge, wie das „geregelte Nebeneinander" beider deutscher Staaten aussehen solle. Fast wortwörtlich übernahm Wehner einige Punkte aus beiden von Schmidt unterteilten Bereichen. Sie bildeten die Grundlage für die dann gemeinsam beschlossene Regierungserklärung vom 12. April 1967. Schmidt ist also der Schöpfer einer Ausgangsbasis für die gemeinsame Deutschlandpolitik gewesen[102].

Darüber mußte man sich aber erst verständigen. Den Christdemokraten mißfiel, daß die SPD in ihrem ersten Entwurf einen Zusammenhang zwischen verbesserten Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Zone und Abrüstungsmaßnahmen in Europa herstellen wollte. So hatte Schmidt die Senkung des Rüstungsniveaus in West- und Osteuropa sowie eine Reduzierung der Zahl fremder Stationierungstruppen auf beiden Seiten vorgeschlagen. Daneben sollten, wohl mit Blick auf den 1958 formulierten Plan des polnischen Außenministers Rapacki, die mitteleuropäischen Staaten auf die nationale Verfügungsgewalt oder die Mitverfügung an nuklearen Waffen (also die MLF) verzichten. Mitglieder der Staaten Ost- und Westeuropas sollten diese militärischen Beschränkungen überprüfen.

Kiesinger riet Wehner, diesen militärischen Teil ganz wegzulassen, um den Text so zu entschärfen, daß auch die Union ihn mittragen könne. Auch die sozialistische Terminologie wurde auf Anraten des Kanzlers abgeschwächt. Doch damit waren immer noch nicht alle Voraussetzungen eines gemeinsamen Vorgehens zufriedenstellend erfüllt. Denn jetzt schossen beide Parteipräsidien quer. Der SPD-Vorsitzende forderte kategorisch: Entweder werde es sich um eine alleinige Aktion der Sozialdemokraten handeln, oder der Entwurf müsse von allen Parteien des Bundestages getragen werden – also auch von der FDP. Die CDU-Führung weigerte sich ebenfalls, dem Vorhaben zuzustimmen. Man sei nicht dazu da, der SPD Wahlhilfe zu geben, argumentierte der Vertreter des Arbeiterflügels der Partei, Blank. Und nach dem Hannoveraner Parteitag der Liberalen, der vom 3. bis zum 5. April stattfand, kam für die CDU eine Allparteien-Initiative erst recht

[101] Der Spiegel, 17.4.1967.

[102] Vgl. Schmidt, Menschen und Mächte, S. 30; Süddeutsche Zeitung, 21.3.1967; vgl. auch Lehmann, Öffnung nach Osten, S. 144. Schmidt zum Vater der Ostpolitik zu machen, wie es Lehmann, ein Mitarbeiter Schmidts, mit seinem Buch beabsichtigt, geht weit über den tatsächlichen Sachverhalt hinaus; siehe Baring, Schmidt als Begründer von Brandts Ostpolitik, in: Frankfurter Rundschau, 20.4.1985.

nicht mehr in Frage. In Hannover hatte die FDP eine Deutschlandpolitik beschlossen, die sich mit den Vorstellungen der Großen Koalition nicht mehr deckte. So plädierten die Liberalen in ihrem Aktionsprogramm für ein „zeitlich begrenztes Nebeneinander beider deutscher Teilgebiete", durch die man eine Liberalisierung Ostdeutschlands und eine Angleichung des Lebensstandards erzielen wollte. Zum Thema Oder-Neiße-Linie hieß es, man halte zwar daran fest, daß eine endgültige Regelung erst im Friedensvertrag möglich sei. Angemerkt wurde aber, daß eine „Zusammenführung der getrennten Teile Deutschlands nicht an territorialen Fragen scheitern" dürfe[103]. Die Union weigerte sich nach diesen Beschlüssen, die Initiative gegenüber der SED gemeinsam mit der FDP durchzuführen. Zu dieser Auffassung kam der Fraktionsvorstand am 10. April.

Die Positionen der Koalitionsparteien schienen also festgefahren zu sein. Kiesinger rief Wehner an. Man solle, wenn möglich, noch am selben Abend zusammenkommen. Die Zeit dränge. In wenigen Tagen beginne bereits der SED-Parteitag. Eine Entscheidung müsse noch in dieser Nacht fallen. Aber dazu kam es nicht. Zwar trafen Wehner und der SPD-Schatzmeister Alfred Nau gegen 21 Uhr im Kanzlerbungalow ein, aber auch sie konnten die widerstreitenden Meinungen nicht zusammenbringen. Bei Rotwein saßen dann die beiden Gründer der Koalition wieder bis nach Mitternacht allein zusammen. An dieser Frage trat erstmals zutage, daß die Spanne der Gemeinsamkeiten beider Parteien offensichtlich enger war als angenommen. An ihnen hatte es nicht gelegen, wenn es zur Krise gekommen war. Sie konnten sich keinen Fehler vorwerfen. Wehner hatte die anderen Parteiführungen von dem geplanten Unternehmen korrekt informiert und Kiesinger die Aktion akzeptiert. Dennoch befand sich das Regierungsbündnis in einer Krise. „Diese Sache hätte meine Koalition beinahe auseinandergebracht", bekannte Kiesinger hinterher[104].

Der rettende Einfall kam schließlich Brandt, was als Beweis für die Kompromißbereitschaft des SPD-Vorsitzenden gewertet werden muß. Warum, so schlug er vor, zerlege man nicht einfach den Entwurf in zwei Teile? Die SPD werde allein einen Brief an die SED verfassen. Dieser solle sich jedoch nur auf allgemeine Feststellungen zum bestehenden Klima zwischen beiden Parteien beschränken. Das Aktionsprogramm dagegen solle im Bundestag als Regierungserklärung vorgetragen werden. Wehner gab sofort sein Einverständnis, und auch der kleine Kreis mit Kiesinger, Peter Wilhelm Brand, Barzel, Heck und Stücklen, der am Nachmittag des 11. April zusammenkam, stimmte zu. Die Koalition war knapp an einem Bruch vorbeigekommen.

Über Nacht konzipierte Pressesprecher Ahlers die dritte Fassung. Diese trug Kiesinger am Mittwochnachmittag, dem 12. April 1967, im Bundestag vor. Der Kanzler griff dort zunächst die SED an. Sie habe die Absicht der Bundesregierung, „Gräben zu überwinden", auf grobe Weise entstellt. Die Regierung wolle Entspannung auch zwischen beiden Teilen Deutschlands. Eine innerdeutsche Entspannung sei Bestandteil und Funktion der europäischen Einigung. Die Bundesregierung frage sich, wie die „Not der Spaltung" des deutschen Volkes gelindert werden könne, und unterbreite daher folgende praktische Vorschläge: a) verbesserte Reisemöglichkeiten vor allem für Verwandte, mit dem Ziel der Entwicklung eines normalen Reiseverkehrs; b) Passierscheinregelungen in Berlin und zwischen den Nachbargebieten beider Teile Deutschlands; c) Erleichterung des Zahlungsverkehrs durch innerdeutsche Verrechnung und beiderseitige Bereitstellung von Reisezahlungsmitteln; d) Erleichterung des Empfangs von Medikamenten und Ge-

[103] DzD, Aktionsprogramm der FDP vom 5.4.1967, S. 865.
[104] Der Spiegel, 17.4.1967.

schenksendungen; e) Ermöglichung der Familienzusammen-, insbesondere der Kinderrückführung.

Auch für Maßnahmen zu einer verstärkten wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenarbeit wurden Vorschläge unterbreitet. An eine Ausweitung und die Erleichterung des innerdeutschen Handels war da gedacht worden, dazu sollten auch öffentliche Bürgschaften gehören und Kreditlinien eingeräumt werden können. Der Austausch zwischen den beiderseitigen Energiemärkten, die Herstellung einer rationellen Elektrizitätsverbundwirtschaft war vorgesehen, ebenso wie der gemeinsame Ausbau neuer Verkehrs- sowie verbesserter Post- und Telefonverbindungen, insbesondere die Wiederherstellung des Telefonverkehrs in ganz Berlin. Das Angebot enthielt ebenfalls den Vorschlag, die Einrichtung wirtschaftlicher und technischer Zweckgemeinschaften zu erörtern.

Auf dem Gebiet des wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausches sah der Katalog den entbürokratisierten Verkehr zwischen Hochschulen, Forschungsinstitutionen und wissenschaftlichen Gesellschaften vor. Dazu zählten auch die schrittweise Freigabe des ungehinderten Bezugs von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Besuche von Jugendgruppen und Schulklassen, ein freier innerdeutscher Sportverkehr und der freie Austausch kultureller Vereine und Institutionen[105]. Die Bundesregierung werde alles tun, bekräftigte Kiesinger am Schluß, um die Spaltung Europas und Deutschlands auf dem Wege der Verständigung zu beseitigen.

Zurückhaltende Reaktion der SED

Zuerst erschrak die SED über die unerwartete Initiative. Sie wollte die Annahme des Schreibens verweigern, den die Sozialdemokraten als Teil des Regierungsvorhabens formuliert und geschickt hatten. Der SPD-Kurier mit dem Brief seiner Partei wurde an der Berliner Mauer abgewiesen. Dennoch konnte die DDR-Führung nicht verhindern, daß die Botschaft in ihrem Gebiet ankam. Man war bei der SPD auf die ablehnende Reaktion in Ost-Berlin vorbereitet. Ebenso wie die Briefe der SED an die Bundesregierung immer gleichzeitig überbracht wurden und über den Fernschreiber liefen, schickte nun SPD-Schatzmeister Nau fernschriftlich ein Protestschreiben an die SED in Ost-Berlin. Gleichzeitig sorgte er dafür, daß alle Kreisverbände der Einheitspartei in der DDR den Protest, die Regierungserklärung sowie den Offenen Brief der SPD zugestellt erhielten. Erst jetzt ließ Ulbricht auch offiziell den Kurier durch. Am Abend des 12. April nahm die Einheitspartei das gelbe Kuvert (im Din-A5-Format) am Hauptportal der Parteizentrale am Werderschen Markt in Ost-Berlin entgegen.

Vor allem die Erklärung im Bundestag vom gleichen Tag hatte die SED-Führung verunsichert. Zunächst verbreitete der Rundfunk, daß die Regierungserklärung des Bundeskanzlers nichts Neues enthalte. Ähnlich äußerte sich die Nachrichtenagentur *ADN* und fügte hinzu, Kiesinger habe aus „panischer Furcht" vor dem bevorstehenden SED-Parteitag überstürzt den Bundestag zusammengetrommelt. *Neues Deutschland* druckte am nächsten Tag gleich zwei Stellungnahmen. Zunächst wies es die Erklärung der Bundesregierung polemisch zurück. In der zweiten Berlinausgabe, die am Abend des 13. April erschien, klang das alles jedoch schon sehr viel freundlicher. Die SED wollte sich offenbar nicht die Möglichkeit einer von ihr erwarteten Anerkennung durch die Bundesregierung verbauen. Unter der Überschrift „Adresse: Regierung der DDR, Berlin" hieß es

[105] Vgl. DzD, 1966-1967, S. 903.

in dem Kommentar: „Was nun den Inhalt der Erklärung vor dem Bundestag angeht, so hat der westdeutsche Regierungschef Fragen aufgeworfen, die allesamt Angelegenheiten staatlichen Charakters betreffen. Wir sind der Meinung, daß es das Vernünftigste und Nächstliegende wäre, wenn sich die westdeutsche Regierung oder der Bundestag an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wenden würde, die, wie jedermann weiß, für die Behandlung dieser staatlichen Fragen zuständig ist."[106]

Es sei jetzt am Kanzler, sich an die Regierung der DDR zu wenden. Die SED werde den Fortgang dieser Entwicklung mit aktivem Interesse verfolgen, versprach das Parteiorgan. Und am 14. April 1967 bezeichnete *Neues Deutschland* die Anregungen der Bundesregierung als „wichtige Fragen", für „die jedoch die staatlichen Organe zuständig seien". Es müsse alles seine richtige Ordnung haben. Gleichzeitig hob die Zeitung die Rolle des Kanzlers und der CDU hervor. Vielleicht solle die SED oder *Neues Deutschland* den Auftritt Bundeskanzler Kiesingers vor dem Bundestag zum Anlaß nehmen, einen öffentlichen Dialog mit den Mitgliedern der westdeutschen CDU einzuleiten, deutete der Kommentar geheimnisvoll an[107].

Wie sollte sich die Bonner Regierung diese letzte Bemerkung erklären? Wehner interpretierte den angekündigten Dialog der SED mit der Union, indem er das Vorhaben mit dem versuchten Redneraustausch zwischen SED und SPD im Jahre 1966 in Zusammenhang brachte. Damals hätte die Einheitspartei gehofft, eine Infiltrationsarbeit im großen Stil beginnen zu können und die SPD langsam von innen aufzuweichen, erklärte der Sozialdemokrat in einem Interview. Das sei eine Fehlkalkulation gewesen, wie der Dortmunder SPD-Parteitag erwiesen habe. Vielleicht versuche sie jetzt das gleiche mit der CDU. Aber damit verschätzten sich die Kommunisten erneut, denn die CDU lasse sich nicht infiltrieren. Auch den Hinweis, Kiesinger solle sich direkt an die Adresse der Ost-Berliner Regierung wenden, hielt er für ein billiges Argument. Man komme nicht umhin, die falsche Bescheidenheit der SED zu belächeln. Immer behaupte die SED, sie allein habe den Führungsanspruch, die Partei sei die Regierung. Außerdem habe sie ja auch im Jahre 1966 Fragen an die SPD als Oppositionspartei gestellt, die sie nach ihrer Logik besser an die Regierung gerichtet hätte. Die SED werde diese Argumentation nicht durchhalten können[108]. Dennoch blieb der Minister in seiner Kritik zurückhaltend. Die erste Verwirrung in Ost-Berlin über die Korrespondenz kommentierte er nicht mit triumphaler Geste. Im Gegenteil. Ihm gehe es nicht darum, propagandistische Punkte zu sammeln. Es sei nicht seine Absicht, „irgend jemand agitatorisch an die Wand zu drücken, sondern wir wollen das Eis brechen, wir wollen in praktischen Fragen vorankommen".

Am 17. April eröffnete Ulbricht mit einem fünfstündigen Referat den Parteitag. Noch einmal wiederholte er seine Position, die er schon in der Neujahrsansprache erstmals erläutert hatte. Der Erklärung Kiesingers widmete er nur wenige Minuten. Immerhin schlug er aber vor, daß „der Vorsitzende des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundeskanzler der westdeutschen Bundesrepublik – von Delegationen unterstützt und mit gehörigen Vollmachten versehen – an einem noch zu vereinbarenden Ort zusammentreffen, um über diese ersten Schritte auf dem Wege zu einer Verständigung der beiden deutschen Staaten zu verhandeln und die entsprechenden Verträge abzuschließen"[109].

---

[106] Ebenda, S. 902, Fn 1.
[107] Neues Deutschland, 14.4.1967.
[108] Vgl. pui – SPD, 16.4.1967, S. 3.
[109] DzD, 1966-1967, S. 962.

Die CDU-Führungsspitze unterstützt Wehners Deutschlandpolitik

Wehner stellte einen Tag später fest, Ulbrichts Rede sei keine Antwort gewesen, sondern nur die nochmalige Umschreibung seiner Ausgangsposition. Allerdings betonte der Minister, daß auch der SED-Generalsekretär offenbar an der Möglichkeit der Wiedervereinigung festhalte, wenn auch unter den Bedingungen der Sozialistischen Einheitspartei. Das sei eine Bestätigung für seine These, daß auch die SED, der an einer langen Fortdauer des gegenwärtig geteilten Zustandes liege, nicht darüber hinweggehen könne, daß die Deutschen als Nation in einem Staat leben wollten[110].

Am 18. April gab der Parteitag in Ost-Berlin eine Stellungnahme ab, deren Kern in der Aufforderung an das Zentralkomitee bestand, verschiedene Briefe an die „westdeutsche Arbeiterklasse", an die Mitglieder der SPD sowie an die Mitglieder und Anhänger der Union auszuarbeiten. Darin sollten die Vorstellungen zu den Fragen der „Einigung der Arbeiterklasse" und zur „Herbeiführung der friedlichen Koexistenz durch Normalisierung der Beziehungen" zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten sowie „zur europäischen Sicherheit auf der Grundlage der Beschlüsse unseres Parteitages" dargelegt werden[111]. Somit blieb der Bundesregierung nichts anderes übrig, als erst einmal abzuwarten, ob man in Ost-Berlin überhaupt Bereitschaft zeigte, auf die Anregungen aus Bonn einzugehen. Eines schien schon jetzt sicher: Die Bundesregierung mußte eine Antwort auf den Vorschlag Ulbrichts formulieren, daß der Vorsitzende des DDR-Ministerrats, Willi Stoph, und Kiesinger zusammentreffen sollten. Der Fraktionsführer der CDU/CSU schrieb am gleichen 18. April an den Bundeskanzler: „Die humanitäre Initiative der Bundesregierung, die vorige Woche in Ihrer Regierungserklärung ergriffen worden ist, findet in Ost-Berlin ein Echo, das uns dringend und unausweichlich vor die Frage unseres weiteren Vorgehens stellt. Ich bitte Sie zu erwägen, ob nicht alsbald unter Ihrer Leitung im kleinsten Koalitionskreis das weitere Vorgehen erörtert werden sollte. Es kommt, so scheint mir, darauf an, daß die Koalition in den weiteren Schritten zusammensteht, daß wir innerhalb der Koalition die Führung behalten und daß wir dem Osten gegenüber in Vorhand bleiben. Bei diesem Gespräch dürfte es wohl auch um die Frage gehen, ob und gegebenenfalls wie ein Gesprächspartner der Bundesregierung zur Besprechung dieser Fragen mit den Verantwortlichen aus Ost-Berlin zur Verfügung gestellt werden soll."[112]

Doch die Trauerfeierlichkeiten für Adenauer sowie die sich daran anschließenden Gespräche mit den ausländischen Staatsoberhäuptern, die als Gäste nach Bonn gekommen waren, verhinderten zunächst ein solches Treffen. Erst am 26. April konnte die Regierung ihre normale Arbeit fortsetzen. Zwei Tage später, so ein Aktenvermerk des gerade ernannten Parlamentarischen Staatssekretärs im Kanzleramt Guttenberg, rief Barzel an und teilte Kiesinger mit, daß die CDU eine kleine Arbeitsgruppe gebildet habe, die sich mit der Frage der Reaktion auf die SED-Initiative befasse. Der Kanzler habe daraufhin dem Fraktionsführer erklärt, daß er einen „ähnlichen Kreis einberufen werde, wie er vor der Abgabe der Regierungserklärung an die Adresse der SBZ zusammengetreten war". Das zeigte, wie stark inzwischen auch in der Fraktionsführung, vor allem im Kreis um Barzel, die von Wehner und Kiesinger eingeleitete offensive Deutschlandpolitik unterstützt und sogar als selbstverständlich betrachtet wurde. Diesen Vorgang beobachtete auch Krone, der ihn allerdings als Zeichen der Schwäche der neuen Regierung deutete.

---

[110] Vgl. pui – SPD, 18.4.1967, S. 2.
[111] DzD, 1966-1967, S. 971.
[112] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 18.2.1967.

„Ich [...] war betroffen, wie leicht und unbeschwert man diesen Schritt auf Pankow zu nahm; es sei ja nichts anderes mehr möglich, als die humanen Bindungen zu festigen. Was wird die westliche Welt zufrieden sein, daß wir soweit sind. Wir entlassen sie aus ihrer Verpflichtung zu einer Politik der Wiedervereinigung. Wir sind ein schwaches Volk."[113]

Karlsbader Konferenz, der Stoph-Brief und Wehners Ratschläge

Die Hoffnungen Wehners und Kiesingers auf eine günstige Antwort aus Ost-Berlin wurden schnell gedämpft, als die Beschlüsse des Warschauer Paktes auf der Karlsbader Konferenz bekannt wurden. In der Tschechoslowakei versammelten sich vom 24. bis zum 26. April Vertreter von vierundzwanzig kommunistischen Parteien und anderen Arbeiterparteien aus aller Welt. Die „Karlsbader Beschlüsse" bestätigten die bisher von der Sowjetunion und der DDR erhobenen Forderungen. Erstmals wurde hier deutlich gemacht, daß die Bundesregierung für die Fortsetzung ihrer Ostpolitik zunächst einmal die folgenden Bedingungen erfüllen sollte: die Anerkennung des zweiten deutschen Staates, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Beginn an sowie den Beitritt zum Atomsperrvertrag[114]. Wehner nahm diese Verhärtung des sozialistischen Lagers gegenüber Bonn mit Enttäuschung zur Kenntnis. Die Bundesrepublik Deutschland solle zum Prügelknaben gemacht werden, faßte er das Ergebnis der Konferenz zusammen. Doch er verlange jetzt, daß die konstruktiven Vorschläge zur europäischen Sicherheit und Friedensordnung, welche die Bundesregierung unterbreitet habe, auch zur Kenntnis genommen würden und ihre praktische Umsetzung erörtert würde. Es sei an der Zeit, damit aufzuhören, „daß wir nur auf Grund von Vorurteilen behandelt und beurteilt würden", meinte Wehner verärgert[115].

Das war die Lage, als am 11. Mai im Kanzleramt der angekündigte Brief aus Ost-Berlin überbracht wurde. Wieder, wie in den Jahren zuvor, war der Überbringer von Berg. Der junge Wissenschaftler hatte schon 1964 einen Brief des Staatsratsvorsitzenden an Bundeskanzler Erhard im Kanzleramt abgegeben. Damals ließ man den Boten noch beim Pförtner warten. Im Kanzleramt wurde erst beim Öffnen des großen, braunen Briefumschlags bemerkt, daß es sich beim Absender um den Staatsratsvorsitzenden der DDR handelte. Da schon lange keine Schreiben mehr aus Ostdeutschland angenommen worden waren, schlossen die Mitarbeiter im Kanzleramt den Umschlag wieder und gaben ihn an den Ost-Berliner Abgesandten zurück. Aus der Tatsache, daß der Umschlag geöffnet worden war, schloß von Berg, daß man im Kanzleramt eine Fotokopie angefertigt habe[116]. Gleichzeitig mit der Übergabe war jedoch der Text über Fernschreiber eingetroffen. Daher erübrigte sich das Erstellen einer Kopie. Aber die Beamten wußten nicht, wie auf das Fernschreiben zu reagieren sei. Man verfiel auf den Gedanken, kurzerhand den Text nach Ost-Berlin zurückzutickern. So geschah es – eine hilflose Geste, aber symptomatisch für das damalige verkrampfte Verhältnis[117].

Drei Jahre später, im Mai 1967, verlief alles anders. Diesmal mußte von Berg nicht vor der Türe warten. Es sei damals zum ersten Mal möglich gewesen, „daß man sich anständig anmeldet, anständig vorfährt, anständig nach oben geht und sich dann normal mit den

---

[113] Krone, Aufzeichnungen, S. 192.
[114] Vgl. DzD, Abschlußerklärung vom 26.4.1967, S. 1050. Das Vokabular wurde nicht als „entspannungsdienlicher" empfunden; vgl. Baring, Machtwechsel, S. 230.
[115] BPA, Wehner für die BBC, 29.4.1967, Anhang I, S. 2 f.
[116] Vgl. von Berg, Gespräch mit dem Verfasser, 18.5.1989.
[117] Vgl. Neusel, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1989.

Leuten unterhält und bespricht, die da Dienst tun. Der Kanzler selbst war nicht da, aber wir haben damals im Kanzlerarbeitszimmer gesessen und uns über das, was zu sagen war, viel war es ja nicht, ausgetauscht."[118] Die Prinzipien seien klar gewesen, meinte von Berg im Rückblick. Dies sei ein Zeichen dafür gewesen, daß sich die innere Einstellung geändert hatte.

Kiesinger flog an diesem 11. Mai von Stuttgart aus erst am späten Vormittag mit dem Hubschrauber nach Bonn. Noch vor seiner Ankunft wurde er vom Eintreffen des Stoph-Schreibens informiert. Jetzt mußte er entscheiden, ob der Brief angenommen werden sollte oder nicht. Seit Anfang der fünfziger Jahre war im Kanzleramt die Annahme sämtlicher Post der SED verweigert worden[119]. Daß Wehner raten würde, den Brief offiziell anzunehmen, konnte man vorausahnen. Trotzdem ließ der Kanzler dem Minister eine Kopie des Schreibens zukommen und ihn um Rat bitten. Daraufhin formulierte Wehner schriftlich jene Optionen, die dem Bundeskanzler seiner Meinung nach jetzt offenstanden. Knapp faßte er zusammen: „1. Wenn auf den Busch geklopft oder direkt gemeldet werden sollte, daß hier ein Brief abgegeben worden sei, wäre es ratsam, nicht darum herumreden oder ausweichend antworten zu lassen. Es wäre meines Erachtens wirksam ohne viel Federlesens zu sagen: Ja. Was den Inhalt betrifft, so wäre ratsam, wenn notwendig, erklären zu lassen, er werde geprüft. 2. Es wäre gut, wenn nicht stückchen- oder scheibchenweise gesagt würde, ob oder ob nicht, respektive wie überhaupt darauf reagiert oder geantwortet werde. Richtig wäre meines Erachtens, sagen zu lassen, daß der Herr Bundeskanzler das zu gegebener Zeit entscheiden werde."

Es lasse sich drittens „vorbehaltlich eingehender Überlegungen" schon jetzt denken, fuhr Wehner fort, daß es Antworten verschiedener Art geben könne, u. a. auch eine, die mehrere Schriftstücke „aus derselben Himmelsrichtung" zum Anlaß nehme, „verständlich darzulegen, daß jede Seite ihre Ziele hat, wir sehen jedenfalls nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit, dem deutschen Volk zu helfen, teilzuhaben an den Möglichkeiten, die sich aus der Politik der europäischen Entspannung ergeben können". Wehner riet, den Brief „buchstäblich" zu beantworten, einschließlich der klaren und „möglichst nicht gerade antiquierten" Darlegung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung. Einschließen sollte die Antwort auch eine „gut überlegte [...] Darlegung unserer Angebote", also des „Charakters unserer Angebote im Zusammenhang mit Entspannungspolitik". Und Wehner fügte unter viertens hinzu, wenn möglich, solle der Brief so beantwortet werden, etwa „durch eine Erklärung im Deutschen Bundestag", daß überall deutlich werde, die Bundesregierung könne daran mitwirken, politische Realitäten schaffen zu helfen, die dem Frieden und der Verständigung dienten[120].

An dieser Stelle unterbrach Wehner. Dem Minister wurde mitgeteilt, daß das Bundespresseamt die Annahme des Briefes durch das Bundeskanzleramt soeben im Rundfunk gemeldet hatte. Kiesinger hatte also entschieden. Damit war der bereits geschriebene Teil hinfällig geworden. Dennoch formulierte Wehner den Brief zu Ende. Aber der Ton än-

---

[118] Rexin, Das Kabinett Kiesinger; als Neusel den zweiten Antwortbrief Kiesingers im September 1967 nach Ost-Berlin brachte, wurde er dort in angenehmer Atmosphäre empfangen und bewirtet; vgl. Neusel und von Berg, Gespräche mit dem Verfasser, 30.11.1989 bzw. 18.5.1989.

[119] Vgl. Jäckel, Kontakte ohne Anerkennung?, S. 37; am 1.12.1950 wurde der Brief des DDR-Ministerpräsidenten Grotewohl, adressiert an Bundeskanzler Adenauer, im Bonner Bundeskanzleramt durch Kurier übergeben und dort angenommen. Aber Adenauer sah von einer brieflichen Antwort ab und wählte statt dessen, wie Kiesinger 1967, eine öffentlich abgegebene Erklärung als Form seiner Antwort.

[120] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 11.5.1967.

derte sich. Man merkt den Zeilen an, mit welcher Genugtuung er die Nachricht aufgenommen hatte. Wehner schmeichelte Kiesinger, sprach von der internationalen Bedeutung, die die Entscheidung des Kanzlers haben werde, betonte die Chance, die sich dem Regierungschef nun biete. Er wußte genau, wo die schwache Stelle des Kanzlers lag: Kiesinger mochte es, wenn man von ihm als dem großen Staatsmann sprach. Wehner hatte das von Anfang an getan, aber er dosierte die Mischung entsprechend den Umständen. So lobte er den Kanzler und seine Politik, wenn er den Kanzler freundlich stimmen wollte. Das war der Fall während der Auseinandersetzung um sein Interview mit der *Washington Post* im Februar 1967 und jetzt wieder. „Es ist wohl unvermeidlich", schloß Wehner den Brief ab, „daß in den nächsten Stunden und Tagen eine Menge Ansichten darüber geäußert werden, was nun zu tun oder zu unterlassen sei. Erlauben Sie mir, bitte, zu bemerken, daß es sehr darauf ankommt, den Herrn Bundeskanzler selbst entscheiden zu lassen. Dies ist eine gute Gelegenheit, die deutsche Politik souverän zu führen und darzustellen. Im gesamten Ausland wird man jede Nuance dieses Vorgangs unter die Lupe nehmen. Die Bundesregierung kann dabei sehr gewinnen."[121]

Wehner verfaßte den Brief nicht nur aus reiner Dankbarkeit. Er erwartete, daß Kiesinger auch die anderen von ihm formulierten Optionen umsetzen würde. Das galt insbesondere für den Vorschlag, „mehrere Schriftstücke aus derselben Himmelsrichtung" zum Anlaß zu nehmen, die Ziele der Bundesregierung „verständlich darzulegen". Wehner meinte damit die Forderung an die Deutsche Bundespost in Höhe von knapp einer Milliarde DM, die der Postminister der DDR erhoben hatte. Die Hintergründe sollen gleich erläutert werden. Hier genügt zunächst zu wissen, daß diese Forderung in der Union sehr umstritten war, Wehner sie aber erfüllen wollte. Wie sehr ihm daran gelegen war, den angebotenen Kontakt zur anderen Seite unbedingt aufzunehmen, läßt sich auch daran sehen, daß er sich nicht auf eine Antwortform festlegte, etwa auf eine schriftliche Antwort Kiesingers drängte. Er schlug vielmehr vor, der Kanzler solle eine Erklärung im Bundestag abgeben. In dieser Frage sollte Wehner allerdings schnell seine Position wechseln: Der Minister verfochte schon bald mit aller Energie und Härte eine briefliche Antwortform. Doch zunächst hing das weitere Vorgehen davon ab, wie Kiesinger den Brief des Vorsitzenden des DDR-Ministerrats beurteilte.

Kiesingers Reaktion auf den Stoph-Brief

Erst im letzten Drittel kam der Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Stoph, in seinem Schreiben auf die Anregungen zwischenstaatlicher Abmachungen zu sprechen, die die Bundesregierung vorgeschlagen hatte. Die Regierung der DDR sei bereit, solche Vorschläge zu prüfen, hieß es. Doch sei dazu notwendig, daß die Bundesregierung ihre „unfriedliche Alleinvertretungsanmaßung" aufgebe. Wenn die Bundesregierung tatsächlich einen Gewaltverzicht zwischen beiden deutschen Staaten anstrebe, wie sie das mehrfach erklärt habe, so könne dies nicht unter Umgehung der DDR über dritte Staaten erfolgen. Der Gewaltverzicht könne nur zwischen den unmittelbar Beteiligten vereinbart werden. Darüber hinaus müsse die Bundesregierung ihren finanziellen und anderen Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik nachkommen. Stoph sprach damit auch die wenige Monate zuvor erhobenen Forderungen der DDR für Postzustellungen auf ihrem Gebiet an. Bisher hatte der Weltpostverein Deutschland als Einheit behandelt. Jetzt betrachtete aber die DDR den westlichen Teil Deutschlands als Ausland und erhob bis 1948 rückwirkend Gebühren für die Zustellung von Paketen. Das

[121] Ebenda.

SED-Regime präsentierte den Westdeutschen noch in der Regierungszeit Erhards eine Rechnung, die nach den Ausgleichsregeln des Weltpostvereins für Beförderung und Zustellung von Paketpost zusammengestellt worden war. Der Gesamtbetrag belief sich auf knapp unter einer Milliarde DM für den Zeitraum von 1948 bis 1965.

Erst ganz am Schluß von Stophs Brief folgte ein konkreter Vorschlag: „Zur Aufnahme entsprechender Verhandlungen, die von den Außenministern beider deutscher Staaten vorbereitet werden könnten, lade ich Sie zu einem noch zu vereinbarenden Termin in den Amtssitz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein. Ich wäre auch bereit, mich mit Ihnen in Ihrem Amtssitz in Bonn zu treffen."[122]

In einer ersten Reaktion teilte der Bundeskanzler mit, er habe der Unionsfraktion am 12. Mai gesagt, eine vorläufige Prüfung habe ergeben, daß die dem „Gebot der Menschlichkeit und der Vernunft" entsprechenden Vorschläge der Bundesregierung übergangen worden seien. Der Brief enthalte wiederum den Standpunkt des „Alles oder Nichts"[123]. Gleichzeitig war er jedoch darum bemüht, möglichen Widerstand innerhalb der Fraktion gegen die Annahme des Stoph-Briefes erst gar nicht aufkommen zu lassen. „Unsere Politik wäre unglaubwürdig, wenn wir den Dialog abgeschnitten und den Brief nach alter Fasson zurückgeschickt hätten", erklärte er im Kabinett. Den Abgeordneten versicherte er, die Antwort werde den deutschen Rechtsstandpunkt nicht beeinträchtigen[124]. Am 17. Mai setzte das Kabinett eine Kommission ein, die sich mit der Antwort auf den Brief beschäftigen sollte. Das hatte Zeit; denn dem Kanzler lag nicht an einer schnellen Aktion. Der Parteitag der CDU vom 22. bis 23. Mai in Braunschweig stand bevor. Kiesinger wollte dort eine Diskussion um den Brief vermeiden. Nicht nur, weil das seine Chancen geschmälert hätte, Erhard als Vorsitzenden abzulösen. Es schien ihm einfach unklug zu sein, eine Polarisierung der Partei durch eine voreilige Entscheidung zu riskieren.

Die veränderte Haltung gegenüber der DDR, die Bereitschaft zum Dialog, löste in der CDU-Fraktion, erst recht in der Partei, zum Teil heftige Diskussionen aus. Es war nicht überall in der CDU freudig vernommen worden, daß Kiesinger im Magazin *Mann der Zeit*, nur zwei Tage nach der Ankunft des Schreibens aus der DDR, seine Bereitschaft ankündigte, mit der SED in Verhandlungen einzutreten. Sobald die Sozialistische Einheitspartei bereit sei, ernsthaft das Thema zu erwägen, wie das Leben im geteilten Deutschland erträglicher gestaltet werden könne, werde man auch die richtige Form und Ebene für dieses Gespräch finden, versicherte der Kanzler dort. Besorgt notierte Krone in seinem Tagebuch, Schritt für Schritt nähere sich die Bundesregierung dem „Ja" zu den beiden deutschen Staaten. Es komme zum Gespräch Stoph-Kiesinger, was Kiesinger selbst schon angedeutet habe[125]. Solche Vorbehalte blieben nicht im Verborgenen und bewirkten, daß man die Antwort zunächst hinauszuschieben trachtete, um ihr etwas die Brisanz zu nehmen[126].

---

[122] DzD, Stoph an Kiesinger vom 10.5.1967, S. 1115 ff.

[123] Ebenda, Ahlers am 12.5.1967, S. 1115, Fn 1.

[124] Vgl. Der Spiegel, 22.5.1967, S. 30.

[125] Vgl. Mann der Zeit, 13.5.1967, sowie Krone, Aufzeichnungen, S. 194.

[126] Vgl. Besson, Außenpolitik, S. 407. Das CDU-Interesse an einer Verzögerung ist bisher von der Historiographie unterschiedlich bewertet worden. Besson hat die lange Phase vom Brief Stophs bis zur Antwort als Führungsschwäche Kiesingers gewertet. Da seine Partei ihm nicht in der Deutschlandpolitik folgen wollte, habe der „sonst zur Vermittlung neigende Kiesinger, dessen Richtlinienkompetenz in der Großen Koalition ohnedies enge Grenzen gesetzt waren, bald den Eindruck ständigen Lavierens ohne klare Zielvorstellung" vermittelt. Hildebrand (Erhard, S. 332 f.) verteidigt dagegen den damaligen Kanzler: Nicht an der Entschlußlosigkeit des Kanzlers habe es gelegen, wenn die Antwort eine Zeitlang auf sich warten ließ, vielmehr hätten die Gründe dafür

Wehner treibt die Sache voran: Postforderung akzeptieren!

Aber die schweigende Übereinkunft, die zwischen den CDU-Mitgliedern in der Regierung bestand, wurde von Wehner nicht respektiert. Auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 22. Mai 1967 in Bergneustadt erregten seine Bemerkungen über die Forderungen des sowjetzonalen Postministers Aufsehen. Vier Tage zuvor hatte der ostdeutsche Minister, Rudolph Schulze, die Paketgebühren-Rechnung an das Bonner Postministerium erneut zustellen lassen, nachdem bereits ein früherer Versuch, das Schreiben loszuwerden, gescheitert war. Da inzwischen der Stoph-Brief angenommen worden war, wurde auch sein Brief von der Bundesregierung akzeptiert[127].

Bis zum April 1967 hatte sich die Bundesregierung darauf verständigt, den Versuch einer Aufwertung des Staatsgebildes im Osten durch die Trennung in zwei deutsche Postgebiete zu ignorieren. Denn bisher galt Deutschland dem Weltpostverein als einheitliches Gebiet. Es gab also keine rechtliche Handhabe der DDR für ihre finanzielle Forderung, nur eben ihre politische Sichtweise und Zielsetzung. Vielleicht wollte Wehner gerade deswegen die Sache jetzt schnell bereinigen[128]. Man könne durch Verhandlungen ein Verrechnungs- und Bezahlungssystem schaffen, schlug er vor. Überhaupt sei es auch auf anderen Gebieten dringend notwendig, ein „Verrechnungs- und Bezahlungssystem" einzurichten, etwa bei den Unterhaltsüberweisungen, die seit über einem Jahrzehnt auf Sperrkonten gezahlt würden. Als „Versachlichung" des Verhältnisses wollte Wehner verstanden wissen, daß er sich jetzt für die Bezahlung der DDR-Postforderung einsetzte. Die Gegenseite habe die Sache „politisiert", und die Bundesregierung sei daher darauf nicht eingegangen. Man müsse das Problem endlich frei machen vom „politischen Schutt"[129]. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung sollte der DDR dieses Propagandaargument endlich aus der Hand nehmen, indem sie zahlte.

Die Äußerungen des Ministers wirkten auf dem Parteitag der CDU, der zeitgleich in Braunschweig stattfand, wie eine Herausforderung. Selbst Kiesinger, der auch in der unangenehmen Postgebührenfrage dem Standpunkt Wehners zuneigte, jedoch bis dahin weder öffentlich noch innerhalb des Kabinetts Stellung bezogen hatte, reagierte scharf auf den erneuten Alleingang seines Ministers. Journalisten gegenüber verbarg er seinen Ärger nicht. Er werde mit Herrn Wehner darüber noch ein Wort reden, betonte er gegenüber dem Korrespondenten der *Associated Press*. Aber gleichzeitig äußerte er seine Zustimmung zu Wehners Ansicht: Die Bundesregierung müsse den Forderungen entsprechen[130]. Das waren zwei Fingerzeige mit unterschiedlicher Bedeutung für Wehner. Einerseits ermahnte der Kanzler den Minister, nicht allein vorzupreschen, andererseits

---

in der komplexen Sache gelegen. Es habe sich für den Kanzler die Frage gestellt, was sich unter „Ausklammerung der diametral entgegenstehenden Grundpositionen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, hier Festhalten am Selbstbestimmungsrecht, dort Pochen auf völkerrechtliche Anerkennung, gemeinsam erreichen ließe, falls Ost-Berlin überhaupt eine ‚wirkliche Entspannung' wünschte".

[127] Vgl. DzD, 1966-1967, S. 1042.

[128] Vgl. Besson (Außenpolitik, S. 407), der erklärt, daß Wehners Drang in dieser Frage und bei der Beantwortung des Stoph-Briefes nicht nur auf das Ziel ausgerichtet gewesen sei, die osteuropäischen Staaten sollten erkennen, daß „Bonn ernsthaft gewillt war, die DDR in den Entspannungsdialog einzubeziehen". Zusätzlich habe auch der Gedanke an die eigene Partei eine Rolle gespielt. Die neue Deutschland- und Ostpolitik sollte diejenigen Mitglieder mit der Koalition versöhnen, bei denen der Eintritt in das Regierungsbündnis mit der CDU/CSU noch immer umstritten war.

[129] BPA, Wehner im RIAS am 23.5.1967, Anhang I, S. 1.

[130] Vgl. Die Welt, 24.5.1967, und Wiesbadener Kurier, 24.5.1967.

teilte er ihm auf diesem Wege mit, daß er nach wie vor zu den gemeinsamen Zielen in der Deutschlandpolitik stehe. An Postgebühren der DDR sollte das gemeinsame Bündnis nicht scheitern. Die offen erklärte Bereitschaft zu Zahlungen an die DDR auf dem Parteitag der CDU beweist zudem, wie stark sich der gerade neu gewählte Parteivorsitzende jetzt auch innerhalb seiner Partei fühlte. Selbst das nachträglich formulierte Dementi, der Bundeskanzler habe angenommen, anstelle eines Mitglieds der *AP*-Redaktion sei das Gespräch mit einem Parteitagsdelegierten geführt worden, änderte an dem Vorgang nichts. Die Kritik in seiner Partei an den Äußerungen Wehners konnte er damit allerdings nicht zum Verstummen bringen. Wehner hatte die Christdemokraten erneut gereizt und damit Kiesinger in eine schwierige Lage gebracht.

Opposition in der Union gegen den neuen Kurs

Erstmals regte sich innerhalb der CDU eine ernsthafte Opposition gegen Wehners Forderung. Selbst der Deutschlandexperte und Berliner Abgeordnete Johann Baptist Gradl, der die neue Linie an sich befürwortete, hatte ärgerlich auf die Postforderungen aus der „Zone" reagiert. Nun sollten die Westdeutschen für ihre humanitäre Hilfe auch noch Beförderungs- und Zustellungsgebühren bezahlen? Das komme nicht in Frage – auf keinen Fall gehe es so, wie Ost-Berlin es sich vorstelle. „Wenn es die SED fertiggebracht hätte, in Mitteldeutschland vernünftige Lebensbedingungen zu schaffen, wäre es nicht nötig gewesen, in diesem Umfang Päckchen nach drüben zu schicken."[131]

Auch Postminister Werner Dollinger sprach sich gegen die Anerkennung der DDR-Forderung aus. Er befürchtete, daß die Spaltung Deutschlands damit postalisch besiegelt werde. Außerdem warnte er davor, das Defizit der Bundespost ins Unermeßliche steigen zu lassen[132]. Noch ernster mußte Kiesinger allerdings den Hinweis seines Fraktionsvorsitzenden, des früheren Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Barzel, nehmen. Barzel schrieb ihm und mahnte: „Die Erklärung Wehners zu den SBZ-Postforderungen halte ich für einen Verstoß gegen die Kabinetts- wie gegen die Koalitions-Disziplin. Unsere Absprache hieß: Es dürfe nichts geschehen, was rechtlich oder tatsächlich oder in der Weltmeinung so angesehen werden müsse, als anerkennten wir die SBZ als ‚DDR'. Statt als gesamtdeutscher Bundesminister der polemischen öffentlichen Forderung der SBZ mit Aufrechnung anderer Dinge zu begegnen oder – wenn unvermeidlich – nach bisheriger Übung auch solche Dinge vertraulich zu behandeln, ging Wehner – erneut – an die Öffentlichkeit." Ganz offen wolle er dazu dieses sagen: Er, Barzel, bezweifle nicht Wehners gesamtdeutsche Leidenschaft. Ebensowenig vergesse er aber je, daß Wehner ein großer „Taktiker" seiner Partei sei. „Und so meine ich, es als sein Ziel zu erkennen, Sie in Konflikt mit Ihrer Fraktion und Partei zu treiben, uns wieder den ‚Krach' wie die gesamtdeutsche Unentschlossenheit zuzuschieben."[133]

Was bei Barzels Briefen häufig wiederkehrte, ist auch in diesem Schreiben enthalten: die offene Sprache und das Mißtrauen gegenüber den Handlungen und Äußerungen des Koalitionspartners. Niemand sonst hat in der gesamten persönlichen Kanzlerkorrespondenz so scharf über Wehner und Brandt geurteilt. Das war auch ein Zeichen von Barzels Stärke, seiner parteilichen Position, die er als Fraktionsführer einnahm, und zugleich seiner Schwäche. Denn gerne hätte Barzel soviel Einfluß gehabt wie der Minister für gesamtdeutsche Fragen. Aber Kiesinger sah in Barzel den Rivalen und zog ihn nur

[131] Die Welt, 24.5.1967.
[132] Vgl. Der Spiegel, 29.5.1967, S. 27 f.
[133] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 23.5.1967.

dann ins Vertrauen, wenn es sich nicht umgehen ließ. Das galt auch für die Antwort auf Stophs Brief. Kiesinger war mit Barzel schon in der ersten gemeinsamen Besprechung, fünf Tage zuvor, am 18. Mai, übereingekommen, Stoph nicht schriftlich zu antworten. Der Kanzler dachte an eine Regierungserklärung vor dem Bundestag. Diese Form war schon einmal, am 12. April 1967, gewählt worden. Die Kontinuität wurde daher gewahrt, wenn man jetzt ebenso verfuhr[134].

Mißtrauen der Koalitionspartner untereinander: Der Wahlkampfeinfluß auf die Deutschlandpolitik

Der Brief Barzels hatte gezeigt, daß die Forderungen Wehners vor allem unter dem Aspekt der Parteienrivalität betrachtet wurden. Die Union argwöhnte seit langem, daß die SPD sich gerne das Verdienst der neuen Deutschland- und Ostpolitik an die eigene Brust heften wollte. Barzel hatte als Fraktionsvorsitzender miterleben müssen, wie die Sozialdemokraten das hilflose Treiben am Ende der Regierung Erhard in dieser Frage erfolgreich für ihre Partei genutzt hatten, indem sie eine aktive Ostpolitik forderten. Er fürchtete jetzt eine ähnliche Entwicklung. Dabei war der Wunsch der bisherigen Oppositionspartei verständlich, sich zu profilieren und stärker von der CDU abzusetzen. Denn die CDU hatte in den Landtagswahlen bisher die größeren Gewinne verbuchen können. Und ihr Kanzler erfreute sich eines Ansehens wie Adenauer in seinen besten Zeiten. Die Gefahr für Kiesinger, unkte der Londoner *Observer*, liege gerade darin, daß er so erfolgreich sei[135]. Die SPD besaß dagegen eine wenig glanzvolle Bilanz. Am 23. April 1967 hatte sie bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz fast vier Prozentpunkte der Wählerstimmen verloren (von 40,7 Prozent auf 36,8 Prozent), während die CDU 2,3 Prozentpunkte dazulegte (auf 46,7 Prozent) und dadurch annähernd 10 Prozent Vorsprung erhielt. Auch in Schleswig-Holstein war an diesem Tag gewählt worden. Hier konnte sich die SPD um 0,2 Prozentpunkte verbessern, die CDU allerdings um einen Punkt. In Kiel führte sie nunmehr mit 5,6 Prozent (46 Prozent zu 39,4 Prozent). Die Sozialdemokraten blickten also mit Sorge auf die für den 4. Juni anberaumten Wahlen in Niedersachsen.

Die Furcht der SPD, man werde weiterhin in den Landtagswahlen verlieren, führte zu einer verschärften Auseinandersetzung mit der Union im Wahlkampf. Das galt insbesondere für Niedersachsen, wo sich die westdeutsche Sozialdemokratie nach dem Krieg formiert hatte und in Hannover vom Büro Schumachers, des ersten großen Führers der Partei, geleitet worden war. Die Landtagswahlen besaßen daher auch einen symbolhaften Wert für die Parteiführung. Ihr Vorsitzender Brandt setzte sich am 26. Mai – neun Tage vor den Wahlen – in harten Worten mit dem Braunschweiger Parteitag der CDU auseinander. Er sprach von der Gefahr, die der Großen Koalition von den „rückwärts gerichteten Kräften der CDU/CSU" drohe. Die SPD habe in der Regierung die Aufgabe übernommen, deren Einfluß zu beschränken. Der neue, hoffnungsvolle Kurs der Entspannung, Friedenssicherung und innerdeutschen Entkrampfung sei erst durch den Eintritt der SPD in die Regierung der Großen Koalition möglich geworden und müsse unbeirrt fortgesetzt werden[136].

Eine solche Hervorhebung der SPD als der wesentlichen Kraft in der Deutschlandpolitik mochte für ein besseres Ergebnis bei den Landtagswahlen notwendig sein, aber für das Regierungsbündnis konnte dies nur negative Auswirkungen haben. Tatsächlich

---

[134] Vgl. Spiegel, 22.5.1967, S. 30.
[135] Vgl. The Observer, 4.6.1967.
[136] DzD, 1966-1967, S. 1196.

gewann der Propagandaaspekt in der Deutschlandpolitik immer größeres Gewicht, je länger die Koalition andauerte. Er spielte schon bei der Frage eine Rolle, welche Form die Antwort des Stoph-Briefs annehmen solle. Als sich am Nachmittag des 27. Mai die Kommission im Kanzlerbungalow versammelte, kam es sofort zum Streit zwischen den beiden Parteien über die Frage, ob der Kanzler dem Ministerpräsidenten der DDR in Briefform erwidern solle oder nicht.

Zur allgemeinen Nervosität trug auch die Lage im Nahen Osten bei. Kiesinger ließ sich zwischen den einzelnen Terminen über die Auseinandersetzung zwischen Arabern und Israelis berichten, wo sich die Situation – man stand kurz vor dem Sechs-Tage-Krieg – dramatisch zuspitzte. Der Runde gehörten Barzel, Brandt, Dollinger, Guttenberg, Heck, Georg Leber, Schmidt, Wehner sowie die Pressesprecher von Hase und Ahlers an. Sehr schnell wurden die unterschiedlichen Positionen deutlich. Wehner empfahl einen persönlichen Brief des Bundeskanzlers. Barzel sprach sich gegen diesen Vorschlag aus. Statt dessen schlug er vor, der Kanzler solle eine Erklärung vor dem Bundestag abgeben. Schließlich nahm Kiesinger Stellung. Er übernahm weder den einen noch den anderen Vorschlag, sondern favorisierte – mit Vorbehalt allerdings – eine dritte Variante: Ein Bonner Parlamentsabgeordneter – kein Beamter – solle bei Stoph persönlich den Standpunkt der Bundesregierung darlegen. Ein Beamter als Beauftragter der Bundesregierung komme dafür nicht in Frage. Er könne von der SED als Anerkennung des zweiten Staates gewertet werden. Ob Brief, ob Erklärung, ob die Entsendung eines Beauftragten – es kam zu keiner Einigung. Der Kanzler, in dessen alleiniger Befugnis die Sache lag, schloß die Sitzung mit der Bemerkung, er wolle sich das Problem noch einmal durch den Kopf gehen lassen.

Die unterschiedlichen Standpunkte in der Kommission wurden jedoch in den niedersächsischen Wahlkampf hineingetragen. Unter dem Titel „Wehner drängt Kiesinger zu Antwort an Ost-Berlin" heizte die *Hannoversche Allgemeine* die Auseinandersetzung zwischen den beiden Koalitionsparteien an[137]. Wehners Forderung mußte vom Wähler so ausgelegt werden, daß die SPD der Union nunmehr ihre Politik aufdränge. Der Stoph-Brief hatte also bereits Zwietracht in der Koalition gesät. Auf neutrale Beobachter wirkte es so, als ob die SED mit ihrem Brief den Streit bewußt provozieren wollte. *Die Welt* bemühte ein Bild aus der Nibelungensage: Wie Hagen aus dem Hinterhalt den gehörnten Siegfried an seiner ungeschützten Stelle tödlich getroffen hatte, so habe Stoph Kiesinger treffen wollen. Die verwundbare Stelle sei schon bei den Koalitionsvereinbarungen entblößt worden. Auch die Union wolle wie die SPD Entspannung und Entkrampfung. Aber sie schrecke vor Wehners Zuversicht zurück, man müsse nur mutig in den Teich springen und kräftig schwimmen, dann komme man schon an das richtige Ufer. Die Union schließe die Möglichkeit nicht aus, daß der kühne Schwimmer untergehe. Darum wolle sie nicht auf die Rettungsringe und Bojen verzichten, die Altkapitän Adenauer den Seinen hinterlassen habe[138].

Wehner hatte kein Interesse daran, daß sich der Meinungsunterschied vertiefte. Daher wandte er sich jetzt auch gegen Versuche seiner Parteigenossen, die CDU/CSU um verbesserter Wahlchancen willen öffentlich anzugreifen. Das betraf insbesondere Schmidt. Auf dem Hamburger SPD-Landesparteitag Ende Mai kritisierte dieser, daß der Union ein überzeugendes Konzept fehle, und im Parteiblatt *Vorwärts* verteidigte er diese Ansicht am 8. Juni: „Die CDU/CSU hat überhaupt kein Programm; ihr Godesberg steht ihr noch erst bevor."[139]

---

[137] Hannoversche Allgemeine, 29.5.1967.
[138] Vgl. Die Welt, 31.5.1967.
[139] Vorwärts, 8.6.1967.

Wehner ärgerten diese Äußerungen ebenso wie die Mitglieder der Union. Heck informierte Kiesinger am 10. Mai über ein Gespräch, das er mit dem Sozialdemokraten hatte: Wehner sei „ausgesprochen ungehalten" über den Vorstoß seines Kollegen Schmidt[140]. Der SPD-Politiker hielt sich mit seiner Kritik auch öffentlich nicht zurück. Am 2. Juni erklärte er, ihm sei das Verhalten Schmidts nicht neu und er sei daher nicht überrascht. Schon während des Wahlkampfes 1965 sei Schmidt bestrebt gewesen, sich mit der CDU/CSU „auseinanderzusetzen". Er selbst habe das damals nicht für erfolgversprechend gehalten und tue es auch jetzt nicht[141]. Wer genau las, konnte allerdings auch an dieser Zurechtweisung nichts entdecken, was der Position Schmidts inhaltlich widersprochen hätte. Wehner warnte vor dem Instrument des polemischen Angriffs, aber kritisierte nicht den sachlichen Kern der Aussage Schmidts. Deswegen verstärkte er aber zugleich das Mißtrauen bei wichtigen Mitgliedern der anderen Koalitionspartei. Besonders Barzel und Heck blieben gegenüber Wehner skeptisch und ließen sich nicht durch öffentliche Bekenntnisse des Ministers beeindrucken. Bei Wehner, so erkannte Heck, müsse man genau aufpassen, was er sage. Beim Zuhören klinge es anders als beim Nachlesen seiner Worte[142].

Die Fronten verhärten sich

Die Kritik Schmidts und der Wahlkampf in Niedersachsen hatten die Fronten erstarren lassen. Ob der Kanzler Stoph brieflich antworten sollte oder im Rahmen einer Erklärung vor dem Bundestag, blieb weiter offen. Erst am Wahlsonntag, dem 4. Juni, kam man zusammen, um das Problem weiter zu beraten. Unter der Führung Barzels hatte sich zwischenzeitlich in der Fraktion der CDU eine Front gegen den Vorschlag Wehners gebildet, Ost-Berlin schriftlich zu antworten. Den SPD-Vertretern bekannte Barzel daher an diesem Sonntag, er müsse wahrheitsgemäß referieren, daß eine Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion gegen einen persönlichen Brief des Kanzlers an Stoph sei. Höchstens sei eine Erklärung im Bundestag denkbar. Andernfalls, so warnte er jetzt, verschieße man sein Pulver zu schnell. Man müsse sich Steigerungsformen erhalten[143].

Die Form blieb umstritten. Kompromißbereiter zeigten sich dagegen beide Seiten bei der Formulierung der Antwort. Guttenberg, dessen Einfluß als Parlamentarischer Staatssekretär im Kanzleramt langsam wuchs, übernahm es, Wehner einen eigenen Entwurf vorzulegen. Dieser habe das Papier gelesen, genickt und zurückgegeben. „Es bedarf nicht vieler Worte, um einig zu werden", schrieb Guttenberg in sein Tagebuch[144].

Kiesinger entscheidet sich für Wehners Vorschlag

Einen Tag später, am 5. Juni, versammelten sich der Elferrat des Fraktionsvorstands und die Deutschlandexperten der Union im Kabinettssaal des Palais Schaumburg. Um Barzel scharten sich die Gegner eines Antwortschreibens. Dazu gehörten Barzels persönlicher Freund, der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Rasner, der erfahrene Pressesprecher Adenauers, Felix von Eckardt, und Leo Wagner von der CSU. Aber es gab auch Politiker, die den Vorschlag Wehners befürworteten. Heck, der Berliner Abgeordnete

---

[140] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 004, Heck an Kiesinger vom 10.5.1967.
[141] Stuttgarter Zeitung, 3.6.1967.
[142] Vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.
[143] Vgl. Der Spiegel, 12.6.1967, S. 32.
[144] Guttenberg, Fußnoten, S. 89.

Gradl, Stücklen und Ernst Majonica argumentierten, die gerade verkündete neue Entspannungspolitik dürfe nicht schon an diesem Briefwechsel scheitern. Sogar Krone stimmte für die briefliche Variante der Bonner Reaktion – trotz seiner grundsätzlichen Bedenken gegen die Öffnung nach Osten. Wo nun das Gespräch mit den Machthabern in Pankow durch die Initiative Wehners und die Erklärung der Regierung begonnen habe, wo ein Brief aus Pankow an Kiesinger vorliege und der Kanzler ihn angenommen habe, sei es nicht viel mehr als ein Spiel mit Worten, ob der Kanzler einen Brief schreibe oder einen Bevollmächtigten benenne. „Ich sprach für einen kurzen Brief, keinen Briefwechsel, und in dem Briefe die Mitteilung, daß ein Bevollmächtigter für das Gespräch zur Verfügung steht. Unsere Rechtsposition muß klar gesagt sein. Kiesinger denkt auch so."[145]

Offenbar war auch der Bundeskanzler schon an diesem Montag entschlossen, sich für Wehners Vorschlag auszusprechen und dem Ministerpräsidenten Stoph brieflich zu antworten. *Der Spiegel* behauptete, der Kanzler habe sich nicht nur in dieser Frage entschieden, sondern auch das heikle Problem der Anrede bereits gelöst. Kiesinger habe vor, Stoph mit „Sehr geehrter Herr Vorsitzender" zu titulieren, aber die Bezeichnung „DDR" zu vermeiden, versicherten die Auguren des Nachrichtenmagazins[146].

Wehners Druck auf Kiesinger: Erster ernster Dissens zwischen den Gründungsvätern

Kiesinger schien also dazu entschlossen, den Vorstellungen seines Koalitionspartners entgegenzukommen. Wehner hätte zufrieden sein können, aber er war es nicht. Während der Bundestagsdebatte am 7. Juni begleitete er Barzels kurze Rede mit Zwischenrufen, die auf eine Distanz und Entfremdung hinwiesen. Es komme Stoph darauf an, hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende auf der Rednertribüne erläutert, von dem abzulenken, was die Bundesregierung wolle. Wehner rief dazwischen: „Sie sind ja schon abgelenkt." Was er meinte, war: Indem sich die Koalition um die Form der Antwort stritt, verstellte sie sich selbst den Zugang zur Regierung der DDR. Als Barzel erwiderte, er glaube, man werde sich schon wieder zusammenfinden, gab Wehner zurück: „Das kommt auf Sie an!"[147]

Wie enttäuscht Wehner tatsächlich war, zeigt ein Brief an den Kanzler vom selben Tag. Wehner hatte auf einem persönlichen, nur seinen Namen tragenden Briefbogen handschriftlich folgende Zeilen geschrieben: „Sie haben gestern entschieden in Sachen Stoph-Brief. Ich will das nicht dramatisieren. Aber Sie haben ein Recht darauf, meine Meinung zu kennen, obwohl sie sachlich keine Rolle spielt. Bis gestern habe ich unbefangen die Bundesregierung vertreten. Seit heute ist das für mich ein Problem. Ich bin kein Illusionist oder Romantiker. Aber wenn die letzte Aufrichtigkeit im schwersten unserer politischen Probleme nicht gegeben ist, dann ist alles andere von keiner besonderen Bedeutung. Mein eigenes Problem wird es nun sein, zu überlegen, wie ich mein Haus bestelle."[148]

Wehners Enttäuschung wirkt so rätselhaft, weil er sich mit seiner Forderung nach einer brieflichen Antwort an Stoph durchgesetzt hatte. Der Persönliche Referent Neusel erinnerte sich im Jahre 1989 vor allem aber an die heftige Auseinandersetzung im internen Kreis der Koalitionsführer um die Anrede im Brief Kiesingers an Stoph. Der Streit habe sich um die Frage gedreht, ob Stoph einfach als „Vorsitzender des Ministerrats"

[145] Krone, Aufzeichnungen, S. 193 f.
[146] Der Spiegel, 12.6.1967, S. 32.
[147] VdDB, 5. Wahlperiode, 111. Sitzung vom 7.6.1967, S. 5278.
[148] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 7.6.1967.

angesprochen werden sollte oder mit dem entscheidenden Zusatz „der DDR"[149]. Kiesinger habe sich hier mit seinem Vorschlag durchgesetzt. Der Kanzler sei bereit gewesen, Stoph als Vorsitzenden des Ministerrates zu betiteln, er weigerte sich aber, den Brief mit „Stoph, Vorsitzender des Ministerrates der DDR" zu adressieren. Für Wehner war dies offenbar der entscheidende Punkt. Er hatte als erstes im Amt damit begonnen, die Bezeichnung „DDR" hoffähig zu machen. Nun sollte sie in jenem Schreiben fehlen, in das er die größte Hoffnung gesetzt hatte.

Vermutlich ging es auch um den zusätzlichen Vorschlag Wehners, das Angebot Stophs für Verhandlungen anzunehmen und in der Antwort gleich einen Unterhändler der Bundesregierung zu benennen. Dieses Thema muß ausschließlich zwischen den beiden Gründungsvätern besprochen worden sein. Denn weder die engsten Berater Kiesingers wußten darüber Bescheid, noch berichteten die Zeitungen oder andere Medien im Juni 1967 über einen Disput. Erst als das zweite Antwortschreiben im September 1967 im Kabinett beraten wurde, war plötzlich zu erfahren, daß der Minister für gesamtdeutsche Fragen den Kanzler schon im Juni gedrängt hatte, einen Regierungsbeauftragten für Unterhandlungen mit Ost-Berlin zu bestimmen[150]. Die Forderung nach Benennung eines Beauftragten lehnte Kiesinger kompromißlos ab. Für den Minister stellte dieses Angebot aber ein entscheidendes Element in seiner Politik dar. Vielleicht, so hoffte er, könne die Bundesregierung durch das konkrete Angebot eines Verhandlungsführers ein Ausweichen der Gegenseite verhindern. Aber Kiesinger schien das vorschnell gedacht zu sein: Der Kanzler wollte aus Ost-Berlin erst einmal ein positives Signal zu den Vorschlägen seiner Regierung vernehmen. Außerdem war er dem Drängen seines Ministers schon durch die Zusage entgegengekommen, Stoph persönlich zu schreiben. Daher sah er keine Veranlassung, noch einmal nachzugeben[151].

Aber die Resignation, die Wehners Brief ausdrückte, ist damit allein kaum zu erklären. Es spielten sicherlich noch andere Faktoren eine Rolle: Die Enttäuschung über das Abschneiden der SPD bei den niedersächsischen Wahlen kann ein Grund für seine Entmutigung gewesen sein. Denn auch in Hannover hatte die SPD verloren, wenn auch nur 1,8 Prozentpunkte. Sie war von 44,9 Prozent auf 43,1 Prozent gefallen; ihr Vorsprung vor der CDU, die von 37,7 auf 41,7 Prozent kletterte, war allerdings von 7,2 auf schmale 1,4 Prozentpunkte geschrumpft. Der Sozialdemokrat mußte sich bei diesem Ergebnis fragen, ob die Bildung der Großen Koalition nicht doch ein Fehler gewesen war. Auch die ständigen Angriffe aus den eigenen Reihen auf die Person Wehners könnten zum resignativen Charakter des Briefes beigetragen haben. Diese Annahme findet eine Stütze im Hintergrundgespräch Kiesingers mit Giselher Wirsing vom 5. Oktober 1967. Dort nahm Kiesinger Wehner in Schutz: „Vergessen Sie nicht, in welch gräßlicher Weise er in seiner Partei angeschossen wird. Vielleicht aber weniger in der Partei als eben sonst in der Organisation und vor allem von den Gewerkschaften."[152]

An dieser Erklärung ist interessant, daß Kiesinger nicht an ein taktisches Verhalten oder eine Täuschung seines Ministers glaubte. Es sei die eigene Partei, die Wehner sogar

---

[149] Neusel, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1989; siehe auch Diehl, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989. Die Vertrauten Kiesingers wußten von dem Schreiben Wehners und der Ankündigung nichts, dieser wolle „das Haus bestellen". Diehl meint, es sei unwahrscheinlich gewesen, daß Wehner schon nach einem halben Jahr die Koalition verlassen hätte.

[150] Vgl. Der Spiegel, 25.9.1967, S. 31.

[151] So wurde der Passus erst im zweiten Schreiben Kiesingers an Stoph eingefügt; vgl. TzD, Kiesinger an Stoph vom 28.9.1967, Band I, S. 156 f. Als Unterhändler sollte der Staatssekretär im Kanzleramt für Verhandlungen zur Verfügung stehen.

[152] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 5.

gesundheitlich Schaden zufüge, meinte Kiesinger. Dafür gab es ein bezeichnendes Ereignis. Es war kaum ein Jahr vergangen, seit in einem anonymen Artikel der Wochenschrift *Die Zeit* Wehner beschuldigt worden war, die Fraktion mit stalinistischen Methoden zu führen. Daß sich hier Sozialdemokraten, vielleicht sogar Abgeordnete, auf schäbige Weise gegen den eigenen Fraktionsführer wandten, verletzte Wehner tief. Er sei in dieser Phase ein „zertretener Bursche" gewesen, erinnerte sich Wehner 1973, und hätte es gerne gesehen, wenn die Namen der Autoren öffentlich bekanntgemacht worden wären. Aber der Vorsitzende Brandt verhinderte das – was ihm Wehners Groll zuzog. Ihm, Wehner, seien die Namen jener bekannt gewesen, die den Artikel veröffentlicht hätten. Brandt habe sich indessen vorbehalten, sie selbst herauszufinden, und habe „böse" reagiert, als Wehner während einer Pressekonferenz im Frühjahr 1967 Andeutungen machte. Jetzt, da Wehner in dieser Sache schon Antworten gegeben habe, hatte ihm Brandt erklärt, könne man natürlich eine unabhängige Untersuchung seitens der SPD-Führung nicht mehr glaubwürdig vertreten. Dabei sei es geblieben[153]. Wehner hat den Vorgang Brandt nie verziehen.

Im selben Jahr 1967 stellte man bei Wehner Diabetes fest. Sie schwächte die physische Widerstandskraft und psychische Stabilität des Politikers. Seine Stimmungen schwankten. Mal schien er unverwüstlich, dann wieder tief deprimiert. Dem Kanzler gegenüber zeigte er sich stark, so als ob die Krankheit keinen Einfluß auf sein Leben besitze. Anfang Juli 1967 informierte er Kiesinger über eine neue publizistische Entgleisung, die man, wie er fand, seiner Person zugefügt hatte. Die der CSU nahestehende *Demokratisch-Konservative-Korrespondenz* behauptete: „Politische Kreise führten die Hektik Wehners, Erfolge hinsichtlich der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu erzielen, auf seinen angegriffenen Gesundheitszustand zurück."[154] Dazu notierte Wehner trotzig auf einem Zettel: „Das ist – so scheint mir – eine ziemlich perfide Art, den ‚Gesundheitszustand' eines politisch Unbeliebten auszuschlachten und damit eine Legende zu bilden. Abgesehen davon, daß diese Fachleute sich über den geistigen und seelischen Zustand ihres Objekts sehr täuschen."[155]

Im November 1967 gab Wehner dennoch Anlaß zu Spekulationen über sein baldiges Ausscheiden aus der Politik. Unter Genossen sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende, er fühle sich so krank, daß er sowieso nicht mehr lange durchhalten könne, und bei einem Treffen von Funktionären und Würdenträgern der SPD erklärte er Mitte November 1967 düster: „Meine Zeit, wie die jedes andern Menschen geht zu Ende. Und ich habe den Eindruck, sie geht bald zu Ende."[156] Aber Wehner gelang es, sich dank seiner Willenskraft immer wieder aus den düsteren Stimmungen, die ihn befielen, herauszuarbeiten. Das galt auch für das Thema Stoph-Brief. Trotz aller Enttäuschungen, Wehner fing sich wieder. Er überwand die Krise, und bald herrschte zwischen den Gründungsvätern erneut Einvernehmen.

„Einen Anfang finden" – Der Brief an Stoph vom Juni 1967

Am 13. Juni 1967 wurde das Antwortschreiben des Bundeskanzlers in Ost-Berlin übergeben. Darin bedauerte Kiesinger zunächst, daß Stoph in seinem ersten Schreiben nicht

---

[153] Wehner, Gespräch mit Bruhns, 15.10.1973, S. 1 f.
[154] Demokratisch-Konservative-Korrespondenz, 30.6.1967.
[155] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Notiz Wehners an Kiesinger vom 4.7.1967.
[156] Der Spiegel, 20.11.1967, S. 28; siehe auch Allgemeine Zeitung, 17.11.1967, und Kieler Nachrichten, 18.11.1967.

auf die Regierungserklärung vom 12. April eingegangen sei. Solange „grundlegende Meinungsverschiedenheiten eine gerechte Lösung der Deutschen Frage" verhinderten, müsse „nach innerdeutschen Regelungen" gesucht werden, welche die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen den Deutschen soweit wie möglich förderten. Dann wurde der Ton rauher. „Sie hingegen sagen: Alles oder Nichts! Sie erheben Forderungen nach der politischen und völkerrechtlichen Anerkennung einer Spaltung Deutschlands, die dem Willen der Menschen in beiden Teilen unseres Vaterlandes widerspricht. Sie machen die Erfüllung dieser Ihrer Forderungen zu Voraussetzungen von Gesprächen." Er, Kiesinger, wolle dagegen verhindern, daß die Deutschen sich in der Zeit der erzwungenen Teilung menschlich auseinanderlebten. Das Leben im geteilten Deutschland müsse erträglicher werden. „Es ist die Pflicht aller Verantwortlichen, nach besten Kräften dazu beizutragen."[157]

Die Formel vom „Alles oder Nichts" ging auf die schon oben erwähnte erste verlautbarte Reaktion des Kanzlers zurück und wurde hier nur wiederholt. Dies zeigt schon, daß sich die Sozialdemokraten mit den Formulierungen des Koalitionspartners weitestgehend einverstanden erklärt hatten. Auch der sich nun anschließende Passus über die „Rechtsauffassung", an der die Bundesregierung weiterhin festhalte, entsprach stärker der Sichtweise der Union als derjenigen der SPD. Kiesinger wies dort jenen Vorwurf – den die DDR gerne und oft erhob – von sich, die Bundesregierung beabsichtige, die Menschen im anderen Teil Deutschlands zu bevormunden. Nur solange es diesen Menschen versagt bleibe, ihren Willen über das Schicksal der Nation zweifelsfrei zu bekunden, obliege es der frei gewählten Bundesregierung, auch für sie zu sprechen, betonte der Kanzler.

Bis hierhin wurden die Gegensätze erneut unterstrichen, jetzt folgte der offenere Teil. Er war von Barzel inspiriert[158], der auch in Wehner bei den Verhandlungen einen Fürsprecher für einen Appell an die „gemeinsame Verantwortung" fand. Kiesinger nahm diesen Gedanken auf: „Auch Sie bejahen die Verantwortung, unserem Volk den Frieden zu erhalten", schrieb er an Stoph. Er erwähnte das Angebot der Bundesregierung, auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele zu verzichten. Der Gewaltverzicht gelte allgemein und dulde keine Ausnahme. „Deshalb muß die Bundesregierung mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß auch im anderen Teil Deutschlands auf die Anwendung von Gewalt verzichtet wird." Kiesinger sprach hier Wehner aus der Seele. Der Minister hatte oft darüber geklagt, die ostdeutsche Führung leugne ständig die Tatsache, daß die Bundesregierung in ihre Offerte des Gewaltverzichts die DDR mit einbezogen habe. Wehner hatte längst überlegt, wie sie in ein solches Abkommen integriert werden konnte, ohne daß die Bundesrepublik und die anderen westlichen Staaten mit ihrer Unterschrift die DDR vertraglich anerkennen mußten. Das Dokument mit der Unterschrift des Ost-Berliner Regimes sollte an einem dritten Ort hinterlegt werden, etwa bei den Vereinten Nationen[159]. Es war eine weitere versponnene, von Wehner in die Welt gesetzte Idee, die niemand aufgriff und die auch bald in Vergessenheit geriet.

Sehr viel konkreter, wenn auch genausowenig Erfolg versprechend, schien dagegen der Vorschlag zu sein, den Kiesinger am Schluß seines Briefs Stoph unterbreitete. Er rege

---

[157] Auswärtiges Amt (Hrsg.), Politik, S. 600.

[158] Vgl. Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.

[159] Vgl. BPA, Wehner im Südwestfunk am 17.6.1967, Anhang II, S. 6; er zeigte sich optimistisch: Man werde eine Form finden, jenes Gebiet, das deutsch sei, aber nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gehöre, miteinzubeziehen, „ohne daß unsere Rechtsauffassung damit gebrochen" werde. Dazu dürfte es einen Weg geben, „der nicht zu weit ist". Auch diese Äußerungen waren übrigens nicht mit Kiesinger abgesprochen.

an, daß „zu bestimmende Beauftragte ohne politische Vorbedingungen" Gespräche über praktische Fragen des Zusammenlebens der Deutschen aufnehmen sollten, wie sie in der Erklärung vom 12. April vor dem Bundestag bereits benannt worden waren[160]. Kiesinger war auf möglichst alle Vorschläge und Anregungen seiner Berater eingegangen. Lediglich den Begriff „DDR" vermied er in seinem Schreiben. Barzel meinte später, daß Kiesinger hier bewußt die Grenze gezogen habe, bis zu der die Bemühungen der neuen Ostpolitik reichen durften und ab der, falls sie überschritten würde, die Anerkennung der DDR begänne[161]. Der ostpolitische Planer der SPD, Bahr, hat dagegen später wie Wehner die Weigerung des Kanzlers kritisiert, die Bezeichnung „DDR" zu akzeptieren und zu verwenden. Diese Entscheidung sei für das Scheitern des Briefwechsels verantwortlich gewesen, meinte Bahr. Als Kiesinger den Brief per Boten abgeschickt habe, sei klar gewesen, daß „sich da nichts tun würde". Noch nachträglich sah Bahr darin die entscheidende Schwäche der Ost- und Deutschlandpolitik Kiesingers in der Großen Koalition. Die Sache sei „typisch" für die Haltung des Kanzlers und die des Kanzleramtes gewesen: „ein bißchen, aber nicht ganz". Diese Einstellung, betonte Bahr, habe sogar eine gefährliche Seite gehabt. Denn sie habe drüben Appetit „auf mehr" gemacht, also die Anspruchshaltung Ost-Berlins noch verstärkt[162].

Tatsächlich gab man sich in Bonn über den Ausgang des Briefwechsels mit Ost-Berlin keinerlei Illusionen hin. Schmidt erklärte vor dem Bundestag am 7. Juni 1967, man sei sich darüber einig, daß die unmittelbaren Erfolgsaussichten des verabredeten Schrittes nicht sehr groß sein könnten. Immerhin betonte der SPD-Fraktionsführer das Wort „unmittelbar", um die Möglichkeit eines langfristigen Erfolges, den sich die Regierung erhoffte, nicht auszuschließen[163]. Am 15. Juni bezog Ulbricht in Leipzig Stellung und erklärte in einer „Wahlversammlung": Wenn es Kiesinger mit dem Bemühen ernst sei, das Auseinanderleben der Deutschen aufzuhalten, dann müsse er mit Stoph über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten verhandeln. Ulbricht betonte, daß der Bundeskanzler jedoch mit seinem Bestehen auf der „Alleinvertretungsanmaßung" die Vorschläge der DDR zur Herbeiführung der friedlichen Koexistenz ablehne[164].

Damit waren die Fronten abgesteckt. Die DDR erwartete den Verzicht auf die Alleinvertretung durch die Bundesrepublik, eine Forderung, die einzulösen für die Bundesregierung nicht in Betracht kam. Kiesinger war nicht überrascht, aber dennoch etwas enttäuscht, wie er Grüber, seinem geistlichen Beistand, in einem Schreiben vom selben Tag wissen ließ. „Leider sieht es [...] gegenwärtig nicht danach aus, daß die Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands bereit sind, solche Gespräche ‚ohne Voreingenommenheit oder Vorbedingungen' [...] zu führen. Sie scheinen sich im Gegenteil auf ihre alten politischen Ziele zu versteifen und von deren Annahme durch uns alles andere abhängig machen zu wollen."[165]

---

[160] Auswärtiges Amt (Hrsg.), Politik, S. 600.

[161] Vgl. Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.

[162] Bahr, Gespräch mit dem Verfasser, 4.7.1988. Tatsächlich wirkte Kiesingers Kompromiß im nachhinein „verschämt", wie Dreher (Gespräch mit dem Verfasser, 5.7.1988) behauptet. Wehners Idee sei richtig gewesen, man müsse „denen" [der DDR] das „Gitter" wegnehmen. „Die waren ja immer gedrückt, hinter dem Vorhang, die Westdeutschen hatten den Anspruch, den Osten einzukassieren." Mit psychologischem Geschick hätte man eine ganze Menge erreichen können. Die DDR sei sehr empfindlich gewesen. In dem Moment dieser Entscheidung, gibt er Bahr recht, war klar, daß „die Sache gestorben war".

[163] VdDB, 5. Wahlperiode, 111. Sitzung vom 7.6.1967, S. 5271.

[164] Vgl. EA 22 (1967), Folge 13, S. Z 141.

[165] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Kiesinger an Grüber vom 15.6.1967.

Der Brief an Grüber ist insofern von Bedeutung, als er nicht nur an eine Persönlichkeit gerichtet war, die Kiesinger im November 1966 vor Kritik wegen dessen NSDAP-Mitgliedschaft öffentlich in Schutz genommen hatte. Grüber war zudem von 1949 bis 1958 der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der DDR-Regierung gewesen und hatte versucht, die Vertreter der beiden Teile Deutschlands zusammenzuführen. Grüber besaß als ehemaliger KZ-Häftling in Sachsenhausen und Dachau Respekt innerhalb der Führung der DDR und setzte diese Tatsache auch für sein humanitäres Anliegen ein, etwa bei der Betreuung von Strafgefangenen. So kam es, daß er eng mit dem Regime zusammenarbeitete, ohne daß er gleichzeitig im Westen bezichtigt wurde, diesem nach dem Munde zu reden. Sein Wort hatte daher in der Öffentlichkeit besonderes Gewicht[166].

In einer Stellungnahme hatte sich Grüber am 19. Mai 1967 für Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin ausgesprochen. Er bezeichnete Stoph als „ehrlich und zielbewußt" und meinte, Gespräche dürften zwischen den Regierungen nicht mit Vorbedingungen belastet werden[167]. Kiesinger nutzte die Gelegenheit, um dem Kirchenmann in seinem Brief vom 15. Juni zu versichern, daß er an einem Dialog mit dem anderen deutschen Staat interessiert sei. „Auch mir geht es angesichts der verhärteten politischen Situation heute vor allem darum, einen Anfang zu finden", schrieb er Grüber. Er wolle wenigstens die „menschliche Not, Spannungen und Unrecht in unserem geteilten Lande lindern" helfen. Man werde sich durch die erste Reaktion der DDR-Führung nicht entmutigen lassen und unbeirrt fortfahren, Wege zu suchen, um „das Leben für unser getrenntes Volk erträglicher zu machen"[168].

Die humanitäre Komponente in der neuen Deutschlandpolitik: Die Rede vom 17. Juni 1967

Zwei Tage später führte der Kanzler im Detail aus, was ihn beim Briefwechsel mit Stoph motivierte. Kiesinger hat sein deutschlandpolitisches Ziel nie deutlicher formuliert als in seiner programmatischen Rede zum 17. Juni 1967. Die Rede sei „das Beste", was er in seiner Regierungszeit im Zusammenhang gesagt habe, meinte er im Oktober 1967. Gleichzeitig klagte der Kanzler darüber, daß sie keine Beachtung gefunden habe[169]. Lediglich für Wehner, der an ihrem Konzept maßgeblich beteiligt gewesen war, wurde die Rede zu einem Meilenstein in der Geschichte Deutschlands[170]. Insgesamt, so vermerkte Kiesinger einmal, habe Wehner sie zwischen 1967 und 1974 achtmal im Bundestag zitiert[171]. Selbst nach der Großen Koalition habe Wehner die gemeinsame Politik zumindest ideell weiter fortgeführt[172].

---

[166] Allerdings war ihm nicht viel Erfolg beschieden. In seinen Memoiren (Erinnerungen, S. 304 ff.), die nur bis 1958 reichen, beschreibt Grüber den Versuch, Ende 1950 den DDR-Ministerpräsidenten und den Bundeskanzler im Hause des Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Otto Dibelius, zusammenzuführen. Adenauer, behauptet Grüber, habe davon aber nichts wissen wollen.

[167] Epd, 19.5.1967.

[168] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Kiesinger an Grüber vom 15.6.1967.

[169] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 2; Anmerkung des Journalisten: „Tatsächlich kenne ich den Wortlaut nicht."

[170] Vgl. Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988.

[171] Vgl. Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 83, Anmerkung.

[172] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 47. Wehner sei der Konsequenteste in der Ostpolitik, erklärte der frühere Kanzler. „Ich kann Ihnen jede Reaktion von Wehner voraussagen. [...] Er macht praktisch unsere Politik. Er hat in seinen Reden, die er gehalten hat, durch die Bank meine Politik vertreten [...]."

In seiner Rede kam es dem Bundeskanzler vor allem darauf an, auf die Existenz des zweiten deutschen Staates ausdrücklich hinzuweisen, auch wenn er die Bezeichnung „DDR" hartnäckig vermied. Man müsse „ohne Scheuklappen" sehen, was „in den vergangenen vierzehn Jahren" dort entstanden sei, erklärte er. Und die Regierung der DDR nannte er die „Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands"[173]. Aus dieser Sicht ergab sich für den Kanzler zunächst die Pflicht, die DDR in den eingeleiteten Entspannungsprozeß miteinzubeziehen. Solange sich allerdings das Regime weigerte, auf die Entspannungsvorschläge Bonns einzugehen, nutzte es der Bundesregierung, daß sie in anderen Staaten – etwa in Osteuropa, aber auch bei unabhängigen, blockfreien Ländern – glaubwürdiger erschien als Ost-Berlin. Die SED behauptete seit langem, es gehe der Bundesregierung nicht wirklich um die Aufnahme von Kontakten. Die Forderung sei nur ein Vorwand. Kiesinger drehte die Argumentation um und warf der DDR-Führung seinerseits vor, ihr sei an Gesprächen gar nicht gelegen. Sie verlange die völlige Unterwerfung unter den eigenen Standpunkt und erwecke damit den Eindruck, daß man dies nur tue, weil man Gespräche und eine Zusammenarbeit verhindern wolle, erklärte der Kanzler während des Staatsaktes zum Tag der Deutschen Einheit im Bonner Bundeshaus.

Dahinter stand ein strategisches Ziel: Die Isolierung der Zone könne nur so vor sich gehen, „daß wir in den anderen kommunistischen Ländern vorsichtig Fuß fassen", meinte Kiesinger gegenüber dem Chefredakteur von *Christ und Welt*, Wirsing, am 5. Oktober 1967[174]. Dann werde es für die Leute in der Zone immer schwieriger, auf ihrem stalinistischen Standpunkt zu beharren. Kiesinger war bereit, vieles zu versuchen, um im Sinne einer humanitären Geste den Menschen in der DDR zu helfen. Aber er wollte dafür nicht unter allen Umständen, wie etwa Wehner, die gültigen Rechtspositionen der Bundesrepublik aufgeben. Neu war aber, daß Kiesinger Ulbricht ernst nahm und in dem Kommunisten einen wirklichen, gefährlichen Gegner sah. Man dürfe nicht den gewaltigen Einfluß unterschätzen, den „Ulbricht ja tatsächlich in Moskau besitzt", meinte Kiesinger etwa in dem oben erwähnten Hintergrundgespräch. Die Zone sei der wichtigste Lieferant innerhalb des Ostblocks und daher ganz unentbehrlich. Daraus könne Ulbricht jederzeit in „seinen eigenen Fragen Gewinn ziehen". Er sei trotz seines Alters ein nicht zu unterschätzender Gegner. „Ich kann ihm nur beikommen, wenn ich ihn in einer Form isoliere, gegen die er eigentlich nichts machen kann."

Was verstand Kiesinger unter der Isolierung der Zone? Es sei darauf angekommen, daß vor der Welt „klipp und klar deutlich" werde, wer daran die Schuld trug, daß es zu keiner Annäherung beider deutscher Regierungen komme[175]. Diese Taktik sollte in erster Linie die Position der SED-Führung in Moskau untergraben. Kiesinger glaubte fest daran, daß sich der Kreml auf lange Sicht nicht hinter der eigenen Propaganda gegen die Bundesrepublik verstecken konnte, sondern der Bundesregierung eines Tages entgegen-

---

[173] Bulletin, 20.6.1967, S. 541 f.; Kiesinger rechnete den Beginn einer Eigenständigkeit der DDR offensichtlich erst ab 1953. Es waren achtzehn Jahre seit der Gründung vergangen. Zu Unrecht hat man sein – zugegeben – gequält wirkendes Wort von der DDR als einem „Phänomen" als typisch für seine Haltung angeführt; vgl. etwa Brandt, Erinnerungen, S. 171. Kiesinger prägte es im Oktober 1967 im Bundestag: „Gut, wir erkennen natürlich, daß sich da drüben etwas gebildet hat, ein Phänomen, mit dem wir es zu tun haben, ein Phänomen, mit dessen Vertretern ich in einen Briefwechsel eingetreten bin, ein Phänomen, mit dem wir bereit sind [...] Kontakte aufzunehmen, Vereinbarungen zu treffen"; VdDB, 5. Wahlperiode, 126. Sitzung am 13.10.1967, S. 6360.

[174] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 5; siehe dort auch die folgenden Zitate.

[175] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 58.

kommen mußte. Eines Tages, davon war Kiesinger zutiefst überzeugt, würde der Kreml Verhandlungen über die Einheit Deutschlands einleiten. Bis dahin mußte auf vielen Ebenen der internationalen Politik diese Entwicklung vorbereitet werden. Dabei dachte er nicht nur an das Verhältnis zu den Staaten in Osteuropa. Dem Kanzler war klar, daß es auch galt, Vorbehalte gegen die deutsche Einheit im westlichen Lager auszuräumen. Diesem Punkt widmete er in seiner Rede vom 17. Juni sogar den wichtigsten und damit wertvollsten Teil. Vor dem Bundestag erläuterte Kiesinger einen überraschenden Gedanken über die machtpolitischen Grundlagen eines geeinten Deutschland, der bis heute seine Bedeutung nicht verloren hat[176]. Deutschland, ein wiedervereinigtes Deutschland, erklärte er da, habe eine „kritische Größenordnung". „Es ist zu groß, um in der Balance der Kräfte keine Rolle zu spielen, und zu klein, um die Kräfte um sich herum selbst im Gleichgewicht zu halten."[177] Es sei daher nur schwer vorstellbar, daß sich ganz Deutschland bei einer Fortdauer der politischen Struktur in Europa der einen oder der anderen Seite „ohne weiteres" zugesellen könne. Eben darum könne man das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands nur eingebettet sehen in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konfliktes in Europa.

Erstmals stellte mit dieser Erklärung ein Kanzler die Bemühungen der Bundesregierung, Großbritannien gegen den heftigen Widerstand Frankreichs in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen, als Teil des Wiedervereinigungskonzeptes dar. Erhard hatte sich für die Zusammenführung möglichst aller europäischer Staaten, insbesondere Großbritanniens, unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten eingesetzt und seit 1955 gelegentlich eine Freihandelszone anstelle der EWG propagiert[178]. Jetzt, im Jahre 1967, erhielt der Beitritt Großbritanniens einen politischen „Sinn". Die Deutschen hatten erkannt, daß die Zustimmung der westeuropäischen Länder zur Vereinigung beider deutscher Staaten in einer neuen europäischen Ordnung wahrscheinlich nicht zu erwarten war, solange die Europäische Gemeinschaft sich auf ihre sechs Gründungsmitglieder beschränkte. Die „kritische Größe" Deutschlands meinte einen möglichen Hinderungsgrund der Wiedervereinigung: die Furcht der anderen westeuropäischen Regierungen, ein einiges Deutschland werde die Europäische Gemeinschaft dominieren. Daher, so schloß Kiesinger, müßten England und die anderen Länder Britanniens so schnell wie möglich in die Gemeinschaft einbezogen werden. Nur durch diese Erweiterung, so glaubte man auch im Auswärtigen Amt, könne ein vereinigtes Deutschland in die EG integriert werden, ohne ein Übergewicht zu gewinnen. Mit England, so argumentierte man intern in Bonn im Hinblick auf französische Befürchtungen, erhalte ein solches Deutschland ein Gegengewicht, das groß genug sei, um sein beträchtliches Bevölkerungs- und Wirtschaftspotential auszubalancieren. Frankreich allein sei zu schwach. Um die Zustimmung der westlichen Nachbarn zur Politik der Vereinigung von vornherein zu erleichtern, förderte die Bundesrepublik also konsequent den englischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft[179]. Auch wenn die Große Koalition die Forderung nach einer Mitgliedschaft

[176] Vgl. etwa Richard von Weizsäckers Rede im Hamburger Rathaus Ende 1993 (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.1993): „Zu nationalen Alleingängen sind wir zu klein. [...] Aber wir sind zu groß, als daß man uns übergehen könnte."

[177] Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 81.

[178] Vgl. Koerfer, Kanzleramt, S. 139; Erhard wandte sich gegen Abschottung und Teillösungen. Er begriff die Ökonomie als ein „weltweites Ganzes".

[179] Vgl. Diehl, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989. Diese Erklärung stammt angeblich vom damaligen Staatssekretär im Bundespresseamt, Diehl, den Kiesinger schon in der gemeinsamen Zeit im Auswärtigen Amt kennen und schätzen gelernt hatte. Diehl behauptet, diesen Gedanken bei der Bearbeitung der Rede vom 17.6.1967 aufgebracht zu haben.

mit wenig Nachdruck verfolgte, um das Verhältnis zu de Gaulle nicht zu belasten, hielt sie doch beharrlich an dem Vorhaben fest. Es blieb ihr auch in diesem Fall nichts anderes übrig, als auf eine Änderung der Situation zu warten[180]. Überhaupt war dieses Konzept zur Erlangung der Einheit langfristig angelegt. Es konnte Jahre oder Jahrzehnte dauern. Hierin lag auch die Schwäche, die Kiesinger deutlich sah. Denn man konnte mit schnellen Erfolgen nicht aufwarten, sondern mußte den Weg des langen Atems gehen.

Auf weiten Strecken zur deutschen Einheit: Der Weg des langen Atems

Kiesinger ist diese Schwäche seiner Politik in den Wochen nach dem ersten Brief an Stoph besonders deutlich geworden. Dies zeigt ein Briefentwurf an den CDU-Fraktionsvorsitzenden vom 21. August 1967 aus der Feder des engen Beraters Guttenberg. Darin werden zunächst die bisherigen Versuche der CDU kritisiert, die „Lösung der deutschen Frage" von „irgendwelchen" Plänen abhängig zu machen und so zu tun, als ob der Fortgang der Dinge von eigenen Handlungen abhängen würde. Es habe der CDU oft die Kraft gefehlt, heißt es weiter, die ganze Wahrheit zu sagen, daß nämlich die Frage der Wiedervereinigung von weltpolitischen Veränderungen abhänge und nicht von „einer cleveren Mischung innerdeutscher Sicherheitsvorkehrungen"[181]. Aber die Partei sei der politisch motivierten Zwangsvorstellung erlegen, Lösungen anbieten zu müssen, ehe die Geschichte Chancen für eine solche Lösung eröffnete. Er glaube daher, daß man davon Abstand nehmen sollte, eine Art Plan zu entwerfen und dann in Form einer Initiative vorzulegen. „Wir müssen uns vielmehr zu einer Politik des langen Atems verstehen, die geduldig und beharrlich Schritt für Schritt voranzukommen sucht." Kiesinger verwies darauf, daß man mit diesem „pragmatischen Vorgehen" gegenüber Osteuropa wie auf dem Gebiete der innerdeutschen Beziehungen bisher „nicht schlecht gefahren" sei. Es sei gelungen, „unsere Ost- und Deutschlandpolitik aus der Erstarrung zu lösen, den Vorwurf der Entspannungsfeindlichkeit zu entkräften, Ansatzpunkte in Osteuropa zu gewinnen, die SED in gewisse Bedrängnis zu versetzen und für unsere Politik die Unterstützung unserer Freunde zu gewinnen".

Prägnanter ist Kiesingers politische Haltung nie zusammengefaßt worden. In der Politik des langen Atems war nicht nur die Hoffnung Kiesingers enthalten, eine Besserung der Lebensverhältnisse für die Bürger in der DDR zu erreichen, sondern darin zeigte sich auch die Zielsetzung einer kontinuierlichen Ostpolitik, die auf vielen Wegen gleichzeitig verfolgt wurde. Es war ein mutiges und optimistisches Unternehmen, denn Kiesinger wollte Einfluß nehmen auf Entwicklungen, die nicht ganz in seiner Hand lagen. Dennoch fußte diese Politik auf einer selbstbewußten Position. Es gab keinen Anlaß, Konzessionen einseitig zu machen. Moskau, davon zeigte sich Kiesinger überzeugt, werde sich auch ohne Vertrauensvorschuß eines Tages um Bonn bemühen. Weitere hastige Schritte Richtung Moskau oder gar Pankow kamen für ihn nicht in Frage.

---

[180] Vgl. Hildebrand, Der provisorische Staat, S. 309 ff. Sie kündigte sich bereits im Frühjahr 1969 an, als der General den Engländern anbot, in der Waffentechnik enger zusammenzuarbeiten und in Europa eine große Freihandelszone zu schaffen. Die Engländer nahmen die Offerte nicht an, aber der Versuch zeigte, daß Frankreich die Lage in Europa plötzlich mit anderen Augen zu sehen begann. Das Gewicht Englands schien dem Staatspräsidenten nunmehr erwünscht, um das wirtschaftliche Potential der Bundesrepublik in Europa auszugleichen. Anlaß war die Bonner Währungskonferenz im November 1968, bei der die Bundesrepublik erstmals ihr nationales Interesse gegen den Widerstand der Defizitländer, die ihre engsten Partnerstaaten waren, durchsetzte.

[181] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Entwurf Kiesinger an Barzel vom 21.8.1967, S. 2.

Aber auch eine schnelle Veränderung von seiten des Ostens war von der deutschen Politik des langen Atems nicht zu erwarten. Denn die Sowjetunion mußte erst Vertrauen gewinnen. Interesse an einem Arrangement hatte Moskau zwar schon angezeigt, als es für die Aufhebung der Teilung Europas plädierte. Doch würde es Jahre dauern, bis beide Staaten sich einander so weit genähert hatten, daß auch die deutsche Einheit auf den Verhandlungstisch geschoben werden konnte. „Unsere Deutschlandpolitik ist leider in hohem Maße von Entwicklungen abhängig, auf die wir wenig oder gar keinen Einfluß haben."[182] Es komme darauf an, den Weg offenzuhalten und sich auf eine lang andauernde Auseinandersetzung ebenso einzurichten wie auf die Möglichkeit eines schnelleren Wechsels der Lage. Was Kiesinger damals nicht wissen konnte, war, daß erst 1990 dieser Augenblick gekommen sein würde. 1967 stand hinter dieser Sicht nicht viel, was sich etwa auch in Wahlkämpfen attraktiv anbieten ließ. Andere Konzepte, die weitergehende, einseitige Zugeständnisse an den Osten einschlossen, erschienen aussichtsreicher, weil sie auf die Attraktivität des Handelns setzten. Darüber war man sich auch im Kanzleramt im klaren. Und dies bezog sich natürlich auf die ideologische Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner SPD. Kiesinger gab Barzel am Schluß des Briefs die Aufforderung mit, dafür zu sorgen, daß „in diesen entscheidenden Fragen in Partei und Fraktion eine gemeinsame Sprache gesprochen" werde. Nur auf diese Weise könne man gegenüber einem Koalitionspartner bestehen, der „gerade auf diesem Gebiet außerordentlich aktiv" sei[183].

Ende eines kurzen Briefwechsels: Der zweite Brief an Stoph

Tatsächlich verlor Kiesingers Konzept an Attraktivität, je mehr sich die Fronten wieder verhärteten, wie sich dies jetzt beim Briefwechsel mit Stoph schmerzhaft bemerkbar machte. Denn Ost-Berlin erhöhte noch jene Hürden, die es bereits vor der Aufnahme von Verhandlungen errichtet hatte. Am 18. September schrieb Stoph erneut an Kiesinger. Diesmal handelte es sich um ein „Dokument der Härte", wie ein Beobachter schrieb[184]. Der Vorsitzende des DDR-Ministerrates verlangte nun als Vorbedingung für eine Normalisierung zwischen den deutschen Staaten die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und fügte sogar einen Vertragsentwurf bei. Außerdem erklärte Stoph, daß die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EWG und in der Nato dem Vereinigungsprozeß „diametral" entgegenstehe. Auf die Vorschläge der Bundesregierung vom April 1967 ging Stoph wie beim ersten Brief nicht ein. Statt dessen wiederholte er die Angebote seines Mai-Briefes[185]. Es war deutlich auszumachen, daß die DDR nicht an einem Gespräch interessiert war, sondern alles tat, um sein Zustandekommen zu verhindern. Enttäuscht schrieb Grüber von DDR-Politikern, die dem „Machtteufel verfallen" seien und daher alles Entgegenkommen als Schwäche auffassen würden. „Nach jeder nachgiebigen Haltung werden sie noch unverschämter. Das sahen wir bei Hitler und sehen wir jetzt im Osten, vor allem in der DDR."[186]

Für die Bundesregierung ging es nun darum, den Eindruck zu vermeiden, es habe an ihr gelegen, daß der Kontakt abgebrochen worden sei. Daher kam es noch einmal zu einem Antwortschreiben Kiesingers am 28. September. Aber auch dieser Brief blieb natür-

---

[182] VdDB, 5. Wahlperiode, 158. Sitzung vom 11.3.1968, S. 8172.
[183] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Entwurf Kiesinger an Barzel vom 21.8.1967, S. 5.
[184] Vogelsang, Das geteilte Deutschland, S. 340.
[185] TzD, Brief und Vertragsentwurf, Band 1, S. 124 ff.
[186] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.5, A 205, Grüber an Kiesinger vom 28.11.1967.

lich auf der Linie vom Juni, hielt ausdrücklich an dem Grundsatz fest, daß das Ziel die Selbstbestimmung der Deutschen sei, und forderte erneut, die Vorschläge der Bundesregierung vom 12. April zu berücksichtigen. Die Kürze des Textes wie die Bemerkung, „Polemik führt nicht weiter", zeigten schon an, daß der Briefwechsel an seinem Ende angelangt war[187]. Neu war lediglich die von Wehner so heftig geforderte Benennung des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt als Verhandlungspartner. Kiesinger stimmte diesmal zu, der Staatssekretär wurde im Brief genannt. Aber insgesamt gesehen, war damit die Initiative zum Stillstand gekommen. Die DDR-Führung ging nicht auf den Inhalt des Briefes ein, veröffentlichte ihn auch nicht. Im Winter setzte die dritte Berlinkrise ein – es war ein erneuter Versuch, den Status des Westteils zu verändern. Und damit wich der verheißungsvolle frische Wind nach Osten einem eisigen Hauch, der sich, wie in der Zeit des Kalten Krieges, wieder über das Verhältnis beider deutscher Staaten legte.

Der Historiker Vogelsang und der Politologe Besson sind übereinstimmend der Meinung, daß Kiesinger sich zumindest nach dem zweiten Brief dem starken konservativen Flügel seiner Partei habe beugen müssen. Dieser habe in einem Dialog mit dem DDR-Regime bereits den ersten Schritt zur Anerkennung erblickt. Der Kanzler sei nun endgültig in einen „Zweifrontenkrieg" eingetreten, behauptet Besson. Auf der einen Seite habe sich seine Partei befunden, die das Abenteuer „DDR-Briefwechsel" nicht fortsetzen wollte, auf der anderen die SPD, die an der europäischen Entspannung, in der die beiden deutschen Staaten eingeschlossen waren, weiter festhalten wollte. Dabei sei er der harten Linie von CDU/CSU gefolgt[188]. Beide Autoren gehen also davon aus, daß dem Bundeskanzler zwar daran gelegen war, das Verhältnis beider deutscher Staaten aufzulockern, er aber von seiner eigenen Partei zumindest behindert worden sei[189].

An dieser These sind allerdings Zweifel angebracht. Zwar hat insbesondere Barzel, der Wehner mißtraute, Kiesinger immer wieder auch zu Vorsicht und Zurückhaltung geraten. Am 3. Juli etwa empörte er sich über Wehners Erklärung, es sei nicht so wichtig, was in dem Brief an Stoph stehe, wichtiger sei, daß er geschrieben worden sei[190]. Aber gerade Barzel war ein Reformer, der eigene Vorstellungen verfocht und eine aktive Ostpolitik anstrebte. Man hat doch Kiesingers Willen im nachhinein überschätzt, unter allen Umständen einen Wandel im deutsch-deutschen Verhältnis herbeiführen zu wollen. Zwar wollte er das Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin verbessern, aber eben nur soweit, wie der pragmatische Ansatz der Regierungserklärung vom April 1967 trug. Unterhalb der Ebene der Anerkennung sollte soviel wie möglich zwischen beiden Staaten geregelt werden[191]. Die Weigerung der DDR, sich ohne Vorbedingungen auf dieses Programm einzulassen, machte allerdings zugleich die Grenzen deutlich, die die Deutschlandpolitik Kiesingers einschränkten: Kiesinger sah keine Notwendigkeit, durch einseitige Zugeständnisse das Interesse der anderen Seite an dem Vorhaben zu verstärken. Die Deutschlandpolitik, das wurde damit sichtbar, war nur ein Teil einer größeren Gesamt-

[187] Das bemerkt Vogelsang (Das geteilte Deutschland, S. 341). Er kritisiert, daß die Regierung, wenn sie tatsächlich eine Politik der Bewegung habe verfolgen wollen, zumindest auf den Alleinvertretungsanspruch hätte verzichten müssen. Ansonsten sei die Lage von vornherein aussichtslos gewesen.

[188] Besson, Außenpolitik, S. 410; vgl. Vogelsang, Das geteilte Deutschland, S. 340.

[189] Vgl. Hacke (Weltmacht, S. 149), der dieselbe These vertritt.

[190] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 3.7.1967. Barzel stellte empört fest: „Diese Aussage steht nicht nur im Widerspruch zu unseren Intentionen und zu den Abreden der Koalition, sondern auch zum Grundgesetz. Ich halte den Vorgang für so ernst, daß ich Sie auch in diesen Tagen leider damit befassen muß."

[191] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 332.

position Kiesingers, deren einzelne Komponenten nebeneinander verfolgt werden konnten. Das Prinzip Adenauers sei gewesen, dort weiterzumachen, wo es möglich war, hat Kiesinger einmal festgestellt[192]. Gleiches läßt sich auch von ihm selbst sagen. Auf vier Ebenen verfolgte er sein Ziel: Erstens suchte er den direkten Kontakt zur Sowjetunion, zweitens sollte das Verhältnis zu den Osteuropäern – inner- und außerhalb des Warschauer Pakts – verbessert werden, drittens mußte das Gespräch mit der DDR geführt werden, und schließlich, viertens, warb er für die Unterstützung durch die Staaten der sogenannten Dritten Welt. Die beiden ersten Ebenen waren die wichtigsten; damals war nicht vorherzusagen, auf welchem Gebiet sich plötzlich Chancen für die Bundesregierung eröffneten. Dem Kanzler standen bei der Verfolgung ostpolitischer Ziele Optionen zur Verfügung, auf die er jeweils zum geeigneten Zeitpunkt zurückgreifen konnte.

[192] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 18.

IV. Brandts erste vorsichtige Schritte in Richtung Ostpolitik und seine aussichtslose Position gegenüber Kiesinger

1. Kiesinger und Brandt – Versöhnung und Distanz zwischen dem Parteigenossen und dem Emigranten

Schon wenige Monate nach Beginn der Großen Koalition hatte sich gezeigt, daß Brandt und Kiesinger keinen Kontakt zueinander fanden. Sie konnten einfach nicht miteinander, erklärte Bahr. Die Chemie habe nicht gestimmt[1]. Kiesinger beklagte sich bei Wehner, daß Brandt nicht mit ihm rede. Dort traf er auf Verständnis: Wenn man mit Brandt spräche, dann komme er „mit einem Zettel", auf dem stehe, was er sich überlegt habe, sagte Wehner einmal abschätzig. Nacheinander hake er dann die Punkte ab. Es sei ganz schwer, zwischendrin selbst etwas anbringen zu wollen, was von Brandt auch wahrgenommen werde. Wehner hielt das für schlechten Stil, denn andererseits dulde es Brandt nicht, wenn man ihn selbst mit einem Zettel konfrontiere. „Dann ist es aus!" Das Gespräch sei dann beendet[2]. Nur wenn es unbedingt notwendig war, sprach Wehner daher persönlich mit Brandt. Sonst bat Wehner den Ministerialdirektor Kreutzer, an seiner Stelle mit dem SPD-Vorsitzenden zu reden[3].

Kiesinger gegenüber erklärte Wehner die Verschlossenheit Brandts damit, daß dieser ein Lübecker sei: „Lübeck ist eine Stadt, da redet man nicht."[4] Dem Kanzler erschien der Außenminister auch sonst merkwürdig „leer" zu sein. Brandt wirke auf ihn wie ein „Korken im Fluß, der sich mit der Strömung treiben lasse", meinte der Kanzler im Oktober 1967. Nie habe Brandt etwa bei Kabinettssitzungen für seine eigene Vorstellung einer Ostpolitik gestritten. Meistens habe er geschwiegen. Er habe nie den Mut dazu gehabt, erklärte Kiesinger später[5].

Brandt sah die Sache genau umgekehrt. Er fand, daß der Kanzler ihn über die gesamte Regierungszeit hinweg nicht habe „zur Entfaltung kommen lassen". Kiesinger habe ihn daran gehindert, seine Politik ins Werk zu setzen. Es sei schwer gewesen, in dieser Koalition Außenminister gewesen zu sein, rechtfertigte sich Brandt, da Kiesingers Hauptinteresse der Außenpolitik gegolten habe[6]. Für die ersten Monate der Großen Koalition

---

[1] Vgl. Bahr, Gespräch des Verfassers, 4.7.1988.

[2] Wehner, Gespräch mit Bruhns, 15.10.1973, S. 7.

[3] Vgl. Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988. „Es war fürchterlich", sagte Kreutzer. Wenn etwas mit dem Außenminister zu klären war, bat Wehner ihn: „Ach, ruf du ihn an." Als der Minister seinen Ministerialdirektor kurz darauf erneut bat, in einer geschäftlichen Angelegenheit mit Brandt zu sprechen, sagte Brandt am Telefon zu Kreutzer: „Hast Du keinen Minister?" Kreutzer antwortete: „Willy, du weißt doch, was mit euch beiden los ist." Diese Äußerung hat Brandt offensichtlich kommentarlos aufgenommen.

[4] Wehner, Gespräch mit Bruhns, 15.10.1973, S. 7; vgl. auch Baring, Machtwechsel, S. 606.

[5] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 4, und Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 46.

[6] Vgl. Koch, Brandt, S. 304, und Brandt, Begegnungen, S. 183. Dort heißt es: Ein Außenminister werde wohl immer seine Probleme haben, „wenn der Regierungschef selbst außenpolitisch stark interessiert ist".

läßt sich allerdings die Behauptung nicht stützen, daß der Schwabe dem Norddeutschen keinen Freiraum gelassen habe. Kiesinger, ohnehin liebenswürdig, bemühte sich besonders zu Beginn sehr um Brandt. Das Verhältnis war für Kiesinger von symbolischem Gewicht. Einer der wichtigsten Gründe für die Bildung der Großen Koalition lag für ihn in dem Versuch einer Aussöhnung zwischen dem Emigranten und dem ehemaligen Parteigenossen. Es sei Kiesinger darum gegangen, erläuterte sein persönlicher Referent während der Stuttgarter Regierungszeit, Otto Rundel, den Gegensatz zwischen „den aktiven Parteimitgliedern", die zu 99 Prozent die Nazis gestützt hätten, und den „Widerstandskämpfern und Emigranten" zu überwinden[7]. Zwar zählte sich auch Kiesinger zu denen, die sich schon während der NS-Zeit innerlich von dem System des Nationalsozialismus, dem Führer und seiner Politik, losgesagt hatten. Aber wie er in seinen Memoiren erklärt, wäre der Weg des aktiven Widerstandes für ihn „nicht gangbar" gewesen. „Ich hätte es nicht fertiggebracht, auf die Katastrophe für das deutsche Volk hinzuarbeiten, die aus einem Unterliegen Deutschlands in diesem Völkerringen hervorgehen mußte – so wie sie dann 1945 tatsächlich eintrat. [...] Sabotage oder aktive Widerstandshandlungen kamen für mich nicht in Frage."[8]

Trotzdem respektierte, ja bewunderte er jene Deutschen, die aufgrund ihrer Überzeugung das Land damals verlassen hatten. Für Brandt hatte er sich schon 1961 eingesetzt. Als Adenauer im Wahlkampf gegen den SPD-Kanzlerkandidaten mit dem Hinweis auf dessen in der Emigration angenommenen Namen polemisierte – er sprach von „Brandt alias Frahm"[9] –, wandte sich Kiesinger öffentlich dagegen. Er lehne entschieden ab, einen verdienten Politiker auf diese Weise zu diffamieren, sagte er damals einem Journalisten. Man könne einen Menschen nur beurteilen, wenn man seine Lebensumstände wirklich kenne, also wenn man wisse, was ihn bewogen habe, das zu tun und jenes zu unterlassen, meinte er auch im Januar 1967[10].

In gewisser Weise war Kiesinger selbst knapp einem Emigrantenschicksal entgangen. Im Jahre 1938 hatte er den Gedanken ernsthaft erwogen, nach Brasilien auszuwandern. Damals hatte ihm der Sohn des früheren Reichsministers Erich Koch-Weser, ein Student aus seiner Repetitorengruppe, geraten, in die Kolonie „Rolandia" zu ziehen. Es kam jedoch nicht dazu. Das nötige Startkapital für den Aufbau einer Kaffeeplantage fehlte ihm. Aber Kiesinger fühlte sich von jenem Plan und jener Zeit her Brandt nahe und sagte einmal über dessen Zeit in Skandinavien: „Ich hätte genau in dieselbe Lage kommen können."[11]

Kiesingers Fähigkeit zur Harmonisierung von Gegensätzen

Aber es gab noch ein anderes, persönliches Motiv für Kiesingers Bemühung, Emigranten und Mitläufer in der Großen Koalition zu versöhnen. Kiesinger besaß von Kindheit an die Fähigkeit, verschiedene, auch gegensätzliche Kräfte zu harmonisieren. Er hatte frühzeitig gelernt, mit scheinbar unversöhnlichen Gegensätzen umzugehen. Er war gezwungen, etwa den strengen Pietismus seines Vaters und der väterlichen Großeltern mit dem Katholizismus seiner mütterlichen Verwandten zu verbinden, der auch seine eigene Konfession war. Als Achtjähriger wurde er mit der Tatsache konfrontiert, daß die Frau, die er für seine Mutter hielt, nicht seine leibliche Mutter war. Die überlieferte Reaktion

---

[7] Rundel, Gespräch mit dem Verfasser, 6.8.1989.
[8] Kiesinger, Jahre, S. 236.
[9] Adenauer, Reden, Rede in Regensburg am 14.8.1961, S. 417.
[10] Vgl. BPA, Brandt im Gespräch mit Harpprecht, ZDF am 5.1.1967, Anhang I, S. 10.
[11] Ebenda.

verrät seine große Anpassungsfähigkeit. Der Stiefmutter versicherte er: „Du bist meine Mutter und bleibst es auch."[12] Was ihm im persönlichen Leben geglückt war, begriff er als Lebensaufgabe. So läßt sich seine gemeinsame Politik mit der SPD verstehen, die er in den Bundestagsausschüssen während seiner Abgeordnetenzeit verfolgte. Als Ministerpräsident konzentrierte er sich darauf, Vorurteile und Ressentiments überwinden zu helfen, die zwischen den Einwohnern Badens, Württemberg-Hohenzollerns und Württemberg-Badens noch immer existierten. Diese drei Länder bildeten erst ab 1951 ein Bundesland. Zu Vorträgen von Botschaftern, Professoren oder Politikern im Stuttgarter Sitz des Ministerpräsidenten, der Villa Reitzenstein, lud der Hausherr prominente Gäste aus dem Land und plazierte eingefleischte Badener neben überzeugte Württemberger. Kiesinger sorgte so dafür, daß die meinungsbildenden Persönlichkeiten der ehemaligen Länder gegenseitiges Verständnis entwickelten[13].

In ähnlicher Weise hoffte Kiesinger 1966, das Verhältnis zwischen Emigranten und Parteigenossen möge sich verbindend auf die Gesellschaft der Bundesrepublik auswirken. Daher billigte der Kanzler seinem Außenminister in den ersten Monaten eine Sonderrolle zu, die sich vor allem in Symbolen ausdrückte. Er überließ es Brandt, als erster – noch vor dem Gipfel zwischen de Gaulle und Kiesinger – nach Paris zu fliegen. Auch während dieses Gipfeltreffens selbst räumte der Kanzler seinem Minister eine bevorzugte Stellung ein, klammerte sogar Fragen des protokollarischen Vorrangs aus, auf die Kiesinger sonst äußersten Wert legte. Seite an Seite standen Kiesinger und Brandt bei der Kranzniederlegung am Grabmal des unbekannten Soldaten unter dem Arc de Triomphe; beide schrieben sich in das Gästebuch der französischen Hauptstadt ein – auch das entgegen dem üblichen Brauch[14].

Die Kontrolle des Außenministers durch den Bundeskanzler

Aber die wohlwollende Haltung gegenüber Brandt hielt nicht lange an. Das Mißtrauen Kiesingers war geweckt worden, als der Außenminister kurz nach der Regierungserklärung den Kanzler für eine neue politische Konzeption zu gewinnen suchte. Brandt habe ihm damals erklärt, die Sowjetunion werde auf Dauer ihr Imperium nicht halten können. Die zentrifugalen Kräfte seien zu stark. Die DDR bilde die eine Seite einer Klammer. Sie stabilisiere das Imperium an der westlichen Front. Die DDR sei aber, gerade weil ihre Existenz von der Bundesrepublik bestritten werde, der treueste Gefolgsmann Moskaus. Er, Brandt, wolle die DDR „aus der Klammerfunktion freisetzen". Wenn ihre Existenz nicht mehr bestritten werde, dann könne sie langsam ihre bisherige Funktion verlieren. Brandt knüpfte hier auch an seine Erfahrungen als Regierender Bürgermeister in Berlin an, wo 1963 erstmals ein Passierscheinabkommen für West-Berliner mit der DDR ausgehandelt worden war[15].

---

[12] Hoff, Kiesinger, S. 12, nach Befragung der Familienmitglieder. Kiesinger (Jahre, S. 24) hat sich an diese Aussage im Rückblick nicht erinnern können: „Seltsamerweise kann ich mich nicht mehr daran erinnern, wie mich die Mitteilung über meine mütterliche Herkunft betroffen machte." Zur Stiefmutter äußerte er aber an derselben Stelle das Kompliment: „Die zweite Frau meines Vaters – das Wort Stiefmutter widerstrebt mir – ließ mich nie fühlen, daß ich nicht ihr eigenes Kind war."

[13] Vgl. Scheufelen, Gespräch mit dem Verfasser, 27.11.1987.

[14] Vgl. Der Spiegel, 30.1.1967. Brandt bestätigte die besondere Aufmerksamkeit, die Kiesinger ihm zuteil werden ließ, mit den Worten: „Ich habe das Gefühl, daß Kiesinger sich um redliche Zusammenarbeit mit mir bemüht und mich über alles voll informiert."

[15] AdKASt, Kiesinger I-226, F/3, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 11. Vgl. Bender, Ostpolitik, S. 128. Den Zeitpunkt des Beginns der Deutschland- und Ostpolitik, wie sie später in der sozialliberalen Koalition verwirklicht worden ist, hat Brandt selbst auf den 13.8.1961 gelegt; mit dem

Aber Kiesinger bestritt energisch die Berechtigung dieser Sichtweise. Das sei eine Illusion, meinte er. Selbstverständlich werde die Sowjetunion die Absicht einer solchen deutschen Politik erkennen. Sie würde schon durchschauen, was deutsche Politik hier bezwecke, würde aber sagen: „Jetzt kann ich ja mal zunächst die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges bestätigt bekommen. Und nachher – die Spekulationen der Herren in Bonn – die werd' ich schon zu vereiteln wissen", erläuterte Kiesinger seine ablehnende Position[16]. Außerdem brachte er einen weiteren Einwand vor: Eine Politik, die die Selbstauflösung des Satellitenreiches betreibe, werde eine militärische Intervention der Sowjetunion zur Folge haben wie in Berlin 1953 oder Budapest 1956. Fortan schaute Kiesinger mißtrauisch auf den Minister und dessen Berater Bahr, der mit Brandt aus Berlin ins Außenministerium gewechselt war und dort die Leitung des Planungsstabes übernommen hatte. Tatsächlich wurde Bahr bald zum entschiedenen Befürworter und einflußreichen Theoretiker einer neuen ostpolitischen Orientierung der Bundesrepublik[17].

Im Sommer 1967 häuften sich die Anzeichen einer Ost- und Deutschlandpolitik des Außenministeriums, die sich von derjenigen des Kanzleramtes unterschied. Brandt hatte mit einem Interview vom 30. Juni 1967 Schlagzeilen gemacht, als er sich zu der Frage äußerte, wie eine zukünftige europäische Friedensordnung bzw. ein europäisches Sicherheitssystem aussehen solle. Dabei hatte er die Möglichkeit in Betracht gezogen, die bestehenden Bündnisse, Nato und Warschauer Pakt, stufenweise abzulösen und etwas Neues an ihre Stelle zu setzen. Um die Reaktionen des Vorschlages in der Presse, aber auch bei den Bündnispartnern etwas abzuschwächen, fügte Brandt hinzu, das neue Sicherheitssystem könne nicht völlig losgelöst von den Weltmächten sein. Dies bedeute, „es müßte verflochten werden mit Rechten und Pflichten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion"[18].

An diesem Vorschlag war nichts spektakulär. Auch Kiesinger hatte schon 1958 behauptet, man halte an der Nato nicht als an einem Dogma fest. Aber der Kanzler empfand Brandts Äußerung dennoch als provozierend. Er stimmte der zugrundeliegenden These nicht zu, daß der Ost-West-Konflikt automatisch durch eine Auflösung der Bündnisse zu beenden sei. Und es stürzte ihn in Verlegenheit, daß die Amerikaner während seines Aufenthaltes in Washington im August 1967 von ihm wissen wollten, was denn die Bundesregierung an die Stelle der Nato zu setzen gedenke. Kiesinger mußte abwiegeln: Bis dahin sei es noch ein sehr langer Weg. Man werde ihn nur gemeinsam „mit den USA zu Ende gehen können". Doch dem Kanzler war diese ganze Fragerei unangenehm. Denn er war nicht überzeugt, daß seine Antwort auch vom Koalitionspartner ganz gestützt würde. Kiesinger argwöhnte, daß die SPD den Vereinigten Staaten keine entscheidende Rolle im neuen,

---

Bau der Mauer sei diese Politik entstanden. Beide Memoirenbände (Erinnerungen, S. 9, und Begegnungen, S. 9) beginnen mit diesem Tag. Prowe (Der Brief Kennedys, S. 373-383) hat behauptet, daß Kennedys Antwortschreiben auf die Forderung des Regierenden Bürgermeisters an den amerikanischen Präsidenten, die Mauer nicht tatenlos hinzunehmen, den Umdenkungsprozeß Brandts ausgelöst habe. Brandt hatte Kennedy gewarnt, Untätigkeit könne eine Vertrauenskrise bei den Deutschen gegenüber den Westmächten hervorrufen. Die klare Absage Kennedys an Brandts „kriegerisches Pathos" habe eine Schockwirkung im Rathaus Schöneberg ausgelöst und die Haltung Brandts langfristig verändert; siehe auch Prowe, Die Anfänge der Brandtschen Ostpolitik, S. 254.

[16] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 11 f.

[17] Vgl. Bahr, Gespräch mit dem Verfasser, 4.7.1988. Als er zusammen mit Brandt ins Auswärtige Amt einzog, so erzählt Bahr, sei ihm noch nicht klar gewesen, wie die Politik seines theoretischen Konzeptes „Wandel durch Annäherung" praktisch umgesetzt werden könne. Erst mit Hilfe des Planungsstabes entwickelte er – ausgehend vom Gewaltverzicht – eine Konzeption, die fertig erarbeitet war, als die sozialliberale Koalition 1969 gebildet wurde.

[18] DzD, Brandt am 30.6.1967, S. 1406 f.

geeinten Europa einräumen wollte. Beide Begriffe, ein Europäisches Sicherheitssystem und ein Friedensvertrag für ganz Deutschland, spielten im Denken der Sozialdemokraten „eine aktuelle Rolle", klagte er Barzel[19]. Zumindest, so der Eindruck Kiesingers, schien sich der Außenminister wenig um die künftige Rolle der Schutzmacht zu sorgen.

Konsequenterweise suchte der Bundeskanzler den Wirkungskreis seines Außenministers zu beschränken. Dabei, so erläuterte er dem Chefredakteur von *Christ und Welt*, Wirsing, am 5. Oktober 1967, müsse er, der Kanzler, vorsichtig zu Werke gehen. Es sei dem Bundeskanzler bei einer solchen Situation unmöglich, öffentlich gegen seinen Außenminister aufzutreten. „Er muß versuchen, das im stillen Kämmerlein abzutun, und zwar jedesmal wieder, wenn sich [...] etwas ereignet."[20]

Tatsächlich zwang Kiesinger Brandt, einiges von dem aufzugeben, was etwa für den Regierenden Bürgermeister noch selbstverständlich gewesen war. Auf die Möglichkeit, mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Pjotr A. Abrassimow, weiterhin zwanglos zusammenzutreffen, mußte er als Kabinettsmitglied verzichten. Jeder Besuch im Ausland, jeder Schritt, in welche Richtung auch immer, mußte abgesprochen, sorgfältig mit dem Kanzler abgestimmt werden. Zumindest anfänglich hielt sich der Außenminister an diese Spielregeln. So schrieb er am 31. Mai 1967 an den Bundeskanzler und bat, Ende Juni oder Ende Juli nach Bukarest reisen zu dürfen. Außerdem teilte der Minister mit, daß ihn der sowjetische Botschafter im anderen Teil Deutschlands am 7. Juni „gern bei sich" zu Hause – also in Ost-Berlin – sehen würde. „Ich glaube, es läßt sich dafür eine Form finden, die den Vorgang nicht öffentlich bekannt werden läßt", ließ er den Kanzler wissen[21]. Doch während Brandt noch im Oktober 1966 Abrassimow einfach aufgesucht hatte, und er sich über die öffentliche Diskussion nicht weiter grämte[22], wurde ihm diese Möglichkeit jetzt verwehrt. Telephonisch teilte Neusel dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Schütz, im Auftrag des Kanzlers mit, daß Kiesinger gegen das vorgesehene Treffen mit dem Botschafter Bedenken habe. Er bitte den Herrn Bundesminister des Auswärtigen, seine diesbezüglichen Überlegungen noch einmal zu überprüfen[23]. Brandts Haltung zu Kiesinger ist wegen solcher „Kleinlichkeiten", wie er fand, immer zwiespältig geblieben. In seinen *Erinnerungen* erklärte er ironisch: „‚Mein' Bundeskanzler brachte es zwar über sich – was schon etwas war –, Briefe von der anderen deutschen Feldpostnummer zu beantworten, aber lieber nahm er der halben Welt Spott auf sich, als die DDR einen Staat zu nennen: Er versteifte sich aufs ‚Phänomen'."[24] Zwar habe es ihm nicht an guten Absichten gemangelt. Aber Kiesinger habe nicht die Entschlußkraft aufbringen können, über seinen Schatten zu springen.

Kiesinger mißtraute dem Koalitionspartner und hier im besonderen neben Brandt dessen Vertrautem, dem Deutschlandexperten Bahr. Kiesinger hielt Bahr für einen Nationalisten, einen fanatischen Patrioten. „Das ist ein wirklich gefährlicher Mann, und ich werde dafür sorgen, daß sein Einfluß im Auswärtigen Amt nicht noch weiter wächst", sagte er vertraulich zu Wirsing[25]. Anlaß für Mißtrauen gab es wieder und wieder. Die

---

[19] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Entwurf Kiesinger an Barzel vom 21.8.1967, S. 3.
[20] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 4.
[21] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 31.5.1967, S. 2.
[22] Vgl. Rhein-Zeitung, 19.10.1966; Frankfurter Rundschau, 21.10.1966, sowie Neue Zürcher Zeitung, 25.10.1966.
[23] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Aktenvermerk von Neusel, 2.6.1967.
[24] Brandt, Erinnerungen, S. 171.
[25] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 2; Hildebrand, Erhard, S. 327. Siehe auch AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 12; Guttenberg, Fußnoten, S. 93.

Bundesregierung konnte nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien im August 1967 einen zweiten Erfolg ihrer Außenpolitik mit der Einrichtung einer Handelsvertretung in Prag verzeichnen. Möglich wurde dies durch die Bereitschaft der ČSSR, das Verhältnis zur Bundesrepublik zu verbessern und dabei bestehende Meinungsverschiedenheiten zwischenzeitlich auszuklammern. Der stellvertretende Außenminister der ČSSR, Ota Klicka, hatte dementsprechend in einem am 8. Juni 1967 im *Mannheimer Morgen* erschienenen Interview erklärt, daß für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gewisse Vorbedingungen erfüllt werden müßten. Bonn habe den sogenannten Alleinvertretungsanspruch aufzugeben und die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs hinzunehmen. Es bestünden aber in diesen Fragen zwischen beiden Staaten so große Gegensätze, daß es im Augenblick besser sei, sich auf Handelsbeziehungen zu konzentrieren[26].

Ohne Aufsehen zu erregen, reiste Bahr daraufhin vom 12. bis zum 13. Juni nach Prag. Über die Gespräche dort wurde Kiesinger durch das Auswärtige Amt informiert. Am 30. Juni schrieb der Kanzler verärgert an den Minister, er möchte darauf aufmerksam machen, daß er Formulierungen wie die auf Seite 5 der Aufzeichnung für „sehr bedenklich" halte, wo es heiße, „B[*ahr*] erläuterte noch einmal die Bereitschaft der neuen Bundesregierung, mit der DDR in friedlicher Koexistenz zu leben". Eine solche Formel komme dem Anerkennungsbegehren Pankows „gefährlich nahe". Und Kiesinger schloß: „Ich bitte Sie, darauf zu achten, daß sie nicht verwendet wird."[27]

Je länger die Koalition dauerte, desto stärker kommunizierten beide Politiker brieflich. Wie einst Adenauer, machte jetzt auch Kiesinger bisweilen schriftlich seinem Unmut Luft. Zwar meint Brandt im Rückblick, daß man mit Kiesinger am einfachsten im persönlichen Gespräch habe Einvernehmen erzielen können[28], aber dafür gab es wenig Zeit. Auch bot sich bei den divergierenden grundsätzlichen Ansichten eine schriftliche Form der Kontakte an. Der Briefwechsel zwischen beiden ist daher auch der längste in der persönlichen Korrespondenz des Bundeskanzlers – er umfaßt insgesamt 70 Briefe, Fernschreiben und Telegramme. Über die knapp drei Jahre der Koalition hinweg blieb das Verhältnis freundlich distanziert. In allen Briefen behielten Kanzler und Minister die Schlußformel „Mit freundlichen Grüßen" bei. Das „Ihr ergebener" verwendete Kiesinger nur einmal, in dem erwähnten Brief vom 30. Juni 1967. Selbst zu persönlichen Anlässen, etwa der Danksagung Kiesingers für Brandts Geschenk zu seinem 65. Geburtstag – einer Fotokamera –, blieb es bei den „freundlichen Grüßen". Diese Tatsache wirkt ebenso eindrucksvoll wie der bleibende Respekt, den Kiesinger Brandt gegenüber trotz aller Unterschiede bewahrte. „Ohne gegenseitiges Verständnis für die Situation des anderen und ohne Respekt, auch wenn die Meinungen nicht immer übereinstimmten, hätte unser gemeinsames Wagnis nicht gelingen können", schrieb Kiesinger Brandt am 3. Mai 1969 in herzlichem Ton[29]. Kiesinger mochte Brandt für einen politischen Phantasten halten, menschlich zeichnete sich ihre Beziehung durch einen fairen und respektvollen Umgang aus.

Rumänienbesuch im August 1967: Brandt gewinnt an Profil

Kaum einen Monat nachdem Bundeskanzler Kiesinger Bahrs Bemerkung in Prag gerügt hatte, sorgte eine Äußerung Brandts in Bukarest für Schlagzeilen. Der Außenminister

---

[26] Vgl. DzD, 1966-1967, S. 1261. Die Aussage ist vor dem Hintergrund der im Februar 1967 vom Warschauer Pakt beschlossenen „Ulbricht-Doktrin" zu verstehen; vgl. Bender, Ostpolitik, S. 140.
[27] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Brandt vom 30.6.1967.
[28] Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 182.
[29] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 188, Kiesinger an Brandt vom 3.5.1969, S. 2.

hatte die im Mai angekündigte Reise nach Rumänien am 3. August angetreten. Dort hielt er am Abend im Palast des Ministerrats den zuvor schriftlich ausformulierten Trinkspruch, fügte aber einen improvisierten Satz hinzu, der die Gemüter der Christdemokraten sofort erhitzen sollte. Im vorbereiteten Manuskript hieß es an der fraglichen Stelle, man habe schon in den Gesprächen Übereinstimmung darin feststellen können, daß „wir bei den Bemühungen um eine europäische Friedensordnung von den gegebenen Realitäten auszugehen haben". Dann erklärte Brandt zusätzlich: „Ich habe gesagt, dies gelte auch für die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen."[30]

Der Minister rechtfertigte seine Äußerung nicht. Der Zusatz habe sich für ihn aus verschiedenen Gesprächen bei Tisch ergeben, heißt es später in den *Begegnungen und Einsichten*. Er habe schon damals nicht verstehen können, was daran falsch gewesen sei. „Im Abstand fast eines Jahrzehnts wird es nicht leichter, die fast hysterische Reaktion in der Bundeshauptstadt zu begreifen."[31] Die Gespräche mit der kommunistischen Führung in Rumänien hatten offenbar einen tiefen Eindruck beim Außenminister hinterlassen. Er fühlte sich verstanden und ermutigt, auf seinem ostpolitischen Kurs voranzugehen. Die rumänischen Politiker erschienen ihm ganz anders als der Koalitionspartner in Bonn: aufgeschlossen und unbefangen bei der Vertretung ihrer Interessen[32]. Die gleiche Unkompliziertheit und Offenheit hätte sich Brandt für die Regierung der Bundesrepublik gewünscht. Der positive Eindruck des Ministers verstärkte sich, als er im Badeort Mamaia am Schwarzen Meer von dem mächtigsten Mann Rumäniens, dem Staatspräsidenten und Parteivorsitzenden der KPR, Nicolae Ceauçescu, in dessen Villa empfangen wurde. Sieben Stunden lang dauerte das Gespräch. Der rumänische Regierungschef legte dar, wie er sich die neue Ordnung in Europa vorstellte, wenn beide Sicherheitssysteme, Nato und Warschauer Pakt, aufgelöst seien. Selbst wenn dabei zunächst die Existenz zweier deutscher Staaten beibehalten werden sollte, wäre das nicht von Dauer, meinte Ceauçescu. Er gehe davon aus, daß „sich der Gedanke der nationalen Einheit in Deutschland durchsetzen werde". Die Anerkennung des zweiten deutschen Staates werde den geschichtlichen Prozeß nicht aufhalten, sondern eher fördern.

Brandt stimmte zu. An keinem anderen Ort konnte diese Prophezeiung glaubwürdiger sein als hier am Schwarzen Meer! In Mamaia fanden jedes Jahr zahllose Begegnungen zwischen Urlaubern aus der Bundesrepublik und aus der DDR statt, zumeist Treffen zwischen Verwandten und Freunden. Brandt erlebte die besondere Atmosphäre dieser deutsch-deutschen Gemeinsamkeit am eigenen Leibe mit. Als er durch die Stadt spazierte, begrüßten ihn spontan Gruppen Deutscher aus beiden Staaten. Beim Außenminister festigte sich während des Rumänienbesuchs der Eindruck, daß die Ostpolitik, seine Ostpolitik, Sinn mache. Daher sprach Brandt später von einer „denkwürdigen" Begegnung, die er mit dem rumänischen Präsidenten in Mamaia gehabt habe[33].

In einem anderen Sinne fand man zu Hause Brandts Darstellung „denkwürdig". Brandts Äußerungen in Rumänien waren in konservativen Blättern heftig attackiert worden. „Ostpolitik mit roten Webfehlern", hieß es da etwa. Auch warf man dem sozialdemokratischen Minister „Wunschdenken" vor. Der *Bayern-Kurier* forderte am 21. August, die Übernahme der rumänischen Formulierungen dürfe nicht dazu führen, daß man sich an

---

[30] DzD, Tischrede am 3.8.1967, S. 1506 f.

[31] Brandt, Begegnungen, S. 230.

[32] Das galt insbesondere für Außenminister Manescu, für den Brandt seine Sympathie bewahrte und mit dem er selbst dann noch Kontakt hielt, als der Rumäne abgesetzt worden war und den wenig bedeutungsvollen Vorsitz einer „Inter-Parlamentarischen Union" übernommen hatte.

[33] Brandt, Begegnungen, S. 230.

den darin ausgedrückten Zustand gewöhne. Und das CSU-Parteiorgan warnte „vor dem Begehen eines Weges, der zur Preisgabe unserer politischen und rechtlichen Ansprüche führt, ohne auch nur eine annähernd adäquate Gegenleistung einzubringen". Deutsche Selbstaufgabe könne nicht der Sinn deutscher Ostpolitik sein[34]. Von einer regelrechten Pressekampagne der CDU gegen Brandt sprach der *Kölner Stadtanzeiger* – nicht ganz zu Unrecht. Selbst ein besonnener, moderater Mann wie Majonica, der außenpolitische Experte der CDU, warnte öffentlich, mit seinen Äußerungen lege Brandt Zündstoff an die Große Koalition[35].

Heck, der seit einigen Wochen die SPD, besonders ihren lautesten Vertreter, Schmidt, heftig kritisierte, forderte Kiesinger schriftlich auf, von Brandt eine Erklärung zu fordern. Er zitierte eine weitere Aussage des Ministers aus einem Interview mit dem *Südwestfunk* vom 4. August. Dort hatte der Außenminister behauptet, es sei nicht bundesdeutsche Politik, „den anderen Teil Deutschlands auszuklammern aus den Überlegungen und Bemühungen, die auf ein europäisches Sicherheitssystem und eine europäische Friedensordnung abzielen". Einerseits bemängelte Heck, daß Brandt bewußt vage formuliert habe, um viele Deutungen zuzulassen. Andererseits klagte er, hier sei eindeutig die DDR als zweite politische Ordnung auf deutschem Boden für ein zu errichtendes europäisches Sicherheitssystem und eine europäische Friedensordnung als möglich bezeichnet worden[36].

Kiesinger nimmt Brandt vor Beschuldigungen aus der Union in Schutz

Kiesinger wollte sich nicht denen anschließen, die in seiner Partei gegen das Brandtsche Zitat in Rumänien zeterten. Im Gegenteil, der Kanzler bemühte sich, öffentlich die Vorteile der Reise seines Ministers herauszustreichen. Zu Brandts umstrittener Bemerkung gab Kiesinger eine Woche später im *Deutschen Fernsehen* nur den unklaren Kommentar: In Bukarest sei es ja „ganz farbig" zugegangen. Und er schloß mit der Feststellung, daß der Besuch des Außenministers in Rumänien „eine Etappe auf dem von uns gemeinsam begonnenen Weg" gewesen sei[37]. Wie sehr sich Kiesinger bemühte, Brandt in Schutz zu nehmen, zeigen die Äußerungen auf einer Pressekonferenz am 21. August, nach seiner Rückkehr von der ersten Reise in die Vereinigten Staaten. Nach seiner Meinung, erklärte der Kanzler dort, widerspräche die umstrittene Bukarester Äußerung des Außenministers der Regierungspolitik nicht. „Wenn er gesagt hat, man müsse von den Realitäten ausgehen, hat er das natürlich anders gemeint. Seine Realitäten sind nicht die Existenz eines zweiten deutschen Staates, sondern seine Realitäten sind natürlich einfach die gegebene Lage, wie sie ist, wie wir sie vorfinden."[38]

Das klang wenig überzeugend. Kiesinger offenbarte hier, was er eigentlich zu verbergen hoffte: die Kluft zwischen seinen eigenen Vorstellungen und denen seines Außenministers. Er war natürlich keineswegs davon überzeugt, daß die „Realitäten" Brandts nicht genau das meinten, was er selber bestritt: die Anerkennung eines zweiten Staates und der Oder-Neiße-Linie als Grenze. Der Sinn dieser ausführlichen Äußerungen Kiesingers bestand in der Hoffnung, den sich deutlicher abzeichnenden Widerspruch zwi-

---

[34] Bayern-Kurier, 21.8.1967.
[35] Vgl. Kölner Stadtanzeiger, 12.8.1967; Der Spiegel, 4.9.1967, S. 21 und 23.
[36] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 004, Heck an Kiesinger vom 7.8.1967. Das Interview mit Brandt ist in Auszügen abgedruckt in DzD, S. 1507, Fn 4.
[37] BPA, Kiesinger im DFS, 11.8.1967, Anhang II, S. 1.
[38] DzD, Kiesinger auf einer PK, 21.8.1967, S. 1545.

schen seinen und den ostpolitischen Zielen Brandts zu verschleiern. Kiesinger war sich darüber im klaren, daß Brandt etwas anderes wollte als er – das hatte ihm der Minister selbst erklärt. Aber dem Kanzler war auch die Tatsache bewußt, daß der Außenminister einem Regierungsbündnis angehörte, in dem er nicht einfach das tun konnte, was er wollte. Brandt schien ihm kein Mann zu sein, der auf Biegen und Brechen seine Politik durchzusetzen suchte[39]. Am 22. August, also nur einen Tag nach der Pressekonferenz, ließ er ihn schriftlich wissen, er habe, wie dieser gewiß aus der Presse entnommen habe, die Äußerungen in Rumänien „gedeckt" oder, wenn er wolle, „interpretiert". „Ich hatte bisher den Eindruck, daß es in der Substanz unserer Politik keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns gäbe. Ich bin mir heute darüber nicht mehr so sicher", stellte Kiesinger dann fest. Die Reaktion eines Teils der der SPD nahestehenden Presse auf seine Äußerungen vom Vortage habe ihm gezeigt, daß man jedenfalls dort Brandts politische Konzeption anders verstehe. Ein besonders herausragendes Beispiel biete der *Kölner Stadtanzeiger*, der sich sogar gegen seine, Kiesingers, Interpretation der „Realitäten" auf eine Prager Auslegung berufe. Auch Brandts Bemerkungen in Bremen hätten ihn, Kiesinger, aufhorchen lassen. „Sie können sich denken, daß im Lager meiner eigenen politischen Freunde, und zwar keineswegs nur bei den Zaudernden, die Unruhe wächst." Es gebe in einem Teil der deutschen Presse eine deutliche Tendenz, die nicht nur auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, sondern auch auf die Anerkennung – „schrittweise oder sofort" – der „DDR" dränge. Diese Presse scheine den Versuch zu machen, Brandts Äußerungen in diesem Sinne zu interpretieren. „Mir scheint, daß es höchste Zeit ist, daß wir hier reinen Tisch machen und so bald wie möglich der deutschen Öffentlichkeit bestätigen, daß auch die Ostpolitik nach wie vor in Übereinstimmung mit meiner Regierungserklärung geblieben ist. Ich kenne Ihre Urlaubspläne nicht. Ich selber befinde mich bis zum 4. September in Kreßbronn am Bodensee. Ich werde während dieser Zeit eine Aussprache mit Herrn Wehner über unsere Deutschlandpolitik haben und wäre Ihnen dankbar, wenn auch wir uns noch vor dem 4. September über einige der wichtigsten Aspekte unserer Außenpolitik unterhalten könnten", schloß Kiesinger den Brief[40].

Kiesinger war über die Tatsache erschrocken, daß einige Zeitungen seine Äußerungen auf der Pressekonferenz so ausgelegt hatten, als ob tatsächlich zwei Deutungen der Deutschlandpolitik innerhalb der Regierung bestünden. Erst jetzt sah er offenbar die Notwendigkeit, sich mit dem Koalitionspartner über eine gemeinsame Terminologie der Außenpolitik abzustimmen. An der Rede Brandts auf dem Bremer Landesparteitag vom 18. August hatte Kiesinger vor allem die kämpferische Auseinandersetzung mit der Union gestört. Brandt hatte sich deutlich zu den scharfen Angriffen gegen ihn aus der der Union nahestehenden Presse geäußert. Das deutsche Volk denke in vielen Fragen vernünftiger als mancher, der sich als „Gralshüter deutscher Interessen" aufspiele, meinte er dort. Die Realitäten, auch unangenehme Realitäten, zu erkennen und sie in der Politik zu berücksichtigen, schade nicht den deutschen Interessen, sondern nütze ihnen. Das deutsche Volk könne nichts von solchen Leuten erwarten, deren ganze Weisheit sich darin erschöpfe, daß sie heute hier etwas „aufgegeben" sähen und morgen dort vor „unverantwortlichen

[39] Vgl. Brandt (Erinnerungen, S. 77), der später übrigens selbst einräumte, er sei nicht der Typ, der die Welt aus den Angeln heben möchte. Es liege ihm ferne, ihr einen Weg vorzuschreiben, der noch nicht geebnet sei. „So folgte ich in meinen öffentlichen Äußerungen der offiziellen Politik der westlichen Regierungen auch dort, wo ich sie nicht für richtig hielt, und verschonte die Bonner Politik auch dort mit offenem Widerspruch, wo deutlichere Kritik angezeigt gewesen wäre."

[40] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Brandt vom 22.8.1967.

Zugeständnissen" warnten. Ratschläge dieser Art hätten allzu lange eine vernünftige Politik behindert[41].

Kiesingers Versuch, einerseits Brandt vor Angriffen aus der Union in Schutz zu nehmen, andererseits die Sozialdemokraten aufzufordern, die gemeinsame Ost- und Deutschlandpolitik erneut abzustimmen, zeigt allerdings, daß der Kanzler nicht allein unter dem Druck seiner Fraktion handelte, sondern eine unabhängige, gleichfalls kritische Position wahrte. Der Brief an Brandt vom 22. August beweist auch, daß der Kanzler für Experimente kein Verständnis besaß, die über den in der Regierungserklärung festgesteckten Rahmen hinausgingen. Kiesinger achtete bereits im Sommer 1967 auf die strikte Einhaltung der deutschlandpolitischen Grundsätze, wie sie, trotz der Bereitschaft zum Dialog und zu Verhandlungen über verbesserte Lebensbedingungen, schon seit einem Jahrzehnt bestanden[42].

Die Notwendigkeit, zwischen den Koalitionsparteien erneut eine Verständigung über die Grenzen in der Ost- und Deutschlandpolitik zu suchen, wurde durch Ereignisse im Juni und Juli 1967 forciert. Das schlechte Ergebnis der SPD bei den Landtagswahlen in Niedersachsen führte zu einer hitzigen Debatte zwischen den Koalitionsparteien. Erneut übernahm der Fraktionsvorsitzende Schmidt die Rolle des Provokateurs. Dafür eignete sich seine Position als Fraktionsführer zwischen Regierung und Parlament besonders, da er gegenüber dem Koalitionspartner einen viel größeren Spielraum als die Minister seiner Partei besaß. Im Fernsehen erklärte er, nach den Bundestagswahlen 1969 solle ein Sozialdemokrat Bundeskanzler werden[43]. Wenige Tage später griff der Fraktionsführer in Berlin, wo sich die Fraktionen und das Kabinett am 20. und 21. Juni trafen, den Bundeskanzler direkt an, indem er behauptete, bei der Finanzplanung werde die Regierung das zu tun haben, was das Parlament beschließe[44]. Kiesinger reagierte prompt und mit äußerster Schärfe. Auf der Jahreshauptversammlung des Deutschen Städtetages stellte er klar: „Sollte das Parlament in einer lebenswichtigen Frage etwas beschließen, was ich nicht glaube verantworten zu können, dann werde ich das nicht ausführen, sondern meinen Platz räumen für jemand, der williger ist als ich es bin."[45]

2. Kiesingers Kampf gegen die Politik des Auswärtigen Amtes

Im Juli 1967 stand plötzlich die in den vergangenen Monaten in der deutschen Öffentlichkeit gewonnene Sympathie für den Kanzler in Frage. Noch kurz zuvor war die Popularitätskurve Kiesingers so hoch gestiegen wie bei keinem Kanzler vor ihm, Adenauer eingeschlossen. Nun jedoch ging in Bonn wieder das Wort um, Kiesinger sei der „beste

---

[41] DzD, Brandt auf Bremer SPD-Parteitag, 18.8.1967, S. 1538.

[42] Dies ist in der bisherigen Historiographie bisher anders gesehen worden. Kiesinger erscheint bei den meisten Darstellungen bereits als Gefangener der eigenen Fraktion, deren Beharren auf den Grundpositionen in der Deutschlandpolitik sich der Kanzler habe fügen müssen. Besson (Außenpolitik, S. 409) meint, Kiesinger habe das Steuer herumgeworfen und damit „dem wachsenden Druck seiner Partei" entsprochen. Vogelsang (Das geteilte Deutschland, S. 340) urteilt: „Die Rücksicht Kiesingers, mit der er als neu gewählter CDU-Vorsitzender speziell die beharrenden Kräfte seiner Partei bedachte, lähmte somit gerade jene Aktivität, zu der er sich als Bundeskanzler auf Drängen des sozialdemokratischen Partners entschlossen hatte."

[43] Vgl. BPA, Schmidt im DFS, 16.6.1967, Anhang IV, S. 2.

[44] Vgl. Rheinische Post, 29.6.1967; die Schlagzeile lautete: „Helmut Schmidt sieht sich schon als Kanzler".

[45] Süddeutsche Zeitung, 24.6.1967.

Erhard, den es je gegeben" habe[46]. Die Züricher Zeitung *Die Tat* sagte der SPD günstige Wahlchancen voraus, falls der Kanzler seinen bisherigen Regierungsstil beibehalte[47]. Die Mainzer *Allgemeine Zeitung* schließlich meinte schlicht: „Der Kanzler ist urlaubsreif."[48] Kiesinger war – so schien es – ganz ohne Not in Bedrängnis geraten.

Alles hatte ganz harmlos angefangen. Die Große Koalition war im Herbst 1966 vor allem wegen der prekären Haushaltslage für das Jahr 1967 entstanden. Eine mittelfristige Finanzplanung sollte die Lücken bis ins Jahr 1971 decken. Zuerst stand daher die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Minister Strauß und Schiller im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, die beide bald als „Plisch und Plum" bezeichnet wurden und als Paradebeispiel für ein harmonisches und erfolgreiches Arbeitsduo der Koalition galten[49]. Doch die zwei starken Persönlichkeiten verfochten nicht immer die gleichen Ziele, und Kiesinger geriet rasch zwischen die Fronten. Die Frage, welche Ressorts wieviel einsparen müßten, beschäftigte das Kabinett Anfang Juli 1967. Aber es gelang nicht, eine einheitliche, alle gerecht beteiligende Lösung zu finden. Im Gegenteil! Die Interessenvertreter der Kriegsbeschädigten wehrten eine Beschneidung ihrer Grundrenten ab, die man an sich bei den Leichtgeschädigten und den Beschädigten mit höherem Einkommen vorgesehen hatte. Bei beiden Gruppen sollten die Grundleistungen gekürzt werden oder sogar wegfallen. Da sich die Regierung dazu gegen den Protest nicht entschließen konnte, entstand die Situation, daß bei den stark organisierten Kriegsopfern keine, bei den schwach organisierten Kindergeldempfängern dagegen eine Einkommensgrenze festgesetzt wurde. Die Öffentlichkeit empfand dieses Ergebnis als nicht glücklich, nicht gerecht[50].

Klare Standpunkte vermißte man auch beim Wirtschaftsminister, der für Unruhe in der Koalition sorgte. Schiller hatte sich erst zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer bereit erklärt, schwenkte dann aber unter dem Druck der eigenen Fraktion um und verlangte nun eine Ergänzungsabgabe der Besserverdienenden. Das Hin und Her der Diskussion lasteten die Medien allerdings nicht den Koalitionsparteien, sondern dem Kanzler an. Als obendrein ein „Interviewkrieg" zwischen den Ministern der Union losbrach, erinnerte das fatal an die Lage vom Herbst 1966, an das Chaos am Ende der Regierung Erhard. Wie Erhard, der einst eine beschlossene Telefongebührenerhöhung unter öffentlichem Drängen um die Hälfte gesenkt hatte, schien Kiesinger den verschiedenen Interessen unentschlossen, ja beinah hilflos gegenüberzustehen. Kiesinger sah das freilich anders. Er sei von seinem Finanzminister im Stich gelassen worden, klagte er über Strauß. Seine Absicht sei gewesen, erläuterte er im Oktober 1967, die Etatlücke durch Einsparungen zu schließen. Es sei klar gewesen, daß der linke Flügel der CDU mit der SPD zusammen jeden Versuch sabotieren würde, „am Sozialetat herumzudoktern". Bei der entscheidenden Sitzung habe sich aber Strauß „überhaupt nicht geschlagen", er habe kaum mit der Wimper gezuckt. „Ich fühlte mich damit von ihm verraten. Wenn der Finanzminister nicht auf den Einsparungen beharrt, ist der Bundeskanzler, der seiner Partei angehört, zu Kompromissen gezwungen."[51]

---

[46] Der Spiegel, 24.7.1967.
[47] Vgl. Die Tat, 20.7.1967.
[48] Allgemeine Zeitung, 20.7.1967.
[49] Vgl. Ellwein, Krisen und Reformen, S. 44; Baring, Machtwechsel, S. 136; Hildebrand, Erhard, S. 286.
[50] Vgl. Allgemeine Zeitung, 20.7.1967; Hildebrand, Erhard, S. 290; erstmals gab es massive Kritik an der Politik der Großen Koalition durch Parteien, Massenmedien, Verbände; siehe Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 319 ff.
[51] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 7.

Das große Ansehen, dessen sich der Bundeskanzler bis dahin in der Öffentlichkeit erfreut hatte, wurde zusätzlich durch die Auseinandersetzung mit Verteidigungsminister Schröder beschädigt. Sie begann, als Schröder nach dem Kabinettsbeschluß zur mittelfristigen Finanzplanung am 7. Juli die Nachricht verbreiten ließ, die Anzahl der Bundeswehrsoldaten werde um 60 000 auf 400 000 gekürzt. Denn das Kabinett hatte Einsparungen von 7 Milliarden DM weitestgehend im Bereich des Wehretats vorgesehen. Ohne Absprache mit dem Kanzleramt geriet diese Zahl an die Öffentlichkeit. Der verärgerte Kanzler warf dem Verteidigungsminister – seinem Rivalen ums Kanzleramt – daraufhin vor, die Bundesregierung nach außen hin geschwächt zu haben. Insbesondere habe er den Widerstand der Bundesregierung gegen die Absicht von Engländern und Amerikanern untergraben, die Nato-Truppenzahl in Europa zu verringern. Kiesinger schickte am 11. Juli ein Telegramm an Präsident Johnson, in dem er versicherte, die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik werde durch Kürzungen im Verteidigungshaushalt nicht geschwächt[52].

Aber auch in den USA erlitt Kiesingers Ansehen eine Einbuße. Es war bereits das zweite Telegramm innerhalb kurzer Zeit, das Kiesinger an Johnson gesandt hatte. Wegen der Debatte innerhalb des Kabinetts um die Finanzplanung hatte der Kanzler am 30. Juni um einen Aufschub des verabredeten Besuches in Washington gebeten. Johnson hatte prompt geantwortet und im September einen Ersatztermin vorgeschlagen. Kiesinger dankte daraufhin dem Präsidenten für dessen „liebenswürdige Nachricht" und für das „freundliche Verständnis für die hier entstandene Schwierigkeit". Er sei gerne mit der Anregung einverstanden, den Präsidenten Anfang September in Washington zu treffen[53].

Dem Kanzler war die Affäre, die Schröder ausgelöst hatte, besonders peinlich, da er sich gegenüber dem Präsidenten im April darüber ereifert hatte, die USA hätten im Falle des Atomsperrvertrages die Pflicht vernachlässigt, ihre Verbündeten rechtzeitig zu unterrichten. Johnson hatte daraufhin am 24. Juni den deutschen Kanzler schriftlich über die Gespräche informiert, die er mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Glassboro, einem kleinen Ort in New Jersey, geführt hatte[54]. Dennoch wurde die Klage der Deutschen in den Staaten unterschiedlich bewertet. Außenminister Rusk schrieb beispielsweise seinem Botschafter in Bonn, die Deutschen hätten die Amerikaner niemals spontan informiert, außer wenn es um die „deutsche Frage" gegangen sei. Die meisten Regierungen, eben auch die deutsche, warteten anscheinend immer erst auf eine Initiative von amerikanischer Seite, ehe sie reagierten[55].

Jetzt wurde die Skepsis Rusks durch die Vorgänge in der Bundesrepublik bestärkt. Hinzu kam, daß die Verschiebung der Reise aufgrund der Diskussion um den Finanzausgleich bei den Amerikanern den Eindruck hervorrief, daß Kiesingers Position innenpolitisch geschwächt sei. Georg von Lilienfeld, der Gesandte an der deutschen Botschaft in Washington, verlieh in einem persönlichen Brief an Kiesinger dieser Befürchtung Ausdruck. Lilienfeld kannte Kiesinger aus gemeinsamen Tagen im Auswärtigen Amt. Der direkte Kontakt des Diplomaten mit dem Kanzler kam über die Tochter Kiesingers, Viola, zustande. Sie lebte in der nahen Umgebung von Washington und war mit einem Journalisten der renommierten Zeitschrift *National Geographic* verheiratet. Lilienfeld schrieb an Kiesinger, wenn der Nationale Sicherheitsberater Walt W. Rostow auch ver-

---

[52] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 292 f.

[53] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Johnson an Kiesinger vom 9.7.1967, und ebenda, Kiesinger an Johnson vom 11.7.1967.

[54] Vgl. ebenda, Kiesinger an Johnson vom 26.6.1967.

[55] McGhee, Botschafter, S. 342.

sichert habe, daß der Präsident großes Verständnis für Kiesingers Entscheidung zum Aufschub der Reise hatte, so sei doch das persönliche Telegramm an ihn psychologisch sehr wichtig gewesen. „In der Sache ist bedauerlich, daß der bisherige Eindruck der Stärke und Geschlossenheit der Koalitionsregierung und ihres Rückhalts im Parlament durch diese plötzliche Zuspitzung der Lage hier doch etwas beeinträchtigt worden ist. So sehe ich verschiedene Ansätze zu neuen Mißverständnissen am deutsch-amerikanischen Horizont aufkommen."[56]

Lilienfeld lenkte die Aufmerksamkeit auf den anstehenden Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Robert McNamara in Deutschland. Der Minister werde sich „sehr erbittert" über die deutschen Kürzungen äußern und auf deren Folgen für die Nato und möglicherweise auch auf den Verbleib amerikanischer Truppen in Deutschland hinweisen. Auch werde McNamara der Bonner Regierung kaum den Vorwurf ersparen, derart einschneidende Maßnahmen ohne Konsultationen mit Washington ergriffen zu haben. Tatsächlich fühlte sich der Amerikaner brüskiert und sagte seinen geplanten Besuch für den 12. Juli ab. Das brachte Kiesinger noch mehr gegen Schröder auf, der ihn anscheinend ganz bewußt in diese Lage manövriert hatte. Aus seinem Ärger machte der Kanzler einige Monate später im vertraulichen Gespräch keinen Hehl. „Ich hätte Schröder damals unter allen Umständen entlassen, wenn nicht die innere Konstellation der Partei dies praktisch unmöglich gemacht hätte."[57]

Aber der Kanzler hatte Schröder aufgrund seiner starken Stellung in der CDU durch seine protestantische Hausmacht bei der Regierungsbildung unbedingt ins Kabinett einbinden wollen. Kiesinger dachte da wie Heck, der in einem Interview erklärte, falls Schröder nicht in die Regierung eingetreten wäre, hätte das als Signal gewertet werden müssen, daß er mit der Regierung Kiesinger, mit der Großen Koalition, nichts zu tun haben wolle. Schröder sei aber eingetreten, weil er bereit gewesen sei, die Regierung mitzuverantworten. Es wäre daher, aus der Sicht Kiesingers, unklug gewesen, den Rivalen jetzt durch seine Entlassung in eine Oppositionsrolle zu drängen[58]. Um seinen Standpunkt deutlich zu machen, schickte der Kanzler am 11. Juli ein ebenso verbindlich wie energisch formuliertes Schreiben an den Verteidigungsminister. Der Hauptvorwurf lautete: „Die von Ihrem Hause vorgeschlagene Unterrichtung der Nato über die Auswirkungen der Finanzplanung auf dem Gebiet der Verteidigung entspricht nicht meinen Absichten." Die negative Art der Darstellung sowohl hinsichtlich der Haushaltsansätze als auch der Truppenreduzierung müsse die Verbündeten beunruhigen. Worauf es ankomme, sei doch, daß trotz der Einsparungen die präsente Kampfkraft der Bundeswehr erhalten bleibe, insbesondere beim Heer. Und wörtlich forderte Kiesinger Schröder dazu auf, „neben den bisher angestellten Überlegungen, die anscheinend zu dem Vorschlag einer Kürzung des militärischen Personals um 13 Prozent gelangen, Alternativen erarbeiten zu lassen, damit wir die in Aussicht genommene Besprechung auf einer möglichst breiten Grundlage führen können". Das Kabinett habe sich bisher nur über die finanziellen Änderungen im Verteidigungsetat geeinigt. Welche Maßnahmen daraus notwendig würden, sei noch offen. „Ich muß darauf dringen, daß weder in der deutschen Öffentlichkeit noch bei unseren Verbündeten ein anderer Eindruck entsteht", machte der Kanzler am Schluß noch einmal sein Anliegen deutlich[59].

---

[56] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Lilienfeld an Kiesinger vom 7.7.1967, S. 2.

[57] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 6. Hildebrand (Erhard, S. 293) spricht von „unionsinternen Gründen", die ihn daran hinderten.

[58] Vgl. Bonner Rundschau, 30.7.1967.

[59] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, Kiesinger an Schroeder vom 11.7.1967.

Trotz des Ärgers über den entstandenen Schaden behandelte Kiesinger Schröder also mit Vorsicht. Es stellte sich tatsächlich bald heraus, daß die notwendigen Kürzungen nicht das befürchtete Ausmaß annahmen. Das Heer der Bundeswehr wurde nur um 15 000 Mann reduziert, eine Maßnahme, die, wie Kiesinger später sagte, „man stillschweigend hätte über die Bühne gehen lassen können"[60]. Der amerikanische Botschafter McGhee versicherte dem Kanzler daher auch am 17. Juli im Auftrag des Präsidenten, die Sache habe zu keiner Verstimmung im Verhältnis beider Länder geführt.

Das war zunächst das letzte Gefecht zwischen den beiden christdemokratischen Rivalen in der Großen Koalition. Wenig später erkrankte Schröder schwer. Die Amtsgeschäfte übernahm Staatssekretär Carstens. Bundeskanzler Kiesinger zeigte sich besorgt, sandte Schröder sofort ein Telegramm und ließ außerdem in einem Eilbrief aus seinem Urlaubsort Kreßbronn anfragen, wann er zu einem Besuch in die Universitätsklinik nach Hamburg kommen könne[61].

Das verwirrende Bild der Koalition im Juli 1967, das durch die Querelen um die mittelfristige Finanzplanung und den damit einhergehenden Sparmaßnahmen des Militäretats entstanden war, bestärkte Kiesinger in seiner Absicht, sich mit dem Koalitionspartner über die Grenzen der Ostpolitik neu abzustimmen. Dem Kanzler ging es darum, wieder jene Einheitlichkeit der Koalition zurückzugewinnen, die zu Beginn geherrscht hatte. Vor diesem Hintergrund trafen sich die Führer beider Regierungsparteien Ende August 1967 in Kreßbronn.

Schritte aus der Krise: Der Kreßbronner Kreis

Für den 29. August lud Kiesinger die Spitzenpolitiker beider Koalitionsparteien in sein Feriendomizil am Bodensee ein, das ihm vom Oberbürgermeister Friedrichshafens überlassen worden war. Die Einladung galt wesentlich dem Versuch des Bundeskanzlers, die sozialdemokratischen Minister auf eine gemeinsame Außenpolitik zu verpflichten. Er verfolgte zwei Ziele: Es kam ihm erstens darauf an, den Eindruck der Unentschlossenheit zu entkräften, der durch die Finanzdebatte entstanden war, und ein neues Bild der Entschiedenheit zu vermitteln. Zweitens wollte der Kanzler das bisher Erreichte in der Ostpolitik als Erfolg einer gemeinsam konzipierten und umsichtig durchgeführten Außenpolitik der Großen Koalition darstellen[62]. Dazu zählte für Kiesinger auch der Prager Vertragsabschluß über die Einrichtung einer Handelsmission vom 3. August 1967. Obwohl der erhoffte Austausch von Botschaftern nicht vereinbart worden war, wurde er als wichtiger Erfolg angesehen. Gegenüber der *Bild-Zeitung* erläuterte Kiesinger, in Prag sei es „ganz schön hart und schwierig" gewesen. Die tschechoslowakischen Partner hätten ihre Möglichkeiten voll ausgeschöpft. Man müsse Verständnis für die tschechoslowakischen Politiker haben. Sie hätten das Gesicht wahren und bis zu einem gewissen Grad „linientreu" bleiben müssen[63].

In Kreßbronn wuchs der Kanzler langsam in eine Position hinein, die mit dem von Ahlers geprägten Begriff eines „wandelnden Vermittlungsausschusses" treffend bezeichnet

---

[60] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 6; Hildebrand, Erhard, S. 293.

[61] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, Kiesinger an Schroeder vom 2.9.1967, sowie Carstens, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989.

[62] Hildebrand (Erhard, S. 272) sieht zwei Gründe für die Einberufung: Erstens sollte das Treffen als Vorbereitung der Bundestagsdebatte zur Finanzplanung und Konjunkturpolitik dienen. Zweitens sollte das AA auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik verpflichtet werden.

[63] Bild-Zeitung, 6.8.1967.

worden ist. Kiesinger selbst hat das positiv gesehen: „Ich versuche zu vermitteln, durch Vermittlung zu führen, das heißt, bei einer großen Koalition, in der sich zwei nahezu gleichstarke Partner zusammengefunden haben und auch gleich selbstbewußte Partner zusammengefunden haben, liegt nach meiner Meinung die Führungskunst des Regierungschefs darin, daß er durch Überzeugung vermittelt, daß er, wenn Reibungen entstehen, dafür sorgt, daß diese Reibungen bald beseitigt werden."[64]

Diese Erklärung überzeugt allerdings nur zum Teil. Daß Strauß während der Debatte über die mittelfristige Finanzplanung schwieg und sich nicht energisch für Einsparungen am Sozialetat aussprach, lag auch an Kiesinger selbst, der seinen Minister dazu hätte anhalten sollen. Kiesinger hatte sich einfach zu sehr auf Strauß verlassen und versäumt, sich rechtzeitig mit ihm zu verständigen. Auf der anderen Seite gelang es dem Kanzler nicht, seinen Ministern ihre Grenzen zu zeigen. Das galt auch für Strauß, insbesondere aber für Wehner. In den ersten Monaten der Regierungszeit war der Minister für gesamtdeutsche Fragen zumeist ohne vorherige Absprache mit Verhandlungsvorschlägen oder anderen politischen Initiativen an die Öffentlichkeit gegangen. Strauß und Wehner schienen unberechenbar zu sein und schwer zu kontrollieren. Vermitteln bedeutete also vor allem: rechtzeitig kanalisieren. Wenigstens in der Ost- und Deutschlandpolitik gelang dies Kiesinger mit zunehmender Dauer der Amtsperiode.

Kiesinger zeigte sich an diesem 29. August in Kreßbronn wie auch an den anderen Tagen in bester Verfassung und glänzender Laune. Fernab von Bonn, besonders in der schwäbischen Umgebung, erholte sich der Kanzler schnell von den strapaziösen Verpflichtungen. Nur wenige Tage zuvor hatte ihn der Bonner „Hofportraitist" Walter Henkels besucht und über eine gemeinsam unternommene Kahnfahrt festgestellt: „Ein Bundeskanzler, der mitten auf dem See, gleichmäßigen Ruderschlag nicht vergessend, mit Emphase zitiert: ‚Wie herrlich leuchtet mir die Natur [...]' und ‚Geh aus mein Herz und suche Freud' in dieser lieben Sommerzeit an deines Gottes Gaben [...]' – wenn das kein schwäbischer Schöngeist ist."[65] Die Feststellung traf Henkels nicht ohne Bosheit, denn – das mußte sich der Leser fragen – befand sich nicht der schwäbische Schöngeist in der bürokratisch nüchternen Atmosphäre des dauernd im politischen Machtkampf stehenden Kanzleramtes am falschen Platz?

Aber Zweifel an der Führungsfähigkeit Kiesingers kamen in Kreßbronn gar nicht auf. In graublauem Hemd, beiger Hose und Sandalen plauderte er mit Brandt, Wehner und Heck gelassen und souverän über die Absichten seiner Regierungspolitik. Er sprach über die Finanzverfassungsreform, die künftige Entwicklung in der Deutschlandpolitik, das nach wie vor gute Verhältnis zu de Gaulle, der ihn nicht enttäuscht habe, den langsamen Prozeß der Annäherung an Moskau und die Notwendigkeit, daß der Koalitionspartner in der Ostpolitik künftig klarer sagen müsse, die SPD sei nicht dafür, einseitig Konzessionen zu machen. In dem kleinen Ort am Bodensee erzielte man in den strittigen Punkten der Deutschland- und Ostpolitik schnell Einvernehmen. In der Sache sei man sich einig. Was die Terminologie betreffe, so bat der Kanzler seine Minister Brandt und Wehner, sich Zurückhaltung aufzuerlegen, „um die Kritiker in der Union nicht zu provozieren"[66]. Man stimme darin überein, erklärte er später, unter den „Realitäten" nicht das Bestehen eines zweiten deutschen Staates zu verstehen. Auf der anderen Seite sei es eine Realität, daß ohne Moskau die Wiedervereinigung unmöglich sei. Auf diesen Punkt legte er besonderen Wert. Dann verpflichtete er Brandt und Wehner, indem er behauptete,

[64] BPA, Kiesinger im DFS, 11.8.1967, Anhang II, S. 4 f.
[65] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.8.1967.
[66] Der Spiegel, 4.9.1967, S. 23.

auch die SPD lehne ja in der Ostpolitik die bequeme Alternative des „Ballastabwerfens" – also der Aufgabe des Rechtsanspruches – ab. Aber die SPD müsse das klarer machen als bisher, unterstrich Kiesinger. „Ich kann es einigen unserer Parteifreunde nicht übelnehmen, wenn sie darauf bestehen."[67]

Die Aussprache wurde unterbrochen, um in einem Moränensee zu schwimmen. Kriminalbeamte, die zum Schutz der Minister abgestellt worden waren, folgten den Politikern ebenso wie zahlreiche Journalisten, die die Schwimmleistungen beobachteten und beurteilten. Es wurde beispielsweise mit Bewunderung festgestellt, daß Wehner bis zur Mitte des Sees schwamm und von dort aus zurückkehrte, ohne auf eines der Begleitboote zurückgreifen zu müssen. Ganz anders als Brandt. Der Außenminister habe zwar den sportlicheren Stil bevorzugt, aber habe sich vorzeitig verausgabt und sei gezwungen gewesen, die Hilfe der begleitenden Beamten in Anspruch zu nehmen, hieß es später. Man habe ihn in ein Boot ziehen müssen. Darin wollten Journalisten eine Parallele zum Leben beider Politiker sehen: Während Wehner seine Kräfte einzuschätzen wußte und gleichmäßig auf ein Ziel zusteuerte, suchte Brandt in einer Kraftanstrengung sein Ziel zu erreichen, verlor aber dabei zuviel Energie und mußte sein Vorhaben aufgeben[68]. Man erinnerte sich an Brandts Reaktion auf die Bundestagswahl 1965, als er nach dem relativ enttäuschenden Abschneiden seiner Partei (sie hatte sich entgegen der Prognosen „nur" um 3,1 Prozent auf 39,3 Prozent verbessert) das Handtuch geworfen, auf die Rolle des Spitzenkandidaten verzichtet und sich nach Berlin zurückgezogen hatte.

Von Kiesingers Leistungen wurde nichts Ungewöhnliches berichtet. Der Gastgeber hatte offensichtlich nichts zu beweisen, mußte weder den See durchschwimmen noch besondere sportliche Fähigkeiten zur Schau stellen. Dafür beherrschte er die Szene am Ende des Tages auf seine Weise: Auf dem Weg zum wartenden Auto fand Kiesinger ein vierblättriges Kleeblatt. Für Wehner, der die Selbstsicherheit des Kanzlers bewunderte, war das ein Beweis, daß dem Schwaben im Leben alles wie von selbst zufiel. Als er von dem Vorfall Ahlers erzählte, kommentierte er knapp und neiderfüllt: „Dem glückt auch alles."[69]

Das Kreßbronner Treffen wurde zum großen Erfolg Kiesingers und der Großen Koalition. Der Kreßbronner Kreis, wie man ihn nach der einmaligen Zusammenkunft am Bodensee nannte, setzte sich auch in Bonn bis Ende 1968 fort und bekam eine symbolische Bedeutung für den Zusammenhalt der Koalition. In dieser Runde wurde zumindest für die kommenden eineinhalb Jahre der Kompromiß gesucht – und gefunden[70].

Kiesinger in der Defensive: Klage über die Anerkennungspartei

Für wenige Tage war der Koalitionsfriede wiederhergestellt. Doch schon Anfang September verdüsterte sich erneut der politische Himmel über Bonn. Am Abend des 4. September erklärte Bahr im Fernsehen, daß mit dem Angebot des Gewaltverzichts der Status quo in Europa bereits anerkannt worden sei: „Wir haben ihn doch akzeptiert", sagte er. „Wenn die Bundesregierung sagt Gewaltverzicht, na, was ist denn das anderes?"[71] In

---

[67] Schwäbische Zeitung, 4.9.1967.
[68] Vgl. Der Spiegel, 4.9.1967, S. 21.
[69] Schwäbische Zeitung, 4.9.1967.
[70] Vgl. Hildebrand (Erhard, S. 373), der den günstigen Einfluß auf die Atmosphäre in der Koalition betont.
[71] DzD, 1966-1967, S. 1579. Daß es sich hierbei tatsächlich um ein wesentliches Instrument der Bahrschen Konzeption handelte, hat Hahn (West Germany's Ostpolitik) festgestellt; Bahr (Gespräch mit dem Verfasser, 4.7.1988) nannte später die Veröffentlichung des im Gespräch mit Hahn dargelegten Planes eine „kleine Unanständigkeit". Er sei damals davon ausgegangen, daß Hahn ein

der Unionsfraktion wurde dieser Behauptung entschieden widersprochen. Auch Kiesinger distanzierte sich von Bahrs Feststellung. Er kündigte an, er werde sich schriftlich bei Brandt beschweren[72]. Aber zu einem Schreiben kam es nicht. Man hatte sich ja gerade über das Thema verständigt. Kiesingers Mißtrauen gegen das Auswärtige Amt wurde durch diese Bemerkung jedoch noch verstärkt. Fünf Tage später soll er bei einem gemeinsamen Frühstück dem Außenminister ein Geheimdienstdossier vorgelegt haben, das eine weitere Entgleisung Bahrs während dessen Aufenthaltes in den USA aufdeckte. Bei einem Mittagessen in Washington habe Bahr als Sonderbotschafter des Auswärtigen Amtes den Amerikanern angeblich erklärt, zwar werde es kein deutscher Politiker eingestehen, aber man solle sich nicht täuschen lassen: „Wir sind bereits dabei, die DDR anzuerkennen." So berichtete es zumindest *Der Spiegel*[73].

Aber diesmal war das Nachrichtenmagazin falsch unterrichtet. Am 17. Oktober, einen Tag nachdem der Artikel erschienen war, schrieb der deutsche Botschafter in Washington, Knappstein, an Kiesinger, er sei von dem Bericht über ein angebliches „Geheimdienst-Dossier" mit Äußerungen, die Bahr bei seinem Aufenthalt in Washington getan haben solle, sehr unangenehm berührt. Da Bahr nur einen Tag in Washington gewesen sei, habe es sich bei dem vom *Spiegel* erwähnten „Luncheon mit amerikanischen Regierungsbeamten" nur um ein Mittagessen handeln können, das die Botschaft am 15. September für Bahr im „International Club" mit deutschen und amerikanischen Gästen gegeben habe. „Die Angehörigen der Botschaft, die an dem Lunch teilgenommen haben, von Lilienfeld, von Staden, Schulze-Boysen, Thomas und ich, können sich alle nicht daran erinnern, daß Herr Bahr vor diesem Kreis die im *Spiegel* zitierten Äußerungen getan oder eine inhaltlich ähnliche Bemerkung gemacht hätte", versicherte Knappstein[74].

Trotz dieser klärenden Worte waren die Zweifel über die wirklichen Absichten Bahrs damit nicht ausgeräumt. Kiesinger schienen Hinweise auf eine mögliche Akzeptierung des Status quo durch die Bundesrepublik um so gefährlicher zu sein, als er sich selbst seit Monaten einem öffentlichen Druck zur Anerkennung der DDR ausgesetzt sah. Das hatte nicht unbedingt nur mit dem Koalitionspartner oder der Opposition im Bundestag zu tun. Kiesinger war bei der täglichen Zeitungslektüre dieser öffentliche, seine Absichten untergrabende Trend immer stärker aufgefallen. Er suchte daher eine Gelegenheit, um auf die Gefahr hinzuweisen, die er durch dieses Drängen für die Bundesregierung gegeben sah. Anfang Oktober prägte der Bundeskanzler das Wort von der „Anerkennungspartei", und am 9. Oktober sprach er sogar von der sogenannten „Vierten Partei"[75]. Das „Anerkennungsgerede", gemeint war die immer häufiger erhobene Forderung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, vermittle im Ausland ein falsches Bild über die Meinung der Mehrheit des deutschen Volkes, behauptete er.

Das kolportierte Zitat stieß auf Kritik, nicht so sehr in der Presse als bei den Parteien[76]. Vor allem die FDP entrüstete sich. Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Genscher

---

wissenschaftliches Interesse geleitet habe. Er habe daher versucht, ihm die Lage „unseres Nachdenkens im Planungsstab" darzustellen. Aber Hahn habe nur „das Negative herausgepickt, also die Anerkennung der DDR", und habe dabei unterschlagen, daß „es mehrere Möglichkeiten des Denkens" gegeben habe. „Wobei sich dann die negativste Möglichkeit auch durchgesetzt hat. Letztlich hat er nur Sachen herausgepickt, das war unanständig."

[72] Vgl. Stuttgarter Zeitung, 7.9.1967.

[73] Der Spiegel, 16.10.1967.

[74] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 005, Knappstein an Kiesinger vom 17.10.1967.

[75] Hildebrand, Erhard, S. 339, und Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 188 f.

[76] Bender (Neue Ostpolitik, S. 150) meint, mit dem Wort habe er erst richtig den Widerspruch angefacht.

meinte, nach den Erfahrungen der Weimarer Zeit – also im Blick auf die nationalkonservative Polemik gegen die Parteien und republiktreuen Gruppierungen, die die Niederlage des Ersten Weltkrieges hingenommen hatten – halte er von der Verwendung eines Begriffes wie „Anerkennungspartei" nichts. Die Probleme der Deutschlandpolitik seien zu diffizil, um sie mit solchen Vokabeln zu treffen[77]. Die Liberalen rätselten, wen denn der Kanzler eigentlich mit dieser Bezeichnung gemeint haben könnte. Sie kündigten an, im Bundestag vom Regierungschef Auskunft zu verlangen. Auch die Medien spekulierten. Nur der Herausgeber *Des Spiegel*, Rudolf Augstein, glaubte, es schon zu wissen. Zur Anerkennungspartei zählte er sein Magazin[78].

Aber Kiesinger dachte gar nicht in erster Linie an Augstein, dessen Magazin er offenbar nicht einmal las. Den Begriff „Anerkennungspartei" gebrauchte er zum ersten Mal in einem Journalistengespräch am 5. Oktober 1967. Und bei dieser Gelegenheit definierte er auch, wer oder was darunter zu zählen sei: „Dazu rechnet ein großer Teil der Gewerkschaften ebenso wie etwa der *Kölner Stadtanzeiger* oder auch Henri Nannen, der kürzlich bei mir war und mir sagte, wir müssen doch die DDR anerkennen. Ich glaube allerdings, er ging kleinlaut mit entkräfteten Argumenten fort, was ihn nicht hindern wird, seine Meinung weiter zu vertreten."[79] Kiesinger hatte recht. Der Chefredakteur der linksliberalen Wochenzeitschrift *Stern* brachte das Interview wenige Tage später. Darin fand sich die aufsehenerregende Feststellung Kiesingers, eine Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze werde die deutsche Politik erleichtern. Der Kanzler ließ sofort dementieren. Er habe in dem Gespräch lediglich erklärt, es gäbe ausländische Stimmen, die eine solche Meinung verträten, versicherte sein Sprecher Ahlers[80].

Auch die SPD war von dem Begriff „Anerkennungspartei" nicht begeistert. Wehner erklärte, es gebe keine Partei, die als Anerkennungspartei zu bezeichnen wäre. Andererseits versuchte er, Verständnis für die Äußerung des Kanzlers zu wecken. Die Bundesregierung, erklärte der Minister, werde von rechts und links kritisiert, weil sie in der deutschen Frage nicht resigniere und beharrlich an der Verminderung der Spannungen im gespaltenen Deutschland arbeite[81]. Brandt blieb stumm. Im Oktober 1967 ließ sich allerdings nicht mehr übersehen, daß sich das Verhältnis zwischen Kanzler und Minister immer stärker veränderte. Erste Anzeichen hatte es schon im Juli 1967 gegeben, als eine gemeinsame Fernsehsendung abgesagt worden war. Agenturmeldungen sprachen damals von „Unstimmigkeiten" zwischen den beiden[82]. Brandt trat jetzt entschlossener auf. Im November 1967 eröffnete er dem Bundeskanzler: „Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir nicht nur als Kanzler und Außenminister, sondern auch als Vorsitzende zweier gleich starker Parteien zusammenarbeiten müssen."[83]

Dieses neue Selbstbewußtsein – seit Rumänien entwickelt – erstreckte sich nun auch auf die alltäglichen Kontakte und Kompetenzabgrenzungen zwischen den beiden Ämtern. So wies Brandt Kiesinger Ende November 1967 zurecht, er habe erst jetzt durch

---

[77] Stuttgarter Zeitung, 11.10.1967.

[78] Vgl. Der Spiegel, 16.10.1967, S. 30: „Wir sind die ‚Anerkennungspartei'. Und wir wollen uns diese Auszeichnung reichlich verdienen, wollen die Plakette mit Stolz tragen."

[79] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 1.

[80] Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 18.10.1967. Kiesinger gab drei Begründungen für seine Haltung der Nichtanerkennung an: Erstens sei die Bundesregierung nicht legitimiert; zweitens sei es falsch, die Geschichte vorwegzunehmen, eine Zweiteilung vor den Friedensvertragsverhandlungen zu akzeptieren; drittens nannte er die Furcht vor Unruhen der westdeutschen Bevölkerung.

[81] Vgl. Stuttgarter Zeitung, 11.10.1967.

[82] Vgl. Schmoeckel, Zeittafel.

[83] Der Spiegel, 13.11.1967, S. 29.

Fernschreiben von einer mündlichen Weisung Kiesingers an Botschafter Manfred Klaiber in Paris erfahren. Der Botschafter solle eine Analyse übermitteln, wie General de Gaulle zum Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft stehe. „Ich möchte den eingangs erwähnten Vorgang benutzen, erneut um Unterrichtung in solchen Fällen zu bitten. Für den besten Weg würde ich halten, daß Sie Wünsche an die Missionschefs um spezielle Unterrichtung über mich leiten."[84]

Aber Brandt wollte sich jetzt nicht nur in den Kompetenzfragen Respekt verschaffen. Er suchte auch eine größere Eigenständigkeit und mehr Handlungsspielraum, um sein vordringlichstes außenpolitisches Ziel ansteuern zu können: die Verbesserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses.

Der Gewaltverzicht – rivalisierende Bemühungen Kiesingers und Brandts um die Sowjetunion

Die Sowjets hatten kurz vor und nach der Regierungsbildung Interesse an Gesprächen über einen Gewaltverzicht gezeigt. Das Gesprächsangebot ging zurück auf den Moskauer Besuch des damaligen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Carstens, vom September 1965. Damals regte Carstens in Gesprächen mit dem Deutschlandexperten Semjonow und dem stellvertretenden Außenminister Wassilij W. Kusnezow Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt an, wie das geplante Abkommen genannt wurde[85].

Das Angebot des Gewaltverzichts stand dann im Mittelpunkt der Friedensnote der Bundesregierung vom März 1966 – einem ersten ernsthaften Schritt, Bewegung in die deutsche Politik nach Osten zu bringen. Mit der Friedensnote wurde der Gewaltverzicht zu einem anerkannten Instrument der Ostpolitik[86]. Ein Jahr später, im Februar 1967, überreichte Staatssekretär Schütz dem sowjetischen Botschafter, Zarapkin, einen ersten deutschen Entwurf, der sich auf drei kleinere Absätze beschränkte. Der Kern des Vorschlags lautete: „Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich insbesondere, bei der Verfolgung ihrer Ziele in der Deutschlandfrage auf Anwendung von Gewalt und Drohung mit Gewalt zu verzichten."[87]

Das Thema spielte bei der Regierungserklärung Kiesingers eine bedeutende Rolle. Hier offenbarte sich bereits, was der Kanzler mit seiner Ostpolitik anstrebte: direkte Verhandlungen mit dem Kreml. So schickte Kiesinger auch ohne Absprache mit dem Koalitionspartner einen hohen Beamten des Bundespresseamtes im März 1967 nach Moskau, um zu sondieren und den Willen der Bundesregierung zu unterstreichen. Kiesingers früherer Vorgesetzter im Auswärtigen Amt und Leiter der Auslandsabteilung im Bundespresseamt, Hans Schirmer, kam auf abenteuerliche Weise nach Moskau. Er brach am 15. März 1967 im Troß des Bundespräsidenten auf, der sich auf einem Flug nach Afghanistan befand, und stieg in Teheran aus. Ein weiteres Flugzeug Richtung Stockholm

---

[84] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 28.11.1967. Die Schlußformel „mit verbindlichen Grüßen" ist die einzige Ausnahme im Briefwechsel zwischen Minister und Kanzler. Sie unterstreicht den Willen Brandts, sich in diesem Fall Respekt zu verschaffen.

[85] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 225 f., und Carstens, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989. Semjonow sprach im November 1989 Carstens auf diese Initiative an und bestätigte, damals habe die sowjetische Seite begonnen, sich für ein solches Abkommen zu interessieren. Man habe das angefertigte Wortprotokoll an die „oberste Spitze" gegeben und den Auftrag erhalten, darüber Verhandlungen zu führen.

[86] Vgl. Bender, Ostpolitik, S. 113.

[87] DzD, 1966-1967, S. 482.

nahm einen Zwischenaufenthalt in Moskau, wo Schirmer von einem sowjetischen Botschaftsrat in Empfang genommen wurde[88].

Die Gespräche fanden am 1. und 2. April im Hotel Prag statt, zunächst in frostiger, später in offenerer und etwas freundlicherer Atmosphäre. Sie wurden mit Billigung der sowjetischen Führungsspitze geführt. Gesprächspartner war der Leiter der Deutschlandabteilung im Außenministerium, Anatolij Blatov. Man besprach Grundsätzliches. Schirmer machte deutlich, daß man an der Wiedervereinigung festhalte und eine Anerkennung der DDR nicht in Betracht käme. Er bot an, gemeinsame Termine für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts festzulegen. Zum Thema Nichtverbreitungsvertrag regte Schirmer einen Austausch von Wissenschaftlern und Technikern auf dem Sektor der friedlichen Nutzung der Kernenergie an, um die gegenseitigen Verdächtigungen und Befürchtungen zu mindern. Als Ergebnis wurde schließlich festgehalten, daß unterhalb einiger strittiger Grundsatzfragen einige Themen pragmatisch behandelt werden könnten. Einvernehmen bestünde beim Nichtverbreitungsvertrag, dem Austausch von Atomwissenschaftlern sowie bei Sicherheitsfragen. Auch direkte vertrauliche Kontakte zur Vorbereitung erachte man für nützlich.

Kiesinger wurde am 5. und 6. April von Schirmer unterrichtet, aber die Initiative erstarb jäh durch die Karlsbader Konferenz der Warschauer Paktstaaten, auf der sich die harte Haltung der DDR durchsetzte. Nur noch einmal, im Dezember 1967, fand ein inoffizielles Gespräch Schirmers mit den sowjetischen Partnern statt, mit deutlich gedämpfter Beurteilung der Lage. Die sowjetische Seite forderte konkrete einseitige Handlungen, die die Bundesregierung allerdings nicht durchzuführen bereit war. Die Sowjets sahen zunächst keinen Anlaß, sich auf die Bundesregierung zuzubewegen. Sie beobachteten natürlich auch die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik über die Anerkennung der Grenzen und der DDR. So rechnete man sich aus, daß es genüge, abzuwarten, bis die Bundesregierung unter dem Druck von selbst weitgehende Konzessionen anbot[89].

Das Verhältnis zur Sowjetunion zog sich daher gerade auch auf der offiziellen Ebene nur träge dahin. Moskau weigerte sich, Verhandlungen zu führen. In Ost-Berlin erklärte der Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, während des Parteitags der SED am 18. April 1967, Bonn habe zwar den sozialistischen Ländern Europas die Hand entgegengestreckt. Diese Hand halte aber einen Stein, und man müsse die Kommunisten schon für sehr naiv halten, um zu hoffen, daß sie diesen Stein nicht sehen würden[90]. Mit diesem Bild wollte Breschnew vor der „Hinterlist der neuen Ostpolitik und ihrer aggressiven Ausrichtung" warnen. Die Sowjets sandten also kein ermutigendes Zeichen. Auch als das Auswärtige Amt Zarapkin im Sommer 1967 ein vierzehn Punkte umfassendes Memorandum übermittelte, fiel die Antwort wiederum enttäuschend aus. Moskau verlangte in seinem Aide-mémoire vom 12. Oktober die Anerkennung der Realitäten, also der DDR, der bestehenden Grenzen überhaupt, noch vor Verhandlungen. Der Kreml bekundete lediglich sein Interesse, zu erfahren, wie sich Bonn die Einbeziehung der DDR in den Gewaltverzicht vorstelle. Das Auswärtige Amt wollte im Moskauer Memorandum hingegen einen „kleinen Ansatzpunkt" für Verhandlungen ausgemacht haben. Man setzte dort Hoffnungen auf den Begriff „Vereinbarungen", den die Sowjets an Stelle von „Verträgen" gebraucht hatten. Die Experten im Auswärtigen Amt glaubten, daß auf diese

---

[88] Vgl. Buchstab, Geheimdiplomatie, S. 894. Siehe zur Reise Schirmers auch Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 173 f.

[89] Vgl. Buchstab, Geheimdiplomatie, S. 598.

[90] Vgl. DzD, 1966-1967, S. 975.

Weise das Problem umgangen werden könne, die DDR in ein Gewaltverzichtsabkommen einzubeziehen, ohne sie völkerrechtlich anzuerkennen[91].

Der Bundeskanzler sah die Lage deutlich skeptischer. Auf die Frage, ob er in der nächsten Zeit Chancen für ein erfolgreiches Gespräch mit Moskau erkennen könne, antwortete er am 3. November vor Journalisten in Bonn: „Möglichkeiten sind immer gegeben. Die Frage ist, ob ich Chancen für den Erfolg eines solchen Gesprächs sehe. Im Augenblick sehe ich solche Chancen nicht."[92] Es handelte sich also um eine deutliche Relativierung der Politik des Auswärtigen Amtes, das auch auf der Basis des enttäuschenden sowjetischen Memorandums den Dialog weiter vorantreiben wollte. Aber wäre wenige Monate zuvor dieser Satz des Bundeskanzlers als Verdikt aufgefaßt worden, so hatte sich die Lage im November 1967 gewandelt. Der Außenminister ließ sich nicht mehr so einfach in die Schranken weisen. Brandt war jetzt entschlossen, seine Politik zu verfolgen, mochte Kiesinger auch denken und tun, was er wollte. Er schrieb drei Tage später an den Kanzler: Einige Zeitungen hätten es so dargestellt, als habe der Kanzler auf seiner Pressekonferenz am 3. November ein auf das Thema des Gewaltverzichts beschränktes Gespräch mit der Sowjetunion für nicht sinnvoll erklärt[93]. Die Überlegungen, die nach einer sorgfältigen Prüfung des sowjetischen Aide-mémoires in seinem Haus angestellt worden seien, hätten allerdings ergeben, daß ein solches Gespräch geführt werden sollte – „selbstverständlich nicht, indem wir uns auf diesem Umweg eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR aufnötigen lassen". Er teile die Auffassung seines Hauses und werde dem Kanzler bald über die Vorstellungen für eine Rückäußerung an die Adresse der Sowjetunion berichten. Versöhnlich schloß Brandt, er wolle über die erwähnte Einzelfrage hinaus betonen, daß ihm sehr daran liege, das Klima der Zusammenarbeit zu verbessern. Dies sei im Interesse der Bundesrepublik erforderlich. „Nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit werden wir die Aufgaben meistern, die sich die Regierung im Innern und nach außen gestellt hat."[94]

Während Brandt und das Auswärtige Amt sich also darauf konzentrierten, jeden Hinweis auf einen möglichen Verhandlungsansatz mit der Sowjetunion aufzuspüren, suchte Kiesinger nach anderen Wegen, die Ostpolitik trotz der Verweigerung Moskaus voranzubringen. Da die osteuropäischen Satellitenstaaten für eine Annäherung an Bonn Vorbedingungen gestellt hatten, richtete sich die Aufmerksamkeit Bonns auf das blockfreie, gleichwohl sozialistische Jugoslawien. Gegenüber Belgrad war 1957 zum ersten Mal die Hallstein-Doktrin in der strengsten Form angewandt worden: Als Marschall Josip Broz (Tito) Ost-Berlin anerkannte, brach Bonn die diplomatischen Beziehungen ab. Die Jugoslawen hatten seither wiederholt ihr Interesse an der Wiederherstellung der Kontakte bekundet, aber bisher immer ohne Erfolg. Das änderte sich im Herbst 1967.

Aufnahme der Beziehungen zu Jugoslawien – des Kanzlers Außenpolitik

Kiesinger hatte versucht, den Koalitionspartner auf seine Ostpolitik festzulegen. Das war der Sinn des Treffens in Kreßbronn gewesen. Zu diesem Zeitpunkt hoffte der Kanzler, daß sich die SPD nicht ständig zu weit von den in der Regierungserklärung festgelegten Grundsätzen entfernen würde. Kiesinger hatte Brandt nach dessen Äußerungen in Rumänien vor den eigenen Parteileuten in Schutz genommen. Er erwartete, daß sich der Außen-

---

[91] Der Spiegel, 13.11.1967, S. 29.
[92] Bulletin, 7.11.1967.
[93] Vgl. etwa die Stuttgarter Zeitung, 4.11.1967.
[94] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 6.11.1967, S. 1 f.

minister dafür revanchieren und künftig die gemeinsam gesteckten Grenzen in der Ostpolitik stärker beachten würde. Aber es sah jetzt nicht danach aus. Die Behauptung Bahrs, daß der Gewaltverzicht nichts anderes sei als die Anerkennung des Status quo in Europa, erschreckte den Kanzler. Fortan interpretierte er die Bemühungen des Auswärtigen Amtes um die Fortsetzung des begonnenen Gewaltverzichtsdialogs als den Versuch des Außenministers, vor seinen Augen eine Politik durchzuführen, die weit über das gemeinsam Vereinbarte hinausging. Das neue Selbstbewußtsein, mit dem Brandt nach seiner Rumänienreise auftrat, verstärkte den Eindruck und führte Kiesinger zu der Einsicht, daß er selbst in der Ostpolitik wieder die Initiative an sich reißen müsse. Das schien ihm der einzige gangbare Weg zu sein. Denn einerseits wollte er der SPD gegenüber nicht dauernd als Bremser auftreten[95]. Andererseits hielt er nach wie vor die Ostpolitik für notwendig, nur eben nicht auf Kosten der gemeinsam beschlossenen Grundsätze. Da die Ostblockstaaten sich weigerten, Beziehungen zur Bundesrepublik ohne die bekannten Bedingungen aufzunehmen, blieb dem Kanzler nichts anderes übrig, als sich um Jugoslawien zu bemühen, das außerhalb des Blockes lag.

Die Deutschlandpolitik Jugoslawiens war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vom Verhältnis Belgrads zu Moskau bestimmt worden. Mit dem offenen Bruch zwischen Tito und Stalin im Jahre 1948, dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Ostblock, wandte sich die jugoslawische Regierung von der sowjetischen Deutschlandpolitik ab, die sie bis dahin kritiklos übernommen hatte[96]. Im Dezember 1951 wurden diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien aufgenommen. Ein Jahr später forderte Tito eine baldige Lösung und sogar „eine Revision der imperialistischen Teilung des polnischen und deutschen Territoriums zugunsten der Sowjetunion"[97]. Ministerpräsident Edvard Kardelj sprach sich gegen die Parole vom „neutralen unbewaffneten Deutschland" aus, wie sie in den Noten Stalins an die Westmächte propagiert worden war. Moskau wisse sehr gut, daß Deutschland mit seinem Wirtschaftspotential ein Hindernis für seine hegemonistischen Bestrebungen darstellen könne. Stalin denke daher in Wahrheit gar nicht daran, kritisierte er, irgendein demokratisches neutrales Deutschland zu schaffen, und eine wirklich demokratische Einigung wolle er auch nicht.

In den folgenden Jahren trat die jugoslawische Regierung mehrfach für die staatliche Einheit Deutschlands ein. Doch alles änderte sich mit der Aussöhnung zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion, die durch den Besuch der sowjetischen Führungsspitze im Juni 1955 in Belgrad und den Gegenbesuch Titos in Moskau ein Jahr später besiegelt wurde. Zwar blieb das deutsch-jugoslawische Verhältnis zunächst von dieser Entwicklung unberührt. Die Haltung der Regierung zur Frage einer Anerkennung der „DDR" habe sich nicht geändert, versicherte Tito dem deutschen Botschafter Karl Georg Pfleiderer im Juni 1956[98]. Dafür waren in erster Linie vermutlich die guten wirtschaftlichen

---

[95] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 329, und Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 329.

[96] Man war mit Moskau in der Auffassung einig, daß sich zwei deutsche Staaten herausbilden würden. Der Parteitheoretiker Djilas (Jahre der Macht, S. 176), Mitglied des ZK und des Politbüros der KP, fand beispielsweise die Bemerkung Stalins während einer Unterhaltung im Dezember 1947 „logisch und verständlich", die „‚Westlichen' würden aus Westdeutschland ihren Staat machen, und wir aus Ostdeutschland den unseren".

[97] Forschungsdienst Osteuropa, Tito auf dem VI. Parteikongreß der KP Jugoslawiens im November 1952, S. 16; vgl. Meissner, Deutsch-jugoslawische Beziehungen, S. 69.

[98] Vgl. zur Frage der Haltung Jugoslawiens in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre Kroll, Botschafter, S. 25 ff. Pfleiderer löste Kroll als Botschafter ab, der von 1953 bis 1955 die Bundesrepublik in Belgrad vertreten hatte.

Beziehungen verantwortlich. Aber auch die Tatsache spielte eine Rolle, daß die Bundesregierung im gleichen Jahr ein Abkommen über die jugoslawischen Kriegs- und Vorkriegsforderungen unterschrieb, in dem sie Entschädigungszahlungen in Höhe von 240 Millionen DM zusicherte[99]. Doch im September 1957 kam der Umschwung, als eine polnische Partei- und Regierungsdelegation zu Besuch weilte. Zunächst erkannte die jugoslawische Regierung damals die Oder-Neiße-Grenze als polnisch-deutsche Grenze an. Während der Verhandlungen muß es dann dem Ersten Sekretär des ZK der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomulka, und dem polnischen Ministerpräsidenten, Josef Cyrankiewicz, gelungen sein, Tito von der Theorie der beiden existierenden Staaten auf deutschem Boden zu überzeugen[100]. In einer polnisch-jugoslawischen Deklaration hieß es am 16. September 1957: Jede Lösung des Problems der deutschen Vereinigung müsse von der Tatsache ausgehen, daß es zwei deutsche Staaten gebe. Die beiden Regierungen unterstrichen, daß für die Lösung der deutschen Frage vor allem Kontakte und direkte Gespräche zwischen der DDR und der BRD nötig seien[101]. Wenige Wochen später, am 15. Oktober 1957, wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Belgrad und Ost-Berlin bekanntgegeben.

Welche Gründe bewogen die jugoslawische Führung zu diesem Schritt? Vermutlich geht die Entscheidung auf ein politisches Motiv zurück: Man erhoffte sich in Belgrad zusammen mit der polnischen Führung die Einleitung einer Periode größerer Selbständigkeit der Volksdemokratien von der Sowjetunion[102]. Die Verurteilung des Stalinismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU durch Chruschtschow hatte in den osteuropäischen Staaten Erwartungen auf größere Unabhängigkeit von Moskau geweckt. Trotz der brutalen Niederschlagung des Budapester Aufstandes durch sowjetische Truppen nährte die Wahl des in der Stalin-Zeit inhaftierten Gomulka zum Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Polens im Oktober 1956 die Hoffnung, langfristig eine größere Eigenständigkeit zu erlangen. Tito unterstützte diesen Gedanken. Damit wäre der Sieg des sozialistischen Modells Jugoslawien erreicht und gleichzeitig seine Isolierung vom sozialistischen Lager aufgehoben worden. Die Anerkennung der DDR war ein Vorschuß, den Belgrad zu zahlen bereit war, damit Moskau Vertrauen zur jugoslawischen Führung gewann. Um die Sowjets von seinen konstruktiven Absichten zu überzeugen und zu zeigen, daß er nicht den sozialistischen Block zerstören wolle, lehnte sich Tito eng an die sowjetische Außenpolitik an. Offiziell erklärte die jugoslawische Regierung, durch die Entwicklung guter Beziehungen mit beiden deutschen Staaten zu einer Verminderung der zwischen Ost und West bestehenden Spannungen und zur Vereinigung Deutschlands beitragen zu wollen[103].

In der Bundesrepublik sah man das anders. Dort drohte die Anerkennung der DDR durch einen dritten Staat zum Präzedenzfall zu werden. Die Bundesregierung war gezwungen, demonstrativ zu reagieren, da sie sonst eine Anerkennungswelle befürchten

---

[99] Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1957-1963, S. 28 f.

[100] Vgl. Stehle, Nachbar Polen, S. 52.

[101] Vgl. Internationales Recht und Diplomatie 3 (1958), S. 301 f.

[102] Vgl. Meissner, Deutsch-jugoslawische Beziehungen, S. 73. Meissner betont, daß wirtschaftliche Fragen bei der Änderung der jugoslawischen Haltung keine Rolle gespielt hätten. Dem widerspricht der Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Grewe (Rückblenden, S. 258). Tito habe die DDR anerkannt, weil er auf sowjetische Wirtschaftshilfe gehofft habe.

[103] Vgl. AdG, Erklärung Belgrads vom 15.10.1957, S. 6698 f., und Stehle, Nachbar Polen, S. 52. Stehle ist der Meinung, daß Tito sich verspekulierte. Er habe auf eine Kettenreaktion gehofft, die die Polen – nach erwiesener Unwirksamkeit der Bonner Hallstein-Doktrin – vom Deutschlandproblem und damit vom Druck auf ihre Westgrenze befreien, die Ambitionen des Ostblocks befriedigen und Titos Ansehen im Block heben sollte.

mußte. Am 18. Oktober 1957 wurde beschlossen, die Beziehungen zu Belgrad abzubrechen. In einer Note hieß es dazu: Die Entscheidung erschwere die Wiedervereinigung und die von der Bundesregierung „aufrichtig gewünschte Entspannung in ihrem Verhältnis zu den Staaten Osteuropas"[104].

Tito hatte offensichtlich mit dem Abbruch der Beziehungen nicht gerechnet. Auch muß er die Begründung der Bundesregierung als unangenehm empfunden haben. Denn auf dem VII. Parteikongreß des Bundes der jugoslawischen Kommunisten suchte er zumindest den Vorwurf zu entkräften, daß durch seinen Schritt die Entspannung zwischen der Bundesrepublik und den anderen Staaten Osteuropas erschwert worden sei[105]. Von dem Abbruch blieben die wirtschaftlichen, kulturellen und konsularischen Beziehungen allerdings unberührt. Zunächst verzögerte der zeitweilige Konflikt zwischen Belgrad und Moskau über das jugoslawische Parteiprogramm vom April 1958[106] dann auch eine Übernahme der aggressiven Deutschlandpolitik, die Chruschtschow mit seiner Moskauer Sportpalast-Rede im November 1958 eingeleitet hatte. Immerhin kommentierte der Präsident des Bundesrates der Nationalversammlung Jugoslawiens, Mladen Iveković, das sowjetische Berlin-Ultimatum freundlich. Es sei ein Anlaß, über den Status Berlins zu verhandeln, sagte er, und die Westmächte seien angehalten, die Vorschläge Chruschtschows ernst zu nehmen[107].

Im August 1959 unterzeichnete Jugoslawien ein Dreijahresabkommen über einen Warenaustausch mit der DDR; es folgte ein Handelsabkommen für die Jahre 1961-1965, das beide Regierungen am 13. Dezember 1960 abschlossen. In den folgenden Jahren näherte sich der jugoslawische Standpunkt in der Deutschlandfrage immer stärker dem sowjetischen. Die Forderung der Bundesrepublik nach gesamtdeutschen Wahlen wurde abgelehnt,

---

[104] AdG, Erklärung der Bundesregierung vom 18.10.1957, S. 6699. Die Entscheidung Jugoslawiens beendete auch die Diskussion um ein Angebot Gomulkas vom Januar 1957, unter Ausklammerung des Streites um die Grenzfrage, diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen aufzunehmen. Beide Ereignisse führten zu einer internen Auseinandersetzung um die künftige Ostpolitik der Bundesregierung. Botschafter Pfleiderer verfaßte eine Denkschrift, in der er forderte, die Bundesrepublik solle nicht länger am Konzept eines völkerrechtlichen Fortbestehens Deutschlands in den Grenzen von 1937 festhalten, den Alleinvertretungsanspruch fallenlassen und diplomatische Beziehungen zu den Satellitenstaaten der Sowjetunion aufnehmen. Das Konzept ist ausführlich dargelegt in: Schwarz, Ära Adenauer, 1957-1963, S. 32-36. Die Schrift entstand in einem kontroversen Gedankenaustausch mit dem Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Grewe, und konnte wegen des plötzlichen Todes Pfleiderers, am 8.10., nicht fertiggestellt werden. Grewe (Rückblenden, S. 257 f.) selbst plädierte für die Eröffnung von Handelsmissionen in den osteuropäischen Staaten, um das Problem der möglichen „Anerkennungsflut" der DDR zu umgehen.

[105] Vgl. Meissner, Deutsch-jugoslawische Beziehungen, S. 72.

[106] Vgl. Löwenthal, Die Sowjetunion und der Weltkommunismus, S. 680 ff.; Benes, Byrnes, Spulber (Hrsg.), The Second Soviet-Yugoslav Dispute; Gasteyger (Hrsg.), Die feindlichen Brüder; Jukić, Tito between East and West; Rubinstein, Yugoslavia and the Nonaligned World; Reuter-Hendrichs, Jugoslawische Außenpolitik. Auf der Moskauer Konferenz der kommunistischen Parteien vom November 1957 wurde erneut die Stellung der KPdSU an der Spitze der Weltbewegung und der Sowjetunion als Führungsmacht des sozialistischen Lagers anerkannt. Jugoslawien kritisierte als einziger sozialistischer Staat das Recht der Sowjets, außenpolitisch im Namen des Blocks zu sprechen und gemeinsame Grundsätze zu interpretieren. Die Jugoslawen wurden daher als „Revisionisten" verdammt. In einem Entwurf des neuen Parteiprogramms begründeten sie im Februar 1957 erneut ihre Thesen. Insbesondere die Gleichsetzung der Sache des sozialistischen Fortschritts mit den außenpolitischen Interessen des Sowjetblocks oder des Warschauer Paktes sowie alle Hegemonialtendenzen unter sozialistischen Staaten wurden abgelehnt.

[107] Vgl. Iveković, Operation Berlin, und Löwenthal, Die Sowjetunion und der Weltkommunismus, S. 729.

jeder Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht – mit dem die Jugoslawen gegenüber den anderen Sozialisten sonst argumentierten – säuberlich vermieden. Tito setzte sich auf der Konferenz der blockfreien Staaten in Belgrad vom September 1961 für die Anerkennung der DDR ebenso ein wie für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten. Wenige Monate später richtete er dann scharfe Angriffe auf die Bonner Regierung und erklärte, er vertrete in der deutschen Frage denselben Standpunkt wie die Sowjetunion. Die Verhärtung der Haltung Titos hing vor allem mit dem offenen ideologischen Konflikt zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der KPdSU zusammen. Tito hoffte, daß der Riß zwischen den beiden Mächten Moskaus Beurteilung der jugoslawischen Prinzipien in einem anderen, positiveren Licht erscheinen lassen würde.

Die wirtschaftlich prekäre Lage[108] zwang die Jugoslawen 1962 allerdings zu einer vorübergehenden Korrektur: Die scharfe Beurteilung der Bundesregierung wich einer milderen, freundlicheren Kommentierung. Hinzu kam, daß die voranschreitende wirtschaftliche Integration West- und Osteuropas – die EWG auf der einen, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auf der anderen Seite – die Gefahr der wirtschaftlichen Isolation heraufbeschwor. Als zwischen Belgrad und Bonn im Sommer 1963 Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen stattfanden, verbanden die Jugoslawen dennoch den Abschluß mit der Forderung nach Zahlungen für Wiedergutmachungen. Daraufhin brachen die Deutschen die Gespräche ab. Im Juni 1964 ließen die Jugoslawen das Junktim fallen, und man einigte sich bald auf die Verlängerung des Handelsabkommens von 1952 und einige andere Vergünstigungen für die Jugoslawen[109].

Ein Zeichen der politischen Annäherung sollte auch das gemischte Regierungskomitee sein, das einen Kontakt zwischen Jugoslawen und Deutschen ermöglichte, ohne auf die diplomatische Hilfe anderer Staaten angewiesen zu sein. Doch die DDR verhinderte eine weitergehende politische Normalisierung. Die plötzliche Annäherung zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien hatte sie in Schrecken versetzt. Nun bot Ost-Berlin Belgrad Zahlungen deutscher Kriegs- und Vorkriegsschulden von 100 Mio. DM und eine Reihe wirtschaftlicher Abkommen an. Höhepunkt dieser Initiative war der Austausch von Besuchen auf höchster staatlicher Ebene: Ulbricht reiste im September 1964 nach Belgrad, Tito erwiderte den Besuch im Juni 1965.

Auch die Reaktion der jugoslawischen Regierung auf die Friedensnote der christlich-liberalen Koalition ließ kein Entgegenkommen erkennen. Sie lehnte in der Antwortnote vom 27. Juli 1966[110] die Behauptung ab, die Lösung der deutschen Frage sei Voraussetzung für Abrüstungsverhandlungen und für ein sicheres Europa überhaupt. Für eine Verbesserung der Beziehungen forderten die Jugoslawen in den Stellungnahmen ihrerseits Reparationszahlungen, eine Entschädigung der Nazi-Opfer, ein Verbot der Emigrantenorganisationen und deren Publikationsorgane sowie bedingungslose Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Erst an zweiter Stelle verlangte man die Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten, namentlich der Grenzen[111].

---

[108] Vgl. Schleicher, Wandlungen, S. 103. Die Liberalisierung des Außenhandels führte schnell zu einer Produktionseinschränkung, da sich die eigene Industrieproduktion selbst auf dem Binnenmarkt nicht mehr absetzen ließ. Die Zuwachsrate stagnierte monatelang bei 4 %, während sie in früheren Jahren bei 14 % gelegen hatte.

[109] Es war ein Abkommen zur Regelung alter finanzieller Verpflichtungen und über die Gewährung von Ausfuhrbürgschaften in einer Höhe von 250 Mio. DM. Die Bundesregierung unterstützte die vorläufige Mitgliedschaft Jugoslawiens im GATT, des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens von Genf.

[110] Vgl. AdG, S. 12629.

[111] Vgl. Meissner, Deutsch-jugoslawische Beziehungen, S. 76.

Die Wende im Verhältnis beider Länder kam mit der Großen Koalition in Bonn. Neun Tage nach der Regierungserklärung sagte Außenminister Marko Nikezic in einem Fernsehinterview, er begrüße die vom Bundeskanzler gesetzten neuen Akzente. Wenn den Erklärungen der Regierung eine echte Absicht zugrunde liege, sei eine Verbesserung des Verhältnisses möglich. Am 19. Januar 1967 meinte er, auf die Aussage Kiesingers drei Tage zuvor bezugnehmend, der Kanzler wünsche die Normalisierung, und dieser Wunsch werde von der jugoslawischen Regierung geteilt. Wiederum eine Woche später erklärte der Außenminister vor der jugoslawischen Bundesvolksversammlung: „Wir glauben, daß es an der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist, die erklärte Bereitwilligkeit durch praktische Aktionen zu bestätigen."[112] Taten blieben nicht aus. Erstmals kam zwischen dem 24. und 29. April 1967 der vier Jahre zuvor vereinbarte gemischte Regierungsausschuß zusammen. Man besprach wirtschaftliche Probleme, den Güteraustausch, Finanzfragen, die Möglichkeit eines neuen langfristigen Handelsabkommens, die Mitwirkung Jugoslawiens im GATT und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EWG. Entscheidungen wurden jedoch nicht getroffen. Lediglich das Warenprotokoll aus dem Jahre 1964 wurde bis Juni 1968 verlängert. Die Zeichen waren aber dennoch gesetzt für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Das Auswärtige Amt sandte Emissäre nach Belgrad, um zu erkunden, unter welchen Bedingungen die Wiederaufnahme zu erreichen sei[113]. Doch die Sache entwickelte sich überraschend auf ganz andere Weise: Kein Beamter des Auswärtigen Amtes, sondern der Familienminister und CDU-Generalsekretär Heck leitete die entscheidende Verhandlungsrunde ein.

Heck diente ehrenamtlich dem Präsidenten des Bundesfeuerwehrverbandes, Albert Bürger, als außenpolitischer Berater. Zur Vorbereitung internationaler Feuerwehrwettkämpfe sollte daher der Kreisbrandmeister Heck im Spätsommer 1967 nach Karlovic im Süden Jugoslawiens reisen. Ursprünglich hatten die Jugoslawen vorgeschlagen, daß Heck sogar mit Staatspräsident Tito selbst zusammenkommen solle. Aber das Außenministerium riet von der Reise ab. Gegen das Votum des Auswärtigen Amtes wollte Heck nicht fahren, und so sah es zunächst danach aus, als ob der Kontakt gar nicht zustande kommen würde. Aber dann habe Kiesinger wenig später die Sache wieder in Gang gebracht, erläuterte Heck im Rückblick. Er solle trotzdem „mal da runter fahren, um einfach einmal auszuloten, welche Vorstellungen die Jugoslawen bei einer künftigen Wiederanknüpfung der Beziehungen" hätten[114]. Der Minister, so war es geplant, sollte Anfang September 1967 inkognito nach Karlovic fahren und sich dann mit jugoslawischen Vertretern aus dem Belgrader Außenministerium treffen. Aber alles sei anders gelaufen als vorgesehen. Die Jugoslawen wahrten keineswegs das Inkognito. Heck bekam einen Wagen mit Standarte und Polizeibegleitung. Vor den vielen deutschen Urlaubern im Lande ließ sich der Besuch bei diesem Aufzug natürlich nicht geheimhalten[115]. Darüber hinaus traf sich der deutsche Minister nicht nur mit Parteiführern – offiziell bestätigt wurde später lediglich ein Treffen mit dem Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Mazedonien, Causev[116] –, sondern auch mit Regierungsmitgliedern. Mit Tito kam kein direkter Kontakt zustande. Er hielt sich aber in der Nähe auf und wurde über den Stand der Gespräche informiert.

---

[112] EA 22 (1967), Folge 5, S. D 114.
[113] Vgl. Der Spiegel, 10.4.1967, S. 32.
[114] Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.
[115] Zeitungsberichten zufolge soll Heck Jugoslawien in wenigen Wochen zweimal besucht haben, vgl. Süddeutsche Zeitung, 20.9.1967. Gegenüber dem Verfasser sprach Heck nur von einer Reise; vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.
[116] Vgl. Frankfurter Rundschau, 27.9.1967.

Die Jugoslawen seien harte Gesprächspartner gewesen, berichtete Heck nach seiner Rückkehr dem Kanzler. In erster Linie sei es um die Frage westdeutscher Reparationen gegangen. Heck habe darauf bestanden, daß die Jugoslawen „keinen Pfennig" bekämen. Irgendwelche Konditionen für die Wiederaufnahme der Beziehungen habe er abgelehnt. Das sei auch akzeptiert worden. Tito und seine Unterhändler hätten jedoch darauf beharrt, daß die jugoslawischen Beziehungen zu Ost-Berlin aufrechterhalten blieben[117]. Das war keine gute Nachricht. Kiesinger fürchtete aus diesem Grunde, von der eigenen Fraktion wenig Unterstützung für das Vorhaben zu erhalten. Denn durch die Wiederaufnahme der Beziehungen wäre die „Geburtsfehler-Theorie" nicht beachtet worden. Bei den Rumänen hatte der Fall noch anders gelegen. Rumänien gehörte – wie die Bundesregierung die Sache interpretierte – zu denjenigen sozialistischen Staaten, die von Anfang an die DDR hatten anerkennen müssen, und ihm haftete daher der sogenannte „Geburtsfehler" an[118].

Im Falle Belgrads wären jedoch mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen jene Maßnahmen zurückgenommen worden, die aufgrund der Doktrin 1957 getroffen worden waren. Dieses Vorhaben widersprach daher der Hallstein-Doktrin. Mit der Wiederaufnahme von Beziehungen zu Belgrad wurde der Grundsatz in Frage gestellt, wonach dem Staat mit Vergeltungsmaßnahmen gedroht werden mußte, der mit Ost-Berlin Beziehungen knüpfte. Die Ausnahme für Osteuropa wurde jetzt auf Südosteuropa ausgedehnt[119].

Kiesinger schuf also einen neuen geographischen Rahmen, in dem die Doktrin zukünftig angewendet werden sollte: Zwei deutsche Botschafter in Moskau, Bukarest, Belgrad seien notwendig, erklärte er seinen Mitarbeitern, aber zwei Deutsche Vertretungen in Neu Delhi, Rangun, Colombo und Rawalpindi (Islamabad) seien schädlich für die deutsche Sache. Selbst der skeptische Parlamentarische Staatssekretär im Kanzleramt, Guttenberg, bekannte, Kiesinger habe ihn davon überzeugt, daß es auf dem Wege zu einer Friedensordnung in Europa wichtig sei, den eigenen Standpunkt in den Haupt-

---

[117] Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 28.9.1967, sowie Meissner, Deutsch-jugoslawische Beziehungen, S. 77 f. Am 18.9.1967 erklärte Außenminister Nikezic in Paris, die Bereitschaft der Jugoslawen zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik sei an keine Vorbedingungen geknüpft. Vom Kurs der deutschen Ostpolitik zeigte er sich sehr befriedigt. Diese Stellungnahme wurde vor der Bundesvolksversammlung wiederholt.

[118] Vgl. zur Theorie DzD, Brentano auf einer PK vom 19.10.1957, S. 1776.

[119] Vgl. Meissner, Deutsch-jugoslawische Beziehungen, S. 79 f. Als eine Abkehr von der Doktrin hat die Historiographie die Aufnahme der Beziehungen zu Jugoslawien nicht werten wollen. Meistens wird von einer Auflockerung der Hallstein-Doktrin gesprochen. Meissner schrieb 1968, daß mit Belgrad die Ausnahmeregelungen, welche bisher nur die Satellitenstaaten betroffen hätten, auf „sämtliche sozialistische Staaten" ausgedehnt worden seien. Damit sei aber nicht der Rechtsgrundsatz aufgegeben worden, wonach die Bundesrepublik im nationalen Interesse verpflichtet sei, das Staatsganze allein zu repräsentieren. Ähnlich beurteilt Bender (Neue Ostpolitik, S. 141) den Schritt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Belgrad. Die Bundesregierung habe die Hallstein-Doktrin für Europa aufgehoben, aber weiter an der Nichtanerkennung der DDR festgehalten. Hacke (Weltmacht wider Willen, S. 145) spricht von einer „elastischen" Handhabung der Doktrin, sogar von einer „Modifizierung". Eine große, politische Wirkung für die Bundesrepublik stellt Noack (Außenpolitik, S. 70) fest: Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Belgrad habe sie sich aus einer Selbstisolierung befreit. Besson (Außenpolitik, S. 376 f.) meint dagegen, daß mit der Wiederaufnahme die Bundesregierung über ihr Ziel hinausgeschossen sei. Man habe geglaubt, endlich die „Neuinterpretation der ostpolitischen Maßstäbe der Ära Adenauer geleistet zu haben", aber die Aufnahme der Beziehungen zu Jugoslawien habe zur Verwirrung der ostpolitischen Ziele geführt, da man die Entscheidung nicht mehr mit der Geburtsfehlertheorie habe legitimieren können.

städten der sozialistischen Staaten Osteuropas – und nur dort – zu vertreten und die deutsche Sache nicht allein den Botschaftern Ost-Berlins zu überlassen[120].

Aber für diese neue Interpretation der Hallstein-Doktrin benötigte Kiesinger die Zustimmung jener Staaten, die er im November 1967 besuchte: Indien, Birma, Ceylon und Pakistan. In der Bundesregierung hatte sich zwischenzeitlich die Vermutung erhärtet, wonach im Falle der Wiederaufnahme deutsch-jugoslawischer Beziehungen „ein Damm brechen" werde und gerade diese Staaten sofort ihren Botschafter nach Ost-Berlin entsenden würden. Dafür gab es Anzeichen. Kiesinger beschwerte sich noch nachträglich über die Inder, die unmittelbar nach der Aufnahme von Beziehungen zu Bukarest die Bundesregierung über ihren Botschafter hatten wissen lassen, sie würden zunächst ihre Handelsvertretung in Ost-Berlin aufwerten und dann volle diplomatische Beziehungen mit der DDR aufzunehmen suchen. Kiesinger reagierte im Gespräch mit dem indischen Botschafter ungehalten. Vertraulich meinte er später, er habe den Botschafter „fürchterlich heruntergeputzt". Er habe ihm gesagt, das sei eine großartige Unterstützung: Kaum würde er, der Kanzler, eine Politik einleiten, „die ja natürlich dem Frieden dienen soll", schon käme [*Indien daher und nutze diese Schwäche aus*][121].

Die indische Regierung zeigte Verständnis und führte die angekündigten Maßnahmen nicht durch. Das hatte eine wichtige Signalfunktion und wirkte beruhigend auf deutsche Skeptiker, die eine Massenanerkennung der DDR nach der Wiederherstellung von diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien vorhersahen. Indien kam als einem führenden Land der blockfreien Bewegung eine entscheidende Bedeutung zu: Falls es die DDR anerkannte, würden ihm andere Staaten der Dritten Welt folgen. Als Kiesinger im November 1967 nach Indien reiste, bestärkte es den Kanzler in seinem Vorhaben, daß sich die indische Regierung bereit erklärte, Ost-Berlin auch nicht bei der Wiederaufnahme von Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad voll diplomatisch anzuerkennen[122]. Allerdings, erklärte die Ministerpräsidentin Indira Ghandi, werde Indien nicht daran vorbeigehen können, die Handelsvertretung in eine Mission umzuwandeln. Das bedeutete, die indischen Vertreter würden zukünftig diplomatischen Status erhalten und diplomatische Funktionen ausführen können. Sie respektiere allerdings den Wunsch der Bundesrepublik, diesen Schritt ein halbes Jahr hinauszuzögern[123].

Obwohl der Kanzler in dieser Region bei den unabhängigen Staaten noch einmal eine Anerkennung der DDR abzuwenden wußte, konnte er Ost-Berlins Aufwertung nicht verhindern. Eines Tages, so wurde man sich im Kanzleramt bewußt, würde es zu einer breiten Anerkennungswelle kommen. Carstens hatte sie schon Ende 1966 vorausgesagt. Als Kiesinger nach Bonn zurückkehrte, war er dennoch dazu entschlossen, seiner Partei die Zustimmung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien abzuringen. Mit seiner Fraktion besprach er sich am Dienstag, dem 12. Dezember 1967, zwei Wochen nach seiner Rückkehr[124]. Neusel berichtet über die Fraktionssitzung, in der sich Kiesinger nach harter Diskussion durchsetzen konnte, man sei in der CDU zunächst mehrheitlich der Meinung gewesen, Belgrad solle nicht dafür honoriert werden, daß es sich zehn Jahre zuvor habe hinreißen lassen, die DDR anzuerkennen. Während der Sitzung sei diese ablehnende Haltung wiederholt bekräftigt worden. Der Meinungsstreit

120 Vgl. Guttenberg, Fußnoten, S. 92.
121 AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 50 f.
122 Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 329; Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 175 f.
123 Vgl. Der Spiegel, 27.11.1967, S. 32.
124 Vgl. Schmoeckel, Zeittafel; nach dem Terminkalender hat es sich allerdings um den außenpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion gehandelt.

sei so lange geführt worden, bis Aenne Brauksiepe, Präsidiumsmitglied der CDU und einige Monate später Familienministerin in der Regierung Kiesinger, erklärt habe: „Laßt doch die Diskussion, ihr seht doch, daß der Kanzler sich längst entschieden hat." Danach sei jeder Widerstand aufgegeben worden[125]. Schon am nächsten Tag beschloß das Kabinett die Aufnahme der Beziehungen zu Jugoslawien. Am 31. Januar 1968 gab die Bundesregierung diese Entscheidung offiziell bekannt. Mit den Jugoslawen wurde eine gemeinsame Erklärung verabredet, in der die Aufnahme als „positiver Beitrag zu dem Prozeß der Entspannung in Europa" gewürdigt wurde. Kiesinger war zufrieden. Vor seiner Fraktion erklärte er stolz: Das ganze Getue im ersten halben Jahr sei tot, als viele Zeitungen behauptet hätten, die SPD habe in Wahrheit ganz andere ostpolitische Ziele und würde nur von der CDU daran gehindert, sie zu verfolgen[126].

Die deutsche Ostpolitik war aber erst einmal wieder an eine Grenze gestoßen, und selbst der Erfolg konnte nicht darüber hinwegtäuschen. Wenn sie weiter erfolgreich sein wollte, dann mußte sie den Forderungen des Ostens auf irgendeine Weise Rechnung tragen. Zumindest war Brandt von dieser Notwendigkeit überzeugt. Kiesinger glaubte dagegen, daß die Bundesregierung – wenn überhaupt – nicht sofort ihre besten Karten ausspielen dürfe. Von dieser Überzeugung rückte er nicht ab. Dieser fundamentale Meinungsstreit zwischen dem Kanzler und dem Außenminister erhielt im März und April 1968 noch zusätzlich dadurch Brisanz, daß Brandt auf dem Nürnberger SPD-Parteitag die Oder-Neiße-Linie als eine „anzuerkennende oder zu respektierende Grenze" bezeichnete und wenig später bekannt wurde, die Sozialdemokraten hätten seit einigen Monaten geheime Kontakte zu den italienischen Kommunisten. Aus der Sicht der Christdemokraten war diese Tatsache ein Beweis dafür, daß die SPD eine eigene Ostpolitik hinter dem Rücken der Union zu betreiben suchte.

Die Ergebnisse des Nürnberger SPD-Parteitages – dazu zählte nicht zuletzt die Aufschiebung des mehrheitlichen Wahlrechts auf unbestimmte Zeit –, vor allem aber die Aufdeckung der geheimen Kontakte zur KPI zwangen den Kanzler, stärker auf die Linie seiner Fraktion einzuschwenken. Bisher hatte sich Kiesinger von einer unabhängigen Warte aus bemüht, die SPD gegen Angriffe der Union in Schutz zu nehmen. Seit dem April 1968 konnte er das nicht länger tun.

---

125 Neusel, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1989. Hildebrand (Erhard, S. 329) meint: „Nicht zuletzt der dramatische Verlauf der Fraktionssitzung der CDU/CSU am 12.12.1967 [...] gab zu erkennen, daß es in erster Linie Kiesingers positive Entscheidung war, die seine teilweise widerstrebende, teilweise zögernde, teilweise unentschlossene Partei mitriß." Siehe auch Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 176.

126 Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 325; das Zitat aus der Fraktionssitzung vom 16.8.1968 ist dort zitiert; siehe auch Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 189. Kiesinger wollte ursprünglich eine Erklärung, in der das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen anerkannt werden sollte. Aber darauf konnte man sich nicht verständigen. Daher wurden zwei unterschiedliche Stellungnahmen veröffentlicht. Nur die Bundesregierung wies auf ihre Rechtsauffassung in der Deutschlandfrage hin, die sie in der Regierungserklärung vom 13.12.1966 formuliert hatte. Die Jugoslawen blieben bei der Zwei-Staaten-Theorie; vgl. DzD, 1968, S. 138 f.

V. Zäsur im März/April 1968: Die SPD zwingt den Kanzler noch stärker an die Seite seiner Fraktion

1. Die Abkehr der SPD vom Mehrheitswahlrecht – Kiesinger spielt die Bedeutung der Frage herunter

Ab 1968 begannen die innenpolitischen Probleme die Außenpolitik der Großen Koalition stärker zu bestimmen. Das Bündnis wurde im März 1968 durch die Entscheidung der SPD für den unbestimmten Aufschub einer Wahlrechtsänderung schwer belastet. Am 28. März trat Innenminister Lücke zurück – aus Protest gegen den Beschluß auf dem Nürnberger Parteitag. Lücke, der ehemalige CDU-Wohnungsbauminister, hatte viele Jahre lang eine große Koalition befürwortet. Schon im Jahre 1962 verhandelte er im Auftrag Adenauers mit Wehner über die Bildung einer Regierung von SPD und CDU/CSU. Ihn leiteten grundsätzliche politisch-philosophische Erwägungen. Er glaubte, daß die Beschränkung auf wenige Parteien die Voraussetzung einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie sei. Mit neunzehn Jahren hatte er den Untergang der Weimarer Republik erlebt, den er auf die Zersplitterung der demokratischen Kräfte zurückführte[1]. Diese Erfahrung war ein wesentlicher Grund, der ihn 1962, nach dem Bruch der Koalition, für die Bildung einer Großen Koalition plädieren ließ. Dabei spielten für Lücke der Anlaß sowie die Interessenlage der FDP bei der Beurteilung ihrer Aufkündigung keine Rolle. Wahrscheinlich, räumte er ein, müßten „solche Parteien" sogar das eigene Wohl vor das Gemeinwohl, vor das Wohl des Staates stellen. Lücke hielt die Tatsache für bedrohlich, daß eine kleine Partei das gesamte System in eine Krise stürzen konnte[2]. Statt dessen wollte er auf Dauer ein Zweiparteiensystem etablieren. Nur über die Einführung des Mehrheitswahlrechts, meinte er, könne eine Aufsplitterung des Parteiensystems, wie er sie in Weimar erlebt hatte, vermieden werden. Als wesentliche Aufgabe der Großen Koalition betrachtete er daher die Einführung eines Mehrheitswahlrechts, das die Abhängigkeit der Regierung von Koalitionen mit kleinen Parteien aufhob. Wehner hatte dies 1962 als Vorbedingung für die Bildung eines schwarzroten

---

[1] Vgl. Lücke, Weimar, S. 13; darin listete Lücke neben der Zersplitterung noch drei weitere Fehler des Weimarer Systems auf: Erstens habe es zu instabilen Regierungen geführt – zwischen 1919 und 1930 habe es 16 Reichsregierungen bei einer durchschnittlichen Regierungszeit von acht Monaten gegeben; zweitens habe sich der Typ der reinen wirtschaftlichen Interessenpartei in dieser Zeit mehr als verdoppelt (von 6 auf 14); drittens sei es zu einer Entfremdung zwischen Abgeordneten und Wählern gekommen, da nach Listen gewählt worden sei und nicht einzelne Personen zur Wahl gestanden hätten.

[2] Vgl. Schwarz, Ära Adenauer, S. 272, sowie Mende, Wende, S. 65. Die FDP hatte sich durch die einseitig getroffenen Maßnahmen des Verteidigungsministers Strauß zum Rückzug aus der Koalition entschlossen. Strauß hatte Ende Oktober 1962 ohne Wissen des FDP-Justizministers Stammberger die Verhaftung des Spiegel-Redakteurs Ahlers in Spanien veranlaßt und seine Rolle in der Affäre im Bundestag zunächst verschleiert. Der Parteivorsitzende Mende erklärte daraufhin am 19.11.1962, die FDP sei zu einer Fortsetzung des Bündnisses bereit, aber im neuen Kabinett sei ihr eine weitere Zusammenarbeit mit Strauß nicht mehr zuzumuten.

Bündnisses bereits akzeptiert, doch die SPD-Fraktion wollte dieser Absprache dann nicht folgen[3].

Als die Bildung einer Großen Koalition im November 1966 erneut anstand, stellte die Änderung des Wahlmodus erneut eine Grundbedingung der Union dar. Wieder stimmte Wehner zu, aber diesmal auch seine Fraktion. In der Regierungserklärung betonte der Bundeskanzler, nach Auffassung der Regierung solle ein neues Wahlrecht in den siebziger Jahren klare Mehrheiten ermöglichen. Für die Bundestagswahl 1969 werde von der Regierung die Einführung eines Übergangswahlrechts beabsichtigt[4]. Doch zu einer Entscheidung in diesem Sinne sollte es nicht kommen. Als Kiesinger im November 1967 vorschlug, man solle schon 1969 nach dem Mehrheitswahlrecht wählen, und auch der CDU-Generalsekretär Heck erklärte, die außerordentlich schwierige Zusammenarbeit der Koalition mache eine Änderung der Wahlgesetzgebung bereits für die Wahl von 1969 notwendig, rief das beim Bündnispartner wieder ablehnende Reaktionen hervor[5].

An sich waren die Sozialdemokraten ursprünglich nicht gegen ein Mehrheitswahlrecht eingenommen; sie hatten sich sogar zu Beginn der sechziger Jahre von seiner Einführung langfristig Vorteile versprochen. Sozialwissenschaftliche Institute hatten die Partei darin bestärkt, daß die junge, moderne SPD mehr und mehr zur Partei der Städte und damit der Zukunft werde, während die Union ihre Wählerschaften weiterhin aus dem Land rekrutiere. Daher würde sie langsam durch den Zug vieler Landbewohner in die Städte und die Auflösung der religiösen Bindungen an Stärke verlieren und in die Minderheit geraten[6]. Dieser Trend schien sich 1960 zu bestätigen, als der damals 34-jährige Hans-Jochen Vogel bei einer Direktwahl mit 64 Prozent zum Oberbürgermeister Münchens gewählt wurde – eine spektakuläre Wahl, bedenkt man, daß es sich um die Hauptstadt des katholisch-konservativ geprägten Bayern handelte. Und drei Jahre später gelang es Brandt, bei der Landtagswahl in Berlin 62 Prozent der Stimmen, und der SPD, sämtliche (!) Direktmandate zu gewinnen. Doch Anfang 1968 sah die Lage anders aus. Die SPD war durch die Verluste bei den Landtagswahlen seit ihrem Eintritt in die Koalition nicht in der Stimmung, sich auf eine Änderung des Wahlmodus einzulassen[7]. Im Januar 1968 errechnete das Statistische Bundesamt, daß die Union 294 statt 245, die SPD aber nur 206 statt 202 Mandate im Bundestag errungen hätte, falls das für 1973 geplante Wahlrecht schon 1965 eingeführt worden wäre. Dieses Rechenexempel, aber auch ein Bericht vom der SPD nahestehenden Chef des Godesberger Instituts für angewandte Sozialforschung (Infas) Klaus Liepelt, der den Sozialdemokraten bei Einführung des Mehrheitswahlrechts keine Chancen einräumte, bremste ihre ohnehin geringe Entschlossenheit, schnell das

[3] Vgl. Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 527 f. Etwa die Hälfte der Fraktionsmitglieder sprach sich auch gegen eine Kanzlerschaft Adenauers und die Einführung des Mehrheitswahlrechts aus; siehe auch, wegen der Quellenlage, die persönlichen Aufzeichnungen Lückes, Gotto, Versuch einer Großen Koalition, und Roegele, Die Bemühungen.

[4] Vgl. VdDB, 5. Wahlperiode, 80. Sitzung vom 13.12.1966, S. 3657.

[5] Vgl. BPA, Kiesinger im WDR II, 18.11.1967, Anhang III, S. 2, sowie Welt am Sonntag, 19.11.1967. Zur allgemeinen Diskussion um das Wahlrecht siehe Hennis, Große Koalition ohne Ende?; Kaack, Mehrheitswahl; von der Vring, Reform oder Manipulation?; Bundesminister des Inneren (Hrsg.), Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts.

[6] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 109.

[7] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 359.

Mehrheitswahlrecht einzuführen[8]. Auf dem Nürnberger Parteitag vom 17. bis zum 21. März 1968 wurde der Beschluß vertagt. Die SPD verschob das Thema einfach auf einen außerordentlichen Parteitag.

Der Entschluß wurde beim Koalitionspartner nicht generell verurteilt. Strauß wertete ihn sogar als Entscheidung für die Fortsetzung der Großen Koalition über 1969 hinaus. Denn da die SPD noch immer an der Änderung des Wahlmodus interessiert zu sein schien, erweckte sie den Eindruck, erst in einer zweiten Legislaturperiode der Großen Koalition die endgültige Entscheidung hierüber treffen zu wollen.

Aber Strauß täuschte sich[9]. Bei den Sozialdemokraten spielte schon zu diesem Zeitpunkt die Frage nach der Zukunft der FDP eine wichtige Rolle. Zwischen beiden Parteien hatte in der Ost- und Deutschlandpolitik schon im November 1966 eine weitgehende Übereinstimmung geherrscht. Diese Gemeinsamkeit wurde durch die Beschlüsse des Hannoveraner Parteitags der FDP 1967 bekräftigt. Je stärker sich CDU/CSU und SPD über den richtigen Kurs der Ostpolitik stritten, desto wünschenswerter erschien manchem SPD-Abgeordneten eine sozialliberale Koalition nach den nächsten Bundestagswahlen 1969. In der Fraktionssitzung vom 5. März 1968 bestätigte Ahlers beispielsweise, daß bereits Gespräche mit der FDP über Koalitionsmöglichkeiten nach 1969 in einem Bonner Restaurant stattgefunden hatten. Das Treffen sei auf Initiative der FDP zustande gekommen. Näheres wurde den Abgeordneten nicht mitgeteilt. Lediglich der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmidt kritisierte, künftige informative Kontakte zwischen sozialdemokratischen Amtspersonen und der FDP sollten „in den Ämtern und nicht in einer Gaststätte" stattfinden[10].

Lücke nahm die Nürnberger Entscheidung der SPD verärgert und tief enttäuscht auf. Am 21. März unterrichtete er den Bundeskanzler, den Fraktionsvorsitzenden Barzel und den CDU-Generalsekretär Heck von seiner Absicht, unter den bestehenden Bedingungen sein Amt zur Verfügung zu stellen. Am nächsten Tag meldeten die Medien die Rücktrittsabsicht des Innenministers. Wehner, Lückes einstiger Verhandlungspartner, versuchte den Kollegen scheinbar von diesem Schritt zurückzuhalten. Unter dem 24. März schrieb er an ihn und verwies auf die negative Stimmung auf dem Parteitag, die befürchten ließ, das Vorhaben werde von der Partei vollständig und auf immer abgelehnt. Das für die Sache beste Ergebnis habe demnach in dem Beschluß bestanden, die Wahlrechtsfrage weiter der Diskussion und Prüfung zu überlassen. Aber Wehner ersparte Lücke am Ende den Vorwurf nicht, für die negative Entscheidung der SPD mitverantwortlich zu sein. Er wolle daran erinnern, daß er wiederholt darum gebeten habe, die Wahlrechtsfrage zeitig so zur Diskussion zu stellen, daß man nicht in Zeitdruck gerate. Als er das noch einmal Anfang Oktober 1967 gesagt habe, sei es schon sehr spät, aber immer noch nicht zu

---

[8] Vgl. Der Spiegel, 15.1.1968, S. 21. Hildebrand (Erhard, S. 360 f.) spricht von einer terminlich gezielten Veröffentlichung. Siehe zur Kritik am Bericht von Infas Lücke, Weimar, S. 61; Hennis (Große Koalition, S. 61 f.) bezweifelt die Prämissen Liepelts. Er weist auf die Tatsache, daß dieselben CDU-Wähler bei den Bundestagswahlen ihre Partei wählten, aber bei Landtagswahlen zu Hause blieben und somit zumindest die Bildung einer Regierung der Sozialdemokratie hinnähmen. Liepelt konzentriere sich bei seiner Untersuchung zu sehr auf sogenannte schichtenspezifische Merkmale, wie etwa die Konfession, anstatt den politischen Willen des Wählers zu berücksichtigen.

[9] Vgl. Strauß, Erinnerungen, S. 406; dort korrigiert er diese Sicht und behauptet, mit dem Nürnberger Parteitag habe die SPD die Weichen gestellt in Richtung FDP.

[10] AdsD, Protokolle interner Sitzungen der Führungsgremien, SPD-Fraktionssitzung vom 5.3.1968 im Berliner Reichstag, S. 2; laut Baring (Machtwechsel, S. 225) trafen sich Bahr und das FDP-Vorstandsmitglied Rubin nach dem Parteitag in Hannover, und man war sich in den wesentlichen Fragen der Deutschlandpolitik einig.

spät gewesen. Dennoch sei auch Anfang Dezember noch nichts passiert, und es seien nochmals Wochen vergangen, bis man am 11. Januar 1968 das Gespräch habe führen können, in dem das Problem „Übergangswahlrecht" erledigt und ein Verfahrensweg für die Behandlung der Vorlagen vorgezeichnet werden konnte. „Während dieser ganzen Zeit bin ich mir in zunehmendem Maße vorgekommen wie jemand, der zwar eine Stellung halten, aber dabei ganz auf sich allein angewiesen bleiben soll", verteidigte sich Wehner[11].

Obwohl Wehner mit dem Brief Lücke vor einem voreiligen Rücktritt bewahren wollte, war er es unabsichtlich dennoch, der den Minister schließlich darin bestärkte, sein Amt aufzugeben. In einem Gespräch zwischen Lücke und Wehner am 25. März verneinte der SPD-Politiker die Frage, ob er eine „reale" Chance sehe, daß die Wahlrechtsfrage doch noch auf einem außerordentlichen Parteitag behandelt werden würde. Nach der SPD-Satzung, erklärte Wehner, sei für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages der Antrag von mindestens neun Bezirksverbänden notwendig. Die Aussicht, ob und wann das geschehen könne, müsse er zurückhaltend beurteilen. Zu diesem Zeitpunkt, schreibt Lücke, habe für ihn kein Zweifel mehr bestanden, welche Schlußfolgerung er aus dem SPD-Entschluß habe ziehen müssen[12].

Am nächsten Morgen, dem 26. März, erörterten zunächst die Unionsfraktion und der Kanzler die Beschlüsse der SPD. Lücke begründete seinen Entschluß, vom Amt zurückzutreten, mit der Feststellung, eine der wichtigsten Grundlagen der Großen Koalition sei nun entfallen. Für ihn sei die Wahlrechtsfrage „die Schicksalsfrage unserer parlamentarischen Demokratie". Kiesinger war anderer Meinung. Seinem Minister hielt er in dieser Sitzung vor: „Wenn Sie so wenig Zutrauen in die demokratische Kraft des deutschen Volkes haben, wenn Sie glauben, nur durch eine Änderung, eine konstitutionelle Änderung die Zukunft dieses Volkes bestimmen zu können, dann stecken Sie lieber Ihren politischen Beruf besser heute als morgen auf."[13] Kiesinger wollte unter keinen Umständen die Koalition wegen dieses Problems gefährden. Schon während der Verhandlungen um die Bildung der Großen Koalition im Jahre 1962 zeigte er sich zwar mit der Einführung des Mehrheitswahlrechts einverstanden, aber im Unterschied zu Lücke war er damals der Meinung, daß ein Regierungsbündnis der beiden großen Parteien auch dann geschmiedet werden sollte, falls das neue Wahlrecht sich nicht einführen ließe[14].

---

[11] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Lücke vom 24.3.1968, S. 2; Hildebrand (Erhard, S. 359) läßt das Argument nicht gelten. Trotz der Beanspruchung der Bundesregierung durch die Notstandsgesetzgebung sei man auf dem Gebiet Wahlrecht „recht zügig" vorangekommen. Er sei jedenfalls schon Ende des Jahres 1967 in der Lage gewesen, in die entscheidenden Besprechungen mit dem Koalitionspartner einzutreten. Hennis (Große Koalition, S. 72 ff.) bestreitet, daß der Brief die tatsächliche Stimmung des Parteitages wiedergibt. Der Parteivorstand habe die Sache hinausgezögert, meint der Politikwissenschaftler, der selbst Mitglied eines vom Innenminister 1967 zusammengestellten Beirats für Fragen der Wahlrechtsreform war. Wehner habe es sogar abgelehnt, die Einberufung eines Parteitags dem Vorstand zu überlassen. Im Anhang des kleinen Bändchens ist auch das unkorrigierte Protokoll der Diskussion auf dem Nürnberger Parteitag abgedruckt (S. 83-90). Auch Hildebrand (S. 362) schreibt, daß sich aus dem Parteitagsprotokoll die von Wehner beschriebene Situation nicht ergibt. Baring (Machtwechsel, S. 111) meint, Wehner habe mit dem Brief Lücke von dem Kern des Problems, der ablehnenden Haltung in der SPD gegenüber einer Änderung des Wahlmodus, ablenken wollen und ihm daher vorgeworfen, die Sache verschleppt zu haben.

[12] Vgl. Lücke, Weimar, S. 73.

[13] Hildebrand, Erhard, S. 363 f.; das Zitat stammt aus dem Protokoll der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 26.3.1968.

[14] Vgl. Lücke, Weimar, S. 39.

Andererseits zeigte sich der Kanzler noch nicht bereit, den Minister, der inzwischen sein Rücktrittsgesuch eingereicht hatte, einfach ziehen zu lassen. Immerhin galt Lücke als eine Stütze der Großen Koalition. Am Nachmittag bat Kiesinger ihn noch einmal zu sich. Er eröffnete ihm, daß der soeben unter seinem Vorsitz zusammengetroffene Kreßbronner Kreis Möglichkeiten aufgezeigt habe, wie die Wahlrechtsfrage dennoch in der laufenden Legislaturperiode behandelt werden könnte. Dort hatte Brandt zunächst erklärt, auf dem Parteitag habe sich starker Widerstand gegen das reine Mehrheitswahlrecht geregt. Aber, so fügte er hinzu, auf der Basis sogenannter Viererwahlkreise[15] sei eine Lösung möglich. Diese Frage sei allerdings noch nicht reif, mit ihr werde sich die Wahlrechtskommission der SPD befassen[16].

Noch einmal zog Lücke nach dem Treffen mit Kiesinger sein Gesuch zurück. Aber er machte gleichzeitig deutlich, daß er nur dann weiter im Amt bleibe, falls die SPD ihm die Zusage für einen außerordentlichen Parteitag geben könne. Eben dies konnte und wollte keiner der SPD-Führer tun. Sowohl Wehner als auch Brandt hatten jeweils darauf hingewiesen, daß ein Parteitag theoretisch möglich, aber wenig wahrscheinlich sei. Das bestätigte Wehner Lücke erneut am 28. März 1968. Nach dieser letzten Vergewisserung trat der Bundesminister für Inneres von seinem Amt zurück.

Trotz der Tatsache, daß der Bundeskanzler die Verschiebung der Wahlrechtsänderung über 1969 hinaus durch die SPD nicht dramatisieren, sondern eher abwiegeln oder besser kalmieren – eines der Lieblingsworte Kiesingers – wollte, hinterließ die Entscheidung bei der Union einen anhaltenden Verdruß über den Koalitionspartner. Viele Christdemokraten dachten so wie der Bremer CDU-Abgeordnete Ernst Müller-Hermann, der Kiesinger erklärte, das Verhalten der SPD in der Wahlrechtsfrage sei „ein eindeutiger, ziemlich raffiniert arrangierter Verstoß" gegen die Koalitionsvereinbarung[17]. Es sei ein Fehler gewesen, daß die Zusage der SPD zur Einführung eines Mehrheitswahlrechts nicht schriftlich niedergelegt worden sei, meinte Heck noch zwanzig Jahre später. Die Union hätte darauf bestehen müssen, und die Wahlrechtsfrage habe wesentlich zum Ende der Großen Koalition beigetragen[18].

Unüberbrückbarkeit der Standpunkte zur Oder-Neiße-Linie – Kiesinger distanziert sich von Brandt

Der Bundeskanzler sah sich einer schwierigen Situation ausgesetzt. Einerseits nahm die Kompromißbereitschaft der CDU/CSU-Abgeordneten mehr und mehr ab, mit Lücke

---

[15] Vgl. Lücke, Weimar, S. 169 f. und 178 ff., sowie Kaack, Zwischen Verhältniswahl und Mehrheitswahl, S. 80 f. Im Unterschied zum reinen Mehrheitswahlrecht, bei dem in einem Wahlkreis derjenige Abgeordnete gewählt wird, der die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann, stellt bei dem Vorschlag von Viererwahlkreisen jede Partei vier Abgeordnete in einem Wahlkreis auf. Nach dem Verhältnissystem werden vier Mandate bestimmt. Es handelt sich daher also um eine Verhältniswahl in kleinen „Rechnungseinheiten", den Vierer-Kreisen. Dieser Wahlmodus besteht bereits in Irland mit kleinen Abwandlungen seit 1923. Das Viererwahlsystem stärkt die größten Parteien, bietet aber auch kleineren und mittleren Parteien Möglichkeiten, besonders in regionalen Hochburgen Mandate zu erwerben.

[16] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 362, Koalitionsgespräch vom 26.3.1968; im Protokoll heißt es wörtlich: „Ob es noch möglich sei, in der laufenden Legislaturperiode ein Wahlgesetz für 1973 zu verabschieden, sei zweifelhaft, aber das Thema sei keineswegs erledigt. Theoretisch sei es möglich, daß noch in diesem Jahre ein außerordentlicher Parteitag zur Wahlrechtsreform stattfinde, wahrscheinlich sei das nicht."

[17] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Müller-Hermann an Kiesinger vom 22.3.1968, S. 1.

[18] Vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988.

war nun eine wertvolle Stütze aus der Regierung ausgeschieden, und der Vorgang hatte das Ansehen der Großen Koalition in den Unionsreihen geschwächt. Andererseits verschärfte sich der Konflikt mit dem Außenminister. Der SPD-Vorsitzende schien sich im Frühjahr 1968 in der Ostpolitik nicht länger die Formeln des Kanzlers aufzwingen lassen zu wollen. Brandt übernahm in der SPD zugleich mehr und mehr das Kommando. Ehe der Parteivorsitzende auf dem Nürnberger Parteitag im März 1968 von der Notwendigkeit sprach, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen oder zu respektieren, informierte er Kiesinger telefonisch über die geplante Äußerung. Wie zu erwarten, riet der Kanzler seinem Minister davon ab. Aber die Antwort Brandts war typisch für sein neues Selbstbewußtsein: Der Bundeskanzler sei zwar für die Richtlinien der Bundesregierung zuständig, nicht jedoch für die der sozialdemokratischen Partei[19]. Dennoch – ein letztes Mal – suchte der Kanzler nach einer Möglichkeit, die Äußerung des Außenministers auf dem Parteitag irgendwie in ein gemeinsames Konzept einzupassen. Brandt hatte am 18. März in Nürnberg seine Aussage zur Oder-Neiße-Linie mit dem Hinweis eingeleitet, das deutsche Volk wolle und brauche die Versöhnung mit den Polen – auch ohne zu wissen, wann es seine staatliche Einheit durch einen Friedensvertrag finden werde. „Daraus ergibt sich die Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung", erklärte Brandt[20].

Der Kanzler hatte zur Grenzfrage in der Regierungserklärung festgestellt, es werde zwar eine endgültige Lösung des Grenzproblems mit den Polen erst in einem allgemeinen Friedensvertrag gefunden werden, aber die Regierung könne schon jetzt versprechen, daß beide Seiten, Deutsche wie Polen, zu diesem Zeitpunkt eine Regelung finden würden. Gegenüber sowjetischen Journalisten hatte Kiesinger im März 1967 erläutert, wie er diese Erklärung interpretierte. Er sei bei dieser Frage auch in der Sache selbst weitergegangen, als es die deutsche Politik bis dahin getan hätte. Diese erweiterte Auffassung habe darin bestanden, zwar nach wie vor die endgültige Lösung des Grenzproblems einem allgemeinen Friedensvertrag vorzubehalten. Für diesen Fall sollte eine Lösung gefunden werden, die „von beiden Völkern angenommen werden könne"[21].

Die Bundesrepublik und die Oder-Neiße-Linie – Von Adenauer bis zur Großen Koalition

Damit wagte sich der Kanzler tatsächlich über das hinaus, was eine Bundesregierung bisher den Polen in der Frage der Oder-Neiße-Linie angeboten hatte. Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten sich die westdeutschen Parteien – bis 1948 im übrigen auch die Kommunisten – gegen die Anerkennung dieser Ostgrenze gewandt. Der im Potsdamer Abkommen zwischen den Siegermächten vereinbarte Friedensvertragsvorbehalt[22]

---

[19] Vgl. Brandt, Erinnerungen, S. 178.

[20] Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag März 1968 in Nürnberg, Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden Brandt vom 18.3.1968, S. 111.

[21] Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 40, Informationsgespräch mit sowjetischen Journalisten am 17.3.1967. Krülle (Die völkerrechtlichen Aspekte, S. 230) verweist allerdings darauf, daß Kiesingers Äußerung nicht im Widerspruch zu den bis dahin gegebenen Nichtanerkennungserklärungen gestanden habe, „da sie sich nicht auf den gegenwärtigen Rechtsstatus der Oder-Neiße-Gebiete" bezogen hätte.

[22] Vgl. Wagner, Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie, sowie zur Haltung der Bundesrepublik: Bluhm, Die Oder-Neiße-Linie; Lehmann, Der Oder-Neiße-Konflikt. Zernack (Deutschlands Ostgrenze, S. 152) behauptet, daß sich nach 1945 das Bismarcksche Axiom, die Einheit Deutschlands sei nur durch den Fortbestand der Teilung Polens gewährleistet, umgekehrt habe. Im polnischen Verständnis habe nunmehr der Fortbestand Polens die Teilung Deutschlands verlangt.

sowie die seit 1946 insbesondere von den Amerikanern auf den Außenministerkonferenzen geforderte Revision der polnischen Westgrenze (also die Rückgabe der deutschen Ostgebiete ohne Ostpreußen) ließen einen deutschen Anspruch auf diese Gebiete nicht aussichtslos erscheinen[23]. Schon während der ersten Bundestagsdebatte bekräftigten die beiden Führer der größten Parteien, Adenauer für die CDU/CSU und Schumacher für die SPD, ihre Ablehnung der Oder-Neiße-Linie als Grenzverlauf. Neun Monate später – kurz bevor die DDR mit Polen den Grenzvertrag von Görlitz schloß – legten alle Bundestagsparteien, bis auf die KPD, eine förmliche Rechtsverwahrung gegen das Görlitzer Abkommen ein. Wiederum ein Jahr später, im November 1951, verhandelte Adenauer mit den Hochkommissaren der westlichen Besatzungsmächte über einen deutschen Verteidigungsbeitrag, für den Bonn im Gegenzug die Souveränität erlangen sollte. Der Kanzler wollte die drei Westmächte vertraglich an die Wiedererlangung der Ostgebiete binden. Aber diese lehnten die Forderung ab. Adenauer mußte sich am 14. November 1951 die Frage des empörten englischen Hochkommissars, Sir Ivone Kirkpatrick, gefallen lassen, ob die Westmächte etwa verpflichtet seien, den Deutschen den polnischen Korridor wiederzugeben. Und der französische Diplomat, André François-Poncet, meinte, auf das französische Publikum werde diese Forderung des Kanzlers den Eindruck machen, daß die deutsche Beteiligung an der europäischen Integration nur das Ziel habe, mit bewaffneter Hand die deutschen Ostgebiete wiederzugewinnen[24].

Doch Adenauer blieb hartnäckig: Was Ostpreußen betreffe, so seien die Westmächte in Potsdam vertragliche Verpflichtungen eingegangen, an denen die Deutschen nichts mehr ändern könnten[25]; das sei aber hinsichtlich Polens nicht der Fall. Er verlange daher von den Alliierten nicht mehr als die Auflösung der polnischen Verwaltung in den Gebieten östlich der Oder und Neiße[26]. Die Westmächte wollten den Deutschlandvertrag nicht an diesem Punkt scheitern lassen. Aber man vermied im Text eine endgültige Festlegung der Grenzen, bis zu der sich ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken

---

[23] Vgl. Körner, Die Frage der Ostgebiete, S. 648 f. Der Wandel in der amerikanischen Politik begann mit dem sogenannten Langen Telegramm des Gesandten der amerikanischen Botschaft in Moskau, Kennan, vom Frühjahr 1946; vgl. FRUS, 1946, Band 5, S. 555 f. Darin verlangte Kennan, die USA sollten sich um eine realistischere Einschätzung der Sowjetunion bemühen. In einem Memorandum vom 10.5.1946 empfahl er, die amerikanische Regierung sollte von den Sowjets die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands nicht nur bis zur Oder-Neiße-Linie, sondern bis zur deutschen Ostgrenze von 1937 – mit der Ausnahme von Ostpreußen – fordern. Das Telegramm findet sich gekürzt in deutscher Sprache in: Kennan, Memoiren eines Diplomaten, S. 552-568; Außenminister Byrnes stellte in seiner Stuttgarter Rede vom 6.9.1946 erstmals die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze in Frage und dokumentierte damit öffentlich den Wandel in der amerikanischen Außenpolitik. Schließlich wurde auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1947 die Revision der Oder-Neiße-Linie in die Verhandlungen eingebracht; vgl. Graml, Die deutsche Frage, S. 356, 369 und 372.

[24] Vgl. Baring, Kanzlerdemokratie, S. 136 f.

[25] Vgl. Deuerlein (Hrsg.), Potsdam 1945, S. 361 ff. Über das Gebiet des nördlichen Ostpreußens heißt es im Potsdamer Abkommen, die Konferenz habe „grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion [...] zugestimmt".

[26] Vgl. Baring (Kanzlerdemokratie, S. 138), der erklärt, trotz einer taktisch bestimmten Anpassung an die jeweiligen Gesprächspartner habe Adenauer daran geglaubt, daß die Westintegration der richtige Weg zur Wiedervereinigung sei. Er habe angenommen, die Rückgewinnung der Ostgebiete liege immerhin im Bereich des Möglichen. Körner (Ostgebiete, S. 649) behauptet, daß auch innenpolitische Faktoren Adenauer motivierten: Die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze sei zum Instrument der Werbung der Parteien um Vertriebenenstimmen verwendet worden.

solle[27]. Drei Jahre später, im September 1955, vereinbarte die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion. Dabei akzeptierten die Sowjets den von den Deutschen vorgebrachten Rechtsvorbehalt: Die Aufnahme der Beziehungen bedeute keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in „bezug auf ihre Befugnisse zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die sich gegenwärtig außerhalb der effektiven Hoheitsgewalt befinden"[28].

Bewegung kam in die deutsche Ostpolitik durch den Wunsch der neuen polnischen Führung gegen Ende des Jahres 1956, auch mit der Bundesrepublik Botschafter auszutauschen. Der erste Sekretär des ZK, Gomulka, reagierte damit auf eine Bemerkung, die der deutsche Außenminister im Mai 1956 während eines Aufenthaltes in London gemacht hatte. Von Brentano hatte damals – vermutlich wegen des bei den Bündnispartnern unterschwellig vorhandenen Unmuts über die Politik Bonns, auf der Rückgabe der Ostgebiete zu bestehen und die Oder-Neiße-Grenze daher nicht anzuerkennen[29] – ausgeführt, er halte es für möglich, daß das deutsche Volk eines Tages vor die Frage gestellt werde, ob es auf die Ostgebiete zu verzichten bereit sei, um die 17 Millionen Deutsche in der Sowjetzone zu befreien. Es müsse dann entscheiden, ob es dies nicht tun wolle, „nur um einen etwas problematischen Anspruch auf die Ostgebiete aufrechtzuerhalten"[30]. Die Aufstände in Posen und Warschau vom Sommer 1956 verstärkten noch das Bemühen der Deutschen um eine Annäherung. Polen wurde über Nacht zum Vorreiter und Hoffnungsträger eines liberalen, unabhängigen Landes im Ostblock. Die Bundesregierung dachte allerdings nicht an die Anerkennung der Grenze und schlug Gewaltverzichtsvereinbarungen vor[31]. Über den Gesandten an der Bonner Botschaft in Washington, Albrecht von Kessel, liefen im Frühjahr 1957 die Verhandlungen mit den Polen. Ihm wurde der Vorschlag unterbreitet, diplomatische Beziehungen unter Ausklammerung der Grenzfrage aufzunehmen. Aus zwei Gründen kam es dann trotzdem nicht zur Aufnahme der Beziehungen. Einmal wollte Adenauer bei den bevorstehenden Bundestagswahlen den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) unter die 5-Prozent-Klausel drücken, um damit der Union die absolute Mehrheit zu sichern[32]. Zweitens befürchtete das Auswärtige Amt eine Flut von Anerkennungen der DDR, sobald mit Polen der Grundsatz der Hallstein-Doktrin aufgegeben worden sei. Die Geburtsfehlerdoktrin entstand erst aufgrund dieses Dilemmas.

Die Polen traf an dieser Entwicklung auch ein gewisses Maß der Schuld. Am Tag der Bundestagswahl, dem 15. September 1957, platzte wie eine Bombe die Nachricht von

---

[27] Vgl. Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, S. 211; im Art. 7 I Satz 2 des Deutschlandvertrages heißt es: „Sie [die Unterzeichnerstaaten] sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser [friedensvertraglichen] Regelung aufgeschoben werden muß."

[28] Meissner (Hrsg.), Moskau – Bonn, Band 1, S. 124.

[29] Vgl. Schwarz (Ära Adenauer, 1957-1963, S. 30 f.), der etwa auf die Studie des Royal Institute for International Affairs (Wiskemann, Germany's Eastern Neighbours) verweist.

[30] Die Welt, 3.5.1956; vgl. Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 192.

[31] Vgl. Die Auswärtige Politik, Außenminister Brentano auf einer Pressekonferenz in Berlin am 30.11.1956, S. 347.

[32] Vgl. Körner, Ostgebiete, S. 650; Adenauer habe im katholischen Polen die Bastion der westlichen Zivilisation gegen die heidnische Welt des kommunistischen Ostens gesehen. Schwarz (Ära Adenauer, S. 32) erinnert daher daran, daß eine gewisse Rolle auch der Gedanke gespielt habe, eine demonstrative Annäherung zwischen Bonn und Warschau könne die Sowjets reizen und den inneren Reformprozeß des Landes gefährden.

der schon oben erwähnten polnisch-jugoslawischen Erklärung. Darin hatten beide Delegationen die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze bekräftigt und die Jugoslawen die DDR als zweiten deutschen Staat anerkannt. Die Deutschen vermuteten zu recht, daß Gomulka Tito dazu angestiftet hatte, Ost-Berlin anzuerkennen. Damit war das Thema Polen für Bonn erledigt[33].

Unerwartet geriet dann die deutsche Regierung in Bedrängnis, als Chruschtschow im November 1958 die zweite Berlin-Krise auslöste und eine Umwandlung der Stadt in eine „selbständige Einheit" vorschlug. Zum Entsetzen Adenauers zeigte sich die Regierung der Vereinigten Staaten verhandlungsbereit. Das Weiße Haus ließ das Bundeskanzleramt nicht im unklaren über seine Einschätzung, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei als festes Element eines zu schnürenden Verhandlungspaketes betrachtet wurde. Adenauer beugte sich dieser Haltung. Er schrieb in einer Denkschrift am 30. Januar 1959: „Verhandlungen müssen geführt werden. Bei diesen Verhandlungen könnte man auf Anregung der US in Erwägung ziehen, diplomatische Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen und der Tschechoslowakei herzustellen, falls die Berlin-Frage entsprechend gelöst wird."[34]

Offensichtlich waren die Westmächte zu dem Schluß gekommen, daß sich die Bundesrepublik in gewissem Maße mit den Ergebnissen des Weltkrieges abfinden müsse. De Gaulle verkündete am 25. März 1959, er sehe die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Ostgrenze eines wiedervereinigten Deutschland an[35]. Um eine Festlegung der Grenzen zu umgehen, verfocht Brentano wie schon 1956 den Vorschlag, Nichtangriffspakte mit den beiden östlichen Nachbarländern zu schließen. Für diese Politik erhielt er die Zustimmung Adenauers. Aber erneut gelang es nicht, die besprochene Linie durchzuhalten. Obwohl der Außenminister bereits die Verbündeten von dem Vorhaben der Bundesregierung unterrichtet hatte, Nichtangriffspakte für Warschau und Prag auf der Genfer Außenministerkonferenz anzubieten, scheiterte er im Juli 1959 am Widerspruch des Bonner Kabinetts[36]. Allerdings bewahrte dieser Rückzug einer angekündigten und von den Bündnispartnern für notwendig gehaltenen Maßnahme die Bundesregierung nicht davor, daß die Westmächte nun ihrerseits die Initiative übernahmen. Auf der Gipfelkonferenz in Paris im Jahre 1960 wollte die amerikanische Administration, im Gegenzug für einen Modus vivendi in der Berlin-Frage, den Sowjets und vor allem den Polen eine Garantie der Oder-Neiße-Grenze anbieten. Erleichtert nahmen die Deutschen daher die Nachricht vom Scheitern der Gipfelkonferenz auf[37].

---

[33] Vgl. Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, S. 194. Zwar hätte sich, nach Meinung von Schwarz (Ära Adenauer, S. 32), die Aufnahme durch die Geburtsfehler-Doktrin begründen lassen, aber Polen habe sein Spiel durch die Erklärung offensichtlich überreizt. Bender (Neue Ostpolitik, S. 47) weist darauf hin, daß die Polen auch weiterhin um die Bundesrepublik geworben hätten. Sie hätten 1957 und 1958 220 000 Deutschen die Übersiedlung erlaubt. Außerdem hatte im April 1958 der Sejm-Abgeordnete Stomma dem deutschen Außenminister gegenüber erklärt, daß die Grenzfrage noch immer offenbleiben könne.

[34] Adenauer, Erinnerungen 1955-1959, S. 467.

[35] Vgl. Stercken (Hrsg.), Vive la France, S. 260.

[36] Vgl. Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, Brentano an Adenauer vom 23.7.1959, S. 270 ff.; Adenauer hat seinen Außenminister in der Sitzung offensichtlich nicht unterstützt.

[37] Adenauer kommentierte den Abbruch der Konferenz im kölnischen Dialekt: „Wir haben nochmals fies Jlück jehabt!" (Eckardt, Ein unordentliches Leben, S. 614). Über die Motive, die Chruschtschow veranlaßten, den Gipfel platzen zu lassen, herrscht nach wie vor Unklarheit. Hillgruber (Europa in der Weltpolitik, S. 93) schreibt, der sowjetische Führer habe damit gezeigt, daß er nicht mehr bereit war, mit der ausscheidenden Eisenhower-Administration ein Arrangement zu treffen, sondern bereits auf die neue amerikanische Regierung setzte. Schwarz (Ära

Allerdings verschlechterten sich die Bedingungen für die Bundesregierung in der Berlin-Krise. In der Kennedy-Administration tauchte in Arbeitspapieren und Diskussionen im Juli 1961 die bereits zuvor genannte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie auf, und darüber hinaus dachten die Berater an eine de facto-Anerkennung der DDR; sogar ein neuer Berlinstatus als Konzessionsoption für die westliche Verhandlungslinie war im Gespräch[38]. Aber der Mauerbau in Berlin vom 13. August und schließlich das Abebben der Krise nach dem Kubazwischenfall ein Jahr später verhinderten, daß sich die beiden Supermächte am Verhandlungstisch darüber verständigten.

Hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Warschau wurde auch weiterhin von deutscher Seite aus sondiert. Es zeigte sich jedoch sehr schnell, daß Polen seit 1960 nicht länger bereit war, eine Grenzvorbehaltslösung zu akzeptieren oder auch nur eine Ersatzlösung anstelle diplomatischer Beziehungen zu erwägen[39]. Daran änderte sich auch nichts, als Außenminister Schröder ein neues ostpolitisches Konzept verfolgte, das auf den langsamen Aufbau von Beziehungen zu den Osteuropäern zielte. In der Logik dieses Vorhabens hätte auch die Hinnahme der Oder-Neiße-Linie gelegen. Aber so weit wagte sich der Außenminister nicht vor. Zwar sprach er vom „nationalpolitisch toten Raum der ehemaligen deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße"[40]. Aber er beharrte auf dem Friedensvertragsvorbehalt. Mehr als den Austausch von Handelsverträgen mit den osteuropäischen Staaten schien auch der Bundestag damals nicht zuzulassen. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Erler empfahl am 14. Januar 1965 auf einer Berliner Pressekonferenz, von deutscher Seite sollten Vorgespräche über das Grenzproblem mit den Polen geführt werden. Die innere Zustimmung der Deutschen zur Grenze solle die Basis für eine Freundschaft zum polnischen Volk sein. Aber bei den Parteien stieß der Vorschlag auf Kritik. Regierungssprecher von Hase kommentierte: Erlers Erklärung enthalte eine „Verzichtsmöglichkeit". Wehner stellte für seine Partei klar, die einseitige Grenzziehung entlang der Oder-Neiße-Linie und die damit verbundene Annexion seien nicht rechtsverbindlich[41].

Mit langsamem, aber stetig wachsendem Tempo hatte sich seit dem Mauerbau dagegen in der öffentlichen Meinung die These durchgesetzt, daß es für die Bundesrepublik von Vorteil wäre, die Grenzlinie anzuerkennen. Schriftsteller, Journalisten, Historiker wie Karl Jaspers, Marion Gräfin Dönhoff, Golo Mann, Sebastian Haffner, Klaus von Bismarck, Rüdiger Altmann, Theo Sommer fochten immer stärker für diese Politik. In einer Denkschrift setzte sich auch die Evangelische Kirche in Deutschland im Herbst 1965 für eine vorsichtige Wandlung in der Haltung zur Grenzfrage ein[42].

Adenauer S. 107) nennt drei Gründe für den Abbruch: die Fehleinschätzung des amerikanischen Präsidenten, den Gesichtsverlust Chruschtschows gegenüber dem eigenen Politbüro und sein ungezügeltes Temperament. Siehe auch Lebow (Gespräch mit dem Verfasser, 9.7.1990), der in einer Reihe von Gesprächen mit Politikern und Verwandten Chruschtschows immer wieder auf die große Bedeutung stieß, die dieser dem persönlichen Verhältnis zu Eisenhower beimaß.

[38] Vgl. Schwarz, Ära Adenauer, S. 135, und Körner, Ostgebiete, S. 653.

[39] Vgl. Stehle (Nachbar Polen, S. 324 ff.) zu den Gesprächen, die der Industrielle Beitz in Polen 1960 und 1961 führte.

[40] Körner, Ostgebiete, S. 653.

[41] AdG, 1965, S. 11639 f., sowie Körner, Ostgebiete, S. 654.

[42] Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, S. 118; Hildebrand, Erhard, S. 95; DzD, „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarländern", Erklärung vom 15.10.1965, S. 896; siehe auch Henkys (Hrsg.), Deutschland und die östlichen Nachbarn.

Der Bruch zwischen Kiesinger und Brandt in der Ostpolitik wird deutlich

Vor diesem Hintergrund deutete Kiesinger in seiner Regierungserklärung die Möglichkeit an, nach einem Friedensvertrag könnten die Polen mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands rechnen. Obwohl der Kanzler hier größere Flexibilität gezeigt hatte, hatte allerdings auch er einen Friedensvertragsvorbehalt ausgesprochen und keinerlei Garantien für die Haltung der deutschen Seite nach dem Friedensvertrag abgegeben. Kiesinger bot guten Willen an, mehr konnte und wollte er nicht tun.

Brandt ging einen radikaleren Weg. Er tastete sich vorsichtig an die „Anerkennung bzw. Respektierung" der Oder-Neiße-Linie heran[43]. Seine Erklärung stellte in zweifacher Hinsicht ein erheblich weitergehendes Zugeständnis an die Polen dar. Einmal zog der Außenminister die Anerkennung zeitlich vor den Friedensvertrag – was Kiesinger strikt ablehnte. Der Kanzler sprach am 14. März 1968 im Bundestag vom „politischen Angebot" seiner Regierungserklärung, auf das die Polen bisher nicht eingegangen seien. Es werde eine endgültige Klärung nur in einem Friedensvertrag geben, immerhin könne aber schon vorher „über verschiedene Lösungen" gesprochen werden[44]. Zweitens bezeichnete der Außenminister die Oder-Neiße-Linie als Grenze. Das hatte Kiesinger bisher peinlich vermieden. Der Kanzler redete dagegen vom „Grenzproblem".

Aber Kiesinger wäre sich untreu geworden, wenn er nicht zunächst auch in dieser Frage versucht hätte, die unüberbrückbar gewordenen Gegensätze zu überspielen oder sie zumindest herunterzuspielen. Gerade weil die Kritik an der SPD in den eigenen Reihen wuchs, wollte der CDU-Vorsitzende die Kluft zum SPD-Vorsitzenden nicht unüberwindbar werden lassen. Das tat der Kanzler allerdings nur unter einem klaren, verbalen Vorbehalt, den er eine Woche später in einer ersten Reaktion auf Brandts Erklärung machte. Kiesinger wirkte da im Ton erstaunlich milde, aber er ließ trotzdem keinen Zweifel an seinem unterschiedlichen Standpunkt zu Brandt aufkommen: „Was die Beschlüsse des Parteitages der SPD in Nürnberg und die Äußerungen des Parteivorsitzenden anlangt, so stimme ich der Feststellung zu, daß wir die Oder-Neiße-Linie bis zu einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung respektieren wollen", erklärte er[45]. Diese Feststellung sei eine Konsequenz des Willens der Bundesregierung, diese Frage ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen. Dagegen halte er den Gebrauch des Wortes „Anerkennung" in diesem Zusammenhang für „unglücklich", auch wenn es – wie der SPD-Parteivorsitzende gesagt habe – in der Sache nichts anderes bedeuten solle als Respektierung bis zum Friedensvertrag.

Das war ein schwacher Versuch Kiesingers, die beiden bestehenden Auffassungen miteinander in Einklang zu bringen. Was blieb der Bundesregierung schon anderes übrig, als die Oder-Neiße-Linie zu respektieren? Nur schien es Kiesinger langsam leid zu werden, Brandts Taten vor den Parteifreunden rechtfertigen zu müssen. Er machte aus seinem Mißtrauen gegenüber dem Minister jetzt auch öffentlich keinen Hehl mehr. So hatte *Der Spiegel* Anfang März 1968 den Satz kolportiert, Brandt träume wohl noch immer von einem sozialistischen Europa; der Außenminister mache sich Illusionen[46]. Kiesin-

[43] Vgl. Noack, Deutsche Außenpolitik, S. 115, und Richardson, Probleme und Aussichten, S. 615; Körner (Ostgebiete, S. 655) spricht von einer „Kursänderung"; Bender (Neue Ostpolitik, S. 149) meint, das Wort sei in Polen als Signal aufgefaßt worden.

[44] VdDB, 5. Wahlperiode, 160. Sitzung vom 4.3.1968, S. 8325.

[45] DzD, Kiesinger gegenüber DPA am 21.3.1968, S. 490.

[46] Vgl. Der Spiegel, 11.3.1968, S. 20; Schmoeckel/Kaiser (Vergessene Regierung, S. 178) schreiben daher auch von einem „energischen Eingreifen" Kiesingers gegen die Äußerung Brandts.

ger war sich bewußt, daß Brandt einen gefährlichen Kurs einschlug, den er selbst nicht wirklich verteidigen konnte und wollte. Daher betonte der Kanzler in seiner Stellungnahme Brandts „unglückliche Wortwahl" – ein Understatement, das die Kritik Kiesingers etwas verschleiern sollte, aber daher auch nicht überzeugend wirkte[47].

Allerdings verpflichtete der CDU-Vorsitzende seinen Generalsekretär, den Nürnberger Parteitag insgesamt positiv zu kommentieren. Im *Deutschland-Union-Dienst* verbreitete Heck demgemäß am gleichen Tage, Brandt, Wehner und Schmidt hätten auf dem Parteitag alles daran gesetzt, die Große Koalition und ihre Politik zu verteidigen. Sie hätten sogar eine Kraftprobe nicht gescheut, als sie nachträglich über den Eintritt in die Koalition abstimmen ließen. Mit 173 zu 129 Stimmen fiel die Zustimmung des Parteitags zum Eintritt in die Große Koalition dann doch überraschend deutlich aus. Selbst die Entscheidung über die Wahlrechtsfrage kommentierte Heck, der sonst heftig zu polemisieren wußte, mit sanften Worten. Er fügte sich der Linie, die Kiesinger ihm vorgab, obwohl er seine persönliche Enttäuschung nur schwer unterdrücken konnte. Als die SPD das Wahlrecht von der Tagesordnung absetzte, wollte auch er wie Lücke von seinem Amt als Familienminister zurückzutreten, bekannte er Jahre später. Doch Heck schreckte vor den Konsequenzen zurück. Denn dann hätte er auch seinen Posten bei der CDU aufgeben müssen[48].

Deutlich kritisierte Heck hingegen Brandts Erklärung zum Grenzproblem mit Polen. Bei diesem Thema besaß er offenbar freie Hand. Auch die CDU wolle die Grenzen in Europa nicht mit Gewalt ändern und habe daher der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern einen Gewaltverzicht angeboten. „Hier nun, wie es in Nürnberg geschehen ist, das Wort ‚anerkennen' hinzuzufügen, aber angeblich ‚Anerkennung' nicht zu meinen, nützt uns, wie die polnische Reaktion zeigt, nichts; es kann nur Verwirrung stiften", sagte Heck abschätzig[49].

Der Druck auf Kiesinger wächst

Aber so einfach ließen sich die eigenen Parteimitglieder und vor allem die Vertriebenenverbände nicht beschwichtigen. Das deutete sich schon im Kommentar des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Müller-Hermann an. Der ehrgeizige Unionspolitiker hatte im August 1967 dem Kanzler ein 28 Seiten umfassendes, persönliches Arbeitspapier vorgelegt[50]. Darin hatte der aus Königsberg stammende Abgeordnete geraten, in der Frage der „jetzigen Ostgrenzen mit uns sprechen zu lassen", unter der Voraussetzung, daß ein „größeres Europa" zustande komme, in dem Grenzen lediglich eine Angelegenheit der Verwaltungstechnik sein würden, und innerhalb dessen Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit gewährleistet seien[51]. Jetzt, im Frühjahr 1968, nahm er die

---

[47] Richardson (Probleme und Aussichten, S. 615) stellt fest, daß die Äußerung Brandts in der deutschen Öffentlichkeit – außer bei den Vertriebenen – auf bemerkenswert geringen Widerstand gestoßen sei.

[48] Vgl. Heck, Gespräch mit dem Verfasser, 4.10.1988. Der Generalsekretär, so jedenfalls Hecks Auffassung, sei so eng mit dem Vorsitzenden verbunden, daß er den Sessel räumen müsse, wenn er die Politik des Vorsitzenden nicht weiter mittragen wolle. Und das wollte Heck nicht: „Denn wer weiß, welche politischen Kräfte dann in der CDU hochgekommen wären?"

[49] DzD, 1968, S. 493.

[50] Vgl. Henkels, 99 Bonner Köpfe, S. 191. Der Politiker war schon Anfang der fünfziger Jahre aufgefallen, als er behauptete, daß man sich mit der Sowjetunion nicht ohne einen Preis werde arrangieren können.

[51] AdKASt, Kiesinger I – 226, A 006, Anlage zu Müller-Hermann an Kiesinger vom 30.8.1967, Gedanken über die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode, 29.8.1967, S. 12.

Ostpolitik der SPD zum Anlaß, um die These Hecks von der Loyalität der in der Regierungsverantwortung stehenden SPD-Politiker anzuzweifeln. Im Brief an Kiesinger hieß es: „Ich kann [...] Ihre Meinung nicht teilen, daß die in der Regierungsverantwortung stehenden SPD-Politiker sich in Nürnberg ‚sehr mutig, politisch klug und auch loyal' gegenüber den Regierungsvereinbarungen verhalten hätten." Das Verhalten der SPD sei ein eindeutiger, „ziemlich raffiniert arrangierter Verstoß gegen die Koalitionsvereinbarungen". Die Formulierung, die SPD wolle die Oder-Neiße-Grenze respektieren und anerkennen, sei nicht nur „unglücklich". Sie solle doch ganz bewußt mehr aussagen als „die Respektierung durch einen Friedensvertrag"[52].

Er, Müller-Hermann, könne sich denken, daß der Bundeskanzler in der derzeitigen Legislaturperiode „keine Alternative zur Großen Koalition" sehe. Er teile diese Meinung, verbinde sie jedoch mit der Überzeugung, daß „auch die SPD keine Alternative" besitze. Eine mögliche SPD/FDP-Koalition sei nicht einmal theoretisch erwägenswert. „Gerade diese Feststellung aber gibt uns in dieser Großen Koalition m. E. eine relativ starke Position. Wir sollten sie bei aller Loyalität gegenüber dem Koalitionspartner auch deutlich werden lassen, indem wir uns für die Erfüllung des Regierungsprogramms engagieren." Er sei davon überzeugt, daß seine Überlegungen auch in der Fraktion weitgehend geteilt würden, hieß es am Schluß.

Das war nur der Anfang einer heftigen Kritik an Brandts Vorstoß in der Oder-Neiße-Frage. Sie betraf zugleich die Beurteilung des Vorgangs durch Kiesinger. Müller-Hermann legte in dem Schreiben vom 22. März dem Kanzler sogar nahe, nach der Wahl in Baden-Württemberg, wo man im Dezember 1966 ebenfalls eine Große Koalition gebildet hatte, einfach das Steuer herumzureißen und ein Bündnis mit der FDP anzustreben. Der Brief des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ließ keinen anderen Schluß zu: Kiesinger mußte ihn als ernste Mahnung nehmen. Hinzu kam der Protest aus den Vertriebenenverbänden. Am 22. März 1968 erklärte der Ständige Rat der Ostdeutschen Landesvertretungen zum Nürnberger Parteitag am Ende eines Neun-Punkte-Papiers lapidar: Die überraschende Entscheidung des Parteitages scheine eine vertrauensvolle Zusammenarbeit beenden zu sollen. „Wir vermögen bedauerliche Folgen in den kommenden Wahlen nicht abzuwenden."[53] Ähnliche Erklärungen folgten vom Bund der Vertriebenen. Die Kritik wurde durch die offensichtliche Erfolglosigkeit der Brandtschen Äußerung in Osteuropa noch bestärkt. Denn die Polen fanden zwar, daß die deutschen Sozialdemokraten einen Schritt voran getan hatten, aber eben nicht mehr. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen könne allein damit nicht erreicht werden[54].

Im Auswärtigen Amt hingegen betrachtete man schon früher die polnische Forderung, die Bundesregierung müsse die polnische Westgrenze anerkennen, als inkonsequent. Indem Warschau Bonn hierzu auffordere, habe es stillschweigend schon vorweggenommen, daß es nicht zwei deutsche, sondern nur einen deutschen Staat gäbe, machte man dort auf den Widerspruch in der Deutschlandpolitik Polens aufmerksam. Denn die Bundesrepublik besaß ja gar keine gemeinsame Grenze mit Polen. Also könne ein Anerkennungsersuchen nur von der Voraussetzung ausgehen, es existiere ein größeres

---

[52] AdKASt, Kiesinger I – 226, A 006, Müller-Hermann an Kiesinger vom 22.3.1968, S. 1 f. (dort auch die folgenden Zitate); Müller-Hermann bezieht sich auf die Erklärung des Bundeskanzlers vom 21.3.1968, die weiter oben teilweise zitiert wurde. Allerdings hat er das Zitat falsch übernommen, es macht daher keinen Sinn. Er meint dagegen: „Respektierung *bis* zum Friedensvertrag".

[53] DzD, 1968, S. 498.

[54] Vgl. DzD, den Wojna: Trotz allem – ein Schritt voran, 1968, S. 506; Bender, Neue Ostpolitik, S. 157.

Deutschland, das beide Staaten umfasse. Indem Polen von den Westdeutschen die Anerkennung forderte, nahm es die Wiedervereinigung vorweg[55].

Wie dem sei, das Präsidium der CDU führte am 27. März 1968 mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen ein versöhnliches Gespräch, in dem Kiesinger seine, inzwischen mit Außenminister Brandt abgesprochene Richtlinie zur polnischen Grenze einbrachte. Sie war sehr viel deutlicher formuliert als die früheren Äußerungen des Kanzlers und betonte den Friedensvertragsvorbehalt. Der SPD-Minister hatte offensichtlich den Rückzug angetreten und zugestimmt, daß als verbindendes Element der Koalitionspartner der Vorbehalt hervorgehoben werden sollte[56]. Vor dem Bundestag kommentierte der Kanzler an diesem Tag den ausgehandelten Kompromiß. Der entscheidende Satz lautete: „Die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands können, wie dies auch der Außenminister in Nürnberg noch einmal unterstrichen hat, nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden."[57] Das waren wieder die Worte der Regierungserklärung. Von Respektierung oder gar Anerkennung war in der Verlautbarung nichts mehr zu lesen. Aber Kiesinger wußte, daß der Koalitionspartner noch einmal zurückgesteckt hatte, um die Koalition nicht zu gefährden, und möglicherweise schon bald erneut auf seinen neuen Kurs zurückkehren würde. Wenige Wochen später, im April 1968, erschien in der renommierten amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* ein Aufsatz von Brandt, in dem sich tatsächlich die als programmatisch zu verstehende Aussage fand: „Vielleicht können die Gewaltverzichtserklärungen, die wir angeboten haben, so formuliert und abgesichert werden, daß die derzeitigen polnischen Grenzen für die Zeit anerkannt werden, für die sich die Bundesrepublik festlegen kann, nämlich bis zu einer Friedensregelung."[58] Das war der Beweis: Spätestens zu diesem Zeitpunkt ließ sich die unterschiedliche Politik beider Parteien selbst mit dem großen Talent des Kanzlers zum Ausgleich nicht mehr kaschieren. Vor diesem Hintergrund schlug die Nachricht von den heimlichen Kontakten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten Italiens in Bonn wie eine Bombe ein.

2. Vertrauensbruch oder legitimer Alleingang? Die SPD bahnt sich den Weg nach Ost-Berlin über den Brenner

Die Kontakte der SPD mit Führern der Kommunistischen Partei Italiens waren eher zufällig zustande gekommen. Schon im September 1967 ergriff die KPI die Initiative zu diesen Gesprächen. Der außenpolitische Redakteur des KPI-Zentralorgans *L'Unità*, Alberto Jacoviello, traf sich in Bonn mit einigen Journalisten, darunter dem damaligen Redakteur des *Stern* und späteren Berater Brandts, Leo Bauer.

Was wollte die KP Italiens? Sie versprach sich zweierlei: zum einen den Nachweis, daß man sich gegenüber den kommunistischen Parteien Osteuropas eine unabhängige Position geschaffen habe. Dadurch sollte die Attraktivität bei den Wählern erhöht werden; ihr Parteiführer Luigi Longo suchte Mitte der sechziger Jahre die Annäherung an die Sozialisten und den linken Flügel der Christlichen Demokraten. Zum anderen entsprach

---

[55] Vgl. Diehl, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989.

[56] Vgl. Bender (Neue Ostpolitik, S. 149), der darauf verweist, Brandt habe in Nürnberg nicht als Minister, sondern als Parteivorsitzender gesprochen.

[57] VdDB, 5. Wahlperiode, 161. Sitzung vom 27.3.1968, S. 8462.

[58] Brandt, German Policy toward the East, S. 484.

die schrittweise Annäherung von Kommunisten und Sozialdemokraten den in den Karlsbader Beschlüssen vom April 1967 festgelegten Zielen. Die Konferenz hatte zwar harte Bedingungen für die Fortsetzung von Bonns Ostpolitik formuliert. In ihrem Abschlußkommuniqué räumte sie jedoch den kommunistischen Parteien größere Handlungsspielräume ein. Um die Friedensordnung Europas zu schaffen, wurde ihnen etwa „Agitation" erlaubt, aber auch gestattet, den Dialog mit Sozialisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern, selbst mit christlichen Kräften zu suchen, also mit Katholiken und Protestanten, in den kapitalistischen Staaten Europas[59]. Von einer europäischen Sicherheitskonferenz – ein Ziel, das in Karlsbad noch einmal bekräftigt wurde – erwarteten sich die italienischen Kommunisten eine Reihe positiver Veränderungen: eine allmähliche Verdrängung der Amerikaner aus Europa, die Auflösung der beiden Militärblöcke, eine Transzendenz der Wirtschaftsblöcke in Europa, also die Verschmelzung von EG und dem sowjetisch dominierten Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, sowie eine daraus gewonnene größere Handlungsfreiheit für alle west- und osteuropäischen Länder im allgemeinen und „ein linksregiertes Italien im besonderen"[60].

Im Oktober 1967 reiste Bauer nach Italien, um zu sondieren und ein erstes Treffen zu vereinbaren. Bauer, 1912 als Kaufmannssohn in Skalat, nahe von Tarnopol in der Westukraine geboren, war in den Lagern der Nazis nur knapp dem Tode entronnen. Er besaß in hohem Maße das Vertrauen von Brandt, zu dessen engem Beraterkreis er zählte. Mit Brandt und Wehner war abgesprochen, daß der Redakteur an Ort und Stelle entscheiden solle, ob sich der Kontakt mit der KPI überhaupt lohne. Er vereinbarte am 29. November in Rom ein Treffen. An diesem Tag traf sich eine dreiköpfige SPD-Delegation mit KPI-Vertretern. Neben Bauer waren vom konservativen Flügel der SPD Egon Franke sowie Fried Wesemann, damaliger SPD-Informationsdirektor, mit an den Tiber gereist. Wesemann protokollierte die Gespräche für die SPD. Ihnen gegenüber saßen das KPI-Vorstandsmitglied – der spätere Vater des Eurokommunismus – Enrico Berlinguer, und der Chef der ZK-Sektion für internationale Politik, Carlo Galluzzi. Hinzu gesellte sich der persönliche Sekretär des Parteichefs Longo, Sergio Segre, der als Korrespondent der *L'Unità* in Ost-Berlin gearbeitet hatte, mit einer Deutschen verheiratet war und daher ausgezeichnet Deutsch sprach. Longo, der Generalsekretär der KP, kannte Bauer aus der gemeinsamen Zeit im französischen Internierungslager zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Longo schätzte den Kameraden und hielt ihm die Freundschaft auch in der Nachkriegszeit. Selbst gegenüber Ulbricht leugnete er sein freundschaftliches Verhältnis zu dem Sozialdemokraten nicht. Bauer habe ihm im Lager „die Furunkel kuriert", soll Longo dem Staatsratsvorsitzenden offenbar einmal sein gutes Verhältnis erklärt haben[61].

Die Italiener konzentrierten sich bei dieser Unterredung zunächst auf die Wiederzulassung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die 1956 in der Bundesrepublik als verfassungsfeindlich verboten worden war. Die KPI glaubte, in diesem Punkt der SED verpflichtet zu sein; außerdem passe das Verbot nicht in das Klima der neuen Ost-West-Beziehungen, meinten die Italiener. Sie zeigten sich daher nicht glücklich darüber, daß die SPD hier Vorbedingungen für eine Wiederzulassung nannte. Doch gaben sie sich zufrieden, als zugesichert wurde, es könne zwar die KPD aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht wieder zugelassen, aber jederzeit eine neue Kommunistische Partei gegründet

---

[59] Vgl. DzD, 1966-1967, Kommuniqué über die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Karlsbad, S. 1053. Die SED sandte hierauf einen Brief an die Union, den diese allerdings brüsk zurückwies; vgl. BPA, Heck am 28.6.1967 im NDR, Anhang.

[60] Timmermann, Im Vorfeld der neuen Ostpolitik, S. 390.

[61] Brandt, Begegnungen, S. 290.

werden. Auf ihre Frage, warum Ulbricht das denn nicht schon längst getan habe, mutmaßte Bauer ironisch, vielleicht aus Angst, eine neue KP könne sich so wie die KPI entwickeln. Die Bemerkung löste Heiterkeit bei den Italienern aus[62].

Überhaupt schien die Verständigung zwischen den Vertretern beider Parteien sehr viel leichter zu sein, als die Deutschen nach der Abschottung durch die Karlsbader Beschlüsse befürchtet hatten. Die Repräsentanten der KPI beharrten zwar auf den Bedingungen der Konferenz, wonach die Bundesrepublik unter anderem alle bestehenden Grenzen sowie die Existenz des anderen deutschen Staates akzeptieren müsse. Aber sie verlangten keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR, und es reichte ihnen aus, wenn die Deutschen die bestehenden Grenzen im Rahmen eines Gewaltverzichts hinnahmen. Franke soll dieser Sichtweise für die Sozialdemokraten zugestimmt haben. Falls die DDR in den Gewaltverzicht einbezogen und so ihre staatliche Existenz samt der Oder-Neiße-Grenze anerkannt werde, wäre dies „sehr begrüßenswert" und könne zu „Hoffnungen auf eine europäische Sicherheitslösung Anlaß geben", soll Franke nach einem Bericht *Des Spiegel* gesagt haben. Auf weitere Vorleistungen der Bundesrepublik, die in Karlsbad gefordert worden waren, bestanden die Italiener offenbar nicht. Vor dem ZK seiner Partei sprach sich Segre wenig später für die Unterstützung der „Brandt zugeschriebenen Absichten" aus, lobte die neue Ostpolitik der SPD und deren mutige „Schritte auf dem Wege der Anerkennung der zwei Deutschlands"[63].

Die Sozialdemokraten interessierten sich ihrerseits für die politischen Westeuropavorstellungen der Kommunisten. Brandt fand beispielsweise den Hinweis interessant, daß die KPI besonderen Wert darauf lege, im EG-Parlament durch ihre Abgeordneten vertreten zu sein[64]. Aber vor allem kam es der SPD auf mögliche positive Reaktionen der SED an. Würde sie, würden andere kommunistische Parteien überhaupt an einem gemeinsamen Konzept der Ostpolitik Interesse zeigen? Diese Frage beschäftigte auch die KPI. Segre und Galluzzi reisten nach dem Treffen nach Ost-Berlin und unterbreiteten dort den Inhalt der Gespräche. Innerhalb der SED gab es natürlich Vorbehalte. Die Italiener bekamen zu hören: „Das sind doch alles Kapitalisten, ihr werdet das schon noch merken."[65] Doch die deutschen Kommunisten akzeptierten die Gespräche der italienischen Bruderpartei mit der SPD und schickten im Februar 1968 eine Delegation für zwölf Tage nach Rom, um die Interessenlage zu sondieren. Stolz berichteten die Italiener Brandt von dieser Entwicklung; der deutsche Außenminister verwandte sich seinerseits bei seinem italienischen Ministerkollegen, dem Christdemokraten Amintore Fanfani, für die Erteilung von Diplomatenvisa an die DDR-Delegation. Auf diesem Weg umging man die Schwierigkeiten, die es in jenen Jahren bei der Einreise von DDR-Bürgern in Nato-Länder gab.

Worum es sich im einzelnen bei diesen Gesprächen drehte, ist nach wie vor unklar. Sicher ist, daß die Ost-Berliner von den Westdeutschen demonstrative Taten verlangten, die die Ernsthaftigkeit ihrer ostpolitischen Bemühungen bewiesen. Dabei ging es nicht nur um die Frage der Zulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik. Auch über Einflußmöglichkeiten von Kommunisten in den Gewerkschaften sowie das künftige Verhältnis zwischen den beiden großen Arbeiterparteien wurde gesprochen[66].

---

62 Vgl. Der Spiegel, 8.4.1968, S. 28.
63 L'Unità, 16.2.1968; vgl. Timmermann, Im Vorfeld, S. 393.
64 Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 291.
65 Der Spiegel, 8.4.1968, S. 28.
66 Vgl. Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988; siehe auch Timmermann, Im Vorfeld, S. 394.

Die SED in Rom

Paul Verner, Politbüromitglied und ZK-Sekretär, in den sechziger und siebziger Jahren zweiter Mann hinter Ulbricht und dann Erich Honecker, war der Spitzenrepräsentant der Sozialistischen Einheitspartei in Rom. Verners Entsendung muß als Zeichen für das starke Interesse Ost-Berlins an diesen Gesprächen gewertet werden. Er wurde begleitet von Werner Jarowinsky, Kandidat für das Politbüro und ZK-Sekretär, von Alois Bräutigam, dem ersten Sekretär der Erfurter Bezirksleitung, sowie den Mitgliedern des Zentralkomitees Alfred Kurella und Klaus Mehlitz, einem Italienspezialisten.

Was wollte die SED? Für ihre Delegation ging es zunächst darum, zu erfahren, ob sich überhaupt eine Basis für ein Gespräch zwischen SPD und SED finden ließ. 1966 war der Versuch gescheitert, einen Redneraustausch zwischen beiden Parteien zu organisieren. Ulbricht hatte damals aus Angst vor den Folgen und vermutlich auch auf Druck der Sowjets dieses Vorhaben aufgegeben[67]. Die Bereitschaft zum Dialog war nur vorhanden, wenn sich für die SED sichere Vorteile abzeichneten: Von der SPD erwartete das Politbüro, daß sich die Partei für die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik einsetzte. Die Vertreter der SED übertrugen der KPI die Aufgabe, zu erkunden, inwieweit die SPD im Sinne der in Karlsbad formulierten Grundsätze Entgegenkommen signalisierte. Nach ihrer Rückkehr veröffentlichte die Delegation in Ost-Berlin ein Kommuniqué, das, verglichen mit früheren Dokumenten, an Schärfe verloren hatte. Einige der Vorbedingungen des Karlsbader Programms waren sogar beiseite gelassen worden, etwa die Anerkennung West-Berlins als besonderer politischer Einheit sowie die Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Beginn an. Es fehlte auch die sonst übliche Kritik an der Einstellung der Bundesregierung zum Atomsperrvertrag. Im Mittelpunkt des Kommuniqués stand die Behauptung, „daß die Durchsetzung einer Politik der europäischen Sicherheit die Verständigung der kommunistischen, sozialistischen, sozialdemokratischen und christlichen Kräfte" erfordere. Diesen Satz hatten die italienischen Kommunisten der SED als Preis für die Vermittlung des Kontaktes zur SPD abgerungen. Die Italiener waren stolz auf diesen Erfolg. Das Bekenntnis zur Gemeinsamkeit schien ihnen eine vielversprechende Grundlage für weitere Gespräche zu sein[68].

Im März 1968 kamen die Vertreter der KPI erneut mit denen der SPD zusammen. Diesmal traf man sich in München. Neben Bauer und Franke reiste jetzt auch der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Bahr, an – ein Hinweis darauf, daß die „Kontakte das Stadium bloßer Sondierungen überwunden hatten und in konkrete Regierungsinitiativen umgesetzt werden sollten"[69]. Über das Ergebnis der Gespräche und deren Inhalt bewahrte die SPD Stillschweigen. Aber die Italiener rechneten es sich ihren Vermittlungsdiensten an, daß Brandt am 18. März auf dem Nürnberger Parteitag der Sozialdemokraten erklärte, es gebe eine Notwendigkeit der „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Grenze" – zumindest bis zu einer friedensvertraglichen Regelung. Auf der anderen Seite kritisierte die KPI, daß die SPD nach wie vor nicht für die Anerkennung der DDR eingetreten sei. An diesem Punkt seien die Meinungen anscheinend auseinandergegangen, urteilt Heinz Timmermann. Die Sozialdemokraten hätten behauptet, für

---

[67] Vgl. Bender (Neue Ostpolitik, S. 97), der behauptet, Moskaus Botschafter Abrassimow habe den Ausschlag gegeben. Er habe die anderen Ostbotschafter davon in Kenntnis gesetzt, die Sache werde nicht stattfinden.

[68] Vgl. Timmermann, Im Vorfeld, S. 395.

[69] Ebenda.

einen solchen Schritt sei die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik noch nicht reif, was die Kommunisten allerdings nicht gelten lassen wollten[70].

Enttäuschung bereitete es den Italienern auch, daß die SED an ihrer starren, mißtrauischen Einstellung gegenüber den Sozialdemokraten festhielt. Nach wie vor kritisierte etwa *Neues Deutschland* die sozialdemokratischen Minister. So hieß es im Juni 1968, sie würden vom „westdeutschen Imperialismus" eingesetzt, um die „sozialistischen Länder gegeneinander auszuspielen"[71]. Immerhin zeigten sich wenigstens die Sozialdemokraten zufrieden. Als die Tatsache, daß Gespräche Anfang April 1968 stattgefunden hatten, an die Öffentlichkeit drang, erklärte ihr *Parlamentarisch-Politischer Pressedienst*, das Präsidium habe den Bericht über das Gespräch mit Vertretern der Kommunistischen Partei Italiens „mit Befriedigung" zur Kenntnis genommen. Solche Gespräche lägen im Interesse der deutschen Politik. Man habe sich auf die Fortführung der Gespräche nach einer Denkpause geeinigt[72].

Die verheimlichten Gesprächsthemen zwischen SPD und SED

Für die Sozialdemokraten ging es darum, abzuschätzen, inwieweit eine Annäherung an die SED Möglichkeiten eröffnen würde. Es war notwendig geworden, Beziehungen zur kommunistischen Partei aufzubauen, „ohne daß man sich gegenseitig ins Gesicht schlug", wie Kreutzer später erläuterte[73]. Zuerst mußte aber einmal „taxiert" werden, welche Chancen für Übereinkommen überhaupt bestanden. Das war das Hauptziel der sozialdemokratischen Delegation[74]. Umgekehrt galt dies auch für die SED. Sie wollte Beweise dafür, daß die SPD ihre politischen Vorstellungen ernst meinte und nicht nur auf propagandistische Effekte bedacht war. Kreutzer, der enge Mitarbeiter Wehners, hat später im Gespräch mit dem Verfasser behauptet, daß die Sozialistische Einheitspartei die SPD durch ihre Mittelsmänner wissen ließ, ihr käme es vor allem auf zwei Forderungen an: Erstens solle die kommunistische Agitation in den westdeutschen Gewerkschaften wieder toleriert werden. Zweitens solle die ideologische Auseinandersetzung der SPD mit der Sozialistischen Einheitspartei zurückgestellt werden. Kreutzer beruft sich dabei auf Informationen, die ihm von Bauer gegeben worden sind. Den Aussagen Bauers folgend, ist es nicht zu Absprachen zwischen den Delegationen gekommen. Aus gutem Grund verheimlichte allerdings die SPD die beiden Diskussionsthemen, als Anfang April 1968 erstmals Hinweise über die KPI-Kontakte an die Öffentlichkeit gelangten. Falls die Union über den Gesprächsgegenstand informiert worden wäre, hätte dies mit Sicherheit zum Ende der Großen Koalition geführt.

---

[70] Vgl. ebenda, S. 396: „Über die Kernfrage einer europäischen Entspannung – Lösung des Deutschlandproblems – gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Die KPI mußte erkennen, daß die SPD dem von ihr vorgelegten Tempo in diesem Bereich nicht folgen konnte oder wollte."

[71] Neues Deutschland, 12.6.1968.

[72] Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 5.4.1968; Timmermann, Im Vorfeld, S. 396. Tatsächlich trafen sich Bauer und seine italienischen Kollegen weiterhin. Darüber hinaus fand nach der Bundestagswahl im Herbst 1969 eine öffentliche Diskussion in den beiden Parteiorganen Rinascita und Die Neue Gesellschaft – Bauer war 1968 Chefredakteur der SPD-Zeitschrift geworden – über Fragen der Sicherheit in Europa statt, die schon im Mai/Juni-Heft von Die Neue Gesellschaft [3 (1969), S. 235 f.] angekündigt worden war.

[73] Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988.

[74] Vgl. Schmoeckel/Kaiser (Vergessene Regierung, S. 194), die dies zum Ansatzpunkt ihrer Kritik nehmen und der SPD Täuschung des Koalitionspartners vorwerfen.

Die Bedeutung der Kontakte

Die Forderungen der SED-Delegation müssen von den Sozialdemokraten damals als sehr hoher Preis für eine Annäherung zwischen den Parteien eingeschätzt worden sein. Die Einheitspartei verlangte offenbar eine Umkehr der SPD-Entwicklung seit den fünfziger Jahren. Im Godesberger Programm von 1959 hatte die Sozialdemokratie dem Marxismus in aller Form abgeschworen. Sie hatte damals für ihre Partei beschlossen, sich vom Kommunismus noch deutlicher abzugrenzen, um den von ihr angestrebten, demokratischen Sozialismus glaubhaft zu machen. Das hatte Auswirkungen für die Ostkontakte, besonders diejenigen mit der SED, nicht aber für die ideologische Auseinandersetzung mit den osteuropäischen Kommunisten. In den „Richtlinien für Ostkontakte" vom 30. Januar 1960 hatte die SPD erklärt, sie müsse dem Kommunismus einen dynamischen, selbstbewußten Offensivkurs der freiheitlichen Demokratie entgegensetzen. „Unsere Antwort auf die Herausforderung der kommunistischen Welt ist die Verwirklichung der sozialen Demokratie", hieß es da. Diese müsse sich entfalten in einer „auf Frieden und Entspannung gerichteten, gleichwohl die prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht scheuenden Außenpolitik, einer beharrlichen Wiedervereinigungspolitik, einer den Geist der Demokratie allseitig mobilisierenden Innenpolitik, kraftvollen wirtschafts-, bildungs-, sozial- und entwicklungspolitischen Initiativen und in einem sorgfältigen, objektiven Studium der Vorgänge im kommunistischen System"[75].

Jetzt forderte die SED, daß die Sozialdemokratie die Auseinandersetzung um das ideologische Ziel zurückstellen solle. Das Politbüro fürchtete, besonders seit dem geplanten Redneraustausch 1966, die Konkurrenz der westdeutschen SPD im eigenen Staat[76]. Wenn die SPD an einer erfolgreichen Fortsetzung der deutschen Ostpolitik interessiert sei, so die Forderung, dann mußten diese sozialdemokratischen Angriffe gegen die Ideologie der SED verstummen.

Da die SPD die Gesprächsthemen geheimhielt und nicht offen diskutierte, gibt es kaum einen Hinweis darauf, ob ihre Führung tatsächlich dazu entschlossen war, die Möglichkeit kommunistischer Tätigkeit in der Bundesrepublik auszuloten. Es existiert in den Unterlagen dennoch ein Dokument, das immerhin Wehners Bemühungen belegt, zumindest eine der angesprochenen Forderungen auf ihre Durchsetzbarkeit beim Koalitionspartner hin zu testen. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende hatte sich zu Beginn des Jahres 1968 an Kiesinger und Barzel mit der Bitte gewandt, man solle überprüfen, ob man den Kommunisten in der Bundesrepublik Diskussionsfreiheit zubilligen könne. Das betraf also offenbar die Forderung nach Zulassung einer Kommunistischen Partei, aber auch nach Freigabe kommunistischer Agitation innerhalb der Gewerkschaften. Barzel wies dies daraufhin in einem Brief vom 15. Februar 1968 zurück: „Hinsichtlich der Tätigkeit einer erneuerten kommunistischen Partei oder einzelner Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland sehe ich weder eine Möglichkeit noch einen Anlaß, die Lage zu verändern, wie sie durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts normiert ist", schrieb er. „Sollte Herr Wehner wirklich den Kommunisten Diskussionsfreiheit hier einräumen wollen, so wäre dies wiederum eine einseitige Vorleistung von uns, ohne Gegenleistung

---

[75] Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, Die Alternative unserer Zeit vom 30.1.1960, S. 458.

[76] Vgl. Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988. Kreutzer erklärt das geringe Vertrauen der SED-Führung in die eigene Überzeugungskraft auch damit, daß die Parteiführer ein Minderwertigkeitsgefühl befangen machte, weil sie zum großen Teil aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammten. „Daneben gab es das Trauma, 1933 versagt zu haben, deswegen sind sie 100 Prozent moskautreu."

der anderen Seite." Er sei prinzipiell in allen Ost-West-Fragen der Meinung – ob es sich um Zeitungsaustausch oder Nichtverbreitungsvertrag handele -, daß die Frage der Gegenleistung gestellt werden sollte[77].

Der Brief gibt über das Mißtrauen Barzels gegenüber dem Koalitionspartner Aufschluß. Ohne von den Gesprächen in Rom zu wissen, deren Existenz erst Anfang April durchsickerte, vermutete der Unionsfraktionsführer, Wehner schone bewußt die SED vor berechtigten und notwendigen Forderungen. Der Fraktionsführer ging sogar soweit, dem Minister für gesamtdeutsche Fragen Vernachlässigung seiner Amtspflichten vorzuwerfen. In demselben Brief kritisierte Barzel, ihn habe Wehners Vortrag vor dem Dienstagskreis der Koalitionsspitzen zu aktuellen gesamtdeutschen Fragen „entsetzt". Er vermisse eine klare öffentliche Einlassung gegen den Verfassungsentwurf von Ulbricht[78]. Als wenige Wochen später die Kontakte zwischen SPD und KPI öffentlich bekannt wurden, fühlten sich Barzel und andere in der Unionsfraktion in ihrem Mißtrauen bestätigt.

Strauß hat behauptet, die SPD habe über die Kontakte zur KPI die spätere Brandtsche Ostpolitik nicht nur vorbereitet, sondern sogar abgesprochen. Die Ostpolitik habe ihren Ursprung in den römischen Geheimverhandlungen, meinte der CSU-Vorsitzende auch kurz vor seinem Tod in einer Besprechung von Schmidts Memoiren[79]. Brandt hat eben dies bestritten. Von den italienischen Kommunisten habe man lediglich Informationen über die Budapester Zusammenkunft des Warschauer Pakts erhalten, schreibt er in den *Erinnerungen*. Ausführlicher hat er sich dazu in den *Begegnungen und Einsichten* geäußert. Aber dort betont er, in erster Linie habe es sich nur um Informationen zur Haltung der KPI gehandelt, die die SPD interessiert habe[80].

Alles in allem haben wohl beide recht. Der Ursprung der Ostpolitik liegt in dem Willen der Sozialdemokraten, mit dem Osten einen Ausgleich zu suchen. Die Große Koalition war nur eine Station auf diesem Weg. Die SPD suchte nach gemeinsamen Interessen mit der SED, durch die konstruktive Beziehungen geknüpft werden konnten. Darin lag der Sinn der Gespräche, wie auch Bauer später bestätigte. Der Vertrauensmann Wehners und Brandts erläuterte und rechtfertigte im April 1968 die Kontakte öffentlich mit dem Hinweis, die gemeinsam formulierte Politik der Regierungserklärung vom Dezember 1966 könne nur erfolgreich verwirklicht werden, wenn die Widerstände im kommunistischen Lager überwunden würden. Dazu müsse man mit den Kommunisten reden und verhandeln. Man dürfe der SED nicht das Exklusivrecht für die Darlegung und Interpretation der Politik der Großen Koalition gegenüber den anderen kommunistischen Parteien überlassen. Und wörtlich sagte er: „Die Begegnung von Rom zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten dient ausschließlich dem Zweck der exakten Information und der klaren Interpretation der SPD-Politik und der Rolle der sozialdemokratischen Minister innerhalb der Bundesregierung."[81]

Auch Strauß hat mit seiner Meinung nicht unrecht, wenn er zugleich von einem die Ostpolitik vorbereitenden Schritt spricht. Allerdings trifft die Behauptung nicht zu, daß zwischen SPD und SED schon einzelne Etappen des künftigen Vorgehens festgelegt worden seien. Die Sozialdemokraten verpflichteten sich zu nichts. Sie erhielten erst eine Vorstellung von dem, was sie die Zusammenarbeit mit der SED „kosten" würde. Aber ihre

---

[77] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 15.2.1968.

[78] Siehe Weber (Geschichte der DDR, S. 386) zum Entwurf, der im Februar 1968 in der DDR bekanntgegeben worden war und am 6.4. zum Volksentscheid vorgelegt und angenommen wurde.

[79] Vgl. Strauß, Das letzte Manuskript, in: Die Zeit, 7.10.1988.

[80] Vgl. Brandt, Erinnerungen, S. 182, sowie Begegnungen, S. 291 f.

[81] Frankfurter Rundschau, 5.4.1968; vgl. Timmermann, Im Vorfeld, S. 392.

Bereitschaft, sich auch hinter dem Rücken des Koalitionspartners über diese Probleme zu verständigen, trug dazu bei, daß sich die Hoffnungen der kommunistischen Parteien und Staaten Osteuropas von nun an auf die SPD konzentrierten.

Kiesinger gibt die Verteidigung des Koalitionspartners auf

Der Brief Barzels an Kiesinger vom 15. Februar 1968 zeigt, daß der Kanzler dem Fraktionsvorsitzenden ganz offensichtlich zustimmte, der Minister habe es versäumt, den neuen DDR-Verfassungsentwurf kritisch zu kommentieren. Die Unterstreichung des Hinweises auf die zu fordernden Gegenleistungen mit einem dicken Filzstift weist auf diesen Sachverhalt hin. Zudem hatte Kiesinger Barzels Bekenntnis, er sei „entsetzt", noch durch ein dickes Ausrufezeichen am linken Rand des Briefes kommentiert und den Eindruck der Zustimmung dadurch verstärkt. Es war ein erstes, schwaches Anzeichen dafür, daß der Kanzler sich von der Deutschlandpolitik seines Ministers abzusetzen begann. Vermutlich war er es leid geworden, den Koalitionspartner andauernd wegen der Übertretung der Richtlinien in der Deutschland- und Ostpolitik vor den eigenen Parteileuten in Schutz zu nehmen.

Kaum waren fünf Monate vergangen seit dem Kreßbronner Treffen. Nicht nur hatten sich Brandt und Bahr fortwährend über die damals beschlossene Linie hinweggesetzt; auch Wehner hatte erneut seine eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen ohne vorherige Absprache mit dem Kanzler Journalisten dargelegt. Während sich Kiesinger zu einem Staatsbesuch in Italien aufhielt, meldeten am 2. Februar 1968 einige Zeitungen „brisante Thesen Wehners"[82]. Der Minister hatte der Pariser Monatszeitschrift *Réalités* ein Exklusivinterview gegeben und dort folgende Vorstellung einer künftigen Deutschlandpolitik in vorsichtigen, aber deutlichen Worten entwickelt: Zunächst sprach er von der Möglichkeit, daß zwei deutsche Staaten nebeneinander existieren könnten. Dann meinte er, ein Friedensvertrag müsse nicht notwendigerweise von einer Regierung eines wiedervereinigten Deutschland unterzeichnet werden, sondern könne auch von einer Regierung verhandelt werden, die von zwei Staaten für diese Aufgabe legitimiert worden sei. Noch einmal, wie ein Jahr zuvor, wies Wehner darauf hin, daß die Frage der Anerkennung dann gelöst werden könne, wenn in der DDR zumindest ein demokratisches Wahlrecht eingeführt worden sein sollte. Besonders heftig griff er die vier Großmächte, vor allem die Bündnispartner, an, die an der Festschreibung der Teilung Deutschlands schuld seien[83].

Kiesinger hat sich zu diesen Gedanken nicht öffentlich geäußert. Aber sie widersprachen seinen Zielen. In seinen Reden, besonders deutlich in der am 11. März abgegebenen Regierungserklärung, wiederholte er die Bereitschaft zu Gesprächen zwischen den Regierungen, aber nur, wenn die DDR auf ihre Vorbedingung einer völkerrechtlichen Anerkennung durch Bonn verzichte. Lediglich in der Frage des Gewaltverzichts unterbreitete der Kanzler jetzt ein scheinbar neues Angebot, das allerdings gar nicht so neu war. Schon in der Regierungserklärung war davon die Rede, das „ungelöste Problem der deutschen Teilung" in die Gewaltverzichtsverhandlungen mit einzubeziehen. Da aber Ulbricht sich weigerte, dieses Angebot überhaupt nur wahrzunehmen, erklärte Kiesinger im März 1968, die Bundesregierung erweitere den Kreis der vorgeschlagenen Themen „ausdrücklich" um das Thema des Gewaltverzichts[84].

---

[82] Hamburger Abendblatt, 2.2.1968.
[83] Vgl. Réalités, 2.2.1968.
[84] VdDB, 5. Wahlperiode, 158. Sitzung vom 11.3.1968, S. 8171.

Wehners Drang, ohne Rücksprache seine Vorstellungen öffentlich darzulegen, blieb für Kiesinger ein fortgesetztes Ärgernis. Die SPD-Gespräche mit den italienischen Kommunisten, die ihm durch den Bundesnachrichtendienst aufgedeckt wurden, empfand er jedoch als schwerwiegende Verletzung der ungeschriebenen Koalitionsgesetze. Die einseitige Aufnahme des Dialogs mit der SED widersprach dem Geist der Koalition. Daß die SPD nicht unabhängig von der Union eine Verständigung mit der Sozialistischen Einheitspartei herbeiführen konnte, hatte Wehner bereits anerkannt, als er im Vorjahr anläßlich des SED-Parteitages den Koalitionspartner von dem geplanten Brief an Ulbricht unterrichtete. Vertrauliche Kontakte zur SED widersprachen aber dieser Haltung. Eine tiefe Kluft zwischen beiden Regierungsparteien brach hier jetzt auf, die auch das persönliche Verhältnis belastete.

Informierte Wehner Kiesinger über die KPI-Kontakte?

Die Aufdeckung der Kontakte führte zu einer Wende in Kiesingers Haltung gegenüber dem Koalitionspartner. Bisher war er darauf bedacht gewesen, seine Eigenständigkeit in den Konflikten mit Brandt und Wehner zu wahren: Um sich nicht einfach hinter den Reihen der eigenen Parteileute zu verstecken, nahm er die Eskapaden Wehners und die „Entgleisungen" Brandts vor der eigenen Fraktion in Schutz. Das galt für Wehners Äußerungen zu Beginn des Jahres 1967 und für Brandts Bemerkungen zu den bestehenden Realitäten in Rumänien im Sommer desselben Jahres; schließlich gab es Kiesingers zitierten hilflosen Versuch, den Gegensatz zur Erklärung zu überdecken, die der Vorsitzende auf dem SPD-Parteitag zur Oder-Neiße-Linie Ende März 1968 abgegeben hatte. Aber die Suche nach Verständigung zwischen SPD und SED hinter seinem Rücken zwang den Kanzler dazu, erstmals in die Kritik seiner Fraktion gegen den Koalitionspartner einzustimmen.

Kiesinger ist das nicht leichtgefallen. Er befürchtete, beide Koalitionsparteien könnten sich so weit entfremden, daß dadurch die Basis seiner Regierung in Frage gestellt würde. Aber vermutlich gab es noch einen anderen Grund für sein anfängliches Zögern, die Eigenmächtigkeit des Koalitionspartners zu verurteilen. Denn möglicherweise trifft der Vorwurf von Strauß nicht die Wahrheit, Wehner habe ein „hinterhältiges Spiel" getrieben und mit den italienischen Kommunisten gegen die eigene Regierung und gegen ihren Chef gearbeitet[85]. Ein Dokument vom Januar 1968 deutet darauf hin, daß Kiesinger von Wehner zumindest über die Ergebnisse des ersten Treffens beider Parteien im Rom vom November 1967 unterrichtet worden ist[86]. Unter dem 31. Januar 1968 sandte Wehner folgende handschriftliche Notiz an Kiesinger: „Hier ist der Bericht, über den ich gesprochen habe. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie von den Namen, die er enthält, keinen Gebrauch machten. Leider fehlt ein kurzer spezieller Hinweis auf die besonderen Vorstellungen der dortigen Kommunisten über direktes Zusammenspielen mit ‚der Kirche', den mir der Verfasser gegeben hat, der aber nicht zu dem Bericht gehörte. In der Eile konnte ich diese paar Zeilen nicht auftreiben."[87]

---

[85] Strauß, Erinnerungen, S. 404.

[86] Vgl. Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 190. Dort hat der ehemalige Bürochef Kiesingers in Bonn, Schmoeckel, bestätigt, daß Wehner Kiesinger auf „ausdrückliche Nachfrage" eine Aufzeichnung der Gespräche Ende Januar 1968 übergeben hat. Sie habe aber kaum etwas über die von der SPD angeschnittenen Gesprächsthemen enthalten.

[87] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 31.1.1968.

Obwohl die zuerst erwähnte Anlage – außer der Ulbricht-Rede – nicht mehr bei den Akten zu finden ist, sprechen mehrere Gründe dafür, daß Kiesinger hier der sozialdemokratische Bericht über das erste Treffen mit der KPI übersandt wurde. Der Hinweis auf die „dortigen Kommunisten" in Wehners Brief deutet darauf hin. Natürlich könnte es sich auch um andere Kommunisten im östlichen Teil Europas handeln. Erhellend ist hier aber das Stichwort „Kirche", das vermutlich auf die damaligen Bestrebungen des Vatikans anspielt, sich mit den kommunistischen Parteien in Osteuropa zu verständigen[88].

Ein weiterer Hinweis darauf, daß es sich um das Gesprächsprotokoll mit Vertretern der italienischen Kommunisten handelte, ist der Zusammenhang mit der DDR, wie ihn Wehner mit der Rede Ulbrichts zur neuen Verfassung herstellt. In der Rede vom Februar 1968 wollte der Minister das Augenmerk des Kanzlers auf Aussagen zur Einheit Deutschlands lenken. Ulbricht hatte da unter anderem ausgeführt, wenn die Kommunisten auch nichts mit der imperialistischen Gesellschaftsordnung Westdeutschlands verbinde, so verbinde sie mit den westdeutschen Arbeitern, den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz die gemeinsame sozialistische, demokratische und friedliche Zukunft[89]. Dieser Satz erinnert an die zentrale Passage im Kommuniqué des römischen Treffens zwischen den deutschen und den italienischen Kommunisten, die die KPI der SED abgerungen hatte.

Und es existiert noch ein weiteres Dokument, das die These stützt, der Kanzler habe von den SPD/SED-Kontakten über die italienischen Mittelsmänner gewußt: der offizielle Text einer ersten Reaktion des Bundeskanzleramts vom 3. April 1968 auf die über die Medien verbreitete Nachricht, es hätten Gespräche zwischen Vertretern der SPD und der KPI stattgefunden. Vor der Fraktion erklärte der Kanzler später, er sei überrascht worden, erst der Bundesnachrichtendienst habe ihn informiert. Davon waren auch engere Mitarbeiter wie der persönliche Referent, Neusel, der Staatssekretär im Presseamt, Diehl, und der Staatssekretär im Kanzleramt, Carstens, überzeugt. Kiesinger sei über den BND in Pullach auf die Kontakte aufmerksam gemacht worden, erklärten sie noch Jahre später. Von den Informationen Wehners an Kiesinger ahnten sie nichts[90].

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion Rasner hatte aber recht, als er an den veröffentlichten Aussagen Kiesingers zweifelte. Am 5. April, zwei Tage nach dem Bekanntwerden der KPI-Kontakte, schickte er ein Schreiben ans Bundeskanzleramt. Einfach „zur Klärung" übermittle er noch einmal den Wortlaut der *DPA*-Meldung vom 3. April, 17.58 Uhr: „Bonn, Bundeskanzler Kiesinger war über die Kontakte deutscher Sozialdemokraten mit Vertretern der Kommunistischen Partei Italiens unterrichtet. Mit dieser Erklärung nahm der Sprecher der Bundesregierung, Diehl, am Mittwoch in Bonn zu Äußerungen eines Sprechers des SPD-Vorstandes in Bonn vom Sonntag Stellung. Diehl wies darauf hin, daß diese Gespräche ausschließlich in die Verantwortung der SPD fielen." Rasner erklärte, später sei verlangt worden, in der Meldung 191 hinter das Wort „unterrichtet" als Ergänzung das Wort „worden" einzufügen. Von einer „nachträglichen" Unterrichtung sei in keiner dieser *DPA*-Meldungen die Rede. „Sie werden, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, mit mir sicher darin übereinstimmen, daß die

---

[88] Vgl. Stehle, Die Ostpolitik des Vatikans, S. 334 ff., und ders., Neue Aspekte und Methoden vatikanischer Ostpolitik; Papst Johannes XXIII. hatte seit 1962 den Versuch unternommen, mit den kommunistischen Parteien in Osteuropa ins Gespräch und zu Verhandlungen zu kommen; vgl. Barzel (Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988), der diese Sicht bestätigt.

[89] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Anlage zu Wehner an Kiesinger vom 31.1.1968.

[90] Vgl. Carstens, Diehl, Neusel, Gespräche mit dem Verfasser, 29.11.1989, 29.11.1989, 30.11.1989.

DPA-Meldung keine andere Auslegung zuläßt, als die, die wir hier in der Fraktion ihr gegeben hatten."[91]

Vielleicht hatte sich Rasner nicht getäuscht. Möglicherweise wollte Kiesinger zunächst gar nicht verdecken, daß man ihn über die Gespräche informiert hatte. Aber vermutlich hatte der Kanzler die Sprengkraft dieser Nachricht unterschätzt. Als er dann die aufgeregten Reaktionen seiner Parteifreunde erlebte, hatte er es für besser gehalten, einfach zu erklären, daß er von der Sache erst nachträglich unterrichtet worden sei. Mitte April 1968 bestätigte dann Longo, daß es zwischen ihm und Kiesinger, anläßlich der Italienreise des Bundeskanzlers im Februar 1968, zu einem Meinungsaustausch gekommen sei[92]. Longo berichtete, er habe mit dem deutschen Kanzler in wenigen Minuten viele Themen angesprochen: das Verbot der kommunistischen Partei in Deutschland, die Probleme der europäischen Sicherheit, die Grenzfrage, die Anerkennung der DDR. Es sei ein schneller Gedankenaustausch gewesen. Auch dies deutete darauf hin, daß der Kanzler eine Vorstellung von den Gesprächen gehabt haben mußte. Longo erklärte, er habe den Eindruck gewonnen, daß Bundeskanzler Kiesinger die Kontakte zwischen den italienischen Kommunisten und der SPD bekannt gewesen seien[93].

Aber der Kanzler blieb weiterhin bei seiner Behauptung: Die SPD habe sich hinter seinem Rücken und ohne Absprache mit der Union zu Gesprächen mit der KPI getroffen. Am Donnerstagabend, dem 4. April 1968, wurde im sogenannten Dienstagskreis die Sache zur Sprache gebracht. Dieses wöchentliche Treffen der wichtigsten Führer beider Koalitionsparteien hatte nach dem Kreßbronner Gespräch Ende August 1967 langsam dessen Funktion übernommen. Zunächst hatte man dort die Antwort auf den zweiten Stoph-Briefes beraten, die Kiesinger am 28. September 1967 abschickte. Vor allem aufgrund der Verhandlungen um den Stoph-Brief wurde das inoffizielle Gremium nun zum bestimmenden Koalitionsgespräch der Führer beider Parteien. Ständig gehörten dem Kreis neben Kiesinger von der CDU Carstens, Heck, Rasner, von der CSU Stücklen und Guttenberg sowie von der SPD Brandt, Franke, Wehner und Karl Wienand an. Aber die Zusammenkunft verlief diesmal anders als von Unionsseite erwartet. Der Koalitionspartner zeigte sich keineswegs zerknirscht und kleinlaut; insbesondere galt das für Wehner. Es war ganz allgemein eine Eigenheit Wehners, wenn er sich angegriffen fühlte: Er griff seinerseits an, um Attacken zuvorzukommen. Immer wenn Wehner in die Defensive gedrängt worden sei, habe sich sein „Kämpferherz" gezeigt, meinte Carstens später. So auch bei dieser Sitzung. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende habe sich zur Verblüffung der Unionsmitglieder vehement darüber beschwert, daß der Geheimdienst seine Erkenntnisse nicht auch ihm vorgelegt habe[94]. Auch der Vorsitzende fühlte sich umgangen. Brandt klagte noch zwanzig Jahre später über diesen Akt parteipolitischer Einseitigkeit einer Regierungsinstitution. „Mich zu unterrichten oder meine Stellungnahme als Parteivorsitzender einzuholen, hielt niemand für notwendig oder zweckmäßig", schrieb er zornig[95].

---

[91] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, Rasner an Kiesinger vom 5.4.1968.

[92] Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 290. Die konservative Presse warf zunächst Brandt vor, ein längeres Gespräch mit Longo geführt zu haben. Aber das traf offenbar nicht zu. Der Außenminister hatte nur einen Satz mit dem italienischen Parteiführer gewechselt, weil er schnell den Flughafen erreichen mußte. „Boshaft könnte man sagen: ich ließ Kiesinger mit Longo allein."

[93] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.4.1968.

[94] Carstens, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989, und Diehl, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989. Diehl erinnert sich, daß Wehner oft darüber klagte, bei der Zustellung von Briefen oder Memoranden, etwa aus Moskau oder Ost-Berlin, übergangen worden zu sein.

[95] Brandt, Erinnerungen, S. 182.

Die SPD fühlte sich unschuldig. Sie betrachtete die Kontaktaufnahme zur KPI als Parteiangelegenheit. Ihr Vorhaben dem Koalitionspartner mitzuteilen, hielt sie nicht für erforderlich[96]. Die Sozialdemokraten beharrten außerdem darauf, es hätten keine Geheimgespräche stattgefunden. Falls die Union Auskunft verlangt hätte, wäre sie informiert worden. Um diesen Standpunkt zu unterstreichen, händigte die SPD-Führung anschließend dem Kanzler das Protokoll der Münchner Sitzung aus[97]. Damit hatten beide Seiten ihre Auffassungen dargelegt. Die Angelegenheit wurde fortan in den gemeinsamen Gremien nicht mehr zur Sprache gebracht. Wehner wußte, daß damit die Sache natürlich nicht bereinigt war. Um die Wogen etwas zu glätten und die Bedeutung herauszustreichen, die er nach wie vor dem Bündnis mit Kiesinger beimaß, erklärte er Kiesinger handschriftlich in einem Geburtstagsbrief zwei Tage später, am 6. April: „Erlauben Sie mir, bitte, Ihnen heute auch ganz persönlich viele gute Wünsche auf Ihrem Weg ins neue Lebensjahr mitzugeben." Er wünsche Kiesinger die Kraft, das große Werk zu meistern, das der Kanzler begonnen habe; auch die Kraft, „die Liebe aufzubringen, die notwendig ist, weil dieses Werk mit Menschen geschaffen werden muß, die Schwächen haben oder in vielem anders denken". „Seien Sie versichert, daß ich zu meinem Teil helfen will. Es kommt wohl sehr darauf an, daß der Kern nicht faul werde. An diesem Tag danke ich Ihnen dafür, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, mit zu wirken und ein wenig mit zu raten."[98]

Das war ein hochinteressantes Schreiben, weil es die Meinungsverschiedenheiten gar nicht zu überbrücken versuchte, sondern die Probleme deutlich beim Namen nannte. Wehner sprach vermutlich von sich selbst, wenn er dem Kanzler die Kraft wünschte, Verständnis für diejenigen Menschen aufzubringen, die „Schwächen haben oder in vielem anders denken". Spielte der Minister hier auf die heimlichen Kontakte an, wenn er von „Schwächen" sprach, oder meinte er seinen ständigen Drang, mit den Kommunisten der DDR in einen Dialog einzutreten? Wehner war sich darüber im klaren, daß er und die anderen Sozialdemokraten „in vielem anders" dachten als der Kanzler und dessen Partei. Er beschrieb hier genau das Problem der Koalition: Kiesinger und er mußten in ihren eigenen Parteien und in der Öffentlichkeit die Verbindung immer wieder bekräftigen und das gemeinsame Bündnis zu erhalten suchen. Dieser Grundsatz galt selbst dann, wenn die beiden führenden Persönlichkeiten Meinungsverschiedenheiten trennten. Daß der „Kern nicht faul" werde – darauf müßten beide achten, schrieb daher Wehner. Aber diese Mahnung richtete er vermutlich an sich selbst. Denn hatten nicht die Sozialdemokraten gerade den Koalitionsgeist verletzt? Hatte die Union nicht zu Recht angemahnt, daß die SPD-Führung den Rahmen der Gemeinsamkeiten übertreten hatte? Oder handelte es sich hier nicht doch um eine versteckte Kritik an Kiesinger, die darauf deutete, daß der Kanzler von seinem Minister unterrichtet worden war und jetzt so tat, als habe man ihn hintergangen?

Wie dem auch sei, Wehner war auf Versöhnung bedacht. Zusätzlich zu seinem Brief sandte der Minister eine Abschrift des Bundestagsprotokolls vom Vortage. Er hatte es

---

[96] Vgl. Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 185 f. Die Union machte der SPD eher einen Verstoß gegen den ungeschriebenen Verhaltenskodex in einer Koalition zum Vorwurf.

[97] Vgl. Timmermann, Im Vorfeld, S. 397. Es habe nur ungenaue öffentliche Angaben der SPD gegeben, die allerdings besagten, daß sie die Union rechtzeitig (!) informiert habe. Das Münchner Gesprächsprotokoll sei dem Kanzler ohne geheimnisvolle Umstände von der SPD selbst überreicht worden – „ein Argument mehr übrigens gegen die These, die Verhandlungen seien hinter dem Rücken des Kanzlers geführt worden", meint Timmermann.

[98] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 6.4.1968.

Kiesinger handschriftlich gewidmet: „Dem Herrn Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger in respektvoller Zueignung. 6. IV. 1968. Herbert Wehner." Die Textstelle dokumentiert die Entschiedenheit, mit der er dem Versuch der Opposition entgegentreten war, die unterschiedlichen Auffassungen der beiden Regierungsparteien in der Ost- und Deutschlandpolitik herauszustreichen. Der FDP-Vorsitzende, faßte Wehner zusammen, habe vor dem Bundestag erklärt, in der Öffentlichkeit sei immer noch der polemische Streit darüber im Gange, ob denn nun die Politik, die von dieser Regierung vertreten werde, die „bewährte alte" oder eine „dynamisch neue" Politik sei. Beim zweiten Teil seiner Frage habe der Herr Kollege Scheel betont, jetzt schaue er hinüber zur SPD-Fraktion[99]. Aber die Antwort auf die Frage, eine ganz rhetorische Frage, wie Wehner anmerkte, die hier in bezug auf die Politik gestellt worden sei, könne gar nicht sensationell sein. „In bezug auf die Deutschlandpolitik ist es die Politik, die das Kräfteverhältnis möglich macht", betonte Wehner vor den Abgeordneten, „angesichts einer Lage, die nur sehr gradweise mit unseren eigenen Kräften verändert werden kann. Wer darüber hinwegreden möchte, der täuscht sich gewaltig über die Härte des Geländes, auf dem, in dem und durch das hindurch diese Politik gemacht werden muß."[100]

Indem Wehner die Große Koalition gegen Versuche des FDP-Vorsitzenden verteidigte, sie in der Außenpolitik auseinanderzudividieren, bewies er seine ungebrochene Treue zum Bündnis mit Kiesinger. Aber Wehner wäre nicht Wehner gewesen, wenn er das Bekenntnis nicht auf seine Weise abgelegt hätte! Er widersprach nicht ausdrücklich der Behauptung von unterschiedlichen Standpunkten, sondern erklärte lediglich, das Gelände sei „unwegsam". Dennoch – für Kiesinger sollten die Worte bedeuten, in der Deutschlandpolitik zögen beide nach wie vor an einem Strang. Das stimmte aber so nicht mehr. Bisher hatte sich der Kanzler immer bereit gefunden, den Initiativen seines Ministers nachzugeben. Um des Koalitionsfriedens willen hatte er auch da eine Politik mitgetragen, wo ihm selbst Zweifel über den Sinn eines Unternehmens gekommen waren. Die beiden Briefe an Stoph zählten dazu. Jetzt, nach der Aufdeckung der KPI-Kontakte und der deutlichen Distanzierung vom Bündnispartner, zeigte der Regierungschef nicht mehr die gleiche Bereitschaft, die SPD gewähren zu lassen. Mehr und mehr verfolgte er seine politische Leitlinie, die Annäherung an Moskau – unabhängig von Brandts Bemühungen, aber nicht um jeden Preis. Kiesinger kritisierte die DDR nun unbefangener als entspannungsfeindlich, und sie machte es ihm leicht: Anstatt die Bundesregierung beim Wort zu nehmen und Verhandlungen über die am 12. April 1967 vorgeschlagenen Themen einzuleiten, provozierte sie im Frühjahr 1968 eine dritte Krise um Berlin, die sogenannte „kleine Berlin-Krise".

[99] VdDB, 5. Wahlperiode, 168. Sitzung vom 5.4.1968, S. 8955.
[100] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Anlage zu Wehner an Kiesinger vom 6.4.1968.

VI. Kurze Rückkehr zum Kalten Krieg – Kleine Berlin-Krise und Ende des Prager Frühlings

1. Kiesingers geschickte Isolierungspolitik gegenüber der DDR

Die Sowjetunion erlaubte der SED im Frühjahr 1968 erneut, die Berlin-Frage zu stellen. Moskau hatte schon zu Beginn des Kalten Krieges versucht, den 1944 zwischen den Alliierten ausgehandelten Status der ehemaligen Reichshauptstadt einseitig zu seinen Gunsten zu verändern. Im Londoner Protokoll vom September 1944 war der Beschluß festgehalten worden, neben den Besatzungszonen ein von allen Mächten zu besetzendes Gebiet Berlin zu schaffen[1]. Die Verwaltung Berlins oblag der Alliierten Kommandantur, die aus den Stadtkommandanten der einzelnen Mächte zusammengesetzt war. Die Kommandantur war dem höchsten Gremium, dem Alliierten Kontrollrat, unterstellt – außerhalb der zonalen Zuständigkeiten der jeweiligen militärischen Oberbefehlshaber. Nach der Kapitulation der Deutschen begann ab dem 1. Juli 1945 die Umgruppierung der durch die Aufnahme Frankreichs in den Rang eines Siegers nunmehr vier Mächte in die vereinbarten Zonen. Im Ausgleich für die drei Berliner Westsektoren – Berlin war von den Sowjets allein besetzt worden – erhielt Moskau jene von britischen und amerikanischen Truppen eroberten Gebiete im Westen der Sowjetzone. Berlin wurde ein von den anderen Zonen getrenntes Gebiet. Zu keiner Zeit hat es zu der sie umgebenden sowjetischen Besatzungszone gehört[2]. Die Westmächte gingen auch künftig davon aus, daß es keine Rolle spiele, wer ein Gebiet als erster besetzt habe. Sie waren 1944/45 der Meinung, daß Deutschland gemeinsam kontrolliert und verwaltet werden müsse. Daher gab es auch keine Vereinbarungen über den Zugang von und nach Berlin zu den westlichen Besatzungszonen.

Aber spätestens im Frühjahr 1947 ließen sich die unterschiedlichen politischen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Siegermächte nicht mehr in Einklang bringen[3]. Mit dem Ende der Verständigung über Deutschland wurde auch die interalliierte Verwaltung über Berlin eingestellt. Wenige Wochen nach dem Auszug der Sowjets aus dem Kontrollrat verließ der sowjetische Beauftragte am 16. Juni 1948 die Kommandantur. Eine Woche später verhängte Moskau eine Blockade aller Land- und Wasserwege zwischen Berlin und den Westzonen. Die Sowjetunion wollte durch diese drastische Maßnahme die Westmächte aus der früheren deutschen Hauptstadt hinausdrängen[4]. Aber sie unterschätzte den Durchhaltewillen der West-Berliner Bevölkerung ebenso wie den der

---

[1] Vgl. Steininger, Deutsche Geschichte, Band 1, Protokoll zwischen den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion betreffend die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin, 12.9.1944, S. 39.

[2] Vgl. Mahncke, Das Berlin-Problem, S. 657; Wetzlaugk, Berlin und die deutsche Frage, S. 21.

[3] Vgl. Loth, Die Teilung der Welt.

[4] Vgl. Benz, Die Gründung der Bundesrepublik, S. 11 ff.; Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands, S. 207; Mahncke, Das Berlin-Problem, S. 659; ders., Berlin im geteilten Deutschland, S. 43; Wettig, Aktionsmuster, S. 325. Zwar hatten die Sowjets die Blockade mit der Währungsreform in den westlichen Zonen gerechtfertigt, aber in der Geschichtsschreibung ist man sich darüber einig, daß es ihnen vorrangig um den Abzug der Westmächte ging. Wetzlaugk (Berlin und die deutsche Frage, S. 51) behauptet, die Sowjetunion habe den deutschen Weststaat verhindern wollen. Ähnlich beurteilt dies Smith (Clay, S. 465): Die Russen hätten das französische Zögern beobachtet, in die Bizone einzutreten, und wollten den Westen auseinanderbringen.

drei Mächte. Es gelang über die Luftbrücke, die drei Westsektoren Berlins mit dem Notwendigsten zu versorgen. Die Sowjets gaben im Mai 1949 die Blockade auf. Sie hatten weder erreicht, daß sich der Zusammenschluß der westlichen Zonen zur Bundesrepublik verzögerte, noch die Siegermächte gezwungen, Berlin zu verlassen. Statt dessen wurde das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Westmächten durch die Hilfsaktionen gefestigt und die Westintegration der Bundesrepublik beschleunigt. In dem zwischen den UN-Delegierten beider Supermächte, Philip C. Jessup und Jakob Malik, ausgehandelten Abkommen wurde der Status quo vom 1. April 1948 wiederhergestellt. Er schloß erstmals auch den deutschen Zivilverkehr mit ein. Allerdings duldeten die Westmächte, daß dieser Verkehr im Gegensatz zur Durchfahrt des Militärs Kontrollen unterworfen wurde[5]. Die Sowjetunion verweigerte jedoch die weitere Behandlung Berlins als Einheit, wie es die Westalliierten forderten. Schon vor der Blockade hatte sie im Osten der Stadt eine eigene Stadtverwaltung eingesetzt. Im Jahre 1949 erklärte sie sich nur unter der Voraussetzung zur Behandlung Berlins als Einheit bereit, wenn ihr ein Vetorecht – auch in den Westsektoren – eingeräumt werden würde. Dazu konnten sich Amerikaner, Briten und Franzosen nicht verständigen, und so blieb ein Rest der gemeinsamen Kontrolle nur durch die existierende Freizügigkeit innerhalb des Stadtgebietes erhalten. Aufgrund der Grenzschließung im Sommer 1952 war Berlin der einzigen Ort in Deutschland, wo Menschen aus dem Ost-Sektor und der DDR zusammentreffen konnten. Damals war ihnen bereits der Besuch der DDR untersagt worden. Der Mauerbau am 13. August 1961 setzte dem dann ein Ende und machte für zur Flucht entschlossene Ostdeutsche dieses Schlupfloch dicht.

Mit der Bildung von Bundesrepublik und DDR wurde versucht, die Berliner Teile dem jeweiligen Staat einzugliedern. Die Besatzungsmächte förderten diese Entwicklung in gewissem Maße, die Westmächte mit deutlichem, die Sowjets mit weniger klarem Vorbehalt. Im Parlamentarischen Rat und im Bundestag durften West-Berliner nicht als stimmberechtigte Mitglieder teilnehmen. Die Westmächte beharrten auf ihrer Ansicht, daß Berlin kein Land der Bundesrepublik sei und nicht von der Bundesregierung gelenkt werden dürfe[6]. Bundesgesetze galten in Berlin nicht Kraft der Autorität des Bundestages, sondern aufgrund von Übernahmegesetzen. Gesetze über Verteidigungsangelegenheiten hatten ebenso keine Geltung in Berlin. Auch als das Bundesverfassungsgericht die KPD in der Bundesrepublik verbot, blieb in Berlin die Sozialistische Einheitspartei West-Berlin (SEW) bestehen. Die Besatzungsmächte behielten sich ein Vetorecht vor, das erst am 3. Oktober 1990 erlosch. Wenn Berlin in internationale Verträge einbezogen werden sollte, mußte die Bundesregierung die Mächte vorher um ihre Zustimmung bitten. Als die Bundesrepublik 1955 souverän wurde, sicherten sich die Alliierten ausdrücklich im Vertragstext die Besatzungsgewalt über Berlin[7].

---

[5] Vgl. Riklin, Das Berlinproblem, S. 395 ff.; Gablentz et al. (Hrsg.), Dokumente zur Berlin-Frage.

[6] Siehe Schwartz, America's Germany, S. 64; McCloy wollte sich für Berlin als 12. Bundesland der Bundesrepublik einsetzen, aber sowohl die Franzosen wie auch Bundeskanzler Adenauer waren gegen diesen Plan; vgl. auch Schwarz, Adenauer, Der Aufstieg, S. 679 ff., und Wetzlaugk, Berlin und die deutsche Frage, S. 127.

[7] Vgl. Steininger, Deutsche Geschichte, Deutschlandvertrag vom 23.10.1954, Band 2, S. 403 f.; im Artikel 2 heißt es: „Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung."

Die Sowjetunion verfuhr mit Ost-Berlin auf ähnliche Weise, wenn auch mit geringerer Entschlossenheit. Zunächst wurde Ost-Berliner Volkskammerabgeordneten das Stimmrecht verweigert, aber als die Sowjetunion der DDR die Souveränität übertrug, verzichtete Moskau auf einen Vorbehalt. Lediglich in einer Erklärung vom 27. März 1954 behielt es sich Funktionen vor, die „sich aus den Verpflichtungen ergeben, die der UdSSR aus den Vier-Mächte-Abkommen" erwüchsen[8]. In den folgenden Jahren gab die UdSSR allerdings zunehmend ihre Vorbehalte auf. Nach der Übertragung des DDR-Wehrpflichtgesetzes auf das Stadtgebiet blieben nur noch „völlig bedeutungslose Residuen des früheren Rechtsstatus" übrig[9].

Nachdem die Bundesrepublik die Souveränität erworben hatte, wurde dort seit 1955 verstärkt der Wunsch geäußert, West-Berlin solle Hauptstadt und Regierungssitz werden. Damit sollten der Wille und die Entschlossenheit zur Wiedervereinigung der deutschen Staaten dokumentiert werden. Die Bewegung richtete sich gegen die Konsolidierung des Status quo durch die Integration beider deutscher Staaten in das jeweilige Bündnissystem. Der Vorschlag erhielt den Beifall aller Parteien im Bundestag, nur die Bundesregierung lehnte ab und verwies auf den Tatbestand, daß sie in keiner Stadt regieren könne, über die sie nicht volle Souveränität besitze. Immerhin kam im Februar 1957 ein Bundestagsbeschluß zustande, der die stufenweise Vorbereitung Berlins zur Übernahme der Hauptstadtrolle am Tag der Wiedervereinigung empfahl. Das war der Beginn für den konzentrierten Aufbau der Bundespräsenz durch die Verlegung von Bundesbehörden in den Westteil[10]. Etwa zur gleichen Zeit kam das Bundesverfassungsgericht zu dem Ergebnis, West-Berlin sei ein Land des Bundes. Diese Ansicht habe sich immer mehr Bahn gebrochen, urteilte das Organ, und allein die aufrechterhaltene Besatzungsgewalt verhindere die de jure-Mitgliedschaft des Landes im Bund[11].

Vor diesem Hintergrund startete der Generalsekretär der KPdSU im November 1958 einen zweiten Versuch, die Lage Berlins zum Vorteil der UdSSR zu verändern. Chruschtschow, seit dem 31. März 1958 auch Ministerpräsident der Sowjetunion, nutzte die scheinbar günstige Gelegenheit: Nach dem großen Erfolg des Sputnik-Starts schien Moskau Washington nicht nur technologisch überholt zu haben, sondern auch militärisch überlegen zu sein. In Noten an die drei Westmächte hieß es jetzt, die Londoner Vereinbarungen über Berlin seien außer Kraft gesetzt, und daher schlage er, Chruschtschow, vor, die „unrechtmäßige" Besatzung West-Berlins zu beenden, die Stadt zu entmilitarisieren und in eine „selbständige politische Einheit" – eine „Freie Stadt" – umzuwandeln. Als Alternative nannte er eine Besetzung durch die Vier Mächte, was auf das schon vorher geforderte Vetorecht der Sowjets über den Westteil der Stadt hinauslief, oder durch Streitkräfte der Vereinten Nationen. Für den Fall, daß die Westmächte nicht auf den Vorschlag eingingen, drohte Chruschtschow den Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit der DDR an. Die Rechte und Pflichten der Sowjetunion für den Zugang nach Berlin würden dann – das war der Kernpunkt der Drohung – der DDR übertragen werden[12].

---

[8] Weber (Hrsg.), DDR, Erklärung der Regierung der DDR zur Souveränität vom 27.3.1954, S. 213.

[9] Wettig, Aktionsmuster, S. 327. Mahncke (Das Berlin-Problem, S. 659) vertritt die gegenteilige These und behauptet, daß die Sowjets den Viermächte-Status im Gegensatz zur politischen Führung der DDR offenhalten wollten und weiter offenhielten.

[10] Vgl. Wetzlaugk (Berlin und die deutsche Frage, S. 123), der zudem von einem Wendepunkt spricht, „weil die Debatten und ihr Ergebnis die Grenzen der deutschlandpolitischen Initiativen markierten und einmal mehr offenlegten, wie die Chancen, die aus der einmaligen Lage Berlins zu erwachsen schienen, durch die große Empfindlichkeit des Exponenten konterkariert wurden".

[11] Vgl. Mahncke, Berlin im geteilten Deutschland, S. 63 f.

[12] Vgl. Riklin, Das Berlinproblem, S. 190; siehe auch Wetzlaugk (Berlin, S. 152) zu den Zielen der Sowjets.

Zunächst ließen die Westmächte, insbesondere die USA, eine gewisse Bereitschaft zu Verhandlungen erkennen, aber glücklicherweise brach der Kontakt zwischen den ehemaligen Alliierten ab, als Chruschtschow 1960 die Pariser Gipfelkonferenz platzen ließ. Mehrere Ultimaten verstrichen, ohne daß etwas geschah. Mit dem Bau der Mauer im August 1961 war der Höhepunkt der Krise erreicht. Bis dahin kamen immer größere Menschenmengen – an manchen Tagen im August 1961 waren es über 20 000 – nach West-Berlin. Die Mauer machte dem Flüchtlingsstrom ein Ende. Als im Herbst 1962 die Amerikaner den Aufbau von russischen Raketen auf Kuba mit einer Seeblockade beantworteten, stimmte der Generalsekretär einem Geschäft zu: Abzug russischer Raketen von Kuba gegen den Abzug amerikanischer Raketen aus der Türkei. Damit war nicht nur die Kuba-Krise beendet. Moskau verfolgte nun eine andere Strategie in Berlin. Künftig vermied man Angriffe auf die Präsenz der Westmächte[13], dafür schoß man sich auf die Bundesrepublik ein. Die DDR übernahm dabei mehr und mehr selbst die Initiative der Kampagne, die aber von Moskau jeweils unterstützt und auch verstärkt wurde. Das Ziel bestand offensichtlich darin, Differenzen zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik entstehen zu lassen[14]. Im Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen der DDR und der Sowjetunion von 1964 versprach man sich, „West-Berlin als selbständige politische Einheit betrachten" zu wollen. Schließlich wurde eine Berliner Plenarsitzung des Bundestages im April 1965 erstmals durch massive Störmaßnahmen begleitet. Über Berlin durchbrachen Düsenflugzeuge die Schallmauer und verursachten einen Lärm, der bis zu den Abgeordneten vordrang.

Sowjetische Berlin-Politik in der Zeit der Großen Koalition

Während die SED auch weiterhin die Kampagne für die „selbständige Einheit West-Berlin" schürte, interessierte sich der Kreml im Jahre 1966 zunächst nicht für das Berlinthema. Gegen Ende des Jahres wirkte er zunächst sogar darauf hin, die DDR zu zügeln. Exponierte Ansprüche und Festlegungen der DDR unterblieben; Ulbricht sprach auf dem 23. Parteitag der KPdSU kein Wort über West-Berlin[15]. Die Schonung

---

[13] Vgl. Mahncke, Das Berliner-Problem, S. 661 f.; der Sowjetunion schien klar geworden zu sein, meint Mahncke, daß der Westen entschlossen war, die Vorstöße in Berlin abzuweisen, und „daß er dort, wo als vital erachtete Interessen betroffen waren, auch ein militärisches Risiko einzugehen bereit war". Hillgruber (Europa in der Weltpolitik, S. 102) spricht vom „Kuba-Desaster", das Moskau zwang, zu einer mittelfristigen Entspannung überzuleiten; Wettig (Aktionsmuster, S. 329) meint, daß die Erfahrungen einer offensiven Berlinpolitik die Sowjets zu einer veränderten Einschätzung ihrer Politik führten. Anstatt den Westen zu verunsichern und auseinanderzudividieren, hätten die sowjetischen Vorstöße die Westmächte und die Bundesrepublik enger zusammenrücken lassen und damit einen Widerstand hervorgerufen, den sie nicht hatte überwinden können. Zu Recht verweist Griffith (Ostpolitik, S. 102 f.) auf die offensichtlichen Fehlkalkulationen der Sowjets; Chruschtschow habe jedes Angebot ausgeschlagen, anstatt darauf einzugehen. Er hätte viel erreichen können: eine internationale Zugangsbehörde, wie sie die Amerikaner vorgeschlagen hatten; Beschränkungen der westlichen Truppen und der Propagandaaktivitäten; auch eine von West- und Ostdeutschen gemeinsam besetzte Zugangsbehörde hätte Verhandlungsgegenstand sein können. Sein Beharren auf Maximalforderungen habe Chruschtschow um diese Zugeständnisse gebracht.

[14] Vgl. Wettig (Aktionsmuster, S. 329), der darauf hinweist, daß die UdSSR versteckt gegen die Präsenz der Westmächte argumentierte, wenn ihre Propaganda von der „Unterwerfung" West-Berlins unter die Amerikaner oder gegen die angeblichen Machenschaften der „NATO-Aggressoren" in der Stadt und gegen den „Mißbrauch" der westlichen Präsenz für die „revanchistischen" Ziele der westdeutschen West-Berlin-Politik sprach.

[15] Vgl. Wettig, Ost-Berlin im Schatten, S. 267.

hielt an bis Ende Dezember 1967. Gerhard Wettig behauptet, die Sowjetunion habe darauf gehofft, daß sich mit der Großen Koalition auch eine Umorientierung Bonns – weg von der atlantischen, hin zur französischen Bindung – vollziehen werde. Vor allem die Übernahme wichtiger Regierungspositionen durch sogenannte „Gaullisten" wie Strauß und später auch Guttenberg habe diese Hoffnung bei den Sowjets genährt. Auch bei den Sozialdemokraten glaubte man im Kreml Tendenzen entdeckt zu haben, die auf eine neue Orientierung hindeuteten[16]. Nach dieser These habe die Sowjetunion die Bundesregierung solange geschont, bis durch eine Nato-Tagung im Dezember 1966 klargeworden sei, daß sich an der bisherigen Loyalität Bonns gegenüber Washington nichts ändern werde.

Da die Große Koalition durch ihre Ostpolitik auf einige osteuropäische Länder Eindruck gemacht hatte, verschärfte Moskau jetzt seine Propaganda gegen die Bundesrepublik. Auch die verbalen Angriffe auf West-Berlin nahmen wieder zu. In der Karlsbader Deklaration vom 26. April 1967 wurden der Bundesrepublik „provokatorische Ansprüche gegenüber West-Berlin" vorgeworfen; die politische Einheit West-Berlin solle, so wurde gefordert, ihr Verhältnis zur DDR normalisieren[17]. Der Status quo in Europa sei durch die „westdeutschen Revanchisten" bedroht. Diese hätten ein mehrstufiges Annexionsprogramm entworfen und wollten sich nun Stück für Stück West-Berlin, die DDR, weite polnische, tschechoslowakische und sowjetische Gebietsteile unter den Nagel reißen. Die Sowjetunion entwickelte eine Domino-Theorie für Osteuropa und erklärte, mit Berlin falle der erste Stein[18]. Es ging den Sowjets darum, ihre „Verbündeten" bei der Stange zu halten: Sie sollten sich von den Klängen aus dem Westen nicht becircen lassen. Hinter dem friedlichen Ton der Ostpolitik verberge sich der aggressive Charakter der „westdeutschen Revanchisten", hieß es. Aber im Jahre 1968 beschränkte sich Moskau nicht mehr darauf, Bonn rhetorisch auf die Anklagebank zu setzen. Die Sowjets ließen die DDR erstmals „Gegenmaßnahmen" ergreifen. Der SED war West-Berlin seit langem ein Dorn im Auge. Ulbricht drängte die Kremlführung, dem Besatzungsstatus ein Ende zu machen[19]. Der Generalsekretär schien bereit, für dieses Ziel auf die schwache Stelle, den Transitverkehr, zu zielen. Am 1. Dezember 1967 brachte er vor der Volkskammer die Sache ins Rollen. Zum Status des Stadtteils erklärte er: Da West-Berlin auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liege und rechtlich zu ihr gehöre, aber zur Zeit einem Besatzungsregime unterworfen sei, gelte bis auf weiteres der Vertrag zwischen der DDR und der Sowjetunion vom 12. Juni 1964. Damit unterstrich Ulbricht den Willen, West-Berlin auf den Status einer unabhängigen dritten deutschen Einheit festzulegen. Die Volkskammer und die Regierung der DDR würden sich unablässig dafür einsetzen, so fügte der Parteichef drohend hinzu, Schritt um Schritt auch die letzten Überreste des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen. Wenig später erklärte Außenminister Otto Winzer im finnischen Rundfunk, die Regierung der DDR sei jederzeit bereit, mit dem Berliner Senat einen Vertrag über den unabhängigen Status von West-Berlin abzuschließen. Winzer lockte mit vielfältigen Möglichkeiten für vertragliche Regelungen auf den Gebieten des Handels, der Wirtschaft, des Verkehrs und der Kultur[20].

---

[16] Vgl. ebenda, S. 265; Griffith, Ostpolitik, S. 141; Larrabees, The Politics of Reconciliation.

[17] EA 22 (1967), Folge 11, Karlsbader Deklaration vom 26.4.1967, S. D 261, 263.

[18] Vgl. Wettig, Ost-Berlin im Schatten, S. 268. Sowjetunion und DDR behaupteten, daß Bonn keinerlei Rechte in der Stadt besitze. Sie erklärten die seit 1949 geknüpften Verbindungen West-Berlins zur Bundesrepublik kurzerhand zu neuen Ansprüchen Bonns und damit zu westdeutschen Anschlägen auf den Status quo. Die Bundesregierung attackiere die Selbständigkeit West-Berlins, und es eskaliere eine auf die Annexion gerichtete Politik, hieß es.

[19] Vgl. Wettig, Ost-Berlin im Schatten, S. 268.

[20] Vgl. DzD, 1966-1967, S. 2095 und 2271.

Mitte Januar 1968 startete Moskau dann eine großangelegte, scharfe West-Berlin-Kampagne, der sich Ost-Berlin jeweils zwei Tage später anschloß. Mitte März 1968 durfte – mit Billigung der Sowjets[21] – die Führung der SED „Schritt um Schritt" ihrem Anspruch durch Maßnahmen Druck verleihen. So nahm sie die Einrichtung eines Büros der radikal-konservativen Nationaldemokratischen Partei, die gerade bei Landtagswahlen spektakuläre Erfolge erzielte, zum Anlaß, eine „Anordnung zum Schutze der DDR und ihrer Bürger vor den Umtrieben der neonazistischen Kräfte der westdeutschen Bundesrepublik und der selbständigen politischen Einheit West-Berlin" in Kraft zu setzen. Mitgliedern der NPD wurde die Einreise in die DDR und die Durchreise nach Berlin untersagt[22].

Einen Monat später zielte der Angriff sogar auf die Minister und leitenden Beamten der Bundesregierung. Seit den fünfziger Jahren tagten die politischen Parteien, die Bundesregierung und auch das Kabinett sowie Ausschüsse des Bundestages in Berlin. Diese Tatsache, in den frühen fünfziger Jahren von der SED noch unter dem Aspekt des einen Deutschland begrüßt, erschien ihr jetzt als Provokation, da sie jegliche Verbindung zwischen Bonn und Berlin unterbrechen wollte. Pankow behauptete, diese Treffen seien ein Beweis dafür, daß die Bundesrepublik sich widerrechtlich West-Berlin aneignen wolle. Insgesamt wurden zwar bis Ende April nur 40 Personen an der Grenze zurückgewiesen[23], am 26. April 1968 aber verweigerte die DDR dem Regierenden Bürgermeister Schütz die Durchreise. Ost-Berlin rechtfertigte die Maßnahme mit dem Hinweis, Schütz habe sich an der Grenze als Präsident des Bundesrates, den der Regierende damals turnusgemäß übernommen hatte, und nicht als West-Berliner Bürger ausgewiesen[24]. Trotz der Proteste der westlichen Alliierten gingen die Schikanen weiter. Am 11. Juni 1968 führte die Ost-Berliner Regierung auf den Transitstrecken den Paß- und Visazwang ein. Daneben wurden verschiedene Gebühren erhoben oder erhöht, so der Zwangsumtausch für die Einreise in die DDR von fünf auf zehn DM. Auf der Transitstrecke waren nunmehr pro Kopf zehn DM für Hin- und Rückweg zu zahlen.

Alle diese Ereignisse sorgten für große Aufregung. Die Bundesregierung befürchtete eine neue, eine dritte Berlin-Krise. Kiesinger begab sich nach Berlin, um mit den Vertretern der Drei Mächte zu konferieren. In einer Erklärung verurteilten die Schutzmächte das Vorgehen der DDR. Eine deutliche Sicherheitsgarantie gab einige Tage später der amerikanische Präsident. Er schrieb unter dem 16. Juni zum Tag der Deutschen Einheit an Kiesinger und versicherte, „that our support of free Berlin and the goal of a German people united in peace remains as firm as ever"[25]. Aber damit war es noch nicht getan.

Kiesingers Propaganda während der kleinen Berlin-Krise

Die Bundesregierung konnte die Erhebung von Gebühren, die Einführung von Visa- und Paßzwang auf Anordnung von Pankow nicht einfach durchgehen lassen. Aber was

---

[21] Vgl. Wettig, Ost-Berlin im Schatten, S. 268 f.

[22] DzD, 1968, S. 357.

[23] Vgl. Wettig, Aktionsmuster, S. 336; die sowjetischen Proteste gegen sogenannte „neonazistische" oder „faschistische" Aktionen in West-Berlin beriefen sich auf die im Potsdamer Abkommen beschlossenen Grundsätze, wonach jede nazistische Tätigkeit in Deutschland verboten sei. Moskau nutzte das propagandistisch geschickt aus: „Die sowjetischen Proteste implizieren die Vorstellung eines sowjetischen Interventionsrechtes hinsichtlich der inneren Angelegenheiten West-Berlins, wie es gegenwärtig nur die westlichen Besatzungsmächte mit ihrer Vetobefugnis besitzen."

[24] Vgl. DzD, 1968, S. 614.

[25] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Johnson an Kiesinger am 16.6.1968.

blieb Bonn anderes übrig, als sich erneut an seine Verbündeten zu wenden? Das tat Kiesinger am 21. Juni 1968. An diesem Freitag traf er sich mit Henry Cabot Lodge, dem Nachfolger McGhees als amerikanischem Botschafter in der Bundesrepublik. Er habe Cabot Lodge erklärt, teilte der Kanzler seinem Außenminister mit, er halte es für notwendig, daß die Vereinigten Staaten energisch auf die Rücknahme der neuen DDR-Maßnahmen drängten. Die Rechte der Siegermächte seien unmittelbar verletzt worden. Natürlich müsse Gesprächspartner der USA die Sowjetunion sein, ohne deren Einverständnis das Regime in Pankow keine Berlin betreffenden Entscheidungen fällen könne. Er sei überzeugt, daß mindestens weitere Schritte, die Berlin gefährden könnten, zu verhindern wären, wenn die Vereinigten Staaten jetzt eine feste Haltung einnähmen. Kiesinger unterließ es nicht, drohend hinzuzufügen: Falls weitere Aktionen folgten, würde dies unweigerlich zu einer schweren Vertrauenskrise im deutschen Volk gegenüber seinen Verbündeten, insbesondere gegenüber den USA, führen. Die Bundesregierung sei ihrerseits bereit, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Aktionen der Schutzmächte zu begleiten und zu unterstützen. Aber man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß die deutschen Einwirkungsmöglichkeiten sehr beschränkt seien. Zufrieden über den Eindruck, den er auf Cabot Lodge gemacht zu haben glaubte, fügte er in seinem Schreiben an Brandt hinzu: „Der Botschafter zeigte sich sehr aufgeschlossen und versprach, von seiner Seite jede Unterstützung zu geben. Ich sagte ihm, daß ich sehr froh wäre, wenn Herr Rusk unsere Einladung, von Reykjavik nach Bonn zu kommen, annehmen könnte. Allein die Tatsache dieses Besuches würde eine große psychologische und politische Bedeutung haben. Ich bitte Sie daher, Herrn Rusk zu sagen, daß, wenn immer sein Gesundheitszustand diesen Besuch erlaube, ich ihm dafür sehr dankbar sein würde."[26]

Die Bitte des Kanzlers wurde erhört. Rusk besuchte Bonn. Aber die Amerikaner konnten auch nicht viel mehr tun, als bei den Sowjets vorstellig zu werden. Für sie ging es um die Erhaltung von drei „Essentials" in Berlin, die auf der Nato-Tagung in Oslo vom April 1961 für das Bündnis bindend erklärt worden waren: Es müsse die Aufrechterhaltung der alliierten Präsenz und Garnison in West-Berlin garantiert sein, hieß es da; der freie Zugang müsse gesichert und die Lebensfähigkeit und Freiheit des westlichen Teils erhalten bleiben[27]. Alle drei Bedingungen waren intakt geblieben, auch wenn die DDR ihre Macht- und Einflußmöglichkeiten demonstriert hatte. Daher reagierte der Westen lediglich mit Protesten.

Kiesinger schlug einen aggressiven Ton an. Die Ost-Berliner Führung hatte es dem Regierungschef leicht gemacht, sie propagandistisch in die Defensive zu drängen. Denn die harten Maßnahmen bestätigten des Kanzlers Behauptung, Pankow wolle im Grunde gar nicht mit Bonn verhandeln. In seiner Fernsehansprache zum Tag der deutschen Einheit sagte er, ein Vergleich zwischen der von der Bundesregierung und anderen west- und osteuropäischen Regierungen angestrebten europäischen Friedensordnung und den Handlungen der SED beleuchte „den völlig erstarrten, unzeitgemäßen Charakter des Regimes in Pankow grell". Die auf der Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit gründende Ostpolitik der Bundesregierung habe sich dagegen zum Ziel gesetzt, jede Möglichkeit gemeinsamer Arbeit für eine künftige europäische Friedensordnung zu nutzen, die das geteilte Europa und in ihm auch Deutschland wieder zusammenführten. „Das

[26] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Brandt vom 21.6.1968, S. 2.

[27] Vgl. Birrenbach (Meine Sondermissionen, S. 26), der behauptet, daß diese drei grundlegenden Bedingungen schon 1958, nach einer Besprechung zwischen General Lucius D. Clay und Marschall Georgij Schukow, vom State Department formuliert worden seien; siehe auch Brandt, Begegnungen, S. 18 f.

erscheint den Verantwortlichen drüben für ihre Pläne bedrohlich. Deshalb wollen sie eine neue gefährliche Spannung erzeugen. Deshalb nehmen sie es in Kauf, vor aller Welt als Störenfriede der Entspannung aufzutreten."[28]

Zugleich nutzte der Kanzler geschickt den propagandistischen Vorteil, den er aus dem einseitigen Vorgehen der DDR auf den Transitwegen zog, um die Haltung der Bundesregierung zum Sperrvertrag einzubeziehen und der Sowjetunion zu signalisieren, daß sich provozierte Störungen in und um Berlin auf andere Felder auswirken konnten. „Ein Instrument der Politik des Friedens soll der Atomsperrvertrag sein", erklärte Kiesinger. „Um so wichtiger ist es, daß der Vertrag uns, die wir bereits früher auf atomare Waffen verzichtet haben, Schutz vor der möglichen Bedrohung und Erpressung durch atomare Mächte gewährt. Was am 11. Juni geschehen ist, ist aber gerade, daß die Sowjetunion einem nicht legitimierten, an Streit und Hader interessierten Regime ein Instrument der Drohung und Erpressung in die Hand gegeben hat."[29]

Allerdings bekräftigte er die Gesprächsbereitschaft Bonns und bot der SED – trotz der Vorkommnisse – weiterhin die Verhandlungsgrundlage vom April 1967 an. Am 20. Juni 1968 machte Kiesinger vor dem Bundestag seinen Willen deutlich, an der Deutschlandpolitik festzuhalten. Man werde sich durch die Maßnahmen der DDR nicht zu falschen – vielleicht erwarteten – Reaktionen verleiten lassen. „Unser Verständigungsangebot schließt nach wie vor den anderen Teil Deutschlands ein", rief er aus[30]. Propagandistisch konnte Kiesinger nicht nur nach außen in dieser Situation Punkte sammeln, sondern auch gegenüber beiden Fraktionen der Koalition.

Moskaus Signale im Januar 1968

Die Vorgänge um Berlin hatten Brandt beunruhigt – er unterbrach seinen Besuch in Belgrad, um nach Bonn zurückzukehren –, nicht aber seinen Glauben an die Notwendigkeit erschüttert, die Annäherungsbemühungen um den Osten fortzusetzen. Äußerungen von Vertretern der Sowjetunion zur Lage in Berlin bestärkten ihn in dieser Überzeugung. Anfang 1968 hatte Botschafter Zarapkin aus Moskau ein Aide-mémoire zur Berliner Situation nach Bonn mitgebracht. Das war insofern bemerkenswert, als sich hier zum ersten Mal die Sowjetunion an die Bundesregierung wandte, während bis dahin alle Proteste gegen die besonderen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin an die Westmächte adressiert worden waren. Und ein Protestschreiben war auch dieses Papier in erster Linie. Aber Moskau mäßigte seinen Ton im Vergleich zu den früheren Noten. Es warnte lediglich vor deutschen Bestrebungen, die Fäden zwischen Bundesrepublik und Berlin noch enger zu verknüpfen. Andere Klagen, die früher immer wieder aufgetaucht waren, unterblieben dagegen. Die wirtschaftlichen Bindungen, die finanzielle Unterstützung durch den Bund, die Einbeziehung West-Berlins in Bundesgesetze und Handelsverträge der Bundesrepublik – selbst die Anwesenheit von Bundesbehörden in Berlin sowie die Zugehörigkeit Berliner Abgeordneter zum Bundestag ließ die Supermacht unerwähnt[31].

Das Papier führte zu unterschiedlichen Einschätzungen der Motive Moskaus. So mutmaßte man im Auswärtigen Amt, die Sowjets wollten das ostdeutsche Regime besänftigen. Um Ulbrichts energischem, aber riskantem Vorstoß gegen West-Berlin den Stachel

---

[28] BPA, Rundfunk- und Fernsehansprache Kiesingers vom 17.6.1968, Anhang I, S. 2.
[29] Ebenda, S. 2 f.
[30] VdDB, 5. Wahlperiode, 180. Sitzung vom 20.6.1968, S. 9695.
[31] Vgl. Wagner, Das rätselhafte Papier Botschafter Zarapkins, Der Tagesspiegel, 24.1.1968.

zu nehmen, wollte Moskau ein Teilergebnis anstreben, nämlich das bestehende Verhältnis zwischen Bundesrepublik und West-Berlin sollte eingefroren werden[32]. Eine zweite Interpretation besagte, daß die sowjetische Führung – völlig unabhängig von möglichen Rückwirkungen auf Ulbricht – eine engere Bindung zwischen der Bundesrepublik und Berlin verhindern wolle. Schließlich kam eine dritte Deutung zu dem Schluß, die Sowjetunion ziele langfristig auf eine weitergehende Veränderung des Status von Berlin. Zunächst wolle sie die Bundesregierung dazu verführen, der Sowjetunion besondere Rechte in West-Berlin und Westdeutschland einzuräumen. Später würde sie nach dieser These dann, mit Blick auf den angeblich zunehmenden Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, auf das Potsdamer Abkommen pochen und möglicherweise ein Besatzungsregime in ganz Berlin einzurichten versuchen[33].

Brandt neigte zur ersten Einschätzung. Er hielt die Angelegenheit für so bedeutend, daß er das sowjetische Schreiben sogar vor seinen Mitarbeitern einige Tage verborgen hielt. Damit wollte er verhindern, daß der Text frühzeitig an die Öffentlichkeit gelangte. Lediglich seine Bemerkung im Januar 1968 zum Thema Berlin, er sehe keine Rechtfertigung für Meldungen über eine sich anbahnende Krise um Berlin, gab einen Hinweis darauf, daß sich der Außenminister im Besitz geheimer Informationen befand[34]. Als die DDR wenige Monate später den Paß- und Visa-Zwang einführte, sah alles aber wenig ermutigend aus. Auch wenn man Moskau die besten Absichten unterstellte, blieb die Aktion eine Provokation. An jenem Junitag besuchte Brandt gerade den jugoslawischen Staatspräsidenten. Tito ließ Brandt wissen, seine Kontakte deuteten darauf hin, daß die Sowjetunion keine aggressiven Absichten in Berlin verfolge[35].

Das wollte er aber von den Sowjets selbst hören. Am 18. Juni 1968 traf Brandt daher mit Billigung des Bundeskanzlers in Ost-Berlin mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Abrassimow, zusammen, jenem Diplomaten, der schon 1966 einige Male Gesprächspartner des damaligen Regierenden Bürgermeisters gewesen war. Der Außenminister wurde mit der sowjetischen Botschaftslimousine ohne Kontrolle wie selbstverständlich nach Ost-Berlin hinein- und wieder herausgebracht. Während des „begrenzt ertragreichen" achtstündigen Gesprächs, wie Brandt im Rückblick schrieb, rief Breschnew persönlich an, um dem Außenminister versichern zu lassen, seine Seite wünsche keine Verschärfung der Situation, sondern Ruhe in und um Berlin[36].

Neben dieser Versicherung brachte Brandt zwei Erkenntnisse nach Hause. Einmal zeigten sich die Sowjets aufgeschlossen gegenüber einer Regelung, Autobahngebühren auf der Transitstrecke pauschal zu erstatten. Zum anderen, und das war Brandt besonders wichtig, ergab die Unterhaltung zum Thema Gewaltverzicht ein erstes positives Anzeichen dafür, daß man in Moskau diesem Gegenstand ernstes Interesse entgegen-

---

[32] Vgl. Wettig (Ost-Berlin im Schatten, S. 268 f.), der darauf verweist, daß die Initiative von sowjetischer Seite ausgegangen sei. Die Massenmedien der DDR seien Moskau im Abstand von zwei Tagen gefolgt.

[33] Vgl. Wagner, Das rätselhafte Papier.

[34] Vgl. Der Spiegel, 22.1.1968, S. 22.

[35] Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 234.

[36] Brandt, Erinnerungen, S. 175. Moskau verfolgte also eine Doppelstrategie: Intern beruhigte man die Westmächte und sogar die Deutschen, nach außen führte man eine scharfe Kampagne gegen die bestehenden Rechte in Berlin. Von einer dritten Berlin-Krise zu sprechen, wie es Wettig in einigen Aufsätzen 1968 und 1969 getan hat, scheint allerdings im Rückblick übertrieben; vgl. Aktionsmuster, S. 339, und Die Berlin-Krise 1969, S. 685-697. Wettig ist auch später darauf nicht mehr zurückgekommen; siehe Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage, S. 55 ff. Man spricht daher allgemein von der „kleinen Berlin-Krise".

brachte[37]. Davon waren der Außenminister und auch sein Ministerium bis zu diesem Zeitpunkt nicht überzeugt gewesen.

Kontakte zur Sowjetunion: Der Deal mit dem Olympiateam der DDR

Das Bundeskanzleramt schätzte die sowjetische Bereitschaft zum Kompromiß eher gering ein. Kiesinger mahnte zur Vorsicht bei der Erwiderung sowjetischer Noten zum Gewaltverzicht, aber auch beim Gesprächsangebot über Berlin. Man solle darauf bedacht sein, der Gegenseite keine allzu großen Hoffnungen über Vorleistungen von deutscher Seite zu machen. Daher fiel die Antwort auf das sowjetische Berlinpapier vom Januar 1968 nüchtern aus. Die Bundesregierung versicherte lediglich ihrerseits, den Status Berlins nicht „unter Umgehung alliierter Beschlüsse" verändern zu wollen. Nur dieser einzige Punkt deckte sich mit den sowjetischen Vorstellungen[38]. Kiesinger folgte hier seiner Idee einer Ostpolitik, wonach der mühselige Weg beschritten werden müsse, „der nicht verzichtet, der nicht preisgibt"[39].

Bei den Verhandlungen über einen Gewaltverzicht war man im ganzen Jahre 1967 nicht weitergekommen. Das Verhältnis zur Sowjetunion stagnierte eben rundum. Moskau schätzte nach wie vor die neue Ostpolitik als gefährlich ein. „Unsere Ostpolitik wird als störend und verdächtig empfunden", zumal sie nicht frei sei „von Nadelstichen gegen die Sowjetunion", berichtete Barzel Kiesinger über die Äußerung des sowjetischen Journalisten Lew Besyminski. Der Journalist habe in einer persönlichen Unterredung behauptet, es fehle eine Erklärung der Bonner Absichten gegenüber Moskau[40]. Dieser Hinweis sollte Kiesinger nicht mehr aus dem Kopf gehen. Auch er war der Meinung, daß sich ein Verhältnis mit Moskau nur dann entspannen und auf vertrauter Basis weiterentwickeln konnte, wenn sich zwischen Sowjets und Deutschen ein Kontaktfaden entspann. Und Kiesinger war der Meinung, daß sogar der Kanzler selbst die Person innerhalb der Regierung sein müsse, die in einen Dialog mit der Kremlführung eintreten sollte. Zwar gab es vertrauliche Gespräche. Sie fanden jetzt auch zwischen den Mitgliedern der Sowjetbotschaft in Bonn und der Bundesregierung häufiger statt. Aber nicht nur der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, sondern auch die SPD suchte solche Kontakte. Journalisten beobachteten, wie, anders als in den Jahren zuvor, sowjetische Botschaftsangehörige im Auswärtigen Amt ein- und ausgingen[41]. Solchen Treffen stand der Kanzler, wenn er davon hörte, mißtrauisch gegenüber. Sein Ziel war, das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau vom Auswärtigen Amt auf das Kanzleramt zu übertragen.

Auf einem Empfang des Auswärtigen Amtes im Herbst 1967 testeten die Sowjets die Bereitschaft der Westdeutschen, auf die DDR zuzugehen. Gegenüber dem Ministerialdirektor im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Kreutzer, regte ein sowjetischer Botschaftsrat an, ob man nicht gemeinsam „einen Akzent setzen" könne, der den guten Willen beider Seiten unterstreiche. Die Sowjets dachten daran, die DDR-Sportmannschaft mit einem Flugzeug der Interflug über bundesdeutsches Territorium zu den Olympischen Winterspielen nach Grenoble fliegen zu lassen. Wehner fand den Vorschlag an-

---

[37] Vgl. Brandt, Erinnerungen, S. 175.

[38] DzD, Mitteilung der Bundesregierung an die Regierung der UdSSR zur Berlin-Frage vom 1.3.1968, S. 287.

[39] Buchstab, Geheimdiplomatie zwischen zwei bequemen Lösungen, CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 5.9.1967, S. 901.

[40] AdKASt, Kiesinger I - 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 13.9.1967, S. 2.

[41] Vgl. Dreher, Gespräch mit dem Verfasser, 5.7.1988.

nehmbar. Zusammen mit Kreutzer suchte er nach einer angemessenen Gegenleistung. Man verfiel auf den Gedanken, daß die DDR Sonderzüge für das Deutsche Turn- und Sportfest, das im Mai 1968 in Berlin stattfinden sollte, ohne die damals üblichen stundenlangen Grenzkontrollen passieren lassen könnte. Mit dieser Idee ging Wehner zum Kanzler. Kiesinger sei sofort dafür gewesen, berichtet Kreutzer[42]. Das Arrangement mit der DDR gelang. Die Olympiamannschaft der DDR flog direkt von Ost-Berlin nach Grenoble über bundesdeutsches Hoheitsgebiet, und im Mai 1968 kamen mehr als hunderttausend Menschen nach Berlin, ohne durch zermürbende Kontrollen aufgehalten worden zu sein.

Aber eine solche beiderseitige Geste blieb die Ausnahme. Der Kreml hielt an den strengen Auflagen für eine erfolgreiche Fortsetzung der Ostpolitik der Großen Koalition fest. Das galt insbesondere für die weiteren Gewaltverzichtsverhandlungen. Die Sowjetunion hatte im Januar 1968 ein Aide-mémoire nach Bonn geschickt und darin noch einmal festgehalten, der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen setze voraus, daß die Bundesregierung „ihre Haltung zu solchen Fragen der europäischen Sicherheit definiert, wie zur Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa durch die Bundesrepublik, zum Verzicht auf die Anmaßung, im Namen aller Deutschen zu sprechen, zur Einstellung aller Anstrengungen, Zutritt zu Kernwaffen zu erlangen, zum Verzicht auf die rechtswidrigen Anschläge auf West-Berlin sowie zur Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an"[43].

Man kam also kaum voran im Verhältnis zur Sowjetunion. Wie sollte sich die Bundesregierung weiter verhalten? Sollte sie auf den bestehenden Positionen in der Ostpolitik beharren oder von ihnen abrücken? Und wenn, von welchen? Der Kanzler und sein Außenminister fanden unterschiedliche Antworten auf diese Frage.

2. Kiesinger verhindert die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages durch die Bundesrepublik

Trotz der im Kanzleramt mit Skepsis bewerteten sowjetischen Note vom Januar 1968 über den Gewaltverzicht setzte Brandt jetzt alles daran, einen Antwortentwurf erarbeiten zu lassen. Er sollte Anhaltspunkte enthalten, die die Sowjets ermutigten, den Dialog weiter voranzutreiben. Nachdem das Kanzleramt bereits auf das sowjetische Berlinpapier vom Juni 1967 ohne Enthusiasmus geantwortet hatte, durfte jetzt das Auswärtige Amt die Note zum Gewaltverzicht formulieren. Am 9. April 1968 übergab die Bundesregierung ihre Antwort an den sowjetischen Botschafter.

Die Schwierigkeit Brandts bestand darin, das Angebot des Gewaltverzichts für Moskau interessant zu gestalten, ohne von der Linie der Bundesregierung abzugehen. Der Kanzler und seine Partei wollten ein solches Abkommen nur für den Fall schließen, daß die Sowjets von jenen Forderungen an die Bundesrepublik abrückten, die sie gerade wiederholt und deutlich herausgestellt hatten. Daher blieb dem Auswärtigen Amt bei der Formulierung der Antwort nicht viel mehr übrig, als allgemein freundliche Worte zu wählen, die den gemeinsamen Willen zum Gewaltverzicht herausstrichen. Es sei der Bun-

[42] Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988. Außerdem wurde damals Verkehrsminister Leber eingeschaltet.

[43] DzD, Aide-mémoire vom 29.1.1968, S. 123.

desregierung eine Befriedigung, feststellen zu können, lautete demnach der Anfang der Antwortnote, daß die Regierung der UdSSR eine Verbesserung ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland anstrebe. Dann folgte der entscheidende, der einzig konkrete Vorschlag: die deutsche Zustimmung zum Nichtverbreitungsvertrag wurde in Aussicht gestellt. Hier ging Brandt allerdings wieder einen Schritt weiter, als es dem Kanzler lieb war, wenn es in der Note hieß: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sieht wie die Regierung der UdSSR in einem weltweit annehmbaren Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen auch ein Mittel, in Europa den Frieden zu festigen und weitere Schritte der Entspannung zu erleichtern, insbesondere wenn damit ein Ausschluß von Druck, Drohung und Erpressung verbunden wäre. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hofft, daß ein solcher Vertrag zustande kommen wird und alle Partner an dem zur Diskussion stehenden Austausch von Gewaltverzichtserklärungen ihm beitreten werden."[44] Tatsächlich stimmte der Kanzler dieser formulierten Haltung nicht mehr zu.

Der Erfolg des Bundeskanzlers: Die verstärkte Hinwendung der USA zu den europäischen Problemen ab dem Frühjahr 1967

Kiesinger hatte mittlerweile seine Entscheidung getroffen: Er wollte die deutsche Zustimmung zum Sperrvertrag hinauszögern, wenn möglich ganz verweigern. Aber er war sich bewußt, daß er den Vertrag nicht ablehnen konnte, falls die USA sämtliche deutsche Bedenken ausräumen würden, auf die Bonn unermüdlich aufmerksam machte. Die Bundesregierung hatte immer auf den positiven Charakter des Vertrages hingewiesen und konnte sich daher ihm nicht plötzlich entziehen. Der Kanzler bemühte sich dennoch, Zeit zu gewinnen; er hoffte auf eine internationale Konstellation, die vielleicht den Sperrvertrag verhindern würde. Es war denkbar, daß die beiden Supermächte keine Einigkeit in den strittigen Fragen erzielten. Dann war die Bundesregierung, so hoffte Kiesinger, der lachende Dritte.

Es war dem Kanzler gelungen, durch das Wort eines „atomaren Komplizentums" die Aufmerksamkeit der verbündeten Schutzmacht wieder stärker auf die Bundesrepublik zu lenken; Washington nahm seither Bonns Einwände ernster als zuvor. Kiesinger betrachtete seine Kritik an den USA als „reinigendes Gewitter" im spannungsreichen Verhältnis der beiden Verbündeten. Seit jenem Krach Anfang 1967 habe keine amerikanische Regierung bei ihm mehr darauf gedrängt, daß dieser Vertrag von den Deutschen unterzeichnet werden müsse, meinte Kiesinger später[45]. Tatsächlich hinterließ die Äußerung des Kanzlers einen tiefen Eindruck bei der amerikanischen Administration. Die Beziehungen seien auf dem „Tiefpunkt" angelangt, telegrafierte Botschafter McGhee an Außenminister Rusk kurz nach der Äußerung Kiesingers. Die größte Belastung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses sei allerdings der Sturz Erhards gewesen, fügte er hinzu. In Bonn nehme man an, die Vereinigten Staaten seien daran schuld gewesen[46].

Wirklich hatte Erhard im Herbst 1966 Washington in der Hoffnung besucht, die USA würden der Bundesrepublik angesichts einer Haushaltslücke von vier Milliarden DM einen Aufschub bei der vertraglichen Verpflichtung zu Waffenkäufen in den Staaten gewähren. Als der Präsident diese Bitte abschlug, trug dies zu einem weiteren Anse-

---

[44] DzD, Aide-mémoire an die UdSSR vom 9.4.1968, S. 573.

[45] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 10.

[46] McGhee, Botschafter in Deutschland, S. 306. Das war eine Meinung, die McGhee teilte und auch nach eigenen Angaben Präsident Johnson gegenüber erläutert hatte.

hensverlust des Kanzlers in Bonn bei. Wenig später brach die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP auseinander. Obwohl Präsident Johnson jede Mitschuld am Schicksal Erhards ablehnte, ließ der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Carstens, seine amerikanischen Kollegen bei jeder Gelegenheit wissen, daß man in Bonn eine andere Überzeugung habe[47]. Tatsächlich schien sich die Haltung in den USA jetzt gegenüber der Bundesrepublik zu verbessern. Washington kam Bonn spürbar entgegen. Das leidige Thema der Truppenausgleichszahlungen wurde im Frühjahr 1967 zur Zufriedenheit der Deutschen geklärt, nachdem die US-Regierung den früheren Hochkommissar John McCloy entsandt hatte. McCloy, ein zuverlässiger Fürsprecher deutscher Interessen, brachte die Verhandlungen zu einem schnellen Ende[48]. Künftig brauchte die Bundesregierung ihre Verpflichtungen nicht mehr ausschließlich in Waffenkäufen abzugelten. Damit war ein Streitpunkt weggeräumt, der das Verhältnis beider Staaten ständig belastet hatte. Auch der Gesandte an der Washingtoner Botschaft Lilienfeld registrierte die plötzliche Besserung im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Er wolle den Bundeskanzler über Dinge unterrichten, die in den offiziellen Berichten nicht zum Ausdruck kämen, schrieb Lilienfeld am 6. März 1967. Kiesinger habe bei der amerikanischen Regierung und in der Öffentlichkeit großes Ansehen gewonnen. Das zeige sich daran, daß die Regierung der USA nach monatelangem Hin und Her eine deutliche „Wendung auf Europa und auf uns vorgenommen habe"[49]. Man dürfe allerdings nicht vergessen, daß manche der Entscheidungen Johnsons vom Herbst 1966 aus Enttäuschung über die Schwäche der vorherigen Bundesregierung und der aus ihr resultierenden Stagnation in Europa verursacht worden seien, milderte er seine Kritik an der US-Administration. Für die Zukunft empfahl Lilienfeld eine kompromißbereite, aber standfeste Haltung in bezug auf den Sperrvertrag. Man solle sich auf die Hauptpunkte konzentrieren, bei denen die deutschen Wünsche als durchaus gerechtfertigt anerkannt würden. Das gelte insbesondere für die Kontrollfrage.

Der Kontrollartikel war bei den Parteien in zweifacher Weise auf Widerstand gestoßen. Einmal befürchteten insbesondere die Experten in der Union, die im Vertrag vorgesehene Internationale Kontrollbehörde mit Sitz in Wien werde den Sowjets Zugang zu Forschungsstätten in der Bundesrepublik ermöglichen. Das erhöhe die Gefahr, ganz legal von Moskau ausspioniert zu werden. Außerdem – darauf wiesen die Gegner des Vertrages hin – sei die Bundesrepublik durch die Mitgliedschaft in der europäischen Atombehörde EURATOM bereits seit 1958 zu Kontrollen verpflichtet, andere Kontrollmechanismen seien daher überflüssig. Bedenken hegte die Bundesregierung zum anderen, weil der Vertrag die Zielsetzung eben dieser europäischen Atomorganisation in Frage stellte. Die Behörde war Teil des Vertrages von Rom, der 1957 unterzeichnet worden war, um einen wirtschaftlichen Markt gleichberechtigter Partner zu schaffen. Mit dem Sperrvertrag wurde nunmehr ein Element der Diskriminierung eingeführt: Die Staaten unterschieden sich künftig in Kernwaffenstaaten, die keiner Kontrolle unterlagen, und Länder, die keine Kernwaffen besitzen durften, aber sich einer ständigen Überwachung

[47] Vgl. Carstens, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989.

[48] Vgl. ebenda; McCloy habe die Verhandlungen in ein ruhiges Fahrwasser geleitet, beschreibt Carstens den Verdienst des Amerikaners. Carstens nahm als Staatssekretär für die deutsche Seite an den Verhandlungen teil, bis er vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Duckwitz, abgelöst wurde.

[49] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Lilienfeld an Kiesinger vom 6.3.1967. „Auch wissen wir nie recht, ob Ihnen die Telegramme vorgelegt werden, die wir für wichtig halten", heißt es da mißtrauisch gegenüber der sozialdemokratischen Führung im Auswärtigen Amt.

unterziehen mußten. Dieses Element der Diskriminierung konnte langfristig dazu führen, daß Länder mit Atomwaffenbesitz wie Frankreich und Großbritannien ungehindert neue Produktionsmethoden entwickelten und billiger produzierten. Damit drohten sie das im Römischen Vertrag vorgesehene Prinzip des gleichen Wettbewerbs außer Kraft zu setzen.

Die Bundesregierung wandte sich also gegen folgende Punkte des Sperrvertrages: Erstens stellte sie sich gegen Kontrollen durch die Wiener Kontrollbehörde. Wenn überhaupt Kontrollen durchgeführt werden sollten, dann nur durch EURATOM. Zweitens sollten – aus Schutz vor Spionage – nicht die Anlagen selbst geprüft werden, sondern nur das Uran einer Kontrolle unterliegen. Lediglich Quantität und Anreicherung des Materials sollten überprüfbar sein[50].

Lilienfeld meinte in einem Brief vom 6. März 1967, die Regierung der Vereinigten Staaten vermute inzwischen selbst, den Sowjets in diesem Punkt zu sehr entgegengekommen zu sein. „Wie wir [*die Botschaft*] berichtet haben, ist man hier offenbar etwas besorgt, in der Kontrollfrage zu weit gegangen zu sein." Aber er riet dem Kanzler auch dazu, insgesamt vorsichtig zu operieren. „Manche der anderen Punkte (allgemeine nukleare Abrüstung, nukleare Sicherheitsgarantien und anderes mehr) könnte man auch anderen Mächten überlassen, damit nicht alle ‚Bedenken' nur von uns kommen."[51] Lilienfeld lobte die seiner Meinung nach recht geschickte Äußerung des Außenministers, der betont habe, daß die Deutschen die Zielsetzung des Vertrages begrüßten. Diese Art sei geeignet, sich vom „Odium des Störenfriedes" zu befreien.

Kiesingers Position zum Atomsperrvertrag seit März/April 1967

Aber der Bundeskanzler stimmte Lilienfelds Auffassung nicht zu. Die Bedenken gegen den Sperrvertrag hingen mit seiner ostpolitischen Konzeption zusammen. Er befürchtete, daß der Kernwaffensperrvertrag die von ihm angestrebte Auflösung der Blocksysteme und damit die Vereinigung der beiden deutschen Staaten verhindern konnte. In einer Welt, in der sich die Supermächte die qualitativ am höchsten entwickelte Waffe vorbehielten, bestehe die Gefahr, daß sich die existierenden Strukturen dauerhaft verfestigten, machte Kiesinger intern seine Meinung deutlich. Denn es entstünden zwei Arten von Staaten: souveräne und nur scheinbar souveräne. Die Supermächte, vor allem die Sowjetunion, hätten als Atommächte die Möglichkeit, jeden anderen Staat zu beherrschen. Zumindest könne Moskau dann ganz Europa bedrohen und vor allem auch dominieren. Unter diesen Bedingungen würden die westeuropäischen Staaten zu Recht lieber an den bestehenden Bündnissen und der Teilung Europas festhalten wollen, anstatt sich in einem „geeinten", aber nur schwach geschützten Europa der Sowjetunion auszuliefern[52].

Die Deutschen machten aus ihrer Skepsis keinen Hehl. Ihr Verhandlungsleiter Schnippenkötter bestätigte dem amerikanischen Botschafter McGhee, daß Kiesinger sich von dieser Argumentation leiten ließ. Im wesentlichen habe die Auffassung des Kanzlers ihre Wurzel in seiner Weigerung, „künftige deutsche Generationen" an einen Vertrag zu binden, dessen Konsequenzen nicht gänzlich abzusehen seien. Es sei völlig unklar, was pas-

---

[50] Vgl. EA 22 (1967), Folge 24, Antwort der Kommission der Europäischen Gemeinschaft auf eine mündliche Anfrage des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments betreffend die Auswirkungen eines Kernwaffen-Sperrvertrages auf die Gemeinschaft, vorgetragen vom Kommissionsmitglied Edoardo Martino am 18.10.1967, S. D 579.

[51] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Lilienfeld an Kiesinger vom 6.3.1967.

[52] Hildebrand, Erhard, S. 311.

sieren werde, wenn es unter diesen Umständen im Jahre 1969 – der Nordatlantikpakt war für die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen worden – zu einer Auflösung der Nato komme. Deutschland werde dann, machte er die Befürchtungen des Kanzlers deutlich, der Willkür der Sowjets schutzlos ausgeliefert sein[53].

Hier lag der Kern des Dilemmas von Kiesingers Ostpolitik: Während die Zustimmung zum Sperrvertrag die einzige Möglichkeit darstellte, das Verhältnis zu den Sowjets zu verbessern und ihr Vertrauen zu gewinnen, glaubte der Kanzler, der Vertrag werde ein geeintes Europa und damit auch die Einheit Deutschlands verhindern. Er erwog daher frühzeitig die Möglichkeit, dem Vertrag eine Fristklausel beizufügen. Man könne zustimmen, äußerte Kiesinger Brandt gegenüber, falls das Vertragswerk nur über eine Laufzeit von fünf oder zehn Jahren gültig sei. Diesen Vorschlag sollte sein Außenminister den Amerikanern unterbreiten. Als Rusk am 10. April 1967 Bonn besuchte, bestand Brandt im Namen seiner Regierung darauf, daß der Vertrag nur über einen Zeitraum von fünf Jahren laufen sollte. Ohne Kündigungsmöglichkeit nach einer bestimmten Zeit, warnte Brandt, werde er sich mit seiner Zustimmung in der internen politischen Auseinandersetzung kaum durchsetzen können[54].

Aber die USA waren nicht bereit, eine Fristenklausel in den Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen einzubauen. Rusk warnte wiederum Brandt, es könne sein, daß einige Mitglieder, die noch an den Nato-Vertrag gebunden seien, eine Rücktrittsklausel des Atomsperrvertrages in Anspruch nähmen, um aus dem westlichen Bündnis auszutreten. Der Amerikaner dachte vor allem an Frankreich[55]. Doch der Bundeskanzler ließ sich nicht von solchen Argumenten beeindrucken. Am 18. April tagte der Bundesverteidigungsrat, und man sprach sich, unter seinem Vorsitz, mehrheitlich für eine zeitliche Begrenzung des Vertrages aus. Erst wenn diese Regelung in den Vertrag aufgenommen worden sei, könne man an eine Unterzeichnung denken, hieß es.

Das Auswärtige Amt schien allerdings zum selben Zeitpunkt die Bedeutung, die Kiesinger und der Rat einer Vertragsbefristung beimaßen, noch nicht entsprechend berücksichtigt zu haben. Dort war man darauf eingestellt, daß die Bundesregierung irgendwann, eher früher als später, den Vertrag unterzeichnen werde. Man hielt es für unklug, den Beitritt zum Atomsperrvertrag zu verweigern. Die Verfolgung des deutschlandpolitischen Ziels der Wiedervereinigung werde dadurch gefährdet, argumentierten die Beamten intern. Denn das Streben nach atomarer Bewaffnung wurde den Westdeutschen als kriegerische Haltung ausgelegt, als Revanchismus und Militarismus, wie die sowjetische Propaganda anklagend behauptete. Eine Verweigerung des Beitritts schien diesen Vorwurf der Sowjets zu bestätigen[56]. Vielleicht aus diesem Grund hatte das Auswärtige Amt in der Vorbereitungsmappe für die Gespräche des Kanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten am 24. und 26. April in Bonn die Befristung gar nicht berücksichtigt. Der Kanzler warf daher noch am Tag der Ankunft Johnsons Brandt vor: In der Gesprächsmappe für seine Gespräche mit Präsident Johnson werde unter den Problemen, die das geplante NV-Abkommen für die Bundesregierung aufwerfe, die Frage der Befristung gar nicht

---

[53] McGhee, Botschafter in Deutschland, S. 328.

[54] Vgl. ebenda, S. 326 f.

[55] Vgl. ebenda, S. 326. Der Amerikaner rechnete außerdem vor, daß bei den internen Gesprächen inzwischen 25 Änderungen aufgrund deutscher Einwände vorgenommen worden seien. Brandt versprach daher, den Vertrag nunmehr dem Bundestag vorzulegen. Aber er machte auch klar, dort werde keine Entscheidung fallen, sondern es handele sich um eine allgemeine Diskussion.

[56] Vgl. Diehl, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989. Wenn die deutsche Frage nicht gewesen wäre, dann hätte man den Beitritt eventuell ablehnen können, bestätigte Diehl diese Einschätzung.

erwähnt. Kiesinger betonte: „Ich messe jedoch gerade dieser größte Bedeutung bei. Ich neige dazu, den Amerikanern unsere Beteiligung an dem NV-Abkommen in Aussicht zu stellen, wenn das bisher in den deutsch-amerikanischen Konsultationen Erreichte bewahrt und der Vertrag zunächst auf eine Dauer von 10 Jahren befristet wird."[57] Nach Ablauf dieser Frist sollten Wirksamkeit und Erfüllung aller proklamierten Vertragsziele überprüft werden. Er lege auf die Frage der Befristung um so größeren Wert, als er von Beschlüssen der CSU erfahren habe, die auf eine Ablehnung des Vertrages drängten. Solche Schwierigkeiten könnten durch eine Befristung wohl überwunden werden.

Doch die Gespräche beim ersten Zusammentreffen zwischen dem US-Präsidenten und dem Bundeskanzler im April 1967 in Bonn ergaben in der Sache keinen Fortschritt. Johnson beklagte sich über Kiesingers Bemerkung eines „atomaren Komplizentums" der Supermächte. Ihm war der Zorn noch anzumerken, den er über das Wort empfunden hatte. Aber der Kanzler, der vor dem schauspielerischen Talent des Präsidenten gewarnt worden war[58], wiegelte ab. Später erzählte er, er habe Johnson noch einmal gesagt: „Wir haben ja überhaupt nichts mehr gemeinsam, wir reden nicht mehr miteinander. Wir haben keine Kontakte miteinander." Daraufhin habe Johnson widersprochen: Jeden Tag drängten so viele Deutsche ins Weiße Haus hinein, die hätten sich da festgesetzt, die lebten da. Kiesinger aber habe geantwortet: „Herr Präsident, schmeißen Sie alle raus. Auf den Kontakt zwischen uns beiden kommt es an."[59]

Bei ihrer Abreise hatten die Amerikaner die Deutschen darum gebeten, einen detaillierten Vorschlag zu unterbreiten, wie denn der Vertrag am Ende aussehen solle. Das brauchte erst einmal Zeit. Außerdem wußte Lilienfeld zwei Wochen später, am 8. Mai, die gute Neuigkeit zu berichten, daß der amerikanische Enthusiasmus über das Vertragswerk offenbar verflogen und einer nüchternen Betrachtung gewichen sei. In persönlichen Gesprächen mit dem stellvertretenden Außenminister George Ball und Sicherheitsberater Rostow klinge eine gewisse Skepsis an „hinsichtlich des Zustandekommens des Vertrages"[60]. Hinzu kam, daß die Haltung anderer nicht-nuklearer Staaten, vor allem diejenige Indiens, des wichtigen Sprechers der unabhängigen, „non-aligned"-Welt, Kiesinger bestärkte, jetzt einfach abzuwarten, nichts zu versprechen, keine Verpflichtung einzugehen. Der stellvertretende Premierminister Morarji Ranchhodji Desai habe ihm klar und deutlich gesagt, daß Indien diesen Vertrag nicht unterzeichnen werde, berichtete der Kanzler im Oktober 1967[61]. Andererseits machte er sich zugleich keine Illusionen darüber, daß sich die Bundesrepublik einer Vertragsunterzeichnung auf Dauer nicht verweigern konnte. Dafür sprach nicht zuletzt ein innenpolitischer Aspekt: In Wirklichkeit gäbe es für den Atomsperrvertrag im Bundestag eine Mehrheit aus SPD und FDP, räumte der Kanzler im Gespräch vertraulich ein.

Dennoch gab Kiesinger seine Hoffnung nicht auf, daß die Umstände es der Bundesregierung erlaubten, vielleicht doch noch um eine Vertragsunterzeichnung herumzu-

---

[57] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Brandt vom 24.4.1967, S. 1 f.

[58] Vgl. Weber, Gespräch mit dem Verfasser, 26.10.1989.

[59] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 38. Johnson habe getobt, meinte Kiesinger.

[60] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Lilienfeld an Kiesinger vom 8.5.1967. Und in dem handschriftlichen Nachgang hieß es wörtlich weiter: „Auch scheint es mir, als ob Präsident J. ein wenig die Lust an der ganzen Sache verloren hat. Nach Präzisierung Ihrer Gedanken zur zeitlichen Befristung sollten wir daher dann zunächst eine abwartende Haltung einnehmen."

[61] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 7; dort auch die folgenden Bemerkungen.

kommen. Noch im Oktober 1967 wollte er nicht ausschließen, daß der Vertrag noch scheitern könne. Denn auf den deutschen Verhandlungsführer, den Diplomaten Schnippenkötter, könne er sich ganz verlassen: „Er arbeitet ganz in meine Richtung, nämlich alles daranzusetzen, daß die Frage so lange weitergeschoben wird, bis sie schließlich doch versandet."

Frühjahr 1968: Die Position Kiesingers wird unhaltbarer

Aber der Verlauf der Verhandlungen machte es immer schwieriger, die Bonner Zustimmung zum Sperrvertrag hinauszuzögern. Im August 1967 hatten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion den ersten Entwurf eines Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen in Genf vorgelegt, in dem der Kontrollartikel noch ausgelassen worden war. In der revidierten Fassung vom 18. Januar 1968 war der Wortlaut dieses Artikels allerdings enthalten. Der Kontrollartikel berücksichtigte dabei weitgehend die Grundsätze einer von den fünf EURATOM-Staaten (Bundesrepublik, Italien und die Benelux-Länder) eingesetzten Kommission. Die Kontrollen, so hatte die Kommission gefordert, sollten sich auf den Fluß des spaltbaren Materials, also die Verschickung bestimmter Mengen von Uran oder anderer Stoffe, beschränken. Kontrolleure sollten die verarbeitenden Anlagen, die Kernstabproduktionsfabriken und Reaktoren nicht inspizieren dürfen. Außerdem schlug man ein Abkommen zwischen EURATOM und der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) vor, in dem die Verifizierung der EURATOM-Kontrollen durch die IAEA festgelegt werden sollte. Die Wiener Kontrollbehörde würde also nur die Richtigkeit der Kontrollen von EURATOM bestätigen und keine eigenen Untersuchungen durchführen. Darüber hinaus drang die Kommission darauf, daß die Brennstoffversorgung der Europäischen Gemeinschaft gesichert werden müsse.

In der Fassung vom 18. Januar hatten die beiden Supermächte im Artikel III tatsächlich auf die Kontrolle von Kernanlagen verzichtet[62]. Außerdem war ein Abkommen zwischen EURATOM und IAEA vorgesehen, das eine Abschlußfrist fixierte. Insgesamt waren damit wesentliche Vorbedingungen der Europäer erfüllt worden[63], und deshalb geriet Kiesinger mit seinem Versuch, die Zustimmung der Bundesregierung zu verzögern, mehr und mehr in eine aussichtslos erscheinende Lage. Im Februar 1968 fuhr Barzel nach New York und traf sich dort heimlich mit Rostow. Er wollte ausloten, welche Folgen eine deutsche Weigerung, den Vertrag zu unterzeichnen, vermutlich haben könnte. In einem Brief vom 15. Februar hatte Barzel gegenüber Kiesinger erklärt, daß sich nach seinem Eindruck der Widerstand in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU versteife[64]. Auch Barzel selbst beurteilte das Unternehmen zunehmend skeptisch. Während seines Treffens mit Rostow – den er im Brief an Kiesinger geheimnisvoll mit „R." bezeichnet[65] –

[62] Vgl. Bechtoldt, Atomsperrvertrag, S. 258.

[63] Vgl. EA 23 (1968), Folge 9, Vortrag des Kommissionsmitglieds Martino vor dem Europäischen Parlament, S. D. 223 f. Die Kommission kam am 12.3.1968 zu dem Schluß: „Der neue Text bestätigt eine langsame, aber ständige Entwicklung hin zu den westlichen Positionen." Bechtoldt (Atomsperrvertrag, S. 258) weist zu Recht darauf hin, daß der Vertrag einer Gegenleistung der Kernwaffenstaaten entbehre. Zwar werde von den Nichtmitgliedern des Atomklubs ein freiwilliger Verzicht gefordert, aber die Nuklearmächte selbst seien nicht bereit, auf militärische Mittel zu verzichten.

[64] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 15.2.1968: „Mir gehen auch Informationen zu, nach denen bei einigen Freien Demokraten insoweit erhebliche Bedenken anwachsen."

[65] Vgl. Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988, in dem er die Identität „R's" enthüllte.

legte der Deutsche seine grundlegenden Bedenken gegen den Vertrag dar. Erst durch dieses Gespräch hätten die Amerikaner verstanden, weshalb die Deutschen dem NV-Vertrag so ablehnend gegenüberstünden, brüstete sich Barzel später. Durch seinen Bericht erfuhr der Kanzler allerdings, wie weit die Verhandlungen im Frühjahr 1968 bereits gediehen waren. Barzel schrieb unter anderem:

„Nachdem ich nochmals zum NV-Vertrag erhebliche Bedenken konkretisiert hatte, wurde mir folgender ‚Fahrplan' mitgeteilt: 15. März Bericht der Genfer-Kommission an UNO und Regierungen, Debatte der UNO im April, Unterzeichnungen ab Mai: Das Interesse, diesen Plan auch einzuhalten, schien mir sehr stark. Basis des Vertrages sei: Nur was im Vertrag ausdrücklich abgemacht werde, sei verbindlich. Über friedliche Forschung und Entwicklung, McNamara-Komitee, Zwei-Schlüssel-System u.a. sei nichts abgemacht. Theoretisch erlaube der Vertragstext eine MLF. Ich äußerte erneut Zweifel."[66]

Besonders wichtig erschien Barzel die Nachricht, es bestehe offenbar in den USA der Eindruck, des Kanzlers Einwände beträfen „vor allem die Dauer des Vertrages und das EURATOM-Problem". Am Schluß faßte der CDU-Fraktionsführer seinen Eindruck zusammen und empfahl – wie die Dinge lägen – einen dringenden Brief „mit den offenen Fragen nach hier ebenso wie das Einwirken auf Genf in Richtung ‚Diskussionsgrundlage'. Weiter müßte wohl erstrebt werden, daß EURATOM ‚mit einer Stimme spricht' und unsere Sorgen in der UNO-Debatte, falls es dazu kommt, von Freunden als gemeinsame Sorgen vorgetragen würden. Mir scheint, daß der März-Termin [*also die Debatte in den Vereinten Nationen*] schwerer zu vermeiden sein wird als – bei Erfolg in dem skizzierten Bemühen – der Mai-Termin [*der Unterzeichnung*]."

Der CDU-Fraktionschef hatte in New York, wie mit dem Bundeskanzler verabredet, die Themen zur Sprache gebracht, die Bonn nach wie vor Kopfschmerzen bereiteten. Nach außen sollte, so schlug Barzel vor, der Eindruck vermittelt werden, als ob sich die Bundesregierung alles offenhalte und als ob bei den Verhandlungen in Genf zwischen den Supermächten erst eine „Diskussionsgrundlage" und nicht ein fester Vertragstext bestehe[67]. Aber der letzte Satz in Barzels Brief deutet darauf hin, daß er selbst nicht mehr an einen günstigen Ausgang glaubte: „Alles ist offenbar sehr, sehr weit gediehen." Am Ende würde der Regierung vermutlich nichts anderes übrigbleiben, als zu unterzeichnen. Darüber gab man sich auch im Kanzleramt keiner Täuschung hin. Der Kanzler werde zustimmen, wenn sich Deutschland vor die Frage des Ja oder Nein gestellt sähe, erklärte Guttenberg Krone[68].

Abbruch der Verhandlungen um den Gewaltverzicht im Juli 1968 und Brandts verstärkte Bemühungen um Moskau

Das war der Stand, als das Auswärtige Amt in seiner Aprilnote an Moskau den Beitritt der Bundesrepublik zum Sperrvertrag in Aussicht stellte. Doch die Offerte aus dem AA wurde in Moskau nicht honoriert. Die Sowjets verlangten mehr als Worte, wurden ungeduldig und wollten endlich konkrete Ergebnisse sehen. Am 5. Juli 1968 wies die So-

---

[66] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Barzel an Kiesinger vom 23.2.1968; dort auch die folgenden Zitate.

[67] Vgl. BPA, Barzel im DLF am 17.3.1968, Anhang IV, S. 5: „Wir [...] [sind] in der Frage des Nicht-Verbreitungsvertrages weder in der Lage, jetzt ein Ja zu sagen noch ein Nein zu sagen, das ist erst 'ne Diskussionsgrundlage, und hier muß man erstmal sehen, wie das überhaupt in den Vereinten Nationen geht."

[68] Vgl. Krone, Aufzeichnungen, S. 198.

wjetunion daher mit zum Teil polemischen Aussagen die deutschen Ausführungen zurück. Sie selbst sei nur dann zu weiterem Meinungsaustausch über den Gewaltverzicht bereit, wenn die Regierung der Bundesrepublik konstruktiv und sachlich an dieses Problem herangehe, hieß es in dem Aide-mémoire. Die Sowjets hielten nicht nur an ihren Bedingungen fest, sondern jetzt kam erschwerend hinzu, daß sie plötzlich auf die sogenannten „Feindstaatenklauseln" der Charta der Vereinten Nationen (Art. 53, Zif. 1 und Art. 107) Bezug nahmen. Damit holten sie ein weiteres Instrument hervor, um Bonn in Zugzwang zu bringen. „Die Bestimmungen der UNO-Charta über Zwangsmaßnahmen ‚im Falle einer erneuten Aggressionspolitik', auf die sich die Regierung der BRD beruft, behalten voll und ganz ihre Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland", hieß es[69]. Schließlich veröffentlichte die sowjetische Regierung eine Woche nach ihrem Aide-mémoire vom 5. Juli in der *Izvestija* an drei aufeinanderfolgenden Tagen den gesamten Text der sowjetischen Noten, die in den vergangenen Monaten der deutschen Seite übergeben worden waren. Im Gegenzug publizierte auch die Bundesregierung am 12. Juli ihre eigenen Noten.

Im Rückblick scheint die sowjetische Brüskierung mit den Vorgängen des Prager Frühlings in Verbindung gestanden zu haben[70]. So sieht das jedenfalls Brandt. Die Krise um die Tschechoslowakei habe damals schon eine dominierende Rolle in Moskaus Sicht gespielt[71]. Wahrscheinlich wurden die Sowjets auch von Ost-Berlin gedrängt, die Verhandlungen mit Bonn abzubrechen. Als erste sozialistische Partei hatte die SED den inneren Wandlungsprozeß der Prager Kommunisten bemerkt, verfolgt und verurteilt. Schon im Frühjahr 1964 (!) übte sie scharfe Kritik an der Kulturpolitik der Tschechoslowaken und brachte sogar den Fall ihres Dissidenten, des Physikers Robert Havemann, damit in Verbindung: Einige seiner revisionistischen Theorien stünden im Zusammenhang mit den Theorien, die aus Prag in die DDR gedrungen seien[72].

---

[69] DzD, 1968, S. 973; siehe zum geschichtlichen Hintergrund Blumenwitz, Feindstaatenklauseln.

[70] Vgl. Besson (Außenpolitik, S. 413 ff.), der erklärt, daß die Politik des Interventionsrechts auf eine Abwehrhaltung Moskaus gegenüber der deutschen Ostpolitik zurückzuführen ist, die noch verstärkt worden sei, je mehr sich die Situation in Prag zugespitzt habe. Mit dem sowjetischen Einmarsch in die ČSSR sei dann deutlich geworden, daß die Sowjetunion die Interventionsklauseln zum „Offensivinstrument" umfunktionierte. Moskau habe offenbar gehofft, sich ein Eingreifrecht im kapitalistischen Mitteleuropa zu schaffen. Das sei das sowjetische Motiv des dann folgenden „Trommelfeuers von Verleumdungen" gegen die Bundesrepublik gewesen. Wettig (Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage, S. 56) setzt dagegen, daß der Prager Einmarsch die sowjetische Interventionspolitik unglaubwürdig gemacht habe. Der Sowjetunion sei es zuvor darum gegangen, mit dem Beharren auf der Intervention die Bundesrepublik von den Westmächten zu „isolieren". Aber das Gegenteil habe sich dann gezeigt: Die Bündnispartner seien enger hinter Bonn zusammengerückt. Daraufhin habe sich der Kreml dazu entschlossen, wieder West-Berlin in den Mittelpunkt seiner Angriffe zu stellen.

[71] Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 252. Man geht in der Historiographie davon aus, daß die Sowjetunion nicht wegen des Verhältnisses der Bundesrepublik zur ČSSR in Prag einmarschiert ist; vgl. etwa Griffith, Ostpolitik, S. 160; Meissner, Die „Breshnew-Doktrin", S. 621-642; Schulz, Die sowjetische Deutschlandpolitik, S. 278; Wettig, Das Vier-Mächte-Abkommen, S. 98. Dennoch hat es damals offenbar ein ernsthaftes Bemühen der Bundesregierung um die Verbesserung der Beziehungen zur ČSSR gegeben. So merkt Schulz (Prag und Bonn, S. 124) im Februar 1967 an: „Die Bundesregierung hat die Voraussetzungen für ein Arrangement geschaffen, das eine vernünftige Entwicklung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen einleiten könnte und beiden Seiten die Möglichkeit gibt, ihr Gesicht zu wahren. Jetzt ist Prag am Zug." Siehe dazu auch Griffith, Ostpolitik, S. 159 f.

[72] Vgl. Tudyka, Die DDR im Kräftefeld, S. 19. Havemann war im März 1964 aufgrund eines Interviews, das in der Zeitung Hamburger Echo erschienen war, aus der Partei ausgeschlossen worden.

Was war von dem abrupten Schritt der Notenveröffentlichung durch die Sowjetunion zu halten? War die Ostpolitik der Großen Koalition fehlgeschlagen? Brandt glaubte nicht an ein Scheitern. Durch diesen Rückschlag sei eine Annäherung noch nicht blockiert, meinte er. Sein französischer Kollege bestärkte ihn in dieser Meinung. Am 20. Juli 1968 – genau einen Monat vor dem sowjetischen Einmarsch in Prag – trafen sich Brandt und der neue französische Außenminister, Michel Debré, in der französischen Botschaft in Brüssel zu einem ersten, längeren Gespräch. Debré behauptete dort, die Sowjets hätten zwei Hauptziele, die sich möglicherweise nicht vereinbaren ließen: erstens die Einheit des sozialistischen Lagers zu erhalten und zweitens die Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa einzuleiten. Eine Harmonisierung der beiden Ziele und Politiken sei nur unter festen Bedingungen möglich. Und zwar mußte die Sowjetunion mit außerordentlicher Festigkeit auf der Beibehaltung des Status quo beharren und als grundsätzlicher Gegner jeder Revision der politischen Landkarte Europas auftreten. Nur wenn der Kreml in diesem Punkt eine kategorische Haltung einnähme, könne die Einheit des sozialistischen Lagers bewahrt und gleichzeitig die Entspannung vorangetrieben werden. „Die Grobheit der sowjetischen Antworten sei nur durch den Wunsch zu erklären, den Widerspruch zwischen den beiden politischen Zielen zu überwinden", heißt es wörtlich in dem Gesprächsprotokoll. „Der Herr Minister habe recht, wenn er diese Antwort nur als momentanes Ereignis in den Beziehungen ansehe, ausgelöst durch die Furcht, daß den Reformbestrebungen in Prag weitere Bewegungen in Polen und in Ostdeutschland folgen könnten. Der sowjetische Ton werde zwangsläufig um so schroffer sein, als die Dinge mehr in Bewegung gerieten."[73]

Der deutsche Außenminister fühlte sich ermutigt. Es war, als ob die brüske Moskauer Ablehnung ihn noch darin bestärkt hatte, den einmal eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen – egal, welche Hindernisse sonst noch auftauchen würden. Selbst die verlorenen Landtagswahlen, die vermutlich auf das Konto einer weitreichenden Ostpolitik gingen, konnten ihn jetzt nicht zur Umkehr bewegen. In Baden-Württemberg hatte die SPD am 28. April 1968 ein Desaster erlebt: Während die CDU sich um 2,1 Prozentpunkte verbesserte und insgesamt 44,1 Prozent auf sich vereinigen konnte, verlor die Sozialdemokratische Partei 8,2 Prozentpunkte. Nur noch 29,1 Prozent der Wähler stimmten dort für die SPD. Die rechtslastige NPD erhielt auf den ersten Schlag gleich 9,8 Prozent. Die SPD-Fraktion gab sich keiner Täuschung hin: 3 – 4 Prozent habe man durch den Parteitagsbeschluß zur Oder-Neiße-Grenze verloren, hieß es in der Bonner Fraktionssitzung am 29. April[74].

Brandt sah jetzt, Ende Juli 1968, deutlicher als je zuvor, daß die einzig mögliche Offerte von deutscher Seite an die Sowjetunion in der Unterzeichnung des Nichtweitergabevertrages bestand. Der Kanzler würde keine der anderen, von Moskau genannten Bedingungen erfüllen wollen. Brandt mußte deshalb Kiesinger davon überzeugen, daß von dessen Unterschrift die Fortsetzung der Ostpolitik abhing. Nur durch diesen ersten Schritt

[73] Archiv des AA, ZA 5-51, A/68, Aufzeichnung des Gesprächs vom 20.7.1968, S. 4. Im Auswärtigen Amt ahnte man längst, warum dieser erste Teil der Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hatte. Bahr (Gespräch mit dem Verfasser, 4.7.1988) spricht von dem „aseptischen" oder „zahnlosen" Angebot, das die Bundesrepublik der Sowjetunion unterbreitete. Ohne die Einschließung und Anerkennung der bestehenden Grenzen, so der Planungschef des AA, waren die Aussichten auf ein Ergebnis gering.

[74] Vgl. AdsD, Protokolle interner Sitzungen der Führungsgremien, SPD-Fraktionssitzung vom 3.5.1968, Ernst Haar in einer ersten Auswertung des baden-württembergischen Wahlergebnisses, S. 9.

konnte die Bundesrepublik die nächste Hürde auf dem Weg zu Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion nehmen.

Brandt drängt Kiesinger zur Unterschrift

Aber der Außenminister wußte auch, daß dies ein schwieriges Unterfangen werden würde. Denn Kiesinger baute immer höhere Hindernisse auf, von deren Beseitigung er die Unterschrift abhängig machen wollte. Am 5. Juli 1968 hatte sich der Kanzler öffentlich zu den Problemen geäußert, die vor einer Zustimmung durch die Bundesregierung befriedigend und einvernehmlich gelöst werden müßten. Er verband dabei geschickt das neue rauhe Klima, entstanden durch die Berlin-Krise und das Festhalten der Sowjets an den Feindstaatenklauseln, mit dem Ziel des Vertrages. Auf einer Pressekonferenz in Bonn machte er zunächst deutlich, daß vor einer endgültigen Festlegung der Bundesregierung die für August geplante Genfer Konferenz der kernwaffenlosen Staaten abgewartet werden würde. Besondere Bedeutung käme zudem der Frage zu, wie sich ein Unterzeichnerstaat gegen Pressionen oder Aggressionen eines nuklearen Staates wehren könne. Um sich vor solchen Gefahren zu schützen oder um auch nur eine mögliche Garantie zu erhalten, forderte Kiesinger von den beiden Supermächten eine detaillierte Interpretation des Vertragstextes. Falls die Sowjetunion dies verweigere, sagte mahnend der Kanzler, entstünde „ohne Zweifel eine völlig neue Situation“[75]. Der Kanzler zielte darauf, daß die Sowjets öffentlich erklären sollten, sie würden ihre im Vertrag festgeschriebene Sonderstellung nicht zur Durchsetzung von politischen Zwecken nutzen. Das war natürlich provokativ gemeint und sollte dem dauerhaften öffentlichen Druck der Sowjets auf die Bundesregierung in der Frage des Sperrvertrages etwas entgegensetzen[76]. Ein noch schärferes Geschütz fuhr Kiesinger einige Wochen später auf, als er in einem Interview erklärte, das Problem sei das schwierige Verhältnis zur Sowjetunion, die sich „außerordentlich unfreundlich – ja drohend – uns gegenüber verhält“[77]. Der Kanzler machte noch einmal die lauteren Absichten der Bundesregierung deutlich. Die Bundesregierung könne niemand verdächtigen, den Besitz nuklearer Waffen anzustreben, wenn sie ihre Haltung zum Vertrag genau überdenke. Die Bundesrepublik sei das einzige Land, das auf Herstellung und Besitz nicht nur nuklearer Waffen, sondern auch anderer Massenvernichtungsmittel schon 1954 verzichtet habe.

Brandt war da anderer Ansicht. „Der Atomverzicht von 1954 ist letztlich nie honoriert worden,“ meinte er in einem Schreiben an den Bundeskanzler vom 15. Juli. Nur drei Tage nachdem die Bundesregierung ihre Seite des Notenwechsels mit der Sowjetunion veröffentlicht hatte, sandte er ein umfangreiches Plädoyer zugunsten des Sperrvertrages an den Kanzler, der einen Kurzurlaub in Bebenhausen verbrachte. Mit der Einstellung zum Nichtverbreitungsvertrag stehe die Glaubwürdigkeit der Entspannungspolitik auf dem Spiel, argumentierte Brandt. Wenn Brasilien, Indien, Japan oder Schweden zögerten, dann werde das allgemein in der Weltöffentlichkeit bedauert, ändere aber

---

[75] Bulletin, 9.7.1968. Wörtlich sagte Kiesinger: „Ich habe volles Vertrauen, daß die amerikanische Seite die Interpretationen so geben wird, wie wir sie wünschen und erhoffen und wie sie zum Teil auch abgesprochen sind. Die Frage wird sein: Was wird die Sowjetunion dazu tun? Wenn sie diese Interpretationen ablehnt, dann entsteht ohne Zweifel eine völlig neue Situation.“

[76] Vgl. EA 23 (1968), Folge 15, S. Z 153. Der Sprecher der Bundesregierung, Diehl, hatte am 1.7. erklärt, die Bundesregierung wolle Probleme des Kernwaffensperrvertrages prüfen. Dazu zähle die Tatsache, daß die Sowjetunion einen „massiven politischen Druck auf die Bundesrepublik Deutschland seit langem angesetzt hat und ihn auch gegenwärtig fortführt“.

[77] Rheinische Post, 27.7.1968.

nichts an der Wertschätzung, die diese Staaten genössen. „Wenn wir zögern, so wird das latente Mißtrauen, das bei unseren östlichen Nachbarn, aber auch bei manchen einflußreichen Kreisen im Westen gegenüber der Bundesrepublik und ihrer inneren Entwicklung vorhanden ist, neue Nahrung erhalten."[78] Die östliche Propaganda werde dieses schwelende Feuer zu entfachen wissen.

Brandt drängte Kiesinger, schnell zu unterzeichnen. Jede Verzögerung führe zu nachteiligen Dauerwirkungen für die Bundesrepublik. Man laufe sonst Gefahr, wieder einmal eine Chance zu verpassen und den Gegnern einen „billigen Vorwand für ihre Propaganda" zu liefern. Die Gegengründe, die Kiesinger auf einer Pressekonferenz wenige Tage zuvor aufgeführt hatte, hielt der Minister für nicht überzeugend. Fragen zur amerikanischen Vertragsinterpretation könnten rasch geklärt werden. Auf der Genfer Konferenz der nicht-nuklearen Staaten im August würde die Bundesrepublik einen leichteren Stand haben, wenn sie bereits unterzeichnet hätte. Auch die Haltung anderer potentieller Nuklearmächte werde der Bundesrepublik ihre Entscheidung nicht erleichtern. „Niemand wird bereit sein, sich mit uns solidarisch zu erklären und uns zu verteidigen, wir bleiben allein", zeichnete Brandt ein düsteres Bild[79]. Er verwies darauf, daß die Brüsseler Kommission kurz zuvor festgestellt hatte, eine Unvereinbarkeit zwischen den Zielen des NV-Vertrages und denen der Europäischen Atomgemeinschaft liege nicht vor. Außerdem bliebe die Möglichkeit einer Atomstreitmacht, wie sie sich die Union wünsche, innerhalb einer zukünftigen europäischen Armee erhalten. Anderslautende Behauptungen seien daher gegenstandslos. Die Benelux-Staaten und Italien würden in den kommenden Wochen den Vertrag unterzeichnen. „Unter diesen Umständen spräche objektiv viel dafür, auch bei uns noch im Sommer die Voraussetzungen für die Unterschrift zu schaffen. Ich weiß, daß dies aus praktischen Gründen nicht einfach ist, zumal ein Kontakt mit den Führungen der Fraktionen erforderlich sein würde." Größte Bedenken hätte er, Brandt, dagegen, die Entscheidung weit in den Herbst hinein zu verlagern. Schon meldeten sich Stimmen, die anrieten, bis nach den amerikanischen Wahlen zu warten – „praktisch ein für uns gefährliches Mißtrauensvotum gegen die jetzige USA-Administration und gegen die Mehrheit des Senats, mit der wir es weiter zu tun haben werden". Andere wollten sich noch mehr Zeit nehmen. Dann käme man aber in den Sog des eigenen Wahlkampfes. Das könnte die Große Koalition zu einem Zeitpunkt zerbrechen lassen, da sie noch wichtige Aufgaben zu erfüllen habe[80].

Brandt schreckte also nicht davor zurück, mit dem Ende der Koalition zu drohen. Auch die Warnung vor dem von der Sowjetunion aufgeworfenen Interventionsrecht durch die UNO-Charta hielt der Minister nicht für ein ausreichendes Gegenargument: Er habe die „allerstärksten Bedenken dagegen", dies zu einem Grund für die Nichtunterzeichnung zu machen. Abgesehen davon, daß man diesen beiden obsolet gewordenen Paragraphen „eine ganz und gar unerwünschte Aktualität" verleihe, würde dies „ein massives Mißtrauen gegenüber den USA" bekunden. Der Außenminister faßte zusammen: Man solle sich auf die Unterzeichnung in allen drei Hauptstädten im Frühherbst 1969 einstellen[81].

Drei Tage später fand eine intensive Aussprache mit Kiesinger im Gästehaus des Industriellen und CDU-Vorsitzenden in Nordwürttemberg Scheufelen in Stuttgart statt.

---

[78] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 15.7.1968.
[79] Ebenda, S. 2.
[80] Ebenda, S. 3.
[81] Ebenda, S. 5.

Dort vereinbarten beide, die endgültige Entscheidung bis nach der Genfer Konferenz der nicht-nuklearen Staaten Ende August 1968 zu verschieben. Brandt gab sich dennoch zuversichtlich. Er vertraute seinem französischen Kollegen an, in der Bundesrepublik sei zwar die Entscheidung über die Unterzeichnung noch nicht gefallen, alles spreche aber dafür, „daß zu einem geeigneten Zeitpunkt unterzeichnet werde"[82].

Kiesingers Position wurde auch dadurch unhaltbarer, daß – wie Brandt im Brief erwähnte – die anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft dem Vertrag positiv gegenüberstanden. Außer der Atommacht Frankreich wollten alle den seit dem 12. Juni vorliegenden Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen offenbar unterzeichnen. An diesem Tag hatten ihn nach siebenwöchiger Debatte 95 Staaten in der Vollversammlung der Vereinten Nationen gebilligt. Nur Albanien, Kuba, Sambia und Tansania hatten gegen ihn gestimmt, 21 Staaten sich der Stimme enthalten. Am 1. Juli 1968 setzten Washington, London und Moskau ihre Unterschrift unter den Vertrag. Das war Anlaß für Brandt, sich erneut beim Kanzler einzusetzen. Aus seinem Urlaubsort in Norwegen schrieb er mit der Hand am 10. August an Kiesinger, die Lage habe sich zu stark geändert, um die endgültige Entscheidung bis nach der Genfer Konferenz der Nicht-Nuklearen zu verschieben. Man sei ja davon ausgegangen, daß die vier anderen EURATOM-Partner eine einheitlich ablehnende Haltung einnehmen würden. Das sei jetzt anders. Italien und die Benelux-Länder hatten inzwischen ihren positiven Standpunkt zum Vertrag erklärt. Belgien habe sogar seinen Botschafter in London angewiesen, am 19. August seine Unterschrift unter das Abkommen zu setzen. Hinzu komme, daß Frankreich in der Frage der europäischen Option zur Zurückhaltung geraten habe.

In der Tat hatte Außenminister Debré in dem schon zitierten Gespräch vom 20. Juli vor einer Erklärung gewarnt, welche die Deutschen gerne vor einer Unterzeichnung gemeinsam mit ihren westlichen Nachbarn abgegeben hätten. Darin sollte bestätigt und bekräftigt werden, daß der Sperrvertrag nicht den Prozeß der europäischen Einigung präjudizieren dürfe. Die Bundesregierung wollte damit die Möglichkeit einer atomaren Verteidigung der europäischen Union offen halten, an der sie selbst beteiligt war. Doch Debré riet von diesem Vorhaben ab. Denke man an eine europäische Einheit, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen würde, so liege diese in weiter Ferne. Die genannte Klausel würde also nicht in unmittelbarer Zukunft zum Tragen kommen, sondern höchstens auf lange Sicht. Der Nutzen würde sich also erst in Jahrzehnten auszahlen. Dagegen könne eine solche Erklärung jetzt die konservativen Kräfte in der Sowjetunion stärken. Ein solcher Vorbehalt würde diesen Entspannungsfeinden im Kreml nur ein zusätzliches Argument liefern[83]. Es wurde deutlich, daß Frankreich selbst gegen den Vertrag war, aber es offensichtlich gerne sah, wenn sein östlicher Nachbar dem Vertrag dennoch beitrat.

Für Kiesinger bedeutete dies allerdings nicht, daß die Bundesregierung jetzt sofort zustimmen mußte. Der Kanzler hatte bestimmt, daß das Thema des NV-Vertrages in der Kabinettsitzung vom 27. August nicht abschließend behandelt werden sollte, wie das zuvor Brandt vorgeschlagen hatte. Dazu meinte der Minister jetzt, er sei auch nicht davon ausgegangen, daß eine abschließende Behandlung auf dieser Sitzung möglich gewesen wäre, zumal für die Bundesregierung erklärt worden sei, daß sie sich nach der Konferenz der nicht-nuklearen Staaten in Genf entscheiden werde. Brandt bezog sich hier auf

---

[82] Archiv des AA, ZA 5-51, A/68, Aufzeichnung des Gesprächs vom 20.7.1968, S. 12. „Die Ratifizierung werde allerdings längere Zeit in Anspruch nehmen", heißt es da.

[83] Vgl. ebenda, S. 13 f.

die Äußerung Kiesingers gegenüber der Zeitung *Rheinische Post*[84]. Er nahm diese Erklärung des Kanzlers jetzt zum Anlaß, zumindest auf eine Vorentscheidung zu drängen. Die Situation habe sich nun insoweit verändert, als die vier anderen EURATOM-Partner den Vertrag vor Beginn der Genfer Konferenz unterzeichnen wollten. Frankreich habe die Deutschen sogar in der Frage der europäischen Option zur Zurückhaltung geraten, betonte Brandt nochmals. „Insofern befinden wir uns in einer etwas schwierigen Lage: Eine außenpolitische Isolierung müssen wir vermeiden. Die innenpolitischen Schwierigkeiten, denen gerade Sie sich gegenübersehen, sind mir andererseits wohl bewußt."[85]

Die Position der Bundesrepublik würde seiner Meinung nach in Genf unverantwortbar erschwert werden, „wenn wir unsere Haltung nicht plausibel machen können". Deshalb sei es erforderlich, daß man am 27. August zu einer Vorklärung komme. Erstens müsse dort die grundsätzlich positive Haltung bestätigt werden, die die Regierung schon am 27. April des Vorjahres vor dem Bundestag eingenommen habe. Zweitens sollten die Bereiche gekennzeichnet werden, in denen man am Vertrag und seinem Beiwerk nichts mehr auszusetzen habe. Und drittens sollten dann die Punkte zusammengestellt werden, bei denen die Bundesregierung an einer über den Vertragstext hinausreichenden Klärung gelegen sei.

„Mit einer solchen Vorklärung können wir zur Not in Genf bestehen", meinte Brandt. „Ohne sie würde ich jedenfalls meine Teilnahme nicht für ratsam halten." In diesem Zusammenhang wolle er auch darauf hinweisen, daß die Unterlagen, die das Auswärtige Amt bzw. die interministerielle Arbeitsgruppe zum NV-Vertrag zusammengestellt habe, allen Kabinettsmitgliedern zugestellt werden sollten. Dies sei nicht mehr nur eine Sache des Verteidigungsrats, und ohne die NV-Unterlagen ließe sich die Marschroute für Genf nicht entwickeln.

Aber Kiesinger weigerte sich, ein grundsätzliches Votum oder auch nur eine Vorentscheidung über das Thema im Kabinett herbeizuführen. Der Kanzler hatte seit dem Frühjahr 1967 darauf gesetzt, die Sache immer weiter hinauszuschieben. Er hegte die Hoffnung, die internationale Entwicklung werde es gar nicht zu einer Vereinbarung der Supermächte kommen lassen. Tatsächlich lieferten ihm die Spannungen um Berlin ein Argument, das er als Erklärung für sein Zögern anführen konnte. Nur vier Tage vor dem Einmarsch Warschauer Pakttruppen in die Tschechoslowakei, am 17. August 1968, antwortete der Kanzler daher seinem Minister schriftlich:

„Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß die Absicht der übrigen vier nichtnuklearen EURATOM-Staaten, den Vertrag noch vor der Genfer Konferenz zu unterzeichnen, bedeutungsvoll ist. Die besondere deutsche Situation, die durch die Sowjetnote vom 5. Juli und die Berliner Maßnahmen der ‚DDR' erneut unterstrichen wurde, scheint mir jedoch eine von unseren EURATOM-Partnern abweichende Prozedur zu rechtfertigen."

Er sei auch damit einverstanden, in der Sitzung des Bundesverteidigungsrates (BVR) den gesamten Komplex des NV-Vertrages eingehend zu erörtern. Im Kabinett sollte jedoch die Diskussion möglichst auf jene Probleme beschränkt werden, die zur Meinungsbildung der Regierung zu der in Genf zu behandelnden Thematik notwendig seien. Eine allgemeine Diskussion über die Bewertung des NV-Vertrages anhand einer vom Auswärtigen Amt vorgelegten Unterlage werde dagegen zu einer Art Vorentscheidung

---

[84] Vgl. Rheinische Post, 27.7. 1968.

[85] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 10.8.1968, S. 2; siehe dort auch die folgenden Zitate.

führen, „die meines Erachtens aus innen- wie aus außenpolitischen Gründen noch nicht möglich ist". „Selbstverständlich sollte bei und nach dieser Kabinettsitzung die allgemeine grundsätzliche Haltung der Bundesregierung zum Nichtverbreitungsvertrag erneut bekräftigt werden. Mit Rücksicht auf die Klausurtagung der SPD am 26. August 1968 habe ich die BVR-Sitzung für den 27. August und die Kabinettsitzung für den 28. August 1968 festgesetzt." Kiesinger schloß mit der Bitte, „sich mit dem von mir vorgesehenen Ablauf der Beratungen im Bundesverteidigungsrat und im Kabinett einverstanden zu erklären"[86].

Kiesinger konnte noch nicht wissen, daß ihm die Sowjetunion wenig später selbst das entscheidende Argument in die Hand geben würde. Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in Prag erlaubte ihm, die Behandlung so weit hinauszuzögern, daß er nicht mehr in die Verlegenheit kommen sollte, eine endgültige Entscheidung zum Nichtverbreitungsvertrag treffen zu müssen.

Der Prager Frühling

Alles hatte in der ČSSR mit einer drastischen Verschlechterung der tschechischen Wirtschaft im Jahre 1963 begonnen. Die Wachstumsquote der Industrie lag 1960 noch bei 12 Prozent und nahm dann stetig ab: 1961 waren es noch 8,9 Prozent, 1962 nur noch 6,1 Prozent, und ein Jahr später fiel die Rate auf 0,4 Prozent. Zunächst bedeutete dies nichts anderes, als daß die Effektivität der Neuinvestitionen stetig zurückgegangen war und der Verfall von Produktion und Produktivität die Erwartungen auf einen Zuwachs voll aufzehrte[87]. Für ein stark industrialisiertes Land wie die ČSSR wirkte diese Bilanz jedoch alarmierend. Man mußte Wirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft befürchten, einen Rückschlag im Bereich des technischen Wissens. Die tschechoslowakische Wirtschaft drohte den Anschluß zu verpassen. Die Aussicht erschien um so schmerzhafter, als es nach dem Krieg gelungen war, sich durch den bedingungslosen Ausbau der Schwerindustrie, gestützt auf die Vorkriegskapazitäten in der Stahlproduktion, vom neunten Platz (1937) auf die fünfte Stelle in der Welt hochzuarbeiten.

Den wirtschaftlichen Erfolg mußte die Bevölkerung des Landes allerdings mit politischer Monotonie und absoluter Treue zum Regime des sozialistischen Systems bezahlen. Im Jahre 1960, so hat der Journalist Hansjakob Stehle einmal geschrieben, habe man die ČSSR als „hoffnungsloses politisch-geistiges Ödland" empfunden[88]. Antonin Novotný, der mit diktatorischen Mitteln regierende Parteiführer, sah sich anläßlich wirtschaftlicher Schwierigkeiten daher nur zu einigen kleineren Reformen gezwungen: Die Grenzen wurden für westliche Besucher geöffnet, er gewährte eine größere kulturelle Freiheit – nach wie vor existierte aber eine Vorzensur. Auf dem wirtschaftlichen Sektor wurde ab 1966 versucht, eine Reform durchzuführen, die einige marktwirtschaftliche Elemente enthielt, ohne allerdings die bestehende Planwirtschaft zu ersetzen[89]. Es bildete sich in der KPČ ein Reformflügel, der einen „marktorientierten Sozialismus" forderte. Dabei sollte das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln mit einem Minimum an Planung und Preisfestsetzung und einem Maximum an unternehmerischer Freiheit kombiniert werden. Aber das Experiment führte bald zu einer Verschlechterung der

---

[86] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Brandt vom 17.8.1968.
[87] Vgl. Otto, Neue Führung, S. 91.
[88] Stehle, Nachbarn im Osten, S. 77.
[89] Vgl. Šik, Prager Frühlingserwachen, S. 179; Šik, Leiter der Reformkommission, meint in seinen Erinnerungen, daß das Politbüro auf diese Weise die Reform habe langsam einschläfern wollen.

wirtschaftlichen Lage, und im Juli 1967 hielten es die Planer der alten Schule für notwendig, Kontrollen einzuführen, um die Entwicklung wieder rückgängig zu machen[90].

Ein weiteres Symptom der Unruhe, der Streit um größere kulturelle Freiheit, forcierte die Abwahl Novotnýs von seinem Amt als Erstem Sekretär der Kommunistischen Partei. Auf dem vierten Kongreß des Schriftstellerverbandes wagten es mehrere Autoren erstmals, Zensur und Parteikorruption anzuprangern[91]. Zur Stimmung gegen den Ersten Sekretär trug auch eine wachsende Verärgerung der slowakischen Kommunisten bei, auf deren Eigenständigkeit und Traditionen Novotný seit der von ihm verfügten Auflösung der slowakischen Regierung im Jahre 1960 immer weniger Rücksicht nahm[92]. Schließlich wurde er durch das Präsidium der Partei im Januar 1968 vom Amt des Ersten Sekretärs entbunden. Er blieb allerdings im Amt des Staatspräsidenten[93]. Als Nachfolger wurde der Slowake Alexander Dubček gewählt, ein bis dahin völlig unbekannter Funktionär[94]. Aber darüber hinaus änderte sich nichts. Die Inhaber blieben in ihren Parteiämtern, außer Novotný wurde kein Präsidiumsmitglied ausgewechselt. Der Vorgang hatte den Anschein, als ob sich ein Machtwechsel nur auf höchster Ebene vollzogen hatte, vergleichbar der Ablösung Chruschtschows in Moskau 1964.

Doch der Schein trog, und es geschah etwas Unvorhergesehenes: Von unten setzte ein Säuberungsprozeß der Partei ein, der von der Parteiführung wenig gebremst wurde, weil es den Zielen Dubček zunächst entsprach, eine Auflockerung der Parteistruktur zu erreichen[95]. Als größten Erfolg konnte diese Bewegung am 18. Februar den Sturz des Chefs der berüchtigten 8. Abteilung im Zentralkomitee, Miroslav Mamula, verbuchen. Er hatte die Polizei und die Armee befehligt. Beschleunigt wurde die in Gang gesetzte Demokratisierung auch durch die Flucht des Generals Jan Šenja, eines der höchsten Geheimnisträger des Prager Verteidigungsministeriums, samt seiner Geliebten nach Amerika. Von ihm hieß es, er habe nicht nur Gelder in großem Maße unterschlagen, sondern nur durch seinen Einsatz sei auch Novotný im Amt Staatspräsidenten gehalten worden[96].

Im Februar 1968 war klar, daß sich die Novotný-Gruppe nicht länger an der Parteispitze würde halten können. Am 22. März erklärte der Präsident tatsächlich seinen Rücktritt. Einen Tag später mußte sich Dubček in Dresden für den neuen Kurs vor den Führern der sozialistischen Bruderstaaten rechtfertigen. Dabei wurde ihm nicht nur mit

---

[90] Vgl. Viney (Der Demokratisierungsprozeß, S. 424): „Die Lockerung der Preisvorschriften führte im Jahre 1967 nur zu einem Ansteigen der Großhandelspreise, nicht jedoch zu einem wirksamen Druck auf die weniger produktiven Betriebe; die Bestände an unverkäuflichen Waren wuchsen weiter, die Lieferfristen wurden noch länger und die Vergeudung von Material noch größer." Siehe auch Otto, Neue Führung, S. 91 f.

[91] Vgl. Šik, Prager Frühlingserwachen, S. 191 ff.

[92] Vgl. Viney, Der Demokratisierungsprozeß, S. 435 f.

[93] Vgl. Möller (Das Scheitern, S. 669), der hier den ersten Kompromiß des Reformprozesses sieht. Eine Gruppe von Spitzenfunktionären hätte geglaubt, daß das Übel in der Kumulation der Ämter gelegen habe. Lediglich die Abwahl Novotnýs vom Posten des Parteiführers würde genügen, um dieses Manko zu beheben. Für die Abwahl vom Staatspräsidenten sei dagegen eine Nationalversammlung zuständig, erklärten sie. Es sei bemerkenswert, schreibt Möller, daß hier Kommunisten sich mit dem Hinweis von der Macht zurückzogen hätten, die Machtfülle des tschechoslowakischen Präsidenten sei faktisch größer als die des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei. Über seinen Beitrag zur Ablösung Novotnýs siehe die Schilderung Šiks (Prager Frühlingserwachen, S. 214 ff.).

[94] Vgl. Shawcross, Dubček.

[95] Vgl. Möller (Das Scheitern, S. 671), der auf die demokratische Tradition der Tschechoslowaken verweist, die daher politisch weniger „apathisch" seien als andere osteuropäische Völker.

[96] Vgl. Viney, Der Demokratisierungsprozeß, S. 426; Šenja war ein enger Freund des Sohnes von Novotnný.

Worten bedeutet, daß die Sowjetunion und die anderen Blockländer der politischen Entwicklung in der ČSSR skeptisch gegenüberstünden. Unbemerkt von der Weltöffentlichkeit waren sowjetische und andere Truppen des Paktes an der Grenze zur ČSSR zusammengezogen worden. Wie die neuen tschechoslowakischen Führer meinten, hing für kurze Zeit ihr Schicksal davon ab, ob die konservativen Funktionäre des Novotný-Apparates sich auf eine Person einigen konnten, die, wie 1956 in Ungarn Janos Kádár, mit allen Mitteln die Entwicklung „zurückdrehen" könnte. Aber die Konservativen vermochten sich nicht auf eine Führungsfigur festzulegen. Für die sowjetische Führung schien zudem der vorgesehene Nachfolger Novotnýs im Präsidentenamt, General Ludvik Svoboda, ein Faktor der Stabilisierung zu sein. Auch der künftige Ministerpräsident Oldřich Černik besaß das Vertrauen Moskaus[97].

Die Reformbewegung hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch kein ausgearbeitetes Parteikonzept. Es existierten lediglich vereinzelt Vorstellungen, wie sich eine sozialistische Demokratisierung vollziehen könnte. Dazu zählten Maßnahmen wie die Einführung des Rechts auf relative Pressefreiheit, das Bemühen um Rechtssicherheit überhaupt, eine Rehabilitierung der Opfer des stalinistischen Herrschaftssystems und die Stärkung des Föderalismus durch die Übertragung von Rechten und Pflichten auf die Teile Böhmen, Mähren und der Slowakei. Immerhin lag bereits ein Aktionsprogramm vor, das im April vom Plenum des ZK gebilligt wurde und wenig später als Regierungserklärung auch das Parlament passierte. Besonders ein Punkt darin beunruhigte die sozialistischen Bruderländer. Er stellte die in den sozialistischen Ländern verfassungsrechtlich verankerte führende Position der Partei in Frage. Wörtlich lautete der Text: „Die Kommunistische Partei stützt sich auf die freiwillige Unterstützung des Volkes: sie realisiert ihre führende Rolle nicht dadurch, daß sie über die Gesellschaft herrscht, sondern dadurch, daß sie auf das ergebenste ihrer fortschrittlichen sozialistischen Entfaltung dient. Ihre Autorität kann sie sich nicht erzwingen, sondern muß sie unaufhörlich durch ihre Taten gewinnen."[98] Diese Sätze fanden sich auch im Juli 1968 in der mutigen, aber etwas waghalsigen Antwort auf ein Schreiben der sogenannten „Warschauer Fünf" – also der Sowjetunion, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens. Darin wurde Dubček Führungsmannschaft angeklagt, sie versäume es, „konterrevolutionäre Tendenzen" im Zaume zu halten. Es sei eine Situation entstanden, in der die „gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder" gefährdet seien[99].

Vorausgegangen waren Monate, in denen Regierung, Presse und Öffentlichkeit die Meinungsfreiheit in vollen Zügen genossen und ein Tabu nach dem anderen gebrochen hatten. Im Mai war beispielsweise verkündet worden, daß unpolitische Gruppierungen sich ab jetzt auch außerhalb der bis dahin vorgeschriebenen staatlichen Rahmenorganisation Nationale Front zusammenfinden dürften. Außenpolitisch sollten neue Akzente gesetzt werden. Es wurde vorgeschlagen, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Man wollte sich stärker an Jugoslawien und Rumänien, die beiden eigenwilligen sozialistischen Staaten, anlehnen. Selbst die Beurteilung der von der Sowjetunion verteufelten Bundesre-

---

[97] Vgl. Möller, Das Scheitern, S. 672 f.; Šik (Frühlingserwachen, S. 228) ist der Meinung, daß der äußere Druck auf die ČSSR die Entwicklung im Innern unnötig radikalisierte. Die Angst vor reaktionärer Rückentwicklung habe zur spontanen Entstehung von politischen Vereinigungen geführt.

[98] EA, 23 (1968), Folge 13, Regierungserklärung vom 24.4.1968, S. D 306 ff.; vgl. auch Möller, Das Scheitern, S. 673.

[99] EA 23 (1968), Folge 16, Gemeinsamer Brief der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Polens, der DDR, Ungarns und Bulgariens an das ZK der KPČ vom 15.7.1968, S. D 388 ff.

publik sollte einer vorsichtigen, freundlicheren Wandlung unterzogen werden[100]. Im Juli 1968 war die Sowjetunion nicht länger bereit, diese Entwicklung tatenlos mit anzusehen. In Warschau versammelte sich die Front der Gegner. Dubček blieb „mutig aus Furcht"[101] dem Treffen fern. Auf einen Brief aus Warschau, der einige Vorwürfe an die Prager Führung auflistete, erwiderte man mit protestantischer Entschlossenheit: Hier stehen wir und können nicht anders! Ohne etwas zurückzunehmen, verteidigte die KPČ ihren Kurs. Sogar auf die Gefahr einer möglichen Intervention durch den Warschauer Pakt ging die Prager Führung ein. Man warnte davor, und in dem Schreiben vom 19. Juli hieß es, man betrachte „jeglichen Druck, der der Partei ein anderes Vorgehen aufzuzwingen sucht, [...] als die Hauptgefahr für die erfolgreiche Stärkung der führenden Rolle der Partei in der ČSSR"[102].

Bis jetzt war der Kreml davor zurückgeschreckt, das Mittel der Intervention einzusetzen, obwohl Anfang Mai dieser Vorgang bereits mit den sozialistischen Nachbarstaaten abgesprochen worden war[103]. Aber seit der Antwort der Prager Führung bereitete die Sowjetunion auch propagandistisch den Einmarsch vor. Am 19. Juli behauptete die *Prawda*, die tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden hätten in der Nähe der Grenze zur Bundesrepublik ein Versteck amerikanischer Waffen gefunden, dies aber nicht gemeldet. Zwei Tage später berichtete das Zentralorgan der KPdSU, aus der Bundesrepublik strömten „Diversanten", also Saboteure, in die ČSSR. In den folgenden Tagen richtete Moskau heftige publizistische Angriffe gegen einzelne tschechische Führer. Auch das Militär wurde jetzt mehr oder minder deutlich öffentlich ins Spiel gebracht. Der Tagesbefehl der sowjetischen Marine enthielt am 28. Juli den Hinweis, schweres Geschütz solle gegen „imperialistische Versuche" aufgefahren werden, die „einen Einbruch in das sozialistische System erzwingen" wollten[104]. Schließlich wurden Manöver in den gesamten Westgebieten der UdSSR angekündigt. Sie sollten bis zum 10. August andauern.

Dieser propagandistisch vorbereitete Aufmarsch geschah hinter einer offensichtlich verhandlungsbereiten sowjetischen Führung. In Cierná traf sie sich mit dem Präsidium der KPČ vom 29. Juli bis zum 2. August[105]. Es ging ihr darum, die konservativeren Mitglieder gegen Dubček auszuspielen[106]. Dazu wollten diese sich jedoch nicht hergeben. Die Sowjets schienen von der tschechischen Führung nun zu erwarten, daß der Prozeß der Liberalisierung eingeschränkt werde. Das sogenannte Preßburger Kommuniqué vom 3. August, wo sich zu den beiden Verhandlungsgruppierungen noch die Führer der an-

---

[100] Vgl. Viney, Der Versuch der Re-Kolonisierung, S. 812. Das waren nur einige der neuen Gedanken. Es gab auch Gerüchte über eine französische Kapitalanleihe, und Šik verkündete am 16.5., daß man an Moskau mit der Bitte um eine Anleihe konvertierbarer Währung von 500 Mio. Dollar herangetreten sei.

[101] Stehle, Nachbarn im Osten, S. 88.

[102] EA 23 (1968), Folge 16, S. D 399; vgl. Šik, Frühlingserwachen, S. 256.

[103] Vgl. Möller, Das Scheitern, S. 675.

[104] Viney, Der Versuch der Re-Kolonisierung, S. 815.

[105] Vgl. Šik (Frühlingserwachen, S. 257): „Das Mißtrauen unseres Politbüros in diesen angespannten Wochen und Tagen, das sich unter anderem darin äußerte, daß es nicht gewillt war, vollzählig in die Sowjetunion zu reisen (ein Mißtrauen, das sich später als durchaus berechtigt erwies), aber umgekehrt auch die Ablehnung des sowjetischen Politbüros, vollzählig in eine weiter entfernte tschechoslowakische Stadt zu fahren, führte zu der Kompromißlösung, ein Zusammentreffen an der Grenze zwischen beiden Staaten zu arrangieren. In einem kleinen Sitzungssaal des Eisenbahnerhauses in Cierná fanden die Sitzungen tagsüber statt, während beide Gruppen in bereitgestellten Eisenbahnschlafwaggons übernachteten, wobei sich die sowjetischen Waggons hinter die Grenze auf sowjetisches Territorium zurückzogen."

[106] Vgl. Möller (Das Scheitern, S. 676), der allerdings anmerkt, daß sich bei den Gesprächen eine Uneinheitlichkeit der Prager Führung gezeigt habe. Es habe der Eindruck entstehen müssen, als ob sich das Präsidium in zwei Fraktionen spalten ließe.

deren Warschauer Paktstaaten – ohne Rumänien – hinzugesellt hatten, drückte die Erwartung auf einen künftig wieder harten Kurs der KPČ aus. Die Unterzeichner ließen keinen Zweifel an dem Element der „führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde, der kommunistischen Parteien" auf dem Weg zum Sozialismus. Sie räumten allerdings ein, daß bei jeder Bruderpartei die „nationalen Besonderheiten und Bedingungen berücksichtigt" werden müßten. Andererseits – und im Rückblick war das die Rechtfertigung für den Einmarsch – hieß es an einer anderen Stelle des Textes: Es sei die „gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischer Länder", die Errungenschaften des Sozialismus, „die dank der heldenhaften Anstrengungen und der selbstlosen Arbeit eines jeden Volkes erkämpft" worden seien, „zu unterstützen, zu festigen und zu verteidigen"[107]. Dubček und seine Genossen wollten allerdings von einer Drohung nichts wissen, die man aus dem Text durchaus herauslesen konnte. Hand in Hand mit Breschnew ließ Dubček sich auf dem Balkon des Preßburger Rathauses von der Menge feiern. Man könne recht zufrieden sein, meinte er am selben 3. August im Rundfunk. Die sowjetischen Genossen hätten sich davon überzeugen lassen, daß man gemeinsam die Grundsätze des Sozialismus verteidige. Er sei gefragt worden, ob die Souveränität des Landes gefährdet sei. Er wolle offen sagen, daß das nicht der Fall sei[108].

Falls die Sowjets gehofft hatten, Dubček werde wieder eine strengere Zensur einführen, einen härteren Kurs ankündigen und die Diskussion um den Weg des demokratischen Sozialismus in andere Bahnen lenken, mußten sie sich allerdings bald eines Besseren belehren lassen. Am 8. August erschienen in einer tschechoslowakischen Literaturzeitung Beschwerden über eine sowjetische Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten. Zwei Tage später wurde der Entwurf für ein Parteistatut veröffentlicht, das den Mitgliedern das Recht auf Widerspruch gegen Beschlüsse einräumte und geheime Abstimmungen vorsah. Das Statut sollte dem Parteitag im September vorgelegt werden. Damit nicht genug, mit Tito und Ceaușescu besuchten ausgerechnet jene Führer nacheinander Prag, die für ihr Land jeweils eine größere Unabhängigkeit im Ostblock beanspruchten. Es entstand der Eindruck, als ob sich eine Front gegen die sowjetische Führungsposition bildete, die eines Tages auch Ungarn beeinflussen und schließlich dazu führen konnte, daß der gesamte südliche Gürtel des Warschauer Paktes von Moskau abfallen würde[109].

Als Grund für den Einmarsch berief sich die sowjetische Propaganda aber schon Wochen zuvor auf die sogenannten „revanchistischen Pläne" der Bundesrepublik. Die halbamtliche Zeitung *Izvestija* beschuldigte Bonn am 14. August, einen begrenzten Krieg gegen die DDR und die ČSSR vorzubereiten[110].

---

[107] EA 23 (1968), Folge 16, S. D 402; vgl. Stehle (Nachbarn im Osten, S. 93), der behauptet, daß hier im Kern die spätere Breschnew-Doktrin vorweggenommen worden sei; Viney (Der Versuch der Re-Kolonisierung, S. 816) bestreitet allerdings, daß es im Kommuniqué irgendeinen Bezug auf die mögliche Intervention gegeben habe. Es sei ein „ganz und gar vages Dokument voller Plattitüden" und sei auf die „konkrete Situation in der Tschechoslowakei" überhaupt nicht eingegangen.

[108] Vgl. Viney, Der Versuch der Re-Kolonisierung, S. 816.

[109] Vgl. ebenda, S. 818. Im tschechoslowakisch-rumänischen Freundschaftsvertrag fehlte der sonst übliche Hinweis auf die deutsche Gefahr. Wenige Stunden nach der Unterzeichnung des Vertrages am 16.8. erklärte ein „gut unterrichteter" osteuropäischer Journalist dem Korrespondenten Stehle (Nachbarn im Osten, S. 99), jetzt sei der Geduldsfaden Moskaus gerissen; in Kreisen der Militärattachés in Prag sei die Klage zu hören, daß die sowjetischen Kameraden schon kaum mehr vernünftig ansprechbar und auf eine „militärische Lösung des tschechoslowakischen Problems" versessen seien.

[110] Vgl. Schulz, Die sowjetische Deutschlandpolitik, S. 279; Griffith (Ostpolitik, S. 160) schreibt, die Anklagen gegen den Bonner Revanchismus seien bewußt übertrieben worden.

Die Zerschlagung des Prager Frühlings 1968

Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts kam für die Bundesregierung überraschend. Die Geheimdienste versagten vollständig – genau wie 1961, als die Nachricht vom Bau der Berliner Mauer die westlichen Regierungen unvorbereitet getroffen hatte. Eine sowjetische Reaktion auf den mit dem Sturz des Parteiführers der tschechoslowakischen KP, Novotný, im Januar 1968 eingeleiteten Liberalisierungsprozeß in der Tschechoslowakei war zwar befürchtet worden. Trotzdem ahnte im Kanzleramt niemand etwas, als in der Nacht vom 20. auf den 21. August 24 Divisionen in die ČSSR einfielen[111]. Ab 23 Uhr marschierten die Truppen. Erst gegen 1.15 Uhr verbreitete die Nachrichtenagentur *DPA* an sechster Stelle die Meldung über einen angeblichen Einmarsch. Um 2.25 Uhr kam eine entsprechende Blitzmeldung über den Fernmelder. Jetzt erst reagierte das Bundespresseamt. Der Kanzler wurde um 2.30 Uhr nachts geweckt, die Bundeswehr aber erst eine halbe Stunde später informiert. Die meisten Minister befanden sich im Urlaub. Schröder wurde aus seinem Ferienhaus auf Sylt nach Bonn gerufen. Brandt hatte noch weiter im Norden Erholung gesucht. Der Außenminister wurde von seinem Staatssekretär beim Fischen in nordnorwegischen Fjorden vor Narvik aufgestöbert. Mit Schiff, Wasserflugzeug und einer Bundeswehrmaschine brachte man ihn zurück nach Bonn[112].

Wie verletzlich die Bundesrepublik gegenüber einem sowjetischen Angriff war, wurde Kiesinger erst durch diese Intervention bewußt. Warum denn die tschechischen Soldaten nicht geschossen hätten, fragte er bei der Lagebesprechung den Generalinspekteur Ulrich de Maizière. Die tschechische Heeresführung sei nach vorliegender Information einem entsprechenden Befehl ihrer Regierung gefolgt, meinte de Maizière. Außerdem sei der Zeitpunkt des Einmarsches taktisch so überraschend gewesen, daß wahrscheinlich die meisten tschechischen Soldaten in dieser Nacht in ihren Kasernen geschlafen hätten[113]. „Ich hoffe, daß die Bundeswehr in einer ähnlichen Lage nicht in ihren Betten liegt und schläft", bemerkte Kiesinger spitz. Darauf antwortete ihm der anwesende Staatssekretär von Hase: „Herr Bundeskanzler, ob die Bundeswehr in einer solchen Lage in ihren Betten liegt oder nicht, ist eine politische, und nicht eine militärische Entscheidung."[114]

Die Sorge des Kanzlers schien berechtigt. Plötzlich standen in Mitteleuropa, an der Grenze zu Bayern, nicht mehr 24, sondern insgesamt 48 Divisionen des Warschauer Paktes. Hinzu kam, daß Anfang September Moskau Bonn mit Vorwürfen und Anschuldigungen überzog. Die Sowjets rechtfertigten sogar den Einmarsch mit dem Hinweis, man habe verhindern wollen, daß die Bundesrepublik die Tschechoslowakei vereinnahmen

---

[111] Vgl. Osterheld, Gespräch mit dem Verfasser, 6.10.1988, und Ivan Pfaff, Der Prager Frühling – einmal anders beleuchtet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.7.1988. Die Intervention war schon in den letzten Maitagen 1968 von Moskau vorsorglich beschlossen worden.

[112] Vgl. Der Spiegel, 26.8.1968, S. 33.

[113] Vgl. Šik, Frühlingserwachen, S. 258. Šik stimmt der Behauptung nicht zu, daß der Prager Führung als Antwort auf den Einmarsch eine militärische Option geblieben wäre. „Wir hätten ja unsere militärischen Verteidigungskräfte, statt ihrer Konzentration gegen die kurze Grenze mit kapitalistischen Staaten, entlang unserer langen Grenzen gegenüber allen sozialistischen Nachbarstaaten postieren müssen und alle – zu einer erfolgreichen Verteidigung nötigen – materiellen und ideellen Vorbereitungen treffen müssen. Ohne ein militärischer Stratege zu sein, mußte ich mir sagen, daß jetzt, bei dieser Truppenkonzentration an unseren Grenzen, an so etwas nicht mehr zu denken war."

[114] Maizière, In der Pflicht, S. 300. Später wandte sich Kiesinger an de Maizière und erklärte: „In diesen Tagen hätte der Fall eintreten können, daß ich den Oberbefehl über die Streitkräfte hätte übernehmen müssen. Darauf bin ich nicht vorbereitet. Wir müssen uns häufiger sehen."

würde. Botschafter Zarapkin überbrachte am 2. September ein Papier, das in schärfster Form der deutschen Ostpolitik eine Absage erteilte. Darin forderte die Sowjetunion den Verzicht auf eine deutsche Verständigungspolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten. Diese Forderung war mit einer Drohung verbunden: Wenn die deutsche Ostpolitik fortfahre, die Einheit der sozialistischen Staaten zu untergraben, würden daraus „Folgerungen gezogen". Moskau enthielt sich einer Spezifizierung. Aber es beschuldigte Bonn, für die Aktion in der ČSSR mitverantwortlich zu sein. Die Bundesregierung habe die tschechoslowakischen Reformer unterstützt. Kurz gesagt: Die Politik der Annäherung an osteuropäische Staaten wurde als Einmischung in den sowjetischen Bereich betrachtet. Hier müsse eine völlige Kehrtwendung einsetzen, sonst werde die Sowjetunion „Konsequenzen" ziehen[115].

Gibt es eine Mitschuld Bonns am sowjetischen Einmarsch?

Die Beschuldigung aus Moskau, daß die Bundesregierung die Intervention mitprovoziert habe, wies der Kanzler zurück. Er habe sich beim Thema ČSSR öffentlich stets zurückgehalten und die Entwicklung zwar durchaus positiv eingeschätzt, aber auch sorgfältig auf die Einhaltung der Nichteinmischung hingewiesen. So geschehen etwa Ende Juli 1968, als Kiesinger erklärte: „Wir beobachten das Geschehen mit größter Aufmerksamkeit. Wir halten uns dabei strikt an das Prinzip der Nichteinmischung, und wir wären glücklich, wenn alle anderen Staaten dasselbe täten."[116]

Tatsächlich hatte die Bundesrepublik auf die Avancen der neuen tschechoslowakischen Führung im Juli 1968 zumindest öffentlich nicht reagiert[117]. So stellten die Tschechoslowaken der Bundesregierung eine Kompetenzerweiterung für die im Jahr zuvor mit dem Novotný-Regime vereinbarte Handelsmission in Aussicht. In der Mission könnten künftig auch Visa ausgestellt werden, hieß es. Darüber hinaus bot Prag Bonn die volle Aufnahme diplomatischer Beziehungen für 1969 an. Zwar beharrten die Tschechoslowaken auf der Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik, aber man stellte kein Junktim zwischen diesem Schritt und der Aufnahme von Beziehungen her. Damit hob man sich entscheidend von den anderen sozialistischen Staaten ab[118]. Die ČSSR wollte sogar auf sowjetische Hilfsgüter verzichten, falls die Bundesregierung ihr einen Millionenkredit gewähren würde. Aber Kiesinger weigerte sich, den Sowjets durch aktive Parteinahme für die tschechoslowakischen Reformer einen einfachen Vorwand zu liefern, um die Prager Bewegung etwa mit einem militärischen Schlag zu beenden. Er hätte das als „tölpelhaftes Benehmen" verstanden[119].

Kiesinger lehnte daher jede deutsche Mitschuld am Einmarsch ab, intern mutmaßte er allerdings, daß Brandt den Sowjets dennoch Gründe geliefert haben könnte. Den Kanzler ärgerte es, daß es ihm nicht gelang, vertrauliche Kontakte zu wichtigen Mitgliedern des Auswärtigen Amtes an der Koblenzer Straße aufzubauen und zu unterhalten. Das

---

[115] Die Welt, 4.9.1968. Vgl. auch Krone (Aufzeichnungen, S. 199): „Rasner zeigt mir das Papier, das dem Gespräch Zarapkins mit dem Bundeskanzler zu Grunde lag. Was die Zeitungen berichteten, stimmt mit dem überein, was ich las." Das Papier wurde nicht veröffentlicht.

[116] Rheinische Post, 27.7.1968.

[117] Siehe Seibt (Deutschland und die Tschechen) zur Vorgeschichte.

[118] Vgl. Möller, Das Scheitern, S. 676 f. In Prag habe man nicht den Status quo einfrieren wollen, sondern man habe geglaubt, daß eine solche Anerkennung das Verhältnis zwischen Ost und West, speziell der Bundesrepublik zur DDR, verbessern würde. Ohnehin habe dort nicht der Eindruck vorgeherrscht, daß eine Vereinigung beider deutscher Staaten in einem Nationalstaat möglich sei, noch habe man sie für wünschenswert gehalten.

[119] Der Spiegel, 15.7.1968, S. 21.

Kanzleramt fand keinen Zugang. Auch seinem außenpolitischen Berater, Horst Osterheld, selbst dem früheren AA-Staatssekretär Carstens sei das nicht gelungen, klagte Kiesinger in vertraulichem Gespräch. Er hatte also weder Einblick in die Vorgänge, noch konnte er kontrollierend wirken. Notwendig erschien ihm ein solcher Zugang allerdings: Das einzige Mal, daß ihm etwas zugespielt worden sei, berichtete er viele Jahre später, habe es sich um ein Telegramm von Herrn Jiří Hájek, dem tschechischen Außenminister, an Brandt gehandelt. Es sei plötzlich auf seinem Schreibtisch gelandet, während der Tschechenkrise – „als es schon lichterloh brannte". Hájek habe sehr bedauert, daß er die Begegnung mit Bahr nicht ermöglichen könne, hieß es da, er müsse gleich durchfliegen nach New York. Kiesinger ließ daraufhin Brandt kommen und verlangte Auskunft. Brandt habe in solchen Fällen immer unschuldig getan, erläuterte Kiesinger. Er wisse von nichts, er müsse sich erkundigen. Das sei ganz harmlos. Bahr habe den Hájek in Frankfurt auf dem Flughafen betreuen sollen. Darauf habe Kiesinger gemahnt: „An Ihrer Stelle würde ich eine solche Betreuung durch den Chef des Protokolls machen lassen und bei einer solchen kritischen Situation erwarte ich von Ihnen, daß Sie so etwas mit mir besprechen!"[120]

Brandt hat sich noch in seinen Memoiren gegen den Vorwurf gewehrt, daß die Bundesrepublik der Sowjetunion leichtfertig einen Vorwand zum Eingreifen geliefert habe. Der Besuch des FDP-Vorsitzenden Scheel in Prag sei vielleicht überflüssig gewesen, räume er ein. Aber die Visite des Bundesbankpräsidenten Karl Blessing, der über den Ausbau der bilateralen Beziehungen nach der Einrichtung von Handelsmissionen sprechen wollte, habe „nicht die Spur von Feindseligkeit" gegenüber der Sowjetunion enthalten[121]. Diese Erklärung erscheint allerdings, besonders da sie im Rückblick verfaßt wurde, geradezu naiv – eine Naivität, die auch Kiesinger an Brandt wahrnahm und ihm nicht verziehen hat. Der Kanzler habe im Kabinett ausdrücklich vor Reisen in die ČSSR zu jenem Zeitpunkt gewarnt, berichtet Guttenberg[122]. Den Besuch Scheels konnte er allerdings nicht verhindern. Er habe ihm zwar nichts zu befehlen, erklärte Kiesinger Scheel in einem Gespräch kurz vor der Abreise des Liberalen, „aber sehen Sie nicht, daß Sie den Russen geradezu das Argument in die Hand spielen, das sei eine Verschwörung zwischen uns und nicht nur die Russen, [*auch*] die Franzosen werden dasselbe sagen?"[123] Mit demselben Argument suchte der Kanzler Blessing zurückzuhalten. Wenn der Präsident der Bundesbank nach Prag fahre, dann heiße es doch gleich: der finanziert Dubček gegen Moskau. Blessing verteidigte sich mit den Worten, das Ganze sei mit dem Herrn Außenminister abgesprochen, „der begrüßt das sehr".

Daß der Außenminister solche Reisen von Politikern aus der Bundesrepublik nach Prag tatsächlich befürwortete, wurde dem Kanzler von seinem Minister selbst bestätigt, als sich beide im Juli 1968 in Stuttgart trafen, um über den Sperrvertrag zu sprechen. Am Ende des Gesprächs erklärte der Minister beiläufig, er müsse noch den Bundestagsabgeordneten Ernst Paul in Esslingen besuchen, einen Sudetendeutschen. Der fliege am näch-

---

[120] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 13 f. Brandt rechtfertigt sich in seinen Erinnerungen, S. 221: „Daß Egon Bahr, mein damaliger Planungschef im Auswärtigen Amt, sich mit Jiří Hájek während eines Zwischenaufenthaltes in Frankfurt traf, war durch ein legitimes Informationsbedürfnis begründet. Aber aus alledem wurde abgrundtief Verwerfliches konstruiert." Brandt glaubt also trotz des Telegramms, daß das Gespräch stattgefunden hat.

[121] Ebenda, S. 220 f.

[122] Vgl. Guttenberg, Fußnoten, S. 96; siehe auch Hildebrand, Erhard, S. 337.

[123] AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 14; dort auch die folgenden Zitate.

sten Tag nach Prag. Kiesinger forderte entgeistert: „Sie müssen den Mann abbringen davon." Das erschwere doch die Position von Dubček, das liefere ihn doch geradezu ans Messer. Kiesinger fügte hinzu: „Und uns wird unsere ganze Politik zerstört. Wir erscheinen doch in der westlichen Welt als unglaubwürdig. Wir erscheinen doch als diejenigen, die mit dem Feuer spielen."[124]

Brandt sah diese Gefahr auch, aber er schien in begründeten Fällen nicht darauf verzichten zu wollen, durch Kontakte den Liberalisierungskurs in der ČSSR vorsichtig zu unterstützen. In den *Erinnerungen* weist er allerdings jeden Vorwurf an die Adresse der Sozialdemokraten zurück. Selbst Bestrebungen zur Wiedereinrichtung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie – in kürzester Zeit waren dort über dreihundert örtliche Organisationen entstanden – seien in keiner Weise von der SPD ermutigt worden[125]. Brandt warb seinerseits auch auf anderen Feldern für Behutsamkeit im Umgang mit der ČSSR. Schon im Sommer, als die Bundeswehr ein Herbstmanöver in Grafenwöhr und Hohenfels direkt an der tschechischen Grenze plante, hatte der Außenminister den Kanzler gedrängt, dieses Manöver absagen zu lassen. Kiesinger brachte tatsächlich Verteidigungsminister Schröder noch im Juli dazu, die Truppenkonzentration an der Westgrenze der ČSSR zu vermeiden und das Manöver an anderer Stelle, im Südwesten der Bundesrepublik, abzuhalten. Brandt reagierte auf diese Nachricht erleichtert[126]. Am 24. Juli schrieb er dem Kanzler: „Ich bin froh, daß Sie die Verteidiger dazu gebracht haben, die Septembermanöver von der tschechischen Grenze wegzuverlegen."[127] Auch die Tschechen fühlten sich durch die Verlegung von einer scheinbar schwer lastenden Sorge befreit. Die Mitglieder des Stadtausschusses Jeseniče, am südöstlichen Rand Prags gelegen, teilten in einem Brief beispielsweise mit: „Diese Erklärung sehen wir als Ausdruck Ihres empfindlichen Verständnisses für die Situation in ČSSR an, und wir danken Ihnen dafür."[128]

Unterdessen waren Verhandlungen zwischen den Außenministerien beider Länder um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen angelaufen. Ausgerechnet am 19. und 20. August befand sich eine tschechoslowakische Delegation in Bonn und erörterte mit Bahr die strittige Frage des Münchner Abkommens[129]. Die ČSSR drang darauf, die 1938 zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland vereinbarte Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich von Beginn an – ex tunc – für ungültig zu erklären[130].

---

124 Ebenda, S. 15.

125 Vgl. Brandt, Erinnerungen, S. 221.

126 Der Verteidigungsminister hatte einige Zeit darauf beharrt, die Manöver doch an der Grenze stattfinden zu lassen. Brandt vermutete, Schröders Motiv liege in seiner Opposition zur Ostpolitik der Bundesregierung. In einem Interview hatte Schröder nämlich erklärt, die Ostpolitik habe sich als „trügerisch" erwiesen; vgl. Der Spiegel, 29.7.1968, S. 20. Und Brandt beklagte sich gegenüber Kiesinger: Schröder werde von einem Teil der Presse in zunehmenden Maße für „eine Sonderposition in der Außenpolitik" in Anspruch genommen. „Jedenfalls hat er unwidersprochen den Eindruck aufkommen lassen, als wünsche er sich von der Entspannungspolitik zu distanzieren." (AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 30.7.1968, S. 3.) Kiesinger bestritt zumindest öffentlich, daß es im Kabinett unterschiedliche Auffassungen zu der Manöververlegung gegeben habe; vgl. Rheinische Post, 27.7.1968.

127 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 24.7.1968, S. 2.

128 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/V.5, A 310, Z. Mašek an Kiesinger vom 5.8.1968.

129 Vgl. Brandt, Begegnungen, S. 283; Brandt spricht allerdings nur von einem Tschechoslowaken, nicht von einer Delegation.

130 Vgl. Frank, Entschlüsselte Botschaft, S. 304. Da der Vertrag „unter Druck" zustande gekommen war, schlossen die Tschechoslowaken darauf, daß es sich um einen widerrechtlichen Akt des Deutschen Reiches handelte, mit dem der Zweite Weltkrieg begonnen hatte. Von dieser Interpretation leiteten sie einen Schadenersatzanspruch her.

Die Bundesregierung beharrte dagegen auf einer anderen Sichtweise. Man könne nicht so tun, als ob der Vertrag niemals gegolten habe, auch wenn er später ungültig geworden sei, argumentierte das Auswärtige Amt. Doch unabhängig von diesem Meinungsunterschied mahnte der Planungschef im Auswärtigen Amt seine Prager Gesprächspartner zur Zurückhaltung. Mit Blick auf den tschechoslowakischen Wunsch, diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik schon im Jahr 1969 aufzunehmen, erklärte Bahr, er habe große Sorge, daß die Tschechoslowaken zu viel auf einmal und dies zu schnell wollten. Diese Bemerkung habe die Delegationsmitglieder aber aufgebracht, berichtete er später. Sie hätten kategorisch erklärt: „Das wissen wir besser, und da werden die Sowjets nichts machen." An einen Einmarsch glaubten sie nicht. Am nächsten Morgen hatte der Einmarsch begonnen. „Es war der 21. August, und da saßen die Leute fast weinend zusammen, und da hieß es dann, jetzt fahren Sie erst mal nach Hause. Ich glaube, da werden Sie jetzt gebraucht. Die Verhandlungen werden später fortgesetzt."[131] Und tatsächlich seien die Verhandlungen erst 1973 wieder aufgenommen worden.

Die Bundesregierung kümmerte sich zunächst nicht darum, ob die Gespräche zwischen Bonn und Prag als Vorwand für die Intervention dienen konnten. Erst eine Woche nach der militärischen Aktion begann sie nach möglichen Unterlagen oder sonstigen Hinweisen zu suchen, die es der Sowjetunion ermöglichen und erleichtern würden, der Bundesrepublik die Schuld zu geben. Ende August forderte das Kanzleramt von Brandt, der sich in Genf aufhielt, eine Stellungnahme, ob den Sowjets irgendwelches geheimes Material in die Hände habe fallen können. Mit verschlüsseltem Fernschreiben schickte Brandt am 1. September eine keinesfalls beruhigende Lageeinschätzung zurück. Nach allem, was ihm bekannt sei, könne es keine kompromittierenden Unterlagen im Prager Außenministerium geben. Das schließe allerdings nicht aus, daß die Russen aus jeder Unterlage, die sie dort fänden, belastende Momente für die Bundesrepublik und die ČSSR konstruierten. Ein Treffen mit Außenminister Hájek habe nicht stattgefunden und sei auch nicht beabsichtigt gewesen. Zum Stand der Verhandlungen über das Münchner Abkommen stellte Brandt fest, daß der Kanzler die Unterlagen der Gespräche Bahrs kenne. Im Fernschreiben faßte er den Diskussionsstand zusammen: „Das Problem ohne eine ex tunc-Ungültigkeitserklärung zu lösen, waren die Tschechen am Zug, Vorschläge zu machen. Derartige Vorschläge sind nicht mehr erfolgt. Wir haben damit im Amt auch allenfalls nach dem beabsichtigten Parteitag Anfang September gerechnet."[132]

Außerdem versicherte Brandt, daß von einer Finanzierung der Sozialdemokratie in der ČSSR durch die SPD keine Rede sein könne. Allgemein sei den Tschechen mitgeteilt worden, daß Kreditwünsche von ihrer Seite „wohlwollend und ohne politische Bedingungen geprüft" würden. Aber da die Überlegungen über die Prager Wirtschafts- und Schwerpunktplanung noch nicht abgeschlossen gewesen seien, hätten keine Wünsche von tschechoslowakischer Seite vorgelegen. Brandt betonte am Schluß: „Für den Bereich des AA läßt sich insgesamt sagen, daß wir nicht den geringsten Grund haben, auf die wahrscheinlichen Vorwürfe sowjetischerseits zu reagieren, als hätten wir ein schlechtes Gewissen oder irgend etwas zu verbergen."

---

[131] Bahr, Gespräch mit dem Verfasser, 4.7.1988.

[132] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 1.9.1968; dort auch die folgenden Zitate.

Das Verhältnis zu Frankreich auf dem Tiefpunkt

Da waren die Franzosen aber anderer Meinung. Der gerade vom Außen- zum Premierminister aufgerückte Maurice Couve de Murville behauptete, die Deutschen hätten mit ihren Kontakten und häufigen Besuchen die Sowjets in unnötiger Weise provoziert. Auch in seinen Memoiren hat er diese Ansicht später wiederholt[133]. De Gaulle fand, daß die Bundesregierung unverantwortlich gehandelt hatte. Für den Staatspräsidenten bedeutete der Einmarsch der Warschauer Pakttruppen das Ende seiner seit 1962 verfolgten Ostpolitik, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Blöcke in Europa langsam aufzulösen. Jetzt bekannte er offen seine Enttäuschung über die Bundesregierung. De Gaulle gab der Großen Koalition nicht nur die Mitschuld an der Intervention, sondern verargte den Deutschen auch, daß sie immer noch den Vorschlag Frankreichs ablehnten und sich einer Anerkennung der Oder-Neiße als Grenze verweigerten.

Wie sehr die gaullistische Ostpolitik von dieser Zustimmung Bonns abhing, hatte die französische Regierung erleben müssen, als sie im Januar 1968 vergeblich eine Initiative startete. Damals hielt sich der Finanz- und Wirtschaftsminister, zu diesem Zeitpunkt – kurz bevor er zum Außenminister ernannt wurde – noch Debré, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, im Rahmen der „großen französisch-sowjetischen Konsultationskommission" in Moskau auf. Am 11. Januar traf er mit Kossygin zusammen. Debré soll dem sowjetischen Ministerpräsidenten eine Denkschrift de Gaulles überreicht haben. Der Staatspräsident, so wußten Zeitungen zu berichten, habe darin ein allgemeines europäisches Gewaltverzichtsabkommen vorgeschlagen[134]. Aber offenbar war der Kreml nicht auf den Vorschlag eingegangen. Moskau wollte den Gewaltverzicht allein mit der Bundesrepublik aushandeln. Die Erkenntnis, daß die Bundesregierung durch ihre eigene Ostpolitik plötzlich im Osten Interesse hervorrief, steigerte den Ärger de Gaulles. Dafür waren kleine Sticheleien ein Hinweis. Im Februar 1968 platzte ausgerechnet in die Einweihungsfeierlichkeiten des von den Franzosen an Deutschland zurückgegebenen Palais Beauharnais – der mit viel Aufwand wiederhergestellten früheren preußischen, dann der Botschafterresidenz des Deutschen Reiches in Paris – die Nachricht, Außenminister Brandt habe in Ravensburg über de Gaulles Konzept von den „uneuropäischen Gedanken eines machtbesessenen Regierungschefs" gesprochen[135]. Obwohl der Minister hinterher die Äußerung bestritt, reagierte de Gaulle beleidigt und schroff. Die beiden Minister Schmücker und Wehner sowie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt wurden kurzerhand von der Gästeliste für das am nächsten Morgen anberaumte Frühstück beim Staatspräsidenten gestrichen. Bundespräsident Lübke, so kritisierte Brandt später, habe sich das bieten lassen. Vermutlich seines hohen Alters wegen sei Lübkes Fähigkeit zu angemessener Reaktion wohl vermindert gewesen[136]. Brandt war der Meinung, daß der Bundespräsident ebenfalls hätte absagen müssen.

Darüber läßt sich streiten. In einem Brief vom 7. Februar rechtfertigte sich Lübke gegenüber dem Kanzler. Seine Absage, am Frühstück teilzunehmen, hätte dem deutsch-

---

[133] Vgl. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 232 f.

[134] Vgl. Die Welt, 17.1.1968.

[135] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Telegramm Kiesingers an Brandt vom 4.2.1968: „Nur für den Bundesminister. Nach einer DPA-Meldung sollen Sie am Samstag in Ravensburg mit Bezug auf de Gaulle von den ‚uneuropäischen Gedanken eines machtbesessenen Regierungschefs' gesprochen haben. Da ich nicht annehmen kann, daß Sie diese Äußerung getan haben, bitte ich Sie dringend um Berichtigung."

[136] Vgl. Brandt, Erinnerungen, S. 241.

französischen Verhältnis mehr geschadet als genutzt. Außerdem habe er sich sogleich für den deutschen Außenminister bei den französischen Gastgebern eingesetzt[137]. Die Affäre konnte beigelegt werden, doch der Ärger de Gaulles über die politische Haltung der Bundesregierung blieb und wandelte sich schließlich in Resignation. Kurz vor dem deutsch-französischen Konsultationstreffen im September 1968, dem ersten nach der sowjetischen Intervention in Prag, berief de Gaulle eine kleine Gruppe seiner engsten Berater zusammen. Dort stellte er eine ernüchternde Bilanz des Verhältnisses auf. Die Bundesrepublik und Frankreich befänden sich gegenüber der Sowjetunion nicht in der gleichen Lage, behauptete er. Deutschland habe den Krieg – „einen entsetzlichen Krieg" – verloren. Es sei geteilt, aber wolle die Folgen der Niederlage nicht hinnehmen. Die Russen haßten die Deutschen. Nichts davon gelte jedoch für Frankreich. Zwar verurteilte es ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland die sowjetische Invasion in die Tschechoslowakei. „Wenn unser Nachbarland angegriffen würde, wären wir an seiner Seite. Aber Frankreich ist für die Entspannung und für den Frieden." Außerdem sei Frankreich mit der Bundesrepublik nicht zufrieden. Es habe von niemandem etwas gefordert. In den letzten Jahren sei es vorbildlich, zuweilen übertrieben großzügig gewesen. Was sei aber Deutschlands Gegenleistung? Bonn mache sich zum Fürsprecher des englischen Beitritts zur EWG, „wir dagegen widersetzen uns diesem Beitritt"[138].

Die Gespräche am 27. und 28. September in Bonn fanden in einer bedrückten Atmosphäre statt, wie Botschafter Seydoux berichtet. Diese Stimmung habe auch bei den verschiedenen gesellschaftlichen Ereignissen geherrscht. „Fehlzündung" habe ihm Debré nach den Tischreden im Kanzleramt am Abend des 27. September zugeraunt. De Gaulle habe sich in der Form verbindlicher als je zuvor, doch in der Sache strenger denn je geäußert[139]. Bei einem der beiden Vier-Augen-Gespräche machte der französische Staatspräsident dem Bundeskanzler Vorhaltungen wegen der deutschen Mitschuld an der tschechoslowakischen Tragödie. Aber der Kanzler wehrte sich; er verwies auf die Entgleisung, die de Gaulle im Vorjahr in Polen passiert war. „Nicht der deutsche Bundeskanzler, sondern der französische Staatspräsident ist es gewesen, der in Gdingen die Polen an ihre ruhmreiche Vergangenheit und ihre mögliche ruhmreiche Zukunft erinnert hat", sagte Kiesinger. Am Schluß habe de Gaulle ihn am Arm genommen: „Heute sind wir sehr rauh miteinander umgegangen. Jetzt wollen wir wieder freundlicher miteinander sein."[140]

Das Gipfeltreffen hatte keine Wirkung auf das Verhältnis zwischen beiden Staaten. Die Bundesregierung ging in ihrer Ostpolitik nicht weiter als bisher, und sie beharrte auf dem Beitritt Englands zur EWG – ohne allerdings zu wissen, wie sie die Zustimmung der Franzosen dafür gewinnen sollte. Im Februar 1969 klagte Brandt Kiesinger einmal: „[...] es ist ein Jammer, daß wir es in der europäischen Zusammenarbeit so schwer haben. Ich sehe immer noch nicht, wie wir ernsthaft vorankommen können. Zunächst werde wir den Hauptpartnern gegenüber noch einmal vermeiden müssen, daß sich die Lage verschlimmert."[141]

---

[137] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Lübke an Kiesinger vom 7.2.1968, S. 1 f.

[138] Seydoux, Botschafter in Deutschland, S. 145.

[139] Vgl. Schmoeckel (Vergessene Regierung, S. 220), der meint, daß die Stimmung möglicherweise auch wegen der Mai-Unruhen in Paris so schlecht gewesen sei. De Gaulle habe sich deswegen so aggressiv und reizbar gezeigt.

[140] AdKASt, Kiesinger I – 226, A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 15; vgl. auch Baring, Machtwechsel, S. 231, und Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 222.

[141] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 4.2.1969, S. 2.

Tiefe Sorge über das Verhältnis beider Staaten zeigte im Januar 1969 ein Schreiben des französischen Hohen Kommissars und ersten Botschafters in Bonn, François-Poncet, das Kiesinger zur Kenntnisnahme übersandt wurde. Allmählich tauche in der krassesten Form in Frankreich der alte Nationalismus wieder auf. Alles bisher Erreichte scheine erneut in Frage gestellt, hieß es da[142]. Als de Gaulle am 27. April 1969, nach einer verlorenen Volksabstimmung, mit der er sein politisches Schicksal verbunden hatte, zurücktrat, schrieb ihm der Kanzler nach Colombey-les-deux-Églises, wohin sich de Gaulle ohne ein Wort des Abschieds zurückgezogen hatte. Kiesinger war sich des ungewöhnlichen Formats, der großen Persönlichkeit dieses Politikers immer bewußt gewesen. Daher hieß es in seinem Schreiben zum Ausscheiden aus dem Amt: „Ihr Entschluß, das Amt des Präsidenten der Französischen Republik niederzulegen, hat mich tief bewegt. Ihr Name und Ihr großes Werk sind in die Geschichte Frankreichs eingegangen. Aber auch das deutsche Volk dankt Ihnen, daß Sie weise und großherzig die Aussöhnung Frankreichs und Deutschlands vollendet haben. Ich werde die Gespräche, die ich mit Ihnen zu führen die Ehre hatte, in meiner Erinnerung bewahren. Ich wußte mich dabei mit Ihnen in der Überlegung einig, daß sich die europäischen Völker, ohne sich selbst aufzugeben, zu einem einigen Europa zusammenfinden müssen, das einen ehrenvollen Platz in dieser Welt einnehmen kann. Meine herzlichen Wünsche gelten in dieser ernsten Stunde der Zukunft Frankreichs, der Sie Ihr Leben gewidmet haben, der unzerstörbaren Freundschaft unserer beiden Völker und Ihrem persönlichen Wohlergehen."[143]

Im Gedächtnis blieb Kiesinger, was de Gaulle einst in einer Tischrede in Bonn über das deutsch-französische Verhältnis in einem Gleichnis gesagt hatte. Er sprach von zwei Männern, die miteinander ausgezogen seien, um einen Schatz zu suchen. Nach mühe- und gefahrvoller Wanderung hätten sie erkennen müssen, daß sie weder Gold noch Edelsteine entdecken würden. Aber in diesem Moment erkannten sie etwas anderes, das für sie mehr bedeutete: Sie waren als Freunde heimgekehrt. Ihre Fähigkeit, gemeinsam zu handeln, ermöglichte es ihnen schließlich doch noch, Reichtum und Glück zu finden[144].

Folge der Intervention: Kiesinger versagt Brandt die Zustimmung zum Sperrvertrag

Die Zerschlagung des Prager Frühlings führte neben der Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses zu einem Stopp ostpolitischer Initiativen der Großen Koalition. Es gelang dem Kanzler, die Zustimmung zum Sperrvertrag bis auf die Zeit nach den Wahlen 1969 zu verschieben. Obwohl dem Außenpolitiker deutlich war, daß die Ostpolitik nicht aufgegeben werden konnte, lähmte der Schock über den Einmarsch jede weitere Initiative[145]. Der Einmarsch untergrub das ohnehin geringe Vertrauen in die friedlichen Absichten der Sowjetunion. Würde sie versuchen, ihren Einfluß über den Ostblock hinaus nach Westen auszudehnen? Ihr Beharren auf dem Interventionsrecht der UN-Charta verhieß nichts Gutes. Man mußte befürchten, daß sie nach Möglichkeiten suchte, gegebenenfalls auch in West-Berlin oder sogar in Westdeutschland zu intervenieren. Die

---

142 Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, François-Poncet an den Verleger Franz Burda vom 25.1.1969.

143 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Kiesinger an de Gaulle vom 30.4.1969.

144 Vgl. Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 92, Anmerkung.

145 Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 337; Kiesinger erklärte bereits nach zwei Tagen, die Politik müsse fortgesetzt werden; Bahr hatte noch am 21.8. intern erklärt, daß sich mit dem abrupten Ende der Dubček-Ära die internationale Großwetterlage für Bonn nicht geändert habe; vgl. Baring, Machtwechsel, S. 231, und Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 220. Das Ereignis von Prag habe nicht abgeschreckt, aber „es ernüchterte", schreibt Bender (Neue Ostpolitik, S. 154).

alte Angst, die sowjetischen Kommunisten würden eines Tages die Bundesrepublik „kassieren", wurde durch die militärische Aktion erneut wach. Brandt erklärte in seiner Rede am 3. September 1968 auf der Genfer Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten, ohne Vertrauen auf gewisse Grundregeln des Zusammenlebens der Staaten gäbe es keine Kontrolle der zerstörerischen Kräfte, die der Kernenergie innenwohnten. Und er fügte hinzu: „Ohne solches Vertrauen gibt es keine internationale Ordnung."[146]

Diese Sätze nahm Kiesinger wenige Wochen später auf, als er begründete, warum die Bundesregierung ihre Einwilligung zum Sperrvertrag zu diesem Zeitpunkt noch nicht geben könne[147]. Es bestehe nach den Ereignissen in Prag keine Notwendigkeit, die vielen problematischen Aspekte des NV-Vertrages zu behandeln, erklärte er am 25. September 1968 im Bundestag. Die Voraussetzungen für ein solches weitreichendes Abkommen seien nicht gegeben. Mit einem Schlag hatten die Sowjets dem Bundeskanzler von dem Druck befreit, eine Entscheidung rasch herbeiführen zu müssen[148].

Auch Brandts Engagement für den Sperrvertrag schlief nach dem Prager Ereignis ein. Er ließ der innenpolitischen Diskussion jetzt ihren Lauf. Moskau war selbst schuld. Gegenüber dem *Spiegel* erklärte er: „Ich denke nach der tschechoslowakischen Krise nicht im Traum daran, mir die Beine auszureißen, sondern vertraue auf einen, wenn auch längere Zeit dauernden Prozeß der Klärung der Meinungen zu Hause."[149] Der Prozeß währte bis zum Ende der Koalition. Im Februar 1969 berichtete der Minister dem Kanzler, zum NV-Vertrag habe er sich „leidenschaftslos" geäußert. Man müsse abwarten, ob die Russen auf die Hinweise reagierten und ob die Amerikaner dabei helfen würden[150]. Brandt bezog sich auf einen Artikel, den er für das sozialdemokratische Organ *Vorwärts* verfaßt hatte und der am 6. Februar erscheinen sollte. Es war ein nüchternes Plädoyer für eine Unterzeichnung des Vertrages durch die Bundesregierung. Ein einziges Gegenargument ließ der Minister allerdings gelten: den Widerstand gegen den sowjetischen Hinweis auf die andauernde Gültigkeit der Art. 53 und 107 der UN-Charta. Diese Artikel, stellte Brandt kategorisch fest, bildeten keine Rechtsgrundlage für eine Intervention. Sie seien „überständig" und hätten keine praktische Bedeutung mehr. Darin sei man sich mit den Verbündeten einig, und diese hätten das der Sowjetunion gegenüber „ganz klargestellt". Trotzdem müsse die Bundesrepublik Wert darauf legen, daß in dieser Frage auch im Verhältnis zur Sowjetunion „nichts unausgesprochen" bleibe, sondern daß „jede mögliche Klärung" herbeigeführt werde[151].

Schließlich ließ auch der Druck aus den USA im Anschluß an die Ereignisse in der ČSSR nach, die Bundesrepublik zur Unterzeichnung zu drängen. Birrenbach, der im Auftrag des Kanzlers im September 1968 eine Informationsreise durch die Vereinigten Staaten unternahm, traf auf eine Regierung, die mit ihrer Außenpolitik ganz allgemein in die Defensive geraten war. Das Vietnam-Desaster zeichnete sich bereits ab. Der Unterstaatssekretär im State Department, Eugene Rostow, sagte Birrenbach, trotz des Interesses, das die Vereinigten Staaten an der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertra-

---

146 EA 23 (1968), Folge 21, S. D 502 f.

147 Vgl. VdDB, 5. Wahlperiode, 185. Sitzung, Rede vom 25.9.1968, S. 10054.

148 Die CSU fühlte sich bestätigt. In einer Entschließung forderte sie politische und institutionelle Garantien für einen „atomaren Schutz vor Aggression und Erpressung", bis die „Voraussetzungen für die Bildung eines integrierten europäischen Abschreckungspotentials erfüllt seien"; zitiert nach DzD, 1968, S. 1268.

149 Der Spiegel, 9.9.1968, S. 34.

150 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 4.2.1969, S. 2.

151 Brandt, Sperrvertrag und Gleichberechtigung, in: Vorwärts, 6.2.1969.

ges durch die Bundesrepublik hätten, wolle man Bonn nicht dazu drängen. Auch der Senat hege inzwischen Zweifel am Sinn des Unternehmens, die Präsident und Außenminister allerdings zu zerstreuen suchten. Im übrigen erklärte Rusk, daß die Sowjetunion für den Rückschlag allein verantwortlich zu machen sei[152].

Erst nach dem Amtsantritt der konservativen Administration von Präsident Richard Nixon im Januar 1969 verstärkte sich das amerikanische Werben um die deutsche Unterschrift wieder. Johnson hatte darauf verzichtet, für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Der republikanische Kandidat Nixon, Senator aus Kalifornien und Vizepräsident unter Eisenhower, trat seine Nachfolge an. Nixon, außenpolitisch versiert, berief Henry A. Kissinger, den deutsch-amerikanischen Harvard-Professor, zu seinem Nationalen Sicherheitsberater. Kissinger hatte die Regierung Johnson besonders wegen ihrer Deutschlandpolitik scharf kritisiert. Das Weiße Haus, erklärte er beispielsweise im Dezember 1966, behandle die Deutschen „rücksichtslos"[153]. Es bestehe, trotz deutscher Haushaltsprobleme, auf den Zahlungen im Rahmen der Truppenstationierungskosten, halte die Bundesregierung gleichzeitig zur Ostpolitik an und fordere obendrein von ihr die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages. Am 8. Februar 1969 ließ der Sicherheitsberater dem Kanzler im Auftrag des Präsidenten allerdings die folgende vertrauliche Information übermitteln: „Er, Nixon, beurteile den NV-Vertrag skeptisch. Er selbst hätte den Vertrag nie so angestrebt und so verhandelt und geschlossen. Aber er müsse sich mit dem Erbe abfinden und im Interesse der Fortführung der amerikanischen Außenpolitik damit leben. Er sei überzeugt, daß es im deutschen Interesse liege, dem Vertrag beizutreten, da die bei einem Nichtbeitritt zu erwartenden außenpolitischen Nachteile die möglichen Vorteile um ein Vielfaches zu überwiegen drohten. Er werde Sie nie zur Unterschrift drängen, aber wolle Ihnen seine Auffassung offen darlegen. Mit Vertrauen und Zuversicht sehe er Ihrer Zusammenarbeit entgegen und freue sich sehr, Sie bald zu treffen."[154]

Zu einer Unterschrift der Großen Koalition kam es dann nicht mehr. Dazu trug bei, daß die Sowjetunion, nachdem sie in ihrer Propaganda die Interventionsartikel der UN-Charta beiseite ließ und nicht weiter erwähnte, erneut die Verurteilung des westdeutschen „revanchistischen" Anspruchs auf West-Berlin in den Mittelpunkt rückte. Die Querelen um den Wahlort des Bundespräsidenten im Frühjahr 1969 und die immer stärker wahltaktisch motivierten Positionen der beiden großen Regierungsparteien verhinderten eine gemeinsame Haltung in dieser Sache. Von seiten der SPD brachte man das Thema nicht mehr auf, die Union verzichtete sowieso darauf. Die Verzögerungsstrategie hatte sich für Kiesinger ausgezahlt. Erst die sozialliberale Koalition unterschrieb den Kernwaffensperrvertrag schließlich am 28. November 1969, und erst 1974, also Jahre später, wurde er im Bundestag ratifiziert.

---

[152] Vgl. Birrenbach, Meine Sondermissionen, S. 277; Baring, Machtwechsel, S. 231.

[153] HIoWRP, Acc. 741058 M. 47/48, Box 83, Emmet an Kissinger vom 7.12.1966 nach einem Vortrag Kissingers: „[...] I fully share your present criticism of recklessness in pressing the Germans on the troop cost question, while at the same time we press for the detente policy and the non-proliferation treaty."

[154] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, der deutsche Botschafter in Washington Rolf Pauls an Kiesinger vom 8.2.1969.

VII. Die Außenpolitik der Großen Koalition unter dem Druck der innenpolitischen Ereignisse

1. Die innerparteiliche Entwicklung in der CDU/CSU: Kiesinger und die Stimmung in der Union gegen die Fortsetzung der Großen Koalition

Außenpolitisch hatte sich Kiesinger mit seiner Art der liebenswürdigen Vermittlung und durch geschicktes Ausnutzen der äußeren Umstände jetzt zum zweiten Mal durchgesetzt. Das erste Mal war er darin erfolgreich, die pro-französische Fraktion und ihren Führer Adenauer über seine wahren Absichten im unklaren gelassen zu haben und dem Angebot de Gaulles ausgewichen zu sein. Jetzt war es ihm gelungen – vor allem mit Hilfe der Prager Tragödie –, die Zustimmung zum Sperrvertrag gegen den Willen der Supermächte und seines Außenministers aufzuschieben. Dabei war er in beiden Fällen seiner eigenen politischen Linie gefolgt und nicht etwa dem konservativen „Geflüster" seiner Berater oder gar der Fraktion erlegen. Beide Entscheidungen entsprachen seiner außenpolitischen Grundorientierung: Die Bundesrepublik sollte zwar eng mit Frankreich zusammenarbeiten, aber sich nicht unterwerfen. Der Sperrvertrag drohte die Aussicht auf ein geeintes Europa freier und gleicher Nationen – die Voraussetzung für das wiedervereinigte Deutschland – zunichte zu machen. In dieser Lage hatte Kiesinger das Beste aus seiner Sicht für die Bundesrepublik getan und den Charakter seiner außenpolitischen Grundüberlegungen gewahrt.

Vieles in Kiesingers Politik war ungewollt, von äußeren Umständen und Faktoren abhängig, auf die der Kanzler keinen Einfluß hatte. Trotzdem blieb er sich auf lange Sicht in seinen Grundüberzeugungen treu und handelte nach ihnen. Darin zeigt sich seine Unabhängigkeit von SPD und der Union. Im Herbst 1968 geriet er dennoch gegenüber seiner Fraktion in eine schwierige Lage, und dies geschah auf einem Feld, auf dem der Politiker Kiesinger schon frühzeitig große Schwächen hatte erkennen lassen: in der Innenpolitik, genauer: in der Frage der Präsidentschaftsnachfolge.

Das Ende der Amtszeit Lübkes als Bundespräsident und die Frage seiner Nachfolge

Immer wieder war Lübke seit seiner Wiederwahl im Jahre 1964 ins Gerede gekommen. Seine altersbedingten Ausfallerscheinungen und peinlichen Entgleisungen, vor allem bei Auslandsreisen, die von der heimischen Presse wortgetreu berichtet wurden, waren nur eine Ursache weitverbreiteten Kopfschüttelns[1]. Schwerer wog der Vorwurf, Lübke habe in der Kriegszeit als Architekt am Bau von Baracken für KZ-Häftlinge mitgewirkt. Die Anschuldigung stammte aus der DDR und stützte sich auf dort vorhandene, angeblich belastende Dokumente. Es stimmte davon allerdings nur so viel, daß Lübke in den frühen

[1] Aufgrund einer Krankheit, die 1967 ausbrach; Hildebrand (Erhard, S. 389) spricht von Arteriosklerose; Baring (Machtwechsel, S. 38) von Zerebralsklerose.

vierziger Jahren für die im Krieg zwangsverpflichtete Baugruppe Schlempp, ein privates Architekturbüro, gearbeitet hatte. Für das Raketenversuchsgelände Peenemünde und für eine andere Stätte bei Magdeburg plante er Arbeiterunterkünfte. Wer dort allerdings unterkommen sollte, lag nicht in der Entscheidungsmacht des Architektenbüros, sondern entschieden die Arbeitsämter. Dies erklärte zumindest Walter Schlempp im August 1966. Daß tatsächlich KZ-Häftlinge in den Baracken untergebracht worden waren, schloß der ehemalige Chef Lübkes für den Zeitraum bis 1944 aus. Über die folgende Zeit, in der die Briten mit der Bombardierung der Gelände begannen, konnte Schlempp keine Angaben machen. Er hatte die Baugelände seit jener Zeit nicht mehr betreten[2].

Der Versuch der DDR-Propaganda, Lübke als „KZ-Baumeister" zu denunzieren, konnte sich also nicht auf vorhandene Beweismittel stützen. So sah das auch die Frankfurter Staatsanwaltschaft, die das Material aus Ost-Berlin prüfte und die Einleitung eines Verfahrens gegen Lübke mangels jeglichen Tatverdachts im Januar 1967 ablehnte. Trotzdem waren die Enthüllungen – ein Magazin brachte in großer Aufmachung Pläne von Baracken mit der Unterschrift Lübkes – Anlaß für eine öffentliche, polemisch geführte Kampagne, die sich gegen die Person des Bundespräsidenten richtete. Lübke sah sich zu einer öffentlichen Erklärung gezwungen. Über alle Rundfunk- und Fernsehanstalten betonte er am 1. März 1968, daß die Baugruppe oder das Büro zu keiner Zeit Einrichtungen plante oder bearbeitete, die „den Charakter eines Konzentrations- oder Sträflingslagers" hatten. Er könne sich allerdings nicht mehr an jedes Schriftstück erinnern, das er ein Vierteljahrhundert zuvor unterzeichnet habe[3].

Die Bundesregierung machte gleich im Anschluß an die Erklärung erneut deutlich, daß sie sich „schützend vor den Bundespräsidenten" stelle, der sich in der Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Herrschaft „untadelig" verhalten habe. Lübke sei als „überzeugter Demokrat" Verfolgung und Haft ausgesetzt gewesen, hieß es. Lübke war im Februar 1934 tatsächlich für zwanzig Monate in Untersuchungshaft genommen worden, weil man bei dem damaligen Reichstagsabgeordneten des Zentrums Briefe des emigrierten früheren Reichskanzlers Heinrich Brüning fand. Jetzt, 30 Jahre später, sahen die Bonner Parteien in den Beschuldigungen Machenschaften des Ostens. Schmidt zog sogar Parallelen zu den Verleumdungskampagnen gegen den ersten sozialdemokratischen Reichspräsidenten, Friedrich Ebert: Auch heute gäbe es Leute, die Vorwände suchten, um durch Angriffe auf den gegenwärtigen Bundespräsidenten die demokratischen Institutionen lächerlich zu machen. Und Heck meinte verächtlich, es gebe manche, die „vor 1945 unserem Volk Herrn Hitler angepriesen haben und heute in diese perfide Kampagne miteinstimmen"[4].

Lübke hatte nicht sofort zugegeben, am Bau von Baracken beteiligt gewesen zu sein. Das stimmte nachdenklich und ließ die Frage nach einer früheren Beendigung seiner Amtszeit aktuell werden. Hinzu kam, daß die Wahl seines Nachfolgers, falls Lübke bis zum Ende seiner Amtszeit aushielt, zeitlich genau in den Bundestagswahlkampf fallen würde. Dadurch, so befürchtete man bei den Regierungsparteien, werde die Wahl eines Kandidaten erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht, der die Stimmen aller wichtigen demokratischen Kräfte auf sich vereinigen könnte.

---

[2] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 38.

[3] Süddeutsche Zeitung, 2.3.1968; dort auch die folgenden Zitate. Die Erklärung war ein Rückzug von der Behauptung, die auch die Bundesregierung zuvor verbreitet hatte, daß Lübke nie Pläne abgezeichnet habe und die Dokumente aus dem Osten daher schlicht Fälschungen seien.

[4] Vgl. Süddeutsche Zeitung, 29.2.1968.

Die Union bemühte sich daher seit dem Frühjahr 1968 darum, Lübke zu einem vorzeitigen Rücktritt von seinem Amt zu überreden. Um den Eindruck zu vermeiden, dieser Schritt sei ein Eingeständnis seiner Schuld, sollte allerdings eine gewisse Zeit bis zum Ausscheiden verstreichen. Etwa um die Weihnachtszeit – so lautete eine der Vorstellungen, die an die Öffentlichkeit gelangten – könnte der Bundespräsident seinen Verzicht aus Gesundheitsgründen erklären. Zeitweise versuchte die Union, Lübke den Abtritt dadurch zu erleichtern, daß man ihm anbot, generell die Amtszeit von bis dahin maximal zwei Perioden von je fünf Jahren auf eine Periode von sieben Jahren zu reduzieren. Der Bundespräsident zeigte sich dem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen. Wenn sich das durchsetzen lasse, meinte Lübke gegenüber Barzel im April 1968, dann wäre seine letzte Amtshandlung die Unterzeichnung dieses verfassungsändernden Gesetzes[5].

Aber die SPD stimmte diesem Vorhaben nicht zu. Man dürfe nicht das Grundgesetz ohne Not „ad hoc" verändern, nur um eines bestimmten Bundespräsidenten willen. Insgesamt standen die Sozialdemokraten einem vorzeitigen Rücktritt Lübkes zunächst zurückhaltend gegenüber. Zwar war es auch in ihrem Sinne, wenn die Nachfolgefrage zu einem frühen Zeitpunkt geklärt würde. Aber Wehner fand es empörend, daß die vertraulichen Versuche hoher CDU-Funktionäre, Lübke zum vorzeitigen Rücktritt zu überreden, in der Presse ausführlich diskutiert werden konnten. Am 25. April 1968 schrieb er an den Bundeskanzler, es bleibe ihm nichts anderes übrig, als „Ihnen kurz mit diesen Zeilen zu verstehen zu geben, wie unvertretbar ich es empfinde, daß zur selben Stunde, in der der Bundespräsident eine Reise antritt, diese neue Welle in Gang gesetzt worden ist". Was auch unmittelbar daraus werden möge, für die sachgemäße Beratung werde dies „nicht gut" sein und könne nur „neuen Zündstoff" bieten. Ihm sei unter diesen Umständen nur die Möglichkeit verblieben, dem Sprecher des Vorstandes der SPD zu sagen, er möge erklären, daß der Vorsitzende der SPD zu gegebener Zeit mit den in Frage kommenden Herren sprechen werde; sonst solle er sich auf keine Erläuterungen einlassen[6].

Wehner hatte sich in den Jahren zuvor häufig für den Bundespräsidenten eingesetzt, da sich Lübkes Befürwortung einer Großen Koalition mit seiner Sicht der SPD-Interessen deckte. Öffentlich verteidigte er frühzeitig und nachdrücklich das Recht Lübkes, für die Bildung einer Großen Koalition einzutreten, wie dieser das etwa nach der Bundestagswahl 1965 getan hatte. So erklärte Wehner beispielsweise im Januar 1966, er verstehe nicht, warum ausgerechnet dem ersten Bürger des Staates verboten sein solle, seinen Sorgen über die amtierende Regierung Ausdruck zu verleihen. Er halte es für „unanständig", wenn man dem Bundespräsidenten deswegen eine Überschreitung seiner Kompetenz vorwerfe[7].

Wehner und Lübke waren sich auch menschlich sympathisch und verstanden sich „prächtig"[8]. Häufig war Wehner Gast in der Villa Hammerschmidt. Wenn der Sozialdemokrat zum Tee kam, durfte niemand aus dem Mitarbeiterkreis des Bundespräsidenten an den Gesprächen teilnehmen. Lübke war aufgrund seiner Erfahrungen vor 1933 für eine Große Koalition in Bonn. In dieser Haltung und in seiner Funktion als Vermittler zwischen Union und SPD glich er dem langjährigen Minister und CDU-Fraktionsvorsitzenden, Krone, sowie dem Zentrumsabgeordneten im Reichstag und erfolg-

[5] Vgl. Der Spiegel, 29.4.1968, S. 27.
[6] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 25.4.1968.
[7] Süddeutsche Zeitung, 10.1.1966.
[8] Herwarth, Gespräch mit dem Verfasser, 23.10.1986.

reichen Plantagenbesitzer, Johannes Schauff. Er hatte die Weimarer Koalition, zumal in Preußen, als stabilisierendes Element der ersten deutschen Republik erlebt. Wehner spielte bei den christdemokratischen Befürwortern des politischen Großbündnisses als ehemaliger Kommunist und Spitzenrepräsentant der Sozialdemokratie die entscheidende Rolle. Er war ihr „Aushängeschild", wie Barzel das nannte. „Im Grunde war es ihnen egal, welcher Kanzler die Regierung führte, nur Wehner war ihnen wichtig."[9]

Auch nach der Entstehung der Großen Koalition blieben die Sozialdemokraten dem Bundespräsidenten wohlwollend gesonnen. Aber im Sommer 1968 wurde ihnen die Notwendigkeit einer zeitlichen Vorverlegung der Bundespräsidentenwahl bewußt. In einem Brief an den Bundeskanzler schrieb Schmidt: „Ich möchte gleichwohl noch einmal feststellen, daß ich selbst Herrn Bundespräsident Lübke gegenüber allen politischen Angriffen, die mit Ereignissen in den Jahren 1933-1945 zusammenhängen, nachdrücklich verteidige, daß ich ebenso aber aus anderen Gründen einen vorzeitigen Rücktritt für dringend notwendig halte."[10] Er hoffe, im Laufe des Monats Gelegenheit zu haben, diese seine Meinung auch dem Bundespräsidenten persönlich nahebringen zu können.

In der Präsidentschaftsnachfolgefrage kalkulierte Schmidt wie die anderen Sozialdemokraten: Die SPD hatte frühzeitig durch ihren Vorsitzenden angekündigt, daß sie diesmal einen eigenen Kandidaten aufstellen würde. Nach einem liberalen Präsidenten Heuss und dem Christdemokraten Lübke müsse endlich ein Sozialdemokrat die Republik repräsentieren. Daher teilte Brandt Kiesinger am 7. August 1967 schriftlich mit, das Präsidium der SPD habe seine Ankündigung bestätigt, wonach die Partei in der nächsten Bundesversammlung die Wahl eines aus ihren Reihen kommenden Bundespräsidenten anstreben werde[11]. Bei diesem Projekt rechnete die SPD, und hier besonders Wehner, auf die Zustimmung des Koalitionspartners. Falls aber die Wahl des Präsidenten zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfinden sollte, so befürchtete die SPD, würde sich die Union schwertun, einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Die Gefahr bestand, daß die Entscheidung über Lübkes Nachfolger in den Sog parteipolitischer Interessengegensätze geriet. Das wollten die Führer der SPD nicht riskieren.

Die Union präsentiert einen eigenen Kandidaten

Aber die Entwicklung verlief nicht zum Vorteil der sozialdemokratischen Pläne. Zunächst verschleppte sich die endgültige Zusage Lübkes, vorzeitig sein Amt niederzulegen. Im Mai 1968 erklärte er zwar dem Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers für Berlin und früheren Reichstagsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei, Lemmer, er werde im Herbst, spätestens Anfang des nächsten Jahres zurücktreten[12]. Aber nur wenige Wochen später erreichten den Kanzler ganz andere Informationen. Diesmal hatte Lübke Landwirtschaftsminister Höcherl zu Gast und machte ihm deutlich, daß seine Rücktrittsvorstellungen sich auf einen späteren Zeitpunkt bezögen: „Zur Präsidentenwahl erklärte der Herr Bundespräsident, daß er den Wahltermin durch freien Rücktritt auf April/Mai 1969 vorziehen möchte. Keinesfalls möchte sich der Herr Bundespräsident zu einem früheren Termin bewegen lassen. Er beabsichtigt noch einige Auslands-

[9] Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988.
[10] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, Schmidt an Kiesinger vom 22.7.1968.
[11] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 7.8.1967; siehe auch Hildebrand, Erhard, S. 389.
[12] Vgl. Der Spiegel, 20.5.1968, S. 25.

termine, u. a. einen Besuch in Dänemark, der für April/Mai vorgesehen ist, durchzuführen", berichtete Höcherl[13].

Mit einem Termin im Mai/April 1969 war man bei der CDU nicht einverstanden. Das galt auch für den Bundeskanzler. Kiesinger drang bei Lübke darauf, er solle noch im späten Herbst 1968 zurücktreten. Aber der Bundespräsident blieb hart, wie Dufhues dem Kanzler am 16. Juli noch einmal bestätigte: „Mein Gesprächspartner ist, wie er mir gegenüber bereits früher zum Ausdruck gebracht hat, bereit, einen Termin zu akzeptieren, der zu Beginn des Monats im Mai liegt. Gegenüber dem Vorschlag, im Interesse des Amts und der Person einen im Spätherbst gelegenen Termin ins Auge zu fassen, verhielt er sich jedoch sehr zurückhaltend, wenn nicht ablehnend."[14]

Kiesinger antwortete Dufhues eine Woche später, die von ihm berichtete Sache bereite ihm „große Sorge". Er sei natürlich selbst auch nicht untätig gewesen, wolle Dufhues darüber aber lieber nach den Ferien mündlich berichten, fügte er geheimnisvoll hinzu[15]. Was immer der Kanzler auch in Erfahrung zu bringen vermocht hatte, es änderte allerdings an der Entscheidung des Bundespräsidenten nichts. Lübke widersetzte sich hartnäckig jeder Vorverlegung. Gleichzeitig zog er sich zurück, ging Gesprächen mit Mitgliedern seiner Partei aus dem Weg. Wie in einer Festung verbarrikadierte sich Lübke in der Villa Hammerschmidt. Ohne die Regierung zu informieren, suchte er nach Wegen, das Ende der Amtszeit so weit wie möglich hinauszuschieben. Heck berichtete besorgt am 18. August 1968, der Herr Bundespräsident habe unter Umgehung seines Staatssekretärs und seiner Beamten dem Protokoll des Auswärtigen Amtes direkt Weisung erteilt, seinen Besuch in Afrika und in Dänemark vorzubereiten. „Was dies im einzelnen bedeutet, vermag ich nicht zu sagen", fügte Heck hinzu. „Es könnte aber durchaus so sein, daß eine solche Vorbereitung, wenn sie weiter fortgeschritten ist, Fakten schüfe, mit denen der Herr Bundespräsident ein längeres Verbleiben in seinem Amt vor sich, vor uns und vor der Öffentlichkeit rechtfertigen bzw. erzwingen könnte."[16]

Schließlich gab Lübke aber am 14. Oktober 1968, seinem 74. Geburtstag, doch den erwarteten vorzeitigen Rücktritt bekannt. Er werde das Amt am 30. Juni 1969 verlassen. Das war später als erhofft, aber noch früh genug, um die Wahl des Nachfolgers im März 1969 durchzuführen. Damit trat die Frage der möglichen Kandidaten in den Vordergrund. Und hier erfuhr die SPD-Führung eine große Enttäuschung. Sie war davon ausgegangen – und Kiesinger hatte sie zunächst in dieser Annahme bestärkt –, daß die Union ihr den Posten des Bundespräsidenten überlassen werde. Aber Anfang Mai 1968 änderte sich die Lage: Das Präsidium der CDU beschloß, einen eigenen Kandidaten für die Nachfolge Lübkes aufzustellen.

Die Entscheidung war Folge eines neu gefundenen Selbstbewußtseins der Partei. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom 28. April 1968 gewann sie zwar nur 2,1 Prozent der Stimmen hinzu; sie steigerte ihren Stimmenanteil von 44,1 auf 46,2 Prozent. Entscheidend für den eigenen Stimmungsaufschwung war aber die hohe Niederlage der Sozialdemokraten. Die SPD hatte einen Verlust von 8,2 Prozent der Wählerstimmen hinnehmen müssen und war unter die 30-Prozent-Marke, auf 29,1 Prozent, abgerutscht. Ermutigt von diesem Ergebnis, drängten die Berater um Kiesinger, vor allem Heck und der junge rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Helmut Kohl, den „Sozis"

[13] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 004, Höcherl an Kiesinger vom 4.7.1968, S. 1.
[14] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Dufhues an Kiesinger vom 16.7.1968, S. 1.
[15] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Kiesinger an Dufhues vom 23.7.1968.
[16] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 004, Heck an Kiesinger vom 18.8.1968, S. 6.

das Amt nicht kampflos zu überlassen. Kiesinger schwenkte jetzt scheinbar um. Scheinbar, denn er ermutigte zwar Heck und Kohl, als sie ihn auf einen CDU-Kandidaten festlegen wollten, aber er entschied sich innerlich noch nicht für diese Lösung. Vermutlich wollte er ebenso Zeit gewinnen, wie er dies bei anderen Fragen auch versuchte, etwa beim Sperrvertrag. Aber mit dieser Taktik hatte er diesmal weniger Glück. Der Druck aus der Fraktion in dieser Frage wuchs ständig. Ende Juni 1968 gab er dem von Wehner protegierten Leber keine Chance mehr, von der Union mitgewählt zu werden. Zwar galt der katholische Gewerkschaftsführer allgemein als aussichtsreicher Kandidat. Leber war erst 47 Jahre alt und hatte sich durch den Vermögensbildungsplan, der 1963 in die Tarifverträge der Bau-Industrie aufgenommen worden war, als erfolgreicher Sozialpolitiker profiliert. Aber der Bundeskanzler glaubte angesichts der Bedeutung einer Präsidentschaftswahl ein halbes Jahr vor den Bundestagswahlen nicht mehr an die Integrationskraft seines Verkehrsministers. Am 24. Juni 1968 suchte ihn Leber auf, um die Chancen seiner Kandidatur zu erkunden. Kiesinger antwortete ihm mit der Frage, ob er damit rechne, daß vor allem seine Wahl zum Bundespräsidenten der SPD bei der Bundestagswahl Stimmen einbringen werde. Leber antwortete ihm, das könne er ehrlicherweise nicht bestreiten. „Meine Antwort war", erzählte Kiesinger später, „er [*Leber*] könne daraus schließen, wie die Union auf seine Kandidatur reagieren würde."[17]

Allerdings schien Leber den Hinweis nicht als Entmutigung aufzufassen. Bis kurz vor der Wahl hat der Sozialdemokrat daher auch geglaubt, die CDU/CSU würde ihn am Ende doch wählen. Er stützte sich vermutlich auf ein Wort Wehners. Wie Wehner später erklärte, hatte ihm Kiesinger versprochen, die Union werde Leber zum Präsidenten wählen. Das Wort sei damals „ehrlich gegeben worden", meinte der SPD-Politiker im Jahre 1980. Aber ab August 1968 sei klar gewesen, daß „es dadurch keinen Boden mehr hatte, daß diejenigen, die das gegeben hatten, nicht mehr Herr ihrer Anhänger waren in dieser Frage"[18]. Kiesinger – nur er war hier gemeint – hatte Wehner also offenbar über die veränderte Lage informiert. Er mußte dem Sozialdemokraten eingestehen, daß ihm in dieser Sache das Heft entglitten war und ihm die eigenen Leute nicht mehr folgen würden. Die Union wolle einen eigenen Kandidaten präsentieren[19].

Die SPD nominiert Heinemann

Trotz der Aufstellung eines Unionskandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten hielten sich die Sozialdemokraten bis zum Ende alle Möglichkeiten offen. Selbst als sie am 1. November 1968 den Bundesjustizminister Heinemann für das Präsidialamt nominierten, ließen sie den Kanzler wissen, daß damit noch keine endgültige Entscheidung in der Sache gefallen sei. Das war allerdings angesichts dieses Kandidaten nicht sehr glaubhaft. Denn mit Heinemann stellte die SPD einen Kampfkandidaten auf. Man mußte sich in der Parteispitze darüber im klaren sein, daß das frühere prominente CDU-Mitglied keine Stimme von der Union erwarten konnte. Heinemann hatte aus Protest gegen Adenauers Angebot einer deutschen Wiederbewaffnung 1950 sein Amt als Innenminister nieder-

---

[17] AdKASt, Kiesinger I – 226, E/IV.1, A 355, Kiesinger an Dichgans vom 9.1.1980, S. 6; vgl. Hildebrand, Erhard, S. 390.

[18] Terjung (Hrsg.), Der Onkel, Wehner im NDR am 5.1.1980, S. 160.

[19] Vgl. Hildebrand (Erhard, S. 390), der meint, Kiesinger habe hier eine Chance verpaßt. Er hätte frühzeitig die Weichen für die Fortsetzung der Großen Koalition stellen können. Baring (Machtwechsel, S. 50) macht vor allem die Entschlußlosigkeit des Kanzlers dafür verantwortlich, daß man sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten verständigen konnte. Kiesinger habe die Entscheidung über den Präsidentschaftskandidaten einfach zu lange hinausgezögert.

gelegt und zwei Jahre später die CDU verlassen. Seine Abrechnung mit Adenauers Deutschlandpolitik während einer Bundestagsdebatte im Januar 1958 ist wegen der Schärfe und Bitterkeit seiner Äußerungen lange in Erinnerung geblieben[20]. Bekannt wurde der Jurist und Volkswirt aus dem Ruhrgebiet in den sechziger Jahren für seine liberalen rechtspolitischen Überzeugungen und für das Verständnis, das er der kritischen Jugend entgegenbrachte. Seine Fernseh- und Rundfunkrede anläßlich der Osterunruhen 1968 enthielt die berühmte Mahnung, wer mit dem „Zeigefinger allgemeiner Vorwürfe auf den oder die vermeintlichen Anstifter oder Drahtzieher zeigt, sollte daran denken, daß in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen". All das sprach für einen Kandidaten, der auch von den damals oppositionellen Liberalen mitgetragen werden konnte[21].

Aber Wehner, Schmidt und auch Brandt achteten darauf, daß die Nominierung des Sozialdemokraten von der CDU/CSU nicht als endgültiger Bruch verstanden wurde. Man war sogar bereit, am Wahltag Heinemann zugunsten von Leber zu „opfern", falls sich die Union noch zu diesem gemeinsam zu wählenden SPD-Kandidaten verstehen sollte. Ahlers erläuterte Kiesinger im Auftrag des SPD-Vorsitzenden die Hintergründe der sozialdemokratischen Entscheidung: „Im Auftrag von Herrn Brandt soll ich Sie weiter davon in Kenntnis setzen, daß die Nominierung von Minister Heinemann nur für den ersten Wahlgang gelten soll. Die Fraktion der SPD in der Bundesversammlung werde sich für die weiteren Wahlgänge freihalten, auch einen anderen Kandidaten vorzuschlagen, falls sich herausstellen sollte, daß Minister Heinemann nicht gewählt werden kann."

Dieser Hinweis ziele auf Minister Leber, der von zahlreichen führenden Sozialdemokraten, darunter von Wehner und Schmidt, als idealer Gemeinschaftskandidat der Koalitionsparteien angesehen werde, setzte Ahlers seinen Brief fort. Man glaube aber bei der SPD nicht, daß Leber eine Chance habe, die erforderlichen Stimmen der FDP zu erhalten. Diese Chance erscheine bei Heinemann durchaus gegeben, und im übrigen werde angenommen, daß eine Nichtwahl Heinemanns durch die FDP all jene enttäuschen müßte, die seit Bildung der Großen Koalition sich von der SPD ab- und der FDP zugewandt hätten. Wörtlich fuhr Ahlers fort: „In diesem Zusammenhang muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die Herren Wehner, Leber und Schmidt enttäuscht darüber sind, daß Sie sich nicht stärker für einen Koalitionskandidaten Leber eingesetzt hätten." Dann folgte noch einmal ein indirekter Appell: Der Gedankengang sei, daß die Wahl Lebers mit den Stimmen der SPD und der CDU ein „krönender und insgesamt versöhnlicher Abschluß" der großen Koalition gewesen wäre, außerdem zu einer „Verbesserung des Staatsbewußtseins und einer Förderung der Integration der Arbeitnehmerschaft in den Staat" geführt haben würde. Ahlers empfahl, daß der Kanzler im persönlichen Gespräch diese Enttäuschung auszuräumen versuche[22].

Die Führung der SPD machte also Kiesinger für das Scheitern verantwortlich. Sie hielt sich dennoch die Möglichkeit offen, nach dem ersten Wahlgang Leber als gemeinsamen Kandidaten zu präsentieren. Doch hierfür war es jetzt zu spät. Die Union zeigte sich entschlossen, einen eigenen Mann durchzusetzen. Aber wer sollte das sein? Viele Na-

---

[20] Vgl. VdDB, 3. Wahlperiode, 9. Sitzung vom 23.1.1958, S. 406.

[21] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 70; nach seiner Meinung handelte es sich bei der Fernsehansprache geradezu um eine Kandidatenrede für das Bundespräsidentenamt. Brandt notiert in seinen Begegnungen (S. 299): „Die Konstellation sprach für Heinemann." Hildebrand (Erhard, S. 391) betont, daß Heinemann die Eigenschaften, Sicherheitsverlangen und Risikobereitschaft, vertrat, die für die neue Generation der zu Ende gehenden 1960er Jahre so typisch war.

[22] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brief Ahlers an Kiesinger vom 30.10.1968.

men wurden genannt, aber nur zwei kamen in die nähere Auswahl: Schröder und Richard von Weizsäcker. Schröder hatte inzwischen selbst seine Kandidatur betrieben. Seit der Rückkehr aus dem Sanatorium Tegernsee, meldete *Der Spiegel* im April 1968, zeige Schröder Interesse an der Nachfolge Lübkes[23]. Auch Kiesinger war zunächst an dieser Nominierung interessiert. Denn damit wäre sein stärkster Konkurrent als Kanzleranwärter nicht mehr in Frage gekommen. Doch dann änderte er seine Meinung. Im Laufe des Oktobers 1968 unterstützte er nunmehr Weizsäcker. Kiesinger hat diesen Meinungswechsel genau datiert, auf den Besuch des FDP-Parteivorsitzenden Scheel am 23. Oktober 1968[24]. Scheel habe ihm dabei in voller Offenheit erklärt, Schröder werde in der Bundesversammlung keine Stimme der FDP erhalten. Dagegen würde bei einem anderen CDU-Kandidaten, wie etwa Herrn von Weizsäcker, mit Sicherheit ein Teil der FDP-Wahlmänner für diesen stimmen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung werde dieser gewählt werden[25].

Zweifel an Kiesingers Darstellung der eigenen Motivation

Obwohl Heck diese Darstellung bestätigt[26], sprechen Gründe dagegen, daß Kiesinger sich tatsächlich von den Motiven leiten ließ, die er Jahre später nannte. Zwar stellte Weizsäcker als Präsident des Evangelischen Kirchentages eine attraktive Persönlichkeit dar. Er wurde von den Liberalen respektiert und besaß in allen Lagern Sympathien. Aber mit seiner Ausstrahlung und seinem Einfluß konnte er sich 1969 nicht entfernt mit Schröder messen. Der Verteidigungsminister galt 1966 als der christdemokratische Kanzlerkandidat schlechthin, als Alternative zu Kiesinger. Er hielt während der Verhandlungsphase im November 1966 Kontakt zum stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick. Falls die Union Schröder zu ihrem Kandidaten kürte – das mußte die große Sorge Scheels sein[27] –, würden die Anhänger des christlich-liberalen Bündnisses, die ausgebooteten Parteileute wie etwa der frühere Vorsitzende Mende oder der Fraktionsvorsitzende Knut von Kühlmann-Stumm, für den Christdemokraten votieren. Gerade bei Schröder konnte der neue FDP-Vorsitzende nicht sicher sein, daß es ihm gelingen würde, alle FDP-Wahlmänner für einen SPD-Kandidaten zu mobilisieren. Warum stellte er aber dann bei Kiesinger die gegenteilige Behauptung auf?

Scheel stand unter Erfolgszwang. Die FDP mußte geschlossen für den SPD-Kandidaten stimmen, ihm zur Mehrheit verhelfen. Erst wenn das gelungen war, würde sie nicht länger als bloßer „Wahlverein der Union"[28] gelten. Zwischen den beiden großen Parteien etabliert, würde sie an Unabhängigkeit, Wahlmöglichkeiten und Wählerstimmen gewinnen. Wer die Lage genau betrachtete, mußte sich eingestehen, daß Schröder in größerem Maße als Weizsäcker in der Lage war, dieses Ziel Scheels zu vereiteln. Denn die FDP

---

[23] Vgl. Der Spiegel, 15.4.1968, S. 32.

[24] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, E/IV.1, A 355, Kiesinger an Dichgans vom 9.1.1980, S. 6.

[25] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 105 f.

[26] Vgl. Heck, Gespräch mit Journalisten (Dreher), 6.12.1983. Dort heißt es: „Scheel hat gesagt: ‚Wenn Sie Schröder aufstellen, bringe ich meine Mannschaft geschlossen dagegen. Bei Weizsäcker würde mir das nicht gelingen, denn es gibt in jedem Fall einige Leute, die für den Kirchentagspräsidenten stimmen werden.'"

[27] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 106; Scheel hatte erklärt, daß für die skeptische Einschätzung von Schröders Chancen die FDP-Präsidiumssitzung am 13./14.9.1968 in München entscheidend gewesen sei. Dort hatte es geheißen, Schröder sei wegen seiner konservativen Gesinnung „nicht zeitgemäß" und ziehe zudem sicherlich Stimmen der NPD auf sich.

[28] Der Spiegel, 7.10.1968, S. 27.

befand sich noch immer in einer Umbruchphase, die im April 1967 mit einem neuen deutschland- und ostpolitischen Programm eingeleitet worden war[29]. Erst im Januar 1968 hatte Scheel den Vorsitz der Partei übernommen, was den Neuanfang symbolisierte. Kaum zehn Monate waren seitdem verstrichen. Die Person Schröders drohte, die Partei in Anhänger des neuen und des alten Kurses zu spalten.

Die SPD brauchte aber jede Stimme der FDP, um ihren Kandidaten durchzubekommen. Zur absoluten Mehrheit benötigte sie im ersten und zweiten Wahlgang 519 Stimmen der Wahlversammlung. 450 besaß sie selbst, von den insgesamt 84 Liberalen mußten also mindestens 69 für Heinemann stimmen. Aus der Sicht Scheels war daher nichts wichtiger als zu verhindern, daß die Union Schröder gegen Heinemann aufstellte. Wenn man davon ausging, daß der nationalkonservative FDP-Flügel den Christdemokraten wählte, dann konnte es am Ende nicht zum Sieg Heinemanns reichen.

Daß Schröder tatsächlich die entscheidenden Stimmen der FDP abnehmen konnte, wurde beim Wahlausgang am 5. März 1969 durch das äußerst knappe Ergebnis deutlich. Heinemann erhielt zunächst 514, Schröder 501 Stimmen. Beim zweiten Wahlgang verlor der SPD-Kandidat drei Stimmen, Schröder gewann sechs hinzu. Erst der dritte Gang brachte die Entscheidung, denkbar knapp mit 512 zu 506 Stimmen gewann Heinemann. Scheel vermutete, daß im ersten Wahlgang Schröder immerhin schon sechs Stimmen von den Liberalen erhalten hatte. Im zweiten Wahlgang waren es dann nach vorsichtiger Schätzung bereits bis zu zehn FDP-Wahlmänner, die den Unionskandidaten unterstützt hatten[30]. Es klingt daher auch sehr unwahrscheinlich, daß Kiesinger die Argumentation Scheels tatsächlich für plausibel hielt und darin nicht den Versuch vermutete, ihn von einer Unterstützung Schröders abzubringen. Wenn der Kanzler aber der Überzeugung war, daß Schröder die größten Chancen besaß, dann bleibt die Frage, warum sich Kiesinger während des Selektionsprozesses in der Union schließlich für Weizsäcker einsetzte. Darauf gibt es nur eine Antwort: Kiesinger wünschte, daß der SPD-Kandidat die Bundespräsidentenwahl gewinnen möge!

Diese auf den ersten Blick wagemutige These stützt sich auf die Aussage Hecks, daß Kiesinger unter allen Umständen die Große Koalition erhalten wollte und daher glaubte, bei einem Sieg des SPD-Kandidaten ließe sich das leichter bewerkstelligen. Heck sagte in einem Gespräch im Jahre 1983 wörtlich: „Kiesinger wollte wie Wehner eine zweite Legislaturperiode der Großen Koalition. Das schien ihm mit Heinemann besser zu klappen."[31] Überspitzt formuliert, bedeutet das: Kiesinger setzte sich für den aussichtsloseren Kandidaten in der Union ein und hoffte im stillen, die Sozialdemokraten würden ihren nominierten Mann durchsetzen; um der Fortsetzung der Koalition willen war er bereit, das Bundespräsidentenamt der SPD zu „opfern". Mit Heinemann, so könnte Kiesinger kalkuliert haben, wäre die SPD für die Enttäuschung entschädigt, die sie mit dem Scheitern des gemeinsamen Projektes erlitten hatte, Leber zum Nachfolger Lübkes zu wählen.

Man wird diese politische Absicht, die Kiesinger nie bestätigt hat und vermutlich auch nie zugegeben hätte, nur verstehen können, wenn man sich in seine Lage versetzt und dabei auf die Bedeutung seines Verhältnisses zu Wehner achtet. Vieles blieb zwischen beiden unausgesprochen. Beispielsweise haben Wehner und Kiesinger nie über ihre Pläne

---

[29] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 223 ff.

[30] Vgl. ebenda, S. 120.

[31] Heck, Gespräch mit Journalisten (Dreher), 6.12.1983, S. 1 f.; siehe auch Der Spiegel, 28.10.1968, S. 24.

am Ende der Koalition gesprochen oder gar ausgemacht, sich für eine Neuauflage der Großen Koalition einzusetzen. Kiesinger hat von Wehner angenommen, dieser wolle die Fortsetzung – aber sicher war er dessen nie[32]. Beschämend mußte es auf den CDU-Vorsitzenden wirken, in der Frage der Bundespräsidentenwahl nicht mehr Herr seiner Partei zu sein – wie er Wehner offen eingestehen mußte. Es bedeutete eine Erniedrigung für ihn, vor dem sozialdemokratischen Parteiführer zugeben zu müssen, daß er die Zügel aus der Hand gegeben hatte. Auf die Rolle des Demütigen verstand sich der Kanzler im Gegensatz zu Wehner nicht. Er stellte die Dinge dar, wie er sie sah – dann wurde die Sache auch im privaten Gespräch nicht mehr erwähnt. Wehner akzeptierte das, beklagte sich aber, wie Ahlers dann Kiesinger mitteilte, im Kreise der anderen SPD-Führer über den Kanzler.

Dem CDU-Vorsitzenden lag also daran, in der Frage der Präsidentennachfolge seinen Koalitionspartner zu versöhnen. Auch wenn der Gedanke, einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt aufzustellen, sich nicht mehr verwirklichen ließ, blieb doch die Möglichkeit, daß die SPD ihren Mann auch ohne die Hilfe der Union durchbekam. Die Annahme, daß sich die Wahl Heinemanns mit seinen Interessen vereinbaren ließ, wird noch von der Tatsache gestützt, daß er sich ausschließlich um die SPD bemühte und den Kontakt zur FDP-Spitze nach dem Urteil der Liberalen, aber auch dem seiner Berater geradezu sträflich vernachlässigte. Scheel betonte später, daß sich Kiesinger als Kanzler nie um die FDP gekümmert habe. Das war auch der Eindruck Hecks. Während der Großen Koalition kam es nur zu einem einzigen Gespräch zwischen den beiden Parteivorsitzenden, im Frühjahr 1969. Und es handelte sich um kein erfolgreiches Zusammentreffen: „Es war kein gutes Gespräch, die Atmosphäre war verkrampft. Kiesinger war anzumerken, daß er es nur aus Routine führte."[33] Dazu gehörte auch, daß Kiesinger noch zur selben Zeit gegenüber dem entsetzten Scheufelen von der Einführung des Mehrheitswahlrechts sprach. Scheufelen, der in Stuttgart die Verbindung zur FDP hielt, war über die Äußerung des Kanzlers so erbost, daß er verlangte: „Vergraulen Sie uns die FDP nicht!"[34] Kiesinger nahm das übel auf, und bis nach der Bundestagswahl 1969 redeten beide kein Wort miteinander.

Kiesingers Eintreten für Weizsäcker und damit seine Entscheidung gegen Schröder mochte zusätzlich noch dadurch beeinflußt worden sein, daß mit Schröder, falls er gewählt würde, ein Gegner des Regierungsbündnisses von SPD und CDU/CSU in die Villa Hammerschmidt einziehen würde. Dem Kanzler behagte die Vorstellung nicht, daß das Wort seines einzigen wirklichen Widersachers als Bundespräsident ein besonderes Gewicht in der Öffentlichkeit besitzen würde. Lübkes Abneigung gegen die FDP hatte der

---

[32] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, E/IV.1, A 355, Kiesinger an Dichgans vom 9.1.1980, S. 4; dort vor allem die Bemerkung: „Wehner wäre wohl (!) zu einer Fortsetzung der Großen Koalition bereit gewesen."

[33] Heck, Gespräch mit Journalisten (Dreher), 6.12.1983, S. 3; „Ich bin hinterher noch mit in Scheels Wohnung gegangen und habe versucht, es aufzulockern." Baring (Machtwechsel, S. 71 ff.) setzt sich sehr ausführlich mit der Frage auseinander, warum die FDP 1969 mit der SPD eine Koalition gründete. Er arbeitet mehrere Gemeinsamkeiten beider Parteien heraus: erstens die Opposition gegen das Mehrheitswahlrecht; zweitens die innenpolitischen Reformbestrebungen und der geschickte Umgang mit der kritischen Jugend; drittens die neue Ost- und Deutschlandpolitik. Hinzu kamen die Spannungen in der Großen Koalition zwischen den großen Parteien, etwa in der Frage der Aufwertung der DM, die in Richtung einer sozialliberalen Koalition wirkten, sowie die Notwendigkeit der FDP, durch eine Zusammenarbeit mit der SPD den unabhängigen Charakter der Partei unter Beweis zu stellen.

[34] Scheufelen, Gespräch mit dem Verfasser, 27.11.1987.

christlich-liberalen Regierung Erhard langfristig geschadet. Da Kiesinger die Fortsetzung der Großen Koalition anstrebte, wollte er vermeiden, daß Schröder mit den Mitteln die Große Koalition bekämpfen konnte, die ihm als Bundespräsident zur Verfügung standen.

Kiesinger liebte es, im Rückblick seine Motivation zu verschleiern – übrigens ähnlich wie sein Vorbild Bismarck in seinen *Gedanken und Erinnerungen* es bei ungleich bedeutenderen Themen tat[35]. Aber in dieser Frage ist leicht zu verstehen, warum Kiesinger seine wahren Ziele verborgen hielt. Als CDU-Vorsitzender konnte er natürlich nicht den Kandidaten der anderen Partei unterstützen. Wenn er sich daher zu diesem Thema äußerte – was selten geschah, dann scheinbar ganz unverfänglich. Dennoch erscheint seine Äußerung vom November 1968 auf die Frage eines Journalisten verräterisch, ob er beide, Schröder und Heinemann, für „präsidiabel" halte. Darauf antwortete Kiesinger: „Ich halte beide für präsidiabel. Das heißt natürlich nicht, daß ich Herrn Heinemann Herrn Schröder vorziehen würde."[36] Obwohl der Journalist nicht nach Präferenz fragte – Kiesingers Unterstützung des CDU-Kandidaten setzte er wohl voraus –, verstand der Kanzler die Frage vermutlich so. Seine Antwort erweckte den Eindruck, als ob er sich verteidige oder gar entschuldige. Indem er behauptete, er ziehe „natürlich" Herrn Heinemann nicht Herrn Schröder vor, hatte er genau das damit schon angedeutet.

Die geschwächte Position des Kanzlers in der eigenen Partei

Aber Kiesinger schätzte die Position seines Kandidaten in der Union tatsächlich völlig falsch ein. Schon am 14. November 1968, einen Tag vor der Entscheidung im Wahlmännergremium der CDU/CSU, schien ein Sieg Weizsäckers ausgeschlossen. Wie bei der Kanzlerwahl im November 1966 besaß die CSU auch diesmal das entscheidende Votum. Sie legte sich auf Schröder fest. Vermutlich sahen die Bayern eine günstige Gelegenheit, Schröder auf ehrenvolle Weise aus der Parteipolitik zu drängen und damit eine künftige Rivalität zwischen Schröder und Strauß um das Amt des Bundeskanzlers auszuschließen. Kiesinger war von dieser Entwicklung überrascht worden. Anstatt jetzt mit aller Kraft die Wahl Weizsäckers durchzusetzen, entschloß er sich zu einem zweideutigen Kurs. Am Vorabend der Nominierung informierte er Schröder über sein Votum für Weizsäcker, gab aber gleichzeitig zu verstehen, daß er sich nicht sträuben werde, falls die Partei anders entscheide[37].

Sein halbherziges, zögerliches Eintreten für Weizsäcker erwies sich als Fehler. Er hätte entweder energisch für seinen Favoriten in den eigenen Reihen werben oder gleich den noch amtierenden Verteidigungsminister unterstützen sollen. Hier zeigte sich eine Schwäche Kiesingers in aller Deutlichkeit: Er sah nicht die Notwendigkeit, die Partei auf die Unterstützung seines Kandidaten zu verpflichten. Nur durch entschiedenes Handeln hätte er seine Autorität und Führung sichern können, so aber verlor er an Ansehen. Dies erkannte Kiesinger zu spät. Als sich die Wahlmännerversammlung von CDU/CSU mit 65 Stimmen für Schröder entschieden hatte und nur zwanzig Stimmen auf Weizsäcker gefallen waren, versuchte Kiesinger den Eindruck zu vermeiden, als ob es überhaupt eine Kampfabstimmung zwischen zwei Kandidaten gegeben hatte. Vor dem unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Gremium gab er kurz nach der Wahl eine Ehrenerklärung

---

[35] Vgl. bei Gall (Bismarck, S. 423 ff.) die Beschreibung des Hergangs um die Emser Depesche und den Kriegseintritt gegen Frankreich.

[36] Stuttgarter Zeitung, 26.11.1968.

[37] Vgl. Süddeutsche Zeitung, 16.11.1968.

für Schröder ab. Er forderte dazu auf, daß sich die Weizsäcker-Gruppe hinter Schröder stellen solle, um die Einmütigkeit der Union zu demonstrieren. So geschah es. Danach trat Kiesinger vor die Presse und versuchte, das Ergebnis als „einmütige Empfehlung" der Union hinzustellen. Er weigerte sich, das Zahlenverhältnis der Abstimmung bekanntzugeben. Aber einzelne Mitglieder des Gremiums ließen die Journalisten darüber nicht im unklaren[38].

Der Sieg Schröders wurde dann – zu Recht – als Niederlage Kiesingers gewertet. Bereits vor der Wahl hatte Dreher geschrieben, Kiesinger habe sich in Sachen Präsidentenwahl in eine fatale Zwickmühle manövriert: „Wird der Kandidat, Minister Schröder, gewählt, muß sich der Bundeskanzler den Vorwurf seiner Partei gefallen lassen, er habe zunächst offenbar aufs falsche Pferd gesetzt; falls Schröder unterliegt, wird es dagegen heißen, Kiesinger sei ihm zu spät entgegengetreten."[39] Kiesinger selbst hat ein Fehlverhalten später eingeräumt. Er hätte sich stärker für die Kandidatur von Weizsäcker einsetzen müssen. „Wenn ich mir selbst heute einen Vorwurf mache, dann allenfalls den, daß ich damals der Fraktion nicht mit meinem Rücktritt drohte", meinte er[40]. Ähnlich schätzte das auch der Koalitionspartner ein. Schonungslos erklärte Ahlers in einem Brief an Kiesinger vom 30. Dezember 1968, daß die Nominierung Schröders eine ernste Niederlage für den CDU-Vorsitzenden bedeute und Auswirkungen auf die Fortsetzung der Großen Koalition haben werde. In vertraulichem Ton, den Ahlers als mittlerweile engster Vermittler zwischen Kanzler und der SPD anschlug, schrieb der Pressesprecher: „Wir können nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß die Autorität des Bundeskanzlers in der jüngsten Zeit eine gewisse Schwächung erfahren hat, vor allem in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die labilen und die diffizilen parlamentarischen Verhältnisse, die oftmals genausowenig symptomatisch für die wahre Stimmung in der Bevölkerung sind, wie das, was die sogenannte veröffentlichte Meinung schreibt, bringen es mit sich, daß jeder politische Mißerfolg eines Führenden, insbesondere des Kanzlers, unterirdische Wirkungen zeitigt, die erst langsam sichtbar werden." Als ein solches negatives Ereignis für den Kanzler müsse rückblickend die Nominierung des Bundesverteidigungsministers zum Präsidentschaftskandidaten gesehen werden. Kaum jemand im Bundestag habe das Engagement für Weizsäcker verstanden und er, Kiesinger, habe sich deshalb in den Augen der meisten Abgeordneten eine „unnötige Niederlage" eingehandelt. Außerdem glaube er selbst auch, daß bestimmte Vorgänge auf dem Parteitag hiermit bereits in Zusammenhang stünden. Angesichts dieser Stimmung sei es dann sicher auch falsch gewesen, von der Fraktion eine „Ehrenerklärung" zu verlangen, deren Sinn die Abgeordneten auch nicht begriffen hätten.

Ungeschminkt führte Ahlers in dem Schreiben seine Kritik fort. Ein zweiter Punkt der Sorge betreffe die unerledigte Tagesordnung, krasser ausgedrückt, die „sogenannte Entscheidungsschwäche des Bundeskanzlers"[41]. Es liege auf der Hand, daß die angedeuteten Schwierigkeiten am schnellsten behoben werden könnten, wenn die Bundesregierung unter Kiesingers Führung in den ersten drei Monaten des neuen Jahres zu den noch anstehenden großen Streitfragen eine klare Position beziehen bzw. entsprechende Beschlüsse fassen würde.

Der Regierungssprecher brauchte den Kanzler nicht darauf aufmerksam zu machen, daß seine Niederlage in der Frage des Unionskandidaten für das Amt des Bundespräsi-

---

[38] Vgl. Meyers, Gespräch mit dem Verfasser, 25.10.1989; siehe auch Der Spiegel, 18.11.1968, S. 28.
[39] Süddeutsche Zeitung, 20.11.1968.
[40] AdKASt, Kiesinger I – 226, E/IV.1, A 355, Kiesinger an Dichgans vom 9.1.1980, S. 6.
[41] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Ahlers an Kiesinger vom 30.12.1968.

denten auch Kiesingers Ziel gefährden konnte, die Große Koalition über 1969 hinaus fortzusetzen. Auf dem Berliner CDU-Parteitag im November 1968 hatte er deutlich zu spüren bekommen, daß die Partei sich nicht länger uneingeschränkt in die Koalitionsdisziplin mit den Sozialdemokraten einspannen lassen wollte.

Die Tendenz in der Union gegen eine Fortsetzung der Großen Koalition – Kiesingers Spielraum wird kleiner

Das bestehende Bündnis verlor in der größten Partei immer stärker an Unterstützung. Auf dem Parteitag der CDU vom 4. bis 7. November 1968 in der Berliner Kongreßhalle waren die Mitglieder auf Kampf gegen die Sozialdemokraten gestimmt. Sie zischten daher ihren Vorsitzenden aus, als er in seiner Einleitungsrede erklärte, daß „das Wahlergebnis uns fortgesetzt zu einer Verlängerung der Großen Koalition zwingen könnte". Kiesinger wartete an dieser Stelle die Reaktion des Publikums ab, wie das Protokoll zeigt, und ging dann auf den Unmut ein: „Das kann so sein. Das könnte 1969 beginnen, könnte sich 1973 fortsetzen, (Zuruf: Schrecklich!) und, meine Damen und Herren, mit 1973 müßte die absolute Grenze erreicht sein. (Zischen) – Ich habe gesagt: die absolute Grenze. Oder wollen Sie bis 1977 weitermachen? (Heiterkeit)."[42]

Die Stelle ist typisch für Kiesingers Unsicherheit in der Parteipolitik. Anstatt von vornherein deutlich für die Fortsetzung der Großen Koalition zu plädieren, tastete er sich vor dem versammelten CDU-Parteitag vorsichtig an das Thema heran, um dann seine Aussage abzuschwächen, als er den Widerstand spürte. Die Erklärung erwies sich als ungeschickt, die Union könne zu einer Fortsetzung der Koalition „gezwungen" werden. Damit provozierte er negative Reaktionen. Konnte man denn erwarten, daß sich die größte Partei der Bundesrepublik freiwillig zu einer Koalition zwingen ließe? Seiner Geistesgegenwart verdankte er es, daß er einen drohenden, noch deutlicheren Ausdruck des Unmuts seiner Zuhörer über das bestehende Regierungsbündnis an dieser Stelle durch eine humorvolle Bemerkung verhinderte.

Während Kiesinger einen Schwächeanfall hatte, an Grippe erkrankte und die folgenden Parteitagsdiskussionen von seinem Bett im Dahlemer Hause des Bundesbeauftragten Carl Krautwig am Radio verfolgte, formierte sich unter den prominenteren Führern der Partei eine Opposition gegen die Entscheidung, sich auf die Große Koalition über 1969 hinaus festzulegen. Der Vertriebenenminister und Vorsitzende der CDU in Schleswig-Holstein Hassel verlangte, daß der Koalitionsentscheid erst nach der Wahl getroffen werde. Barzel forderte: „Schluß mit den Koalitionszwängen!" Auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl meinte: „Wir müssen in der Schlußerklärung deutlich machen, daß wir ungebunden in die nächste Wahl gehen, mit dem klaren Ziel, eine regierungsfähige Mehrheit zu gewinnen."[43]

Je näher der Wahltermin des Herbstes 1969 rückte, desto geringer war das Verständnis, das die Union dem Koalitionspartner entgegenbrachte. Mitte Juli 1968 schrieb Hassel als Landesparteivorsitzender an seine Kollegen: „Ich darf auch Sie herzlich bitten, die momentane günstige Stimmung gegenüber der CDU/CSU in den folgenden

---

[42] Kiesinger, Reden und Interviews 1968, Rede vom 4.11.1968, S. 361.

[43] 16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, S. 121; Kohl brachte den Antrag ein, man möge in die Schlußerklärung aufnehmen, daß „wir ungebunden und frei nach allen Seiten, und zwar nicht nur verbal, sondern tatsächlich frei in die nächste Bundestagswahl gehen mit dem klaren Ziel, diese Wahl mit einer regierungsfähigen Mehrheit für die CDU/CSU zu gewinnen"; siehe Barzels Zustimmung, ebenda, S. 147; vgl. Der Spiegel, 11.11.1968, S. 27.

Monaten zu nutzen."[44] Der Ausgang der Bundestagswahlen 1969 werde ganz wesentlich auch davon abhängen, ob man die Stammwähler in diesem Bereich halten und neue hinzugewinnen könne. Die Wahlen in Baden-Württemberg Ende April hätten gezeigt, daß die SPD unter den Vertriebenen und Flüchtlingen überwiegend zugunsten der NPD verloren habe. Diese Protestwähler könne die CDU/CSU herüberziehen, wenn man sich um diese Personenkreise kümmere. Immerhin handele es sich um mehr als zehn Millionen Stimmberechtigte.

Das neue Selbstbewußtsein der Partei und seine geschwächte Position nach der Niederlage Weizsäckers zwangen Kiesinger, sich jetzt noch vorsichtiger zu bewegen. Der Spielraum, insbesondere in der Deutschland- und Ostpolitik, wurde jetzt noch kleiner. Denn das latent vorhandene Mißtrauen bei der Union gegen eine vermutete sozialdemokratische Bereitschaft, über die Regierungslinie deutlich hinauszugehen, trat offen zu Tage. Kiesinger hat später im Zusammenhang mit dem Berliner Parteitag auf dieses Dilemma hingewiesen: „Je mehr sich die Wahlperiode des 5. Bundestages ihrem Ende zuneigte, desto geringer wurde bei beiden Koalitionspartnern die Bereitschaft, die Koalition fortzusetzen, auch wenn beide Seiten bemüht waren, nicht vorzeitig die ‚Ehe auf Zeit' zu kündigen", heißt es in einer Erklärung aus dem Jahre 1980[45]. Es sei eben von Jahr zu Jahr schwerer geworden, auf die Dauer ein gemeinsames politisches Programm durchzuführen. Für Kiesinger bedeutete dies in der Ostpolitik jetzt: konsequente Abkehr von den Plänen Brandts und Bahrs bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der eigenen ostpolitischen Zielsetzung.

Der „Fall Bahr"

Kaum war der Parteitag überstanden und auch die Frage der Bundespräsidentennachfolge in der Union geklärt, als Ulbricht die SPD erneut in eine unangenehme Lage brachte und damit die Koalition belastete. Auf dem fünften Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) behauptete er am 12. November 1968: „Die sozialdemokratische Führung hatte unserer Parteiführung zugesagt, auf dem Wege der Verständigung über Teilfragen die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die westdeutsche Bundesrepublik herbeizuführen."[46] Sie habe jedoch ihr Wort gebrochen. Obwohl man ihr zum Beispiel mit Passierscheinen entgegengekommen sei, habe sie den großen Verrat, den Übergang auf die Politik der CDU, der herrschenden Partei des westdeutschen Monopolkapitals, vorbereitet.

Die Christdemokraten schenkten Ulbrichts Worten Glauben. „Wenn das eine der Figuren in Ost-Berlin gesagt hätte", zitierte die *Süddeutsche Zeitung* die Aussage eines Kabinettsmitgliedes, „könnte man denken, es handle sich um Agitprop-Produkte; aber wenn Ulbricht das sagt, hat er was im Ärmel."[47] In der CDU/CSU wurde schon lange über die angeblich dubiose Politik Brandts und seines Beraters Bahr gesprochen, besonders im Berliner Landesverband. Dort vermutete man, daß sich der frühere Regierende Bürgermeister inzwischen der Kontrolle der Öffentlichkeit, vielleicht sogar der des Kanzlers, entzogen habe. Im August 1968 teilte Heck Kiesinger in einem längeren Bericht die Einschätzung der Berliner Parteiführung mit: „Man ist überzeugt, daß die Sozialdemo-

[44] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 004, Hassel an die Landesvorsitzenden der CDU vom 17.7.1968, S. 1 f.
[45] AdKASt, Kiesinger I – 226, E/IV.1, A 355, Kiesinger an Dichgans vom 9.1.1980, S. 4.
[46] DzD, 1968, S. 1472.
[47] Süddeutsche Zeitung, 27.11.1968.

kraten, insonderheit der Außenminister und sein Berater Bahr bereit sind, gegenüber der Sowjetunion und gegenüber dem Zonenregime im allgemeinen, aber insbesondere, was die Präsenz der Bundesrepublik in Berlin betrifft, eine Konzession nach der anderen zu machen, weil sie sich der Hoffnung bzw. der Täuschung hingäben, auf diese Weise doch noch mit den Russen bzw. mit den Herren aus Pankow ins Gespräch zu kommen. [...] Herr Brandt habe über ein Jahr um den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen weiterverhandelt, obwohl die Sowjetunion der Bundesrepublik in einer Note schriftlich zur Kenntnis gebracht habe, daß eine solche Gewaltverzichtserklärung natürlich die Rechte und Pflichten der Sowjetunion, die sich aus Art. 53 bzw. 107 der UN-Charta ergäben, nicht berühren würde. Daß der Außenminister diese Tatsache der Regierung, dem Parlament und der Öffentlichkeit verheimlicht hat, wird dahingehend ausgedeutet, daß er seine eigene Politik mache. Ich bin gefragt worden, ob der Bundeskanzler darüber orientiert sei. Ich habe diese Frage nicht beantworten können."

Natürlich war der Kanzler unterrichtet und billigte ausdrücklich die Verhandlungen um den Gewaltverzicht. Außerdem unterlief den Berliner CDU-Mitgliedern ein zeitlicher Fehler: Die Verhandlungen liefen bereits seit Beginn der Großen Koalition, also länger als eineinhalb Jahre. Zudem waren im November 1967 nur neun Monate vergangen, seitdem die Sowjetunion erstmals auf die Feindstaaten-Klausel Bezug genommen hatte. Der Vorwurf trifft also nicht zu, Brandt habe „über ein Jahr" verhandelt, obwohl er von dem Vorbehalt der UN-Charta-Klauseln gewußt habe. Aber an dieser Stelle geht es nur darum, zu zeigen, wie stark in der Union das Mißtrauen gegen Brandt gewachsen war. Dazu zählten auch die angeblich vielfältigen Kontakte, die die Sozialdemokraten mit den Kommunisten unterhielten. Von der Existenz solcher Gespräche waren die Christdemokraten überzeugt[48]. In Berlin sei mit Sicherheit bekannt, richtete Heck aus, daß seit etwa 14 Tagen Kontakt zwischen einem Abgesandten von Herrn Stoph und Senator König[49] bestehe mit etwa folgendem Hintergrund: Stoph habe erklären lassen, man warte nun beim Thema Postforderung allenfalls noch bis Januar zu, aber dann sei man mit der Geduld am Ende. Man sei empört darüber gewesen, daß die geforderten 120 Millionen DM nicht bezahlt worden seien, und halte die Stellungnahme des Bundespostministers für völlig unzureichend. Allenfalls könne man sich vorstellen, daß für die vergangenen zwei Jahre ein Betrag von mindestens 35 Millionen gezahlt würde[50]. Er, Heck, habe auf einem zweiten Weg erfahren können, daß diese Gespräche zwischen einem Abgesandten von Stoph und Senator König in der Tat stattgefunden hätten. Außerdem sei ihm mitgeteilt worden, daß Staatssekretär [*Klaus Dieter*] Arndt, der in Berlin seinen Wohnsitz habe, fortlaufend mit Abgesandten aus Pankow konferiere.

Ulbrichts Bemerkung, die SPD habe mit der SED die Anerkennung der DDR in Etappen beschlossen, konnte also nicht einfach als Propaganda abgewiesen werden. Auch die Erklärung, die Wehner vorbrachte, klang wenig überzeugend: Ulbricht wolle mit seinen Behauptungen „Spuren verwischen", hieß es in einer Erklärung vom 12. No-

---

[48] Vgl. Der Spiegel, 29. April 1991, S. 17. Wie sich herausgestellt hat, gab es auch enge Kontakte zwischen Politikern aus der Berliner FDP und dem Ministerium für Staatssicherheit. Der frühere Bundestagsabgeordnete William Borm, ein vehementer Verfechter der Ostpolitik, soll nach Erkenntnissen des Justizministeriums sogar „Zuträger und Einflußagent der DDR" gewesen sein.

[49] Karl König (1910-1979) bekleidete das Amt des Berliner Wirtschaftssenators von 1965 bis 1975.

[50] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 004, Heck an Kiesinger vom 18.8.1968, S. 2 f.; Bundespostminister Dollinger hatte in einem Brief an seinen Kollegen einen Ausgleich allein für das Jahr 1967 von ca. 16 Mio. DM angeboten; vgl. TzD, Dollinger an den Ost-Berliner Postminister Schulze vom 8.8.1968, S. 38 ff.

vember[51]. Die Christdemokraten trauten dem Planungschef im Auswärtigen Amt, dem Sonderbotschafter Bahr, heimliche Kontakte zur SED und Absprachen durchweg zu. Der Abgeordnete Werner Marx ließ Kiesinger wissen, er verfüge „seit etwa acht Wochen" über Informationen, aus denen hervorgehe, daß vor und nach dem Auftreten von Bahr vor der Evangelischen Akademie Tutzing 1963 „Geheimgespräche mit der SED-Führung" stattgefunden hätten. Offensichtlich sei sogar die Formel „Wandel durch Annäherung" eine auf solche Weise vorbereitete Formulierung gewesen. Diese Information sei offensichtlich auch Journalisten bekannt und werde gegenwärtig recherchiert[52]. Tatsächlich behauptete der *Bayern-Kurier*, das Hausblatt der CSU, wenige Tage später, Geheimdienstmaterial aus dem Westen gebe Anlaß zu Fragen, ob und wann Bahr im Zentralkomitee der SED in Ost-Berlin Gespräche geführt habe. Am 24. November berichtete die *Welt am Sonntag*, der Bundesnachrichtendienst verfüge über ein Tonband, auf dem ein Gespräch Bahrs mit Mitgliedern des Zentralkomitees der SED aufgezeichnet worden sei.

Aber die Meldungen bestätigten sich nicht. Es existierte kein Tonband, zumindest nicht bei den westlichen Geheimdiensten. Der BND hatte lediglich einen, wie Brandt in der SPD-Fraktionssitzung vom 25. November 1968 fand, „dubiosen" Bericht im Auftrag des Bundeskanzleramtes zusammengestellt. Auch die Behauptung, Bahr sei mit Mitgliedern des ZK zusammengetroffen, stimmte angeblich nicht mit dem tatsächlichen Sachverhalt überein. Bahr versicherte Brandt in einer Unterredung, daß es zwar eine Begegnung mit Ulbricht, mit Grotewohl und mit dem späteren ersten DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck gegeben habe. Aber das sei 1945 bzw. 1946 gewesen. Damals habe er als Journalist für die *Neue Zeitung* gearbeitet. Bahr versicherte: Mit einem ZK-Mitglied der SED habe er seither nicht mehr gesprochen[53]. Vor diesem Hintergrund erstattete der SPD-Vorsitzende seiner Fraktion Bericht: „Er habe den Bundeskanzler gebeten, den Zeitungsmeldungen nachzugehen. Nach seinem derzeitigen Erkenntnisstand auf Grund der Informationen von drei Geheimdiensten existiere kein solches Tonband, da Bahr seines Wissens nicht in Ost-Berlin gewesen sei. Er könne jedoch nicht ausschließen, daß es im Osten solches Material gebe und halte es deshalb für besonders klärungsbedürftig, wer dem *Bayern-Kurier* die entsprechenden Informationen gegeben habe."[54]

Interessanterweise äußerte Brandt hier einen Vorbehalt. Wenn der „Osten" Material besitzen konnte, dann sprach doch etwas dafür, daß Gespräche stattgefunden hatten. Diese Möglichkeit leugnete Bahr übrigens nicht. Er wandte sich nur gegen die Behauptung, daß er mit ZK-Mitgliedern gesprochen habe und daß er jemals „drüben gewesen" sei. Bahr fügte aber gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* hinzu: SED-Funktionäre kämen gerne nach West-Berlin, „sie drängen sogar bis an den Rhein vor"[55]. Obwohl sich die Behauptungen der konservativen Blätter nicht beweisen ließen, blieb an der Person Bahrs das Image des Geheimnisvollen, aber auch Unheimlichen haften. Dazu trug Bahr übrigens selbst bei, indem er weiterhin Kontakte vor allem mit sowjetischen Diplomaten

---

[51] DzD, 1968, S. 1474.

[52] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 002, Marx an Barzel vom 15.11.1968.

[53] Vgl. Der Spiegel, 2.12.1968, S. 32.

[54] AdsD, Protokolle interner Sitzungen der Führungsgremien, SPD-Fraktionssitzung vom 25.11.1968, S. 1.

[55] Süddeutsche Zeitung, 27.11.1968; vgl. Berg, Vorbeugende Unterwerfung, S. 169, sowie Bahr, Gespräch mit dem Verfasser, 4.7.1988. Tatsächlich empfing Bahr in den frühen sechziger Jahren in Berlin Besuch von Berg, dem Gesandten Stophs. Aber es handelte sich hierbei um den einzigen Kontakt zu SED-Funktionären, beteuerte Bahr.

pflegte. Häufig beobachteten Journalisten, wie Botschaftsangehörige und Kollegen von sowjetischen Medien im Auswärtigen Amt empfangen wurden. Außer Gesprächspartnern in der DDR, so schrieb Dreher beispielsweise, habe Bahr auch seine „Hausrussen"[56]. Dem Kanzleramt war diese Tatsache allerdings verborgen geblieben. Im Januar 1969 wurde Kiesinger durch ein Telegramm des Bonner Botschafters in Moskau auf ein Gespräch aufmerksam, von dem nicht einmal der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Georg Ferdinand Duckwitz, etwas wußte. Botschafter Helmut Allardt berichtet Kiesinger am 5. Januar 1969, daß Semjonow ihn auf eine deutsch-sowjetische Unterredung in der sowjetischen Botschaft in Rolandseck angesprochen habe[57].

Wer da mit wem über was eine Unterredung geführt hatte, muß hier offenbleiben. Sicher ist, daß das Treffen im Zusammenhang mit dem „Fall Bahr" stand. Denn als Carstens seine Untersuchung der Verdächtigungen abschloß und am 3. Februar 1969 eine Pressenotiz herausgab – mit der Aussage, die Vorwürfe über Ostkontakte Bahrs seien nunmehr geklärt und ausgeräumt –, lautete der letzte Satz: „Der Bundeskanzler soll künftig über alle wichtigen Kontakte des Auswärtigen Amtes mit osteuropäischen Ländern informiert werden." Damit war für Kiesinger die Sache erledigt, allerdings nicht für Brandt. Erneut kritisierte dieser die Rolle des BND, der – wie schon bei den Gesprächen der Sozialdemokraten mit den italienischen Kommunisten – ausschließlich das Kanzleramt informiert und dessen Dossier offenbar als Quelle der Anschuldigungen durch die Presse gedient hatte. Brandt schrieb am 4. Februar 1969, an einer nicht auskurierten Rippenfellentzündung leidend, zwar in versöhnlichem aber bestimmtem Ton an Kiesinger: „Ich weiß, daß Sie in diesen Wochen viel Sorgen gehabt haben; leider hätte ich Ihnen davon auch dann nur wenig abnehmen können, wenn ich in Bonn gewesen wäre. Es wird sehr darauf ankommen, daß wir uns die unbestreitbaren Erfolge der Regierungsarbeit nicht vermiesen lassen und daß wir in den nächsten Monaten noch große Anstrengungen machen, um die sachliche Bilanz abzurunden. Es ist unvermeidlich, daß sich Erscheinungen des Vorwahlkampfes bemerkbar machen werden. Ich werde in meiner Partei weiterhin dafür eintreten, daß eine unnötige und vorzeitige Belastung der sachlichen Arbeit vermieden wird."[58]

Dann ging Brandt zum heiklen Punkt über. Staatssekretär Carstens habe ihm den Bericht gebracht, den er am 15. Dezember über die Quellen der gegen Bahr gerichteten Vorwürfe erhalten hatte. Am Vortag sei dazu eine Pressemitteilung herausgegeben worden. Er gehe nun davon aus, daß geklärt werde, „wie BND-Berichte in die Hände Unbefugter" geraten konnten. Und Brandt fuhr fort: „Davon abgesehen ist es mir unerklärlich, wie eine – übrigens dubiose – BND-Aufzeichnung zum Zwecke eines Vortrags im Bundeskanzleramt gefertigt werden konnte und vermutlich angefordert worden war, ohne daß mir davon Kenntnis gegeben wurde. Wenn jetzt noch von interessierter Seite eine bestimmte Sprechregelung versucht wird (FAZ vom heutigen Tag: ‚Kiesinger unzufrieden über Bahr'), werde ich nicht darum herumkommen, meinerseits darzulegen oder darlegen zu lassen, womit ich in diesem Zusammenhang unzufrieden bin."[59] Brandt

---

[56] Süddeutsche Zeitung, 27.11.1968; Bahr (Gespräch mit dem Verfasser, 4.7.1988) erklärt, mit sowjetischen Journalisten seien Treffen „gang und gäbe" gewesen.

[57] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Brandt vom 14.1.1969; dort wird auf das Fernschreiben Allardts, Nr. 26 vom 5.1.1969, Bezug genommen.

[58] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 4.2.1969.

[59] Ebenda, S. 2 f.; vgl. den erwähnten Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 4.2.1969. Dort wurde notiert: „Diese letzte Feststellung [, daß der Bundeskanzler laufend informiert werden müsse,] besagt, wie in Bonn erklärt wird, daß der Bundeskanzler zweifellos unzufrieden darüber war, daß er bisher über Bahrs Kontakte nicht unterrichtet gewesen war."

drohte also damit, öffentlich die Vermutung anzustellen, der Bundesnachrichtendienst observiere im Auftrag der Unionsminister oder gar des Bundeskanzlers den Koalitionspartner. Das Ende der Koalition deutete sich im Frühjahr 1969 schon an, nicht nur mit solchen Drohungen und Unmutsäußerungen der Spitzenrepräsentanten beider Parteien.

Die SPD fühlt sich im Stich gelassen

Während sich die Union stärker gegenüber der SPD zu profilieren suchte, fühlten sich die Sozialdemokraten vom Koalitionspartner im Stich gelassen. Ahlers hatte dem Kanzler schon im Juni 1968 berichtet, daß bei den SPD-Abgeordneten nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze Ratlosigkeit herrsche. Sie hätten das Gefühl, daß sie jetzt von der CDU/CSU nicht länger benötigt würden. Die Parlamentarier hofften darauf, der Kanzler werde ein Signal setzen, damit noch andere, gemeinsame Projekte durchgeführt werden könnten. Es werde oft etwa der Wunsch geäußert, er möge seinen Einfluß geltend machen, um einen Koalitionskompromiß in der Verkehrsplanung, beim sogenannten Leber-Plan, zu finden und durchzusetzen[60].

Auch an der Spitze beider Parteien herrschte schon lange Ratlosigkeit. Nach den anstrengenden Frühsommermonaten 1968 schienen die gemeinsamen Kräfte zunächst aufgebraucht. Die beiden Fraktionsführer Barzel und Schmidt hatten mit Engagement und Zähigkeit gemeinsam das Stabilitätsgesetz zur Förderung des Wachstums der Wirtschaft[61] und die Notstandsgesetze im Bundestag durchgebracht. Danach, im Juni 1968, fühlten sie sich eines gemeinsamen Ziels beraubt und waren darüber verärgert, daß die Regierung offenbar keine neuen Aufgaben anzupacken beabsichtigte, auch den Kontakt zu ihnen, immerhin den parlamentarischen Führern, offensichtlich vernachlässigte. Barzel und Schmidt seien unmutig darüber, so Ahlers, daß sie über die Absichten der Bundesregierung nicht genügend unterrichtet würden und außerdem wichtige Informationen nicht erhielten, die sie für ihre Arbeit und ihre eigene Urteilsbildung brauchten. Der Höhepunkt des Unmuts habe sich aber ergeben, als die beiden Herren von dem Besuch des Außenministers bei Botschafter Abrassimow erfuhren[62].

Irritationen und Mißverständnisse nahmen auch im Kabinett mehr und mehr zu. Längst unterhielt sich Kiesinger nicht mehr mit Brandt, unterrichteten sich die Parteivorsitzenden nicht mehr über ihre Reden im voraus, wie es Brandt etwa noch vor dem Parteitag in Nürnberg getan hatte. Die Ostpolitik war durch die sowjetische Invasion in Prag festgefahren. Kiesinger verhinderte jeden weiteren Schritt auf die Sowjetunion zu mit dem Hinweis, daß nach der Intervention die deutsche Seite keine Konzessionen machen dürfe. Brandt fühlte sich häufig durch Kiesinger persönlich angegriffen. Ahlers wirkte mehr und mehr als Persönlichkeit des Ausgleichs. So mußte er beispielsweise die Verärgerung des Außenministers ausräumen, als der Kanzler im Oktober 1968 in einer Regierungserklärung zur Stagnation in der Frage des britischen EG-Beitritts scheinbar kritisierend äußerte, man habe sich zuviel und zu vieles auf einmal vorgenommen. Verschiedene Vorhaben seien miteinander verkettet worden: die Beitrittsfrage, die innere Entwicklung des Gemeinsamen Marktes, das Problem der Fusion der Gemeinschaften, selbst die Zusammenarbeit auf Gebieten, die mit dem Markt gar nichts zu tun hätten[63]. Brandt bezog diese

---

[60] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Ahlers an Kiesinger vom 20.6.1968.
[61] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 136; es sei die größte Leistung der Großen Koalition, sagte Wehner im Juni 1969.
[62] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Ahlers an Kiesinger vom 20.6.1968.
[63] Vgl. VdDB, 5. Wahlperiode, 188. Sitzung vom 16.10.1968, S. 10163.

Kritik auf sich und verstand die Äußerung als Rückzug aus der gemeinsam vereinbarten Unterstützung des englischen Beitrittswunsches. Nach eigener Schilderung glaubte allerdings Ahlers, Brandt beruhigt zu haben. Es sei ihm gelungen, in einem Gespräch mit Brandt die Verärgerung zu beseitigen, die sich wegen der Europa-Passage in Kiesingers Regierungserklärung ergeben hätte. Er habe Brandt klargemacht, daß sich die Bemerkung nicht auf ihn, sondern in erster Linie auf bestimmte Abgeordnete aller drei Bundestagsparteien bezogen hätte. Nach seiner Kenntnis der Dinge zögen Kiesinger und Brandt in dieser europäischen Frage an einem Strang[64].

Ein anderes Symptom der Krise war die wachsende Unzulänglichkeit des Kreßbronner Kreises. Der Erfolg der Runde hatte auf der Tatsache beruht, daß sich hier nur die Spitzen der beiden Parteien trafen, um sich über das künftige Vorgehen zu verständigen. Durch die kleine Anzahl der Mitglieder arbeitete der Kreis effektiver als jedes andere Gremium der Koalition. Ursprünglich waren neben Kiesinger und Wehner nur die Partei- und Fraktionsvorsitzenden Brandt, Strauß, Barzel und Schmidt sowie der Generalsekretär der CDU, Heck, zugelassen. Allmählich wuchs indessen der Kreis. Nach und nach wurden die Staatssekretäre des Bundeskanzleramtes und einzelner Ministerien hinzugezogen. Im Laufe des Jahres 1968 gesellte sich auch noch Bundestagspräsident Gerstenmaier hinzu. Da die schnelle und zuverlässige, weil diskrete Absprache dadurch immer weniger gewährleistet war, verlor der Kreis an Wirkung. Schmidt machte seinem Unmut über diese Entwicklung im Dezember 1968 Luft: „Er verbraucht nicht nur zuviel Zeit, er tendiert auch mehr und mehr dazu, ein unverbindlicher Kabinettsausschuß zu werden. Ich kann die stets wechselnde Besetzung nicht vorteilhaft finden, ebensowenig die nicht verabredete Hinzuziehung des Bundestagspräsidenten. Ich ärgere mich darüber, daß das Presseamt ohne meine Zustimmung die Tagesordnung bekannt gibt und noch mehr ärgere ich mich über das ständig wachsende Maß an Bekanntgabe angeblicher Ergebnisse und an Indiskretionen aus dem Kreßbronner Kreis, die zum Teil noch dazu verfälscht gepflanzt werden."[65]

Schmidt schlug vor, der Kreßbronner Kreis solle auf seine ursprüngliche, sehr knappe Besetzung zurückgeführt werden, damit die Diskretion gewahrt bleibe; die Anwesenheit mehrerer Staatssekretäre und eines ehemaligen Bundesministers erscheine ihm nicht nützlich. Der Kreis sei inzwischen so groß geworden, daß ein freimütiger persönlicher Gedankenaustausch derjenigen, die nun einmal nach innen und nach außen die Hauptverantwortung trügen, erheblich beeinträchtigt sei. Die Folge dieser Kritik war allerdings nicht eine Reduzierung der Teilnehmerzahl. Vielmehr ließ Kiesinger das Treffen in den letzten Monaten der Koalition gar nicht mehr ansetzen. Anfang Mai 1969 war es wiederum der Fraktionsvorsitzende der SPD, der nunmehr anmahnte, daß „es überhaupt keine Zusammenkünfte mehr im ‚Kreßbronner Kreis' gäbe"[66].

---

[64] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Ahlers an Kiesinger vom 30.10.1968, S. 2.
[65] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, Schmidt an Kiesinger vom 20.12.1968, S. 2 f.
[66] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, Schmidt an Kiesinger vom 6.5.1969.

2. Der Anfang vom Ende: Kiesinger verläßt die Grundlage des Bündnisses mit Wehner – Die Chance des Durchbruchs in der Ostpolitik im Frühjahr 1969

Im Frühjahr 1969 befand sich Kiesinger gegenüber seiner eigenen Fraktion in der Defensive. Diese Entwicklung war, wie beschrieben, zum Teil von der SPD verschuldet worden. Die KPI-Kontakte der Sozialdemokraten drängten Kiesinger aus seiner unabhängigen Position zwischen den Fraktionen auf die Linie der Unionsfraktion. Das zögerliche Auftreten in der Frage der Lübke-Nachfolge trug zu seiner Schwächung bei. Hatte Kiesinger schon vorher – und zwar aus eigenem Antrieb und eigener Überzeugung – den Koalitionspartner in der Ost- und Deutschlandpolitik gebremst und jede weitere Initiative zunächst unterbunden, so bestärkte das wachsende Mißtrauen der Union gegenüber der SPD ihn zusätzlich darin, dem Koalitionspartner rigoros jeden Spielraum zu nehmen und die Kontrolle des Auswärtigen Amtes durch das Kanzleramt zu verschärfen. Die Umsetzung dieses Vorhabens hatte sich in der Bahr-Affäre bereits angedeutet. Es konnte dabei nicht ausbleiben, daß trotz des Kanzlerwunsches, die Koalition nach den Wahlen im Herbst 1969 fortzusetzen, sein Verhältnis zu Wehner belastet wurde. Kiesinger geriet in die Gefahr, durch die Ablehnung der ostpolitischen Konzeption der SPD auch die Zukunft der Koalition aufs Spiel zu setzen. Tatsächlich kam es im März 1969 zu einem Bruch zwischen ihm und Wehner über die Ziele ihrer Deutschlandpolitik. Die Basis ihres Bündnisses wurde dadurch zerstört, und er trug entscheidend dazu bei, daß die Koalition nach der Wahl von 1969 keine Fortsetzung mehr fand.

Erstes Anzeichen für eine Verschlechterung des Verhältnisses

Trotz der Enttäuschung über das Scheitern des Plans, einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, blieb das Verhältnis zwischen den beiden Gründungsvätern der Großen Koalition zunächst unbelastet. Wehner machte nicht Kiesinger für diese Fehlentwicklung verantwortlich. Anfang Dezember 1968 erhielt der Bundeskanzler einen persönlich gehaltenen Brief. „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Erlauben Sie mir, bitte, Ihnen an diesem Tag ganz einfach ein Zeichen meiner Hochachtung zu geben", hieß es da. Und noch deutlicher wirkten die Worte: „Die Geschäfte scheinen oft stärker zu sein als wir. Dennoch sollen Sie wissen, daß ich mit der gleichen Überzeugung an Ihrer Seite stehe wie am ersten Tag. Es wäre mir zwar lieber, es gäbe manchmal Gelegenheit, mehr als ein Wort zu sagen, aber wichtiger ist, nicht zu zerfallen mit dem, was nicht des Augenblicks wegen getan worden ist."[67]

Auf den ersten Blick scheint das Schreiben ein Zeichen des Wohlwollens und der engen Verbundenheit zu sein. Aber beim genaueren Lesen wirkt die Aussage des Briefes nicht so eindeutig. Der letzte Absatz läßt darauf schließen, daß Wehner in jener Zeit den Wunsch unterdrückte, zu einzelnen Vorgängen in der Regierung seine abweichende Meinung darzulegen. Er verzichtete darauf, im Blick auf das, was „nicht des Augenblicks wegen getan" wurde – also um der Erhaltung des Regierungsbündnisses willen. Meinungsverschiedenheiten in kleineren Dingen sollten das große gemeinsame Ziel nicht gefährden. Dieser Brief ist wichtig, weil er zeigt, daß die Grundlagen noch intakt waren. Aber schon bald würden auch die großen Ziele in Frage gestellt werden.

---

[67] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 1.12.1968.

Tatsächlich hatte sich seit der Zerschlagung des Prager Frühlings zwischen beiden Männern eine tiefe Diskrepanz in der Einschätzung künftiger Chancen für die Ost- und Deutschlandpolitik ergeben. Ein kurzer Blick auf die Erklärungen von Kiesinger und Wehner während der Debatte am 16. und 18. Oktober 1968 vor dem Bundestag verdeutlicht das. Die Intervention hatte den Kanzler darin bestärkt, gegenüber Moskau mit großer Vorsicht und unter Vermeidung irgendwelcher zusätzlicher „Angebote" von deutscher Seite aufzutreten. Nach den Ereignissen in Prag, meinte Kiesinger, könne die Sowjetunion jederzeit auch eine friedliche Annäherung zwischen West- und Osteuropa als eine Gefährdung und Bedrohung ihrer hegemonialen Sphäre auffassen. „Diese neue, zwar schon in früheren Jahren gelegentlich anklingende, aber jetzt in voller Schärfe formulierte Doktrin zwingt uns wie alle Völker der übrigen, insbesondere der westlichen Welt zu einer Überprüfung unserer bisherigen Politik."[68]

Wehner urteilte ganz anders. Er klagte zwar über die Brutalität, mit der die eurasische Supermacht der tschechischen Reformbewegung ein Ende gesetzt hatte. Aber anders als Kiesinger schien ihm das Ereignis eine Bestätigung zu sein, auf dem eingeschlagenen Kurs der Entspannung fortzufahren. Gerade jetzt müsse sich die Bundesregierung um die Sowjetunion, die Osteuropäer und die DDR bemühen. Er verpackte diese Botschaft allerdings in scharfe Attacken gegen die Sowjets. Es entstand bei den Zuhörern der Union der Eindruck, als ob der Minister mit dem Kanzler und dessen Einschätzung übereinstimmte. Wehner warnte beispielsweise: Man dürfe den Vorgang in der ČSSR nicht als „Verkehrsunfall" betrachten oder als „Kavaliersdelikt", das man einfach übergehen könne[69]. Der Unterschied zur Einschätzung Kiesingers wurde erst deutlich, als Wehner erklärte, man habe mit solchen Reaktionen der Sowjetunion rechnen müssen. „Wer sich, wenn er fährt, nicht darüber im unklaren sein kann, daß er sich vor einer offensichtlich sehr schwierigen Wegstrecke befindet, die er aber zu bewältigen suchen muß und auch will, der läßt doch wohl mindestens seine Reifen gründlich prüfen und notfalls auswechseln – und vielleicht auch sonst noch einiges an seinem Wagen –, um sicher zu sein, soweit das menschenmöglich ist, daß sie die Belastung aushalten und die Strapazen bestehen können. Sich so zu verhalten, das heißt doch nicht ‚Ich gebe auf' – oder?"[70]

Während Kiesinger zum Abwarten riet, zeigte sich Wehner auch in jener Zeit dazu bereit, die Fahrt nach Osten wieder aufzunehmen. Ihre unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie aktiv die Bundesregierung unmittelbar nach dem Prager Einmarsch sein dürfe oder müsse, stießen im Februar 1969 frontal aufeinander. Unerwartet eröffnete sich die Möglichkeit zu Verhandlungen mit der SED.

Kiesinger und die Bundesversammlung in Berlin

Am 5. März 1969 sollte der Bundespräsident gewählt werden. Als Ort der Wahl hatte der Bundestagspräsident, wie immer seit 1954, Berlin vorgesehen. Die Regierung war allerdings unsicher, ob sie Gerstenmaier raten sollte, darauf zu bestehen. Besonders der Bundeskanzler war der Meinung, man solle den Osten nicht unnötig provozieren. Mit dieser Haltung stellte er sich gegen die eigene Fraktion, vermochte sich aber wieder einmal nicht durchzusetzen. Das mußte der Bundesvorsitzende der CDU schon im Juni 1968 erfahren, als er aus dem gleichen Grund die Entscheidung in Frage stellte, den 16. Bundespar-

---

[68] VdDB, 5. Wahlperiode, 188. Sitzung vom 16.10.1968, S. 10060.

[69] Debré hatte am 29.8.1968 vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung vom „Verkehrsunfall auf der Straße der Entspannung" gesprochen; L'année politique, S. 272.

[70] VdDB, 5. Wahlperiode, 190. Sitzung vom 18.10.1968, S. 10301 f.

teitag der CDU nach Berlin einzuberufen. Angesichts der DDR-Schikanen auf den Transitstraßen zögerte Kiesinger, den Beschluß durchzuführen. Das müsse sehr genau überlegt werden, bemerkte er öffentlich[71]. Doch der massive Protest der anderen CDU-Führer ließ ihn wankend werden. Von einer möglichen Verlegung alarmiert, schrieb etwa der Berliner Abgeordnete Gradl, ein Bundesvorstandsmitglied: „Ich bitte Sie herzlich, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, in dieser Sache keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Unter der Oberfläche der Zuversicht und Gelassenheit ist die Stimmung in der Führungsschicht Berlins ohnehin besorgt. Ein Zeichen dafür: Der Hauptgeschäftsführer der Berliner Industrie- und Handelskammer, unser Parteifreund Dr. Skrodzki, sagte mir neulich in ganz anderem Zusammenhang, wenn die Bundesversammlung diesmal [...] in Bonn stattfinden sollte, dann zweifle die Berliner Wirtschaft nicht mehr, wohin die Reise gehe."[72]

Eine harte, entschlossene Haltung bot sich vor allem auch deswegen an, weil die drei Alliierten, die die Hoheit über West-Berlin ausübten, zögerten, der CDU zu ihrem Parteitag eine eindeutige Empfehlung zu geben. Als der Generalsekretär bei den drei westlichen Siegermächten sondierte, wie die Regierungen auf den Bundesparteitag in der Stadt reagieren würden, erhielt er unterschiedliche Auskünfte. Seydoux, der offensichtlich zuvor die Meinung seiner Regierung eingeholt hatte, habe klar erkennen lassen, daß es der französischen Regierung lieber wäre, wenn man mit dem Parteitag nicht nach Berlin gehen würde, erklärte Heck in einem Schreiben dem CDU-Vorsitzenden. Auch offiziell befragt, würde die französische Regierung voraussichtlich eine solche Auskunft erteilen. Es sei aber ebenso klar zu erkennen, daß die französische Regierung von sich aus nicht gegen die Abhaltung des Parteitags in Berlin intervenieren werde.

Dagegen habe man ihn darüber informiert, daß die amerikanische Botschaft ihrer Regierung eindeutig abgeraten habe, wegen des Berliner Parteitags zu intervenieren. Die Botschaft sei offensichtlich der Meinung, daß es falsch wäre, irgendeine Präsenz in Berlin, die bisher gepflogen worden sei, aufzugeben. Von der britischen Botschaft habe er keinen maßgebenden Herren erreichen können[73].

Der CDU-Parteitag fand trotz französischer Vorbehalte in Berlin statt, und die Sowjetunion verhielt sich ruhig. Die Veranstaltung wurde lediglich durch den Lärm einiger Jagdflugzeuge gestört, die über Berlin die Schallmauer durchbrachen. Aber daran hatten sich inzwischen die Bonner Parlamentarier – und auch die Berliner – gewöhnt. Trotzdem sollte es für Kiesinger damit sein Bewenden haben. Der Kanzler erklärte Bundestagspräsident Gerstenmaier, der allein die Entscheidungsbefugnis über den Ort der Bundesversammlung besaß, man solle aus der Einberufung nach Berlin keine Prestigefrage machen. Kiesinger schlug vor, man könne die Wahlversammlung als Jubiläumsveranstaltung mit dem Hinweis auf die Wahl des ersten Bundespräsidenten Heuss einberufen, die zwanzig Jahre zuvor in Bonn stattgefunden hatte[74]. Auch Scheel stimmte in einem Gespräch mit dem Kanzler, das noch vor dem CDU-Parteitag stattfand, dem Vorhaben zu. Man müsse allerdings den Eindruck vermeiden, als ob ein störungsfreier CDU-Parteitag durch die Verlegung der Bundesversammlung erkauft werden solle[75].

---

[71] Vgl. Der Spiegel, 10.6.1968, S. 20.

[72] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 004, Heck an Kiesinger vom 30.5.1968.

[73] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 004, Heck an Kiesinger vom 18.8.1968, S. 4.

[74] Vgl. Der Spiegel, 25.11.1968, S. 41.

[75] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Ahlers an Kiesinger vom 30.10.1968, S. 3; Ahlers machte deutlich: „In Sachen Zeit und Ort der Bundesversammlung findet heute in Berlin ein Gespräch statt, zu dem der Bundestagspräsident die Partei- und Fraktions-Vorsitzenden eingeladen hat. Die gegenwärtige Tendenz in Bezug auf den Ort ist eindeutig auf Berlin gerichtet."

Am entschiedensten für Berlin trat der ehemalige Regierende Bürgermeister Brandt ein. Und als Gerstenmaier Anfang Dezember 1968 Brandt und auch Wehner zusammen mit zehn Abgeordneten des außenpolitischen wie gesamtdeutschen Bundestagsausschusses zu sich einlud, erklärten neun der Anwesenden, sie seien für Berlin als Wahlort[76]. Zusammen mit der Zustimmung der Alliierten genügte das dem Bundestagspräsidenten. Am 18. Dezember 1968 gab er bekannt, daß er sich für Berlin als Ort der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten entschieden habe.

Reaktion aus Moskau

Die Sowjetunion reagierte auf die Ankündigung mit einer ablehnenden Stellungnahme. In Moskau wurde dem deutschen Botschafter ein Papier überreicht, das zwar das Wort „Protest" vermied, aber zugleich deutlich machte, die Anwesenheit von 22 NPD-Abgeordneten bei der Wahl in Berlin werde als Provokation aufgefaßt. Im Zentralorgan *Prawda* hieß es dazu wörtlich: „Gerstenmaier weiß sehr gut, was er tut, wenn er kaltblütig die Durchführung dieser Versammlung plant, an der Neo-Nazi[s] teilnehmen werden und die gerade im Reichstagsgebäude stattfinden soll, wo die faschistische Bestie schließlich getötet wurde."[77]

Am 10. Januar 1969 wurde Brandt direkt vom sowjetischen Botschafter über die Haltung Moskaus informiert. Die Sowjets kritisierten die Entscheidung, aber verzichteten darauf, irgendwelche Vergeltungsmaßnahmen anzudrohen. Offenbar wollte der Kreml nicht gleich am Anfang die gerade eingezogene amerikanische Nixon-Administration verärgern. Das schloß man in Bonn aus dem insgesamt unerwartet milden sowjetischen Protest gegen die Bundesversammlung. Andererseits vermutete die Bundesregierung – diesen Gedanken hatte Kiesinger in das Zentrum seiner Argumentation gegen den Wahlort Berlin gestellt –, der Sowjetunion könne unter Umständen daran gelegen sein, daß die Wahlversammlung in Berlin stattfinde. Denn damit sehe sie den von ihr behaupteten „revanchistischen Charakter" der Bonner Politik eindeutig bewiesen.

Nach der Begegnung mit Zarapkin schien Außenminister Brandt, der sich bisher dieser Sichtweise verschlossen hatte, dem Argument des Kanzlers zuzustimmen. Ahlers berichtete Mitte Januar 1969 in einem Vermerk für den Bundeskanzler: „Der Außenminister ist jetzt auch der Meinung, daß die Entscheidung, nach Berlin zu gehen, vielleicht doch nicht ganz richtig gewesen sei. Er stimmt auch Ihrer Interpretation zu, daß Moskau, dessen Position nach dem ruhigen Ablauf des CDU-Parteitages in dieser Sache stark ist, ein Interesse daran hat, wenn wir die Bundesversammlung in Berlin tagen lassen."[78]

Ahlers hielt in dem Vermerk fest, er habe den Außenminister gefragt, ob dieser eine Möglichkeit sähe, doch nicht nach Berlin zu gehen. Brandt habe dies nicht völlig ausgeschlossen. Er, Ahlers, glaube darüber hinaus, daß die Bemühungen, in der Frage der Interventionsklausel von Moskau etwas zu erreichen, wenig erfolgversprechend sein würden, wenn es wegen Berlin zu einer Kontroverse komme. Andererseits wäre es denkbar,

---

Lediglich der US-Sicherheitsberater Kissinger hatte offenbar dazu geraten, den Ort nicht vorschnell festzulegen. Die neue amerikanische Administration wolle sich erst eine Meinung bilden. Die Zustimmung der USA muß dann aber erfolgt sein; vgl. Münchner Merkur, 17.12.1968, sowie Der Spiegel, 16.12.1968, S. 29.

[76] Vgl. Der Spiegel, 9.12.1968, S. 24.

[77] DzD, 1968, Bericht über die Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vom 23.12.1968, S. 1623; vgl. Basler Nachrichten, 22.12.1968.

[78] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Vermerk Ahlers an Kiesinger vom 15.1.1969, S. 1 f.; dort auch die folgenden Zitate.

diese Bemühungen zu unterstützen, wenn Berlin als Tagungsort fallengelassen würde. „Es fragt sich also, ob dies überhaupt noch zu machen ist. Die erste Voraussetzung dafür wäre meines Erachtens eine Kompensation für die West-Berliner. Diese könnte in einer Wiederaufnahme der Passierscheinregelung liegen. Sollten die Russen bereit sein, dies in Ost-Berlin durchzudrücken, so könnte auch Bürgermeister Schütz kaum noch Einwände erheben. Die zweite Voraussetzung wäre eine irgendwie geartete positive Reaktion Moskaus auf einen solchen Schritt unsererseits. Die dritte wäre ein Einverständnis Washingtons." Ahlers betonte zum Schluß: „Unter diesen Bedingungen würde ich eine Verlegung der Bundesversammlung von Berlin nach Bonn gegenüber der deutschen Öffentlichkeit für vertretbar halten."

In diesem Vermerk wurde erstmals angedeutet, daß sich die Bundesregierung die Verlegung des Wahlortes abhandeln lassen könne. Interessant ist auch, daß der Regierungssprecher bereits zu einem Zeitpunkt ein Passierscheinangebot für eine ausreichende Gegenleistung hielt, als noch niemand anders an einen solchen Vorschlag gedacht hatte. Erst einen Monat später wurde dieser Vorschlag der Bundesregierung von seiten der DDR tatsächlich offeriert. Doch Mitte Januar 1969 geriet die Frage des Versammlungsortes zunächst in den Hintergrund der aktuellen Politik in Bonn. Sie wurde von der Diskussion um die Vorwürfe gegen Gerstenmaier, seinem anschließenden Rücktritt und der Wahl seines Nachfolgers im Amt des Bundestagspräsidenten überlagert.

Die Offensive der DDR

Die DDR-Propaganda hatte nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR die Bundesregierung scharf angegriffen und diese für die militärische Invasion verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wetterte sie gegen die angeblich „revanchistische Anspruchshaltung" in bezug auf West-Berlin. Unter allen Umständen sollte verhindert werden, daß die Wahlversammlung in Berlin stattfand. Bestärkt hatte die Kommunisten, daß sie in ihrem Kampf gegen die Bundesrepublik und in ihrem rastlosen Bemühen um die Anerkennung in den vorangegangenen Monaten Erfolge erzielt hatten. So hatte die Bundesregierung völlig unvorbereitet die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees im Oktober 1968 getroffen, künftig nicht nur eine zweite deutsche Mannschaft, wie erstmals bei den Winterspielen in Grenoble, sondern ab sofort auch die Nationalfahne und die Hymne der DDR zuzulassen. Wenige Wochen vor der Entscheidung hatte Brandt Kiesinger gegenüber noch behauptet: „Es dürfte, gerade nach der Besetzung der ČSSR, unschwer möglich sein, Beschlüsse des IOC in diesem Jahr zu vermeiden."[79]

Aber darin täuschte sich der Außenminister. Die Entscheidung des Olympischen Komitees wirkte auf die Bundesregierung noch fataler dadurch, daß die nächsten Sommerspiele 1972 in München stattfinden sollten. Bei den zu erwartenden Goldmedaillen von Sportlern aus der DDR würde ausgerechnet in der Bundesrepublik erstmals die Hymne „Auferstanden aus Ruinen" offiziell ertönen, während gleichzeitig die schwarz-rot-goldene Flagge mit Hammer und Zirkel – dem „Architektenzeichen", wie Wehner das Emblem spöttisch nannte – gehißt werden würde. Das war ein Triumph für Ulbricht und seine Genossen. Aber um München als Olympia-Austragungsort zu sichern, akzeptierte die Bundesregierung diese unangenehme Aussicht[80].

---

[79] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 16.9.1968. Kiesinger antwortete (AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Brandt vom 3.10.1968): „Ich glaube, wir sollten das Ergebnis des IOC-Kongresses abwarten und dann über das weitere Vorgehen entscheiden."

[80] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 239.

In gewisser Weise war aus der Sicht Ost-Berlins auch die Kampagne gegen Lübke erfolgreich gewesen. Der Bundespräsident hatte im Oktober 1968 seinen vorzeitigen Rücktritt erklärt. Ein Erfolg, der allerdings ein unangenehmes Problem nach sich zog: der Versammlungsort für die Wahl seines Nachfolgers mußte bestimmt werden. Vermutlich war die Entscheidung des Bundestagspräsidenten für Berlin Anlaß für eine DDR-Kampagne gegen Gerstenmaier. Die DDR ließ eine Schmähschrift im Westen veröffentlichen, in der fälschlicherweise behauptet wurde, Gerstenmaier habe in der Zeit des Nationalismus für den Sicherheitsdienst gearbeitet. Nur Gerstenmaiers tadelloses Renommee als Angehöriger des Widerstands im Kreisauer Kreis und seine Beteiligung beim gescheiterten Putschversuch am 20. Juli 1944 verhinderten, daß der Inhalt des Pamphlets in der bundesdeutschen Presse aufgegriffen wurde[81]. Dagegen löste ein Artikel, der am 11. Januar 1969 in der linksliberalen *Frankfurter Rundschau* erschien, eine öffentliche Diskussion um Wiedergutmachungsleistungen aus, die der Bundestagspräsident in Anspruch genommen hatte. Im Jahre 1965 hatte Gerstenmaier über seinen Anwalt offiziell beantragt, seine rechtliche Lage nach dem „Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes" festzustellen. Er wollte sich auf diesem Wege vor verleumderischen Behauptungen schützen. Gleichzeitig mit dem gewünschten Bescheid erhielt der Präsident Bezüge von 280 000 DM als Wiedergutmachung für den von den Nazis verursachten Ausfall von Professoreneinkünften zugesprochen. Der Schwabe Gerstenmaier beging den Fehler, das Geld anzunehmen und zu behalten, anstatt es einer Stiftung oder Hilfsorganisation zu spenden. Man nahm ihm übel, daß er sich als zweithöchster Repräsentant der Bundesrepublik auf diese Weise bereichert hatte.

Für Gerstenmaiers Rücktritt vom Amt des Bundestagspräsidenten war aber nicht die Tatsache entscheidend, daß er das Geld angenommen und privat verwendet hatte. Nach dem Gesetz war er zur Annahme verpflichtet. Zum Verhängnis wurde ihm dagegen seine Reaktion auf die öffentliche Diskussion. Er klagte darüber, er sei gezwungen gewesen, seine Integrität unter dem Nationalsozialismus durch dieses Verfahren bestätigen zu lassen. Er ließ sich zu Äußerungen hinreißen wie „Nazi müßte man gewesen sein" oder „Solange Sie nicht den Schein vorlegen in diesem Staat des Berechtigungswesens, sind Sie der Angeschmierte"[82]. Er bedauere tief, jemals anders reagiert zu haben als mit schweigender Verachtung, schrieb Gerstenmaier[83]. Aber diese Einsicht kam viele Jahre zu spät. Nach seinen unklugen, stillosen Einlassungen waren die Bundestagsparteien nicht länger bereit, ihn als Präsidenten zu halten. Am 23. Januar 1969 erklärte er seinen Rücktritt.

Die Neubesetzung des Amtes eröffnete unerwartet die Chance, noch einmal die Frage des Orts der Bundesversammlung zu überdenken. Der neue Bundestagspräsident, vermerkte Ahlers, sei nicht an die Entscheidung seines Vorgängers gebunden. Selbst der Berliner Senat rückte etwas von seiner bisherigen Position ab. Auf einer Arbeitstagung des überparteilichen Kuratoriums Unteilbares Deutschland erklärte der Regierende Bür-

---

[81] Vgl. Gerstenmaier (Streit und Friede, S. 588), der dazu schreibt: „Das Pamphlet der Pankower Kommunisten ‚Vom SD-Agenten P38/546 zum Bundestagspräsidenten' zog seinen Saft aus den Archiven des ehemaligen Reichskirchenministeriums, des alten Auswärtigen Amtes und vielleicht auch aus Beständen der Gestapo. Das Ganze war ein schwindelhaftes Mixtum compositum, aufgehängt an einer dreisten Fälschung: einer Karteikarte, die nichts enthielt als meinen Namen, meine Anschrift und eine Nummer. Nach der Ansicht sachverständiger Leute stammte sie vermutlich aus einer Kartei der bei Aus- und Einreisen besonders zu kontrollierenden Leute, der Telefonüberwachung oder dergleichen."

[82] Süddeutsche Zeitung, 21.1.1969.

[83] Vgl. Gerstenmaier (Streit und Friede, S. 590): „Ich hielt nicht an mich. Das war mein Fehler."

germeister Schütz Anfang Februar 1969, West-Berlin bestehe durchaus nicht dogmatisch auf jeder einzelnen Bindung zur Bundesrepublik. „Es könnte sein, daß manche[s] sich als unnütz erweist. Dann müssen andere [*Garantien*], wenn irgendmöglich an ihre Stelle treten."[84] Schütz dachte dabei in erster Linie an die Einbeziehung West-Berlins in den deutsch-sowjetischen Handelsvertrag oder in ein Luftfahrtabkommen. Über das abnehmende Interesse in der Stadt an der Einberufung der Wahlmännerversammlung nach Berlin schrieb der Bundesbevollmächtigte und frühere Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Krautwig, besorgt an den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Carstens: „Der Berliner Senat zeigte in den letzten Wochen eine zunehmende Bereitschaft, auf die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin zu verzichten. Noch vor wenigen Monaten erklärte der Regierende Bürgermeister, daß Berlin unter gar keinen Umständen verzichten könne."[85] Auch aus der Wirtschaft sei in den letzten Monaten immer häufiger die Frage in bezug auf die Bundespräsidentenwahl in Berlin gekommen, ob das sein müsse?

In dieser Lage beging die SED einen Fehler. Die DDR sperrte am 10. Februar 1969 für die Mitglieder und Mitarbeiter der Bundesversammlung die Transitstrecke[86]. Damit hatte sie der Bundesregierung die Möglichkeit genommen, ohne Gesichtsverlust die Wahl nach Bonn zu verlegen. Nach diesem Affront blieb nichts anderes übrig, als am Wahlort Berlin festzuhalten. Der neue Bundestagspräsident, Hassel, erklärte demgemäß nach Rücksprache mit dem Bundeskanzler, dem Außenminister, den Fraktionsvorsitzenden sowie dem Regierenden Bürgermeister, es bestehe kein Anlaß, die Bundesversammlung an einen anderen Ort zu verlegen. In der SPD-Fraktionssitzung vom 11. Februar erklärte Brandt: „Es war immer die Auffassung der sozialdemokratischen Partei und Fraktion, daß wir auch im Zusammenhang mit dem Abhalten der Bundesversammlung keine Verschärfung im Verhältnis zwischen der BRD und der UdSSR wollen. Wir haben uns auch nie zu Fürsprechern von Prestigepolitik gemacht." Das ändere aber nichts daran, daß die Ost-Berliner Maßnahmen als „rechtswidrig, anmaßend und entspannungsfeindlich" gekennzeichnet werden müßten. Die Ereignisse der letzten Tage hätten es auch als hoffnungslos erscheinen lassen, durch „eine Politik, wie sie von einigen vorgeschlagen wurde, durch Geben und Nehmen über einen Abschnitt des Stillhaltens hinweg die Lage entspannen zu helfen"[87]. Das sei so gut wie hoffnungslos geworden. In dieser Auffassung trafen sich jetzt beide Parteiführungen der Koalition.

Die SED bietet Passierscheine an

Die Sowjetunion hatte ab dem 30. Dezember 1968 eine ständige Kampagne gegen die Bundesversammlung in Berlin geführt. Sie verurteilte die Berlinpolitik der Bundesregierung als „entspannungshemmend". Allerdings verstummten die Angriffe Ende Januar 1969 für eine Woche, als sich mit der Ablösung von Gerstenmaier die Möglichkeit ergab, daß der neue Bundestagspräsident eine Verlegung des Ortes anordnete. Ab dem 6. Februar, einen Tag nach der Wahl von Hassel zum Nachfolger Gerstenmaiers, setzte

---

[84] Hannoversche Allgemeine, 5.2.1969.

[85] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 005, Krautwig an Carstens vom 14.2.1969, S. 3.

[86] Vgl. Note vom 7.2.1969 in Neues Deutschland, 7.2.1969. Zuvor hatte die DDR in einer Note an die Bundesregierung erklärt: „Bonn müsse die volle Verantwortung für die Folgen tragen, die sich aus Maßnahmen ergeben könnten, die die Deutsche Demokratische Republik zu treffen gezwungen sein werde."

[87] AdsD, SPD-Fraktionssitzung vom 11.2.1969, S. 5; vgl. Baring, Machtwechsel, S. 237.

die Kampagne erneut ein, offensichtlich mit dem Ziel, den neuen Bundestagspräsidenten zu beeindrucken und zur Absage Berlins zu verleiten. Die Sowjets klagten die Bundesrepublik einer „rechtswidrigen Einmischung" in der Stadt an und behaupteten, da West-Berlin auf dem Territorium der DDR liege, sollte die DDR-Regierung über die Einhaltung interalliierter Entnazifizierungs-, Entmilitarisierungs- und Demokratisierungsbeschlüsse von 1945 bis 1947 gemäß der sowjetischen Auslegung wachen[88]. Die sowjetische Propaganda begleitete eine Note der DDR vom 6. Februar an die Bundesregierung, in der Ost-Berlin Bonn einen „groben Bruch des Völkerrechts" vorwarf und Gegenmaßnahmen für den Fall ankündigte, daß die Wahlversammlung stattfinden sollte[89]. Zwei Tage später machte die DDR ihre Drohung wahr und erließ die schon erwähnte Anordnung eines Transitbenutzungsverbots für die Teilnehmer an der Wahlversammlung. Vermutlich bewirkte der prompte, entschiedene und scharfe Protest der drei Westmächte, daß die Sowjetunion ihrem Verbündeten sehr schnell Zügel anlegte und sich auch selbst in der Kommentierung der Berliner Wahlversammlung zurückhielt. Zusätzlich zum Protest der drei westlichen Botschafter in der Bundesrepublik[90] bekräftigte der britische Premierminister Harold Wilson am 14. Februar in West-Berlin das britische Engagement und die Sicherheit der Stadt; Präsident Nixon kündigte demonstrativ einen Besuch an; die amerikanische Administration machte den Sowjets zudem klar, daß es in den Fragen der Rüstungsbegrenzung zu keinem Ergebnis kommen werde, falls sich in und um Berlin die Spannungen erhöhten.

Vermutlich hatte Moskau die Haltung der Westmächte falsch eingeschätzt, wie Wettig meint[91]. Die Sowjets seien durch die demonstrative Kooperationsbereitschaft des Westens in dem Glauben bestärkt worden, die negativen Auswirkungen der Prager Invasion seien überwunden. So wurden auf einer Konferenz der französisch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris einige wichtige Vereinbarungen getroffen. Auch das Interesse der neuen amerikanischen Administration am Dialog über Rüstungskontrolle und Präsident Nixons Erklärung, er werde die Ratifikation des Atomsperrvertrages vorantreiben, trugen dazu bei. Vor diesem Hintergrund, so Wettig, habe Moskau die Entschiedenheit der Alliierten in der Wahlversammlungsfrage beurteilt. In Bonn wurde zudem der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, vorstellig und protestierte bei den Botschaftern der drei alliierten Mächte gegen das Vorhaben der Bundesrepublik. Die Tatsache, daß Washington, Paris und London den Protest nicht gleich mündlich zurückwiesen, habe Moskau ebenso von der halbherzigen Einstellung der Westmächte überzeugt, wie das in Bonn kursierende Gerücht, eine „befreundete Macht" habe dem Bundestagspräsidenten abgeraten, die Versammlung nach Berlin einzuberufen.

---

88 Vgl. Wettig, Die Berlin-Krise 1969, S. 687.

89 Vgl. EA 24 (1969), Folge 5, S. Z 43. Moskau unterstützte die Argumentation der DDR-Führung, indem die Sowjets die Besatzungsrechte der Westmächte in Frage stellten. Diese hätten, als sie 1948 den Viermächte-Status „zerstört" hätten, das Recht auf Präsenz in West-Berlin eingebüßt, behauptete etwa Radio Moskau am 11.2.; vgl. Wettig, Die Berlin-Krise, S. 687.

90 Vgl. EA 24 (1969), Folge 8, S. D 192; dort heißt es: „Die deutsche Entscheidung, die diesjährige Bundesversammlung in Berlin abzuhalten, wurde nach gebührender Konsultation mit den drei Mächten im Rahmen von deren Verantwortung für Berlin getroffen. Die drei Regierungen sind infolgedessen der Ansicht, daß es für die ostdeutsche Bekanntmachung vom 8.2. keine Rechtfertigung gibt. Diese Bekanntmachung ist im übrigen unvereinbar mit der Tatsache, daß die Sowjetunion, nicht Ostdeutschland, für den freien und ungehinderten Zugang von Personen und Gütern nach Berlin verantwortlich ist."

91 Vgl. Wettig, Die Berlin-Krise 1969, S. 686.

Diese Darstellung Wettigs berücksichtigt allerdings nicht, daß die Sowjetunion während ihrer Kampagne gleichzeitig auch versöhnliche Botschaften an Bonn sandte. *Radio Moskau* hatte beispielsweise Anfang Februar 1969 im Zusammenhang mit der geplanten Bundesversammlung erklärt, die Sowjetunion sei nicht an „gefährlichen Leidenschaften und internationalen Krisen" interessiert[92]. Es gab außerdem Anzeichen, daß Moskau bei einer Entscheidung Bonns für die Verlegung des Wahlortes auch in anderen strittigen Fragen mit sich reden lassen wollte. Als der Regierende Bürgermeister Schütz am 31. Januar mit Abrassimow zusammentraf, soll dieser die Möglichkeit eines Passierscheinangebots durch die DDR angedeutet haben[93].

Und noch ein anderes Ereignis zeigt die trotz heftiger verbaler Proteste insgesamt erstaunlich zurückhaltende sowjetische Haltung gegenüber der Bundesregierung: Am 8. Februar unterbreiteten die Sowjets in einer Note zum Atomsperrvertrag einige Lösungsvorschläge, die die Vorbehalte Kiesingers und der Union ausräumen helfen sollten. Ahlers nannte sie sogar ein „Stück Unterschriftshilfe". Die sowjetische Regierung versicherte dort, daß der friedlichen Nutzung der Kernenergie keine Hindernisse in den Weg gelegt würden. Selbst für das Problem der beiden von Moskau in den Dialog eingeführten Feindstaatenklauseln wies man einen Ausweg: Die Resolution 255 der UN-Generalversammlung gelte auch für die Bundesrepublik, wurde ausdrücklich herausgestellt. In der Resolution, die die Vereinten Nationen im Zusammenhang mit dem Nichtweitergabevertrag verabschiedet hatten, war festgelegt worden, daß keine Nuklearmacht gegenüber einem nichtnuklearen Staat Druck ausüben oder Gewalt anwenden dürfe. Mit diesem Hinweis sollten die deutschen Befürchtungen ausgeräumt werden, oder zumindest hatte man dies gehofft[94]. Am 13. Februar protestierte Botschafter Zarapkin in einem Gespräch mit Kiesinger zwar erneut gegen die Wahl in Berlin, aber er erklärte auch, bei einem Verzicht wäre die Sowjetunion bereit, der Bundesrepublik „in anderen Bereichen hilfreich" zu sein[95]. Vier Tage später war aus Washington zu hören, daß der dortige Botschafter Anatoli Dobrynin mitgeteilt habe, Moskau sei zu einer „Geste der Entspannung" bereit, erwarte allerdings seinerseits, daß die Bundesrepublik durch die Wahl in Berlin das Ost-West-Klima nicht verschärfe[96]. Aber niemand wußte genau, welche „Hilfe" die Sowjetunion im Sinne hatte. Die ganze Woche über wartete der Kanzler vergeblich auf das angekündigte Zeichen.

---

[92] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.2.1969. Immerhin sei, worauf Wettig (Die Berlin-Krise 1969, S. 687) hinweist, in der sowjetischen Propaganda „noch eine gewisse Vorsicht erkennbar" gewesen, „sich bei den Drohungen weder hinsichtlich der zu unternehmenden Aktionen noch hinsichtlich der eigenen Handlungsbindung allzu genau festzulegen".

[93] Vgl. Dreher, Süddeutsche Zeitung, 24.2.1969. Nach Ansicht des Spiegel (3.3.1969, S. 26) machte Moskau dagegen keine solche Andeutung.

[94] Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 10.2.1969.

[95] Wettig, Die Berlin-Krise 1969, S. 688 f. Der neue Kurs der Sowjetunion zeigte sich in den Äußerungen der Medien zu West-Berlin. Die These, Bonn habe keinerlei Machtbefugnis in der Stadt, verschwand. Die Besatzungsrechte der Westmächte wurden nicht mehr in Zweifel gezogen. Am 20.2. appellierte Moskau an Bonn, man solle auf die vorgesehene Aktion aus Einsicht und gutem Willen verzichten. Von Drohung und Erpressung war jetzt keine Rede mehr.

[96] Vgl. Kissinger (Memoiren, S. 196), der dort berichtet, Dobrynin habe versprochen, die Sowjetunion werde für Beruhigung der Lage sorgen. Der chinesische Premierminister Tschou En-lai habe ihm später sogar erklärt, der Grenzzwischenfall am Ussuri im März 1969 sei von den Sowjets bewußt provoziert worden, um von Berlin abzulenken. Die westdeutschen Parlamentarier hatten daher ungestört nach Berlin reisen können. Baring (Machtwechsel, S. 235) meint, China habe die Rolle eines Beschleunigers gespielt und die Gesprächsbereitschaft der Sowjetunion noch verstärkt.

In der Zwischenzeit traf Ulbricht mit dem Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, in der Sowjetunion zusammen. Man vermutete in Bonn, der Staatsratsvorsitzende sei dabei zu einem Passierscheinangebot für die West-Berliner überredet worden[97]. Am Freitagabend, dem 21. Februar, wurde in West-Berlin ein Brief des ersten Sekretärs der SED übergeben, der an den Vorsitzenden der SPD, Brandt, adressiert war. Die DDR-Führung hatte vermutlich diese Form gewählt, um ihre „Drei-Staaten-Theorie" nicht zu untergraben. Denn bisher akzeptierte sie nur den Berliner Senat als Verhandlungspartner für die Passierscheinabkommen. In dem Schreiben hieß es: „Uns wurde bekannt, daß in der SPD die Frage erörtert wird, in der Regierung die Frage der Verlegung der Bundesversammlung in eine westdeutsche Stadt aufzuwerfen. Wenn die sozialdemokratischen Minister einen solchen Beschluß der Bundesregierung und eine Entscheidung des Bundestagspräsidenten herbeiführen könnten, würde das eine Minderung der Spannungen bedeuten. Da West-Berlin eine selbständige politische Einheit ist, könnte der Senat von West-Berlin in diesem Fall an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betreffs der Gewährung der Möglichkeit des Besuchs der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für West-Berliner Bürger zu Ostern 1969 herantreten. Nach unserer Information ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit, diesen Vorschlag positiv zu prüfen."[98]

Da Brandt sich im Ausland aufhielt, nahm der stellvertretende Vorsitzende Wehner das Schriftstück in Empfang und sandte es am folgenden Tag, dem 22. Februar, einem Samstagmorgen, an den Kanzler mit den begleitenden Worten: „Ich bin der Meinung, daß Sie über diesen Vorgang unterrichtet sein müssen, wenn Sie Ihre Bemühungen fortsetzen, Schaden zu verhüten und die Verständigungspolitik der Bundesregierung auch gegenüber der Regierung der UdSSR deutlich zu machen."[99] Darauf hatte der Kanzler nur gewartet. Tagelang hatte Kiesinger überlegt, ob er den sowjetischen Botschafter zu sich bestellen sollte, um endlich zu erfahren, an welche „entspannungsfreundliche Geste" Moskau dachte[100]. Jetzt war es soweit. Mit dem Brief Ulbrichts in der Hand ließ er

---

[97] Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24.2.1969; Wettig (Die Sowjetunion, S. 58 f.) vermutet, daß Ulbricht bei seiner Unterredung mit Breschnew am 17.2. bereits auf das Angebot angesprochen worden sei. Auch während der Unterhaltung zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin am 20.2. mit DDR-Botschafter Bittner soll die Aktion Gegenstand des Meinungsaustausches gewesen sein.

[98] DA 3 (1969), S. 307; siehe auch EA 24 (1969), Folge 8, S. D 193.

[99] Zitiert nach Die Welt, 25.2.1969; siehe auch AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 25.2.1969; dort befindet sich der handschriftliche Entwurf einer Antwort an Ulbricht, den Wehner für Brandt verfaßt hatte. Er ist ohne Datum versehen, muß allerdings am 25.2. geschrieben worden sein, da der Brief von Schütz an Stoph vom gleichen Tag erwähnt ist. Der Brief ist dann auch tatsächlich wortwörtlich an Ulbricht abgegangen; vgl. DA 3 (1969), S. 308 f. Er lautet: „An den Ersten Sekretär des ZK der SED W. Ulbricht. Ihr Schreiben vom 21. dieses Monats, das ich nach Rückkehr von einer Auslandsreise bestätige, hat das Präsidium der SPD zur Kenntnis genommen. Über die Bundesversammlung und ihren Tagungsort kann es zwischen der SPD und Ihnen keine Erörterung geben. Wegen der Bedeutung, die wir jedem Beitrag zur Verständigung beimessen, haben wir den sachlichen Kern des Schreibens in die in Gang befindlichen Erörterungen und Gespräche eingebracht, die unsere Regierung führt. Soweit es sich um spezielle Berliner Probleme, insbesondere die Benachteiligung der Einwohner West-Berlins handelt, hat sich der Regierende Bürgermeister von Berlin mit dem Ihnen sicher bekannten Schreiben vom heutigen Tage an den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR gewandt. Bei seinen Bemühungen hat Bürgermeister Schütz unsere volle Unterstützung. gez. Willy Brandt, Vorsitzender der SPD."

[100] Vgl. Wettig, Die Sowjetunion, S. 58. Für seine Vermutung, Kiesinger habe am 19.2. bei der sowjetischen Botschaft in Rolandseck sondieren lassen, ob Moskau bereit wäre, den Verzicht auf die Abhaltung der Wahlversammlung in Berlin mit Passierscheinen für West-Berliner zu hono-

an diesem Morgen Zarapkin rufen. Aber zunächst ohne Erfolg. Kiesinger bat daher den Botschafter das erste und einzige Mal schriftlich zu sich. „In Anbetracht neuer Informationen aus Ost-Berlin lege ich Wert darauf, Sie baldmöglichst zu sehen. Bitte nehmen Sie wegen eines Termin[es] mit meinem Büro Verbindung auf", hieß es in der Mitteilung[101].

Das Treffen kam an diesem Tag erst gegen 15 Uhr zustande. In Bonn erklärte man sich das stundenlange Fernbleiben des Botschafters damit, daß Zarapkin noch keine Instruktionen aus Moskau erhalten hatte. Offenbar noch immer unvorbereitet traf der Diplomat im Palais Schaumburg ein. Auf die Frage Kiesingers, ob er von dem Brief Ulbrichts wisse, den er ihm in Kopie vorlege, mußte Zarapkin verneinen. Damit war die kurze Unterredung beendet. Der Botschafter versprach, sich bald wieder zu melden.

Tatsächlich bat Zarapkin noch am Abend um einen Termin beim Bundeskanzler. Aber diesmal waren die Rollen vertauscht. Kiesinger hatte seinen Wochenendurlaub in Bebenhausen um einen Tag hinausgeschoben, um den Botschafter zu empfangen. Auf die Heimfahrt wollte der Kanzler jetzt nicht länger verzichten. Seinen Mitarbeitern erklärte der Kanzler daher am Samstagabend, Zarapkin solle am nächsten Tag nach Stuttgart kommen. Er wolle dort mit ihm sprechen[102]. Kiesinger genoß die ungewohnte Situation: Bisher hatte er sich werbend um Moskau bemühen müssen, ohne erkenntliche Reaktion. Meistens beschimpften ihn die Sowjets, prangerten die angeblich revanchistischen Ziele der Bundesregierung an. Jetzt war die Situation umgekehrt: Die Kommunisten kümmerten sich um ihn, den bürgerlich konservativen Politiker. Und noch ein Aspekt spielte eine Rolle: Die Supermacht bat um ein Gespräch mit dem Kanzler der außenpolitisch viel weniger bedeutsamen Bundesrepublik.

Am Sonntagnachmittag flog Zarapkin in Begleitung Diehls und des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Duckwitz, im Hubschrauber nach Stuttgart. Sie trafen den Kanzler im Gästehaus von Scheufelen. Man habe zunächst einige Gläser baden-württembergischen Weines getrunken und das Thema gar nicht berührt, sondern über „dieses und jenes" geredet, berichtete Diehl später. Dann habe Kiesinger beiläufig festgestellt, es bestehe da offenbar ein Mißverständnis zwischen Moskau und Bonn. Die Bundesversammlung werde selbstverständlich in Berlin stattfinden, aber die Sowjetregierung solle sich keine Sorgen machen, es handele sich um keinen unfreundlichen Akt, da er sich nicht gegen die Sowjetunion richte. Zarapkin habe zunächst schweigend zugehört, aber schließlich mit einem heftigen Ausbruch reagiert: Die Bundesrepublik wolle den unabhängigen Status Berlins nicht akzeptieren. Man müsse die Wahl als Provokation auffassen. Doch Kiesinger wiegelte ab und betonte den friedlichen Charakter seiner Regierungspolitik, die auf Versöhnung mit Moskau ausgerichtet sei. Anschließend wandte sich das Gespräch einer praktischen Lösung des Problems zu[103]. Kiesinger stellte klar, die Sowjetunion müsse einen „überzeugenden Beitrag" leisten, wenn die Bundesregierung die Zustimmung zur Verlegung des Wahlortes geben solle. Darauf erwiderte der Botschaf-

---

rieren, findet sich kein Hinweis im Material. Da Kiesinger aber eine dauerhafte Regelung an strebte, scheint das Angebot den Sowjets so nicht unterbreitet worden zu sein. Im Brief von Ulbricht war die Diskussion in der SPD um eine Verlegung des Wahlortes angesprochen worden. Ahlers hatte als erster den Vorschlag aufgebracht. Es spricht also einiges dafür, daß vom Auswärtigen Amt aus vorsorglich Sondierungen unternommen wurden.

101 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/V.5, A 310, Kiesinger an Zarapkin vom 22.2.1969.

102 Vgl. Diehl (Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989): „Er hätte ihn auch in Bonn empfangen können. Aber Kiesinger meinte, nein, er solle schon mal nach Stuttgart kommen."

103 Ebenda; Kiesinger habe die Sache geschickt gehandhabt, meint Diehl.

ter, Verhandlungen zwischen der DDR und dem Berliner Senat fänden bereits statt. Aber das stimmte nicht mit den Tatsachen überein. Der Kanzler ließ den Regierenden Bürgermeister anrufen und bat darum, die Behauptung zu bestätigen. Schütz verneinte, es gäbe keine Verhandlungen über eine Passierscheinregelung. Der Botschafter war falsch informiert worden. Daraufhin einigten sich Zarapkin und Kiesinger auf die Erklärung, es seien Verhandlungen angekündigt[104]. Aber der Kanzler machte deutlich, daß es mit der einmaligen Ausgabe von Passierscheinen nicht getan sei. Bonn erwarte von Ost-Berlin eine überzeugendere Geste. Der Kanzler dachte etwa an eine langfristige Besuchsregelung für die West-Berliner, die seit dem Mauerbau, von ganz wenigen Gelegenheiten in den sechziger Jahren abgesehen, auch von Ost-Berlin abgeschnitten waren. Damit war die Unterhaltung beendet.

Von dem Treffen in Stuttgart ließ Kiesinger eine Fotografie verbreiten, die ihn mit dem Botschafter beim gegenseitigen Zuprosten zeigt[105]. Das Bild sollte dokumentieren, wie entspannt und vertraut der Kanzler mit dem Diplomaten Moskaus umging. Der Kanzler zeigte sich auch vom Verlauf des Treffens befriedigt. Gleich im Anschluß hielt er eine Pressekonferenz ab. Dort erklärte er den Journalisten, die Frage sei nun, ob Moskau Ost-Berlin dazu drängen werde, mehr nur als ein Passierscheinabkommen im Tausch für die Verlegung des Wahlortes anzubieten.

Kiesinger war davon überzeugt, daß die Sowjets seiner Forderung nachgeben würden. Er erinnerte an den Besuch von Bundeskanzler Adenauer 1955 in Moskau, den er als Vorsitzender des außenpolitischen Bundestagsausschusses begleitet hatte. Damals hatte Adenauer der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion zugestimmt. Im Gegenzug verpflichtete sich Moskau, die noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückzuschicken. Kiesinger machte auf Parallelen zwischen 1955 und 1969 aufmerksam: Beide Male schienen die Verhandlungen festgefahren zu sein, beide Male war der Lösung ein Nervenkrieg vorausgegangen. 1955 hätten die Sowjets erst in letzter Minute die deutschen Forderungen akzeptiert. Er hoffe, daß es ähnlich wie damals auch jetzt zu einem solch guten Ende komme.

Und der Bundeskanzler wurde noch redseliger. So müsse man mit Russen umgehen, meinte er zu den Journalisten. Man habe ihm angesehen, berichtet ein Augenzeuge, daß er glaubte, jetzt sei der Durchbruch im Verhältnis zur Sowjetunion gelungen[106]. Wie stark der Kanzler von diesem Gefühl beherrscht gewesen sein mußte, zeigt ein Briefentwurf an einen Freund aus Studentenzeiten, den Augsburger Chefarzt Ottmar Emminger. Der Entwurf wurde am 14. März, also neun Tage nach der Bundespräsidentenwahl, diktiert. „Du wirst sicherlich die Presseberichte über meine Gespräche mit Botschafter Zarapkin und meine Bemühungen verfolgt haben, eine vernünftige Verständigung mit der Sowjetunion zu erzielen", hieß es da. „Wir waren bereit, über den Ort für die Abhaltung der Bundesversammlung neu zu diskutieren, wenn sich die andere Seite hätte entschließen können, ihrerseits ein Zeichen der Verständigungsbereitschaft zu geben. Das hätte zum Beispiel dadurch geschehen können, daß die Lebensbedingungen der Menschen in Berlin überzeugend verbessert worden wären." An Verständigungsbereitschaft habe es jedenfalls auf deutscher Seite nicht gefehlt, und man habe ja auch zunächst die Hoffnung haben können, daß die andere Seite zu einem annehmbaren Kompromiß bereit sei. Diese Hoffnung habe sich dann jedoch leider zerschlagen. Er sei davon überzeugt, daß seine Gespräche

---

[104] Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24.2.1969.
[105] Vgl. Der Spiegel, 3.3.1969, S. 23.
[106] Vgl. Dreher, Gespräch mit dem Verfasser, 5.7.1988.

mit Botschafter Zarapkin aber wesentlich dazu beigetragen hätten, die mancherorts befürchtete große Krise abzuwenden. Inzwischen habe die Bundesversammlung relativ ungestört stattgefunden. Die Bundesregierung werde selbstverständlich auch weiterhin nach Möglichkeiten einer praktischen Verständigung mit der Sowjetunion suchen[107].

Kiesinger war trotz allem mit sich und der Welt zufrieden. Nach einer langen Kette von Enttäuschungen in den vorangegangenen Monaten schien sich der bedeutendste Erfolg seiner Ostpolitik einzustellen. Erstmals wandten sich die Sowjets nicht an den Außenminister, sondern direkt an ihn. Und auch das war ein Novum: Moskau bot einen Handel an, den Preis bestimmte der Kanzler. So hatte sich Kiesinger die Entwicklung von Anfang an gewünscht. Zudem brauchte er dringend einen Erfolg, der sich innenpolitisch nutzen ließ. Er wollte seine Kanzlerschaft und damit die Große Koalition über 1969 hinaus fortsetzen, aber die CDU/CSU schien ihm darin nicht folgen zu wollen. Die Parteibasis, so erfuhr er etwa von Kohl, sei unzufrieden, verlange einen starken Parteiführer. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende hatte Kiesinger am 12. Februar 1969 folgenden Lagebericht gesandt: „Vor allen wichtigen Wahlen gab es immer eine Art Hysterie der Akteure. Dies ist nicht unnatürlich und an sich nicht besorgniserregend. Diesem ‚Normalzustand' mischt sich indes augenblicklich ein deutlicher Unterton des Mißbehagens bei, der auch nicht vor Ihrer Person haltmacht. Der allgemeine Vorwurf ist, daß der Bundesvorsitzende eine zu große Distanz zur eigenen Partei habe."[108] Die Behauptung, der Kanzler lasse Führungswillen vermissen, werde eilfertig kolportiert und bleibe nicht ohne Wirkung. Der Ruf nach dem starken Mann ertöne nicht nur in Kreisen der Wirtschaft, wo er besonders gepflegt werde, sondern auch in der eigenen Partei.

Vor diesem Hintergrund suchte Kiesinger das Stuttgarter Ereignis parteipolitisch zu nutzen. Am Tag nach dem Treffen mit Zarapkin, dem 24. Februar, gab er vor dem Fraktionsvorstand seiner Partei eine klare Richtung an: Mit Passierscheinverhandlungen für Ostern 1969 werde er sich nicht zufriedengeben, er strebe längerfristige Regelungen an. Und um seine Unnachgiebigkeit zu unterstreichen, fügte er hinzu: „Weder durch Druck noch durch Drohungen lasse ich mich einschüchtern. Sie können versichert sein, daß ich absolut hart bleiben werde."[109] Zunächst geschah aber nichts weiter. Aus dem Osten kam kein Echo. Erst als Schütz am 25. Februar die Initiative ergriff und Ost-Berlin mitteilte, der Senat sei zu Verhandlungen bereit, erhielt er umgehend Antwort. Die Ost-Berliner Nachrichtenagentur *ADN* verbreitete, die Regierung der DDR habe sich dem Berliner Senat gegenüber bereit erklärt, West-Berliner Bürgern die Möglichkeit von Verwandtenbesuchen in der Hauptstadt der DDR zu Ostern 1969 zu gewähren, vorausgesetzt, die westdeutsche Bundesversammlung werde die Wahl des westdeutschen Bundespräsidenten nicht in West-Berlin durchführen. Das habe der Vorsitzende des Ministerrats in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister mitgeteilt[110].

Eine erste öffentliche Reaktion auf Kiesingers Forderung fand sich in einer Mitteilung des DDR-Presseamtes vom 26. Februar. Dort hieß es, konservative Kreise in West-

---

[107] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 003, Kiesinger an Emminger vom 14.3.1969, Vermerk: „Es wurde keine Antwort des Herrn BK abgesandt", S. 1 f. Der Entwurf war eine Antwort auf den Brief Emmingers vom 15.2. Dieser hatte kritisiert, daß die Bundesregierung an Berlin als Tagungsort festhalte; vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Emminger an Kiesinger vom 15.2.1969.

[108] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 005, Kohl an Kiesinger vom 12.2.1969, S. 1 f.

[109] Der Spiegel, 3.3.1969, S. 25.

[110] Vgl. Die Welt, 26.2.1969; vgl. auch DA 3 (1969), Mitteilung des DDR-Presseamtes über Stophs Brief an Schütz, S. 308.

deutschland versuchten, „unzumutbare Forderungen an die Deutsche Demokratische Republik" zu stellen. Doch der Kanzler ließ sich nicht beirren. Ohne ein Angebot mit längerfristiger Perspektive werde die Wahl in Berlin stattfinden, bekräftigte er noch einmal Wehner gegenüber. Wehner bot an, seinen Kontaktmann, den Ost-Berliner Anwalt Wolfgang Vogel, in dieser Sache als Vermittler einzusetzen. Vogel war schon für den Gesamtdeutschen Minister Mende der Verbindungsmann zur Regierung der DDR in der heiklen Frage des Häftlingsfreikaufes gewesen. In der Zeit der Großen Koalition setzte er diese Tätigkeit fort; Vogel war mit Wehner schon einige Male geheim zusammengetroffen[111]. Der Minister nutzte jetzt den Kontakt, um die Vorstellungen der Bundesregierung noch einmal zu verdeutlichen. Er schrieb:

„Sehr geehrter Herr Vogel! Bitte, entschuldigen Sie, daß ich Ihnen brieflich mitzuteilen versuche, was ich im Nachgang zu meiner telefonischen Bemerkung vom 13. Februar gern zur Kenntnis Ihrer Seite bringen möchte, nachdem Sie mir vor vierzehn Tagen gesagt hatten, Sie sollten mir etwas mitteilen und danach gefragt hatten, ob ich etwas dazu zu sagen hätte. Ich bitte Sie herzlich, meinen Brief lediglich als eine Fortsetzung meiner damals auf Ihre Frage gegebenen Antwort zu verstehen, das heißt, ihn nicht als einen Brief aufzufassen, durch den ich Ihre anwaltlichen Aufgaben und Pflichten mit etwas belasten möchte, das außerhalb Ihrer Pflichten liegt. Ich hoffe, daß Sie selbst und Ihr Auftraggeber unter diesen Umständen mein Schreiben nicht als unangemessen auffassen.

Vor vierzehn Tagen hatte ich Ihnen auf die Frage, die Sie an die Mitteilungen über Maßnahmen aus Anlaß der Einberufung der Bundesversammlung zum 5. März nach Berlin geknüpft hatten, geantwortet, daß ich unter den Verantwortlichen in Bonn keinen getroffen hätte, der aus Lust an einer Art von Herausforderung oder Provokation am Tagungsort Berlin festhielte. Aber es ergäbe sich eine Art von Zwangsläufigkeit aus der Steigerung der Auseinandersetzung über das Recht oder die Rechtmäßigkeit in dieser Frage.

Heute möchte ich hinzufügen: Die Bundesversammlung muß nicht in Berlin tagen. Sie kann an einem anderen Ort stattfinden. Damit das noch ermöglicht werden kann, müssen aber alle am Streit um die Rechtmäßigkeit der Tagung beteiligten Seiten dazu beitragen, die Auseinandersetzung vom Ballast der Prestigebedürfnisse zu befreien, so berechtigt auch jeder Seite ihr eigener Anspruch erscheinen mag.

Die Bundesregierung hat der Regierung der UdSSR zu verstehen gegeben, daß sie einen entsprechenden Beitrag zu leisten gewillt ist. Die Regierungen der Vereinigten Staaten Amerikas, Großbritanniens und Frankreichs, die mit der Regierung der UdSSR eine besondere Verantwortung in Berlin tragen, haben zu verstehen gegeben, daß sie die Bemühungen der Bundesregierung billigen.

In Berlin selbst sind am 26. Februar Beauftragte des Senats und des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR zusammengetreten, um nach einem vorausgegangenen Schriftwechsel über spezielle Berliner Probleme, insbesondere die Möglichkeiten zur Aufhebung der Benachteiligung der Einwohner West-Berlins im Verkehr mit dem anderen Teil Deutschlands, zu verhandeln.

Ich vermag mich des Eindrucks nicht zu erwehren, daß die begrüßenswerten Ansätze zu solchen Verhandlungen in Berlin belastet werden, wenn sie unter dem Druck der Vorbedingungen einer Verlegung des Tagungsortes der Bundesversammlung stehen, für die der Senat nicht zuständig ist. Wenn es trotz der unterschiedlichen Auffassungen über die Rechtmäßigkeit der Veranstaltung der Bundesversammlung in Berlin möglich gemacht werden soll, die Spannungen zu mindern, so geht das nur um den Preis gleichzeitig von jeder beteiligten Seite zu leistender Beiträge, deren Summe eine Situation ergibt, die von allen als der Beginn von Handlungen, die der Verständigung dienen, gewertet werden kann.

Wenn die Bundesregierung zu verstehen gegeben hat, daß ein überzeugender Beitrag in Richtung größerer Freizügigkeit in Berlin sie veranlassen würde, den Tagungsort der Bundesversammlung zu verlegen, so bedeutet das, daß jede der beteiligten Seiten im Vertrauen darauf, daß die anderen entsprechend handeln, ihren Schritt tut. Das ist weder das Verlangen nach Vorleistungen noch ein Junktim, sondern es ist der Beginn von Handlungen jeder Seite, die der Verständigung dienen.

Würde zum Beispiel die Regierung der DDR auf der Grundlage ihrer eigenen Gesetze für die Einwohner West-Berlins die Besuchs- und Reisemöglichkeiten entsprechend den Regelungen ord-

---

[111] Vgl. Mende, Wende, S. 140; Kreutzer, Gespräch mit dem Verfasser, 22.8.1988; siehe auch Schacht, Ulrich/Schwilk, Heimo, Gezielte Agitation und Propaganda, in: Die Welt, 9.1.1994.

nen, die für Westdeutsche gelten, das heißt, daß der West-Berliner Personalausweis Besuchsreisen von West-Berlinern ermöglicht, wäre das ein überzeugender Schritt.

Ich bitte um Entschuldigung dafür, daß ich ein Beispiel angeführt habe. Meine Sache ist es nicht, Ihrer Seite Vorschläge zu machen; ich möchte nur verdeutlichen helfen, was meine Seite meint, wenn sie von überzeugenden Schritten spricht.

Deshalb versage ich es mir auch, eine Reihe weiterer Möglichkeiten anzuführen. Aber ich darf wohl damit schließen, daß ich zu bedenken bitte, wie sehr es die Lage verbessern würde, wenn es – entsprechend dem Angebot des Bundeskanzlers im Brief vom 28. September 1967 an den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR und entsprechend der Vollmacht, die die Volkskammer am 9. August 1968 dem Ministerrat der DDR erteilt hat – schon zur Fühlungnahme von Bevollmächtigten beider Seiten gekommen wäre.

Erlauben Sie mir, bitte, auch am Schluß meines Schreibens Sie um Verzeihung dafür zu bitten, daß ich Sie, verehrter Herr Vogel, damit belade, dieses Schreiben weiter zu geben; ich hätte mir die Freiheit nicht genommen, wenn ich nicht meinte, auf Grund der besonderen Mitteilung, die Sie mir vor vierzehn Tagen zu machen hatten, meiner damaligen Antwort diesen Nachtrag hinzufügen zu dürfen. In vorzüglicher Hochachtung, Ihr ergebener Herbert Wehner."[112]

Kaum ein Brief Wehners demonstriert so deutlich wie dieser, was Grass mit seiner Beobachtung meinte, Wehner lege seine Sätze wie Irrgärten an[113]. Das betrifft vor allem die heiklen Stellen seines Textes. Positionen, die nicht im Widerspruch zu denen der DDR-Regierung standen, hat Wehner einfach und kurz dargestellt. Das gilt etwa für die Botschaft, die Bundesversammlung müsse nicht in Berlin, sondern könne auch an einem anderen Ort tagen. In komplizierte Satzkonstruktionen verpackte er dagegen Forderungen und Interpretationen der Bundesregierung. Sie sind in vielen kleinen, zwischen präzisen und allgemein gehaltenen Nebensätzen untergebracht. Das alles hat nur einen Zweck: Wehner will nicht aufdringlich, nicht unfreundlich erscheinen, den Adressaten nicht verschrecken. Man sieht das deutlich, wenn er die Vorbedingung der DDR für Passierschein-Verhandlungen kritisiert. Wenn Spannungen vermindert werden sollten, so heißt es da, dann gehe das nur „um den Preis gleichzeitig von jeder beteiligten Seite zu leistenden Beiträge", deren Summe – und hier wird Wehner wieder allgemein – eine Situation ergebe, „die von allen als der Beginn von Handlungen, die der Verständigung dienen, gewertet werden kann". Indem Wehner die Verantwortlichkeit scheinbar auf die beiden beteiligten Seiten gleichermaßen verteilt, hofft er, der für die DDR-Führung bestimmten Nachricht des Briefes etwas von ihrer Schärfe zu nehmen. Denn das war der Zweck des Briefes: Bevor es zu Verhandlungen kommen konnte, mußte Ost-Berlin seine Vorbedingung – die Verlegung des Ortes der Bundesversammlung – zurücknehmen. Ulbricht hatte ja seinerseits deutlich gemacht, daß erst zu dem Zeitpunkt verhandelt werden konnte, wenn die Bundesregierung die Verlegung bereits angeordnet hatte. Unter dieser Voraussetzung war jedoch von vornherein die Aufnahme von Verhandlungen aussichtslos – abgesehen von den langfristigen Verbesserungen im Reiseverkehr für West-Berliner, die Kiesinger seinerseits als Bedingung für den Rückzug der Bundesversammlung aus Berlin genannt hatte. Damit schien die Lage hoffnungslos verfahren zu sein, noch bevor Wehner seinen Brief absandte.

Tatsächlich zahlten sich seine Bemühungen nicht aus. Statt eines erhofften großzügigen Angebots erhielt die Bonner Regierung am nächsten Tag einen Hinweis ganz ande-

---

[112] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Vogel vom 27.2.1969. Auf einem beiliegenden Zettel hat Wehner handschriftlich vermerkt: „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Zu Ihrer Information sende ich Ihnen diese Kopie eines Schreibens, über das ich am 26. II. kurz mit Ihnen gesprochen hatte. Ihr ergebener Herbert Wehner."

[113] Vgl. Grass, Tagebuch einer Schnecke, S. 70; siehe auch Baring, Machtwechsel, S. 614.

rer Art: Die Sowjetunion behauptete am 28. Februar, in West-Berlin würden Rüstungsgüter hergestellt. Das sei ein eindeutiger Verstoß gegen das Potsdamer Abkommen. In einer Note an die DDR-Regierung forderte sie dazu auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die dieser „illegalen militaristischen Tätigkeit" ein Ende setzen würden[114]. Daraufhin sperrte die DDR die Transitstrecke in den folgenden Tagen jeweils für mehrere Stunden. Der Druck auf die Bundesregierung verstärkte sich, als Moskau am 2. März erklärte, für den Lufttransport der Mitglieder der Bundesversammlung nach Berlin könne sie keine Sicherheitsgarantie geben[115].

Mit dem Umschalten der Sowjets auf die harte Linie[116] war endgültig die Aussicht auf eine Verständigung zunichte gemacht[117]. Gestützt auf Erklärungen der Verbündeten, beharrte Bonn jetzt auf dem Wahlort Berlin. Noch einmal traf sich Kiesinger mit Zarapkin, aber man ging ohne ein greifbares Ergebnis wieder auseinander. Vor den Fernsehkameras erklärte der Kanzler am 1. März, die andere Seite sei nicht bereit, einen überzeugenden Verständigungsbeitrag zu leisten. Die Bundesversammlung werde daher in Berlin stattfinden, und man werde den Nervenkrieg eben durchstehen müssen[118]. Am 5. März wurde Heinemann schließlich – trotz aller Pressionen und Propaganda[119] – in Berlin zum Bundespräsidenten gewählt. Die Veranstaltung verlief wider Erwarten ohne größere Störungen. Lediglich der Lärm einiger sowjetischer Düsenflugzeuge erinnerte an die unangenehmen Begleitumstände im Vorfeld der Wahl.

Das Zerwürfnis zwischen Kiesinger und Wehner

Während sich Kiesinger und die Union in den letzten Wochen vor der Bundespräsidentenwahl vor allem mit der Frage des Wahlortes beschäftigt hatten, galt das Interesse der Sozialdemokraten vorrangig dem Sieg ihres Präsidentschaftskandidaten. Es war den Sozialdemokraten sogar willkommen, daß sich der Koalitionspartner ganz auf das Ortsproblem zu konzentrieren schien. Ein Mitglied des Kreßbronner Kreises vertraute einem Journalisten an, die SPD halte absichtlich das Thema „Wahlort" in der Diskussion,

---

[114] EA 24 (1969), Folge 8, S. D 196 f. Das Kriegsgüterthema war schon einmal, am 19.2., von Radio Moskau angesprochen worden, wurde danach aber nicht mehr aufgegriffen; vgl. Wettig, Die Berlin-Krise, S. 692.

[115] Vgl. DA 3 (1969), S. 313.

[116] Vgl. Wettig, Die Berlin-Krise 1969, S. 690 f. Die Sowjetunion hatte selbst in der Zeit der Verhandlungen über eine Verlegung des Tagungsortes ihre Propaganda nicht eingestellt. Sie begleitete die diplomatischen Bemühungen mit sanften Drohungen. Am 22.2. wurden die Deutschen darauf hingewiesen, daß UdSSR und DDR die „Bedingungen" West-Berlins verändern könnten. Die sowjetischen Kommentatoren hoben die „Gefährlichkeit" der geplanten Bundesversammlung hervor. Es wurde versucht, den Eindruck einer ständig wachsenden Bewegung in der Bundesrepublik gegen die Versammlung zu erwecken. Hinzu kam, daß am 20.2. Manöver angekündigt wurden, die an den Zugangswegen nach West-Berlin stattfinden sollten.

[117] Wettig (Die Berlin-Krise, S. 692) meint, vor allem die Verärgerung der Sowjets über die Ablehnung des Passierscheinangebots durch den Bundeskanzler habe zu zum Teil wütenden Angriffen geführt. Das Angebot habe den Sowjets Selbstüberwindung gekostet, und Bonn habe in ihren Augen „arrogant aufgetrumpft".

[118] Vgl. EA 24 (1969), Folge 8, S. D 198.

[119] Vgl. DA 3 (1969), S. 316; die Sowjetunion war vorsichtig genug, keine weiteren Maßnahmen anzukündigen. Am 5.3. erklärte Radio Moskau: Ausgehend von der Rechtslage würde die Einbeziehung West-Berlins in die DDR die beste Lösung der West-Berlin-Frage sein. Aber man dürfe nicht vergessen, daß die drei Westmächte bisher nicht den Wunsch bekundet hätten, auf ihre Rechte betreffend West-Berlin zu verzichten. Vgl. auch ebenda, S. 307-316, die wichtigsten Äußerungen von seiten DDR und UdSSR vom 27.2. bis 5.3.1969.

um die CDU/CSU von der Frage abzulenken, wer denn die Wahl gewinnen werde[120]. Unter allen Umständen wollte die SPD diesmal ihren Kandidaten durchbringen. Für Wehner besaß dieses Ziel jenen Stellenwert, den die Bildung der Großen Koalition im Herbst 1966 besessen hatte. Er sandte Kiesinger Zeitungsausschnitte, aus denen hervorging, daß die Person Heinemanns von Unionspolitikern verleumdet worden war. Beispielsweise erhielt der Kanzler die Ausführungen des Bundestagsabgeordneten Heinrich Aigner in einer Veranstaltung der Jungen Union. Aigner hatte dort, wie das *Amberger Volksblatt* berichtete, dem Justizminister angekreidet, daß dieser „in der Notzeit nicht zu unserem Staat gestanden" und erst nach 1945 die deutsche Staatsbürgerschaft wieder beantragt habe. „Ich brauche Ihnen wohl nichts hinzuzufügen", schloß Wehner das Schreiben[121].

Mißtrauisch beobachteten die Sozialdemokraten die Wahlvorbereitungen der Union. Im Februar 1969 galt eine Sorge der Möglichkeit, daß Schröder mit den Stimmen der rechtsradikalen NPD-Wahlmänner siegen konnte. Dagegen leitete die SPD vorsorglich eine öffentliche Kampagne ein. Schröder galt als stockkonservativer Politiker. Wehner und andere befürchteten, daß ein Bundespräsident Schröder eine erneute Belastung für die Bundesrepublik im In- und Ausland darstellen könne. Die NPD dürfe nicht den Ausschlag geben, verkündete Schmidt am 15. Februar 1969, und die Parole wirkte[122]. Wehner ärgerte besonders, daß Kiesinger alles laufen ließ. Er warf dem CDU-Vorsitzenden vor, nicht von Anfang an mit Entschiedenheit für einen gemeinsamen Kandidaten in seiner Partei geworben zu haben. Noch Monate später erklärte Wehner zornig: „Er [*Kiesinger*] hat ja manche Fehler gemacht, ein paar Tage darauf den Fehler, der uns alle um ein Haar in eine fürchterliche Situation gebracht hätte: einen Bundespräsidenten mit Hilfe der NPD wählen zu lassen."[123]

In dieser Situation tat Wehner, was zu tun übrig blieb. Da der Wahlausgang von der FDP abhing, gab er Scheel und Weyer, dem Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, das entscheidende Argument für die Unterstützung des SPD-Kandidaten an die Hand: die Absage an eine Wahlrechtsänderung. Falls die FPD Heinemann wähle, sei das Thema vom Tisch, erklärte er. Das sicherte die Zustimmung der Liberalen zur Wahl Heinemanns. Bei der letzten Vorbesprechung der FDP-Wahlmänner auf der Dachterrasse des Berliner Hotels Europäischer Hof erklärte Weyer: Wenn Heinemann am nächsten Tag gewählt werde, werde die Wahlrechtsreform nicht mehr aufgegriffen. Zu dieser Mitteilung sei er von Ministerpräsident Heinz Kühn und von Wehner ausdrücklich autorisiert worden[124]. Ein Argument von gleichem oder gar stärkerem Gewicht konnten die Befürworter Schröders nicht vorweisen. Bei einer Probeabstimmung hatten zuvor noch 23 Wahlmänner für Schröder gestimmt, was zur Wahl des Unionskandidaten gereicht hätte. Bei einer erneuten Abstimmung bekam er nur noch fünf Stimmen. Am Ende reichte es für Heinemann, dank der FDP. Wehner hatte sich durchgesetzt.

---

120 Dreher, Gespräch mit dem Verfasser, 5.7.1988.

121 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 12.11.1968, S. 1 f. Die Auflistung von verbalen „Entgleisungen" der anderen Seite überließ Wehner sonst dem Vorsitzenden oder dem Fraktionsvorsitzenden; vgl. etwa Briefe Brandts vom 9.6.1967 oder 14.3.1968; Heck und besonders Strauß schickten ihrerseits Listen und Zeitungsausschnitte über Verunglimpfungen der Unionsführer durch Sozialdemokraten.

122 Vgl. Welt am Sonntag, 16.2.1969.

123 Terjung (Hrsg.), Der Onkel, Wehner am 26.1.1970, S. 186.

124 Vgl. Mende, Wende, S. 296, sowie Baring, Machtwechsel, S. 113 ff.; Hildebrand (Erhard, S. 391 f.) deutet diesen Zusammenhang lediglich an.

Weniger Erfolg war ihm allerdings beschieden, als er Kiesinger drei Tage vor der Berliner Präsidentenwahl von der Notwendigkeit überzeugen wollte, das Angebot aus Ost-Berlin anzunehmen. Am Abend des 2. März waren im Palais Schaumburg die beiden Gründungsväter der Koalition zusammengekommen[125]. Der Minister suchte den Kanzler davon zu überzeugen, daß dieser jetzt unbedingt selbst die Initiative übernehmen müsse. Damals habe es „nicht nur eine Chance", sondern „die Notwendigkeit" gegeben, an den letzten Brief Kiesingers für den DDR-Ministerratsvorsitzenden Stoph anzuknüpfen, betonte Wehner im Rückblick[126]. Um überhaupt einmal von den großen Forderungen wegzukommen, „dem Anerkennungswunsch der SED und den Hoffnungen auf die Wiedervereinigung bei uns", sollten beide deutschen Seiten „zunächst einmal" ein Gespräch beginnen, sich „an einen Tisch" setzen. In dem oben zitierten Brief an den Ost-Berliner Anwalt Vogel hatte der Minister erklärt, die Lage werde sich sehr verbessern, wenn es zu Kontakten zwischen Bevollmächtigten der jeweiligen Regierung kommen könnte[127]. Der Bundeskanzler hatte dies ja auf sein Drängen hin im September 1967 angeboten, und auch Ulbricht stellte im August 1968 Gespräche in Aussicht. Wehner wollte zunächst die offenen, kleinen Fragen besprechen. Er dachte an die Zahlungsforderung der DDR für die Post, die wirtschaftlichen Beziehungen, eben die Probleme des Modus vivendi zwischen beiden Staaten. Alle anderen Fragen sollten zunächst noch warten. Wichtig sei jetzt allein die Herstellung direkter Kontakte[128].

Während der Minister den Kanzler zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem DDR-Regime drängte, hatte er in einem Zeitungsartikel der SED-Führung die Schuld daran gegeben, daß keine Verhandlungsgespräche stattgefunden hatten. Die DDR hätte die Bundespräsidentenwahl in Berlin verhindern können. Der Ministerrat hätte jederzeit im Rahmen seiner eigenen Gesetzgebung anordnen können, daß „zum Beispiel die Benachteiligung der Einwohner West-Berlins bei Besuchen und Reisen in den anderen Teil der Stadt oder Deutschlands aufgehoben würde". Es sei ihm nicht unbekannt gewesen, deutete hier Wehner seinen Vermittlungsversuch über Vogel an, daß „auch das als ein Zeichen verstanden worden wäre"[129].

Tatsächlich vertrat Wehner hier aber eine Politik, die er selbst nicht guthieß. Nach außen stellte er sich hinter den Entschluß des Kanzlers. Im privaten Gespräch jedoch drang der Minister energisch auf Kiesingers Einverständnis für die Aufnahme von Verhandlungen. Kiesinger erinnerte sich später daran, daß Wehner mit besonderem Nachdruck gesprochen habe[130]. Dabei sei es diesem gar nicht um die Zugeständnisse gegangen, betonte Kiesinger im Rückblick. Wehner habe vielmehr die Verlegung der Bundesversammlung aus Berlin schon als Beginn einer Einigungspolitik verstanden. Der Minister habe ihm an vielen Abenden seine Konzeption nahezulegen versucht. Unter dem Stichwort der „demokratischen Lösung" der nationalen Frage habe Wehner den sozialdemokratischen Versuch verstanden, die SED für ein liberales politisches System in der DDR zu interessieren. Ein solcher Prozeß werde eine Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten erleichtern, könne aber nur gelingen, wenn die Sowjetunion diesem Prozeß ihre Zustim-

---

[125] Vgl. Schmoeckel, Zeittafel; nur dieser Abend kommt laut Terminkalender für das Gespräch in Frage. Brandt und Duckwitz waren zunächst auch anwesend.
[126] Terjung (Hrsg.), Der Onkel, S. 186; dort auch die folgenden Zitate.
[127] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Vogel vom 27.2.1969, S. 2.
[128] Vgl. Die Welt, 27.3.1969.
[129] Bulletin, 4.3.1969.
[130] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 60.

mung nicht verweigere. Und allein aus der Erwägung heraus, Moskau nicht zu verärgern, habe der Minister für gesamtdeutsche Fragen auf die Verlegung der Bundespräsidentenwahl von Berlin nach Bonn gedrängt, behauptete Kiesinger im Jahre 1978[131].

Zum ersten Mal setzte hier jedoch Kiesinger seine Deutschlandpolitik gegen Wehner durch. Bisher hatte der Kanzler in den wichtigen Fragen immer nachgegeben, wenn sein Minister ihn drängte. Das war geschehen, als Wehner im Frühjahr 1967 den Briefwechsel Kiesingers mit Stoph initiierte und als er in der zweiten Antwort des Kanzlers im September desselben Jahres unbedingt einen Bevollmächtigten der Bundesregierung forderte. Noch im März 1968 hatte Kiesinger in seiner Regierungserklärung die DDR in das vorgeschlagene Gewaltverzichtsabkommen ausdrücklich mit einbezogen. Auch dies ging auf Wehner zurück.

Aber im März 1969 war der Kanzler entschlossen, sich nicht länger in der Deutschlandpolitik von seinem Koalitionspartner beirren zu lassen. Die Aufmerksamkeit, mit der die Bundesregierung bisher Ost-Berlin bedacht hatte, sollte nun endlich allein auf Moskau konzentriert werden. Kiesinger hatte im Grunde nie etwas mit den Vertretern der SED zu tun haben wollen und erwartete von ihnen keine Hilfe in der Ostpolitik. Schon im Oktober 1967 bekannte er sich dazu, die DDR isolieren zu wollen[132]. Da die SED-Führung sich gegen das Verhandlungsangebot Bonns sperrte, fiel es nicht schwer, den Kommunisten eine entspannungsfeindliche Haltung zu unterstellen. Kiesinger wollte Ulbricht als unverbesserlichen Kalten Krieger ins ostpolitische Abseits stellen. Im Frühjahr 1969 glaubte er, daß Moskau bereit zu sein schien, den direkten Kontakt zum Bundeskanzler zu suchen. Der Draht nach Ost-Berlin war aus dieser Sicht unbedeutend und überflüssig geworden.

Damit zerstörte Kiesinger die gemeinsame politische Basis mit Wehner. Er nahm dem Vernunftbündnis den Grund, auf dem die Große Koalition aufgebaut war. Kiesinger habe ihm an diesem Abend, dem 2. März 1969, sein wahres Gesicht gezeigt, meinte der SPD-Politiker später. Der Kanzler habe ihm immer den Eindruck vermittelt, auch ihm gehe es in erster Linie um den Kontakt zur DDR-Regierung. Aber das sei wohl falsch gewesen, meinte ein ernüchterter Wehner[133]. Seine tiefe Enttäuschung darüber brachte Wehner allerdings erst ein dreiviertel Jahr später, im Januar 1970, in einem Interview zum Ausdruck. Kiesinger habe mit dem, was er in den Jahren zuvor erklärt habe, seine wahre Haltung „verdeckt" und „zeitweilig auch verschleiert", meinte er dort. Je näher der Wahlkampf herangerückt sei, desto krasser sei die wirkliche Auffassung des Kanzlers in den Vordergrund getreten: Es habe gar keinen Sinn, mit „denen" – der DDR-Führung – zu reden. Im Grunde genommen sei das nach Meinung Kiesingers „nur dialektischer Zeitvertreib" gewesen. Und auf die Frage, welche Bedeutung dieses Gespräch im März 1969 gehabt habe, antwortete Wehner kurz: „Damals war das eine Möglichkeit, an der wir uns zerstritten haben. Das war die Frage einer Nacht."

Der Einschnitt im Verhältnis zwischen Wehner und Kiesinger war größer als nur die Meinungsverschiedenheit in einem Punkt. In einer Nacht war das Verhältnis irreparabel zerbrochen. Wehner empfand die Begründung, die Kiesinger ihm gab, als endgültige Absage an seine Zielsetzung. Die Politik der Isolierung [*der DDR*] wäre keine Politik, die vor den Menschen, vor der Geschichte Bestand hätte", meinte Wehner mit Blick auf die Argumente, die Kiesinger vorgebracht hatte. Der Minister für gesamtdeutsche Fra-

---

131 Ebenda, S. 46 und 60.

132 Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/II.1, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 5.

133 Vgl. Terjung (Hrsg.), Der Onkel, Wehner am 26.1.1970, S. 186; dort auch die folgenden Zitate.

gen hielt weiter an dem fest, was er schon im Januar 1967 erklärt hatte: Falls sich die DDR liberalisiere und sich etwa dem Modell Jugoslawien angleiche, „dann könnte sich sogar die Frage einer völkerrechtlichen Anerkennung in einem neuen Licht stellen"[134].

Von diesem Zeitpunkt an, so berichtet Neusel, habe Wehner begonnen, vor anderen schlecht über Kiesinger zu reden. So sei ihm „hintenherum" zugetragen worden, daß Wehner in einem Gremium der SPD sich „erstmals abschätzig über den Kanzler" geäußert habe[135]. Auch Kiesinger hat den Meinungsunterschied zu Wehner in der Frage der Wahlortverlegung als Entzweiung empfunden. Damals sei es zu einem „gewissen Bruch" zwischen ihm und Wehner gekommen, meinte er in einem Gespräch 1978. Aber noch im nachhinein rechtfertigte er seine damalige Weigerung, den Vorstellungen des Ministers zu folgen. Wehner habe „um lächerlicher Zugeständnisse willen" von Berlin als Wahlort abrücken wollen[136].

Die nun unversöhnlich gegenüberstehenden Auffassungen der beiden hatten Konsequenzen für Kiesingers Wunsch, das Bündnis über 1969 hinaus fortzusetzen. Es zeigte sich, daß die Gemeinsamkeiten offensichtlich im Frühjahr 1969 aufgebraucht waren. Von jetzt an galt die Devise in beiden Lagern, die Koalition zwar unter allen Umständen bis zu den Bundestagswahlen im September fortzuführen. Es sollten allerdings keinerlei Zugeständnisse gemacht werden, die über die gezogenen Grenzen hinausgingen. Nur noch der minimalste Konsens wurde gesucht. Auch wenn Kiesinger die Fortsetzung der Koalition anstrebte, wozu er sich übrigens öffentlich erst gegen Ende des Wahlkampfes bekannte, mußte ihm nun bewußt werden, daß die Chancen für eine Erneuerung des Bündnisses mit der SPD gering waren.

Und wie sah es bei Wehner aus? Es ist kein Zufall, daß sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende nach dem 5. März 1969 voller Hochachtung und sogar mit Wärme über Scheel äußerte. Die Wahl Heinemanns zum Präsidenten sei eine große Tat Scheels gewesen, etwas, was er nie vergessen werde. Ein „vorfrühlingshafter Hauch" von gemeinsamen sozialliberalem Aufbruch, schreibt Baring, habe in der Luft gelegen[137]. Kiesinger, der sich von der Wahl Heinemanns eine Verbesserung des Koalitionsklimas erhofft hatte, mußte erleben, daß der Sieg des Sozialdemokraten im Gegenteil eine Koalition zwischen FDP und SPD wahrscheinlicher machte. Und an dieser Entwicklung hatte auch er seinen Anteil.

Kritik an der Partei- und Machtpolitik Kiesingers

Im Frühjahr 1969 fiel das gemeinsame Fundament der beiden wichtigsten Politiker der Großen Koalition auseinander. Kiesinger trug auf seine Weise dazu bei. Nie hat er sich sprunghafter und zweideutiger verhalten als in der Koalitionsfrage seit dem Herbst 1968. Von einer konsequent verfolgten Zielsetzung läßt sich nur wenig erkennen. Das ist vermutlich auch auf eine persönliche Schwäche zurückzuführen: seiner Konfliktscheu. Kiesinger ging schwierigen Problemen gern aus dem Weg – in der Außen- wie in der Innenpolitik. Er vermochte nicht, Richtungen in der Partei zu beeinflussen, und es fehlte ihm ein Gespür dafür, wann er sich gegen drohende Niederlagen zu stemmen hatte. Der Kanzler mochte ahnen, daß die Koalition unaufhaltsam und unüberbrückbar auseinanderdriftete, aber er fügte sich in das Schicksal.

---

[134] Ebenda, S. 184 f.
[135] Neusel, Gespräch mit dem Verfasser, 30.11.1989.
[136] AdKASt, Kiesinger I – 226, A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 60.
[137] Baring, Machtwechsel, S. 121.

Für Kiesinger schien das Regieren oftmals einen rein abstrakten Charakter zu haben. Karl-Ulrich Majer, der als Lektor seiner Bücher das Vertrauen des Kanzlers besaß, hat einmal von dem Eindruck berichtet, dieser habe sich mit einer gewissen Neugier im Zentrum der Macht bewegt[138]. Kiesinger wollte das Geheimnis der Macht kennenlernen und enträtseln. Er war darin eher einem Wissenschaftler und Forscher ähnlich, der im Kanzleramt allgemein die Möglichkeiten und Grenzen des Regierungschefs studierte, anstatt selbst die Hebel der Macht für seine Zwecke zu betätigen. Nur so läßt sich vielleicht erklären, warum Kiesinger in dieser Zeit den Eindruck vermittelt, als habe er sich zu einer widersprüchlichen Politik treiben lassen, die auch zum Teil den eigenen Interessen widersprach.

Kiesinger wollte an der Macht bleiben. Aber wie sahen seine Optionen aus? Da er sich mit der FDP nicht verständigte, blieb die Hoffnung auf die absolute Mehrheit der eigenen Partei oder die Fortsetzung der Koalition mit der SPD. Zwar mag im nachhinein der knappe Ausgang der Bundestagswahl – der Union fehlte nur 0,9 Prozent zur absoluten Mehrheit – suggerieren, daß Kiesinger zu Recht allein auf das Ziel der absoluten Mehrheit setzte. Dies hat er auch später so behauptet[139]. Aber konnte sich der Unionsvorsitzende erlauben, nur dieses sehr vage und unsichere Ziel anzusteuern? Das klingt nicht überzeugend. Wahrscheinlicher ist, daß er vor der Fraktion seine Hoffnung auf die Fortsetzung der Koalition verschleierte. Vermutlich hoffte er, daß sich mit der Zeit die Stimmung in der Union gegenüber der SPD zum Positiven wandeln und zudem das Ergebnis so knapp ausfallen würde, daß eine andere als die Neuauflage der bestehenden Koalition erst gar nicht in Frage kam.

Was blieb ihm auch anderes übrig? Er selbst hatte – ungewollt – alles getan, um dem Bündnis die Zukunft zu rauben. Begonnen hatte es mit seinem Versäumnis, CDU/CSU und SPD auf einen gemeinsamen Kandidaten bei der Bundespräsidentenwahl zu verpflichten. Das wog um so schwerer, als der Kanzler seinem Minister und engen Kontaktmann anfänglich offenbar den Eindruck vermittelt hatte, die Union werde einen SPD-Präsidentschaftskandidaten unterstützen. Schon im Frühsommer war klar, daß andere CDU-Führer wie Barzel, Heck und Kohl darauf bestanden, einen eigenen Unionskandidaten aufzustellen. Anstatt aber zu diesem Zeitpunkt seine Absicht deutlich zu machen und für einen gemeinsamen Kandidaten in der eigenen Partei zu werben, schloß sich Kiesinger diesem Vorhaben an. Es sieht so aus, als ob er sich selbst eingestehen mußte, in dieser Sache bereits alle Fäden aus der Hand gegeben zu haben. Seitdem konnte der CDU-Vorsitzende nur noch hoffen, daß die SPD ihren Mann am Ende – auch ohne seine Hilfe – durchbekommen werde.

Völlig unverständlich war sein Taktieren bei der Kandidatensuche im eigenen Lager. Offenbar unterstützte er eine Persönlichkeit, die von der SPD nicht als Kampfkandidat verstanden werden konnte. Weizsäcker war klarer Außenseiter in der Fraktion, und Kiesinger beging mit seiner Wahl einen weiteren Fehler. Weil er von dem Vorschlag vermutlich selbst nicht überzeugt war, setzte er sich nicht glaubhaft genug für Weizsäcker ein. Viel zu spät schien er zu realisieren, daß der halbherzige Einsatz zu einer innerparteilichen Niederlage für ihn selbst geworden war. Die Ehrenerklärung für Schröder änderte daran nichts mehr. Damit setzte sich die Kette von Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen fort. Als Folge begab sich Kiesinger noch mehr in die Abhängigkeit seiner Partei. Er büßte Autorität ein, und seine innerparteiliche Position wurde noch schwächer.

---

[138] Vgl. Majer, Gespräch mit dem Verfasser, 16.12.1988.

[139] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, E/IV.1, A 355, Kiesinger an Dichgans vom 9.1.1980, S. 5.

Diese Entwicklung hatte Auswirkungen auf den außenpolitischen Entscheidungsprozeß. Kiesinger billigte dem Koalitionspartner künftig kaum noch einen Freiraum zu. Die wachsende Kritik am Kanzler innerhalb seiner Partei ließ ihn sich auch in höherem Maße auf seine Stärke, die Außenpolitik, besinnen und nach einem eigenen Weg der Ostpolitik suchen. Daher war vor allem sein parteipolitisches Ungeschick daran schuld, wenn der Wille zu gemeinsamer Politik zwischen den Koalitionsparteien im Laufe des Jahres 1969 aufgezehrt war.

Um dem Bündnis mit der SPD eine neue Zukunft zu geben, hätte er das Angebot vom Februar für eine Passierscheinausgabe an Ostern besser angenommen. Vielleicht wäre noch einmal eine gemeinsame Vision der Ostpolitik entstanden; vielleicht hätte sich auch die Sowjetunion besonnen, verstärkt den Kontakt zur Großen Koalition gesucht und so die schwierige Situation aufgelockert. Denn schließlich – das war ja des Kanzlers Überzeugung – lag der Schlüssel für die Fortsetzung der Ostpolitik in Moskau. Aber wollten nicht gerade die Sowjets die unterschiedlichen ostpolitischen Positionen der Koalitionsparteien gegeneinander ausspielen, weil sie sich davon einen Vorteil versprachen? Kiesinger war von dieser sowjetischen Taktik überzeugt.

Hat Moskau sich ausschließlich auf die Zusammenarbeit mit der SPD eingerichtet?

Zunächst schien es im März 1969 so, als ob sich Kiesingers Hoffnung erfüllen sollte und die Gespräche um die Verlegung der Bundesversammlung aus Berlin wirklich den Anfang eines neuen, weitgehenden Dialogs zwischen Moskau und Bonn bildeten. Nur knapp zwei Wochen nach der Berliner Bundesversammlung wandten sich die Führer der Warschauer Pakt-Staaten mit einem Appell an die Öffentlichkeit, der als Ausgangspunkt einer neuen Haltung der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik gedeutet wurde[140]. Man klagte die Bundesregierung nicht länger als „revanchistisch" oder „militaristisch" an. Zwar wurden weiter Forderungen erhoben: nach wie vor sollte die Oder-Neiße-Grenze sowie die Existenz der DDR anerkannt werden. Darüber hinaus erwarteten die Staatschefs den Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch und auf die Verfügungsgewalt über Kernwaffen. Auch auf den besonderen Status West-Berlins wurde hingewiesen. Im Unterschied zu bisherigen Stellungnahmen machte der Warschauer Pakt aber die Erfüllung dieser Forderungen nicht zu Vorbedingungen von Verhandlungen oder sogar von der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen. Diese neue Linie wurde den Deutschen in den folgenden Monaten bei informellen Gesprächen oft bedeutet, was die Bundesregierung allerdings nicht gleich von der Ernsthaftigkeit dieser neuen Haltung überzeugte[141]. Gleichzeitig wiesen symbolische Ereignisse auf ein stärkeres sowjetisches Interesse an engeren Beziehungen zur Bundesrepublik. Im Mai 1969 besuchten der Erste Parteisekretär Breschnew und Ministerpräsident Kossygin erstmals ausführlich den westdeutschen Stand auf der Moskauer Industrieausstellung. Auch eine Demonstration vor der sowjetischen Botschaft in Bonn anläßlich des Jahrestages des Einmarsches in die ČSSR, bei der Fensterscheiben eingeworfen und die Wände mit Farb-

[140] Vgl. EA 24 (1969), Folge 7, S. D 151 ff.; Bender (Neue Ostpolitik, S. 156) schreibt, die Sowjetunion habe damit ihre Verhandlungsbereitschaft bekundet. Baring (Machtwechsel, S. 236) meint, Moskau habe Ruhe haben wollen, und daher habe es den Appell „maßvoll" formuliert; siehe auch Hildebrand, Erhard, S. 335.

[141] Vgl. Garton Ash, Im Namen Europas, S. 90; Wettig (Die Sowjetunion, S. 197, Fn 177) führt einige solcher Hinweise auf. Darunter einen Trinkspruch des sowjetischen Botschafters Abrassimov vom 12.6.1969, der in Neues Deutschland wiedergegeben wurde.

beuteln verschmiert wurden, spielte die Sowjetunion entgegen früherer Gewohnheiten herunter[142].

Das waren kleine Zeichen eines Wandels der sowjetischen Haltung gegenüber der Bundesrepublik. Was hatte den Wandel bewirkt? Die Historiographie[143] ist sich sehr schnell darüber einig geworden, daß diese veränderte Haltung nach der Berliner Bundespräsidentenwahl vom Schußwechsel am Ussuri Anfang März 1969 zwischen sowjetischen und chinesischen Grenztruppen ausgelöst wurde[144]. Löwenthal hat schon 1967 behauptet, Moskau suche einen politischen Durchbruch in Europa zu erreichen, um den Rücken für die sich abzeichnenden künftigen Auseinandersetzungen mit der Volksrepublik China freizubekommen[145]. Einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen an Spree und am Ussuri stellten die Sowjets selbst her. Sie behaupteten, die Westdeutschen und die Chinesen hätten sich zusammengetan, um dem sozialistischen Lager in den Rücken zu fallen. Die sowjetische Regierung fühlte sich derart bedrängt, daß sie nicht nur in Peking energisch protestierte, sondern auch Wert darauf legte, die sowjetische Rolle bei dem Grenzzwischenfall unaufgefordert durch ihre Botschafter bei den Westmächten und auch bei der Bundesregierung erläutern zu lassen[146]. Der sino-sowjetische Gegensatz war also ein wichtiger Grund für die Suche nach Kontakten mit Bonn. Klaus Mehnert hat daneben auch auf den wirtschaftlichen Bereich hingewiesen. Die Enttäuschung über die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion mochte den Wunsch nach engerer Zusammenarbeit mit der leistungsfähigsten und modernsten Wirtschaft in Europa bestärkt haben[147].

Welche Ereignisse auch immer den Wandel der sowjetischen Deutschlandpolitik initiiert haben, er bedeutete für Kiesinger zunächst eine große Genugtuung. Denn Moskau mußte mit dieser Entscheidung gleichzeitig die Unterstützung für Ulbrichts aggressive Deutschlandpolitik aufgeben. Der Kanzler las angenehm erstaunt die vertraulichen Berichte über den Hergang auf der Budapester Konferenz. Ulbricht hatte – so war

---

142 Vgl. Allardt, Moskauer Tagebuch, S. 180 ff.; siehe auch Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 181; zu den anderen Hinweisen zählen noch das Angebot über ein Handelsabkommen und die Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein Luftfahrtabkommen.

143 Vgl. Wassmund, Suprematie.

144 Vgl. Griffith (Ostpolitik, S. 166), der erklärt, Moskau habe auf Entspannung gesetzt, um im Westen für den Ussuri-Krise „einen Ausgleich zu schaffen". Nach Whetten (Germany's Ostpolitik, S. 98) fühlte sich die Sowjetunion erneut umzingelt und suchte nach Auswegen; vgl. auch Mehnert, Der Moskauer Vertrag, S. 814, und Baring, Machtwechsel, S. 235.

145 Vgl. Löwenthal, Der Einfluß Chinas, S. 345 f.

146 Wettig (Die Berlin-Krise 1969, S. 696) meint, diese These habe ein doppeltes Ziel verfolgt, einerseits die Chinesen als Feinde des Sozialismus zu entlarven, andererseits das sowjetische Nachgeben in der Berlin-Frage durch eine Art Dolchstoßlegende zu begründen; siehe auch Schulz, Die sowjetische Deutschlandpolitik, S. 280.

147 Vgl. Mehnert, Der Moskauer Vertrag, S. 815 f. Mit jährlichen Zuwachsraten von 5,5 % im Planjahrfünft 1966-1969 lag die Sowjetunion unter dem mancher kapitalistischer Staaten. Gleichzeitig stiegen die Militärausgaben, was zu einer Auseinandersetzung über die Prioritäten – Schwer- oder Konsumgüterindustrie – führte. Zusätzlich soll auch das Motiv eine Rolle gespielt haben, durch eine freundlichere Haltung gegenüber Bonn die engen Bindungen zwischen den USA und der Bundesrepublik zu lockern. Auch Fritsch-Bournazel (Die Sowjetunion und die deutsche Teilung) verweist auf den wirtschaftlichen Aspekt. Die Erkenntnis habe sich durchgesetzt, um eine Beschleunigung des Modernisierungsprozesses zu bewirken, sei die zusätzliche Hilfe durch langfristige, intensive wirtschaftlich-wissenschaftliche technische Kooperationsabkommen mit der westlichen Welt unerläßlich; siehe dazu auch Wassmund, Kontinuität im Wandel, S. 103 f.; Garton Ash, Im Namen Europas, S. 89; Heller/Nekrich, Utopia in Power, S. 629-41.

die allgemeine Ansicht informierter Journalisten – eine große Niederlage erlitten. Jetzt bewahrheitete sich, was Kiesinger schon im Januar 1967 anläßlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien geäußert hatte: daß der Kampf des SED-Regimes gegen die Ostpolitik der Bundesregierung auf die DDR selbst zurückfallen werde. Aus den Aufzeichnung eines Augenzeugen ging beispielsweise hervor: „In Ost-Berlin wird die Budapester Konferenz als größte Niederlage Ulbrichts seit 20 Jahren empfunden. [...] Als wenige Tage vor der Konferenz der Entwurf des Appells von der Sowjetunion den anderen Paktstaaten zugestellt wurde, soll in Ost-Berliner Regierungskreisen erhebliche Verwirrung geherrscht haben. Keiner der von Ulbricht vorgebrachten Formulierungswünsche war im Entwurf enthalten. Weder von der diplomatischen Anerkennung der DDR [*war*] die Rede noch von der selbständigen Einheit West-Berlins. Ebenso fehlt die gewünschte Formulierung, daß Berlin die Hauptstadt der DDR sei, wie die Feststellung, daß die Bundesrepublik als Staat der Revanchepolitik der Störenfried Europas sei."

In Budapest habe sich Ulbricht – bis auf geringe Unterstützung Polens in der Oder-Neiße-Frage – den übrigen Paktstaaten allein gegenüber gesehen, fährt der Bericht fort. Selbst als er zuletzt nur noch auf der Forderung bestanden hatte, in den Appell solle die Formulierung der „diplomatischen Anerkennung der DDR" aufgenommen werden, hätten nicht nur die ČSSR, Ungarn und Rumänien widersprochen, sondern auch die Sowjetunion. Über die Formulierung der „Existenz der DDR" habe man nicht hinausgehen wollen. „In sehr harten zweiseitigen Gesprächen soll die Sowjetunion Ulbricht klargemacht haben", heißt es wörtlich in dem Bericht, „daß ihr die Zustimmung der übrigen Paktstaaten wichtiger sei, als die Durchsetzung seiner Forderungen, die im übrigen nach Meinung aller anderen Paktstaaten eine beabsichtigte Sicherheitskonferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt hätte."[148]

Trotz des Budapester Appells kam es in der Zeit der Großen Koalition nicht mehr zu einer Verständigung und Annäherung zwischen Bonn und Moskau. Zwar gab es, wie schon erwähnt, wiederholt kleine Hinweise, daß die Sowjets keine Vorbedingungen für einen Dialog stellten; aber der Bundeskanzler zweifelte daran, ob der Kreml wirklich die nach wie vor bestehenden und auch im Appell zitierten Ziele ausklammern wolle. Kiesinger wartete offensichtlich auf ein noch deutlicheres Zeichen aus Moskau, das ihm die bedingungslose Gesprächsbereitschaft der Sowjets signalisieren sollte. Später warf er der Sowjetunion vor, ihm kein Vertrauen geschenkt und statt dessen ganz auf eine künftige Zusammenarbeit mit der SPD gesetzt zu haben. Er beklagte sich darüber, daß man ihn habe „hängenlassen". Mit Verbitterung registrierte Kiesinger, der Kreml habe im August 1969 während der Moskaureise einiger sozialdemokratischer Abgeordneter offenbar die Bereitschaft angedeutet, über die grundsätzlichen Meinungsunterschiede hinwegzusehen und ein Gespräch über weniger kontroverse Themen einzuleiten[149]. Kiesinger bezog sich auf ein Gesprächsprotokoll in der liberalen Wochenschrift *Die Zeit*. Darin hatte Schmidt erklärt, nach wie vor seien die Russen in der deutschen Frage hart, aber sie seien bereit, ihre Maximalforderungen auszuklammern. Kiesinger fand später, daß dieser Artikel „sehr wichtig" gewesen sei. Merkwürdig sei nur, daß er „immer verschwiegen" werde. „Er [*Schmidt*] sagt da drinnen vorsichtig: ‚Ich weiß natür-

[148] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Anlage zu Ahlers an Kiesinger vom 24.6.1969, „Vermerk für Willy Brandt" vom 19.6.1969, S. 2 f.

[149] Baring (Machtwechsel, S. 238) schreibt, Kiesinger sei „Feuer und Flamme" gewesen. In dem Gespräch sei verabredet worden, was er Botschafter Zarapkin immer wieder vorgeschlagen habe.

lich nicht, ob das endgültig ist, aber meine Gespräche haben mir diesen Eindruck vermittelt.' Und das war meine Politik, damit wollte ich Zeit gewinnen."[150]

Für die These einer Bevorzugung der Sozialdemokraten durch die Sowjets spricht die Auseinandersetzung, die sich zwischen den Chefideologen der KPdSU und der SED über die Frage der Gefahr für die sozialistischen Gesellschaften durch die Sozialdemokratie entspann. Michail Andrejewitsch Suslov hatte sich auf einer Konferenz anläßlich des 50. Jahrestages der Kominterngründung am 25. März 1969 gegen die These Stalins der zwanziger und dreißiger Jahre gewandt, wonach die Sozialdemokratie als Hauptfeind zu behandeln sei. Da die KPD die Massen unter Umgehung der Sozialdemokratie angesprochen habe, sei sie in eine gewisse Isolierung und einen sektiererischen Zustand geraten[151]. Ulbricht widersprach auf der gleichen Konferenz vehement. In seiner Rede betonte er den „prinzipiellen Kampf" gegen die Sozialdemokratie, die er als „bourgeoise Agenturen in der Arbeiterklasse" bezeichnete und für die nationalsozialistische Machtergreifung verantwortlich machte.

Auch künftig hielt die SED an ihrer Kritik gegen die SPD fest. Sie weigerte sich, die Politik der Bundesregierung positiv zu bewerten. Nach wie vor galt ihr Kampf den westdeutschen Revanchisten, nicht den „revanchistischen Kräften" in Westdeutschland. Weiterhin verlangte sie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik. Aber die Ost-Berliner sahen sich durch die große Brudernation genötigt, ihre Ansprüche seit März 1969 etwas zurückzunehmen. Man formulierte jetzt vorsichtiger und betonte nicht länger die Anerkennung der ostdeutschen Forderungen als Vorbedingung, wie im Budapester Appell festgelegt, sondern nannte sie eine „entscheidende objektive Voraussetzung", die ein „Kernproblem" der europäischen Sicherheit darstelle. Auch änderte sich intern die Einschätzung der SPD. So wurden die Vorbereitungen der Kampagne gegen Wehner durch die Staatssicherheit eingestellt. Es erschien plötzlich nicht mehr opportun, diesen Politiker zu belasten, der offensichtlich bereit zu sein schien, von festgefahrenen Positionen der Bundesrepublik abzurücken. Darüber hinaus intensivierte die SED ihre Kontakte mit unterschiedlichen Persönlichkeiten aus dem westlichen Teil Deutschlands. Mit insgesamt 420 Funktionären der SPD und des DGB seien im ersten Quartal des Jahres 1969 Gespräche geführt worden, hielt ein Dokument am 30. April 1969 fest, das in den Unterlagen des Staatssicherheitsministeriums der DDR gefunden wurde[152].

Andererseits sah die SED-Führung in den Auffassungen der Bundesregierung nach wie vor unzumutbare Vorbedingungen für ein politisches Gespräch. Die Sowjetunion erwiderte, die internationale Anerkennung der DDR sei unaufhaltsam, und gab damit zu verstehen, daß es nicht notwendig sei, die Durchsetzung der ostdeutschen Forderungen

---

[150] AdKASt, Kiesinger I – 226, A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 47. Im Wortlaut sagt Schmidt (Protokoll einer Kreml-Reise. Ein Zeit-Interview mit Helmut Schmidt, in: Die Zeit, 29.8.1969, S. 3): „Dies war einer unserer entscheidenden Eindrücke: Früher sagten die Sowjets, erst müssen diese fünf Forderungen erfüllt sein, dann kann man über alles andere reden. Nun vermitteln sie den Eindruck, daß sie bereit wären, die Maximalforderungen auszuklammern, ohne freilich ihre grundsätzliche Position etwa in Frage stellen zu lassen. Aber ob das in vier Monaten oder vier Jahren noch so ist, das weiß ich nicht. Ich weiß nicht einmal, ob das heute wirklich so ist. Das kann man erst wissen, wenn man es ausprobiert hat. Man muß das Vehikel Europäisches Sicherheitssystem bemühen, um es auszuprobieren, um es auszuloten."

[151] Siehe Wettig, Die Sowjetunion, S. 62, sowie Mehnert, Der Moskauer Vertrag, S. 812 f.

[152] Vgl. Reuth, Die Feindtätigkeit Wehners, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.12.1993; sowie Schacht, Schwilk, Gezielte Agitation, in: Die Welt, 9.1.1994.

zu forcieren[153]. In der gemeinsamen Erklärung vom 14. Juli hieß es, der Abbau seiner traditionellen Positionen liege im Interesse Westdeutschlands. Die Beziehungen zur DDR könnten sich nur „auf der Basis des allgemein anerkannten Völkerrechts als Beziehungen zwischen souveränen Staaten entwickeln"[154].

Ob allerdings die sowjetische Regierung tatsächlich im Spätsommer 1969 nur den Sozialdemokraten die Chance der Annäherung einräumte, den Christdemokraten aber nicht, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Zwar äußerte Außenminister Andrej Gromyko im Gespräch mit Schmidt, daß seine Regierung die Vorschläge der SPD in der Außenpolitik verfolge und daß „man manchmal Elemente größerer Elastizität" bemerkt und positiv aufgenommen habe[155]. Aber als Distanzierung der SPD von der Politik der CDU/CSU sei dies in Moskau nicht verstanden worden. Die sozialdemokratische Grundtendenz entspreche der der anderen Regierungspartei. Folgt man dieser Aussage, dann hat der Kreml eine Unterscheidung zwischen Union und SPD in jener Zeit nicht getroffen. Es ist aber auch möglich, daß Gromyko die Bemerkung mit dem Hintergedanken machte, die Sozialdemokraten sollten sich ermutigt fühlen, noch deutlicher von den Positionen der CDU/CSU abzurücken. Denn bisher habe die sowjetische Seite „noch keine Anzeichen dafür, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ernste Absichten" leiteten. Die Sowjetunion habe die Ernsthaftigkeit ihres Willens zur Entspannung in der Budapester Erklärung vom 17. März 1969 unterstrichen. Gromyko spielte auf die Forderung nach einer „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" an. Er schlug vor, daß die Bundesregierung den Gedanken einer Sicherheitskonferenz aufgreifen und unterstützen solle. Wenn die Deutschen sich aktiv an den Vorbereitungen beteiligten, „würde sich das positiv auf der Waagschale für die Bundesrepublik auswirken"[156]. Auch der sofortige Beitritt zum Nichtweitergabevertrag würde als weiteres Zeichen für den guten Willen der Bundesrepublik gewertet werden. Die deutsche Zustimmung zum Vertrag werde das Verhältnis zu Moskau erheblich bessern.

Aber genau dies ist fraglich. Irgendwann wäre auch nach einem Beitritt die Forderung nach Anerkennung des Status quo von sowjetischer Seite auf den Verhandlungstisch gelegt worden. Zwar hätte die Bundesregierung vielleicht Zeit gewinnen können, wie Kiesinger meinte. Aber hätte sich das zu ihrem Vorteil ausgewirkt? Vermutlich nicht. Denn spätestens dann hätte auch eine christdemokratische Führung bekennen müssen, wie weit sie zu gehen bereit war. Zwar schien Kiesinger willens zu sein, wie er auf einem seiner Waldspaziergänge Ahlers andeutete, vielleicht eines Tages selbst die DDR anzuerkennen. Aber bis dahin – dies machte der Kanzler bei solchen Gelegenheiten auch deutlich – werde noch viel Zeit vergehen.

In der SPD war dagegen die Bereitschaft zur Anerkennung des Status quo sehr viel größer als in der CDU/CSU. Falls der Koalitionspartner SPD – vorausgesetzt, die Große Koalition wäre 1969 fortgesetzt worden – versucht hätte, der Sowjetunion weitgehende Zugeständnisse – mit oder ohne Zustimmung der Union – schon frühzeitig anzubieten, wären die Christdemokraten erneut gezwungen worden, eine defensive, bremsende Rolle zu spie-

153 Vgl. Wettig, Die Sowjetunion, S. 63 f.

154 EA 24 (1969), Folge 19, Gemeinsame Erklärung über den Besuch einer Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der Sowjetunion vom 14.7.1969, S. D 472.

155 Zitiert nach Lehmann, Öffnung nach Osten, Aufzeichnung des Gesprächs der Delegation der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 21.8.1969, S. 227.

156 Ebenda, S. 228.

len. Das hätte innerhalb der Bundesregierung zu einem fundamentalen Streit zwischen den Bündnispartnern führen können. Es war also abzusehen: Spätestens dann wäre die Koalition zerbrochen. Im Jahre 1969 stellte sich also nur die Alternative zwischen rasch vereinbarten Regelungen in der Ostpolitik, wie sie die sozialliberale Koalition dann tatsächlich anstrebte, oder einer sehr vorsichtigen Annäherung an die Sowjetunion und die Länder Osteuropas, wie sie eine CDU-Regierung unter Kanzler Kiesinger versucht hätte.

3. Zwischen Minimalkonsens und Parteiegoismus – Kambodscha und andere Krisenfälle in der letzten Phase der Koalition

Im Mai 1969 rückte noch einmal die Hallstein-Doktrin in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen den beiden Koalitionsparteien. Am 8. Mai nahm das kleine asiatische Land Kambodscha die Beziehungen zu Ost-Berlin auf. Es folgte darin vermutlich dem Wunsch Moskaus. Prinz Samdech Norodom Sihanouk, der 1953 das Land nicht nur aus der französischen Herrschaft in die Unabhängigkeit geführt hatte, sondern auch seit 1960 als Premierminister die Regierung leitete, mußte sich die Freiheit durch hohe Diplomatie erhalten. Seit Jahrhunderten versuchte Kambodschas östlicher Nachbar Vietnam sich kambodschanisches Land anzueignen. Die Gegend um Saigon war erst Anfang des 19. Jahrhunderts den Kambodschanern weggenommen worden. Frankreich hatte als Kolonialmacht zeitweilig für Ruhe gesorgt. Aber seit der Unabhängigkeit suchte Sihanouk mit dem großen Nachbarn China, aber auch der Sowjetunion, trotz des bestehenden Schismas zwischen den beiden größten kommunistischen Mächten, ein Gegengewicht zu Vietnam aufzubauen.

Die Lage des kleinen, wirtschaftlich schwachen Landes mit einer Bevölkerung von 6,5 Millionen wurde dadurch prekär, daß einerseits die Nordvietnamesen Basen in Kambodscha für ihren Angriff auf Südvietnam anlegten und nutzten, andererseits sich das Verhältnis zu Peking durch die Kulturrevolution erheblich verschlechtert hatte[157]. Mitte der sechziger Jahre hatte Prinz Sihanouk ganz auf die Hilfe Chinas gesetzt und sogar die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abgebrochen, die die beiden gefährlichsten Nachbarn des Landes, Südvietnam und Thailand, wirtschaftlich, politisch und vor allem militärisch unterstützten. Für die Annäherung an China mußte Sihanouk zusätzlich seine Lieblingsidee einer Neutralitätskonferenz in Pnom Penh aufgeben. Aber die Hoffnungen des Prinzen erfüllte Peking nicht. China löste sein Versprechen nicht ein, sich für den Norden Vietnams zu engagieren, während sich der amerikanische Einsatz ab Sommer 1965 im Süden Vietnams erheblich verstärkte. Sihanouk hoffte damals, daß mit chinesischer Unterstützung der Norden ein Gegengewicht zum Süden bilden und Peking gleichzeitig einen mäßigenden Einfluß auf das nordkoreanische Regime ausüben würde. Durch diese Enttäuschung ernüchtert, nahm Sihanouk die Idee der Neutralitätskonferenz wieder auf und suchte sogar neue Kontakte zu den Amerikanern[158].

[157] Vgl. Singh, Die Südasien-Politik, S. 527.

[158] Vgl. Braun, Außenpolitik am Scheideweg?, S. 326. Braun verweist darauf, daß es für Prinz Sihanouk keine schlimmere Vorstellung gegeben habe als ein von den USA unkontrolliertes, kommunistisch regiertes Vietnam.

Chinas verärgerte Reaktion auf diese neue Politik Kambodschas führte zu einer weiteren Abkühlung der Beziehung[159].

Die neue außenpolitische Orientierung hatte auch innenpolitische Gründe. In Kambodscha lebten 400 000 nach Peking orientierte Chinesen, die zunehmend mit den kambodschanischen, im Untergrund gegen den Prinzen arbeitenden Kommunisten und dem Vietkong zusammenarbeiteten[160]. Daher suchte sich die Regierung des Wohlwollens der Sowjetunion zu versichern. Vor diesem Hintergrund nahm Pnom Penh Beziehungen mit Ost-Berlin auf.

Die Maßnahme überraschte Bonn. Zehn Tage vor der Anerkennung der DDR hatte der Prinz dem neuen Botschafter der Bundesrepublik bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens nichts über das geplante Vorhaben mitgeteilt. Und dies, obwohl Sihanouk dem DDR-Außenminister Winzer schon im Frühjahr 1968 eine Zusage für die diplomatische Anerkennung gegeben haben soll[161]. Wenn man die der Bundesregierung abgegebenen Erklärungen von Pnom Penh betrachte, dann sei die Entscheidung wirklich schwer verständlich, meinte Brandt am 20. Mai 1969 vor der Gesellschaft für Auslandskunde in München[162].

Am Nachmittag des 14. Mai traf das Kabinett in Bonn zusammen, um über den Fall zu verhandeln. Es ging um eine Grundsatzentscheidung. Denn innerhalb von sechs Tagen hatten noch zwei weitere Länder, der Irak und der Sudan, die DDR anerkannt. Allerdings waren diese beiden arabischen Länder nicht mit Kambodscha zu vergleichen. Als Reaktion auf die Anbahnung diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel im Jahre 1965 hatten sie die Beziehungen zu Bonn abgebrochen mit dem Hinweis, die Aufnahme verstoße gegen arabische Interessen. Aber die Araber nahmen damals, im Gegensatz zu Kambodscha 1969, nicht gleichzeitig die Beziehungen zur DDR auf. Dies geschah erst nach weiteren vier Jahren.

In der Bundesregierung wurde nur die Entscheidung Kambodschas heftig diskutiert. Sie sah sich mit der Frage konfrontiert, ob die diplomatischen Beziehungen zu dem asiatischen Land nun beendet werden sollten oder nicht. Die Meinungsunterschiede zwischen den beiden Koalitionspartnern konnten nicht größer sein. Im Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages, der am selben Tag zusammengerufen worden war, seien „die beiden Extreme" vorgeschlagen worden, berichteten Bahr und der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gerhard Jahn, nach der Sitzung. Eine Seite forderte, die Beziehungen sofort abzubrechen, die andere wollte gar nicht reagieren und das bestehende Verhältnis einfach so belassen, wie es sich entwickelt hatte. Die Trennlinie der Befürworter der einen oder anderen Lösung sei genau zwischen den beiden Parteien verlaufen[163]. Der sich abzeichnende Wahlkampf bestimmte hier bereits die beiderseitigen Positionen. Die Kluft zeigte sich deshalb auch im Ausschuß des Bundestages deutlich. Der CDU-Abgeordnete Werner Marx beschrieb Kiesinger die Lage: „Die Tendenz des Vortrages und der Diskussionsbeiträge von seiten der SPD [...] sei eindeutig gegen einen

---

[159] Vgl. Gauers, Kambodscha zwischen Peking und Washington, S. 677 f.; die Chinesen legten Demarchen ein, lehnten weiter jede Konferenz in Kambodscha ab und distanzierten sich sogar von dem Genfer Abkommen über Vietnam von 1954, das den endgültigen Rückzug der Vietminh aus Kambodscha vorgesehen hatte.

[160] Vgl. Roll, Die Außlandschinesen in Südostasien, S. 238 f.

[161] Vgl. Braun, Außenpolitik, S. 327.

[162] Vgl. Bulletin, 22.5.1969.

[163] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Marx an Kiesinger vom 28.5.1969, S. 1; dort auch das folgende Zitat.

Abbruch gelaufen." Man habe für Verständnis der äußerst schwierigen Lage des Prinzen Sihanouk plädiert. Marx fügte hinzu: „Dr. Jaeger (CSU)[164] und ich selbst sprachen uns für einen Abbruch aus und wollten die eigenen Interessen vorrangig behandelt wissen." Eine Abstimmung habe nicht stattgefunden.

Auch das Kabinett beschloß, die endgültige Entscheidung zu vertagen, und zwar bis der deutsche Botschafter aus Pnom Penh Bericht erstattet hatte. Auch wollte man den kambodschanischen Vertreter hören. Jede Seite der Koalition legte diesen Beschluß allerdings als Sieg der eigenen Argumentationslinie aus. Der Außenminister machte darüber hinaus deutlich, daß er für die Aufhebung der Hallstein-Doktrin plädiere. Auf der Bundeskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands Die Falken erklärte er wenige Tage später, es sei ein Fehler, eine ideologisch eingeengte Außenpolitik zu führen. Wer ausschließlich mit demokratischen Staaten diplomatische Beziehungen unterhalten wolle, könne nur mit einem kleineren Teil der Staaten dieser Welt verkehren. Diplomatische Beziehungen seien kein Gunstbeweis, sondern ein Instrument, um eigene Interessen zu vertreten. Er, Brandt, halte es für falsch, der DDR in einzelnen Ländern ein Alleinvertretungsrecht einzuräumen[165].

Kiesinger stand zunächst erneut zwischen beiden Positionen. Er hatte sich für keine der diskutierten Optionen entschieden, sondern den Vorschlag eingebracht, den deutschen Botschafter abzuberufen und dann den in Paris lebenden kambodschanischen Botschafter einzubestellen. Man werde mit dem Diplomaten ein Gespräch führen, sagte er, und dann entscheiden. Der Kanzler versuchte, die Bedeutung der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Kambodscha herunterzuspielen. Es handele sich um „ganz natürliche Vorgänge", die nicht aus der Welt zu schaffen seien. Und so hitzig sei es zwischen den Parteien in dieser Sache denn doch wieder nicht zugegangen[166].

Scheinbar setzte Kiesinger alles daran, so kurz vor dem Ende der Legislaturperiode den Koalitionsfrieden zu wahren, und gab sich daher den Anschein, selbst zur SPD-Argumentation zu tendieren. Aber in Wahrheit war er von Beginn an dafür, die nicht angekündigte, offenbar völlig unmotivierte Aufnahme der Beziehungen Kambodschas mit dem Abbruch der Beziehungen zu Pnom Penh zu beantworten. Das zeigte sich schon in der Erklärung des Regierungssprechers Diehl vom 14. Mai, man wolle zunächst den kambodschanischen Botschafter hören, und falls diese Rücksprache unbefriedigend verlaufe, werde man die Beziehungen abbrechen[167]. Aber jetzt zog Staatspräsident Sihanouk die Initiative erneut an sich und ließ über die französische Presseagentur *AFP* am 17. Mai verlauten, er betrachte angesichts der Reaktionen der Bundesregierung die diplomatischen Beziehungen zu Bonn als abgebrochen. Für eine Weile schien nicht sicher zu sein, ob der Prinz diese Aussage tatsächlich getroffen hatte und ob der kambodschanische Botschafter noch nach Bonn kommen würde oder nicht. Das Auswärtige Amt erklärte eben-

---

[164] Richard Jaeger war von 1953-1980 Mitglied des Bundestages. Von 1953-1965 und von 1969-1976 übte er das Amt des Bundestagsvizepräsidenten aus; unter Bundeskanzler Erhard war er seit 1965 bis zur Gründung der Großen Koalition Bundesjustizminister.

[165] Vgl. Frankfurter Rundschau, 19.5.1969.

[166] BPA, Kiesinger in der ARD am 16.5.1969, Anhang I, S. 2. Die Zahlen zeigen die Größenordnung zur damaligen Zeit. Von 126 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unterhielt die Bundesrepublik zu 105 Staaten diplomatische Beziehungen, so viele wie kein anderes Land der Welt! Die DDR besaß dagegen nur mit 12 kommunistischen Staaten volle diplomatische Beziehungen, zu denen jetzt drei neutrale Staaten hinzukamen. Es handelte sich also um keine dramatische Verschlechterung der Situation, meint Braun (Außenpolitik, S. 325).

[167] Vgl. Frankfurter Rundschau, 19.5.1969. Die Süddeutsche Zeitung (23.6.1969) ist der Meinung, daß Kiesinger in diesem Fall auf den Ratschlag Diehls gehört habe.

falls am 17. Mai, die Äußerungen Sihanouks seien offenbar durch Falschmeldungen aus Ost-Berlin verursacht worden[168]. In Paris fanden dann am 19. Mai Gespräche statt zwischen dem deutschen Botschafter Sigismund von Braun und Botschafter Sonn Voeunsai. Das war ein Versuch des Auswärtigen Amtes, die Beziehungen nicht einfach und automatisch preiszugeben. Brandt bemühte sich darum, den Meinungsaustausch von der Ebene der Regierungssprecher und der jeweiligen öffentlichen Meinung auf die diplomatische Ebene zu verlagern, und er erklärte öffentlich, die Bundesregierung werde sich weder durch frühere Doktrinen noch durch „jetzige Überlegungen über eine bestimmte Auswahl von Schritten" zu Entscheidungen zwingen lassen[169].

Der Kanzler und die Experten der Union plädierten jedoch für einen sofortigen Abbruch. Marx, außenpolitischer Sprecher der Union, erklärte beispielsweise in dem bereits zitierten Schreiben vom 28. Mai 1969 an Kiesinger: „[...] meine persönliche vieljährige Beschäftigung mit Kambodscha erlauben mir, Sie dringend zu bitten, auf einen möglichst sofortigen Abbruch der Beziehungen zu drängen. Wir haben bereits zu lange gezögert."[170] Kiesinger äußerte sich zu dem Thema am gleichen Tag öffentlich und deutete an, er werde die kambodschanische Entscheidung nicht tolerieren. Vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages erklärte er, die Anerkennung Ost-Berlins sei eine „negative" Vorwegnahme des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen. Es wäre töricht, „so etwas resignierend einfach hinzunehmen"[171].

Als Brandt, der sich zu einem Besuch in der Türkei aufhielt, am 27. Mai über einen Bericht der Nachrichtenagentur *DPA* von einer Erklärung Diehls erfuhr, wonach Bonn plane, die Beziehungen zu Kambodscha abzubrechen[172], wurde er wütend. Seit langem war er davon überzeugt, daß sich mit diesem Koalitionspartner keine vernünftige Außenpolitik mehr bewerkstelligen lasse. „Drastische Schilderungen, wie unwirsch – ‚Mir reicht's!' – ich hierauf reagierte, waren zutreffend", schrieb er später[173]. Was den Außenminister so sehr in Rage brachte, war die Torpedierung des Versuches, sich von der strikten Anwendung der Hallstein-Doktrin zu lösen[174]. Brandt ging es darum, der Bundesregierung für die Zukunft einen Freiraum zu schaffen und im Falle der Anerkennung der DDR durch einen dritten Staat jeweils nach der Sachlage zu entscheiden. Das war noch keine Abkehr von der Hallstein-Doktrin, sondern entsprach der von ihrem Erfinder beabsichtigten Handhabung. Der Außenminister wollte verhindern, daß künftig automatisch die schärfste Sanktion, der Abbruch diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik, bei der Anerkennung Ost-Berlins durch einen dritten Staat angewandt wurde. Kambodscha sollte nach dem Willen Brandts ein Präzedenzfall werden. Daher sprach er sich gegen einen Abbruch aus, als das Kabinett am 30. Mai zusammentrat, um den Fall

168 Vgl. AdG, S. 14716 ff.
169 AdG, S. 14717.
170 AdKASt, Marx an Kiesinger vom 28.5.1969, S. 2.
171 AdG, S. 14171.
172 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.5.1969.
173 Brandt, Erinnerungen, S. 184.
174 Vgl. Frank (Entschlüsselte Botschaft, S. 330), der der Meinung ist, daß es zu Beginn zu einer Absprache der Koalitionsparteien gekommen war, wonach ein Anerkennungsfall zwar als „unfreundlicher Akt" betrachtet werden, aber nicht zum Abbruch der Beziehungen führen sollte. Frank, Leiter der Politischen Abteilung I im Auswärtigen Amt, war Zeuge des Wutausbruchs von Brandt. Seiner Erinnerung nach hat der Außenminister folgendes gesagt: „Wenn die da glauben, sie könnten dieses Spiel hinter meinem Rücken mit mir treiben und mich für ihre innerparteilichen Interessen mißbrauchen, dann haben die sich gründlich getäuscht. Ich kann auch anders!"

abschließend zu beraten. Über sieben Stunden dauerte die Sitzung, die mehrfach unterbrochen wurde, weil sich die SPD-Minister wie ihre CDU/CSU-Kollegen jeweils untereinander berieten.

Eine Entscheidung über Kambodscha wurde aber wieder verschoben. Dafür einigte sich das Gremium auf eine sogenannte Deutschland-Erklärung. Wehner hatte sich rechtzeitig darüber Gedanken gemacht, wie die Hallstein-Doktrin abgeändert und neu definiert werden konnte. Am 22. Mai hatte der Minister dem Kanzler seinen Vorschlag mit den handschriftlich begleitenden Worten gesandt: „Ich glaube, daß er geeignet ist, zu tragen und zu stützen."[175] An Wehners Vorschlag überraschte, daß nach seiner Überzeugung die Bundesregierung weiterhin an der Hallstein-Doktrin festhalten sollte. Nach wie vor war vom „unfreundlichen Akt" die Rede, falls ein Staat die DDR anerkannte. Und was vorher umstritten war, blieb auch weiterhin unklar, nämlich welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen sollte. Wörtlich hieß es: „Wenn Länder, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten, uns gegenüber den unfreundlichen Akt begehen, durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostdeutschland einer Regelung der nationalen Frage des deutschen Volkes auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts vorzugreifen, sind wir genötigt, den politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland entsprechend uns zu verhalten."[176] Die offizielle Erklärung hatte am Ende nicht den gleichen Wortlaut wie die Wehners, aber den gleichen Sinn: Die Doktrin blieb weiter in Kraft[177].

Brandt sah in der Erklärung dagegen einen Fortschritt in der Deutschlandpolitik. Damit sei die Grundlage dafür geschaffen, daß die Bundesrepublik künftig nicht mehr im „Zwang einer Automatik" zu entscheiden habe, sondern sich nach den Gegebenheiten des jeweiligen Falles richten könne. Über das aktuelle Problem Kambodscha sagte er, das Kabinett sei gespalten: Die CDU/CSU-Minister träten für den Abbruch ein, während die SPD-Minister diese Haltung „nicht unbedingt" teilten[178]. Die Entscheidung über Abbruch oder Fortsetzung der Beziehungen fiel daher in einer Sitzung des Kreßbronner Kreises, die vom Abend des 2. Juni bis zum folgenden Morgen um 5 Uhr dauerte[179]. Die Koalitionsparteien einigten sich dort darauf, daß die Beziehungen nicht abgebrochen, sondern nur „eingefroren" werden sollten. Der abberufene deutsche Botschafter sollte also in Bonn, die deutsche Botschaft in Pnom Penh unbesetzt bleiben. Am 4. Juni bestätigte das Kabinett die Entscheidung. Spöttisch sprachen die Gegner dieses halbherzigen Beschlusses vom „Kambodschieren"[180].

Es war ein letzter Kraftakt der Koalition. Er kam zustande, weil keine der Koalitionsparteien die Schuld am Bruch des Bündnisses auf sich laden wollte. Die Stimmung der Beteiligten war von dem Bewußtsein geprägt, man werde sowieso demnächst aus-

---

[175] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, Wehner an Kiesinger vom 22.5.1969.

[176] Ebenda, Anlage.

[177] Vgl. TzD, S. 254 f. Im entscheidenden Teil heißt es: „Die Bundesregierung muß daher die Anerkennung der DDR als unfreundlichen Akt betrachten. Sie wird in einem solchen Fall ihre Haltung und ihre Maßnahmen gemäß den Interessen des ganzen deutschen Volkes von den gegebenen Umständen abhängig machen."

[178] AdG, Brandt im Deutschen Fernsehen, S. 14718.

[179] Vgl. Schwarz (Die Bundesregierung und die auswärtigen Beziehungen, S. 62), der im Zusammenhang mit der Kambodscha-Frage auf die Notwendigkeit von förmlichen Kabinettsentscheidungen hinweist, wenn die Koalitionsparteien unterschiedliche Meinungen vertreten, aber weder eine Regierungskrise noch einen Kanzlersturz riskieren wollen.

[180] Bender (Neue Ostpolitik, S. 143) spricht von „halben Maßnahmen". Für die Koalition sei diese Auseinandersetzung aber, so Schmoeckel/Kaiser (Vergessene Regierung, S. 159), „ein weiterer Punkt des Auseinanderlebens" gewesen.

einandergehen[181]. Heribert Knorr hat diese letzte Phase der Koalition als Periode des „Kuhhandels" bezeichnet. Da keiner der Partner mit einem allzugroßen Katalog unerledigter Gesetzentwürfe belastet werden wollte, habe man Zugeständnisse in einer Frage durch Zugeständnisse in einer anderen eingetauscht. Das galt gerade auch in der Kambodscha-Frage. Die SPD honorierte den Verzicht von CDU/CSU auf einen Abbruch der Beziehungen mit Pnom Penh durch eine Konzession in der Frage des Lohnfortzahlungsgesetzes[182]. Brandt rechtfertigte diesen „Deal" vor der Fraktion am 10. Juni. Man habe in dieser Frage nicht ausweichen können, sondern auf der Fortsetzung der Beziehungen zu Kambodscha beharren müssen, erklärte er. „Wir müssen den Fuß in der Tür behalten, damit unsere Interessen dort gewahrt werden."[183] Am Ende schien Brandt über die Entscheidung froh zu sein, obwohl er die Sitzung vorzeitig deprimiert verlassen hatte. „Tatsächlich hatte ich mich aus jener nächtlichen Kabinettssitzung vorzeitig davongestohlen und an Rücktritt gedacht", berichtete er[184]. Aber der Außenminister trat dann doch nicht zurück. Dies wäre keine angemessene Reaktion gewesen, schrieb er später.

Als Niederlage Brandts hat Kiesinger im Rückblick dagegen die Zustimmung des Ministers zur Deutschland-Erklärung vom 30. Mai gewertet. Kiesinger fand später diese Haltung des Ministers, gelinde gesagt, verblüffend: „Man muß sich vorstellen, was da im Kopf von Brandt vor sich gegangen ist, als er diese Sache mitbilligte. Wenn er dann wenigstens so dicht vor der Wahl gesagt hätte: ‚Nein, so will ich's nicht!'"[185] Brandt habe nie den Mut dazu gehabt.

Und Kiesinger selbst? Welche Erklärung hatte er für seine harte Haltung in der Kambodscha-Frage? Kiesinger meinte später, er habe gegenüber der Politik des Auswärtigen Amtes mit Härte auftreten wollen. Der Kanzler fand es im wachsenden Maße unerträglich, daß der Außenminister öffentlich eine ganz andere Außenpolitik propagierte, als man sie einmal gemeinsam beschlossen hatte. Brandt signalisierte eine Konzessionsbereitschaft an den Osten, die der Kanzler nicht billigte. Er sei damals der Meinung gewesen, daß dem „Geriesel aus dem Auswärtigen Amt" einmal ein Ende bereitet werden müsse. Man habe ganz klar sagen müssen: „[...] jetzt mal Obacht, jetzt mal Schluß. So kann Politik nicht gemacht werden, in einem Auflösungsprozeß kann das nicht vor sich gehen. Wir bleiben bei dem, was vereinbart worden ist."[186] Als es um Kambodscha, diesen „unangenehmen Fall", und die Deutschland-Erklärung gegangen sei, habe er als Kanzler die Meinung vertreten, man solle „ruhig mal ein bißchen kräftiger" auftreten. Obwohl das Bündnis bereits deutliche Ermüdungserscheinungen zeigte, legte es der Kanzler auf einen Konflikt mit Brandt an. Für einen einmaligen Prestigegewinn setzte er damit die Existenz des Bündnisses insgesamt aufs Spiel. Hätte Brandt sich gegen die Deutsch-

---

[181] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 330, und Knorr, Entscheidungsprozeß, S. 150.

[182] Vgl. Knorr, Entscheidungsprozeß, S. 125 und 143; die Union stellte ein Junktim her zwischen der alten Forderung der SPD nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der Einführung einer Krankenkassenreform. Die SPD war zunächst gegen die Reform, stimmte aber jetzt zu. Knorr bezieht sich im wesentlichen auf den Artikel Rolf Zundels, Die Koalitionszwillinge, Die Zeit, 29.11.1968.

[183] AdsD, Protokolle interner Sitzungen der Führungsgremien, SPD-Fraktionssitzung vom 10.6.1969, S. 3.

[184] Brandt, Erinnerungen, S. 184; Brandt täuscht sich. Es handelte sich nicht um eine Kabinettssitzung. Das Kabinett hat erst zwei Tage später den Beschluß des Kreises sanktioniert; vgl. Schmoeckel, Zeittafel.

[185] AdKASt, Kiesinger I – 226, A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 45 f.

[186] AdKASt, Kiesinger I – 226, F, Kiesinger am 8.6.1972 für den NDR, Zeugen der Zeit, S. 116; dort auch die folgenden Zitate.

land-Erklärung ausgesprochen, wäre die Koalition vermutlich noch weniger handlungsfähig geworden und vielleicht bald auseinandergebrochen. Trotzdem hatte die Demonstration der Härte die Gräben zwischen beiden Parteien vertieft.

Zum Glück gab es noch Wehner. Diesmal war er es, der die beiden Fraktionen zusammenhielt und mit seinem Entwurf der Deutschland-Erklärung eine Brücke zwischen beiden Parteien schlug. Die Erklärung war ganz auf den Kanzler und seine Partei zugeschnitten. Da sie die Hallstein-Doktrin bestätigte und ausdrücklich an dem Grundsatz des „unfreundlichen Aktes" festhielt, kam sie in dieser Frage der scheinbar kompromißlosen Haltung Kiesingers entgegen. Vermutlich wollte Wehner durch seine Bereitschaft zu kooperativem Handeln auch eine Verstimmung im persönlichen Verhältnis zu Kiesinger ausräumen. Als sich der Kanzler auf einer Reise in Japan aufhielt, hatte ihn der Minister erstmals öffentlich attackiert. Das war ein schwerer Bruch der ungeschriebenen Gesetze im Verhältnis der Gründungsväter. Kiesinger sei dem CSU-Vorsitzenden Strauß mehr als notwendig zu Willen, sagte der Sozialdemokrat einer Zeitung[187]. Der Kanzler hörte von der Kritik an Bord einer Maschine, die ihn von seiner Reise aus Japan nach Bonn zurückbrachte, und war sichtlich betroffen. Er bedauere die Äußerung Wehners, erklärte er Journalisten. Er habe sich dem CSU-Vorsitzenden gegenüber nicht zu nachgiebig verhalten. „Wenn ich eine Maßnahme für notwendig hielt, habe ich nie gezögert, sie selbst gegen die Mehrheitsauffassung meiner Partei durchzusetzen", beteuerte er. Aber der Vorfall bestätigte, daß seit dem März 1969 das Verhältnis der Gründungsväter beschädigt war.

Der Minister für gesamtdeutsche Fragen wollte durch seinen Entwurf der Deutschland-Erklärung, den er nicht zufällig am Tag der Rückkehr des Kanzlers aus Japan vorlegte, die Sache bereinigen. Auch wenn sich beide Politiker nicht mehr zu persönlichen Gesprächen im Kanzleramt trafen, sondern sich lediglich in den gemeinsamen Gremien begegneten, blieb doch ihre Aufgabe, das Bündnis so gut es eben ging beisammenzuhalten. Übrigens nutzte am Ende auch der erzielte Kompromiß nichts. Der unberechenbare Staatspräsident Sihanouk brach die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik von seiner Seite aus ab.

Irritationen um die Aufwertungsfrage und um die Oder-Neiße-Linie

In der Kambodscha-Frage war gerade noch einmal ein Kompromiß gefunden worden. Zu einer Verständigung über Lösungsmöglichkeiten der seit langem schwelenden Währungskrise kam es dagegen nicht mehr. Dabei war die Frage, ob die DM aufgewertet werden sollte oder nicht, schon im Kabinett am 9. Mai 1969 entschieden worden. In einer viereinhalbstündigen Diskussion, in der sich Kiesinger und Strauß gegen die Aufwertung aussprachen, während Schiller und Bundesbankpräsident Blessing dafür plädierten, stellten sich alle CDU/CSU-Minister hinter Strauß und Kiesinger. Der Kanzler konnte ohne Abstimmung feststellen, daß die Mehrheit des Kabinetts gegen die Aufwertung sei, da die Union die größere Anzahl von Ministern stellte. Nach dieser Entscheidung fühlten sich allerdings die Sozialdemokraten nicht mehr an die Kabinettsdisziplin gebunden und kritisierten öffentlich die Regierungspolitik, sie empfahlen statt dessen eine Aufwertung der DM.

Der Streit wurde ausgelöst durch eine Währungskrise, die im Jahre 1968 ausbrach und ausgerechnet die drei westlichen Schutzmächte der Bundesrepublik besonders hart traf.

---

[187] Vgl. Badische Neueste Nachrichten, 23.5.1969; dort auch das folgende Zitat.

Der Dollar, das Pfund und der Franc waren seit geraumer Zeit durch die Außenhandelsdefizite ihrer Länder gegenüber der Mark überbewertet. Währungspolitisch gesehen bestand das Problem des Welthandels in einem Überschuß an Geld und damit in einer wachsenden Inflation, die einerseits durch den Vietnam-Krieg und andererseits durch hohe Kapitalinvestitionen von Amerikanern im Ausland entstanden[188]. Mit der Inflation wurden die Deutschen am besten fertig, vermutlich weil sich die Erinnerung an die Wertlosigkeit des Geldes nach den beiden Weltkriegen und die Erfahrung der Währungsreform von 1948 tief in den Menschen eingegraben hatten. Im Jahre 1968 stiegen in den USA die Preise beispielsweise um 4,1 Prozent, in England um 4,9 Prozent und in Frankreich um 4,6 Prozent; in der Bundesrepublik waren es nur 1,55 Prozent[189]. Hinzu kam der hohe Exportüberschuß der Deutschen, der durch die von den Vereinigten Staaten bewußt gegenüber dem Dollar unterbewertete DM gefördert wurde. Das galt im übrigen für einige westeuropäische Währungen und diejenige Japans auch. Washington gewährte damit diesen Ländern quasi eine Exportsubvention, da es billiger war, Waren und Rohstoffe von dort zu beziehen. Auf diese Weise entwickelte sich die ökonomisch starke Bundesrepublik bald zum Gläubigerland der westlichen Welt mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen und einer Vergrößerung ihrer Währungsreserven[190]. Nur ein einziges Mal – 1961 – wurde die DM um 5 Prozent aufgewertet: zu wenig, wie sich jetzt herausstellte.

Die Krise vom Spätherbst 1968 wurde vor allem durch den Kontrast zwischen Preisstabilität und Währungsstärke der Bundesrepublik einerseits und der sozialen und wirtschaftlichen Instabilität Frankreichs hervorgerufen. Paris versuchte zwar durch restriktive Maßnahmen wie Devisenbeschränkungen, durch zeitlich befristete Einfuhrkontingente und durch Exportsubventionen die Zahlungsbilanz auszugleichen. Aber das reichte nicht. Es kam zu einer Kapitalflucht nach Deutschland, die vor allem mit der Aufwertung der DM spekulierte[191]. Paris, aber auch Washington und London verlangten die Aufwertung der deutschen Währung. Doch die Bundesregierung dachte anders. Allen voran der Finanzminister, der glaubte, daß eine Aufwertung die Exportchancen der eigenen Wirtschaft zu stark gefährden könne. Kiesinger, in Finanzfragen auf den Rat der Experten angewiesen, schloß sich ihm an[192]. Auch Schiller schien zu diesem Zeitpunkt noch zu zögern. Bonn suchte nach einem Ausweg und fand ihn im „Gesetz über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung gemäß Paragraph 4 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft". Hinter dem schwerver-

---

188 Vgl. Baring (Machtwechsel, S. 139), der auf die These des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Robert Triffin verweist. Triffin warnte Anfang der sechziger Jahre vor einer Dollarlücke, falls die USA nicht ihr Zahlungsbilanzdefizit beseitigten; vgl. auch Hankel, Währungspolitik; zu den Faktoren, die zum Ende des Systems von Bretton Woods führten, siehe Möller, Weltwährungsordnung.

189 Vgl. Scharrer, Währungssystem, S. 389.

190 Vgl. ebenda. Zwischen 1958 bis 1962 betrug das Aktivsaldo der Handelsbilanz durchschnittlich 5,4 Mrd. DM.

191 Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 320.

192 Vgl. Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 341 f. Im November 1968 erklärte Kiesinger, solange er Kanzler sei, werde es keine Aufwertung geben. Schmoeckel/Kaiser machen drei Faktoren für Kiesingers Haltung verantwortlich. Erstens wollte er sich nicht durch eine Spekulation dazu drängen lassen; zweitens fürchtete er, daß die Bauern Zusagen staatlicher Hilfen als Ausgleich durch den Währungsverlust skeptisch gegenüberstehen würden; und drittens hatten Meinungsumfragen gezeigt, daß das Thema sich als Wahlthema nicht eignete, da es für den Bürger schwer zu verstehen war.

ständlichen Namen verbargen sich eine Verteuerung der Exporte um vier Prozent und eine Verbilligung der Importe um die gleiche Prozentzahl[193].

Den Amerikanern reichte diese Maßnahme dennoch nicht, obwohl Schiller dem amerikanischen Finanzminister Henry Hamill Fowler am 19. November 1968 versicherte, die Deutschen würden auf diese Weise ihren Zahlungsbilanzüberschuß um 4 Mrd. DM reduzieren. Sie bestanden während der Verhandlungen auf der von den Deutschen angeregten Konferenz der führenden westlichen Industrienationen, des sogenannten Zehnerclubs, darauf, die Bundesrepublik müsse ihre Währung aufwerten[194]. Vom 20. bis zum 22. November sahen sich der deutsche Finanz- und der Wirtschaftsminister einer Front der Defizitländer gegenüber, die auf eine Aufwertung drangen und die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen als nicht ausreichend kritisierten[195]. Aber Strauß und Schiller blieben hart und weigerten sich, einer Aufwertung zuzustimmen. Erstmals widerstand dabei die Bundesrepublik einem starken amerikanischen und vor allem französischen Druck. Den Bündnispartnern blieb neben dem Ärger über die Weigerung der Deutschen auch die Erkenntnis einer neuen Machtstellung der Bundesrepublik[196]. Die Londoner *Times* kommentierte, nunmehr sei die Macht in Europa von Paris nach Bonn übergegangen[197]. Aber die Machtverlagerung weckte Ängste vor einem neuen Größenwahn der Deutschen, wie er sich etwa in der Schlagzeile der *Bild-Zeitung* andeutete. Sie lautete: „Jetzt sind die Deutschen Nr. 1 in Europa – Das Ausland gratuliert – Verteidigung der Mark gelungen."[198] Die Germanen drückten ihren Brustkorb wieder heraus, stellte der französische Botschafter in Bonn, Seydoux, alarmiert fest[199].

Die Umkehr Schillers und der SPD zu einer Aufwertungspolitik fand im Frühjahr 1969 statt, als sich erwies, daß der eingeschlagene Weg nicht zum Erfolg führen würde. Zwar normalisierte sich der Währungsverkehr zwischen Frankreich und der Bundesrepublik wieder – die Bundesbank besaß im Februar 1969 weniger Währungsreserven als vor der Herbstkrise 1968[200] –, aber die Spekulationsgefahr war nach wie vor nicht gebannt. Noch im Januar 1969 hatte Schiller die Entscheidung der Bonner Konferenz des Zehnerclubs als „Sieg des Prinzips der kooperativen internationalen Stabilitätspolitik" gefeiert. Es habe sich die Einsicht verbreitet, daß der Bundesrepublik allein nicht die Verantwortung aufgebürdet werden dürfe[201]. Drei Monate später aber schlug er im kleinen Kreis dem Kanz-

---

193 Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 321, und Baring, Machtwechsel, S. 143; ausgenommen blieben die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die der Agrarmarktordnung der EWG unterlagen.

194 Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 321.

195 Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 143; Bundesbankpräsident Blessing verließ die Tagung noch in der Nacht des ersten Tages, weil er das Geschimpfe seiner ausländischen Kollegen nicht anhören wollte.

196 Vgl. Grosser, Frankreich und seine Außenpolitik, S. 281. Für Paris sei sichtbar geworden, meint Grosser, daß künftig Europa mit dem wirtschaftlichen Potential Bonns rechnen müsse. Langfristig sei es daher vernünftig geworden, mit dem Eintritt Großbritanniens ein Gegengewicht zur Bundesrepublik zu schaffen.

197 Vgl. The Times, 22.11.1968.

198 Bild-Zeitung, 23.11.1968.

199 Vgl. Seydoux, Botschafter in Deutschland, S. 152. Seydoux hatte nicht ganz unrecht. Der frühere Staatssekretär im Wirtschaftsministerium (1958-1963) und Kölner Ordinarius für Wirtschaftspolitik Alfred Müller-Armack etwa schrieb dem Kanzler am 8.7.1969, die Rolle der Bundesrepublik als Gläubigerland mit hohem Kapitalexport diene dem Wiederaufbau „der uns seit dem Ersten Weltkrieg verlorengegangenen deutschen Kapitalposition im Ausland"; AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 006, Müller-Armack an Kiesinger.

200 Vgl. Emminger, Bilanz der Währungskrisen, S. 143.

201 Schiller, Die Lage nach der Bonner Konferenz, S. 3.

ler vor, man solle die DM aufwerten[202]. Während der Haushaltsdebatte drückte er sich noch vorsichtig aus. Man habe sich „auf jeden Fall [...] für die weiteren Wege und auch für mögliche weitere Schritte alles offengehalten"[203]. Bereits mit dieser Bemerkung löste er erneut eine Spekulantenwelle aus.

Im April 1969 unternahm die Bundesbank den Versuch, die Bundesregierung zur Aufwertung zu zwingen, indem sie den Diskontsatz um 1 auf 4 Prozent anhob. Als Folge dieser Dämmung der Konjunktur und der Preisentwicklung erhöhte sich die Auslandsnachfrage, die allerdings ohnehin schon zu stark war. Die nächste Spekulationswelle ergoß sich über die Republik, als Strauß am 29. April die Bereitschaft der Bundesregierung zu einer multinationalen Änderung der Währungsparitäten verkündete. In den folgenden Tagen kam es wegen der Spekulationen um eine Aufwertung auf den Devisenmärkten teilweise zu einem Chaos. Nunmehr beschloß die Regierung am 9. Mai „endgültig, eindeutig und ewig", wie Ahlers hinterher sagte, die Deutsche Mark nicht aufzuwerten[204].

Im Kabinett war es freilich nicht zur Abstimmung gekommen. Der Bundeskanzler stellte nach langer Aussprache, bei der die Meinungsverschiedenheiten offen zu Tage traten, fest, eine Mehrheit habe beschlossen, nicht aufzuwerten[205]. Aber Kiesinger erreichte damit nicht, was er wollte, nämlich die Währungsfrage aus der Diskussion zu nehmen. Im Gegenteil: Nun wurden die Gegensätze in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Schiller und Strauß, die man am Anfang noch wegen ihrer vorzüglichen Zusammenarbeit als Plisch und Plum bezeichnet hatte, wurden nun zu Gegenspielern in einer Frage, die sich zu einem der wichtigsten Wahlkampfthemen entwickeln sollte[206]. Schiller kritisierte den Beschluß des Koalitionsgremiums. Am 26. Mai ließ ihm der Kanzler, erbost über die Kritik und ständigen Kommentare seines Wirtschaftsministers, folgenden Protest telefonisch übermitteln: „Sie wissen, daß ich Ihre persönliche Auffassung stets respektiert habe. Ich muß Sie nun aber auf das dringlichste bitten, kritische Äußerungen gegen diesen Kabinettsbeschluß zu unterlassen."[207]

Schiller antwortete drei Tage später in einem Brief, dessen Tenor auf die Martin Luther zugesprochenen Worte hinauslief: Hier stehe ich und kann nicht anders. Selbstverständlich habe er volles Verständnis für die schwierige Lage und für die Verärgerung des Kanzlers über seine Ausführungen zum Thema Preisstabilität und Nichtaufwertung. Auch sei er der Auffassung, daß manche Gründe, und nicht nur solche kabinetts- oder parteipolitischer Natur, dafür sprechen würden, die Diskussion einschlafen zu lassen. „Nur – dies wird nicht möglich sein und wird für mich nicht möglich sein."[208] Er könne nicht schweigen zu Preissteigerungen und ihrer Bekämpfung, zu außenwirtschaftlichen Gefahren und ihrer Beseitigung, eben zu den Geboten der Paragraphen 1 und 4 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes. Es sei selbstverständlich, daß jedes Kabinettsmitglied den

---

202 Vgl. AdG, Schiller an Kiesinger vom 24.9.1969, S. 14946.

203 VdDB, 5. Wahlperiode, 222. Sitzung vom 20.3.1969, S. 12091.

204 AdG, S. 14691.

205 Vgl. AdG, S. 14690 f.; Schmoeckel/Kaiser (Vergessene Regierung, S. 340) stellen fest, daß die SPD nicht bereit gewesen sei, diese Frage zum Anlaß eines Bruchs der Koalition zu machen. Wegen des komplexen Themas wäre es den Wählern nicht zu vermitteln gewesen, habe man geglaubt.

206 Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 145 f.; nach Aussage von Kiesinger ist dies vor allem auf Strauß zurückzuführen. Der Finanzminister hatte zu lange als zweiter Mann hinter Schiller zurückstehen müssen. In der Aufwertungsfrage sah er eine Möglichkeit, sich vorteilhaft in Szene zu setzen – sehr zum Kummer des Kanzlers, der das Problem gerne heruntergespielt hätte.

207 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, Kiesinger an Schiller vom 26.5.1969.

208 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 007, Schiller an Kiesinger vom 29.5.1969.

Kabinettsbeschluß vom 9. Mai respektiere. Dies habe er getan und werde es weiterhin tun. „Es ist aber nicht möglich, den Beschluß oder seine Folgen langsam vergessen zu lassen", hieß es wörtlich. Schweigen würde nichts, aufklären könne viel helfen.

Wie über einen heiligen Gegenstand sprach Schiller von den „Geboten" des Stabilitätsgesetzes, und auch der Hinweis auf die ersten Worte der Regierungserklärung, die noch einmal wörtlich wiedergegeben wurden, wirkte wie eine Mahnung. Der Brief deutete bereits an, daß Schiller mit der Währungsdiskussion in der Wahlkampfphase zum eigentlichen Kontrahenten Kiesingers heranreifen würde[209] – ein ungleiches Duell, wenn man bedenkt, daß der Kanzler auf dem wirtschaftlichen Gebiet kaum Fachkenntnisse aufwies und sich auf Expertenmeinungen verlassen mußte.

Die Erklärung des Ministers, er werde sich auch weiterhin kritisch zum Kabinettsentscheid äußern, leitete die letzte Phase der Koalition ein, in der beide Parteien ihre unterschiedlichen Standpunkte öffentlich darlegten. Ab jetzt gab es keine Bereitschaft mehr, eine Erklärung in den umstrittenen Themen aus Rücksicht auf den Koalitionspartner abzuschwächen, umzuinterpretieren oder gar zurückzunehmen.

Schütz und die Diskussion der Oder-Neiße-Grenze

Am 27. Juni 1969 veröffentlichte das Wochenblatt *Die Zeit* einen Aufsatz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Schütz hatte zuvor die Volksrepublik Polen besucht und schrieb unter dem Eindruck seiner Gespräche mit dortigen Regierungsmitgliedern, es müsse den Deutschen um die Veränderung des Charakters der bestehenden Grenzen gehen. Verbunden mit Gewaltverzichtsverträgen, solle Bonn die existierenden Grenzen anerkennen[210]. Es dauerte immerhin zwei Wochen, bevor der Bundeskanzler auf den Artikel reagierte. Am 11. Juli klagte er Brandt, der Aufsatz von Schütz enthalte Formulierungen, die „mit der Politik der Bundesregierung nicht übereinstimmen". Er mache sich Sorgen wegen der möglichen Auswirkungen. Brandt solle mit Schütz sprechen[211]. Aber nichts geschah. Schütz wiederholte seine Aussagen und fügte andere, provozierendere hinzu. Am 24. Juli wandte sich Kiesinger erneut an den Außenminister und SPD-Vorsitzenden. Diesmal fand der Kanzler deutlichere Worte: „Ich habe bisher noch davon abgesehen, mich zu dem Artikel in der *Zeit* und zu den neuen Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters zu äußern. Ich darf Ihnen gegenüber aber die dringliche Bitte aussprechen, daß Sie mit Herrn Schütz sprechen."[212] Die Antwort Brandts war konziliant. Er habe mit Schütz eingehend über dessen Reise nach Polen gesprochen, wolle aber auf bestimmte Aspekte des Artikels und des Fernsehbeitrages noch zurückkommen, ließ er am 25. Juli wissen[213]. Über die Reaktion der SPD auf den Artikel von Schütz fügte Brandt in der Anlage eine von der Partei herausgegebene Pressemitteilung vom 28. Juni bei. Der Text verteidigte die Aussagen mit Blick auf die Vertriebenenverbände. Schütz besitze das Recht, wie jeder andere Deutsche auch, eine Meinung zu äußern, hieß es etwa. Für die SPD gäbe es zwei Konstanten in der Deutschlandpolitik, erstens den berechtigten Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht und zweitens „die Notwendigkeit, in Mitteleuropa ein erträgliches und vertraglich geregeltes Verhältnis der Völker untereinander

---

209 Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 137; Hildebrand, Regierung, S. 401 ff.
210 Vgl. Schütz, Unsere Politik gegenüber Polen, in: Die Zeit, 27.6.1969.
211 AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Kiesinger an Brandt vom 11.7.1969.
212 AdKASt, Kiesinger I – 226, Kiesinger an Brandt vom 24.7.1969.
213 Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, Brandt an Kiesinger vom 25.7.1969; dort die folgenden Zitate.

zu finden". Dieser letzte Punkt stützte die Anregung von Schütz, über Gewaltverzichtsabkommen die Grenzen in Europa anzuerkennen. Darauf deutet auch der Satz, der Regierende Bürgermeister habe auf nichts verzichtet, „das anderen gehört, auch nicht auf etwas, das den Heimatvertriebenen gehört".

Schütz blieb bei seinen Aussagen und wiederholte sie in regelmäßigen Abständen bis zur Bundestagswahl. Am 7. September nannte er die polnische Westgrenze wie die Existenz der DDR Realität. Beide müßten anerkannt werden[214]. Dazu gab es von Kiesinger keine Stellungnahme mehr. Nachdem er sich öffentlich von den Auffassungen distanziert hatte, wurde die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters vermutlich als Wahlkampf gedeutet[215].

Die Aufwertungsdebatte wurde unterdessen mit großer Heftigkeit weiter öffentlich ausgetragen. Als Frankreich unerwartet am 8. August 1969 den Franc gleich um 12,5 Prozent abwertete, wurde das vom Kanzler und seinen Beratern als Erfolg der bisherigen deutschen Währungspolitik beurteilt. Fritz Berg, langjähriger Präsident des Bundesverbandes der Industrie, gratulierte und rühmte die Haltung des Kanzlers: „Die Abwertung des Franc hat die Richtigkeit Ihrer festen währungspolitischen Haltung bestätigt."[216] Damit sei auch die letzte Begründung für eine etwaige DM-Aufwertung entfallen.

Aber auch die Sozialdemokraten fühlten sich bestätigt. Nach eigener Aussage versuchte Schiller am 10. August, den Kanzler – im Geist der europäischen Solidarität – von einer deutschen Aktion, eben einer Aufwertung oder ähnlicher schon vorgeschlagener Maßnahmen, zu überzeugen. Es war abzusehen, daß es kurz vor der Wahl am 28. September zu einer erneuten Welle von Spekulantengeldern in die Bundesrepublik kommen würde.

Drei Tage vor der Wahl offerierte der SPD-Vorsitzende ein währungspolitisches Stillhalteabkommen für sechs Monate, um die Spekulationsflucht der schwächeren Währungen in die DM zu stoppen. Gleichzeitig sollte auf einer Sondersitzung des Kabinetts am nächsten Tag, dem 26. September, noch einmal über das Stabilisierungsprogramm Schillers beraten werden. Beides kam dann nicht mehr zustande. Die Union war mit einem Stillhalteabkommen ohne Kabinettssitzung einverstanden, die SPD wollte das Abkommen nur dann treffen, wenn auch die Vorschläge Schillers behandelt würden. Auf Anraten der Bundesbank schloß der Wirtschaftsminister die deutschen Devisenbörsen für zwei Tage, am 25. und 26. September. Das Ersuchen Kiesingers um eine Schließung für den Montag nach der Wahl lehnte Schiller allerdings ab[217].

Kiesinger und die Wahlnacht

Trotz aller wahltaktischen Dispute und öffentlich ausgetragener Gegensätze sprach sich Kiesinger, je näher der Wahltermin rückte, desto stärker für eine Fortsetzung der Großen Koalition aus. Zwar erklärte der Kanzler auch, ihm sei die Kleine Koalition lieber; aber

---

[214] Vgl. AdG, Schütz in der Berliner Waldbühne am „Tag der Heimat", 7.9.1969, S. 14896.

[215] Vgl. Der Deutsche Ostdienst, 18.8.1969; das Organ des Bundes der Vertriebenen druckte einen Brief Kiesingers, in dem der Kanzler betonte, die Bundesregierung teile nicht die Auffassung des Regierenden Bürgermeisters.

[216] AdKASt, Kiesinger I – 226, Berg an Kiesinger vom 12.8.1969.

[217] Am 29.9. trat das Kabinett aufgrund einer Initiative des Bundesbankpräsidenten Blessing zusammen, der entweder eine sofortige Aufwertung der DM oder eine Freigabe des Wechselkurses forderte. Die amtierende Bundesregierung gab daraufhin den Devisenmarkt vorübergehend frei.

das schien mehr ein Lippenbekenntnis zu sein. Ungleich stärker setzte sich der Kanzler für eine Fortsetzung des Bündnisses zwischen Union und SPD ein, was besonders daraus deutlich wurde, daß er noch immer ein Mehrheitswahlgesetz propagierte. Schon am 7. Juli – zweieinhalb Monate vor der Wahl – meinte Kiesinger vor den Kameras des *Deutschen Fernsehens*, selbst wenn CDU/CSU eine absolute Mehrheit erreichten, würden sie sich nicht der Forderung entziehen können, mit ihrer Mehrheit eine Änderung des Wahlrechts zu beschließen[218]. Unter diesem Aspekt mußten seine Aussagen zur angestrebten Koalition mit den Liberalen unglaubwürdig erscheinen. Hinzu kam, daß sich inzwischen die ost-, besonders aber die deutschlandpolitischen Ziele der FDP von denen der Union noch stärker unterschieden als von denen der SPD. Am 24. Januar 1969 hatten die Liberalen den Entwurf für einen „Vertrag zur vorläufigen Ordnung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR" veröffentlicht. Der Grundgedanke darin war einfach. Er kombinierte die Forderung der DDR nach völkerrechtlicher Anerkennung mit der Forderung der Bundesregierung nach menschlichen Erleichterungen. Gegenüber der DDR sollte ein Gewaltverzicht ausgesprochen werden, allerdings nur für die Übergangszeit bis zur Wiedervereinigung, also ohne daß die deutsche Frage dadurch präjudiziert worden wäre. Im Gegenzug sollte die DDR ihrer Bevölkerung freien Reiseverkehr gestatten und die politischen Inhaftierten begnadigen[219].

Solche Vertragsentwürfe fanden vor allem den Beifall von Wehner, der Scheel, Genscher und Mischnick am Tage vor der Deutschlanddebatte, am 24. April 1969, bei sich zum Frühstück empfing, um ihnen mitzuteilen, daß er im Bundestag den Entwurf dennoch leider ablehnen müsse[220]. Aber für Kiesinger und die CDU/CSU war diese Politik nicht tolerabel. In dem oben zitierten Fernsehgespräch sprach der Kanzler von Konzeptionslosigkeit und erklärte auf die Frage nach der Koalitionsfähigkeit der FDP: „Wir müssen in der Deutschlandpolitik und der Ostpolitik uns nicht an Worten berauschen, sondern wir müssen eine klare Linie ziehen. Es ist in der Großen Koalition möglich gewesen, trotz gelegentlicher Abweichungen, doch diese Linie zu halten. Mit der FDP würde es so, wie jetzt mindestens einige ihrer Politiker die Dinge aussprechen, sehr schwierig sein."[221] Das war deutlich genug. In den folgenden Wochen betonte er mit Blick auf die Liberalen, eine Koalition könne man nur dann schließen, wenn die Basis einer gemeinsamen Außenpolitik gegeben sei. Falls die Partei sich einer solchen Außenpolitik versagen würde, „gibt es eben keine Koalition"[222]. Und am 16. September erklärte der Kanzler in einem Gespräch mit der *Westfalenpost*, die parlamentarische Demokratie könnte ein Bündnis der beiden großen Parteien bis 1973 noch einmal ertragen, „vielleicht sogar mit Gewinn"[223].

Das war die Lage am Abend des 28. September. Es sah zunächst so aus, als ob die CDU/CSU einen überwältigenden Wahlsieg errungen hatte. Bis gegen 20 Uhr konnte Kiesinger sogar glauben, die Union habe die absolute Mehrheit der Mandate erzielt und

---

218 Vgl. BPA, Kiesinger im Deutschen Fernsehen am 7.7.1969, Anhang, S. 7.

219 Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 226 ff.; der Entwurf stammte vom Journalisten Hans Dieter Jaene.

220 Vgl. Baring (Machtwechsel, S. 228), der das Treffen als ein Signal sieht: „Ließ es doch erkennen, daß Wehner, der sich seit vielen Jahren nicht mit ihnen ausgesprochen hatte, seit der Wahl Heinemanns am 5.3.1969 die Liberalen positiver einzuschätzen begann als vorher, wenn er auch noch nicht so recht an eine mögliche Zusammenarbeit glaubte."

221 BPA, Kiesinger am 7.7.1969, S. 5.

222 Bulletin, Kiesinger im Südwestfunk am 10.8.1969, 14.8.1969.

223 Westfalenpost, 16.9.1969.

sei daher sämtlicher Koalitionsprobleme ledig. Den ganzen Abend und sogar noch am nächsten Morgen war er sicher, gegen die CDU/CSU könne keine Regierung gebildet werden. Von seinen Beratern dazu überredet, richtete er jetzt seine Hoffnungen ganz auf die FDP. Im Kanzlerbungalow saßen im Hochgefühl des Sieges zusammen die engsten Berater Guttenberg, Diehl, Carstens, Kohl, die Ehefrau Marie-Luise und Sohn Peter. Die CDU/CSU konnte 46,1 Prozent erzielen und verlor damit nur 1,5 Prozentpunkte gegenüber den Wahlen von 1965. Die SPD gewann immerhin 3,4 Prozentpunkte hinzu und erhielt 42,7 Prozent der Stimmen. Starke Verluste hatte die FDP hinzunehmen, die von 9,5 Prozent auf 5,8 Prozent rutschte (ein Verlust von 3,7 Prozentpunkten).

Die politischen Berater waren von Beginn an auf ein Bündnis mit der FDP eingestimmt. Kohl sagte, nur eine Kleine Koalition sei denkbar, und man stimmte zu[224]. Allein Guttenberg blieb der Großen Koalition treu. Er sei der einzige gewesen, berichtet er später, der sich nicht für die christlich-liberale Koalition ausgesprochen habe[225]. Aber sonst war die Meinung ungeteilt. Dahinter stand wohl zunächst das Gefühl, frei zu sein und selbst bestimmen zu können. All die Mühsal der Kompromißfindung schien nun im Rückblick ein Alptraum gewesen zu sein. Warum sollte man sich wieder in diese Lage begeben? Nur weg von der SPD, mit der man bis zuletzt gestritten hatte, lautete die Parole der Stunde. Mit Erleichterung kommentierte beispielsweise Barzel vor den Fernsehkameras das Ergebnis: Diesmal sei es die Union, die das Rennen gemacht habe. Und zu Schmidt, zu dem er in der Koalition ein kameradschaftliches Verhältnis entwickelt hatte, meinte er hochmütig: Der Herr Kollege werde sich daran gewöhnen müssen, wer jetzt den Ton angebe[226].

Alle sprachen von der FDP. Das war ein Fehler, der Kiesinger vielleicht das Kanzleramt und der Union die Regierungsbeteiligung kostete. Der Kanzler hätte unter allen Umständen geradlinig auf die Fortsetzung der Koalition zusteuern müssen. Vielleicht hätte es genutzt, sich in dem Moment, da die Hochrechnungen in den beiden Fernsehanstalten nicht mehr die absolute Mehrheit der Mandate für die Union vorhersagten, sofort um die SPD zu kümmern und Kontakt zu denjenigen aufzunehmen, die noch an eine Große Koalition glaubten. Aber wie schon in den Monaten zuvor, überließ der Kanzler die Initiative den Beratern um sich herum. Jede Hoffnung auf eine Fortsetzung der Koalition, die er im Wahlkampf nährte, war am Wahlabend schnell aufgegeben. Kiesinger hatte sich in den Monaten zuvor nicht eindeutig genug in seiner Partei für das Bündnis eingesetzt. Jetzt war es dafür zu spät.

Man muß einerseits von der tragischen Seite des Wahlabends sprechen, wenn das knappe Wahlergebnis sowie die Rolle der NPD bedacht werden, die zwar selbst nicht den Sprung in den Bundestag schaffte, aber mit ihren Stimmen eine absolute Mehrheit der Union verhinderte. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß der Kanzler sich zu wenig um die Koalitionsfrage in den eigenen Reihen bemüht hatte. Es fehlte ihm dabei an Voraussicht und Entschlossenheit. Kiesinger hatte unbestritten einige eindrucksvolle Erfolge in der Außenpolitik erzielen können – in seiner Koalitionspolitik wirkte er dagegen konzeptionslos. Der Eindruck trifft zu, daß er sich weitgehend treiben ließ. Die plötzliche Wendung zur FDP am 28. September ist der letzte Akt in einem politischen Drama, das zwar Höhepunkte, aber weder Struktur noch einen verständlichen Zusammenhang aufweist. Sicherlich reizte Kiesinger jetzt die Möglichkeit, mit der FDP und damit mit größe-

---

224 Vgl. Peter Kiesinger, Gespräch mit dem Verfasser, 16.2.1989.
225 Vgl. Guttenberg, Fußnoten, S. 108.
226 Vgl. Nau, Gespräch mit Baring, 10.3.1977; Der Spiegel, 6.10.1969, S. 28.

rer Unabhängigkeit zu regieren, aber das entsprach nicht der Politik, die er drei Jahre lang verfolgt hatte. Er unterschätzte auch den Willen der Liberalen, ein Bündnis mit den Sozialdemokraten einzugehen. Dort hatte man die stiefmütterliche Behandlung durch ihn nicht vergessen. Zudem existierten schon seit der Wahl Heinemanns ausgeprägte Kontakte zwischen den Spitzen von FDP und SPD. Schließlich sprach auch die große Annäherung in der Deutschland- und Ostpolitik zwischen diesen Parteien für eine sozialliberale Koalition.

Kiesinger suchte trotzdem noch in der Wahlnacht über Kohl das Gespräch mit den Liberalen. Ganz im Gegenteil zum Kanzler hatte der Ministerpräsident die Verbindung zur FDP nie abreißen lassen und brachte auch an diesem Tag den Gedanken der Kleinen Koalition auf. Kohl, der als junger erfolgreicher Landespolitiker schon seit einiger Zeit in den Kreis der Berater um Kiesinger aufgestiegen war und der sich überhaupt häufig um ältere und verdiente Politiker seiner Partei kümmerte[227], traf sich auf Geheiß Kiesingers mit Genscher – mit Wissen und Zustimmung anderer FDP-Präsidiumsmitglieder und vor allem des Vorsitzenden Scheel. Über das Treffen hat es unterschiedliche Aussagen gegeben. Baring hat über Kohls Eindruck berichtet, der CDU-Politiker habe in dem Gespräch das herausgehört, was er herauszuhören wünschte, nämlich Genscher strebe die CDU/CSU-FDP-Koalition an, sie sei sogar schon abgemachte Sache[228]. Hier täuschte sich Kohl allerdings, so Baring, denn der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion hatte sich seit Monaten eindeutig für die sozialliberale Koalition ausgesprochen. Wenn er in dem Gespräch Kohl ein anderes Bild gezeichnet habe, dann nur, weil er den Weg zu den Christdemokraten offenhalten wollte, falls das Bündnis mit den Sozialdemokraten nicht zustande kommen sollte[229].

Ein ganz anderer Eindruck von der Motivation Kohls bei diesem Gespräch hat sich beim Chefkorrespondenten der *Süddeutschen Zeitung* und genauen Beobachter des Bonner Parketts über Jahrzehnte, Dreher, gebildet. Genscher habe später von dem Gespräch in der Septembernacht 1969 berichtet, es sei kurz, förmlich und frostig gewesen. Kohl habe angedeutet, daß Scheel wieder Entwicklungshilfeminister werden könne. Die Union sei bereit, seinem Amt einige erweiterte Kompetenzen aus dem Auswärtigen Amt zuzubilligen. Es seien auch „Vereinbarungen" zwischen beiden Parteien angesprochen worden, also die freiwillige Abtretung von Direktmandaten für zehn Jahre. Aber Genscher erhielt den Eindruck, handfeste Angebote seien nicht gemacht worden[230]. Dreher glaubt, Kohl habe während des Gespräches absichtlich große Zurückhaltung geübt. Aus persönlichen Gründen habe er eine weitere Regierungsbeteiligung der Union nicht für rat-

---

227 Vgl. Dreher, Gespräch mit dem Verfasser, 5.7.1988; beispielsweise war es der CDU-Vorsitzende von Rheinland-Pfalz, der Strauß 1963 bat, erstmals nach der Spiegel-Affäre bei ihm im Wahlkampf aufzutreten. Und auch als Gerstenmaier sein Amt als Bundestagspräsident aufgeben mußte, lud ihn Kohl zu einem Abendessen nach Mainz ein. Baring (Machtwechsel, S. 161) betont, daß sich Kohl besonders um die älteren Politiker kümmerte, da sie keine Konkurrenz für ihn darstellten.

228 Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 162.

229 Vgl. ebenda, S. 162 f.

230 Dreher, Gespräch mit dem Verfasser, 5.7.1988; das Protokoll der FDP-Vorstandssitzung vom 30.9. bestätigt diese Aussage allerdings nur in beschränkter Weise. Genschers Worte (zitiert nach Baring, Machtwechsel, S. 162) lassen sich so deuten, als ob Kohl über vage Andeutungen nicht hinausgegangen sei: „Er hat mir gesagt, daß bei ihnen die Bereitschaft, eine Koalition mit der Freien Demokratischen Partei zu bilden, sehr stark sei, mit sehr weitreichenden Konsequenzen auch auf die Landespolitik, mit einer großzügigen, die Wunden heilenden Behandlung hinsichtlich der Vergabe von Kabinettsposten."

sam gehalten. Kohl habe kalkuliert, daß er zu Beginn der achtziger Jahre selbst Bundeskanzler werden könne. Er sei überzeugt gewesen, daß es leichter sei, aus der Opposition heraus Kanzler zu werden[231]. Möglicherweise ist diese These zu sehr vom Ende her gedacht. Sie zeigt aber, wie stark sich der Eindruck festgesetzt hat, daß Kiesinger in der Wahlnacht die Zügel der Führung längst entglitten waren.

Am Wahlabend schien Kiesinger noch der sichere Sieger des Tages zu sein. Aber das änderte sich schon bald: Kurz vor Mitternacht verabredeten Brandt und Scheel, eine Regierung zu bilden. Brandt begab sich vor die Kameras und erklärte: „SPD und FDP haben mehr als CDU und CSU."[232] Damit war der Versuch angekündigt, eine sozialliberale Koalition zu gründen. Im Morgengrauen des Montags schlich das Gespenst einer neuen Regierungskoalition in Bonn um das Bundeshaus, meinte Mende später[233]. Aber Kiesinger hielt eine solche Koalition zunächst für unwahrscheinlich. Zu knapp erschien ihm der Vorsprung einer Mehrheit von nur sechs Abgeordneten. Dennoch unterbreitete der amtierende Kanzler den Liberalen am 30. September ein derart großzügiges Angebot, daß es schwerfallen mußte, es einfach auszuschlagen. Er offerierte Dauerbündnisse im Bund, den Ländern und Gemeinden für die gesamten siebziger Jahre[234]. Das Paket enthielt noch andere Zusagen. Einmal würde die Union auf die Bildung einer Großen Koalition verzichten und nicht länger die Änderung des Wahlrechts fordern. Zum anderen sollte die FDP sechs Ministerposten erhalten, und Kiesinger bot Scheel ausdrücklich das Außenministerium an.

Zu schön, um wahr zu sein, mußte sich nicht nur die FDP-Delegation denken. Auch in der Union fand das Angebot keine ungeteilte Zustimmung. Es trug zu sehr den Charakter, panikartig zusammengestellt worden zu sein, um die SPD aus dem Feld zu schlagen. Besonders die Offerte, Scheel das wichtigste Amt der Bundesregierung nach dem Bundeskanzler zu überlassen, stieß auf Ablehnung. Das galt übrigens nicht nur für die Union. Als „Herrn Leichtfuß" schätzte ihn der Altliberale Reinhold Maier ein, als rheinischen „Windhund" sah ihn die den Linksliberalen nahestehende Publizistin Dönhoff[235]. Im Wahlkampf nannte man ihn bei der Union einen „Traumtänzer". Auch Kiesinger mußte am 1. Oktober einräumen, daß er Scheel eine Politik des „Wunschdenkens und der Illusionen" vorgeworfen habe[236]. Für die meisten Unionspolitiker, gerade auch für Kohl, war er als ernstzunehmender Politiker nicht qualifiziert genug. Man konnte ihm allerhöchstens das Entwicklungshilfeministerium anvertrauen, das er schon einmal bis zum Bruch der Regierung Erhard geleitet hatte. Als Kiesinger Scheel am 3. Oktober in einem Schreiben die Angebote bestätigte, ging er auf das Außenministerium nicht mehr ein. Im Gegenteil, der Brief enthielt einige einschränkende Äußerungen zur Außenpo-

---

231 Vgl. ebenda.

232 Baring, Machtwechsel, S. 166 ff.

233 Vgl. Mende, Wende, S. 309.

234 Vgl. Baring, Machtwechsel, Protokoll der Vorstandssitzung der FDP am 3.10.1969, S. 157. Mischnick bestätigte auf der FDP-Vorstandssitzung: „Es war deutlich zu spüren, daß dieses Angebot Bund, Länder und Gemeinden umfassen sollte und daß es bis Ende der siebziger Jahre gelten sollte. (Zuruf: Ein Fusionsangebot!) Weil Sie das sagen: so eine Art wie damals die Bürgerblock-Geschichte in Hamburg, also praktisch eine Absicherung der F.D.P. bis Ende der siebziger Jahre. So war der Grundgedanke." Sogar eine Wahlabsprache mit der FDP war angeboten worden. CDU/CSU zeigten sich bereit, den Liberalen drei Wahlkreise zur Verfügung zu stellen, damit sie über die Landesliste in ein Parlament einziehen konnten, falls sie die 5-Prozent-Hürde nicht überspringen sollten.

235 Baring, Machtwechsel, S. 158.

236 BPA, Kiesinger im ZDF am 1.10.1969, Anhang, S. 3.

litik: „Auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik", hieß es da, „wird es notwendig sein, durch eine gründliche Beratung die beiderseitigen Standpunkte zu klären und zu prüfen, ob eine gemeinsame Politik möglich ist."[237] Der offensichtliche Rückzug in dieser Frage sowie die als Fusionsangebot aufgefaßten, im Brief nur vage angedeuteten sachlichen Zugeständnisse trugen dazu bei, daß sich die Liberalen nicht beirren ließen und auf die Koalition mit der SPD zusteuerten.

Im Grunde war alles schon vorher entschieden. Mende gab dem Kanzler am 2. Oktober folgende Einschätzung: Die Düsseldorfer Koalition werde nun nach dreijähriger Bewährung auch durch das persönliche Verhältnis von Kühn und Weyer als Modell für eine Brandt/Scheel-Koalition gehandelt. Die Linken hätten alle Einwände vom Tisch gewischt und befänden sich in einer Aufbruchsstimmung. Es sei zu spät, daran noch etwas ändern zu wollen[238]. Kiesinger habe sich betroffen von seiner Beurteilung der Koalitionslage gezeigt, beschrieb Mende später Kiesingers Reaktion. Er sei bereit, den Liberalen die gleichen Ressorts anzubieten wie die SPD. Auch die Wahlreform sei allemal vom Tisch, wenn die FDP zur Zusammenarbeit bereit wäre, betonte Kiesinger noch einmal. Dazu konnte Mende nur antworten: „Dieses Angebot kommt drei Jahre zu spät, Herr Bundeskanzler!"

Diese Aussage traf Kiesinger um so härter, als er sich von den Konservativen in der liberalen Fraktion Schützenhilfe gegen die sich anbahnende sozialliberale Koalition erhofft hatte. Das war ihm auch in der Wahlnacht bestätigt worden. Mindestens zehn Abgeordnete würden gegen ein solches Bündnis stimmen, meinte Kohl, der sich auf Mende berief. Tatsächlich hatte es diese kleine Gruppe von Verschwörern gegeben, darunter die beiden Bayern Ertl und der frühere Finanzminister Starke sowie die niedersächsischen Abgeordneten Fritz Logemann und Carlo Graaff. Noch am Montag, dem 29. September, waren sich diese einig, daß eine Koalition mit der SPD keineswegs beschlossene Sache sei. Doch dann setzte eine Werbekampagne ein, der sich viele Liberale nicht zu entziehen vermochten. Ertl köderte man mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Logemann wurde der Posten eines Parlamentarischen Staatssekretärs angeboten. Beide nahmen an. Graaf erhielt die Zusage, seine Waggonfabrik werde künftig stärker berücksichtigt[239]. Von anfänglich zehn Abgeordneten blieben am Ende vier Gegner einer Koalition mit der SPD. Mende, Starke und Siegfried Zoglmann verließen im Oktober 1970 ihre Partei und schlossen sich der CDU/CSU an. Im Juni 1972 trat Kühlmann-Stumm sein Mandat an Menne ab.

Kiesingers Gewißheit, am Ende doch zu triumphieren[240], beruhte ganz auf der Hoffnung, daß Brandt bei der Kanzlerwahl im Parlament nicht die erforderliche Mehrheit erzielen würde. In der Zeit bis zum zweiten oder dritten Wahlgang würde die Union versuchen, den Rest der FDP auf ihre Seite zu ziehen. Als sich aber herausstellte, daß die Liberalen mit großer Geschlossenheit das Bündnis mit der SPD anstrebten, lud er seinen Ärger und seine Frustration öffentlich auf dem vermeintlichen Koalitionspartner ab. In der Sendung *Bonner Perspektiven* kündigte er am 5. Oktober 1969 an, die Union gedenke jene Partei aus vier der nächsten fünf anstehenden Landtagswahlen „herauszuka-

---

237 Baring, Machtwechsel, Kiesinger an Scheel vom 3.10.1969, S. 158 f.

238 Vgl. Mende, Wende, S. 310; dort auch das folgende Zitat.

239 Vgl. Mende, Wende, S. 308; Baring, Machtwechsel, S. 163.

240 Vgl. Barzel, Gespräch mit dem Verfasser, 10.6.1988; siehe auch Baring, Machtwechsel, S. 161. Sogar noch am Tage nach der Bundestagswahl staunte Barzel, als der Kanzler ihn fragte, ob er, Barzel, der neue Außenminister werden wolle. Der Fraktionschef erwiderte entgeistert: „Aber wir werden die Regierung verlieren, Herr Bundeskanzler!"

tapultieren, die sich jetzt als Schlüsselfigur der Bundesrepublik betätigt"[241]. Damit verdarb er das Verhältnis zur FDP endgültig und erschwerte eine Annäherung zwischen den beiden Parteien für die nächsten Jahre.

Warum setzte Kiesinger nicht auf die Erneuerung der Großen Koalition? Er selbst hat die Schuld ganz bei der SPD gesehen. Am 1. Oktober erklärte er auf die Frage, warum es keinen Versuch gegeben habe, mit der SPD eine zeitlich begrenzte Große Koalition zu bilden: „Es kam gar nicht mehr dazu. Wir waren in einer Situation, wo uns die SPD so rasch und so vor ein Fait accompli gesetzt hat, daß eine derartige Verhandlung von unserer Seite aus keine Aussicht eröffnete."[242] Offenbar maß der Kanzler auch der scheinbar verächtlichen Haltung Wehners gegenüber der FDP kein großes Gewicht bei, als der stellvertretende SPD-Vorsitzende am Wahlabend von der FDP als „Pendler-Partei" sprach[243]. Im Jahre 1980 schrieb Kiesinger allerdings, „Wehner wäre wohl zu einer Fortsetzung der Großen Koalition bereit gewesen". Dafür spräche dessen Antwort auf die Frage eines Journalisten in der Wahlnacht, ob die SPD nun mit der FDP koalieren werde: „Mit den Pendlern?"[244] Das war allerdings eine falsche Einschätzung, glaubt man Wehner. Im Jahre 1977 erklärte der SPD-Politiker, man müsse seine Äußerung genau ansehen! Er habe gesagt: Jetzt werde sich zeigen, ob die FDP eine Pendlerpartei bleiben wolle[245].

Entscheidend für das Ende der Großen Koalition war aber, daß die beiden wichtigsten Befürworter dieses Regierungsbündnisses in der SPD sich dem Parteivorsitzenden nicht in den Weg stellten, als Brandt fest entschlossen auf die sozialliberale Koalition zusteuerte. „Wenn du's willst, mach's doch", soll Schmidt Brandt in der Wahlnacht nach eigenem Bekunden gesagt haben[246]. Wehner und Schmidt wollten nicht für die Fortsetzung der alten Regierung kämpfen. Kiesinger erklärte sich diese Tatsache später damit, daß Wehner zu diesem Zeitpunkt die Mehrheit der SPD-Fraktion nicht mehr „hinter sich" gehabt habe[247]. In der Fraktion sei man sich offensichtlich darüber einig geworden, daß die zu lösenden Sachfragen eher von einer sozialliberalen Regierung bewältigt werden konnten als vom bestehenden Bündnis.

Aber die Entfremdung zwischen dem Kanzler und seinem Minister spielte die entscheidende Rolle. Auf die Frage, warum das Bündnis der Großen Koalition zerbrochen sei, zitierte Wehner in einem Interview 1980 Guttenbergs Bemerkung: „Es war das Drumherum um die Bundespräsidentenwahl 1969."[248] Wehner stimmte dem zu. Damals habe die SPD knapp verhindern können, daß ein Bundespräsident mit den Stimmen der NPD gewählt worden wäre, meinte er. Und damals hätte Kiesinger sich nicht nur geweigert, das Angebot einer Passierscheinausgabe für die Verlegung der Bundesversammlung anzunehmen, sondern auch erklärt, er glaube nicht an die Notwendigkeit, mit Ost-Berlin unbedingt Kontakt anzuknüpfen. An diesem Abend endete für Wehner das persönliche Bündnis mit Kiesinger. Es gab keine gemeinsame deutschlandpolitische und damit all-

---

241 BPA, Kiesinger im ZDF am 5.10.1969, Anhang I, S. 6. Kiesinger versuchte später die Bedeutung dieser Entgleisung herunterzuspielen. Bei den Rhöndorfer Gesprächen am 20.11.1986 zitierte er Theodor Fontanes Wort: „Fremdwörter haben immer etwas Gesteigertes." Kiesinger gebrauchte dieses Dichterwort öfters, vgl. Oberndörfer (Hrsg.), Große Koalition, S. 132.

182 Ebenda, S. 5.

243 Guttenberg, Fußnoten, S. 107.

244 AdKASt, Kiesinger I – 226, E/IV.1, A 355, Kiesinger an Dichgans vom 9.1.1980, S. 4.

245 Vgl. Wehner, Gespräch mit Baring, 25.1.1977.

246 Baring, Machtwechsel, S. 174.

247 AdKASt, Kiesinger I – 226, Kiesinger an Dichgans vom 9.1.1980, S. 4.

248 Terjung (Hrsg.), Der Onkel, Wehner für NDR am 5.1.1980, S. 161.

gemein gültige Basis mehr. Das wichtigste Element der Stabilität in der Koalition, das Verhältnis der beiden Gründungsväter, war zerstört und ließ sich nicht wiederherstellen.

Versöhnung nach Jahren

Neben dem fundamentalen Streit zwischen Kiesinger und Wehner gab es andere Gründe, die eine Fortsetzung der Großen Koalition unmöglich machten. Mittlerweile bestimmten ganz andere Themen die politische Diskussion als noch drei Jahre zuvor. Im Herbst 1966 ging es um die Frage des Ausgleichs für die entstandene Haushaltslücke und die Überwindung der Rezession. Inzwischen war das Problem nicht nur gelöst, sondern auch die Wirtschaftskrise überwunden. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 673 572 im Februar 1967 auf 341 000 im September und ging bald ganz zurück[249]. Im Mai 1969 wurde ein Nachkriegsrekord in der Zahl der offenen Stellen erreicht: Es gab 807 200 freie Arbeitsplätze! Das reale Bruttosozialprodukt wuchs im Jahre 1968 um 6,9 Prozent[250]. Die durch das hohe Wachstum zu erwartenden steuerlichen Mehreinnahmen schienen die in der Großen Koalition höheren Haushaltsausgaben des Bundes aufzufangen. Trotz dieser Erfolge wirkte im Herbst 1969 die Frage zwischen beiden Regierungsparteien, ob die DM aufgewertet werden sollte oder nicht, gegen die Fortsetzung der Koalition. Die Polarisierung trug dazu bei, daß das Einverständnis zwischen beiden Parteien in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bei der Bildung der Regierung im Herbst 1969 diesmal nicht zum Tragen kam.

Auch die erfolgreiche Durchführung derjenigen Projekte, die eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag benötigten, sprach gegen die Fortsetzung der Großen Koalition über 1969 hinaus. Das galt insbesondere für die Notstandsgesetze. Die Einführung eines Mehrheitswahlrechts dagegen – einziges gestecktes Ziel, das die Koalition nicht erreichte – wäre wahrscheinlich auch bei einer Fortsetzung des Regierungsbündnisses am Widerstand der Sozialdemokraten gescheitert.

Unerledigt und dringlich blieb die Fortsetzung der Deutschland- und Ostpolitik. Da die wirtschaftliche Entwicklung zufriedenstellend verlief, war vorauszusehen, daß sich die Regierung von 1969 im wesentlichen auf diesem Gebiet würde profilieren müssen. Und gerade hier hatte die Erfahrung des Frühjahrs und Sommers 1969 gelehrt, daß eine gemeinsame Linie von Union und SPD immer schwerer zu finden und durchzuhalten war. Dagegen sprach die sich schon 1966 deutlich abzeichnende Gemeinsamkeit von Liberalen und Sozialdemokraten in der Deutschlandpolitik für ein gemeinsames Regierungsbündnis.

Vor diesem Hintergrund war auch Brandts Votum für die Koalition mit der FDP entschlossener als drei Jahre zuvor. Hinzu kam, daß er seit dem Sommer 1967 als Außenminister stärker an Profil hatte gewinnen können. Seit dieser Zeit zeigte er sich selbstbewußter im Umgang mit Kiesinger, beharrte auf seinen Forderungen in der Ostpolitik, auch wenn er im Kabinett weiterhin nicht die Auseinandersetzung mit dem Kanzler suchte. Im Laufe des Jahres 1969 wurde ihm klar, daß seine Ostpolitik sich nicht zusammen mit den Christdemokraten werde durchführen lassen. In der Zustimmung der Bundesregierung zum Sperrvertrag hatte er die einzige Möglichkeit gesehen, die gemeinsame Politik der Annäherung an die osteuropäischen Staaten erfolgreich voranzubringen. Aber da sich die Union, vor allem Kiesinger, gegen die Unterzeichnung wandte, galt ihm das als Zeichen für die Notwendigkeit eines Koalitionswechsels.

---

[249] Vgl. Schneider, Große Koalition, S. 93.
[250] Vgl. ebenda, S. 96.

Es war daher auch Brandt, der den Abschiedsbrief an Kiesinger verfaßte. Er, nicht Kiesinger, beendete die Große Koalition formell durch ein Dankesschreiben an den Kanzler. Brandt war nicht anwesend, als Kiesinger am 8. Oktober in der letzten Kabinettssitzung eine Bilanz des Regierungsbündnisses zog. Erst am nächsten Tag schrieb der SPD-Vorsitzende aus Münstereifel handschriftlich an den Bundeskanzler:

„Weder zurückliegende noch bevorstehende Kontroversen werden mich abhalten, zu dem zu stehen, was wir seit Ende 1966 miteinander geleistet haben; es ist unserem Vaterland nicht schlecht bekommen. Die künftige Regierung wird sich auf das zu stützen haben, was durch die Große Koalition konzipiert, angepackt und zu einem nicht geringen Teil ja auch verwirklicht wurde.

Wir stehen, so oder so, in gemeinsamer Verantwortung. Auch deshalb kann dies kein politischer Abschiedsbrief sein. Aber ich wollte Ihren gestrigen Rückblick doch nicht ohne eine Antwort lassen, in die der persönliche Respekt vor Ihrer Kanzlerschaft einbezogen ist."[251]

Wehner meldete sich dagegen nicht. Im Terminkalender des Kanzlers ist in der Zeit nach der Wahl kein Eintrag über ein Treffen mit dem Sozialdemokraten zu finden. Nichts unmittelbar nach dem Ende und kaum ein Wort im Laufe der folgenden Jahre. Wehner schickte zwar einige freundliche Zeilen zum Geburtstag, und er übersandte selbst verfaßte Bücher, die er mit persönlichen Widmungen versah. Das war alles. Dennoch schätzte Kiesinger diese Geschenke hoch ein. Wenn er einmal ein Buch mit der Widmung „mit Respekt, herzlich Ihr Wehner" erhielt, dann war der Christdemokrat davon überzeugt, daß sich „schon etwas Echtes" hinter diesen Worten verbarg[252].

Aber viele von Wehners Taten blieben Kiesinger auch im nachhinein unverständlich. So konnte der Altbundeskanzler beispielsweise den im Jahre 1968 veröffentlichten Artikel Wehners für die Festschrift von Alex Möller nie erklären. Der Beitrag ist schon oben ausführlich erwähnt worden. Kiesinger empörte, daß der Minister darin der CDU/CSU vorgeworfen hatte, sie habe nichts für die „demokratische Lösung der deutschen Frage" getan. Er hielt nicht nur diese Feststellung für falsch, sondern nahm insbesondere den Zeitpunkt übel, zu dem sie getroffen wurde. „Er wirft der CDU vor, es sei eben nichts unternommen worden [...] Und das inmitten der Großen Koalition!", bemerkte Kiesinger noch 1978 aufgebracht.

Hatte Wehner ihn „betrogen"? Hat der Minister eine ganz andere Politik gewollt und ausgeführt, als er dem Kanzler selbst erklärte? Kiesinger hat das nie angenommen und den Sozialdemokraten vor solchen Behauptungen aus der eigenen Partei immer verteidigt. Wehner habe ihm nie etwas vorgemacht, sondern habe die gemeinsam vereinbarte Linie in der Politik „treu durchgehalten". Aber Kiesinger war sich bewußt, daß er und Wehner, zumindest im Frühjahr 1969, unterschiedliche Wege eingeschlagen hatten. Er bewunderte die Konsequenz, mit der Wehner seit damals seine politische Zielsetzung verfolgt hatte und weiter verfolgte.

Trotz aller Entzweiung im sachlichen Bereich blieb der persönliche Respekt erhalten, den beide Politiker füreinander empfanden. Zum 75. Geburtstag, am 6. April 1979, erhielt Kiesinger einen Brief Wehners, der – mit zehnjähriger Verspätung – auf den bis dahin zwischen beiden unausgesprochenen Bruch vom Frühjahr 1969 Bezug nahm:

„Mit meinem Gruß aus Anlaß Ihres ‚75.' möchte ich Ihnen ein Zeichen geben, daß auch meine guten Wünsche Sie begleiten. Ich möchte Ihnen damit zugleich meine Dankbarkeit für vieles zum Ausdruck zu bringen versuchen, sowohl für Ihre persönliche als auch für Ihre politische Fähigkeit, mit-

[251] AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 001, Brandt an Kiesinger vom 9.10.1969.

[252] AdKASt, Kiesinger I – 226, A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 45; dort auch die folgenden Zitate.

einander umzugehen – auch bei gegensätzlichen oder unterschiedlichen politischen Einschätzungen oder Grundauffassungen.

So wie die ‚Dinge' sich entwickelt haben und wohl weiter entwickeln werden, ist kaum zu erwarten, einander erklären zu können, woraus die oder jene Entscheidung zu erklären oder zu verstehen ist. Deshalb möchte ich Ihnen eben mit meinem Gruß und meinen guten Wünschen meine Wertschätzung ausdrücken. Ich erlaube mir, Ihnen ein Büchlein[253] zu schicken, das Sie vielleicht deshalb interessiert, weil es Einblick gibt in das, was mich politisch bewegt hat – obwohl es nun so aussieht, als seien die Probleme zäher als die Fähigkeit, sie zu lösen."[254]

Wie im Brief vom Dezember 1968 beschränkte sich Wehner auch hier auf das Vernünftige: Er versuchte nichts zu erklären, nichts zu beschönigen. Er erwähnte nur das, was ihm persönlich wichtig war: den Respekt für Kiesinger, ja vielleicht sogar eine gewisse Zuneigung. Der Brief war die Anregung, vielleicht auch die Bitte, die Ereignisse von 1969 auf sich beruhen zu lassen. Vielleicht hatte Kiesinger lange auf dieses Wort Wehners gewartet. Jetzt war es eingetroffen. Erst im April 1979 trugen die beiden Gründungsväter ihr Unternehmen, die Große Koalition, gemeinsam zu Grabe.

[253] Es handelt sich um die von Wehner mit einem Geleitwort neu herausgegebene Dissertation Schumachers aus dem Jahre 1921, Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1976.

[254] Oberndörfer (Hrsg.), Begegnungen, Wehner an Kiesinger vom 6.4.1979, S. 479.

Schluß

Die Bilanz der Außenpolitik in der Großen Koalition fällt, gemessen an den Zielen Kiesingers, überraschend positiv aus. Die wichtigen außenpolitischen Probleme, mit denen die Bundesregierung konfrontiert wurde, sind bis auf eine Ausnahme im Sinne des Kanzlers gelöst worden. Obwohl er von der gaullistischen Fraktion in seiner Partei und insbesondere deren Führer, Adenauer, zu einem engen Bündnis mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle gedrängt wurde, unterwarf sich Kiesinger nicht der gaullistischen Europapolitik. Er bemühte sich um de Gaulle, verbesserte das deutsch-französische Verhältnis, aber eine Unterordnung der Bundesrepublik unter Frankreich, wie sie dem Franzosen vorschwebte, kam für ihn nicht in Betracht. Kiesinger beharrte auf eigenständigen außenpolitischen Positionen und Optionen der Bundesrepublik und machte dies gegenüber dem Franzosen, aber auch gegenüber dem wichtigsten Bündnispartner, den Vereinigten Staaten, deutlich. Es gelang dem Kanzler darüber hinaus, die deutsche Entscheidung über den Atomsperrvertrag, den er ab dem Frühsommer 1967 zunehmend skeptisch beurteilte, über die Wahlperiode hinaus zu verschieben. Dies ist schon deshalb bemerkenswert, weil die Bundesregierung bereits im Frühjahr 1967 den USA ihre Zustimmung signalisiert hatte und insbesondere der Außenminister den Kanzler intern beharrlich zur Unterschrift drängte. Kiesinger widerstand in dieser Frage übrigens auch dem Druck der beiden Supermächte auf die Bundesregierung.

In der Deutschlandpolitik setzte Kiesinger seinen Kurs im Frühjahr 1969 vor allem gegen Wehner durch, nachdem er zuvor der Politik des Ministers für gesamtdeutsche Fragen im wesentlichen gefolgt war. Seit Beginn der Koalition hatte er Wehner zu verstehen gegeben, daß er ebensoviel Sinn in den Bemühungen um Kontakte mit der SED-Führung sehe wie der SPD-Politiker. Aber das traf nicht zu. Schon im Oktober 1967 bekannte Kiesinger in einem Hintergrundgespräch, er wolle die DDR isolieren[1]. Die Gesprächsangebote hatten lediglich taktische Bedeutung und sollten nach außen den Entspannungswillen Bonns demonstrieren. Kiesinger wollte Ost-Berlin in die Defensive drängen; am Ende sollte die DDR als derjenige deutsche Staat entlarvt werden, der sich den konstruktiven Bemühungen um Entspannung verweigerte. Vordringlicher war für den Kanzler dagegen das Vertrauen der sowjetischen Führung. Mit ihr als der dominierenden Macht Osteuropas wollte er ins Gespräch und zu einer Normalisierung der Beziehungen gelangen, mit ihr wollte er schließlich über ein vereintes Deutschland, also über die Zusammenführung der beiden deutschen Staaten in einem geeinten Europa, verhandeln. Allein diesem Ziel dienten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, die Gesprächsofferte an die DDR-Führung und vor allem die Kontaktsuche zur Spitze der Sowjetunion. Allerdings war Kiesinger nicht bereit, jene Vorbedingungen zu erfüllen, die Moskau für eine Annäherung benannt hatte. Die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat und die Hinnahme der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnischer Grenze kamen für Kiesinger zunächst nicht in Frage. Erfolge auf dem Weg gab es für den Kanzler dennoch durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien und zu Jugoslawien – wenn sie auch in Moskau argwöhnisch beobachtet wurden.

---

[1] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, D/IV.6, A 008, Gespräch mit Wirsing, 5.10.1967, S. 5.

Nur in einem Punkt mußte Kiesinger außenpolitisch eine Niederlage hinnehmen, und zwar in der Kambodschafrage. Als Pnom Penh diplomatische Beziehungen zu Ost-Berlin knüpfte, sprach sich Kiesinger für den Abbruch der Beziehungen zu Kambodscha aus. Es kam hingegen, aufgrund des starken Druckes der SPD, zu einem Kompromiß: Die diplomatischen Beziehungen wurden daher von deutscher Seite aus nicht abgebrochen.

Die Bilanz von Kiesingers Außenpolitik erscheint also durchaus beeindruckend. Aus ihr lassen sich zwei Thesen ableiten. Kiesingers außenpolitische Vorstellungen, so lautet die erste Erkenntnis, orientierten sich in der Ostpolitik sehr viel stärker an Positionen, die auch von früheren Bundesregierungen vertreten worden waren. Er bezog aber die DDR in seine Politik mit ein und erweiterte die festgefahrene Ostpolitik des früheren Außenministers Schröder, die vor allem auf die Staaten Osteuropas zielte. Damit erfüllte er die 1966 von der Regierung Erhard verfaßte Friedensnote mit Leben. Weiter wollte sich Kiesinger allerdings zunächst nicht vorwagen. Die oftmals erwähnte Bereitschaft zur Anerkennung der „Realitäten", die dem Kanzler von fast allen Beobachtern zugesprochen wird, hat für ihn keine wirklich ernsthafte Rolle gespielt. Die Durchsicht der Korrespondenz, der Interviews und Gespräche, die Kiesinger in der Zeit der Großen Koalition und danach geführt hat, vermitteln den Eindruck, als ob eine Absicht, im Sinne der späteren Ostpolitik der sozialliberalen Koalition vorzugehen, – noch – nicht bestanden hat.

Schon zu einem frühen Zeitpunkt, im Sommer 1967, versuchte Kiesinger, Brandt von dessen, wie er fand, gefährlichem Kurs abzubringen und auf die verabredete außenpolitische Linie zu verpflichten. Das war der Sinn der Einberufung des Kreßbronner Kreises. Äußerungen, wie die Ankündigung, er – Kiesinger – wolle die Hallstein-Doktrin aufgeben oder gar eines Tages die DDR anerkennen, geben daher keinen Aufschluß über seine wahren Ziele. Solche Absichten hat Kiesinger immer nur gegenüber einzelnen angedeutet; sie sind nie aufgezeichnet worden – lediglich Dahrendorf erwähnt sie[2]. In der Zeit der Großen Koalition hat er sie nie wirklich verfolgt. Dagegen ist für das Verständnis seines Handelns die Tatsache bedeutsam, daß er Wehner, dem führenden Politiker des Koalitionspartners, den falschen Eindruck vermittelte, sie strebten dieselbe erneuerte Deutschlandpolitik an. Daß Kiesinger diese Verschleierungstaktik bewußt einsetzte, um die Koalition in den entscheidenden Fragen zusammenzuhalten, ist die zweite These, die sich aus der Beobachtung seiner politischen Manöver ergibt.

Die politische Taktik Kiesingers

Kiesinger täuschte den wichtigen und starken Führungspersönlichkeiten seiner Partei wie der SPD in strittigen Fragen zunächst vor, auch er habe dieselben Interessen und verfolge dieselben Ziele. Das galt in der Großen Koalition vor allem für zwei Politiker: für Adenauer und Wehner. Adenauer versprach Kiesinger die Herstellung der politischen Union Europas durch eine enge Zusammenarbeit mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle, die der Altbundeskanzler von seinem Nachfolger im übrigen sogar ausdrücklich verlangte. Auch die Bemühungen Wehners, unter allen Umständen mit der DDR-Führung Kontakte zu knüpfen und eine Grundlage für Verhandlungen zu schaffen, unterstützte Kiesinger zunächst mit der Feststellung, das entspräche seinen eigenen Absichten. In beiden Fällen ging es dem Kanzler in Wahrheit aber um eine andere Politik. Kiesinger wollte sich nicht auf das Konzept de Gaulles einlassen und entzog sich hartnäckig dem Angebot des französischen Staatspräsidenten für eine stärkere Bindung Bonns an Paris. Sie

[2] Vgl. Dahrendorf, Chancen, S. 31.

hätte eine engere Kooperation auf dem militärischen Sektor, gleichzeitig aber auch die Unterordnung der Bundesrepublik unter Frankreich, zumindest in entscheidenden außenpolitischen Angelegenheiten, bedeutet. Adenauer schien mit dieser Lösung einverstanden zu sein, Kiesinger dagegen nicht. Als de Gaulle 1969 zurücktrat, hatte sich zwar die Atmosphäre im deutsch-französischen Verhältnis etwas gebessert, aber es gab kaum konkrete Vereinbarungen, die eine Vertiefung der Beziehungen nach sich gezogen hätten.

Noch deutlicher wurde die Differenz zwischen dem erklärten Willen und den wahren Absichten des Kanzlers in der Deutschlandpolitik im März 1969, als Kiesinger die Offerte Ulbrichts für Passierscheinverhandlungen für Berlin ausschlug. Mit der Ablehnung dieses Angebots bekannte sich Kiesinger zu seiner eigenen Ost- und Deutschlandpolitik, die sich mit den Zielen seines Ministers für gesamtdeutsche Fragen nicht länger deckte. Der Kanzler versprach sich von Gesprächen und Verhandlungen mit der DDR-Führung keinen direkten Vorteil für die Wiedervereinigung; die Gesprächs- und Verhandlungsangebote Bonns an Ost-Berlin – so erklärte Kiesinger zu dieser Zeit Wehner erstmals ausdrücklich – sollten ausschließlich dazu dienen, das Mißtrauen Moskaus gegenüber Bonn zu zerstreuen.

Kiesinger folgte in entscheidenden Augenblicken seiner Regierungszeit den eigenen politischen Vorstellungen, der eigenen Zielsetzung. Warum aber hat er es sich so schwer gemacht, indem er Adenauer und Wehner etwas vortäuschte oder anfänglich sogar seine Absichten verschleierte? Das Gegenteil traf zu: Kiesinger machte es sich dadurch leichter. Er ließ sich von Begegnungen mit den großen Persönlichkeiten der Politik tief beeindrucken. Das erste Zusammentreffen mit General de Gaulle im Januar 1967 verleitete den Bundeskanzler beispielsweise dazu, den engen amerikanischen Bündnispartner mit einer Bemerkung vor den Kopf zu stoßen. Bei seinem Auftritt vor der Presse sprach er „von den amerikanischen Interessen in Europa" und betonte, diese deckten sich nicht automatisch mit denen der Europäer[3]. Kiesinger wollte mit diesem Wort offensichtlich der französischen Seite demonstrieren, wie unabhängig sein Urteil und Handeln sei, gerade auch im Hinblick auf diesen atlantischen Bündnispartner.

Ein ähnlicher Vorgang ereignete sich wenige Wochen später: Als Adenauer in einem vertraulichen Schreiben Kiesingers „laue" Haltung gegenüber den USA im Falle des Atomsperrvertrages kritisierte, ließ dieser sich zu dem öffentlichen Ausspruch hinreißen, es bestehe eine Art „atomares Komplizentum" zwischen den Supermächten. Kiesinger glaubte, durch diese Bemerkung die Kritik des Altbundeskanzlers entkräftet zu haben. Er tat das allerdings auch diesmal auf Kosten der amerikanischen Regierung. Präsident Johnson beklagte sich später bei Kiesinger heftig über diese Formulierung, die ihn offensichtlich verletzt hatte[4]. Indem der Kanzler seine eigenen Ziele verborgen hielt, Adenauer etwa in dem Glauben ließ, auch er verfolge dessen Politik, schützte er sich vor gefährlichen Angriffen und sicherte seine Position. Mit Wehner schuf er der Koalition eine sichere Basis durch das Bündnis auf dem zentralen Gebiet der Deutschlandpolitik. Es war für den Fortbestand der Koalition wichtig, daß die beiden mächtigen Politiker annahmen, der Kanzler unterstütze jeweils ihre Politik.

Darüber hinaus entsprach dieses Vorgehen auch dem Politikverständnis Kiesingers. Er begegnete politischem Druck nie frontal, sondern versuchte ihn zu unterlaufen. Sobald ihn Widerstand behinderte, den er nicht sofort zu entkräften vermochte, stellte er geschickt sein Anliegen zurück und tat so, als ob er sich die anderen Vorstellungen zu eigen gemacht hätte. Später versuchte er dann, die politische Richtung wieder in seinem Sinne um-

[3] Bulletin, 18.1.1967.

[4] Vgl. AdKASt, Kiesinger I – 226, F/3., A 322, Gespräch mit Löwe, 31.1.1978, S. 21.

zukehren. Dieses lavierende Vorgehen war aber ein unsicheres Unterfangen, und innenpolitisch erwies sich die Taktik für den Kanzler der Großen Koalition als katastrophal. Daß Kiesinger auch parteipolitisch mitunter konzeptionslos wirkte, hat schließlich einen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der Koalition und ihrer Politik genommen.

Der schwache Parteipolitiker Kiesinger

Wenige Monate vor der Bundestagswahl gab Kiesinger seine Mittel- und Vermittlerposition zwischen den Bündnisparteien auf. Das lag nicht nur an unüberbrückbaren Differenzen zwischen ihm und den Sozialdemokraten, sondern an seiner geschwächten Position in der eigenen Partei. Zugespitzt läßt sich sagen: Die zunehmende Schwäche seiner Stellung in der CDU führte dazu, daß er seine außenpolitische Strategie nun sehr viel kompromißloser vertrat. Je sicherer er sich dagegen in seinem Amt fühlte, desto großzügiger zeigte er sich darin, die Initiativen des Koalitionspartners zu verteidigen und sogar zu unterstützen. Das änderte sich jedoch im Frühjahr 1969. Kiesinger hoffte, durch größere Härte und Standfestigkeit wieder Kredit in der eigenen Partei zurückzugewinnen, den er zuvor leichtfertig verspielt hatte. Aber er täuschte sich. Jetzt rächte sich, daß der Parteivorsitzende seine Interessen nicht mit größerer Entschlossenheit verfolgt hatte. Seine Haltung, die Dinge eine Zeitlang laufen zu lassen, wirkte sich in diesem Fall – anders als in der Außenpolitik – zu seinem Nachteil aus.

Im Frühsommer 1968 ließ er sich dazu überreden, einen eigenen Kandidaten für das Bundespräsidentenamt aufzustellen. Schon damit handelte er gegen seine „eigenen" Interessen, denn mit Wehner war offenbar intern abgesprochen worden, daß man gemeinsam einen SPD-Kandidaten unterstützen wolle. Doch dafür gab es 1968 keine Mehrheit in der CDU/CSU, was Kiesinger zu einem nächsten Fehler verleitete: Vermutlich aus Rücksicht auf die SPD setzte sich der Kanzler bei der internen Nominierung eines Unionskandidaten für den damals wenig bekannten Weizsäcker ein und sprach sich gegen eine aussichtsreichere Kandidatur Schröders aus. Dieser besaß aber innerhalb der Fraktion den größeren Rückhalt. Wie vorauszusehen war, gewann Schröder die Nominierung mit großem Abstand vor seinem Konkurrenten. In der Fraktion konnte sich niemand erklären, warum Kiesinger Weizsäcker unterstützt hatte. Darüber hinaus trug auch die Tatsache zum Eindruck eines unsicheren, lavierenden Vorsitzenden bei, daß Kiesinger seine Niederlage nicht öffentlich eingestehen wollte und die Entscheidung als einmütiges Votum der Fraktion für Schröder hinzustellen versuchte. Als Kiesinger auf dem Berliner CDU-Parteitag im November 1968 zu spüren bekam, daß die Stimmung gegen die Fortsetzung der Koalition umgeschlagen war, schwieg er. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wäre es nötig gewesen, sich offen für die Wiederauflage des Bündnisses einzusetzen. Statt dessen fehlte er bei den Diskussionen, zog sich zurück und überließ das Feld dem kämpferischen Fraktionsvorsitzenden Barzel, einem Gegner der Großen Koalition. Er versäumte es, hier rechtzeitig eine Position aufzubauen und für sie zu werben. Als der Wahlabend kam, war es dafür zu spät. Seine engsten Berater hofften alle auf ein Bündnis mit der FDP, deren Führung sich aber der SPD zugewandt hatte.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß es nicht Kiesingers Stärke war, sich gegen den Strom zu stellen. Der Erfolg seiner Politik beruhte darauf, daß sich die Umstände günstig entwickeln mußten. Hinzu kam, daß Kiesinger nicht der Mann war, Fäden im Hintergrund zu knüpfen und Kontakte zu pflegen[5]. Der Kanzler glaubte offen-

[5] Vgl. Heck, Europäer als Landesvater; so muß man die Bemerkung seines Landsmanns Heck deuten, Kiesinger sei zum Intrigieren unfähig.

bar, daß – wie in der Außenpolitik – die richtigen Gedanken sich schon von selbst durchsetzen würden. Er war überhaupt davon überzeugt, daß sich die meisten Dinge von selbst richteten und man als Politiker wie im alltäglichen Leben vor allem auch Glück brauche. Allerdings mag ihn diese unerschütterliche Gewißheit auch dazu verleitet haben, den oftmals beschwerlichen, aber notwendigen Einsatz und die Werbung für seine Positionen auf allen Ebenen der Partei zu unterschätzen und gar zu vernachlässigen. So konnte es geschehen, daß Kiesinger trotz eines ansehnlichen Wahlergebnisses für die CDU/CSU im Jahre 1969 von der politischen Bühne binnen kürzester Zeit fast vollständig verschwand – ein Kanzler der Bundesrepublik, an den sich heute kaum jemand zu erinnern vermag.

Dennoch erreichte er in der Außenpolitik und insbesondere in der Ostpolitik Erfolge, die zum Teil gerade auf diese taktische Haltung zurückzuführen sind. Der Erfolg war aber vor allem deshalb möglich, weil Kiesinger sich auf eine langfristig entwickelte Konzeption stützen konnte, die er behutsam umzusetzen suchte und die darauf zielte, einen Zugang der Bundesregierung zum Kreml zu finden.

Kiesingers eigene ostpolitische Konzeption, Brandts vergebliche Bemühungen und Wehners großer Einfluß auf die Deutschlandpolitik

Für Kiesinger stand die Sowjetunion im Mittelpunkt seiner außenpolitischen Zielsetzung. Nicht ohne Hintergedanken erwähnte er die eurasische Supermacht an erster Stelle im außenpolitischen Teil seiner Regierungserklärung. Nur mit Zustimmung der Sowjetunion werde sich eines Tages die Wiedervereinigung erreichen lassen. Kiesinger stellte sich das in der Art eines großzügigen Arrangements vor[6]. Zunächst, als erste Voraussetzung, sollte sich der Vereinigungsvorgang im Rahmen einer europäischen Einigung, im Sinne der weiteren Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft, vollziehen. Damit schien die Gefahr gebannt, daß die westeuropäischen Nachbarn aus Furcht vor dem deutschen Machtpotential ein geeintes Deutschland verhinderten. Der Einsatz der Großen Koalition für den Beitritt Englands in die EG erklärt sich aus dieser Sorge. Um mögliche Ängste kleinerer Nachbarstaaten erst gar nicht aufkommen zu lassen, sollte England ein Gegengewicht zu Deutschland bilden.

Für die befreundeten westlichen Nachbarstaaten wurde also das Terrain vorbereitet. Aber welcher Umstand konnte die sowjetische Führung dazu bewegen, auf die „Ostzone" zu verzichten? Dazu gab es mehrere Überlegungen. Kiesinger vertraute auf die künftige Entwicklung. Man hielt im Kanzleramt den Ausbruch einer plötzlichen Krise in der Sowjetunion für möglich, die den Kreml dazu veranlassen konnte, den zweiten deutschen Staat aufzugeben[7]. Auch der ideologische Konflikt mit China wurde als möglicher Anlaß einer solchen Krise betrachtet. Im Sommer 1969 herrschte beispielsweise die allgemeine Überzeugung, daß der Schußwechsel zwischen sowjetischen und chine-

---

[6] Vgl. Hildebrand, Erhard, S. 326 f.; ohne etwas anerkennen zu müssen, habe Kiesinger die „deutsche Frage" offenhalten wollen. Er habe auf die „Phantasie der Geschichte" gehofft, darauf, daß die Sowjetunion sich eines Tages den Deutschen gegenüber konzilianter zeigen würde. Hildebrands Behauptung, Kiesinger habe Gedanken der Adenauerschen Rußlandpolitik zu dessen „Spätzeit" aufgenommen, scheint jedoch weniger überzeugend zu sein. Der Historiker spielt damit auf die Äußerung des Ehrenvorsitzenden auf dem CDU-Parteitag im März 1966 an, wonach die Sowjetunion wegen ihrer Bemühungen um den Frieden zwischen Indien und Pakistan bewiesen habe, daß sie in den Kreis der Völker eingetreten sei, die den Frieden wollten. Kiesingers Ansichten zur Sowjetunion stammen dagegen vorwiegend aus den fünfziger Jahren.

[7] Vgl. Diehl, Gespräch mit dem Verfasser, 29.11.1989.

sischen Grenzsoldaten am Grenzfluß Ussuri im März 1969 Moskau zu einer konzilianteren Haltung gegenüber der Bundesrepublik bewegt hätte. Kiesingers Ostpolitik bestand darin, einen Modus vivendi mit Moskau zu suchen, bei dem die angestammten Positionen der Nachkriegszeit nicht oder zumindest nicht einseitig aufgegeben werden sollten, das Verhältnis sich aber trotzdem normalisierte. Er wollte mit der Führung im Kreml gleichberechtigt reden – und verhandeln. Das war zwar eine längerfristige Perspektive, aber Kiesinger war bereit, in einem lang andauernden Prozeß das Vertrauen der Sowjets zu gewinnen. Aus diesem Grund schickte er einen Vertrauensmann nach Moskau, und aus diesem Grund suchte er nach Verhandlungsspielraum. Es war der tragische Irrtum Kiesingers, daß er sich schon am Ziel wähnte, als er im März 1969 mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin über eine mögliche Verlegung der Bundesversammlung aus Berlin sprach, und er vor diesem Hintergrund Wehner seine abweichenden Absichten in der Deutschlandpolitik offenbarte.

Das Vertrauen der Sowjets gewinnen – dazu sollten seine Bemühungen um die osteuropäischen Staaten, aber auch um die DDR dienen. Kontakte zur SED oder zu Ministerien in Ostdeutschland sollten vornehmlich den Sowjets signalisieren, daß es Bonn mit seiner Entspannungspolitik Ernst war. Nicht die Politik Brandts, sondern die Zielsetzung Wehners hat dabei über einen langen Zeitraum wesentlich die Große Koalition bestimmt. Wehner hat die kontinuierliche Annäherung an Ost-Berlin – durch den Kanzler zunächst geschützt vor Kritik aus der Union – beharrlich durchzusetzen vermocht. Kiesinger mißtraute dagegen Brandt und dessen engem Berater Bahr. Der Außenminister trat erst spät, im Frühjahr 1968, mit Vorschlägen in Erscheinung, die eine eigene ostpolitische Linie andeuteten. Dazu zählte die Formel von der „Notwendigkeit einer Anerkennung oder Respektierung" der Oder-Neiße-Linie „bis zum Friedensvertrag", die Brandt auf dem Nürnberger SPD-Parteitag im März 1968 verkündete, und vor allem die intensiven Bemühungen des Außenministers um den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomsperrvertrag. Kiesinger hat nur eine kurze Zeit lang versucht, sich mit Brandt zu arrangieren. Zwischen dem Sommer 1967 und dem Frühjahr 1968 verteidigte er die umstrittenen Äußerungen seines Ministers in der Presse, auch wenn er die Meinung Brandts in der Sache nicht teilte. Dieser Schutz schien ihm notwendig zu sein, um die Koalition nicht durch öffentliche Auseinandersetzungen zu gefährden. Dennoch sah Kiesinger in Brandt seinen eigentlichen Kontrahenten. Für einen Ausgleich mit Moskau schien der Außenminister bereit zu sein, weitgehende Zugeständnisse anzubieten. Ein Großteil seiner Aufgabe bestand daher für den Bundeskanzler darin, den Einfluß des Ministers zu beschränken und zu kontrollieren. Als die Stellung des Kanzlers in der CDU/CSU langsam schwächer wurde, verstärkten sich Mißtrauen und Distanz. Ab August 1968 war die Bereitschaft Kiesingers, auf Vorschläge Brandts überhaupt noch einzugehen, endgültig verbraucht.

Davon profitierte Wehner. Der Minister hat die Politik der Großen Koalition am stärksten geprägt[8]. Wehner setzte auf einen deutschen Vereinigungsprozeß, in dem die SED ein fester Faktor bleiben würde – eine Partei, mit der sich die SPD in seiner Vorstellung demokratisch auseinanderzusetzen hätte. Während Kiesinger auf eine Abmachung mit Moskau hoffte, suchte Wehner die Gemeinsamkeiten mit Ost-Berlin zu mehren. Er setzte auf den gesamtdeutschen Anspruch der SED und wollte die Partei beim Wort nehmen: Sie sollte nicht nur die Vereinigung beider deutscher Staaten anstreben, sondern sogar

[8] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 45; Baring nennt Wehner dort einen „Nebenkanzler".

die Sowjetunion in diesem Sinne beeinflussen. In der ersten Phase der Koalition, die vom November 1966 bis zum Frühjahr 1968 reichte, gelang es dem Sozialdemokraten scheinbar, den Christdemokraten davon zu überzeugen, daß die Ostpolitik hinter dem Brandenburger Tor beginnen müsse. Der neue Schwung der Großen Koalition konzentrierte sich daher zunächst auf die DDR und nicht auf die Sowjetunion. Auf Betreiben Wehners kam es am 12. April 1967 zu einer Regierungserklärung, die erstmals eine detaillierte Auflistung möglicher Verhandlungsgegenstände zwischen beiden deutschen Staaten enthielt. Es kam zum Briefwechsel zwischen dem Bundeskanzler und dem Ministerpräsidenten der DDR, Stoph. Kiesinger folgte weitgehend Wehners Vorschlägen. Er verfaßte einen Brief, obwohl er ursprünglich nur eine Bundestagserklärung abgeben wollte. Er erklärte sich sogar damit einverstanden, Stoph mit dem Titel „Vorsitzender des Ministerrats" anzuschreiben – ohne allerdings die Bezeichnung „DDR" zu verwenden. Lediglich dies schlug der Kanzler seinem Minister ab.

Welches Interesse verfolgte der Kanzler? Kiesinger suchte das Vertrauen Moskaus. Dies konnte er nur dann gewinnen, wenn er deutlich machte, daß Ost-Berlin mit im Zentrum seiner Ostpolitik stand und diese nicht etwa ein Mittel war, die DDR im Westen und vor allem im Osten Europas diplomatisch zu isolieren. Seine Zielsetzung stimmte also solange mit derjenigen Wehners überein, wie die Annäherung an Ost-Berlin das Verhältnis zu Moskau verbesserte. War die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion erst normalisiert, konnte man die DDR wieder vernachlässigen, denn dann verhandelte man – zumindest hoffte er das – im Kreml allein über die Zukunft Gesamtdeutschlands.

Außerdem wollte Kiesinger die Deutschlandpolitik Wehners ergänzen. Im November 1967 setzte er daher die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Jugoslawien in seiner Partei durch. Er war bereit, den Geltungsbereich der Hallstein-Doktrin zu verkleinern, um mit Jugoslawien Beziehungen aufzunehmen. Diese Entscheidung war zudem der Versuch des Kanzlers, die Grenzen seiner Ostpolitik zu den Vorstellungen des Außenministers deutlich abzustecken. Brandt bezog sich in seinen Reden seit dem Sommer 1967 mehr und mehr auf den Begriff der „Realitäten", was Kiesinger als gefährliches Signal verstand, dem Osten die Anerkennung dieser Realitäten zu konzedieren. Ohne Aussicht auf Erfolg kam für den Kanzler eine solche Politik des Verzichts unter keinen Umständen in Betracht.

Die Außenpolitik der Koalition war durch die Äußerungen und Angebote Brandts bedroht. Notgedrungen mußte sich der Kanzler im Innern absichern. Der Umschwung kam daher nicht unerwartet im April 1968, als die Kontakte zwischen den Sozialdemokraten und den italienischen Kommunisten bekannt wurden, welche die SPD hinter dem Rücken der Union geknüpft hatte. Im August 1968, noch vor dem sowjetischen Einmarsch in Prag, blockierte Kiesinger die Bemühungen Brandts um die Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages. Der Kanzler lehnte es ab, über den Sperrvertrag im Kabinett abstimmen zu lassen, was der Außenminister mit großem Nachdruck von ihm forderte. Kiesinger nutzte den Einmarsch des Warschauer Pakts in die ČSSR, um die Beitrittsentscheidung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Aber die sowjetische Invasion führte auf lange Sicht nicht zu einer gemeinsamen ostpolitischen Strategie zurück. Brandt fügte sich jetzt mehr und mehr resigniert den Umständen. Als Kambodscha im Mai 1969 die DDR anerkannte und die Union – einschließlich Bundeskanzler – für den Abbruch der Beziehungen zu Pnom Penh plädierte, unternahm der Außenminister noch einmal einen größeren Versuch, die Hallstein-Doktrin außer Kraft zu setzen. Er strebte eine Lösung an, die darauf zielte, daß die Bundesregierung künftig keine Sanktionen mehr androhte, falls ein drittes Land Ost-Berlin diplomatisch anerkannte. Am Ende setzte er sich aber auch damit nicht durch.

Der Antrieb der Brandtschen Ostpolitik: Isolierung der Bundesrepublik im Westen?

In der Großen Koalition standen sich also nur die beiden Konzeptionen Kiesingers und Wehners gegenüber. Brandt, der zwar in einigen Bereichen weitgehende Auffassungen vertrat, besaß dagegen kein Konzept, das sich innerhalb der Koalition hätte verwirklichen lassen. Fraglich ist auch, ob sich die These Löwenthals halten läßt, wonach der Druck der westlichen Bündnispartner auf die Bundesregierung zu einem Umdenken und einer neuen Ostpolitik geführt hat[9]. Für die Zeit der Großen Koalition läßt sich dieser Druck nicht ausmachen. Die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik im Westen hat zu keinem Zeitpunkt bestanden. Die beiden wichtigsten Verbündeten, die Vereinigten Staaten und Frankreich, standen vielmehr in Konkurrenz zueinander. De Gaulle wollte Bonn aus dem engen Bündnis mit Washington herauslösen, was die USA unter allen Umständen zu verhindern suchten. Unter diesen Umständen wäre es für beide Länder besonders schwierig gewesen, Bonn zu einer außenpolitischen Kursänderung zu zwingen. Zudem mußte de Gaulle enttäuscht feststellen, daß eine französische Ostpolitik im Kreml immer weniger auf Interesse stieß, je mehr sich die Bundesregierung nach Osten öffnete. So drohte eine Entfremdung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gerade durch eine konsequent durchgeführte deutsche Ostpolitik.

Die Isolierungs-These als Antriebskraft für die Neue Ostpolitik entsprang einem zwar berechtigten Gefühl in weiten Teilen der SPD und bei vielen Publizisten, daß sich die Politik der Adenauer-Zeit festgefahren hatte. Allerdings bestand zu keinem Zeitpunkt die Gefahr, daß sich durch Bonns Zielsetzung die Bündnispartner von der Bundesrepublik abkehren könnten. Dazu waren die Interessen in der bipolaren Welt zu eng miteinander verwoben. Sowohl Brandt als auch Bahr waren bezeichnenderweise bereits im Sommer 1967 davon überzeugt, die Gefahr einer „Isolierung" im Westen gebannt zu haben. Am 30. Juni 1967 erklärte Brandt zum Beispiel: „In den letzten Jahren der kleinen Koalition gab es keinen Einklang mehr mit unseren Verbündeten. Wir gerieten in die Gefahr der Isolierung, auch wenn man in Kommuniqués immer wieder volle Übereinstimmung feststellte. Wir haben erreicht, daß unsere Politik ernst genommen wird und daß wir für sie ernsthafte Unterstützung gewinnen."[10] Und am 4. September 1967 meinte Bahr in einer Fernsehsendung, man habe früher gesagt, die Bundesrepublik sei der Störenfried in Europa, da sie die Realitäten verändern wolle. Dieses Argument sei jedoch nicht mehr aktuell, und wo es benutzt werde, werde es nicht geglaubt; das sei erreicht worden[11]. Wenn aber bereits im Spätsommer 1967 keine Isolierung mehr drohte – wie Löwenthal in einem Artikel vom Dezember (!) desselben Jahres feststellt[12] –, dann ist seine These nicht haltbar. Denn zu diesem Zeitpunkt gab es noch gar keine Ostpolitik im späteren, Brandtschen Sinne. Auch die Große Koalition hatte an den Zielen der bisherigen Politik festgehalten. Sie hatte weder den Status in Europa, zum Beispiel die Grenzen, noch gar die DDR anerkannt. Im Herbst 1967 konnte von einer Entschärfung des „Sonderkonflikts" also noch nicht die Rede sein. Im Gegenteil, die ersten Entspannungsbemühungen der Bundesregierung waren in Moskau auf kein Verständnis gestoßen. Das Verhältnis blieb gespannt.

---

[9] Vgl. Schwarz/Löwenthal (Hrsg.), Zweite Republik, S. 604-699.

[10] DzD, Brandt im DLF am 30.6.1967, 1966-1967, S. 1404.

[11] Vgl. DzD, Bahr in der ARD am 4.9.1967, 1966-1967, S. 1578.

[12] Löwenthal (Standort Berlins, S. 2106) schreibt: „Bei Amtsantritt der Großen Koalition war die Bundesrepublik in akuter Gefahr, sich als Hindernis der Entspannung selbst zu isolieren. Diese Gefahr ist durch die Wendung in der Ostpolitik schnell gebannt worden [...]."

Der Anstoß für eine neue Ostpolitik kam vielmehr aus der Notwendigkeit für eine neue deutschlandpolitische Perspektive, für welche die Deutschen ihre westlichen Partner wieder gewinnen mußten. Kiesinger wollte eine aktive Wiedervereinigungspolitik verfolgen. Am 13. November 1966 sagte er in Würzburg, er wolle endlich mit den alten Wiedervereinigungs-Sonntagsreden aufhören und statt dessen mit der „Wiedervereinigungs-Werktagsarbeit" beginnen[13]. Nicht die Angst vor einer Isolierung gegenüber den eigenen Bündnispartnern, sondern die Enttäuschung darüber, daß die bisherige passive Deutschlandpolitik keinen Erfolg gezeitigt hatte, war mit ein Faktor für die neue Deutschland- und Ostpolitik in der Großen Koalition.

Die Bilanz

Die Große Koalition beruhte wesentlich auf einem Bündnis in der Deutschlandpolitik. Kiesinger und Wehner verabredeten die Koalition auf der Basis einer neuen offensiven Politik in Richtung Osten. Sie sollte auch Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschland herstellen und vertiefen. Aber dieses Bündnis beruhte auf einem Mißverständnis. Für Wehner war entscheidend, daß man mit den Machthabern jenseits des Brandenburger Tores sprechen und verhandeln mußte; für Kiesinger hatte diese Politik keine Priorität. Im Laufe der Koalition wurde es immer schwieriger, den Unterschied zu verbergen, bis er im Frühjahr 1969 offen zutage trat. Erst in diesem Moment wurde deutlich, daß in der Koalition zwei nicht mehr zu vereinbarende Vorstellungen vom Weg zur Wiedervereinigung existierten, über Ost-Berlin oder über Moskau. Der eigentliche Kontrahent Kiesingers war in diesem Sinne also nicht Brandt, sondern des Kanzlers wichtigster Bündnispartner, Wehner. Es kam zum Bruch der beiden Gründungsväter der Koalition.

Die Außenpolitik Kiesingers ist bisher ausschließlich unter dem Aspekt gesehen worden, inwieweit der Bundeskanzler die spätere Ostpolitik der sozialliberalen Koalition vorweggenommen bzw. vorbereitet hat. Das Urteil mußte daher bescheiden ausfallen. Denn trotz guter Absichten, so das allgemeine Urteil, wurde der Kanzler scheinbar ein Opfer der auf den angestammten Positionen beharrenden Unionsfraktion. Erfolgreich war Kiesinger aus dieser Perspektive nur darin, daß er den Spielraum seiner Partei in diesen Fragen langsam erweiterte. Er sei der erste CDU-Kanzler gewesen, der die Notwendigkeit für eine Neueinschätzung erkannt habe, schreibt etwa Hacke[14]. Und Kaiser geht sogar soweit zu behaupten, vielleicht wären die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag unter Kiesinger später zustande gekommen als unter der sozialliberalen Koalition, aber angestrebt hätte er sie „ganz sicher"[15].

Seit dem 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Einheit, erscheint Kiesingers ostpolitische Zielsetzung allerdings in einem anderen Licht. Von heute aus gesehen, hat sich der Weg Kiesingers zur Wiedervereinigung als der erfolgreichere herausgestellt. Vor allem seine im Gegensatz zu Wehner stehende Überzeugung hat sich bewahrheitet, daß für den Prozeß der Wiedervereinigung der SED keine entscheidende Position zukommen würde. Obwohl das vierzigjährige Bestehen der DDR 1989 nach außen den Anschein erweckte, als ob die SED in ihrem Staat fest verwurzelt sei, zeigen der rasche Sturz der Partei und der schnelle Zusammenschluß von DDR und Bundesrepublik, daß der Zusammenhalt der DDR allein auf dem Machtapparat der SED und seinem Schutz durch

---

[13] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.11.1966.
[14] Vgl. Hacke, Weltmacht wider Willen, S. 155 f.
[15] Schmoeckel/Kaiser, Vergessene Regierung, S. 184.

die sowjetische Großmacht beruhte. Es wurde deutlich: Sobald die sowjetische Bedrohung wegfiel, im Notfall das Regime wie 1953 mit Panzern zu stützen, war auch das Gebilde „DDR" nicht mehr zu retten – es fiel in sich zusammen[16].

Mit dieser Feststellung wird die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik nicht kritisiert. Zu ihr gab es in der Zeit der Teilung keine Alternative. Ein Verfechter der Neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition hat fünf Jahre nach der Einheit noch einmal deutlich gemacht: „Irgendeine Chance, das sich ‚Realer Sozialismus' nennende gesellschaftliche System der DDR umzuformen oder gänzlich zu beseitigen, ist auch in der Rückschau auf die Jahrzehnte vor dem Umbruch von 1989/90 nicht wahrzunehmen."[17] Man habe mit der Teilung leben müssen. Dies wird auch von einem neutralen Beobachter nicht bestritten. Doch fällt die Bilanz des britischen Historikers Timothy Garton Ash nüchtern aus. Insgesamt sei die Bilanz der Ostpolitik gemischt. Einige Aspekte seien exemplarisch und nachahmenswert – die Politik der offenen Tür, die Verflechtungspolitik und das Helsinki der menschlichen Kontakte. Andere seien es nicht gewesen. „Einige Fäden führten direkt und auf beabsichtigte Weise zum erwünschten Resultat [...]. Einige führten auch in dunkle Gassen, die wohl besser niemals betreten worden wären."[18] Es ist sehr schwierig festzustellen, welche Wirkung die Neue Ostpolitik auf die Stellung des Regimes in der DDR gehabt hat. Vielleicht hat auch diese Politik der Anerkennung und Bestätigung dazu beigetragen, daß die SED-Führung langfristig den Kontakt zur Bevölkerung im eigenen Staat verlor.

Entscheidend war der Wandel in der Sowjetunion – ein radikaler Modernisierungsversuch, der auch das Fortbestehen des sowjetisch beherrschten Teils von Europa in Frage stellte. Kiesinger hat auf diese Entwicklung bereits in der Zeit der Großen Koalition gehofft und eine Krise des sowjetischen Imperiums für möglich gehalten. Die Hoffnung, eine europäische Friedensordnung, wie sie die Sowjetunion ab 1966 selbst propagierte, werde eines Tages auch die Einheit Deutschlands ermöglichen, stand am Anfang seiner Politik. Am 17. Juni 1967 hatte der Bundeskanzler erklärt: „Der Weg zu dieser europäischen Friedensordnung mag, ja wird lang und mühselig sein; vielleicht wird er uns auch nicht ans ersehnte Ziel führen. Diese Möglichkeit des Scheiterns können wir nicht ausschließen, aber es ist der einzige Weg, der uns die Chance des Erfolges verspricht."[19]

---

[16] Die Rolle der Sowjetunion beim Zerfall des kommunistischen Systems in der DDR ist bisher noch nicht umfassend beschrieben. Das Politbüro-Mitglied Schabowski (Das Politbüro, S. 37) meint, die Intelligenz in der DDR sei von Gorbatschows Reformkurs stimuliert worden. Unter der Einwirkung von Perestroika hätten die Leute allmählich ihre eigenen Maßstäbe entwickelt und an die SED-Führung angelegt. Es sei eine immer größere Kluft zwischen der Stimmung an der „Basis" und den Führungsgremien entstanden. Dort findet sich auch eine Schilderung der Politbürositzung am 7.10.1989 mit Gorbatschow. Reuth/Bönte (Das Komplott) stellen die These auf, der KGB und die in Moskau geschulte Intelligenz der DDR hätten auf den Sturz Honeckers hingearbeitet. Vgl. dazu auch Schabowski, Der Absturz; über die sowjetische Deutschlandpolitik siehe Spittmann, Deutschland einig Vaterland, sowie Oldenburg, Sowjetische Deutschlandpolitik.

[17] Manfred Rexin, Späte Zweifel, S. 153.

[18] Garton Ash, Im Namen Europas, S. 550.

[19] Kiesinger, Die Große Koalition, Rede zum Staatsakt am 17.6.1967, S. 79.

Quellen und Literatur

I. Ungedruckte Quellen

Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin (AdKASt)
- Archivale Kurt Georg Kiesinger
  - Bundeskanzler
    - Regierungsbildung 1966 (2)
    - Protokolle (Journalisten und Interessengruppen)
    - Schriftwechsel/Glückwünsche
    - Sonstiger Schriftwechsel/ Beileidsschreiben
    - Privater Briefwechsel
    - Schriftwechsel/Vertraulich (9 Bände)
    - Außenpolitik (Ost- und Deutschlandpolitik)
    - Sonstige Archivmaterialien (Zeittafel)
  - Alt-Bundeskanzler
    - Schriftwechsel mit Einzelpersonen (Hans Dichgans)
  - Allgemeines
    - Autobiographisches, Aufsätze, Interviews (2 Bände)

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg (AdsD)
- Protokolle interner Sitzungen der Führungsgremien
  - SPD-Fraktionssitzungen vom 8., 11., 23., 24., 26./27.11.1966; 5.3., 3.5., 25.11.1968; 10.6.1969.

Berlin Document Center, jetzt: Bundesarchiv, Abt. III, Außenstelle Zehlendorf (BDC)
- Personalunterlagen Kurt Georg Kiesinger (1933-1945)

Besitz von Jürgen Arndt, Berlin
- Kiesinger, Kurt, Bürgerliches Recht, 2 Bände, Berlin 1935/36.

Besitz von Arnulf Baring, Berlin
- Gesprächsaufzeichnungen
  - Kurt Georg Kiesinger vom 16.6.1977 und 12.5.1982
  - Karl-Ulrich Majer vom 30.6.1978
  - Erich Mende vom 30. 3.1977
  - Alfred Nau vom 10.3.1977
  - Walter Scheel vom 9.3.1977
  - Herbert Wehner vom 25.1.1977
  - Herbert Wehner im Gespräch mit Wibke Bruhns vom 15.10. 1973, Schreibmaschinenmanuskript
  - Jürgen Weichert vom 19.5.1977

Besitz des Verfassers, Berlin
Gesprächsaufzeichnungen
Bruno Heck vom 6.12.1983 in Bonn, aufgezeichnet von Klaus Rudolf Dreher
Gerhard Schröder vom 21.10.1983, aufgezeichnet von Dreher
Brief Reinhard Schmoeckels vom 4. 8.1987 mit Anlage
Manfred Rexin, Das Kabinett Kiesinger, Schreibmaschinenmanuskript für eine RIAS-Sendung vom 3. und 4.12.1986

Deutscher Bundestag/Pressearchiv, Bonn
Zeitungsartikel und Interviews

Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford University, Kalifornien, U.S.A. (HIoWRP)
Collect. Title: Christopher T. Emmet
Briefwechsel mit Henry Kissinger vom 7. und 14.12.1966, Box 83. Acc. 741058 M. 47/48

National Archives, Washington D.C., U.S.A. (NA)
Akten des Reichsführers SS, Mikrofilm-Rolle T 175/125

Pressearchiv und Dokumentation am Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin
Zeitungsartikel und Interviews

SFB-Pressearchiv
Zeitungsartikel und Interviews

Zentralarchiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin (BStU)
Material Wehner, Herbert, Dokumente aus dem Sekretariat des Ministers

Gespräche des Verfassers mit Zeitzeugen

Detlev Ahlers,	29.11.1989 in Oberwinter,
Hanns Dietrich Ahrens,	9.8.1988 in Essen,
Hans Apel,	26.6.1991 in Berlin,
Jürgen Arndt,	10.2.1988 in Berlin,
Egon Bahr,	4.7.1988 in Bonn,
Rainer Barzel,	10.6.1988 in Bonn,
Hermann von Berg,	18.5.1989 in Berlin,
Karl Carstens,	29.11.1989 in Bonn,
Günter Diehl,	29.11.1989 in Oberwinter,
Klaus Rudolf Dreher,	5.7.1988 in Bonn,
Theodor Eschenburg,	7.12.1987 in Tübingen,
Wolfgang Gaebler,	Telefonische Auskunft, 12.2.1987,
Wilhelm Grewe,	15.2.1986 in Berlin,
Sebastian Haffner,	12.11.1986 in Berlin,
Bruno Heck,	4.10.1988 in St. Augustin,
Hans von Herwarth,	23.10.1986 in Berlin,

Kurt Georg Kiesinger,	Kurze Unterhaltung am 20.11.1985 in Rhöndorf,
Peter Kiesinger,	16.2.1989 in Karlsruhe,
Hermann Kreutzer,	22.8.1988 in Berlin,
Ned Lebow,	9.7.1990 in Berlin,
Georg von Lilienfeld,	3.12.1987 in Seeshaupt,
Karl-Ulrich Majer,	16.12.1988 in Berlin,
Franz Meyers,	25.10.1989 in Rhöndorf,
Hans Neusel,	30.11.1989 in Bonn,
Horst Osterheld,	6.10.1988 in Bonn,
Manfred Rexin,	25.11.1988 in Berlin,
Otto Rundel,	6.8.1989 in Karlsruhe,
Josef Rust,	Telefonische Auskunft am 3.2.1988,
Hermann Rudolph,	23.4.1990 in Berlin,
Klaus H. Scheufelen,	27.11.1987 in Oberlenningen,
Reinhard Schmoeckel,	4.7.1988 in Berlin,
Berndt von Staden,	5.11.1986 in Berlin,
Gerd Stamp,	30.11.1987 in Nassau,
Richard Stücklen,	25.11.1989 in Rhöndorf,
Heinz Weber,	26.10.1989 in Rhöndorf,
Cecilia Wentzel,	18.3.1988 in Stuttgart.

II. Gedruckte Quellen

1. Veröffentlichungen Kurt Georg Kiesingers

Ansprache bei der Grundsteinlegung der Universität Konstanz am 21.6.1966, in: Konstanzer Universitätszeitung und Hochschulnachrichten, 1966.

Aufgaben der Politik im modernen Verhältnis von Staat und Wirtschaft, in: Spannungsfeld Staat und Wirtschaft. Wirtschaftliche Verantwortung und politische Planung. Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages 110 (1968), S. 15-32.

Außenpolitischer Ausblick am Ende eines bewegten Jahres, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.1956.

Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958. Hrsg. von Reinhard Schmoeckel, Stuttgart 1989.

Entspannung in Deutschland, Frieden in Europa. Reden und Interviews 1967. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Kassel 1967.

Erinnerungen an einen großen Streit, in: Friedrich Zimmermann (Hrsg.), Anspruch und Leistung – Widmungen für Franz Josef Strauß, Stuttgart 1980.

Erinnerungen an Konrad Adenauer, in: Helmut Kohl (Hrsg.), Konrad Adenauer 1876/1976, Stuttgart/Zürich ²1976.

Erlebnisse mit Konrad Adenauer, in: Dieter Blumenwitz u.a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976.

Die Freiheit der Bürger. Vortrag zur 300-Jahr-Feier der Stadt Lörrach (November 1982), in: Unser Lörrach. 1983 – eine Grenzstadt im Spiegel der Zeit, Lörrach 1983.

Fügung und Verantwortung, Festgabe des Landtags von Baden-Württemberg aus Anlaß des 80. Geburtstages von Bundeskanzler a.D. und Ministerpräsident a.D. Dr. h.c. Kurt Georg Kiesinger, Stuttgart 1984.

Gedanken zur Arbeit des Bundesrates, in: Gedächtnisschrift Hans Peters, Berlin 1967, S. 547-557.
Die geistigen Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung Württembergs, in: Zeitschrift für Württembergische Landeskunde 45 (1986), S. 285-318.
100 Jahre mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen. Festvortrag am 7. 11. 1963, in: Tübinger Universitätsreden, Tübingen 1964.
Ideen vom Ganzen. Reden und Betrachtungen, Tübingen 1964.
In Memoriam Arnold Bergstraesser, in: Arnold Bergstraesser, Weltpolitik als Wissenschaft, Freiburg i. Br. 1965, S. 17-19.
In Memoriam Konrad Adenauer, in: Das Parlament 26 (1976), H. 1-2 .
Interview, in: Peter von Zahn, Profil der CDU, Hamburg 1976.
Jugend 1928, in: Germania, 28.12.1928.
Der Kampf im Bundestag um den Südweststaat, in: Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945-1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982, S. 405-424.
Kulturpolitik und Entwicklungshilfe. Vortrag vor dem Südasien-Institut der Universität Heidelberg im Mai 1962, in: Indo-Asia 4 (1962).
Privater Rechtslehrer von 1931-1949 in Berlin, in: Hans-Jochen Vogel, Helmut Simon und Adalbert Podlech (Hrsg.), Die Freiheit des Anderen. Festschrift für Martin Hirsch, Baden-Baden 1981, S. 21-27.
Reden und Interviews 1968. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1969.
Schwäbische Kindheit, Tübingen 1966.
So war es, in: Bild am Sonntag. I-IV, (17.11. – 8.12.1974).
Stationen 1949-1969, Tübingen 1969.
Die Stellung des Parlamentariers in unserer Zeit. Vortrag vor der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages Baden-Württemberg, Stuttgart 1981.
Über die Prognosen des Alexis de Tocqueville. Festrede vor der TU Karlsruhe am 3.12.1960, in: Karlsruher Akademische Reden, 1961.
Die Vertriebenen und die deutsche Frage. Sonderdruck des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1960.
Die Wallfahrt zu Gott, Dezember 1924.
Zweihundert Jahre USA – eine Bilanz der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Vortrag vor dem Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Eichholz 1976.

2. Memoiren, Dokumente und Editionen

Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1953-1955, Stuttgart ^{3}1980.
Ders., Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1967.
Ders., Erinnerungen 1959-1963. Fragmente, Stuttgart ^{2}1978.
Ders., Möglichkeiten einer Koalition. Erfahrungen mit vier Regierungen, in: Die Politische Meinung 10 (1965), 108, S. 13-17.
Ders., Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975.
Ders., Teegespräche 1959-1961. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1988.
Allardt, Helmut, Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse, Frankfurt a.M. u.a. 1980.
L'année politique, économique, sociale et diplomatique en France 1968, Paris 1968.
Archiv der Gegenwart, Keesing's, Bonn u.a. 1963-1969.
Auswärtiges Amt (Hrsg.), Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972.

Bahr, Egon, Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Hamburg 1982.
Ders., Zum Europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow, Berlin 1988.
Baring, Arnulf in Zusammenarbeit mit Bolko v. Oetinger und Klaus Mayer, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964, Hamburg 1974.
Barzel, Rainer, Gesichtspunkte eines Deutschen, Düsseldorf 1968.
Ders., Es ist noch nicht zu spät, München/Zürich 1977.
Ders., Auf dem Drahtseil, München/Zürich 1978.
Ders., Unterwegs. Woher und wohin?, München/Zürich 1982.
Ders., Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen, Frankfurt a.M./Berlin 1986.
Beirat für Fragen der Wahlrechtsreform. Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts, Bonn 1968.
Berg, Hermann von, Vorbeugende Unterwerfung. Politik im realen Sozialismus, München 1988.
Birrenbach, Kurt, Meine Sonderkommissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutsche Außenpolitik, Düsseldorf/Wien 1984.
Brandt, Willy, Deutschland und der Atomsperrvertrag, in: Außenpolitik 18 (1967), H. 5, S. 257-267.
Ders., Außenpolitik, Deutschlandpolitik, Europapolitik. Grundsätzliche Erklärungen während des ersten Jahres im Auswärtigen Amt, Berlin 1968.
Ders., German Policy toward the East, in: Foreign Affairs 46 (1968), No. 4, S. 476-486.
Ders., Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976.
Ders., ... auf der Zinne der Partei ... Parteitagsreden 1960 bis 1983. Hrsg. von Werner Krause und Wolfgang Gröf, Berlin/Bonn 1984.
Ders., Erinnerungen, Berlin/Frankfurt a.M. 1989.
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1963-1969, Bonn 1963-1969.
Bundespresseamt, Publikationen, Abteilung Nachrichten, Rundfunkaufnahme, Deutsche Gruppe und Europa Gruppe, Bonn 1960-69.
Couve de Murville, Maurice, Außenpolitik 1958-1966, München 1973.
Christlich Demokratische Union Deutschlands, 16. Bundesparteitag Berlin, 4.-7.11.1968, Niederschrift, Bonn 1968.
Dahrendorf, Ralf, Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983.
Ders., Der Politiker und die Intellektuellen, in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), Begegnungen mit Kiesinger. Festgabe zum 80. Geburtstag, Stuttgart 1984, S. 270-77.
Ders., Reisen nach innen und außen. Aspekte der Zeit, Stuttgart 1984.
Deuerlein, Ernst (Hrsg.), Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der Großen Drei, München 1963.
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.), Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1966, München 1967.
Deutscher Bundestag (Hrsg.), Amtliches Handbuch der 4., 5. und 6. Wahlperiode, Darmstadt 1957 ff.
Ders. (Hrsg.), 30 Jahre Deutscher Bundestag. Dokumentation, Statistik, Daten. Bearbeitet von Peter Schindler, Bonn 1979.
Djilas, Milovan, Jahre der Macht. Kräftespiel hinter dem Eisernen Vorhang. Memoiren 1945-1966, München 1983.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. 1957. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bearbeitet von Ernst Deuerlein und Hansjürgen Schierbaum, III. Reihe, Band 3 und 4. Erster, zweiter und dritter Drittelband, Bonn/Berlin 1967, 1969.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. 1963. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bearbeitet von Gisela Biewer und Werner John, IV. Reihe, Band 9, Frankfurt a.M. 1978.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. 1965. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bearbeitet von Marie-Luise Goldbach, IV. Reihe, Band 2, Frankfurt a.M. 1978.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. 1966, 1966-1967, 1968. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bearbeitet von Gisela Oberländer, IV. und V. Reihe, Band 12, 1. und 2. Halbband, Frankfurt a.M. 1981, 1984, 1987.

Eckardt, Felix von, Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf/Wien 1967.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. Hrsg. vom Department of State, 1946. Band 5. The British Commonwealth. Western and Central Europe, Washington 1969.

Forschungsdienst Osteuropa. Die Spannungen zwischen Jugoslawien und dem Ostblock, November 1952, Hektographie, ohne Jahrgang.

Frank, Paul, Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur, München 1985.

Gablentz, Otto M., Hans W. Kuhn und Carl F. Mettenheim (Hrsg.), Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1966, München [3]1967.

Gaulles, Charles de, Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958-1962, Wien 1971.

Gaus, Günter, Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner, Reinbek 1966.

Ders., Zur Person. Von Adenauer bis Wehner. Portraits in Frage und Antwort, Köln 1987.

Gerstenmaier, Eugen, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a.M. u.a. 1981.

Grass, Günter, Aus dem Tagebuch einer Schnecke, Hamburg 1980.

Grewe, Wilhelm, Rückblenden 1976-1951. Aufzeichnung eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt a.M. u.a. 1979.

Grüber, Heinrich, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln/Berlin 1968.

Guttenberg, Karl Theodor Freiherr zu, Fußnoten, Frankfurt a.M. u.a. 1972.

Harpprecht, Klaus, Kurt Georg Kiesinger im Gespräch, ZDF am 5.1.1967, in: BPA, Abt. Nachrichten, Rundfunkaufnahme, Deutsche Gruppe, Anhang I.

Heck, Bruno, Der Europäer als Landesvater. Stuttgarter Zeitung, 4.4.1964.

Herwarth, Hans von, Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen, Berlin/Frankfurt a.M. 1990.

Die Internationale Politik. Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 1964-1969, München/Wien 1972/1974.

Jansen, Thomas, Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages vom 22.1.1963, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Band II, Stuttgart 1976, S. 249-271.

Johnson, Lyndon Baines, The Vantage Point. Perspectives of the Presidency 1963-1969, New York u.a. 1971.

Kennan, George F., Memoiren eines Diplomaten, München [2]1982.

Kissinger, Henry A., Memoiren, Band 1, 1968-1970, München 1981.

Kroll, Hans, Botschafter in Belgrad, Tokio und Moskau. 1953-1962, München 1969.

Krone, Heinrich, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969, in: Rudolf Morsey und Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 134-201.
Maizière, Ulrich de, In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Herford/Bonn 1989.
McGhee, George, Botschafter in Deutschland. 1963-1968, München 1989.
Meissner, Boris (Hrsg.), Moskau – Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955-1973. Dokumentation. 2 Bände, Köln 1975.
Mende, Erich, Die FDP. Daten Fakten Hintergründe, Stuttgart-Degerloch 1972.
Ders., Von Wende zu Wende. 1962-1982, München/Berlin 1986.
Möller, Alex, Genosse Generaldirektor, München 1980.
Oberndörfer, Dieter (Hrsg.), Begegnungen mit Kurt Georg Kiesinger. Festgabe zum 80. Geburtstag, Stuttgart 1984.
Ders. (Hrsg.), Die Große Koalition 1966-1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, Stuttgart 1979.
Poppinga, Anneliese, Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer, Stuttgart 1970.
Publikationen der Pressestelle der SPD-Fraktion, Bonn 1966-1969.
Schiller, Karl, Die Lage nach der Bonner Konferenz der Zehnergruppe, in: EA 24 (1969), Folge 1, S. 1-4.
Schmidt, Helmut, Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Nato, Stuttgart 1961.
Ders., Menschen und Mächte, Berlin 1987.
Ders., Die Deutschen und ihre Nachbarn, Berlin 1990.
Seydoux Fornier de Clausonne, François, Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970, Frankfurt a.M. 1978.
Siegler, Heinrich, Dokumente zur Abrüstung und Sicherheit. Band IV, Bonn u. a. 1966.
Šik, Ota, Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen, Herford 1988.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Parteitag vom 17. bis 21.3.1968 in Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen. Hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1968.
SPD, Vorstand der (Hrsg.), Bestandsaufnahme 1966. Eine Dokumentation, Bonn 1966.
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1963-1969.
Steininger, Rolf, Deutsche Geschichte 1945-1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt a.M. 1983.
Strauß, Franz Josef, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
Terjung, Knut (Hrsg.), Der Onkel. Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews, Hamburg 1986.
Texte zur Deutschlandpolitik. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Band 3, Wolfenbüttel 1970.
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode, Bonn 1966-1969.
Vive la France – Vive l'Europe! Aus den Reden Charles de Gaulles 1958-1968. Hrsg. von Hans Stercken, München 1969.
Von der CDU in Baden Württemberg zum CDU-Landesverband Baden-Württemberg. Hrsg. vom CDU-Landesverband Baden-Württemberg, Weingarten 1986.
Weber, Hermann (Hrsg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München 1986.
Weber, Werner/Werner Jahn (Bearbeiter), Synopse zur Deutschlandpolitik 1941 bis 1973, Göttingen 1973.

Wehner, Herbert, Entscheidungen, in: Jahre der Wende. Festgabe für Alex Möller zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Robert Schwebler und Walter Föhrenbach, Karlsruhe 1968, S. 27-33.
Ders., Wandel und Bewährung. Ausgewählte Schriften und Reden 1930-1980. Hrsg. von Gerhard Jahn, Berlin [4]1981.
Ders., Zeugnis. Hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982.

3. Periodika

Allgemeine Zeitung, Mainz
Augsburger Allgemeine
Aus Politik und Zeitgeschichte
Außenpolitik
Basler Nachrichten
Bayern-Kurier
Bild am Sonntag
Bild-Zeitung
Bonner Rundschau
Bremer Nachrichten
Christ und Welt, Stuttgart
Deutschland-Union-Dienst
Europa-Archiv
Foreign Affairs
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
Hamburger Abendblatt
Handelsblatt, Düsseldorf
Hannoversche Allgemeine
Historische Zeitschrift
Internationales Recht und Diplomatie
Kieler Nachrichten
Kölner Stadtanzeiger
Le Monde, Paris
Mann der Zeit
Mannheimer Morgen
Merkur
Der Mittag, Düsseldorf
Der Monat
Münchner Merkur
Die Neue Gesellschaft
Neue Politische Literatur
Neue Zürcher Zeitung
Neues Deutschland, Ost-Berlin
The Observer, London
Orbis
Osteuropa
Paris Match
Das Parlament
Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, Bonn

Politisch-Soziale Korrespondenz, Bonn
Die Presse, Wien
Pressemitteilungen und Informationen – SPD, Bonn
Réalités, Paris
Rheinische Post, Düsseldorf
Rheinischer Merkur
Rhein-Zeitung, Koblenz
SPD-Pressedienst, Bonn
Der Spiegel
Der Stern
Stuttgarter Zeitung
Süddeutsche Zeitung, München
Der Tagesspiegel, Berlin
Die Tat, Zürich
L'Unità, Rom
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vorwärts
Washington Post
Weg und Ziel, New York
Die Welt, Essen
Welt am Sonntag
Westdeutsche Allgemeine, Essen
Westfalenpost
Wiesbadener Kurier
Die Zeit, Hamburg
Zeitschrift für Politik

III. Literatur

Altmann, Rüdiger, Das Erbe Adenauers, Stuttgart 1960.
Ascherson, Neil, Kiesinger, in: Ulrich Sonnemann (Hrsg.), Wie frei sind unsere Politiker?, München 1968, S. 9-37.
Baring, Arnulf, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München/Wien 1969.
Ders. in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker, Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel, Stuttgart 1982.
Bechtoldt, Heinrich, Die Bundesrepublik und der Atomsperrvertrag, in: Außenpolitik 19 (1968), H. 5, S. 257-260.
Bender, Peter: Offensive Entspannung, Hamburg 1964.
Ders., Die Ostpolitik Willy Brandts oder Die Kunst des Selbstverständlichen, Reinbek 1972.
Ders., Herbert Wehner und die Deutschlandpolitik, in: Gerhard Jahn (Hrsg.), Herbert Wehner, Köln 1976, S. 39-50.
Ders., Das Ende des ideologischen Zeitalters – die Europäisierung Europas, Berlin 1981.
Ders., Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986.
Benes, Vaclav L., Robert F. Byrnes, Nicolas Spulber (Hrsg.), The Second Soviet-Yugoslav Dispute, Bloomington 1959.
Benz, Wolfgang, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1984.

Ders./Hermann Graml (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976.
Besson, Waldemar, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.
Bischoff, Detlef, Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik. Konzeption und Realität am Beispiel der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1973.
Blasius, Rainer A., Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Ernst Freiherr von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen, Köln/Wien 1981.
Bluhm, Georg, Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1963.
Blumenwitz, Dieter, Feindstaatenklauseln. Die Friedensordnung der Sieger, München/Wien 1972.
Blumenwitz, Dieter, Klaus Gotto, Hans Maier, Konrad Repgen und Hans-Peter Schwarz, (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Band I: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, sowie Band II: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976.
Braun, Thilo, Außenpolitik der Bundesregierung am Scheideweg?, in: Außenpolitik 20 (1969), H. 6, S. 325-330.
Braunmühl, Claudia von, Kalter Krieg und friedliche Koexistenz. Die Außenpolitik der SPD in der Großen Koalition, Frankfurt a.M. 1973.
Bouvier, Beatrix, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Berlin/Bonn 1990.
Buchhaas, Dorothee, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950-1973, Düsseldorf 1981.
Buchstab, Günter, Geheimdiplomatie zwischen zwei bequemen Lösungen. Zur Ost- und Deutschlandpolitik Kiesingers, in: Staaten und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a., Berlin 1992, S. 883-901.
Demandt, Alexander (Hrsg.), Deutschlands Grenzen in der Geschichte, München 1990.
Deuerlein, Ernst, Deutschland 1963-1970 (Edition Zeitgeschehen), Hannover ²1972.
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.), Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates. 3 Bände, München/Wien 1971/72.
Dexheimer, Wolfgang F., Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961-1965-1969. Zur Willensbildung in Parteien und Fraktionen, Bonn 1973.
Diehl, Günter, Kurt Georg Kiesinger. Ein biographischer Essay, in: Hans Klein (Hrsg.), Die Bundeskanzler, Berlin 1993, S. 169-219.
Diesel, Jürgen, Die Verhandlungen über den Kernwaffen-Sperrvertrag seit Herbst 1966, in: EA 23 (1968), Folge 8, S. 295-302.
Dönhoff, Marion Gräfin, Deutsche Außenpolitik von Adenauer bis Brandt, Hamburg 1970.
Dies., Von Gestern nach übermorgen. Zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1981.
Doering-Manteuffel, Anselm, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949-1963, Darmstadt 1983.
Döscher, Hans-Jürgen, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung, Berlin 1987.
Ellwein, Thomas, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, München 1989.
Emminger, Ottmar, Bilanz der Währungskrisen, in: Außenpolitik 20 (1969), H. 3, S. 135-147.
Eschenburg, Theodor, Jahre der Besatzung 1945-1949. Geschichte der Bundesrepublik

Deutschland. Band 1, Stuttgart/Wiesbaden 1983.
Fichter, Tilman, Die SPD und die Nation, Berlin 1993.
Foschepoth, Josef (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988.
Freudenhammer, Alfred/Karlheinz Vater, Herbert Wehner. Ein Leben mit der deutschen Frage, München 1978.
Fritsch-Bournazel, Renata, Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945-1979, Opladen 1979.
Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a.M. u.a. 1980.
Garton Ash, Timothy, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993.
Gasteyger, Curt, Die beiden deutschen Staaten in der Weltpolitik, München 1976.
Gauers, Peter, Kambodscha zwischen Peking und Washington, in: Außenpolitik 17 (1966), H. 11, S. 670-679.
Gaus, Günter, Bonn ohne Regierung? Kanzlerregiment und Opposition. Bericht, Analyse, Kritik, München 1965.
Glastetter, Werner, Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1950 bis 1975. Befunde und Aspekte, Berlin u. a. 1977.
Görner, Martin Georg, Vom Atlantik bis zum Ural. Die Osteuropa-Politik General de Gaulles, Staatsexamensarbeit Berlin 1990.
Gotto, Klaus, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954-1963, in: Adenauer-Studien. Band III. Hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 3-91.
Ders., Der Versuch einer Großen Koalition 1962, in: Dieter Blumenwitz u.a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Band II: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976, S. 316-338.
Grabbe, Hans-Jürgen, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945-1966, Düsseldorf 1983.
Graml, Hermann, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941-1948, Frankfurt a.M. 1985.
Ders., Die deutsche Frage, in: Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945-1949. Geschichte der Bundesrepublik. Band 1, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 281-374.
Ders., Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, in: VfZ 29 (1981), H. 3, S. 307-341.
Griffith, William, The Ostpolitik of the Federal Republic of Germany, Cambridge/London 1978; dt. Übersetzung: Die Ostpolitik der Bundesrepublik, Stuttgart 1981.
Grosser, Alfred, Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970.
Ders., Frankreich und seine Außenpolitik. 1944 bis heute, München 1989.
Günther, Klaus, Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik. Adenauer, Erhard, Kiesinger. Eine Analyse zum Problem der intraparteilichen De-Nominierung eines Kanzlerkandidaten am Beispiel des Streits um Adenauers und Erhards Nachfolge, Hannover 1970.
Hacke, Christian, Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975.
Ders., Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988.
Hahn, Walter F., Between Westpolitik and Ostpolitik. Changing West German Security Views, Beverly Hills/London 1975.
Ders., West Germany's Ostpolitik: The Grand Design of Egon Bahr, in: Orbis 16 (1973), No. 4, S. 859-880.
Hankel, Wilhelm, Währungspolitik. Geldwertstabilisierung, Währungsintegration und Sparerschutz, Stuttgart u.a. ²1971.

Hanrieder, Wolfram F., Die stabile Krise. Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949 bis 1969, Düsseldorf 1971.
Ders. (Hrsg.), West German Foreign Policy: 1949-1979, Boulder, Colorado, 1980.
Ders., Fragmente der Macht. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1981.
Ders./Hans Rühle (Hrsg.), Im Spannungsfeld der Weltpolitik: 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949 bis 1979), Stuttgart 1981.
Ders., Germany, America, Europe. Forty years of German foreign policy, New Haven/London 1989.
Harpprecht, Klaus, Willy Brandt. Porträt und Selbstporträt, München/Zürich 1971.
Haungs, Peter, Kanzlerprinzip und Regierungstechnik im Vergleich: Adenauers Nachfolger, in: APuZ 39 (1989), H. 1/2, S. 28-39.
Heller, Mikhail/Aleksander Nekrich, Utopia in Power. The History of the Soviet Union from 1917 to the Present, New York 1986.
Henkels, Walter, 99 Bonner Köpfe, Frankfurt a.M./Hamburg 1965.
Ders., Lokaltermin in Bonn. Der Hofchronist erzählt, Düsseldorf/Wien 1968.
Henkys, Reinhard (Hrsg.), Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift, Stuttgart/Berlin 1966.
Hennis, Wilhelm, Große Koalition ohne Ende? Die Zukunft des parlamentarischen Regierungssystems und die Hinauszögerung der Wahlrechtsreform, München 1968.
Hepp, Marcel, Der Atomsperrvertrag. Die Siegermächte verteilen die Welt, Stuttgart-Degerloch 1968.
Herbst, Ludolf, Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1988.
Herzfeld, Hans, Berlin in der Weltpolitik 1945-1970, Berlin/New York 1973.
Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition, Stuttgart 1984.
Ders., Der provisorische Staat und das ewige Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1963-1969, in: HZ 240 (1985), S. 283-311.
Hillgruber, Andreas, Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945-1963, München/Wien ²1981.
Ders., Der Zweite Weltkrieg. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte, Stuttgart u.a. 1982.
Höhne, Heinz, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, München 1978.
Hofer, Walther (Hrsg.), Europa und die Einheit Deutschlands. Eine Bilanz nach 100 Jahren, Köln 1970.
Hoff, Klaus, Kurt Georg Kiesinger. Die Geschichte seines Lebens, Frankfurt a.M./Berlin 1969.
Hofmann, Gunter, Willy Brandt. Portrait eines Aufklärers in Deutschland, Reinbek 1988.
Ivekovič, Mladen, Operation Berlin, in: Internationale Politik, Belgrad 209 (1958).
Jäckel, Hartmut, Kontakte ohne Anerkennung?, in: Der Monat 235 (1968), S. 37-46.
Jäger, Wolfgang, Von der Kanzlerdemokratie zur Koordinationsdemokratie. Für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag, in: Zeitschrift für Politik 35 (1988), S. 15-32.
Jaenecke, Heinrich, 30 Jahre und ein Tag. Die Geschichte der deutschen Teilung, Düsseldorf/Wien 1974.
Jahn, Gerhard (Hrsg.), Herbert Wehner. Beiträge zu einer Biographie. Hrsg. unter Mitwirkung von Reinhard Appel u. a., Köln 1976.
Jüttner, Alfred, Die deutsche Frage. Eine Bestandsaufnahme, Köln u.a. 1971.
Jukić, Ilija, Tito between East and West, London 1961.
Kaack, Heino, Zwischen Verhältniswahl und Mehrheitswahl. Zur Diskussion der Wahlrechtsreform in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1967.

Kaltefleiter, Werner, Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln/Opladen ²1968.
Kelleher, Catherine McArdle, Germany and the Politics of Nuclear Weapons, New York/London 1975.
Kissinger, Henry, Das Gleichgewicht der Großmächte. Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas 1812-1822, Zürich 1986.
Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Berlin/Bonn 1982.
Knorr, Heribert, Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975.
Koch, Peter, Willy Brandt. Eine politische Biographie, Berlin/Frankfurt a.M. 1988.
Koch, Werner, Die Oppositionstätigkeit der FDP in den Jahren 1966-1969, Staatsexamensarbeit Bochum 1974.
Kodolitsch, Paul von, Die Ostpolitik der Großen Koalition und die sozialistischen Staaten, Phil. Diss. Berlin 1974.
Koerfer, Daniel, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987.
Körner, Klaus, Die Frage der Ostgebiete, in: Hans-Peter Schwarz, Handbuch der deutschen Außenpolitik, München/Zürich 1976, S. 646-57.
Kohler, Beate, Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien, Frankfurt a.M. 1972.
Kraft, Michael, Der vergessene Kanzler, in: Die Politische Meinung 35 (1990), H. 248, S. 83-87.
Krülle, Siegrid, Die völkerrechtlichen Aspekte des Oder-Neiße-Problems, Berlin 1970.
Larrabee, Stephen, The Politics of Reconciliation: Soviet Policy towards West Germany, 1966-1972, Columbia University Diss. 1977.
Lehmann, Hans Georg, Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979.
Ders., Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik, Bonn 1984.
Löwenthal, Richard, Der Einfluß Chinas auf den Ost-West-Konflikt, in: EA 22 (1967), Folge 10, S. 339-350.
Ders., Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Hans-Peter Schwarz/Richard Löwenthal (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Stuttgart 1979, S. 604-699.
Ders., Die Sowjetunion und der Weltkommunismus unter Chruschtschows Führung, in: Wilhelm Cornides/Dietrich Mende/Wolfgang Wagner (Hrsg.), Die Internationale Politik. 1958-1960, München/Wien 1971, S. 680 ff.
Ders., Den Standort Berlins bestimmen. Die internationale Lage, ihre Entwicklungstendenzen und ihre Konsequenzen für Berlin, in: DzD, 1966-1967, S. 2106-2112.
Longerich, Peter, Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop, München 1987.
Loth, Wilfried, Die Teilung der Welt. München ⁷1989.
Ders., Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen 1990.
Lücke, Paul, Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht, Frankfurt a.M./Berlin 1968.
Mahncke, Dieter, Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954-1970, Berlin/New York 1972.
Ders., Berlin im geteilten Deutschland, München/Berlin 1973.

Ders., Das Berlin-Problem, in: Hans-Peter Schwarz, Handbuch der deutschen Außenpolitik, München/Zürich 1976, S. 657-664.
Mehnert, Klaus, Der Moskauer Vertrag, in: Osteuropa 20 (1970), H. 12, S. 809-830.
Meissner, Boris, Deutsch-jugoslawische Beziehungen seit dem 2. Weltkrieg, in: Außenpolitik 19 (1968), H. 2, S. 69-80.
Ders., Die ‚Breshnew-Doktrin', in: Osteuropa 19 (1969), H. 9, S. 621-642.
Mintzel, Alf, Die CSU – Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1975.
Möller, Dieter, Das Scheitern des demokratischen Sozialismus in Prag, in: Außenpolitik 19 (1968), H. 11, S. 669-679.
Möller, Hans, Das Ende einer Weltwährungsordnung?, München 1972.
Morgan, Roger, Washington und Bonn. Deutsch-amerikanische Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg, München 1975.
Morsey, Rudolf, Der Bundespräsident in der Kanzlerdemokratie. Amtsverständnis, Amtsführung und Traditionsbildung von Theodor Heuss bis Walter Scheel (1949-1979), in: Jahres- und Tagungsberichte der Görres Gesellschaft 1988, Köln 1988, S. 22-42.
Ders., Die Bundespräsidenten. Eine ärgerliche Neuerscheinung mit einer Rekord-Fehlerquote, in: Die Verwaltung 24 (1991), S. 65-71.
Ders., Heinrich Lübke, in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher. Band 6, Mainz 1984, S. 153-170.
Müller, Günther, Die Bundestagswahl 1969, München/Wien 1969.
Müller-Hermann, Ernst, Bonn zwischen den Weltmächten. Perspektiven der deutschen Außenpolitik, Düsseldorf/Wien 1969.
Naumann, Gerhard/Eckhard Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – das Krisenjahr der DDR, Berlin 1990.
Niclauß, Karlheinz, Kanzlerdemokratie. Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, Stuttgart 1988.
Noack, Paul, Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart u.a.1972.
Oetinger, Bolko von, Die Bedeutung des westlichen Systems für die Außenpolitik der Großen Koalition unter besonderer Berücksichtigung der drei Westmächte, Berlin 1972.
Oldenburg, Fred, Sowjetische Deutschlandpolitik nach der Oktoberrevolution in der DDR, in: DA 23 (1990), H 1, S. 68-76.
Otto, Hans-Georg, Neue Führung vor alten Aufgaben, in: Außenpolitik 19 (1968), H. 2, S. 90-94.
Pfetsch, Frank R., Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1980, München 1981.
Picht, Robert (Hrsg.), Das Bündnis im Bündnis – Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld, Berlin 1983.
Prowe, Diethelm, Die Anfänge der Brandtschen Ostpolitik in Berlin 1961-63, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 249-286.
Ders., Der Brief Kennedys an Brandt vom 18. August 1961, in: VfZ 33 (1985), H. 4, S. 373-383.
Przybylski, Peter, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991.
Reuter-Hendrichs, Irena, Jugoslawische Außenpolitik 1948-1968. Außenpolitische Grundsätze und internationale Ordnungsvorstellungen. Eine Untersuchung der überregionalen Tagespresse, Köln 1976.
Reuth, Ralf Georg/Andreas Bönte, Das Komplott. Wie es wirklich zur Deutschen Einheit kam, München 1993.

Rexin, Manfred, Späte Zweifel? Zur Bonner Deutschlandpolitik 1961 bis 1989, in: Rückblicke auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle. Hrsg. von Gisela Helwig, Köln 1995, S. 153-162.
Richardson, James, Probleme und Aussichten der neuen deutschen Ostpolitik, in: EA 23 (1968), Folge 17, S. 613-626.
Riklin, Alois, Das Berlinproblem. Historisch-politische und völkerrechtliche Darstellung des Viermächtestatus, Köln 1964.
Roegele, Otto B., Die Bemühungen um eine Große Koalition in Bonn. Der erste Anlauf im Jahre 1962, in: Richard Wisser u.a. (Hrsg.), Politik als Gedanke und Tat, Mainz 1967, S. 215-235.
Roll, Christian, Die Auslandschinesen in Südostasien, in: Außenpolitik 20 (1969), H. 4, S. 230-240.
Rummel, Alois (Redaktion), Die Große Koalition 1966 bis 1969. Eine kritische Bestandsaufnahme, Freudenstadt 1969.
Schabowski, Günter, Das Politbüro. Ende eines Mythos. Eine Befragung. Hrsg. von Frank Sieren und Ludwig Koehne, Reinbek 1990.
Ders., Der Absturz, Berlin 1991.
Scharrer, Hans-Eckart, Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Währungssystem, in: Hans-Peter Schwarz, Handbuch der Deutschen Außenpolitik, S. 383-404.
Schellhaaß, Uta, Internationale Währungsprobleme, in: Die Internationale Politik 1966-1967. Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München/Wien 1973, S. 426 ff.
Scheuner, Ulrich, Deutsch-französische Zusammenarbeit nach dem Regierungswechsel in Bonn. Deutsche Aspekte, in: EA 22 (1967), Folge 5, S. 165-168.
Schleicher, Harry, Wandlungen der jugoslawischen Deutschlandpolitik, in: EA 18 (1963), Folge 3, S. 99-106.
Schmoeckel, Reinhard/Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991.
Schneider, Franz, Große Koalition. Ende oder Neubeginn?, München 1969.
Schneider, Herbert/Uwe Uffelmann, Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Ein Reader für den historisch-politischen Unterricht, Paderborn 1977.
Scholz, Günther, Herbert Wehner, Düsseldorf/Wien 1986.
Schütze, Walter, Die Ostpolitik Frankreichs, in: EA 20 (1965), Folge 5, S. 166-174.
Schulz, Eberhard, Prag und Bonn. Politische Belastungen im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis, in: EA 22 (1967), Folge 4, S. 115-124.
Ders., Die sowjetische Deutschlandpolitik, in: Sowjetunion. Außenpolitik. 1955-1973. Osteuropa-Handbuch, Hrsg. von Dietrich Geyer, Köln/Wien 1976, S. 229-293.
Schwartz, Thomas Alan, America's Germany, John J. McCloy and the Federal Republic of Germany, Cambridge, Massachusetts/London 1991.
Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952, Stuttgart 1986.
Ders., Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991.
Ders., Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Stuttgart ²1980.
Ders., Handbuch der deutschen Außenpolitik, München/Zürich ²1976.
Ders., Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart/Wiesbaden 1983.
Ders., Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983.
Ders./Richard Löwenthal (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Stuttgart 1979.

Seibt, Ferdinand, Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas, München/Zürich 1993.
Seidelmann, Raimund, Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Entstehungsursachen, Konzepte und Perspektiven, Frankfurt a.M./New York 1982.
Shawcross, William, Alexander Dubček. Der Mann, der die Freiheit wollte, München/Zürich 1970.
Siebenmorgen, Peter, Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990.
Singh, Lalita Prasad, Die Südasien-Politik der Sowjetunion im Zeichen des sowjetisch-chinesischen Konflikts, in: EA 24 (1969), Folge 15, S. 521-528.
Smith, Jean Edward, Lucius D. Clay. An American Life, New York 1990.
Soell, Harmut, Fritz Erler – eine politische Biographie. 2 Bände, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976.
Ders., Der junge Wehner. Zwischen revolutionärem Mythos und praktischer Vernunft, Stuttgart 1991.
Sommer, Theo (Hrsg.), Denken an Deutschland. Zum Problem der Wiedervereinigung – Ansichten und Einsichten, Hamburg 1966.
Spittmann, Ilse, Deutschland einig Vaterland, in: DA 23 (1990), H. 2, S. 187-190.
Stehle, Hansjakob, Nachbar Polen, Frankfurt a.M. 1963.
Ders., Nachbarn im Osten. Herausforderung zu einer neuen Politik, Frankfurt a.M. 1971.
Ders., Neue Aspekte und Methoden vatikanischer Ostpolitik, in: EA 22 (1967), Folge 17, S. 621-628.
Ders., Die Ostpolitik des Vatikans, München 1975.
Steininger, Rolf, Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung, Bonn 1985.
Storz, Hennig, Außenpolitik als Gesellschaftspolitik. Die außenpolitische Konzeption der CDU mit besonderer Berücksichtigung der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, Phil. Diss. Berlin 1973.
Thiel, Elke, Dollar-Dominanz, Lastenteilung und amerikanische Truppenpräsenz in Europa. Zur Frage kritischer Verknüpfungen währungs- und stationierungspolitischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, Baden-Baden 1979.
Thielenhaus, Marion, Zwischen Anpassung und Widerstand: Deutsche Diplomaten 1938-1941. Die politischen Aktivitäten der Beamtengruppe um Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt, Paderborn 1984.
Timmermann, Heinz, Im Vorfeld der neuen Ostpolitik, in: Osteuropa 21 (1971), H. 6, S. 388-399.
Treverton, Gregory F., The ‚Dollar Drain' and American Forces in Germany: Managing the political economies of alliance, Athens/Ohio 1978.
Tudyka, Kurt P., Die DDR im Kräftefeld des Ost-West-Konflikts, in: EA 21 (1966), Folge 1, S. 16-27.
Viney, Deryck E., Der Demokratisierungsprozeß in der Tschechoslowakei, in: EA 23 (1968), H. 12, S. 423-438.
Ders., Der Versuch der Re-Kolonisierung der Tschechoslowakei, in: EA 23 (1968), Folge 22, S. 811-826.
Vogelsang, Thilo, Das geteilte Deutschland, München [6]1975.
Vring, Thomas von der, Reform oder Manipulation? Zur Diskussion eines neuen Wahlrechts. Sammlung res novae. Band 62, Frankfurt a.M. 1968.
Wagenlehner, Günther (Hrsg.), Die deutsche Frage und die internationale Sicherheit, Koblenz 1988.

Wagner, Wolfgang, Europa zwischen Aufbruch und Restauration. Die Europäische Staatenwelt seit 1945, München 1968.
Ders., Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges, Marburg ³1968.
Wassmund, Hans, Kontinuität im Wandel. Bestimmungsfaktoren sowjetischer Deutschlandpolitik in der Nach-Stalin-Zeit, Köln/Wien 1974.
Ders., Suprematie oder Ebenbürtigkeit: Wechselspiel der Supermächte, in: Neue Politische Literatur 3 (1987), S. 373-385.
Weber, Hermann, Geschichte der DDR, München 1985.
Wettig, Gerhard, Aktionsmuster der sowjetischen Berlin-Politik, in: Außenpolitik 19 (1968), H. 6, S. 325-339.
Ders., Die Berlin-Krise 1969. Ein Musterfall des Zusammenspiels Sowjetdiplomatie und -propaganda, in: Osteuropa 19 (1969), H. 9, S. 685-697.
Ders., Funktionen eines Sperrvertrages in der sowjetischen Politik, in: Außenpolitik 19 (1968), H. 1, S. 9-23.
Ders., Ost-Berlin im Schatten der Moskauer Deutschland-Politik, in: Außenpolitik 20 (1969), H. 5, S. 261-272.
Ders., The SED-SPD Dialogue: Communist Political Strategy in Germany, in: Orbis 10 (1967), No. 2, S. 570-581.
Ders., Die sowjetische Deutschland-Note vom 10. März 1952, in: DA 15 (1982), H. 2, S. 130-148.
Ders., Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965-1976. Einvernehmen und Konflikt im sozialistischen Lager, Stuttgart ²1977.
Ders., Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe. Berlin im Spannungsfeld von Ost und West, Berlin 1981.
Wetzlaugk, Udo, Berlin und die deutsche Frage, Köln 1985.
Whetten, Lawrence, Germany's Ostpolitik. Relations between the Federal Republic and the Warsaw pact countries, Oxford/London 1971.
Wilker, Lothar, Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn-Bad Godesberg 1977.
Wiskemann, Elizabeth, Germany's eastern Neighbours. Problems relating to the Oder-Neisse line and the Czech frontier regions, London u.a. 1956.
Witter, Ben, Prominentenportraits, Frankfurt a.M. 1977.
Zernack, Klaus, Deutschlands Ostgrenze, in: Alexander Demandt (Hrsg.), Deutschlands Grenzen in der Geschichte, München 1990, S. 135-160.
Ziebura, Gilbert, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970.
Zitelmann, Rainer, Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit, Erlangen u.a. 1991.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
AdG	Archiv der Gegenwart
AdKASt	Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer Stiftung
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (DDR)
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie, Protokolle interner Sitzungen der Führungsgremien, Bad-Godesberg
APO	Außerparlamentarische Opposition
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARD	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rundfunkanstalten
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
BDC	Berlin Document Center
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BND	Bundesnachrichtendienst
BPA	Bundespresseamt
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CDU	Christlich-Demokratische Union
ČSSR	Československá Socialistická Republika
CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Deutschland-Archiv
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFS	Deutsches Fernsehen (ARD)
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLF	Deutschlandfunk
DP	Deutsche Partei
DPA	Deutsche Presseagentur
DW	Deutsche Welle
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik
EA	Europa-Archiv
EFTA	European Free Trade Association
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
epd	Evangelischer Pressedienst
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDP/F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FRUS	Foreign Relations of the United States

GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Grundgesetz
HIoWRP	Hoover Institute on War, Revolution and Peace
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit der DDR
HZ	Historische Zeitschrift
IAEA	Internationale Atomenergie-Organisation
Infas	Institut für angewandte Sozialforschung
IOC	International Olympic Committee
JCS	Joint Chiefs of Staff
KGB	Komitee für Staatssicherheit
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KPR	Kommunistische Partei Rumäniens
MdB	Mitglied des Bundestages
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MLF	Multilateral Force
NA	National Archives, Washington
Nato	North Atlantic Treaty Organization
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NKWD	Kommissariat für innere Angelegenheiten (UdSSR)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Pg	Parteigenosse (NSDAP)
PK	Pressekonferenz
PPP	Parlamentarisch-Politischer Pressedienst
PSK	Politisch Soziale Korrespondenz
pui	pressemitteilungen und -informationen
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
SA	Sturmabteilung
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei
SEW	Sozialistische Einheitspartei West-Berlin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SWF	Südwestfunk

TzD	Texte zur Deutschlandpolitik
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
USA	United States of America
VdDB	Verhandlungen des Deutschen Bundestages
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
ZA	Zentralarchiv
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee

Personenregister

Die Seitenangaben beziehen sich in der Regel auf den Haupttext. Fußnoten werden vor allem dann berücksichtigt, wenn besondere Sachzusammenhänge bestehen und eine Quelle besonderen Rang hat. Auf die Aufnahme der Namen Kurt Georg Kiesinger und Herbert Wehner wurde verzichtet.

Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch 173, 215, 233, 282, 291f., 305
Acheson, Dean 61
Adenauer, Konrad 11-13, 15, 19f., 31f., 38, 44, 46, 53, 59-68, 70, 73f., 76f., 79, 82, 88, 90, 93-97, 102f., 106-114, 116f., 124-126, 128, 139, 147, 149, 154f., 156, 162, 168, 170, 174, 178, 195, 199f., 204-207, 226, 265, 270f., 295, 331-333, 335, 338
Amrehn, Franz 132
Ahlers, Conrad 28, 63, 90, 110, 118, 132, 144, 151, 155, 178, 184, 186, 199, 201, 271, 274, 276, 282f., 286-289, 292, 294, 307, 309, 319
Ahrens, Hanns Dietrich 28-31
Aigner, Heinrich 300
Allardt, Helmut 281, 287
Altmann, Rüdiger 208
Apel, Hans 54
Appel, Reinhard 135
Arndt, Jürgen 26
Arndt, Klaus Dieter 54, 279
Augstein, Rudolf 186

Bahr, Egon 15, 120, 127, 161, 169, 172-174, 184f., 190, 201, 215, 219, 244, 256-258, 261, 278-281, 284, 311, 336, 338
Ball, George 240
Baring, Arnulf 13, 20, 32, 36, 44f., 50, 54, 56, 64, 107, 112, 115, 125f., 123, 143, 187, 201f., 205, 207, 261, 265, 270-272, 274, 282, 292, 300, 303, 305-307, 317, 319, 322-327, 336
Barzel, Rainer 21, 23, 31-33, 44, 64, 93, 97, 105f., 123, 141f., 144, 147, 153-157, 160f., 165-167, 173, 201, 217-219, 221, 234, 241f., 267f., 277, 280, 282f., 290, 304, 323, 326, 334
Bauer, Leo 212-216, 218
Bechtoldt, Heinrich 241
Beitz, Berthold 208
Bender, Peter 118, 125, 138, 185, 195, 207, 209, 212, 215, 261, 305, 314
Berg, Fritz 321
Berg, Hermann von 123, 148f., 280
Berger, Gottlob 29f.
Berlinguer, Enrico 213
Besson, Waldemar 14, 74, 87, 124, 151f., 167, 178, 195, 243
Besyminski, Lew 234
Birrenbach, Kurt 92, 231, 262
Bismarck, Otto von 84f., 204, 275
Bismarck, Klaus von 208
Bittner, Horst 293
Blank, Theodor 42, 143
Blatov, Anatolij 188
Blessing, Karl 56, 316, 318, 321
Blumenfeld, Erik 138
Bönte, Andreas 340
Borm, William 279
Bräutigam, Alois 215
Brand, Peter-Wilhelm 33, 144
Brandt, Rudolf 29f.
Brandt, Willy 13f., 39, 42, 45f., 55f., 58, 63f., 76f., 79, 87, 91f., 97-106, 120, 127, 133, 137f., 141-144, 153-155, 159, 163, 169-178, 183-187, 189f., 197, 200, 203f., 209-215, 218-220, 222, 224, 231-236, 238f., 242-248, 254-262, 265, 268, 271, 278-283, 287f., 290, 293, 296, 300f., 307, 311-315, 320f., 325-329, 331f., 335-339
Brauksiepe, Aenne 197
Braun, Sigismund von 312f.
Braun, Thilo 310, 312
Brecht, Arnold 19f.
Brentano, Heinrich von 12, 125, 195, 206f.
Breschnew, Leonid Iljitsch 88, 121, 188, 233, 253, 293, 305
Brüning, Heinrich 266
Bruhns, Wibke 35, 123, 159, 169
Brzezinski, Zbigniew 91
Buchstab, Günter 188, 234
Bürger, Albert 194
Bundy, McGeorge 111
Burda, Franz 261
Byrnes, James Francis 205

Cabot Lodge, Henry 231
Carstens, Karl 87, 126, 136, 182, 187, 196, 221f., 237, 256, 281, 290, 323
Causev 194
Ceauşescu, Nicolae 175, 253
Černik, Oldřich 251
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 89, 121, 191f., 207f., 227f., 250
Clay, Lucius Dubignon 231
Couve de Murville, Maurice 259
Cramer, Dettmar 47

Cyrankiewicz, Josef 191

Dahrendorf, Ralf 135, 332
Debré, Michel 244, 247, 259f., 285
Dehler, Thomas 68
Desai, Morarji 240
Dichgans, Hans 270, 272, 274, 276, 278, 304, 327
Dibelius, Friedrich Karl Otto 162
Diehl, Günter 16, 25f., 46f., 48, 158, 164, 212, 221f., 239, 245, 294, 312f., 323, 335
Diesel, Jürgen 91
Djilas, Milovan 190
Dobrynin, Anatoli Fjodorowitsch 292
Dönhoff, Marion Gräfin 208, 325
Dörries, Erns Otto 28-31
Döscher, Hans-Jürgen 25
Dollinger, Werner 153, 155, 279
Dreher, Claus 134
Dreher, Klaus Rudolf 37, 52, 161, 234, 272-274, 276, 281, 295, 300, 324
Dubček, Alexander 250-253, 257, 261
Duckwitz, Georg Ferdinand 237, 254, 259, 281, 294, 301
Dufhues, Josef Hermann 19, 21, 97, 269
Dulles, John Foster 108, 110

Ebert, Friedrich 266
Eckardt, Felix von 156, 207
Ehlers, Hermann 68
Eisenhower, Dwight David 207f., 263
Emmet, Christopher T. 68, 263
Emminger, Ottmar 295f.,
Emmrich, Klaus 132
Erhard, Ludwig 13, 19-21, 23f., 27, 38, 40, 42, 44, 61-63, 69-71, 78, 87-89, 92f., 107, 109, 112, 134, 136, 148, 151, 154, 164, 179, 236f., 275, 312, 325, 332
Erler, Fritz 35, 39, 208
Ertl, Josef 45, 326
Eschenburg, Theodor 21, 35f.

Fanfani, Amintore 214
Fontane, Theodor 327
Ford, Henry 29
Forster, William Chapman 103f., 107f.
Foschepoth, Josef 125
Fowler, Henry Hamill 318
François-Poncet, André 205, 261
Frank, Paul 257, 313
Franke, Egon 213-215, 222
Franke, Helga 71
Friedrich, Otto A. 63, 68, 93
Friedrich II., der Große, König von Preußen 84
Frisch, Alfred 108
Fritsch-Bournazel, Renata 306
Fürstenberg, Graf 29

Gall, Lothar 275
Galluzzi, Carlo 13f.
Garton Ash, Timothy 340
Gaulle, Charles de 16, 21, 55, 59-66, 72-86, 96f., 107-110, 112-114, 133, 165, 171, 183, 187, 207, 259-261, 265, 331-333, 338
Gaus, Günter 41, 51, 119
Genscher, Hans-Dietrich 34, 185, 322, 324
Gerstenmaier, Eugen 20-24, 38, 41f., 55f., 58, 283, 285-290, 324
Ghandi, Indira 196
Globke, Hans 19f., 64
Goebbels, Joseph 24
Gomulka, Wladyslaw 191f., 206f.
Gorbatschow, Michail 340
Gotto, Klaus 126, 200
Graaff, Carlo 326
Gradl, Johann Baptist 153, 157, 286
Grass, Günter 47, 298
Grewe, Wilhelm 125, 191f.
Griffith, William E. 97, 228, 243, 253, 306
Gromyko, Andrej Andrejewitsch 309
Grosser, Alfred 61, 318
Grotewohl, Otto 124, 149, 162, 280
Grüber, Heinrich 27, 68, 161f., 166
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr zu 14, 38, 57, 66f., 97, 127, 147, 155f., 165, 195, 222, 229, 242, 256, 323, 327

Haar, Ernst 244
Hacke, Christian 15, 167, 195, 339
Haferkorn, Reinhard 30
Haffner, Sebastian 208
Hahn, Walter F. 184f.
Hájek, Jiři 256, 258
Hallstein, Walter 81, 125, 137
Hanrieder, Wolfram 14
Hardenberg, Karl August Fürst von 86
Harpprecht, Klaus 84, 170
Hase, Karl-Günter von 70, 114, 128, 155, 208, 254
Hassel, Kai-Uwe von 57f., 97, 277f., 290f., 293
Haußmann, Wolfgang 20
Haux, Friedrich 50
Havemann, Robert 243
Heck, Bruno 21, 23, 32f., 36f., 52-54, 57f., 142, 144, 155f., 176, 181, 183, 194f., 200f., 203, 210f., 222, 266, 269f., 272-274, 278f., 283, 286, 300, 304, 334
Hegel, Georg Friedrich 116
Heinemann, Gustav 54, 63, 270f., 273-275, 299f., 303, 322, 324
Hennis, Wilhelm 201f.
Henkels, Walter 25, 183
Herwarth, Hans von 78, 267
Heuss, Theodor 19f., 27, 268, 286
Hildebrand, Klaus 13f., 34, 83, 87, 97,

151f., 165, 181f., 184-186, 197, 201-203, 238, 261, 265, 270f., 300, 305, 335
Hillgruber, Andreas 207, 228
Himmler, Heinrich 28-30
Hirsch, Martin 25f.
Hitler, Adolf 123, 166, 266
Höcherl, Hermann 57, 268f.
Höhne, Heinz 28
Hölderlin 87
Hoff, Klaus 26
Honecker, Erich 215, 340
Horaz 20
Horten, Alphons 19
Huber, Ludwig 22f.
Humphrey, Hubert Horatio 112-114

Iveković, Mladen 192

Jacoviello, Alberto 212
Jaeger, Richard 312
Jaene, Hans Dieter 322
Jahn, Gerhard 311
Jarowinsky, Werner 215
Jaspers, Karl 208
Jaumann, Anton 21, 23
Jessup, Philip Caryl 226
Johnson, Lyndon Baines 16, 20, 27f., 68, 91, 126, 180-182, 230, 236f., 239f., 263, 333

Kádár, Janos 251
Kaiser, Bruno 13-15, 48, 185, 188, 197, 209, 216, 223, 261, 314, 317, 319, 339
Kaiser, Jakob 116
Kardelj, Edvard 190
Katzer, Hans 57f.
Kempski, Hans Ulrich 22f., 27, 36, 40
Kennedy, John Fitzgerald 96, 111, 127, 172, 208
Kennan, George Frost 205
Kessel, Albrecht von 206
Kettenbach, Hans Werner 21
Kiesinger, Caroline 49, 170f.
Kiesinger, Christian 49, 68, 170
Kiesinger, Domenika 49, 84
Kiesinger, Marie-Luise 24, 323
Kiesinger, Peter 50, 323
Kiesinger, Viola 24, 180
Kirkpatrick, Ivone Augustine 205
Kissinger, Henry Alfred 68, 263, 287, 292
Klaiber, Manfred 187
Klicka, Ota 174
Klumm, Friedrich 29f.
Knappstein, Karl Heinrich 103, 185
Knorr, Heribert 21, 34, 315
Koch-Weser, Erich 170
König, Karl 279
Körner, Klaus 205f., 209
Kohl, Helmut 269f., 277, 296, 304, 323-326
Kossygin, Alexej Nikolajewitsch 65, 88-90, 92f., 105, 180, 259, 293, 305
Krautwig, Carl 277, 290
Kreutzer, Hermann 48, 123, 127, 162, 169, 214, 216f., 234f., 297
Kroll, Hans 190
Krone, Heinrich 20, 32f., 126, 142, 147f., 151, 157, 242, 255, 267
Krülle, Siegrid 204
Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von 272, 326
Kühn, Heinz 300, 326
Kurella, Alfred 215
Kusnezow, Wassilij Wassiljewitsch 187

Leber, Georg 155, 235, 270f., 273, 282
Lebow, Ned 208
Lehman, Hans Georg 43, 309
Lemmer, Ernst 116, 268
Liepelt, Klaus 200
Lilienfeld, Georg von 180f., 185, 237-238, 240
Löwe, Rüdiger 16, 27, 46f., 64, 70f., 78, 106, 114, 162f., 168f., 171-173, 196, 236, 240, 256, 260, 301, 303, 308, 315, 329, 333
Löwenthal, Richard 15f., 306, 338
Longerich, Peter 25
Longo, Luigi 212f., 222
Logemann, Fritz 326
Luchsinger, Fred 130
Ludendorff, Erich 30
Ludendorff, Mathilde 30
Lübke, Heinrich 38, 42, 58, 135, 187, 259f., 265-269, 272f., 284, 289
Lücke, Paul 32, 38, 57, 141, 199, 201-203, 210
Luther, Martin 319

Mahncke, Dieter 227f.
Mai, Franz 77, 108, 139
Maier, Reinhold 37, 325
Maizière, Ulrich de 254
Majer, Karl-Ulrich 27, 51, 68, 304
Majonica, Ernst 157, 176
Malik, Jakob Alexandrowitsch 226
Mamula, Miroslav 250
Manescu, Corneliu 137f., 175
Mann, Golo 08
Maria Theresia, Kaiserin von Österreich 84
Martino, Edoardo 238, 241
Marx, Karl 27, 68
Marx, Wilhelm 85
Marx, Werner 280, 311-313
McCloy, John Jay 226, 237
McGhee, George C. 27f., 93, 100, 110, 180, 182, 231, 236, 238f.
McNamara, Robert Strange 104, 181, 242

Mehlitz, Klaus 215
Mehnert, Klaus 306
Meissner, Boris 191, 195, 243
Mende, Erich 19, 34, 37, 44f., 69, 127, 199, 272, 297, 300, 325f.
Menne, W. Alexander 45, 326
Metternich, Klemens Fürst von 86
Meyers, Franz 52
Mielke, Erich 123
Mischnick, Wolfgang 142, 272, 322, 325
Möller, Alex 43-46, 115, 329
Möller, Dieter 250, 252, 255
Mörike, Eduard 87
Monnet, Jean 83
Morgenthau, Henry 94, 103
Müller-Armack, Alfred 318
Müller-Hermann, Ernst 203, 210f.
Munzel, Kurt 30

Nannen, Henri 186
Napoleon, Kaiser der Franzosen 86
Nau, Alfred 144f., 323
Nell-Breuning, Oswald von 119
Neusel, Hans 46, 110, 133, 148f., 157f., 173, 196f., 221, 303
Nikezić, Marko 194f.
Nixon, Richard 263, 287, 291
Noack, Paul 195
Novotný, Antonin 249-251, 254f.

Oberndörfer, Dieter 26, 138, 162, 261
Ollenhauer, Erich 39, 68
Osterheld, Horst 62, 254, 256

Paul, Ernst 256f.
Pauls, Rolf 263
Pfitzer, Albert 24
Pfleiderer, Karl Georg 190, 192
Pieck, Wilhelm 280
Pompidou, Georges 139
Prowe, Diethelm 127, 172

Rapacki, Adam 139, 143
Rasner, Will 32f., 156, 221f., 255
Rau, Friedrich 43
Reuth, Ralf Georg 340
Rexin, Manfred 340
Ribbentrop, Joachim von 31
Richardson, James 210
Roosevelt, Franklin Delano 29, 31
Rosenberg, Alfred 28
Rombach, Otto 30
Ross, Colin 31
Rostow, Eugene 262
Rostow, Walt Whitman 180, 240f.
Rubin, Hans Wolfgang 201
Rundel, Otto 78, 87, 170
Rusk, Dean 91, 99, 103f., 180, 231, 236, 239, 263
Rust, Josef 19f.

Schabowski, Günter 340
Schauff, Johannes 36, 263f.
Scheel, Walter 37, 44, 224, 256, 272-274, 286, 300, 303, 322, 324-326
Schellenberg, Walter 30
Scheufelen, Klaus H. 19-21, 23, 27, 34, 37, 133, 171, 246, 274, 294
Scheuner, Ulrich 81
Schiller, Karl 44, 46, 56, 58, 70, 179, 316-321
Schirmer, Hans 187f., 336
Schlei, Marie 47
Schlempp, Walter 266
Schmid, Carlo 45
Schmidt, Helmut 39, 43, 46, 54-56, 98, 100, 105f., 143, 155f., 161, 176, 178, 201, 210, 218, 266, 268, 271, 282f., 290, 300, 307-309, 323, 327
Schmoeckel, Reinhard 13-15, 185f., 188, 196f., 209, 216, 220, 223, 260f., 301, 314f., 317, 319
Schmücker, Kurt 57, 259
Schnippenkoetter, Swidbert 108, 238, 241
Schollwer, Wolfgang 126f.
Schröder, Gerhard 20-22, 31, 39, 42, 56-59, 61-65, 77, 87, 97, 112, 136f., 140, 180-182, 208, 254, 257, 272-276, 300, 304, 332, 334
Schütz, Klaus 89, 173, 187, 230, 288-290, 292f., 295-297, 320f.
Schulz, Eberhard 243
Schulze, Rudolph 150, 152
Schulze-Boysen, Hartmut 185
Schukow, Georgij Konstantinowitsch 231
Schumacher, Kurt 51, 115, 154, 205, 330
Schuman, Robert 55, 59
Schumann, Maurice 75
Schwabe, Rolf 122
Schwarz, Hans-Peter 61, 107, 110, 126, 192, 206-208, 314
Segre, Sergio 213f.
Seifriz, Adalbert 19, 31, 64
Semjonow, Wladimir Semjonowitsch 187, 281
Semitschastny, Wladimir E. 123
Šenja, Jan 251
Seydoux Fornier de Clausonne, François 61, 77, 79, 260, 286, 318
Shub, Anatole 131-133
Sihanouk, Samdech Norodom 310-312, 316
Šik, Ota 249-252, 254
Skrodzki, Bernhard 286
Smirnow, Andrej Andrejewitsch 125f.
Smith, Jean Edward 225
Šoboda, Ludvik 251
Soell, Hartmut 45
Sommer, Theo 208

Spahn, Martin 26
Staden, Berndt von 103, 185
Stalin, Josif Wissarionowitsch 29, 74, 123, 125, 190f., 308
Stammberger, Wolfgang 199
Stamp, Gerd 35, 70, 77, 81
Starke, Heinz 45, 326
Stehle, Hansjakob 191, 208, 221, 249, 252f.
Stein, Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum 86
Stingl, Josef 132
Stoltenberg, Gerhard 64, 94
Stomma, Stanislaw 207
Stoph, Willi 123, 141f., 147-152, 154-162, 165-167, 222, 224, 279f., 293, 296-298, 301f., 337
Strätling, Erich 35
Strauß, Franz Josef 21-24, 28, 32f., 36, 56-58, 61-63, 66, 92-99, 102, 105f., 142, 179, 183, 199, 201, 218, 220, 229, 275, 283, 300, 316-319, 324
Stücklen, Richard 105, 144, 157, 222
Suslov, Michail Andrejewitsch 308

Taylor, Maxwell 96
Tenhumberg, Heinrich 46f.
Thomas, Joseph 185
Thompson, Llewellyn 103f.
Timmermann, Heinz 213-216, 223
Tito (eigentlich: Broz), Josip 189-195, 207, 233, 253
Triffin, Robert 317
Tschou En-lai 292

Ulbricht, Walter 119, 128-132, 142, 145-147, 161, 163, 174, 193, 213-215, 218-220, 224, 228f., 232f., 278-280, 288, 293f., 297, 301f., 306-307, 333

Vernant, Jacques 81
Verner, Paul 215
Viney, Deryck E. 250, 253
Voeunsai, Sonn 312f.
Vogel, Hans-Jochen 200
Vogel, Wolfgang 297f., 301
Vogelsang, Thilo 14, 167, 178

Wagner, Leo 32, 156
Weber, Heinz 240
Weber, Hermann 218
Wehner, Lotte 48
Weichert, Jürgen 36
Weizsäcker, Richard Freiherr von 164, 272-276, 278, 304, 334
Wentzel, Volkmar 176
Wesemann, Fred 213
Westrick, Ludger 19f., 24
Wettig, Gerhard 91, 142, 228-230, 233, 243, 291-293, 299, 305f.
Wetzlaugk, Udo 225, 227
Weyer, Willi 44, 300, 326
Whetten, Lawrence 306
Wienand, Karl 222
Wiesenthal, Simon 67f.
Wilson, Harold 291
Winzer, Otto 229, 311
Wirsing, Giselher 79, 81-83, 98, 158, 162f., 169, 173, 179, 181f., 186, 240f., 302, 331
Wischnewski, Hans-Jürgen 57
Witter, Ben 55
Wlassow, Andrej 29
Wolf, Ernst 26
Wolf, Markus 123
Wolfmann, Alfred 26

Zarapkin, Semjon Konstantinowitsch 89f., 187f., 232, 255, 287, 292-296, 299, 307, 336
Zernack, Klaus 204
Ziebura, Gilbert 60, 74
Zinn, Georg-August 45
Zoglmann, Siegfried 326
Zundel, Rolf 315

Studien zur Zeitgeschichte

Band 42
Detlef Garbe
Zwischen Widerstand und Martyrium
Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich"
1993. 2. Auflage 1994. 577 Seiten

Band 43
Stefan Zauner
Erziehung und Kulturmission
Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945 – 1949
1994. 351 Seiten

Band 44
Bettina Blank
Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik
Zur Auseinandersetzung um die Frankfurter Dokumente im Juli 1948
1995. 375 Seiten

Band 45
Petra Marquardt-Bigman
Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942 – 1949
1995. 298 Seiten

Band 46
Eckart Lohse
Östliche Lockungen und westliche Zwänge
Paris und die deutsche Teilung 1949 bis 1955
1995. 206 Seiten

Band 47
Dierk Hoffmann
Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR
Der Umbau der Sozialversicherung 1945 – 1956
1996. 366 Seiten

Band 48
Abdolreza Scheybani
Handwerk und Kleinhandel in der Bundesrepublik Deutschland
Sozialökonomischer Wandel und Mittelstandspolitik 1949 – 1961
1996. 558 Seiten

Band 49
Reiner Marcowitz
Option für Paris?
Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969
1996. 316 Seiten

Band 50
Dieter Pohl
Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941 – 1944
Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens
1996. 455 Seiten

Band 51
Matthias Peter
John Maynard Keynes und die britische Deutschlandpolitik
Machtanspruch und ökonomische Realität im Zeitalter der Weltkriege 1919 – 1946
1997. Ca. 340 Seiten